Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1952 bis 1986
in zwei Bänden
Band 8/1

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1952 bis 1967
Band 8/1

Inhaltsverzeichnis Band 8/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	3
Vorbemerkungen	4-5
Gliederung (im Überblick)	6-7
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugen-berichte von 1952 bis 1967	7-405
Inhaltsverzeichnis Band 8/2	**Seite**
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugen-berichte von 1968 bis 1986	2-376
Anstatt eines Schlußwortes	377-404
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	405-411

Danksagung und Widmung

> Wir gelangen nur selten anders als durch Extreme zur Wahrheit!
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Konrad Adenauer, Manfred Adler, Hugo Andreae, James Bacque, Johannes R. Becher, Reinhart Beck, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Wolfgang Birkenfeld, Vladimir Blazek, Heribert Blondiau, Georg Bluhm, Dieter Blumenwitz, Günter Böddeker, Johannes Bökmann, Martin Broszat, Paul Carell, Robert Conquest, Stèphane Courtois, Walter von Cube, Herbert Czaja, Hellmuth Günther Dahms, Horst Deckert, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Adolf Diestelkamp, Hans Dollinger, Hans Ebeling, Friedrich Edding, Jürgen Elsässer, Susanne Everett, Frank Fabian, Norman G. Finkelstein, Jan von Flokken, Günter Gaus, Thomas Giefer, Gilbert Gornig, Alfred Grosser, Johannes Groß, Frank Grube, Sebastian Haffner, Hans Heumann, Raul Hilberg, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Milan Hübl, Wolfgang Hug, Georg Huntemann, Herbert Hupka, Peter Hüttenberger, Eberhard Jäckel, Bernhart Jähnig, Wenzel Jaksch, Alwin M. Josephy jr., Wanda Kampmann, Otto Kimminich, Martin Luther King, Stephan Klecha, Kurt E. Koch, Thilo Koch, Bärbel Koppetz, Erich Kosthorst, Ekkehard Kuhn, Rolf Lasius, Rudolf Laun, Eugen Lemberg, Jan Josef Lipski, Jochen Löser, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Erich Maschke, Karel Meissner, Wolfgang W. Mickel, Jan Mlynarik, Benny Morris, Walter Müller-Bringmann, Heinz Nawratil, Ernst Nolte, Manfred Oertel, Edmond Paris, Geoffrey Parker, Hermann Pfister, Daniell Pföhringer, Jan Procházka, Winfried Ranke, Peter Rassow, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Anton Reithinger, Sven Reuth, Gerhard Richter, Alberto Rivera, Hans Rothfels, Bertrand Russell, Guntram von Schenck, Theodor Schieder, Wilfried Schlau, Heinz Dieter Schmid, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Eva Schweitzer, Alexander Solschenizyn, Hans von Spaeth-Meyken, Werner Stein, Diether Stolze, Alfred Streim, Arno Surminski, Yoash Tatari, Robert H. Tenbrock, Karl Teppe, Nikolai Tolstoy, Otto Ulitz, Franz Walter, Woldemar Weber, Hermann Weinkauff, Rudolf Willeke, Gerhard Wisnewski, Malcolm X., Alfred Maurice de Zayas und Christian Zentner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

> Laßt das Volk die Wahrheit wissen, und das Land ist sicher.
> *Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)*

Wer unsere gegenwärtige Welt beurteilen und verstehen will, muß zunächst wissen, wie es in früheren Epochen war und wie sich die Menschheitsgeschichte im Laufe der Jahrhunderte entwickelte.
Unsere Eltern, unsere Großeltern und deren Vorfahren starben und auch wir müssen ihnen irgendwann folgen. Was die Zukunft bringt, wissen wir natürlich nicht, aber wir sollten unsere Kinder, Enkel und Urenkel wenigstens über die Vergangenheit informieren und aufklären, damit sie daraus Lehren für die Zukunft ziehen und gefährliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und vermeiden können.
Die Geschichte der Menschheit zeichnete sich leider mehrheitlich nicht durch Nächsten- und Friedensliebe aus, sondern sie wurde in erster Linie durch gewalttätige Handlungen (kriegerische Eroberungen und Gewaltherrschaft) bestimmt. Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Toleranz und andere positive Charaktereigenschaften wurden seit jeher als Dummheit oder Schwäche ausgelegt und gnadenlos ausgenutzt. Schon in der Urzeit erschlugen sich die Menschen gegenseitig, wenn einheimische Sippen oder Stämme ihre überlebenswichtigen Höhlen und Siedlungsräume gegen fremde Eindringlinge verteidigten.
Jeder kämpfte unentwegt gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich spezielle Dinge und Vorteile vor den Konkurrenten zu sichern. Fast jeder suchte nur seinen eigenen Nutzen, damit er seine persönliche Existenz erhalten und seinen materiellen Besitz möglichst fortwährend vergrößern und schützen konnte. In diesem endlosen Existenzkampf setzten sich vor allem der Aggressionstrieb, Hab- und Machtgier, Neid, Trägheit sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.
Wie in der Natur bzw. im Tierreich dominierten grundsätzlich die Starken aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten (Diktatur von Einzelpersonen, Gruppen oder Völkern bzw. Staaten). Je brutaler und skrupelloser die unterworfenen Gegner ausgemerzt, versklavt oder vertrieben wurden, desto erfolgreicher konnten die expandierenden Eindringlinge ihre Machtpositionen erweitern und festigen.
Die Geschichtsschreibung wurde schon immer von den Siegern bestimmt und geprägt, deshalb wurden viele Ereignisse der Weltgeschichte naturgemäß "sehr einseitig" geschildert und Verbrechen der Gewinner in der Regel ausgeblendet.
Die meisten Historiker, die als Universitätsprofessoren oder Lehrer ihren Lebensunterhalt verdienten, waren verständlicherweise nicht daran interessiert, ihre Existenz zu gefährden und ihre Arbeitgeber (Staatsregierungen) zu verärgern.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb z.B. über die deutsche Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts (x068/221): >>Die übergroße Mehrheit ihrer Vertreter schrieb zur Kaiserzeit im Sinn des Kaisers und der Monarchie, im Dritten Reich im Sinn Hitlers und der Nazis, danach im Westen (BRD) im Sinn der westlichen, im Osten (DDR) der östlichen Demagogen. So war, so ist es doch.
Aber diese sich gern so szientifisch (wissenschaftlich) gebende, diese scheinbar so behutsam abwägende, in Wirklichkeit freilich jede entschiedene Stellungnahme entschieden verweigernde Geschichtsschreibung ist meist nichts als die bestenfalls gelehrt am Wesentlichen vorbeiredende, ganze Generationen dreist an der Nase herumführende Wissenschaft eines im Grunde korrumpierten Tendenzkartells, das, wenn schon den Mächtigen nicht nach dem Maul, so doch kaum je scharf zuwiderredet und alles als "unseriös", abtut, was nicht so notorisch-opportunistisch wie es selbst die Geschichte verdreht oder vernebelt, nicht so im Sinne

der und des jeweils Tonangebenden sich geriert (benimmt).
Schließlich werden die Professionellen, Geschichtsschreiber und –lehrer, ja auch vom jeweiligen Staat bezahlt. Und wes Brot ich eß, des Lied ich sing.
Oder wie 1947 ... der britische Militärgouverneur General Robertson einprägsam sagte: "He who pays the piper calls the tune" ("Wer bezahlt, darf auch bestimmen") ...<<
Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die deutschen Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.
Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.
Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch speziell aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

> Ich will dir zeigen, was den großen Herrn mangelt und was denen fehlt, die alles besitzen: Einer der die Wahrheit spricht.
> *Friedrich von Spee (1591-1635, deutscher Prof. der Theologie und Liederdichter)*

Die Jahre 1952 bis 1986 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:
Wiederaufbau, Wiedergutmachungsleistungen, Volksaufstand im Juni 1953, Deutsches Wirtschaftswunder, Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Bau der Berliner Mauer, Internationale Kubakrise, Vietnamkrieg 1965-1975, 68er Bewegung, Ratifizierung der Ostverträge, Folgen der unbewältigten Vergangenheit.
Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.
Die Chronik informiert nicht nur über geschichtliche Ereignisse, sondern sie schildert auch das Leben der Menschen bzw. den täglichen Existenzkampf in den zurückliegenden Jahrhunderten. Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.
Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

Gliederung (im Überblick):

01.	**Deutsches Reich** - SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945) - Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945) - DDR (Deutsche Demokratische Republik, seit dem 7. Oktober 1949). - Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats gemäß "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945) - BRD (Bundesrepublik Deutschland, seit dem 23. Mai 1949)
02.	**Nordeuropa** - Dänemark - Norwegen - Schweden - Finnland
03.	**Ostmitteleuropa** - Estland - Lettland - Litauen - Polen - CSR - Österreich
04.	**Osteuropa** - UdSSR
05.	**Südosteuropa** - Ungarn - Jugoslawien - Rumänien - Bulgarien - Albanien - Griechenland - Türkei
06.	**Südeuropa** - Italien - Spanien - Portugal
07.	**Westeuropa** - Schweiz - Liechtenstein - Frankreich - Luxemburg - Belgien - Niederlande - Großbritannien - Irland

08.	**Amerika** - Kanada - USA - Mittelamerika - Südamerika
09.	**Asien**
10.	**Afrika**
11.	**Australien**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von 1952 bis 1967

1952

Aus den Trümmern unserer Verzweiflung bauen wir unseren Charakter. *Ralph Waldo Emerson (1803-1882, nordamerikanischer Philosoph)*

01.01.1952

DDR: Die SED führt ab 1. Januar 1952 die wirtschaftliche Rechnungsführung ein.

Die bisher unselbständigen Volkseigenen Betriebe (VEB) werden ab 1. Januar 1952 in selbständig wirtschaftende Einheiten umgewandelt. Sie erhalten eine eigene finanzielle Grundausstattung sowie einen eigenen Umlaufmittelfonds und müssen auch selbständig die Abgaben an den Staatshaushalt entrichten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wirtschaftliche Rechnungsführung" in der SBZ (x009/486): >>... Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist nicht nur Aufgabe des Rechnungswesens, sondern erstreckt sich auf alle Betriebsabteilungen.

Sie soll rationellen Einsatz und Kontrolle der wirtschaftlichen Mittel ermöglichen, die den Betrieben als Eigenmittelausstattung vom Regime übergeben werden, jedoch im Volkseigentum verbleiben.

In der Verordnung über die Reorganisation der Volkseigenen Industrie ist das Prinzip der individuellen Leistung der Betriebe und der persönlichen Verantwortung jedes leitenden Mitarbeiters der VEB verpflichtend festgestellt worden. Jeder Betriebsleiter ist für die Rentabilität des von ihm geleiteten Betriebes voll verantwortlich.

Die Neuregelung führt zu einer gewissen Selbständigkeit der Betriebe bei der Verwendung der ihnen zugeteilten Mittel. Das soll zu einer Stärkung der Initiative und der Eigenverantwortlichkeit der Betriebsleitung beitragen. Gewinn und Amortisationen verbleiben z.T. im Betrieb und sollen im Rahmen des Betriebsplanes zur Auffüllung der Umlaufmittel und Investitionen verwendet werden.<<

02.01.1952

DDR: Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wird ab 2. Januar 1952 auf sowjetische Waffen umgerüstet.

Am 2. Januar 1952 beginnt das Nationale Aufbauprogramm.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Nationale Aufbauwerk" (x009/304): >>1952 gegründet, durch die Nationale Front gelenkte "Bewegung für den Aufbau der Hauptstadt Berlin", die 1953 auf das ganze Zonengebiet ausgedehnt wurde.

Ziel ist die "Förderung der Initiative aller Werktätigen Berlins und der DDR für die finanzielle und praktische Unterstützung des Aufbaues".

Die Bevölkerung wird unablässig aufgerufen, sich an Bauarbeiten und bei der Enttrümmerungsaktion "freiwillig" und ohne Entgelt zu beteiligen. Durch das Nationale Aufbauwerk sollen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kinderheime, Sportstätten, Neubauernhäuser und

Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut werden. Aber auch beim Bau neuer Betriebe werden die "Aufbauhelfer" herangezogen.
Arbeiter in Industriebetrieben werden unter politischem Druck veranlaßt, sich zu verpflichten, z.B. im Jahr 20 oder 30 "Aufbaustunden" zu leisten. ...
Seit 1960 sind die dem Nationalen Aufbauwerk zugewiesenen Auflagen zum Teil in die Volkswirtschaftspläne mit aufgenommen, d.h. die "freiwillige" Leistung nach Feierabend wird zum Planbestandteil. ...<<

26.01.1952

DDR: Verschleppte mitteldeutsche "Zeiss-Spezialisten" (Optiker) kehren am 26. Januar 1952 aus der Sowjetunion zurück.

11.02.1952

DDR: Die Hochschulen werden am 11. Februar 1952 angewiesen, "politisch geeignete Studienbewerber" bevorzugt zu behandeln.

13.02.1952

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (7/1952) berichtet am 13. Februar 1952: >>**Wie die Hühnerhunde**
In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.
(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden - dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:
Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.
Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greueltaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Verbände ausstreuen.
Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.
Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch Westpreußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern.
Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekeilten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.

Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhunde" hineinstoßen, um das gehandikapte westalliierte Wild aufzuscheuchen.
Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln. Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.
Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<

20.02.1952

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (8/1952) berichtet am 20. Februar 1952: >>**Ich bete zum Satan**

Auf dem Flugplatz von Luqua auf Malta heulten die ganze Nacht über die Motoren startender Flugzeuge. Von 23.30 Uhr bis zum Morgengrauen donnerte alle zehn Minuten eine Transportmaschine gen Osten. 700 Menschen mußten 2.240 Kilometer weit, über die Ägäis und das Schwarze Meer, nach Saki auf der Krim geflogen werden.
Die prominentesten Fluggäste waren ein 63jähriger gelähmter ehemaliger Rechtsanwalt und ein 71jähriger Sproß aus dem Haus der britischen Herzöge von Marlborough. Die beiden wollten sich auf der Krim mit dem 66jährigen Sohn des russischen Schuhmachers Wissarion Dschugaschwili, dem ehemaligen Priesterschüler Josef Wissarionowitsch, der sich "Stalin" nennt, treffen.
Es waren der ehemalige Rechtsanwalt und Präsident der USA, Franklin Delano Roosevelt, und der Marlborough - Sproß Winston Spencer Churchill. Sie flogen in der Nacht zum 3. Februar 1945 zu dem Treffen, das später den amtlichen Namen "Krim-Konferenz" bekam.
Dieser Nachtflug war der Anfang vom Ende der drei Millionen Deutschen*, die bis heute im Osten verschollen, gestorben oder verdorben sind.
*Nach Untersuchungen des DRK-Suchdienstes in Hamburg werden - außer 1,4 Millionen Soldaten - noch 1,5 Millionen Volksdeutsche und 1,6 Millionen Reichsdeutsche im Osten vermißt.
In Jalta drang Stalin mit seiner Forderung durch, das Land jenseits der Oder und Neiße abzutrennen. Drei Wochen später rechtfertigte sich Churchill vor dem Unterhaus:
"Ich fühle mich nicht alarmiert durch die Aussicht auf eine Loslösung der (ostdeutschen) Bevölkerung, auch nicht einmal durch die großen Menschen-Transferierungen, die unter modernen Verhältnissen eher möglich sind, als es jemals der Fall war."
Damit war das Schicksal der Ostdeutschen besiegelt, und dann begann die große Völkerwanderung (mit "modernen Mitteln"), die nicht zur Ruhe kommen kann und die jetzt die westdeutsche Bundesregierung erneut vor Kabinettsfragen stellt.
Seit 1945 sind 12,5 Millionen Menschen - so viel wie ganz Australien Einwohner hat - aus dem Osten und Südosten in den verkleinerten Raum Restdeutschlands eingeströmt.
4,5 Millionen blieben ostwärts der Elbe in der Sowjetzone hängen und vermehrten dort die Bevölkerung um ein Viertel; acht Millionen Heimatvertriebene wurden inzwischen nach

Westdeutschland geschleust (Bevölkerungszuwachs um 16,7 Prozent). Nach folgten 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Sowjetzone.
Unter denen, die zweimal flüchten mußten, war auch der Mann, der meistens den letzten Stuhl bekommt, wenn in Bonn Kabinettssitzung ist: Dr. Hans Lukaschek, 66, bis 1933 Oberpräsident in Oppeln**, dann Rechtsanwalt in Breslau, heute noch Bundes-Vertriebenenminister.
**Dr. Lukaschek war als Oberpräsident in Oberschlesien so aktiv in der Abwehr des Kommunismus, daß der Journalist Walther Karsch in der linksgerichteten "Weltbühne" Nr. 42 vom 20. 10. 1931 einen flammenden Protest gegen ihn richtete.
Karsch griff Lukaschek an, weil er den KP-Dichterling Erich Weinert, späteren Vorsitzenden des Kommunistischen Nationalkomitees "Freies Deutschland" in Moskau, der damals in Preußen Redeverbot hatte, nicht zu Worte kommen ließ. Heute ist Walther Karsch Herausgeber des Blattes, das den Kampf gegen den Kommunismus erfunden zu haben glaubt, des Westberliner "Tagesspiegel".
Lukaschek hatte 1945 - nach der Flucht aus Breslau - seine Koffer zunächst in Berlin abgestellt. Dann lotste ihn Jakob Kaiser, damals noch Vorsitzender der Ost-CDU, nach Thüringen.
Dort war gerade der CDU-Landesvorsitzende Dr. Franz Kolter unter geheimnisvollen Umständen erkrankt. Es dauerte nur wenige Tage, dann starb er in der Universitätsklinik in Jena. NKWD-Posten, die jeden Krankenbesucher abwiesen, drückten ihm die Augen zu.
Sein Amt als CDU-Vizepräsident des Landes Thüringen und Leiter des thüringischen Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft mußte nun Lukaschek übernehmen. Eine Woche vor der Landtagswahl 1946 kam er auf die Abschußliste.
In einer Bauernversammlung in der Weimarhalle zu Weimar putzten ihn bestellte SED-Bauern herunter. Dann keilte ihn Landes-SMA-Chef Gardegeneralmajor Kolesnitschenko ironisch: **"Nu, Gospodin Lukaschek,** warum Leute sprechen so schlächt?"
Er sei nur mit Worten für die Umsiedler und Neubauern eingetreten und habe alle praktischen Möglichkeiten, sie zu fördern, außer acht gelassen. Darauf fuhr Lukaschek bei Nacht und Nebel wieder nach Berlin. Die Koffer wurden ihm einzeln nachgebracht.
Als Konrad Adenauer 1949 bei der Kabinettsbildung um einen Flüchtlingsminister verlegen war, bat er den konzilianten Doppelflüchtling, dieses Ressort zu übernehmen. Lukaschek schützte sein Alter vor. Ob Adenauer nicht höre, wie draußen an der Tür ein Kater kratze und laut miaue. Adenauer verstand sofort und lachte: "Dieser Kather wird bei mir nie Minister."
Gemeint war Dr. Linus Kather, 58jähriger Rechtsanwalt aus Königsberg, über die Schleswig-Holsteinische Ergänzungsliste der CDU in den Bundestag gekommen. Er hat inzwischen zwei Millionen Heimatvertriebene wie in einer Gewerkschaft - überparteilich, aber dennoch aggressiv - im "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) zusammengefaßt und ist bereit, den "heiligen Sebastian" - so nannte CSU-Bundestagsabgeordneter Hans Schütz den würdigen knebelbärtigen Flüchtlingsminister in einer Haushaltsdebatte - zu stürzen.
Nervös wuchtet der "heilige Sebastian" wie ein Schleusenwärter, dessen Kraft nicht ausreicht, um das klemmende Schütt aufzustoßen, an dem Kernproblem der Flüchtlingsmisere: der Umsiedlung.
Hoch oben im Norden und in Bayern hat sich das Gros der Flüchtlinge gestaut. Da die Franzosen 1945 zur Jalta-Konferenz nicht eingeladen worden waren, lehnten sie zunächst für ihre Besatzungszone die Aufnahme der Ost-Vertriebenen ab. Also konzentrierte sich der Menschenstrom vorwiegend auf
- Schleswig-Holstein: heute noch 854.800 Heimatvertriebene = 33,6 Prozent Bevölkerungszuwachs;
- Niedersachsen: 1.810 000 Vertriebene = 26 Prozent Zuwachs;
- Bayern: 1.917 000 Vertriebene = 21 Prozent Zuwachs.
Die Folge dieser Zusammenballung waren Barackenelend (350.000 leben im Bundesgebiet

heute noch in Baracken), Dauerarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg.
Im ersten Nachkriegsjahr fanden sich im übervölkerten Schleswig-Holstein die nach hier verdrängten Ostpreußen und Pommern mit dem Massenquartier in leerstehenden Militärbaracken ab. Sie glaubten, das sei nur ein Übergang und waren in Gedanken und Träumen immer noch am Haff, auf der Nehrung oder im Pyritzer Weizacker.
Inzwischen sind sie aufgewacht und sehen die rauhe Wirklichkeit. Sie glauben ihrem Landsmannschaftspräsidenten, Staatssekretär a.D. Herbert von Bismarck, Großneffen des Eisernen Kanzlers, nicht mehr, wenn er noch von Rückkehr spricht, und sind störrisch geworden wie Trakehner Hengste, die von der mageren Weide auch mal in die fette Stutenkoppel wollen.
Das merkt der Bundes-Vertriebenenminister jeden Morgen, wenn er seine Post durchsieht. Auf seinem Arbeitstisch steht ein kleines eisernes Kruzifix, ein altes Familienerbstück aus der Zeit der Befreiungskriege, als die Schlesier Mord und Brand schimpften, weil sie nur Grünkohl in ihre hungrigen Magen stopfen konnten. Heute rufen viele den Beelzebub gegen Lukaschek an.
Minister Lukaschek voll Selbstironie: "Neulich schrieb mir sogar einer: "Ich bete jeden Abend zum Satan, daß er dich Luder endlich wegnimmt." Ein ehemaliger schlesischer Großgrundbesitzer, der heute in einem bayrischen Dachstübchen haust, ranzte mich an: "Sehen Sie denn nicht die Revolution!" Als wenn ich nicht wüßte, welchen sozialen Umbruch Jalta heraufbeschworen hat."
Wer abseits der Bauern- oder Fischerdörfer und meilenfern von den wenigen industriellen Inseln in Lagern lebt - es gibt noch 700 im nördlichen Bundesland -, bleibt ewig ein Opfer der strukturellen Arbeitslosigkeit. Den schulentlassenen Burschen werden nicht einmal Lehrstellen geboten. 53 Prozent der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein und 42 Prozent in Niedersachsen sind Dauerstempler.
Das Bundes-Umsiedlungsgesetz sollte Abhilfe schaffen und den Flüchtlingsüberhang in zwei großen Raten von je 300.000 zur wirtschaftlichen Eingliederung nach Südwest- und Westdeutschland abschieben. Weitere Raten sollten folgen.
Die erste Rate 1949/50 wurde mit der Abgabe von 289.000 nahezu erfüllt, die 2. Rate 1950/51 stagnierte, nach Aufholung des Vorjahrsmankos, schon bei 26.000.
Nordrhein-Westfalen holte sich Facharbeiter aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das "Sozialgepäck" der Alten und der beschäftigungslose Frauenüberschuß blieben aber dem Armenhaus Schleswig-Holstein erhalten.
Tausende von Männern siedelten in die Arbeitsbaracken zum Ruhrpütt über und glaubten, in einem halben Jahr ihre Familien nachholen zu können. Sie warteten zwei Jahre. Dann schmissen nach und nach 53.000 Flüchtlings-Bergarbeiter ihre Schrämhämmer hin, fuhren nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen zurück und legten sich lieber zu ihren Frauen auf den Strohsack, als dauernd zu schuften.
15.000 Bergleute aus Oberschlesien gehen auch noch in Bayern stempeln, weil das reiche Nordrhein-Westfalen ihnen keine Wohnungen in Grubennähe schaffen kann.
Vergeblich mahnte der Bundes-Vertriebenenminister die Länderregierungen, doch endlich ihren Länderegoismus aufzustecken: "Die Frage der Umsiedlung ist das nationale Bewährungsproblem. Wenn wir da versagen, versagen wir als Volk."
Kurz vorher hatte Lukaschek den Flüchtlingen in großen Landsmannschaftsversammlungen Mut zugesprochen: "Und wenn ich mit erhobenen Händen von Tür zu Tür gehen soll, um für euch zu betteln ..."
Er erntete mit diesem Pathos nur einen weiteren Spitznamen: "Der Bettelstudent".
Die Umsiedlungsaktion aber landete rettungslos in der Sackgasse.
Die Kommissionen der Aufnahmeländer aalten sich zwar im Sommer 1951 während der Saison am Nord- und Ostseestrand, brachten gleich Ehefrauen und Bräute mit, rümpften die Nase

während der gelegentlichen Flüchtlingsmusterungen und ließen gnädig einige tausend gesunde Arbeitskräfte aus dem Armenhaus entweichen.
Treffend nennt Schleswig-Holsteins Flüchtlingsminister Hans Adolf Asbach den verkorksten Bevölkerungsausgleich "System Schnecke" - "nicht nur wegen des Tempos, sondern auch weil die Umsiedler möglichst noch ihren Wohnraum mitbringen sollten", denn in den Aufnahmeländern lag das Flüchtlings-Wohnbauprogramm sehr im argen.
Minister Lukaschek: "Wir haben aus allen Ecken nur 225 Millionen DM zusammenkratzen können. Damit wäre es, wenn man daraus den sogenannten Förderungsbetrag von 5.500 DM pro Wohnung aus Bundesmitteln zugrunde legt, möglich gewesen, für 200.000 Umsiedler Wohnungen zu schaffen.
Vorausgesetzt, daß die Länder die ersten und die letzten Hypotheken besorgten. Für die ersten Hypotheken wären 400 Millionen DM notwendig gewesen. Diese Summe konnte der Kapitalmarkt, wie die Dinge heute liegen, nicht in voller Höhe aufbringen."
Am schleppenden Wohnungsbau, der laschen Erfassung des Wohnraums in den Aufnahmeländern und der strukturellen Arbeitslosigkeit hat sich die Umsiedlung festgelaufen.
Die zusammengepferchten Flüchtlinge hörten diese Bilanz nur mit halbem Ohr und meutern jetzt schon aus Prinzip. Am aktivsten wird im Flüchtlingszentrum Süderbrarup, an der dänischen Grenze, rebelliert. Zwar sang man noch nicht die Internationale, aber aus den Baracken summt es schon ähnlich wie.
"... uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun ..."
Im Dezember schickte das Verfassungsschutzamt Kiel gleich mehrere Vernehmungsbeamten nach Süderbrarup, um den Selbsthilfe-Organisator und Vorsitzenden der inzwischen gegründeten "Treckvereinigung Schleswig-Holstein e.V.", Reinhard Noback, 54, ehemaligen Personalchef der Panzerwerke in Spandau, politisch zu durchleuchten.
Noback, der sich beim Russensturm im April 1945 aus Berlin abgesetzt und mit dem Fahrrad zu seiner evakuierten Familie nach Süderbrarup durchgeschlagen hat, macht kein Geheimnis daraus, daß er die umsiedlungswilligen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein registriert und für eine Aktion auf eigene Faust, die spätestens im Mai steigen soll, "technisch vorbereitet".
Noback: "Wenn wir bis dahin keine greifbaren Umsiedlungserfolge seitens der Bundesregierung sehen, trecken wir selbständig los, so wahr ich Noback heiße."
Die dänischen Nachbarn verfolgen diese Vorbereitungen mit Spannung. Wenn die Pommern und Ostpreußen erst abgezogen und die Schleswiger mehr unter sich sind, schlägt die dänische Kulturpropaganda besser ein, spekuliert man in Kopenhagen.
Auch die in der "Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft" zusammengeschlossenen stammestreuen Ureinwohner unterstützen diese "Selbsthilfe" moralisch und finanziell. Der Landgemeindetag ermächtigte die Dorfbürgermeister, Mittel für den Treck zur Verfügung zu stellen. Die Bauern sollen mit Pferden und Wagen nicht kleinlich sein, wenn Noback die "Landplage" endlich hinausmanövriert und seine Privat-Völkerwanderung startet.
Nur die Kaufleute in Süderbrarup sind entschieden gegen den Treck. Sie haben jährlich 1,5 Millionen DM Mehreinnahmen - die Summe der Alu- und Fürsorge-Groschen - in ihre Ladenkassen gescharrt.
Als Noback seine ersten zehntausend Treckwilligen listenmäßig erfaßt hatte, klopfte abends eine infiltrierte SED-Funktionärsgruppe an seine Stubentür. Die Genossen waren nach sechswöchiger Spezialschulung eigens aus der Sowjetzone nach Süderbrarup in Marsch gesetzt worden, "um den Treck auch politisch richtig organisieren zu helfen".
Noback wies ihnen die Tür.
Der treckfeste Berliner Noback hat sein Invasionsgebiet - die Länder des kommenden Südweststaates und Rheinland-Pfalz - rekognosziert. "Am Bodensee sind noch viele Villen unterbelegt. Ich habe überall Stichproben gemacht und mit den Bürgermeistern verhandelt. In Wiel-

len, Kreis Lörrach, konnte ich gleich für tausend Flüchtlinge Quartier reservieren. Über 700 Betriebe haben mir Offerten geschickt. Damit sind Arbeitsplätze für einige Tausend gesichert."
Der Treck-Condottiere weiß, daß er mit diesen Anfängen das ganze Problem nicht meistern kann, aber: "Ich kann heute nicht mehr zurück."
Inzwischen haben sich auch in Bayern und Niedersachsen Treckvereinigungen gebildet. In Bayern liegt die Initiative bei dem gelernten Kaufmann Rudolf Brenske aus Danzig, heute Stadtrat in Kulmbach, und seinem sudetendeutschen Kumpel Heinz Hanner, studiertem Volkswirt in Hof.
Verzieht Bayern-Treckführer Brenske sein faltiges Gesicht zur Grimasse: "Wir werden keinen Fuß in eine Baracke setzen, und wenn wir auf den Marktplätzen der Städte nächtigen müssen.
"Ziel jeder Treckgruppe ist der Markt. Dort verharren wir so lange im passiven Widerstand, bis man uns anständige Quartiere nachweist. Die Masse will wieder in den Kulturbereich einer Stadt und nicht im Bayrischen Wald zum Dorfdepp werden.
"Wenn man uns an den Stadtgrenzen abweist, werden wir wie ein Infanteriebataillon ausschwärmen, jeder mit seinem Bündel, und langsam einsickern."
Brenske glaubt, daß der Krawall, verstärkt durch Begleitfanfaren mittreckender Lautsprecherwagen, so laut wird, daß die schwäbischen und badischen "Sozialbürokraten" vor dem "Furor Flüchticus" dahinschmelzen und freiwillig 100.000 Stüble freimachen.
"Da soll sich die Bundesregierung doch freuen. Wir machen sie endlich stark gegen den Länderegoismus."
Aber die Bundesregierung freute sich keineswegs. Unruhig zupfte Minister Lukaschek das aus der Brusttasche hervorquellende weiße Spitzentuch zurecht und reichte seine traditionelle Kiste mit schwarzen Brasilzigarren herum, als sich die Treckführer bei ihm zum Rapport meldeten. Er hatte sie wegen des zu erwartenden Krawalls nach Bonn eingeladen.
Der Minister widmete sich während dreier Tage stundenlang der Treckabordnung, hörte sich die Vorschläge der Selbsthilfeorganisatoren an und versprach, sein Bestes zu tun, um das zu verhindern, was die Treckführer als Beschleunigungsmittel vorschlugen: die Anwendung des Bundeszwanges nach Grundgesetzartikel 37:
- "Wenn ein Land die ihm nach dem Grundgesetz oder einem anderen Bundesgesetz obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Maßnahmen treffen, um das Land im Wege des Bundeszwanges zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten."
Um das Treckgespenst zu beschwichtigen, hat die Bundesregierung rasch zwei "Bundesbevollmächtigte" ernannt. "Man müßte sie eigentlich "Bundesbeobachter" nennen, denn sie haben weder Vollmacht noch Weisungsbefugnis gegenüber den Aufnahmeländern", schimpft die SPD-Opposition.
Lukascheks Kommissare sollen nun die Sünden der vergangenen Jahre feststellen und endlich prüfen, ob der Verdacht zu Recht besteht, daß mit einem Teil der zweckgebundenen Bundesmittel in einzelnen Ländern alles mögliche gebaut worden ist, nur keine Flüchtlings-Wohnungen.
"Bundesbevollmächtigter" Dr. Peter Paul Nahm, 50, lehnte die Forderung der Treckführer ab, Umsiedler in Südwestdeutschland zwangsweise einzuweisen: "Wir leben heute in einem Rechtsstaat. Die Wohnung ist nach dem Grundgesetz unverletzlich. Wenn 1946/47 in Norddeutschland rigoros Wohnraum beschlagnahmt worden ist, kann das heute kein Maßstab mehr für uns sein. Damals liefen noch die Spruchkammerverfahren, und jeder Pg. tat sich etwas darauf zugute, rasch eine Rumpelkammer für Flüchtlinge abzugeben, um bußfertiger zu erscheinen."
Der Bundes-Vertriebenenminister rechnete den Treckführern vor, daß es bis August möglich

sein werde, etwa 200.000 Umsiedler in die bis dahin fertig zu stellenden Neubauwohnungen unterzubringen. Sie hörten die Botschaft, versprachen, das Gepäck noch nicht zu verladen und "die Erfolge abzuwarten", aber es fehlt ihnen bis jetzt der Glaube, zumal der Minister, durch tagelange Attacken verwirrt, nebenher eingestand: "Offen gesagt, ich weiß auch nicht, wie es werden soll ..."
Dabei war von der Beschaffung von Arbeitsplätzen noch gar nicht gesprochen worden. Flüchtlingskommissar Dr. Nahm: "Das ist ein Problem für sich. Von den nach Rheinland-Pfalz geschleusten Umsiedlern sind 33.000 auf eigene Faust wieder nach Bayern und Schleswig-Holstein zurückgekehrt."
Ihr Argument ist kaum zu widerlegen: Ob sie im Notstandsgebiet des Hunsrück, in der Eifel oder im Notstandsgebiet des Bayerischen Waldes stempeln gehen, bleibe sich gleich. Die Barackenwände sind auch überall dieselben.
Weil alles verquer lief, hat sich jetzt in Rheinland-Pfalz eine Treckvereinigung aufgetan, die innerhalb des Landes trecken will, möglichst an den Rhein, wo es vielleicht noch Arbeitsplätze gibt, oder nach Nordrhein-Westfalen, das immer noch den größten Sog ausübt.
Der Fluch von Jalta hat Westdeutschland zu einem Exerzierfeld für Raumforscher, Soziologen, Betriebs- und Volkswirtschaftler werden lassen. Nach einer Berechnung des Instituts für Raumforschung in Godesberg ist die Tragfähigkeit der Bundesrepublik - beim gegenwärtigen Produktions- und Erwerbsvolumen - bereits um 4 Millionen Menschen überschritten. Davon seien 1.792.000 durch eine großzügige Binnenwanderung noch produktiv einzuordnen ...
Der Bevölkerungsausgleich ist aber nur die mobile Seite des brennenden Problems: Neugliederung der Länder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.
Auch die Amerikaner fanden es sehr interessant, das verruchte Wort vom "Volk ohne Raum" mit klugen Empfehlungen wegzudiskutieren. Man müsse die Industrie Westdeutschlands eben aufstocken und die deklassierten Flüchtlinge in neu zu gründenden Gewerbebetrieben wirtschaftlich eingliedern.
Das will auch der Sechsjahresplan des Leiters der Flüchtlingskommission der ECA, Hans Christian Sonne, der die Schaffung von 600.000 Erwerbsstellen vorsieht.
Sonne sagt selbst, daß sein Plan ohne Auslandshilfe nicht zu schaffen sei. Auswanderung aber erleichtert das "Volk ohne Raum" jährlich nur um 50.000 Menschen, während das Ost-Westgefälle jährlich 150.000 weitere Ostzonenflüchtlinge über die Elbdeiche schwemmt.
Durchführungskosten dieses Planes, an dem auch deutsche Experten mitgearbeitet haben und der für Minister Lukaschek die große Hoffnung ist: 12,5 Milliarden DM - nicht ganz so viel wie ein geforderter Jahres-Verteidigungsbeitrag.
Der gläubige Katholik Lukaschek hat die Hoffnung auf amerikanische Sonne-Millionen noch nicht aufgegeben, obwohl der Kongreß schon einmal nein gesagt hat: Erst westdeutscher Verteidigungsbeitrag und Aktivierung bundeseigener Mittel - etwa aus dem Lastenausgleich, den man nicht quotal sehen, sondern produktiv für die Schaffung von Arbeitsplätzen verwenden müsse - dann könne man weiter reden.
Trotzdem hat Lukaschek wieder seinen Spezialdiplomaten Middelmann nach Washington geschickt, um in Richtung Sonne weiter zu intervenieren.
Der Minister strahlte, als er in einer Schweizer Zeitung Anerkennung für seine außerdeutschen Anknüpfversuche fand. Für die Schweizer Musterdemokraten schwärmt er noch aus Pennäler-Zeiten, als er seine angeknackte Lunge in Davos so gut auskurierte, daß ihm die Brasilketten heute nicht schaden.
Dann freut ihn auch, daß nicht alle Flüchtlinge arme Schlucker sind, sondern mancher Vertriebene es in Westdeutschland wieder zu etwas gebracht hat, wie etwa der Schlesier, der ihm zu Weihnachten einen Strauß Orchideen schickte - als Trost für den Tort (Kränkung), den ihm der ostpreußische Dr. Kather laufend antut.

Seit Wochen führt der Vorstand des "Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen" (ZvD), der sich durch Angliederung mehrerer bisher selbständiger Landsmannschaften zum "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) erweitert, eine robuste Kampagne gegen Dr. Lukaschek, der selbst einmal erster ZvD-Präsident war.
Im Namen seiner organisierten Flüchtlingsmillionen überbrachte Kather mit drei Mann seines Präsidiums dem Bundeskanzler das kollektive Mißtrauensvotum gegen seinen Vertriebenenminister.
In der "Anklageschrift" (so nennt man im Vertriebenenministerium die BvD-Resolution) wird Dr. Lukaschek "Mangel an Energie, Initiative und Zähigkeit" vorgeworfen. Da Lukaschek selbst einmal öffentlich erklärt habe, er werde sofort zurücktreten, wenn er das Vertrauen der Flüchtlings-Organisation nicht mehr besitze, wisse er ja, was er jetzt zu tun habe.
Dazu gab der Sprecher der Schlesier, Ministerialrat a.D. Dr. Rinke aus München, dem Kanzler noch einen Stich: Wenn Lukaschek noch einmal vor Flüchtlingen in Bayern zu sprechen wage, würde er niedergeschrien und ausgepfiffen.
Der Kanzler hat die BvD-Anklageschrift, trotz eines zweiten Mißtrauensantrages von Dr. Kather, bis jetzt noch nicht beantwortet. Er hat zur Zeit andere Sorgen. Noch trecken die Flüchtlinge ja nicht.
Dr. Kather bastelt unbeirrt weiter an seinem Programm. Nach Gewerkschaftsvorbild will er BvD-Beiräte in die verschiedensten parlamentarischen Ausschüsse und ministeriellen Schlüssel-Gremien delegieren. Er verhandelt auch mit den Großgrundbesitzer-Vereinen, um sich über die Möglichkeit von Landaufkäufen für landlose Flüchtlingsbauern mit Hilfe von locker zu machenden Soforthilfe- und Lastenausgleichsmitteln zu informieren, nachdem die Bodenreform völlig festgefahren ist. Von den 294.000 vertriebenen Bauern haben nur 24.000 wieder eine Hofstelle gefunden.
Er hat auch schon Verbindung mit Industriegruppen und Fachverbänden aufgenommen, um individuelle Unterlagen über die Arbeitsmarktlage hereinzuholen. Kather: "Die Fehlleistungen der Umsiedlung müssen endlich aufhören. Das alles ist dem Vertriebenen-Ministerium noch nie im Schlaf eingefallen"
"Alles Kinkerlitzchen", resigniert Dr. Lukaschek. "Was würde es wohl nützen, wenn ich einen Stock nähme und mit viel Geschrei dazwischenschlüge, nur um zu zeigen, daß ich kein Weichbold bin. Ich kann nicht im Jargon der Abgeordneten reden, denn schließlich bin ich ja Bundesminister."
Jetzt kämpft er darum, es zu bleiben, nachdem er früher wegen des ewigen Haders mit seinem Ministerkollegen Fritz Schäffer schon mehrmals seinen Rücktritt angeboten hatte.
Die Nachtmütze, die man ihm vor einiger Zeit mit der hämischen Widmung "Schlaf schneller, Genosse" per Einschreiben ins Ministerium schickte, hat er in den Ofen geworfen.<<

25.02.1952

DDR: Die Regierung ordnet am 25. Februar 1952 an, Schulgeld nach politischen Gesichtspunkten zu verlangen.

Februar 1952

BRD: In einer Sitzung des Deutschen Bundestages fordert der CSU-Abgeordnete Franz Josef Strauß im Februar 1952, der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beizutreten" (x067/-228): >>... Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!<<

06.03.1952

Polen: SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, "Henker des Warschauer

Gettos") wird am 6. März 1952 in Warschau hingerichtet.

10.03.1952

UdSSR: Stalin schlägt den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >>Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. ...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...

Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über die Stalin-Note von 1952 (x283/239-241): >>... Stalins Angebot weckte in Deutschland große Hoffnungen. Es fand verbreitete Zustimmung, zumal bei der SPD. In diesem Sinne empfahl auch Ernst Reuter, auf das Angebot behutsam einzugehen.

Anders dachte der frankophile (franzosenfreundliche) Adenauer, der 1923 die Lostrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben hatte.

Berlin wäre nach Stalins Plan 1952 wieder Hauptstadt geworden. Bei den avisierten gesamtdeutschen Wahlen war mit einem Sieg der Sozialdemokraten zu rechnen, und überhaupt schien dem Kanzler wohl ein Zuwachs an Preußen und Protestanten unsympathisch.

Gleichwohl verleugnete Adenauer das Ziel einer Wiedervereinigung nicht geradewegs, verstand sich dazu aber erst nach erfolgter Westbindung der Bundesrepublik und einer Umwälzung in Osteuropa. Damit war er seiner Zeit allzu weit voraus. Zunächst wollte Adenauer verhindern, daß seine Politik in Gefahr geriet, was Stalin in aller Offenheit bezweckte. Denn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stand unmittelbar vor dem Abschluß.

Es wurde dann jedoch nicht durch Moskau, sondern – eine Ironie der Geschichte – durch Paris torpediert. Erst drei Jahre später erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.

Adressat der Stalin-Note war nicht Adenauer. Seine Meinung fiel nicht wesentlich ins Gewicht. Gefragt waren die Westmächte. ...

Eine Verhandlung über die Stalin-Note wurde von Washington keineswegs offen abgelehnt, aber auf Druck von Paris, London und Bonn bewußt an Bedingungen gebunden, die für Stalin unannehmbar waren, nämlich an die vorab eingeräumten Möglichkeiten einer Revision der Oder-Neiße-Grenze und eines Beitritts Gesamtdeutschlands zur NATO. Damit war die Chance verspielt, festzustellen, ob Stalins Angebot gutwillig war.

Wäre die von ihm entworfene Lösung zustande gekommen, so hätte sich der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands verzögert, aber es hätte sich auch das unendliche Leid erübrigt, das in den Folgejahren das SED-Regime verschuldet und die fortdauernde Teilung Deutschlands mit sich gebracht hat. Das, was schließlich 1990 mühsam errungen wurde, wäre bereits 1952 erreicht gewesen.

Um diese schmerzhafte Konsequenz einer versäumten Gelegenheit zu vermeiden, empfahl sich der Ausweg, zu bestreiten, daß eine solche Gelegenheit tatsächlich bestand, und die Stalin-Note für bloßes Störfeuer, für Bluff zu erklären. Da der Westen sich aber weigerte, dies durch Verhandlung aller Welt vor Augen zu führen, so kann das nur aus der Besorgnis erklärt werden, daß Stalin es am Ende doch ernst meinte. Aber man wollte das von Moskau vorgesehene Resultat nicht. Daher erübrigte sich der Test, ob Stalin wirklich bereit gewesen wäre, die DDR aufzugeben.

Die neuere Aktenlage zeigt, daß Stalins Vorstoß nur ein propagandistisches Manöver war.

...<<

11.03.1952

BRD: Die fast vollkommen verwüstete Insel Helgoland (jahrelang Übungsgebiet der britischen Luftwaffe) wird am 11. März 1952 an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben.

20.03.1952

Niederlande: Ein zum Tod verurteilter Gefangener schreibt am 20. März 1952 aus Den Haag einen Abschiedsbrief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Ich schreibe Ihnen heute, um mich zu verabschieden.

Morgen, am 21.3.52, werde ich in der Frühe den Soldatentod sterben. Sind sie versichert, daß ich völlig ruhig bin und mein Schicksal entgegennehmen werde, wie es von einem Höheren beschlossen worden ist.

Der Gedanke an Frau und Kind ... ist allerdings mehr als bitter. Doch muß ich auch darin beharren, da ich wehr- und machtlos bin.

Nach dem Warum allerdings frage ich vergeblich. Ich werde in den Tod gehen mit dem festen Bewußtsein, eine persönliche Schuld, und nun gar eine solche, die derartige Strafe erfordert, nicht auf mich geladen zu haben.

Leben Sie alle wohl und arbeiten Sie weiter an dem Ziel, der Welt den Frieden zu verschaffen.

Meine Bitte ist einmal, sich meiner geliebten Frau und meines Herzenskindes annehmen zu wollen, und ferner, daß mein Tod der des letzten Deutschen in den ehemals besetzten Westländern sein möge! ...<<

Der deutsche Landgerichtsrat Karlhans Sonnenburg, Bad Godesberg, kritisiert damals die Rechtsprechung der Siegermächte: >>Sieben Jahre sind deutsche Männer und Frauen als Angehörige der Wehrmacht, der Polizei, des Wehrmachtsgefolges und des Diplomatischen Korps durch die Mühlen der alliierten Sondergerichtsbarkeit für Kriegsverbrecher gegangen und haben sich in den Maschen einer Justiz gefangen, die Ausfluß einer fremden, eigens vom Sieger auf sie zugeschnittenen Sonder-Gesetzgebung und Rechtsprechung ist.

Sieben Jahre sind Urteile gegen Deutsche auf Grund von Gesetzen gesprochen worden, die im Widerspruch zu der am 10.12.1948 feierlich proklamierten Internationalen Erklärung der Menschenrechte und zur Genfer Konvention stehen und allein schon wegen ihrer rückwirkenden Kraft die Grundprinzipien des Völker- und Strafrechts verletzen.

Sieben Jahre lang fungieren Mitglieder der völkerrechtlich illegalen nationalen Widerstandsgruppen als Richter über Angehörige der legalen deutschen Truppe, winden voreingenommene Zeugen sich selbst Märtyrerkronen, indem sie Deutsche der scheußlichsten Verbrechen bezichtigen.

Sieben Jahre hindurch sind Hunderte von Deutschen aufgrund von Sondergerichtsurteilen erschossen worden, haben andere Hunderte darauf gehofft, daß sie eine Begnadigung vor der Hinrichtung bewahrt. ...

7 Jahre lang haben Tausende von Deutschen als Untersuchungsgefangene in körperlicher, geistiger und seelischer Not dem Zeitpunkt entgegengebangt, an dem über Leben und Freiheit für sie entschieden wurde. ...

7 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wird der Krieg auf dem Gebiet des Rechts fortgesetzt, werden neue Verurteilungen ausgesprochen, werden Hinrichtungen - wie jüngst in Holland - vollzogen und Kerkerstrafen verbüßt. ...

Zur gleichen Zeit werden in Korea, Indochina, Tunis und anderen Ländern von Angehörigen der Siegermächte, zum Teil sogar von deutschen Fremdenlegionären unter ihrem Befehl, dieselben Taten begangen, die den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Auswirkungen eines doppelten Rechtes für Sieger und Besiegte können sich nicht deutlicher offenbaren.

Dabei kann die Frage der Schuld heute nicht mehr so eindeutig geklärt werden, daß eine Ent-

scheidung über Leben und Freiheit eines Menschen gerechtfertigt ist. Oft 10 und mehr Jahre nach den Geschehnissen ist eine einwandfreie Feststellung der Wahrheit und Klärung des Sachverhaltes erfahrungsgemäß unmöglich, zumal die Ereignisse im Zusammenhang mit Kampfhandlungen standen. ...
Zwar wissen wir, daß es auch Schuldige gibt, aber für einen Schuldigen dürfen nicht Unschuldige leiden. Die Schuldigen, die zu decken wir ablehnen, sollen der verdienten Strafe nicht entzogen werden, die deutsche Justiz ist befähigt und befugt, sie gerecht zu bestrafen. ...
Erst wenn die Westmächte die Gefangenen freigeben und sich durch diese Tat zu den demokratischen Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit bekennen, dürfen unsere Brüder und Schwestern in den Zwangsarbeitslagern des Ostens hoffen, daß auch sie eines Tages die Heimat und ihre Familie wiedersehen werden.<<

30.03.1952

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führen am 30. März 1952 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.

01.04.1952

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. April 1952 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/118-119): >>1. April 1952. Gestern ging die britische Kommandogewalt im Lager zu Ende.
Friedland hörte auf, englisches Territorium zu sein. Der Union Jack wurde an der Fahnenstange heruntergeholt und dafür die schwarz-rot-goldene Flagge hochgezogen. Entlassungsscheine für Kriegsgefangene werden in Zukunft von deutschen Stellen ausgefertigt. Der englische Kommandant und seine Gehilfen verabschiedeten sich.
Als erste Maßnahmen ordnete der deutsche Lagerleiter an, daß die Schlagbäume an der Zufahrtsstraße zum Lager entfernt werden. Bisher standen an diesen Barrieren Posten, die jeden Besucher und jedes Fahrzeug anhielten. Ohne Passierschein und Registrierung konnte niemand das Lager betreten.
Diese Formalität wird in Zukunft wegfallen. Friedland ist keine britische Enklave mehr.<<

03.04.1952

DDR: Am 3. April 1952 wird die "Verordnung über die Beschäftigung von Strafgefangenen" erlassen, um Strafgefangene während des Strafvollzugs "in bestimmten Zweigen der Industrie" zu beschäftigen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/431): >>... Für ständige Normerfüllung und Übererfüllung wurde vorzeitiger Straferlaß in Aussicht gestellt, "wenn der Strafgefangene sich verpflichtet, das Doppelte des Strafrestes, mindestens jedoch ein Jahr, im gleichen Industriezweig zu arbeiten" (§ 2 Abs. 3). ...
Seit Sommer 1955 wurde nach und nach in den großen Strafanstalten die Regelung eingeführt, daß die Gefangenen keine Lebensmittelpakete von ihren Angehörigen mehr erhalten durften. Es durfte den Gefangenen zunächst aber noch Geld geschickt werden, für das sie sich in den Strafanstalten die dort vorhandenen Lebens- und Genußmittel kaufen konnten. Seit Frühjahr 1956 ist auch diese zusätzliche Hilfe nicht mehr erlaubt. Bei guter Führung und Erfüllung der Arbeitsnorm kann dem Gefangenen gestattet werden, zum Geburtstag ein Lebensmittelpaket von seinen Angehörigen zu empfangen.
Zu Weihnachten darf (und soll) der Gefangene ein Geschenkpäckchen an seine Angehörigen schicken, während er selbst zu diesem Fest kein Paket erhalten darf. ...<<

07.04.1952

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 7. April 1952 an den deutschen Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) (x095/132-134): >>Sehr geehrter Herr Professor!
... Wenn Sie schreiben, daß ich unter schärfster Anwendung von Drohungen mit Sprengung meiner Partei gezwungen werden müsse, den jetzigen Kurs einer Politik, die man nicht anders

als einfach amerikahörig nennen könne, zu wechseln, so möchte ich Ihnen dazu folgendes bemerken, dabei wiederhole ich das, was ich schon seit Jahr und Tag öffentlich erklärt habe:
Mit Sowjet-Rußland kann man nur verhandeln, wenn man mindestens gleich stark ist. Daher begrüße ich den Zusammenschluß der westlichen Welt. Ich bin überzeugt, daß, wenn die westliche Welt so stark ist wie Sowjet-Rußland, eine Verständigung mit Sowjet-Rußland möglich ist, aber nicht früher. Ich bin weiter überzeugt, daß ein Gespräch zu einem zu frühen Zeitpunkt Sowjet-Rußland nur in seiner Haltung bestärkt.
Meine Politik geht dahin, Deutschland in den Westen einzubauen, um der Gefahr der Neutralisierung zu entgehen, um den Westen zu stärken, um bei der eines Tages eintretenden Möglichkeit der Verhandlung mit Rußland mitsprechen zu können, und zwar im Interesse Deutschlands, im Interesse des Friedens.
Ich glaube nicht, daß meine Politik starr und unelastisch ist. Ich bin der Auffassung, daß das Schlechteste, was man tun könnte, ein Schwanken in der politischen Linie sein würde. Sie glauben nicht, wie stark das Mißtauen im Ausland noch gegenüber Deutschland ist. Durch ein Schwanken würde man dieses Mißtrauen in bedrohlicher Weise verstärken. ...<<

28.04.1952

DDR: Die Sowjets übergeben am 28. April 1952 der DDR 66 der 213 SAG-Betriebe, die anschließend in sog. "Volkseigene Betriebe" (VEB) umgewandelt werden.
In der SBZ gibt es damals noch folgende Sowjetische Aktiengesellschaften (x009/397):

SAG-Betriebe	**Beschäftigte**
SAG Wismut (Uranbergbau)	225.000
SAG Brikett (Braunkohlenwerke, Schwefelwerke, Benzinwerke, Elektrizitätswerke)	40.000
SAG Kali (Kalibergwerke)	12.500
SAG Synthese (Benzinwerke)	18.000
SAG Marten (Hüttenwerke, Walzwerke, Stahlgießereien)	19.000
SAG Amo (Werke des Schwermaschinenbaues)	44.000
SAG Transmasch (Waggonfabriken, Maschinen- und Armaturenfabriken)	31.000
SAG Mineraldünger (Chemiewerk Leuna, Stickstoff und Kalkwerk)	29.000
SAG Zement- und Baustoffwerke	5.500
SAG Awtowelo (Automobilwerk, Werke der Motorrad-, Uhren-, Werkzeug-, Kugellager- und Büromaschinenindustrie)	32.000
SAG Kautschuk (Synthese- und Kautschukwerk, Gummiverarbeitung)	20.000
SAG Kaustik (Chemiewerke, Farben, Filmmaterial, Zelluloid)	34.000
SAG Kabel (Großbetriebe der Elektroindustrie, Kabelwerke, Akkufabriken)	41.000
	551.000

Die SAG-Betriebe beherrschen von 1946-1953 die Wirtschaft der SBZ. In vielen Industriezweigen besitzen sie wichtige Monopolstellungen. Seit der Übernahme der deutschen Werke sind die Produktionswerte der SAG-Betriebe stetig gewachsen. Nach den Planzahlen des Jahres 1951 produzieren die SAG-Betriebe 32 % der gesamten Industrieproduktion in der SBZ.

29.04.1952

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 29. April 1952 an Bundespräsident Theodor Heuss wegen der Einführung der dritten Strophe des Deutschlandsliedes als Nationalhymne (x095/136-137):

>>Sehr geehrter Herr Bundespräsident!
Die Frage einer "National-Hymne" ist in den vergangenen Jahren wiederholt zwischen uns besprochen worden. ...
Als das Kabinett Sie vor Monaten durch mich bitten ließ, sich für die dritte Strophe des

"Deutschland-Liedes" zu entscheiden, gab ich zu, daß ihre damalige Gegenargumentation eine innere Berechtigung besaß. Inzwischen ist nun die Frage dringend geworden, und ich muß den Wunsch der Bundesregierung darum pflichtgemäß wiederholen.
Sie wissen selber um die Lage, in der bei amtlichen Veranstaltungen unsere ausländischen Vertretungen sich befinden. Ich will in diesem Augenblick die innerdeutschen Gefühlsmomente, deren Gewicht von uns beiden gleich hoch gewertet wird, gar nicht in Anschlag bringen. Es ist wesentlich der außenpolitische Realismus, der uns, ihnen wir mir, nahelegen muß, die Entscheidung nicht weiter hinauszuzögern. ... Daher die erneute Bitte der Bundesregierung, das Hoffmann-Haydn'sche Lied als Nationalhymne anzuerkennen.
Bei staatlichen Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden.<<

30.04.1952

Japan: Der Friedensvertrag mit den westlichen Alliierten tritt am 30. April 1952 in Kraft, obwohl die sowjetische Regierung diesen Vertrag nicht ratifiziert.

02.05.1952

BRD: Das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" wird am 2. Mai 1952 (wieder) Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.
Zur deutschen Nationalhymne gehören offiziell alle 3 Strophen. Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss regeln jedoch damals, daß bei staatlichen Veranstaltungen nur die dritte Strophe gespielt bzw. gesungen werden soll.

04.05.1952

BRD: Dr. Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) protestiert am 4. Mai 1952 während einer Kundgebung vor 60.000 Vertriebenen auf dem Bonner Markplatz gegen den geringen Umfang des geplanten Lastenausgleichs (x024/241-242): >>Wir vom BvD sind die letzten, die etwas dagegen sagen würden, daß dieses Gesetz stark unter sozialen Aspekten gestaltet wird.
Wir haben uns nachdrücklich damit einverstanden erklärt, daß z.B. bei der Kriegsschadenrente, bei der Hausratentschädigung, wie bei der Entschädigung überhaupt, beim zeitlichen Vorrang und auch bei der Staffelung der Abgabesätze soziale Gesichtspunkte maßgeblich sein sollen: aber wenn man sagt, daß ausschließlich soziale Gesichtspunkte entscheiden sollen, dann müssen wir einen sehr entschiedenen Widerspruch anmelden: denn das bedeutet nicht mehr oder weniger als eine klare Verneinung unseres Rechtsanspruches und eine Negation des Lastenausgleichsgedankens überhaupt.
Dann muß man folgerichtig der Wahrheit die Ehre geben, den Namen Lastenausgleich fallenlassen und die Überschrift wählen: "Gesetz über soziale Hilfsmaßnahmen für Vertriebene und Kriegssachgeschädigte" ...
Die Geschädigten wollen aber keine soziale Fürsorge, sie fordern Erfüllung eines Rechtsanspruches im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen.
Nach ihrer Auffassung haben sie mit ihrem Hab und Gut, das sie in der Heimat zurücklassen mußten, Reparationen für die Gesamtheit des deutschen Volkes geleistet.
Darüber hinaus sind sie überzeugt, einen im Naturrecht begründeten Rechtsanspruch zu haben aus der Gesamthaftung des ganzen Volkes für die Schäden und Verluste eines vom ganzen Volk gemeinsam geführten und verlorenen Krieges. ...<<

08.05.1952

DDR: Das SED-Regime kündigt am 8. Mai 1952 die Aufstellung "nationaler Streitkräfte" an.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Militarismus" und die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/286,287-288): >>Nach 1945 war die SED wie die übrigen Parteien bemüht, die Bevölkerung zu pazifistischen Vorstellungen hinzuführen.
Doch seit dem Frühjahr 1952 versucht die SED, die Bevölkerung für die Aufstellung nationaler Streitkräfte zu begeistern. ... Auf der Linie Lenins meint sie, ihre Rüstung ergebe keinen

Militarismus. ...
"Die Armeen der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sowie die Volksbefreiungsarmeen, die in der Regel unter der Führung der kommunistischen Arbeiterparteien entstanden, sind keine militaristischen Verbände.
Natürlich gibt es auch in diesen Armeen eine straffe militärische Ordnung und Ausbildung, Disziplin, Befehlsgewalt und Unterordnung. Das ist aber kein Militarismus.
Militarismus ist die Ausrichtung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens eines Landes auf die Vorbereitung von Eroberungskriegen. Die Armee wird zum Hauptzweck des Staates, das Volk lebt und schafft nur, um die Soldaten zu stellen und die Armee auszurüsten und zu ernähren."
Weiter heißt es nach der Theorie des Marxismus-Leninismus: "Die politische Grundlage des modernen Militarismus ist die politische Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie."
Da nun, so wird weiter behauptet, "der Charakter der Armee durch den Charakter des Staates bestimmt wird, ist die Armee eines Arbeiter- und Bauernstaates keine militärische Organisation, weil in einem Staat der Arbeiter und Bauern die Grundlagen des Militarismus beseitigt sind". ...<<
>>... Die als "Volkspolizei" getarnte Armee wurde bis Frühjahr 1952 überwiegend aus Freiwilligen gebildet, die meist glaubten, einer bloßen Polizei beizutreten, und weit besser verpflegt wurden als weite Teile der Bevölkerung.
Grundlegend und bezeichnend für die Armee und die Polizeitruppen ist die politische Überwachung und Anleitung durch die Politorganisationen der SED in den bewaffneten Kräften. ...
Von großer Bedeutung ist auch die scharfe und lückenlose Überwachung durch jene Organe und Spitzel des Ministeriums für Staatssicherheit, die innerhalb der Verbände eingesetzt sind.
- In der Armee und bei den Polizeitruppen war (und ist bei den Spitzenstäben noch heute) eine dritte Kontrollorganisation tätig, die zugleich anleitend wirkt: die sowjetischen Berater für die militärische Ausbildung und Führung der Truppe. Ihr unbeschränkter Einfluß macht deutlich, wie sehr die Armee der SBZ ein Werkzeug des sowjetischen Imperiums sein soll.
Bis April 1952 wurde die Abschirmung der Militärpolitik dadurch verstärkt, daß die SED behauptete, der SBZ läge eine Bewaffnung völlig fern. ...
Seit Mai 1952 bezeichnete die SED "nationale Streitkräfte" als notwendig und betrieb ihre Militärpolitik ziemlich offen. ...<<

15.05.1952

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Mai 1952 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/120-123): >>Mitte Mai 1952. Über sechzig Gräber zählt nun bereits der Flüchtlingsfriedhof, ein schmaler Streifen Land, unmittelbar neben dem Friedhof der Gemeinde gelegen, Hier liegen sie begraben, alte Menschen und Kinder, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Vertriebene. Auf Friedland hatten sie ihre Hoffnungen gesetzt, alle Kräfte wurden noch einmal zusammengerafft, um diesen Ort zu erreichen. Friedland wurde ihnen zur letzten Ruhestätte.
Grab reiht sich an Grab. Schlichte Holzkreuze künden davon, daß hier Menschen von der großen Erdenwanderung ausruhen. Namen sind eingeritzt, die nach der ostdeutschen Heimat klingen. ...
Doch wie verdüsterte sich das Bild, als ich dann in den Grabreihen stand und die Inschrift auf einem der Holzkreuze las: "Hier liegt eine unbekannte alte Frau." Nichts weiter. ...
Nicht einmal der Namen der Toten wurde der Nachwelt überliefert. Irgendwo haben Verwandte gebangt und gehofft, haben gesucht und gefragt – aber niemals wird eine Antwort eintreffen. Niemals wird diese Familie erfahren, wo die Mutter oder Großmutter blieb. Sie ruht unbekannt, ohne Namen, in Friedland.
Ich ging langsam weiter. ...

Da stand wieder auf einem Holzkreuz: "Unbekannte weibliche Leiche". Dort: "Hier liegt eine unbekannte Frau".
Sie liegen hier in der Reihe, so wie sie über den Streifen des Niemandlandes kamen, ein kleines Holzkreuz mit weißer Schrift sagt dem nachdenklichen Besucher, daß hier Menschen ruhen, die der Krieg noch schlug, als die "Feindseligkeiten" eigentlich schon längst vorbei waren.
Ich sah noch einmal die Reihen entlang, sah Kreuz an Kreuz und nahm die Ruhe und den Frieden dieses Todesackers in mich auf ...
Vor allem kleine Kinder und ältere Leute starben in Friedland. Sie konnten nicht mehr weiter, waren durch Flucht und Strapazen völlig ausgepumpt, überanstrengt, überfordert.
Sie blieben hier. ...<<

16.05.1952

BRD: Im Bundestag wird am 16. Mai 1952 das Gesetz über den Lastenausgleich verabschiedet.
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Lastenausgleichsgesetz (x024/242-244): >>... Im Mittelpunkt des Lastenausgleichsgesetzes stand die Hauptentschädigung.
Für nachgewiesene Vermögensschäden sollten die Vertriebenen eine prozentuale Entschädigung erhalten.
Für geringe Schäden war der prozentuale Anteil verhältnismäßig hoch, z.B. für Schäden unter 5.000 Reichsmark 95 %. Für hohe Vermögensverluste wurde eine verhältnismäßig geringe Entschädigung gewährt. So sollten etwa Schäden über eine Million Reichsmark nur noch mit 6,5 % abgegolten werden.
Die Auszahlung der Hauptentschädigung erfolgte aber erst ab 1959, weil zuvor noch Finanzierungsprobleme zu lösen waren.
Da aber für die Feststellung der Vermögensschäden bei Immobilien der Einheitswert zugrunde gelegt wurde und nicht der Verkehrswert, fiel die Entschädigung noch niedriger aus, weil der Einheitswert viel zu niedrig angesetzt wurde.
Jedenfalls war die Entschädigungssumme niemals ausreichend, um einen Ersatz für das verlorene Gut zu erwerben. So konnte sich etwa ein vertriebener Bauer für die 20.000 DM, die er für seinen 30 Hektar großen Hof bekam, in der Bundesrepublik gerade einen Schlepper kaufen. Daher gestaltete sich auch die Eingliederung der Bauern in der Bundesrepublik besonders schwierig. Nur etwa 5 Prozent konnten wieder ihre frühere Tätigkeit aufnehmen.
Als das Lastenausgleichsgesetz geschaffen wurde, war man allgemein der Auffassung, daß das deutsche Volk nicht imstande sein würde, das Vertriebenenproblem aus eigener Kraft zu meistern. ...
Die Forderung der Vertriebenen, den Einheitswert durch den Verkehrswert zu ersetzen, um die Entschädigungen wenigstens einigermaßen an die Wirtschaftsentwicklung anzupassen, verhallte ungehört.
Die Vertriebenen bildeten in der Bundesrepublik Deutschland eine Minderheit, von der jedes Jahr ein bedeutender Teil aus Altersgründen noch wegstarb. Warum sollte sich die Mehrheit da plötzlich besinnen und einer Minderheit freiwillig mehr gewähren. ...<<

23.05.1952

DDR: Am 23. Mai 1952 wird das "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" erlassen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsanwaltschaft" der SBZ (x009/416): >>... Ihren Abschluß fand die Herauslösung der Staatsanwaltschaft aus der Justiz mit dem "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" (StAG) vom 23.5.1952, "das für die Staatsanwaltschaft der DDR die Krönung ihrer Entwicklung bedeutete" (Benjamin/Melsheimer in: "Neue Justiz" ...).

Seither entsprechen Organisation und Aufgaben der Staatsanwaltschaft im wesentlichen dem sowjetischen Vorbild. Die Staatsanwaltschaft ist jetzt ein unmittelbar dem Ministerrat unterstelltes Staatsorgan mit besonderen, über den eigentlichen Justizbereich hinausgreifenden Aufgaben und Vollmachten.
Nach dem StAG ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, "die Aufsicht über die strikte Einhaltung der Gesetze und Verordnungen der DDR zu führen" (§ 1, Abs. 2, StAG). "Diese Aufsicht erstreckt sich auf alle Ministerien, Ämter und ihnen unterstellte Dienststellen und Einrichtungen, auf Betriebe und ebenso auf alle Funktionäre des Staatsapparates und Bürger" (§ 10, Abs. 2, StAG); diese Bestimmung deckt sich bezeichnenderweise fast wörtlich mit dem Art. 113 der Sowjetverfassung.
Entsprechend dem § 10 StAG wurde die Abteilung "Allgemeine Aufsicht" in der Staatsanwaltschaft geschaffen. In dieser neuen Funktion wird der Staatsanwalt als "Hüter der demokratischen Gesetzlichkeit" bezeichnet.
"Die allgemeine Aufsicht entspricht dem Wesen des Staates und hilft bei der Verwirklichung der Politik der Regierung. Sie ist eine wichtige politische Einrichtung. Die Lösung der sich für die allgemeine Aufsicht ergebenden Aufgaben kann nur in unmittelbarer Auswertung des erklärten politischen Willens der führenden gesellschaftlichen Kraft, der Partei der Arbeiterklasse erfolgen". ...
Die Staatsanwaltschaft überwacht die Strafvollstreckung und übt die Aufsicht über alle Haft- und Strafanstalten (Strafvollzug) aus. Sie wirkt im Begnadigungsverfahren mit und führt das Strafregister. - Die Staatsanwaltschaft wird von dem Generalstaatsanwalt der DDR geleitet, dem in Bezirken (Bezirksstaatsanwalt) der Staatsanwalt des Bezirkes und in den Kreisen (Kreisstaatsanwalt) der Staatsanwalt des Kreises unterstehen. Sämtliche Staatsanwälte sind den Weisungen des Generalstaatsanwaltes unterworfen; er ernennt und entläßt Staatsanwälte. Fast alle Staatsanwaltsstellen sind mit der SED angehörenden Absolventen von Volksrichter-Lehrgängen besetzt. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteilichkeit der Rechtsprechung" in der SBZ (x009/321-322): >>Ausdruck des Parteijargons.
Eine untrennbare Einheit von demokratischer Gesetzlichkeit und Parteilichkeit der Rechtsprechung wird festgestellt, "Das Gesetz parteilich anzuwenden heißt, es so anzuwenden, wie es der Auffassung der Mehrheit der Werktätigen und damit den Zielen der Politik, der Partei, der Arbeiterklasse und der Regierung entspricht. Das heißt aber zugleich, die dialektische Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit zu erkennen und durchzusetzen." (Hilde Benjamin in "Neue Justiz" 1958, S. 368).
Immer wieder wird gefordert, daß die Richter der sowjetzonalen Straf- und Ziviljustiz mit "bewußter Parteilichkeit" arbeiten und daß sie nicht einem Hang zum "Objektivismus" erliegen. Die Richter "müssen parteilich als politische Menschen entscheiden" (Böhme in: "Neue Justiz" 1955, S. 327). "In der richterlichen Entscheidung muß sich die Bereitschaft widerspiegeln, die von der Partei der Arbeiterklasse und von der Regierung gefaßten Beschlüsse durchzusetzen (Melsheimer in: "Neue Justiz" 1956, S. 295).
Parteilichkeit der Rechtsprechung bedeutet also nichts anderes, als daß der Wille der SED beachtet wird. "Die Beschlüsse der Partei sind das feste Fundament, auf dem das sozialistische Recht aufbaut. Sie bestimmen sein inneres Wesen. Deshalb ist eben das sozialistische Recht nicht von der marxistisch-leninistischen Partei zu trennen" (Petzold in "Staat und Recht" 1961, S. 658). ... Dabei werden Schwankungen und Brüche in der Rechtsprechung aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen nicht nur in Kauf genommen, sondern für richtig und notwendig gehalten.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Objektivismus" in der SBZ (x009/313): >>Als diffamierend gedachte Bezeichnung des Parteijargons für jedes

Streben nach Objektivität in Wissenschaft, Rechtswesen, Kunst, Kultur usw.
Der Objektivismus ist eine der meistgefürchteten und verbreiteten Abweichungen, da die ihm zugrunde liegende Einstellung auf bisher allgemein anerkannten Grundsätzen beruht. Seine Gefahr für den Kommunismus besteht in der zweckfreien Lauterkeit, die vom kritischen Denken herkommt und dazu anhält.
Dem als reaktionär und rückschrittlich bezeichneten Objektivismus wird als allein gültiges und angeblich fortschrittliches Prinzip die bolschewistische Parteilichkeit entgegengesetzt und für alle in Partei- und Staatsauftrag handelnden Personen, also auch für die Bereiche von Wissenschaft und Hochschulen, für verbindlich erklärt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die bolschewistische "Parteilichkeit" in der SBZ (x009/321): >>Forderung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Danach hat sich das Verhalten des einzelnen wie aller Institutionen grundsätzlich an der Frage zu orientieren: Was nützt der Konsolidierung der Macht der Arbeiterklasse?"
Da die bolschewistische Partei bzw. ihre Führung den Anspruch vertritt, autorisierte Sprecherin dieser Klasse zu sein, hat nur sie - im nationalen oder internationalen Rahmen - festzulegen was jeweils als "parteilich" gilt. Die Forderung auf Parteilichkeit erstreckt sich auch auf Wissenschaft und Kunst. Auch hier gebe es keinen überparteilichen, d.h. keinen von Klasseninteressen freien Standpunkt.<<

26.05.1952

DDR: Die SED-Regierung erläßt am 26. Mai 1952 die sog. Sperrzonen-Verordnung und errichtet entlang der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sperrgebiet" (x009/409-410): >>... (Das Sperrgebiet) ... umfaßt den 10-m-Kontrollstreifen, den 500-m-Schutzstreifen und die 5-km-Sperrzone. –
Das Leben in der Sperrzone unterliegt zahlreichen Beschränkungen. Der Aufenthalt in der Sperrzone bedarf einer besonderen polizeilichen Genehmigung; der Aufenthalt im Schutzstreifen erfordert zusätzlich die Genehmigung des zuständigen Grenzpolizei-Kommandos. Der abgeholzte und umgepflügte Kontrollstreifen darf nicht betreten werden; es wird ohne Warnung geschossen. –
Aus dem Sperrgebiet erfolgten im Sommer 1952 umfangreiche Zwangsevakuierungen, die eine Fluchtwelle auslösten.
Der politische Vorwand für die Schaffung des Sperrgebiets auf Grund der sog. Ermächtigungsverordnung war die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages vom 26.5.1952. ...<<
BRD: Die 3 Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen am 26. Mai 1952 in Bonn den "Deutschland- oder Generalvertrag".
Dieser Vertrag (geänderte Fassung vom 23. Oktober 1954) tritt aber erst am 5. Mai 1955 in Kraft.

27.05.1952

BRD: Die deutsche Bundesregierung begründet am 27. Mai 1952 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (x156/80-81): >>... Der erste Anstoß kam aus militärischen Überlegungen.
Die Ereignisse in Korea im Jahre 1950 ließen die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Organisation der Verteidigung des Westens erkennen. An dieser Verteidigung sollte sich nach allgemeiner Ansicht auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligen können. ...
Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist ebenso wie die Europäische Montangemeinschaft, eine mit eigenen Hoheitsbefugnissen ausgestattete überstaatliche Gemeinschaft. ...
Der Vertrag regelt nicht, wie frühere Militärbündnisse, Rechte und Pflichten der Staaten zu militärischem Beistand und Zusammenwirken, sondern er schafft auf dem Gebiet der Verteidigung, in ähnlicher Weise, wie es die Montangemeinschaft auf dem Gebiet der Grundstoffin-

dustrie getan hat, ein europäisches Gebilde mit eigenen Organen, eigenen Streitkräften und eigenem Haushalt. ...
Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zeigt hiernach, ähnlich wie die Montangemeinschaft, starke Ähnlichkeit mit bundesstaatlichen Begriffen und Einrichtungen. Sie ist aufgebaut auf der unbedingten Gleichstellung aller Mitgliedstaaten, und ihre Normen binden nicht nur die beteiligten Staaten, sondern unmittelbar die Bürger dieser Staaten.
Hierbei greift die Verteidigungsgemeinschaft weit stärker als die Montangemeinschaft in die nationalen Hoheitsrechte ein. Eines der wesentlichsten Hoheitsrechte, das Recht der Selbstverteidigung, geht mit ihrer Errichtung der Ausübung nach auf die Gemeinschaft über. Das wirkt weit über das Militärische hinaus auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik. ...<<

Mai 1952

USA: Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" berichtet im Mai 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Die westlichen Alliierten wollen die deutsche Einheit gar nicht oder doch nicht heute.
Sie wollen so schnell und so eng wie möglich den Einbau Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft. Unzweifelhaft will dies auch Dr. Adenauer, aber jedesmal, wenn er es zu offen zeigt, verliert er die Unterstützung der Öffentlichkeit. ...<<

01.06.1952

DDR: Das "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" tritt am 1. Juni 1952 in Kraft.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Rechtswesen" in der SBZ (x009/354-357): >>... Die Staatsanwaltschaft ist aus dem Justizapparat herausgelöst und in eine selbständige, unmittelbar dem Ministerrat unterstehende Behörde umgewandelt worden.
Mit dem 1.6.1952, dem Tage des Inkrafttretens des "Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDR" war die Sowjetisierung des Strafrechts auf dem Gebiet der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung und des Strafvollzuges vollendet. ...
Nur noch 3 % aller Richter und 2 Staatsanwälte können als ordnungsgemäß ausgebildete Volljuristen bezeichnet werden. Sämtliche wichtigen Positionen sind mit Angehörigen der SED besetzt. Es gibt keinen Leiter einer Bezirksstaatsanwaltschaft, der nicht der SED angehört; bei dem Generalstaatsanwalt sind ausschließlich SED-Mitglieder als Staatsanwälte tätig.
Da den Richtern und Staatsanwälten, die der SED angehören, von Beginn ihrer Ausbildung an eingehämmert wird, daß sie als Richter und Staatsanwälte Funktionäre ihrer Partei bleiben und die Richtlinien der Partei zu befolgen haben, ist es der SED und der von ihr gesteuerten Justizverwaltung möglich, unmittelbar in die Rechtsprechung einzugreifen.
Der "Richter neuen Typus" darf nicht dem Objektivismus, sondern muß in seiner Rechtsprechung die Parteilichkeit wahren und beweisen, daß er die alte Klassenjustiz überwunden hat. Der Richter muß stets von dem Gedanken ausgehen, daß seine Urteile in erster Linie der "Gesellschaft", also dem Staat, nützen müssen. Es kommt dabei nicht auf eine nur "formelle" Anwendung des Gesetzes an, sondern auf dessen Auslegung im Sinne der SED. Der Verfassungsgrundsatz von der Unabhängigkeit der Richter ist in besonderem Maße seit Einführung des Instrukteurwesens beseitigt.
Mit der Justizreform 1952 wurden große Gebiete der Freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Verwaltungsstellen übertragen und das staatliche Notariat eingerichtet. Auch in der Rechtsanwaltschaft wurde durch die Bildung der Anwaltskollegien eine grundsätzliche Neuordnung in Angriff genommen. Damit soll einem Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant vorgebeugt werden. ...
... Entscheidendes Element für die Strafwürdigkeit einer Handlung oder Unterlassung ist die Gesellschaftsgefährlichkeit. Damit ist eine unmittelbare Anlehnung an das sowjetische Strafrecht gegeben. "Aufgabe der demokratischen Rechtsprechung ist es, die gesellschaftlichen

Verhältnisse der DDR mit den uns zur Verfügung gestellten Gesetzen, seien sie sanktioniert oder neu geschaffen, zu schützen. ...
Neben der Rechtsprechung haben die Gerichte der SBZ noch eine andere besonders wichtige Aufgabe: die massenpolitische Arbeit der Justiz. ... "In der Tätigkeit der Gerichte der Arbeiter- und Bauernmacht bilden die Rechtsprechung und die politische Arbeit unter den Werktätigen eine feste Einheit.
Die Richter sind verpflichtet, durch regelmäßige Aufklärung über den sozialistischen Staat und sein Recht, insbesondere durch Erläuterung der Gesetze und durch Auswertung geeigneter Verfahren, die Bevölkerung zur Einhaltung der sozialistischen Gesetze und zur aktiven Mitwirkung bei ihrer Durchsetzung zu erziehen (§ 4 GVG vom 1.10.1959).
Vorbild in allem ist die Sowjetunion, über deren "sozialistische Gesetzlichkeit" der Leiter des Rechtsinstituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Prof. P. E. Orlowski, sagt:
"Die "sozialistische Gesetzlichkeit" ist ein Mittel zur Festigung des sozialistischen Staates, zur Verwirklichung seiner Funktionen und Aufgaben, und sie gewährleistet zur gleichen Zeit die Verwirklichung der Rechte der Sowjetbürger. ... Dank der weisen Führung durch die kommunistische Partei dient die sowjetische sozialistische Gesetzlichkeit der großen Sache des Aufbaus des Kommunismus in unserem Lande" ("Neue Justiz" 1954, S.613 ff.). ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Justizverwaltung" in der SBZ (x009/205-206): >>... Die Justizverwaltungsstellen leiten die Gerichte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben an und kontrollieren ihre Tätigkeit. Sie üben ferner die Aufsicht über die Rechtsanwaltschaft aus und haben Anleitung und Kontrolle der "Staatlichen Notariate", der Einzelnotare und der Gerichtsvollzieher wahrzunehmen.
Der Leiter der Justizverwaltungsstelle ist dafür verantwortlich, daß Gesetze und Beschlüsse der zentralen staatlichen Organe den Gerichten, staatlichen Notaren und Einzelnotaren erläutert und von diesen mit den Mitteln der Justiztätigkeit durchgesetzt werden (§ 8 der AO). ...
Die besonders wichtige Aufgabe der Anleitung und Kontrolle der Rechtsprechung der Kreis- und Bezirksgerichte ist den Instrukteuren der Abteilung Recht übertragen, die in dieser Tätigkeit wiederum von den Instrukteuren des Justizministeriums angeleitet und kontrolliert werden.
Die einheitliche Leitung des Instrukteurwesens liegt in den Händen des 1. Stellvertreters des Ministers. Anleitung und Kontrolle der Rechtsprechung sind dem Justizminister durch § 13 des am 1.10.1959 neu gefaßten Gerichtsverfassungsgesetzes gesetzlich zuerkannt. "Die Anleitung und Kontrolle haben die Erfüllung der Aufgaben der Rechtsprechung und der politischen Arbeit unter den Werktätigen zu gewährleisten" (§ 13, Abs. 2).
Mit dieser Weisungsbefugnis der Justizverwaltung gegenüber den Gerichten wird die Unabhängigkeit der Richter kraft Gesetzes endgültig beseitigt. Kontrolliert und angeleitet vom Ministerium werden auch die Justizverwaltungsstellen in den Bezirken. Die Justizverwaltung liegt also straff zentralistisch in den Händen des Ministeriums.<<
Am 1. Juni 1952 tritt außerdem das neue "Jugendgerichtsgesetz" in Kraft.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Jugendstrafrecht" in der SBZ (x009/202): >>Bis zum 1.6.1952 galt in der SBZ noch das Reichsjugendgerichtsgesetz von 1943.
Im politischen Verfahren wurden die Vorschriften dieses Gesetzes allerdings bewußt nicht angewandt; es wurden gegen Jugendliche ebenfalls hohe Zuchthausstrafen verhängt und sogar Schauprozesse durchgeführt. Begründung: "Es geht bei den in Betracht kommenden Delikten darum, die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung zu schützen." ...
Am 23.5.1952 hat die Volkskammer ein neues "Jugendgerichtsgesetz" beschlossen, das am 1.6.1952 in Kraft getreten ist.
§ 24 Abs. 1 bestimmt, daß Jugendliche nach den Grundsätzen des allgemeinen Strafrechts,

höchstens allerdings zu lebenslänglichem Zuchthaus, verurteilt werden müssen, wenn sie sich des vollendeten oder versuchten Mordes, der Vergewaltigung, der Sabotage oder eines Verbrechens gegen Art. 6 der Verfassung (Boykott-, Kriegs- und Mordhetze) oder gegen das Friedensschutzgesetz schuldig gemacht haben.
Nach § 33 Abs. 2 werden diese Fälle nicht durch Jugendgerichte, sondern durch die für Erwachsene zuständigen Gerichte, d.h. also durch die politischen Strafsenate abgeurteilt.
Nach § 41 kann auch gegen Jugendliche öffentlich verhandelt werden.
Aus diesem neuen Gesetz ergibt sich klar das Ziel der sowjetzonalen Strafrechtsprechung: Übergang zur Generalprävention. Strafmilderungsgründe im Sinne der westdeutschen Strafbestimmungen für Heranwachsende (18-21 Jahre) kennt das sowjetzonale Jugendstrafrecht nicht. ...
Gesellschaftsgefährliche Handlungen von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren sollen - unter strikter Beachtung der Perspektiven des V. Parteitages der SED - durch Maßnahmen gesellschaftlicher Erziehung bekämpft werden. Das erfordere die Übertragung gesetzlicher Befugnisse insbesondere auf die Referate Jugendhilfe bei den Verwaltungsbehörden, "um staatliche und gesellschaftliche Erziehungsmaßnahmen sinnvoll und mit maximaler erzieherischer Wirkung miteinander zu verbinden".<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Klassenjustiz" in der SBZ (x009/217): >>Begriff der Gesellschaftswissenschaft, wonach die Justiz in der freien Welt ein Mittel der herrschenden Klasse ist, "das schaffende Volk auszubeuten".
"Der Staatsanwalt, nach außen hin bekleidet mit dem Mantel der Gerechtigkeit, wird zu einem das Gesetz verachtenden Büttel der herrschenden Minderheit, sobald das Regime bedroht ist, dem er dient" (Melsheimer in: "Neue Justiz" 1952, S. 204).
Diese Klassenjustiz sieht man in der SBZ als überwunden an: "Sie ist kein Büttel reaktionärer Machthaber mehr, dazu bestimmt und bereit, der ungeheuren Mehrheit des schaffenden Volkes den Willen der Besitzer der Produktionsmittel aufzuzwingen" ("Neue Justiz" 1950, S. 6).<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sozialistische Gerechtigkeit" in der SBZ (x009/400): >>Im Gegensatz zum Begriff des Rechts in der freien Welt, nach dessen Normen sich auch der Staat zu richten hat, ist die sozialistische Gerechtigkeit "ein wichtiges Mittel der Durchführung der Politik unseres demokratischen und souveränen Staates.
Ihr Inhalt und ihre Aufgaben sind daher bestimmt durch die politischen Ziele dieses Staates: Die Erhaltung und Festigung des Friedens, der Kampf um die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf demokratischer Grundlage, der Schutz der Rechte und Interessen der Bürger, die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus ...
Sie erzieht zur Entwicklung eines neuen Rechtsbewußtseins und zu einer neuen, einer sozialistischen Moral" (Ranke in: "Staat und Recht" 1954, S. 734). Melsheimer bezeichnet die DDR als "das Sinnbild friedlicher Aufwärtsentwicklung und einen Hort demokratischer Gesetzlichkeit" ("Neue Justiz" 1952, S. 207).
Mit diesem Schlagwort will man über die wahren Zustände im Rechtswesen der SBZ hinwegtäuschen. Die Gerichtsverfahren und die Methoden der SSD beweisen, daß rechtsstaatliche Grundsätze nicht beachtet werden. In Wirklichkeit ist unter sozialistischer Gerechtigkeit nur das zu verstehen, was der Festigung und Aufrechterhaltung der SED-Herrschaft dient. "Die sozialistische Gerechtigkeit wird dann von einem Gericht gewahrt, wenn die Gesetze unseres Staates politisch durchdacht und in Übereinstimmung mit den Zielen der Deutschen Demokratischen Republik angewandt werden. ...
Das Prinzip der sozialistischen Gerechtigkeit stellt den Gerichten die Aufgabe, im Verfahren und in jeder Entscheidung einen Beitrag zur Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht zu ge-

hen ... (So in "Gericht und Rechtsprechung in der DDR", herausgegeben vom Justizministerium der SBZ). Sozialistische Gerechtigkeit und Parteilichkeit der Rechtsprechung bilden eine "dialektische Einheit".<<

24.06.1952

BRD: Der Verleger Axel Springer bringt am 24. Juni 1952 mit der "BILD-Zeitung" einen neuen Zeitungstyp auf den deutschen Medienmarkt.

Diese Boulevardzeitung zeichnet sich vor allem durch knappe Texte und große Fotos aus. Die "BILD-Zeitung" (Straßenverkauf) kostet damals 10 Pfennig. Die Startauflage beträgt 250.000 Exemplare.

25.06.1952

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 25. Juni 1952 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (x182/218): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 21,1 Milliarden DM entfallen 36,2 % auf Sozialleistungen und 37,4 % auf Besatzungskosten. ...<<

09.07.1952

BRD: Bundeskanzler Adenauer spricht am 9. Juli 1952 im Bundestag über die Nachkriegszeit im besetzten West- und Mitteldeutschland sowie die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/91-101): >>... Ich werde nunmehr versuchen, die Entwicklung, die seit 1945 eingetreten ist und die zu der gegenwärtigen Lage geführt hat, durch Wiedergabe der markanten und entscheidenden Tatsachen zu zeichnen.

Wir alle haben zwar diese Entwicklung miterlebt; aber sie ist in so stürmischem Tempo erfolgt, daß es sich empfiehlt, sie noch einmal vor Augen zu führen, um dann die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik sind nicht voneinander zu trennen. Die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands war zuerst von den Alliierten geplant als politisches Instrument.

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurde bestimmt: ... Bei der Organisierung der deutschen Wirtschaft das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der einheimischen für friedliche Zwecke arbeitenden Industrien zu legen.

Als Richtschnur sollte dienen, daß der Lebensstand in Deutschland nicht höher sein dürfte als in dem Durchschnitt aller europäischen Länder ausschließlich Großbritanniens und der Sowjetunion,

(Lachen bei den Regierungsparteien)

aber einschließlich der südeuropäischen und osteuropäischen Länder. Deutschland sollte die Produktion aller seetüchtigen Schiffe verboten werden. Die Produktion von Metallen, Chemikalien, Maschinen und anderen Gütern, die für die Kriegswirtschaft unmittelbar notwendig sind, sollte einer strengen Kontrolle unterworfen, die Produktionsstätten sollten zum großen Teil demontiert oder zerstört werden.

Eine derartige Umänderung und Niederhaltung der deutschen Wirtschaft war und ist natürlich nur möglich durch ein vorgesehenes ausgedehntes und strenges Kontrollsystem. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Sowjetunion in dem zur Zeit laufenden Notenwechsel zwischen ihr und den Westmächten verlangt, daß das Potsdamer Abkommen zur Grundlage des Friedensvertrages mit Deutschland gemacht wird.

(Lebhafte Zurufe von den Regierungsparteien: Hört! Hört!)

Die Beschlüsse von Potsdam wurden zunächst in dem Industrieplan vom März 1946 im einzelnen ausgearbeitet. Und dieser Industrieplan fand die Zustimmung des Viermächtekontrollrats. Nach diesem Plan sollte die Industrieproduktion Deutschlands etwa 50 bis 55 % der Produktionshöhe von 1938 betragen. Alle darüber hinausgehenden Produktionskapazitäten sollten demontiert und entweder als Reparationsgüter ins Ausland gebracht oder an Ort und Stelle

zerstört werden.
Die wichtigsten Industriebeschränkungen wurden in folgenden Ziffern festgelegt: Stahlkapazität 7,5 Millionen Tonnen jährlich, chemische Grundstoffe 40 % der Kapazität von 1936,
(Hört! Hört! rechts)
Werkzeugmaschinen 11,4 % der Kapazität von 1938,
(Zurufe von den Regierungsparteien: Hört! Hört! – Zuruf rechts: Wahnsinn ist das!)
Elektrofabrikation 50 % von 1938. Es war eine bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Beschränkung in der Produktion von Transportmitteln vorgesehen.
Ja, meine Damen und Herren, sogar die Zahl der Telefone in Deutschland war genau festgelegt und in den engsten Grenzen gehalten.
Nach dem Scheitern der Moskauer Friedenskonferenz im März 1947 begannen die 3 westlichen Besatzungsmächte - jetzt für sich allein handelnd - einen neuen etwas liberaleren Industrieplan für ihre Besatzungszonen auszuarbeiten.
Dieser Plan wurde am 27. August 1947 veröffentlicht. Nach diesem Plan sollte die deutsche Industrieproduktion in den Westzonen auf 90 bis 95 % des Standes von 1936 gehoben werden. Im einzelnen wurde festgelegt: Stahlproduktion 10,7 Millionen Tonnen jährlich, schwere Maschinen 80 % der Vorkriegserzeugung, wovon aber 35 % als Reparationen abgeführt werden sollten.
Trotzdem sollten nach diesem Plan noch 918 Industriewerke demontiert werden, und zwar 338 als sog. Kriegsindustrien und 580 Werke als sog. überschüssige Betriebe. Der größte Teil der zu demontierenden Werke – nämlich 496 – lag in der britischen Zone, darunter Walzwerke, Eisenbahnzulieferungswerke, Röhrenwerke, Bergbauzulieferungswerke.
Im Juli 1947 kam eine Wendung. Damals machte der amerikanische General Marshall in einer Rede in Harvard den Vorschlag, daß die Völker Europas sich zu einem gegenseitigen wirtschaftlichen Hilfs- und Wiederaufbauprogramm zusammenschließen müßten. Die Vereinigten Staaten seien bereit, die hierzu nötige Wirtschaftshilfe zu leisten. Deutschland sollte in dem Programm eingeschlossen sein.
Auf der bald darauf in Paris zusammengetretenen Konferenz der europäischen Länder versagte der damalige sowjetische Außenminister Molotow schon nach den ersten Verhandlungstagen die Mitarbeit der Sowjetunion und verließ Paris.
(Zurufe von den Regierungsparteien: Hört! Hört!)
Die Satellitenstaaten Polen und Tschechoslowakei wurden gezwungen, ebenfalls ihre Mitarbeit zu versagen. Der Marschallplan wurde dadurch praktisch auf Westeuropa begrenzt. Im Frühsommer 1948 waren die Vorbereitungen so weit gediehen, daß die Marschallplanorganisation in Paris ins Leben gerufen werden konnte.
Deutschland hat bis jetzt unter dem Marshall-Planprogramm insgesamt 1 Milliarde 372 Millionen Dollar, das sind 5,7 Milliarden DM an wirtschaftlicher Hilfe erhalten.
Hinzu kamen 1,6 Milliarden Dollar – das sind 638 Milliarden DM – durch die GARIOA (US-Hilfsprogramm nach dem Zweiten Weltkrieg zur Verhinderung von Hunger und Seuchen). Zusammen hat Deutschland an Wirtschaftshilfe 12,5 Milliarden DM erhalten.
(Zuruf von der KPD: Und wieviel Kohle und Stahl wurde gestohlen?!)
Das Washingtoner Abkommen vom 8. April 1949, durch daß das Besatzungsstatut und die Vereinigung der 3 Westzonen gebilligt wurde, enthielt gleichzeitig eine Revision des bisherigen Demontageprogramms. Von der Demontageliste wurden 159 Fabriken in den Westzonen ganz oder zum größten Teil abgesetzt, darunter 32 Stahlwerke, 88 Metallbearbeitungsfabriken, 32 chemische Werke. Die deutsche Stahlkapazität sollte auf 13,3 Millionen Tonnen pro Jahr, die Produktion auf 11,1 Millionen Tonnen pro Jahr erhöht werden.
(Zuruf der KPD: Für die amerikanische Rüstung!)
Gleichzeitig wurde die Liste der verbotenen und beschränkten Industrien nicht unwesentlich

revidiert. Zum Beispiel wurde das Verbot der Aluminiumerzeugung aufgehoben, die Produktion jedoch auf 88.000 t im Jahr beschränkt.
Die Fabrikation von Kugellagern wurde bis zur Höhe von 33 Millionen Einheiten zugelassen, der Bau von Seeschiffen bis zu einer Größenordnung von 7.200 BRT mit nicht mehr als 12 Knoten Schnelligkeit. Erleichterungen wurden auch für die Maschinenindustrie eingeführt.
Durch das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 wurde erreicht, daß der Bau von Schiffen in der im Washingtoner Abkommen vorgesehenen Größenordnung nunmehr tatsächlich genehmigt wurde. Außerdem wurden zusätzliche Erleichterungen für den Schiffsbau gewährt, insbesondere wurde der Bau von Seeschiffen für Exportzwecke, allerdings innerhalb der der deutschen Schiffahrt auferlegten Grenzen, genehmigt. Eine größere Anzahl von Stahlwerken und synthetischen Treibstoff- und Gummiwerken wurden mit sofortiger Wirkung von der Demontageliste gestrichen.
Die Demontagen in Berlin wurden völlig eingestellt. Durch das Petersberger Abkommen ist es gelungen, den größten Teil der wichtigsten deutschen Werke vor der Demontage zu retten. ...
Und nun, meine Damen und Herren, durch den am 26. Mai 1952 unterzeichneten Deutschland-Vertrag fallen sämtliche Begrenzungen und Einschränkungen der deutschen Produktion und des deutschen Handels fort.
Es handelt sich nur noch um 2 Ausnahmen: den Bau von Flugzeugen und die Herstellung von Atomwaffen. Die Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Atomenergie ist nicht mehr verboten. ...
Es handelt sich bei der Entscheidung, die der Bundestag zu treffen hat, nicht um eine Entscheidung wie über irgendein Gesetz, sondern – ich wiederhole nochmals – die deutsche Geschichte steht an einer Wende. Es ist nötig, daß man sich klar macht, welchen Weg wir zurückgelegt haben, damit man dadurch in die Lage versetzt wird, zu sehen, ob der Weg, den wir eingeschlagen haben, richtig ist und ob es richtig ist, diesen Weg auch fortzusetzen.
Ich glaube meine Damen und Herren, auch einige Ausführungen machen zu sollen über die politische Entwicklung bei uns und über die politische Entwicklung in der Sowjetzone.
(Aha-Rufe bei der KPD)
Auf politischem Gebiet war der Zustand in der Bundesrepublik bei der bedingungslosen Kapitulation doch so, daß nur noch Gemeindebehörden wenigstens einigermaßen funktionierten. Der ganze übrige staatliche Apparat war zerschlagen.
Am 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Der Wiederaufbau der Verwaltungs- und staatlichen Organisation erfolgte in den 3 Zonen in verschiedenem Tempo, aber im wesentlichen nach dem gleichen Schema. Sowohl in den Gemeinden wie in den neugeschaffenen Ländern wurden Parlamente eingesetzt, in die ernannte Mitglieder berufen wurden. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit wurden freie Wahlen sowohl für die Gemeindeverwaltungen wie für die Landtage gestattet. Die zunächst ziemlich schroffe Überwachung der Gemeinde- und Länderverwaltungen wurde fortschreitend gelockert.
Im Dezember 1946 vereinbarten die amerikanischen und britischen Behörden die Zusammenlegung ihrer Besatzungszonen in wirtschaftspolitischer Hinsicht. In Frankfurt wurde der Zweizonenwirtschaftsrat gebildet. Gleichzeitig erfolgte die Errichtung des deutschen Obergerichts.
Auf Grund des Londoner Deutschland-Kommuniqués wurde am 1. Juli 1948 die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung und einer zentralen Regierung vorgeschlagen.
(Zuruf von der KPD: Erzählen Sie doch etwas über die Verträge! Zuruf rechts: Mund halten!)
Die 11 Regierungschefs der Länder des westlichen Besatzungsgebiets arbeiteten Gegenvorschläge aus, in denen zum erstenmal vom Parlamentarischen Rat und vom Grundgesetz gesprochen wurde. Dann trat der Ausschuß in Herrenchiemsee zusammen. Der Parlamentarische Rat konstituierte sich, das Grundgesetz wurde beschlossen und am 14. August 1949 fanden

die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag statt.
Nach der Bildung der Bundesregierung erfolgte der erste Besuch des Bundeskanzlers und von Mitgliedern des Kabinetts auf dem Petersberg (Hotel Petersberg bei Bonn: Sitz der Alliierten Hohen Kommission) am 21. September 1949. 2 ¾ Jahre später wurde der Petersberg geräumt, und am 26. Mai 1952 wurde hier bei uns in Bonn der Deutschland-Vertrag unterzeichnet, der die Aufhebung aller politischen Beschränkungen vorsieht.
Meine Damen und Herren!
Lassen Sie mich nun einen Blick werfen auf die Entwicklung in der Sowjetzone.
Im Juli 1945 wurde dort der Antifaschistische Block gebildet. Im April 1946 bildete sich die Sozialistische Einheitspartei. Im September 1946 gab der Sowjetrussische Außenminister Molotow eine Erklärung über die deutsche Ostgrenze ab. Die einzige Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten scheiterte im Juni 1947 infolge Abreise der Sowjetzonenvertreter.
(Zurufe der Mitte: Hört! Hört! – Zuruf von der KPD: Ach, wie schön!)
Im März 1948 verließ die sowjetische Delegation den Alliierten Kontrollrat. Im April 1948 begann die Abschnürung Berlins, und im November 1948 wurde die Spaltung der Stadt durch die Einsetzung eines Ost-Magistrats vollzogen.
Im Oktober 1949 konstituierte sich die provisorische Volkskammer. Im Juni erkannte die Sowjetzonenregierung in einem Abkommen mit Polen die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze an,
(lebhafte Pfui-Rufe von den Regierungsparteien – der Abgeordnete Niebergall fragt: Was ist mit dem Saargebiet, Herr Adenauer? Wie ist es im Westen?)
und im Oktober 1950 fanden die Wahlen zur Volkskammer statt. ...
Im Gegensatz zu den finanziellen Hilfeleistungen an die Bundesrepublik im Rahmen des Marshall-Planes wurden in der sowjetischen Zone an die Besatzungsmacht in verschiedenster Gestalt in der Zeit von 1945 bis 1951 Werte in Höhe von insgesamt 31 Milliarden DM abgeführt.
(Abgeordnete der Regierungspartei: Hört! Hört! – die Abgeordnete Strohbach fragt: Was ist bei uns herausgeschleppt worden? Das möchten wir auch gern hören! ...)
Das wirtschaftliche Leben ist in der Sowjetzone aufs schwerste beeinträchtigt. Die Bevölkerung leidet Not. Sie muß schwerste Arbeit leisten.
(Zuruf von der KPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)
Freie Wahlen gibt es nicht, ebensowenig freie Parteien. Freiheit der Meinung, der Presse, der Versammlungen. Es gibt dort keine Grundrechte, wie wir sie besitzen.
Die Entwicklung der politischen Lage in der Welt, meine Damen und Herren, wird bestimmt durch den allmählich immer stärker werdenden Gegensatz zwischen Sowjetrußland einerseits und den Westmächten andererseits.
Nach 1945 rüsteten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich ab, und zwar in einem geradezu überhasteten Tempo. Im Gegensatz zu ihnen hielt die Sowjetunion nicht nur ihre Rüstung bei, sondern sie baute sie fortgesetzt aus. Sie schritt schon 1945 zu aggressiven Handlungen gegenüber Griechenland. Die Kämpfe in Griechenland dauerten bis 1947. Sie wurden beendet zugunsten Griechenlands durch die Unterstützung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens.
Die Sowjetunion versuchte ferner im Jahre 1946, in Persien einen Aufstand zu erregen. Hier wurde sie durch die UNO zum Rückzug gezwungen. Dann versuchte sie durch die Berlin-Blockade, Berlin auszuhungern, um die Übergabe Berlins an Sowjetrußland herbeizuführen. In den gleichen Jahren vernichtete Sowjetrußland die Selbständigkeit der jetzt zu Satellitenstaaten gewordenen Länder. Unter Bruch der zwischen den Alliierten und diesen Staaten geschlossenen Friedensverträge ging die Sowjetunion überall nach der gleichen Methode des Kalten Krieges vor.

(Zuruf von der KPD: Das ist doch nur Hetze!)
Aber Ende dieser Aktion stehen überall sogenannte Wahlen, die unter dem Gebrauch demokratischer Nomenklatur den Völkern den letzten Rest von Freiheit nehmen.
Von den Vorgängen die im Ostblock als "freie Wahlen" bezeichnet werden, geben die Zahlen, die ich Ihnen jetzt mitteilen werde, ein überzeugendes Bild.
In Albanien siegte im Dezember 1945 die Einheitsliste der nationalen Demokratischen Front mit 95 %.
In Bulgarien siegte die Vaterländische Front im November 1945 mit 80 %, im Dezember 1949 mit 97 %.
In Polen siegte der Block der Nationalen Einheit im Januar 1949 mit 89 %.
In Rumänien siegte der Regierungsblock im März 1948 mit 97 %.
In der Tschechoslowakei siegte die Einheitsliste der nationalen Front im Mai 1948 mit 90 %.
(Zuruf von der KPD: Das tut weh! – der Abgeordnete Dr. von Brentano fragt: Nirgends über 100 %?)
In Ungarn siegte die Unabhängigkeitsfront im Mai 1949 mit 98 %.
Und sie wissen alle, meine Damen und Herren wie die Einheitsliste in der Sowjetzone bei den "freiesten Wahlen", wie sie dort genannt wurden, mit fast 100 % gesiegt hat.
Überall, meine Damen und Herren, dieselbe Methode:
Einheitsliste, Terror, Zwang zur Wahl – und dann diese glänzenden, für eine "freie demokratische Wahl" sprechenden Wahlergebnisse.
Der Krieg in Korea im Sommer 1950 führte einen neuen Abschnitt in dem Verhältnis der Westmächte gegenüber der Sowjetunion herauf.
Während vorher die Westmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, geglaubt hatten, sich gegenüber dem Vordringen des Kommunismus unter Sowjetrußlands Führung lediglich durch wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen zur Wehr setzen zu können, während sie sich bis dahin mit papierenen Protesten gegenüber der Unterwerfung der Satellitenstaaten begnügt hatten, schritten die Westalliierten nach Beginn des Koreakrieges zur Wiederaufrüstung.
In Kenntnis der Gefahren, die ihnen aus der von der Sowjetunion verfolgten Politik drohten, schlossen sich nunmehr eine Reihe von Mächten im April 1949 im Atlantikpakt zusammen. Im Februar 1952 traten Griechenland und die Türkei bei, so daß jetzt im Nordatlantikpakt 14 Staaten vereinigt sind.
Der Nordatlantikpakt – und wir haben deswegen ein solches Interesse an ihm, weil wir nach Genehmigung der Verträge über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in ihn eingegliedert werden - ... ist in seinen wesentlichen Bestimmungen ein in den Rahmen der Vereinten Nationen eingebauter Konsultativ- und Beistandspakt, der vor allem auf dem in Artikel 51 der Charta bestätigten natürlichen Recht der Staaten auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegen jeden bewaffneten Angriff beruht.
Ein Angriff auf ein Mitglied gilt als Angriff gegen alle. Der Pakt ist aber nicht rein militärischer Art, sondern er verpflichtet die Mitglieder auch zur Förderung der Voraussetzungen für Stabilität und Wohlfahrt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Beseitigung von Konflikten in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik.
Das Ergebnis dieser Entwicklung seit 1945 fasse ich in folgenden Feststellungen zusammen: Es haben sich 2 gewaltige Machtsysteme aufgebaut: das von Sowjetrußland geführte und das westliche, in dem als stärkste Macht die Vereinigten Staaten hervortreten.
In dem von Sowjetrußland geführten Machtsystem sind, wie zahlreiche Vorkommnisse klar erkennen lassen, starke Expansions- und Aggressionskräfte wirksam. Die Auswirkung dieser Kräfte erstreckt sich im Wege des Kalten Krieges weit über die Grenzen des Ostblocks hinaus, insbesondere auch in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens, und zwar getarnt und ungetarnt. Das westliche Machtsystem hat seinen Ausdruck gefun-

den im Atlantikpakt und in einer Reihe von ebenso ausgesprochen defensiven Bündnissen und Abmachungen. ...
Wie schnell, meine Damen und Herren, die Entwicklung infolge der Einsicht der Westmächte und infolge des Drucks, der von Osten her auf sie ausgeübt wurde, wie schnell die Entwicklung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den Mächten Westeuropas und die Entwicklung in Westeuropa selbst sich geändert haben, ergibt sich aus folgendem.
Am 10. Dezember 1944 schloß die französische Regierung mit der Sowjetunion einen auf 20 Jahre berechneten Bündnisvertrag, der sich ausdrücklich und ausschließlich gegen Deutschland richtete.
Am 4. März 1947 schlossen Frankreich und das Vereinigte Königreich in Dünkirchen ein 50jähriges Bündnis, das ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet war.
Am 12. März 1948 schlossen Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg in Brüssel ein 50jähriges Bündnis, das laut seiner Präambel für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik gedacht war.
Und, meine Damen und Herren, am 26. Mai 1952, wurde in Bonn der Deutschlandvertrag und am 27. Mai in Paris der EVG-Vertrag unterzeichnet, Verträge, durch die nach ihrer Genehmigung Deutschland zum Verbündeten der Westmächte wird.
Auch die Integration Westeuropas, meine Damen und Herren, schreitet fort.
Sie begann mit dem Europarat, sie erhielt den ersten kräftigen Anstoß durch den Abschluß über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Schuman-Plan. ... Er wird die Integration Europas in kräftiger Weise fördern. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird, wie ich schon ausführte, die Integration Westeuropas ein großes Stück vorwärts bringen.
Leider können wir infolge der gesamten internationalen Lage zur Zeit immer nur von der Integration Westeuropas sprechen. Aber alle diese Pakte, die die Integration fördern, und diejenigen, die noch zu schließen sind, um sie zu vollenden, sehen den Beitrag auch der anderen europäischen Länder vor und werden ihn vorsehen, so daß wir mit Bestimmtheit hoffen können, im Laufe der Zeit zu einer Integration ganz Europas zu kommen.
(... Zuruf von der KPD: Bis zum Ural! ...)
Lassen Sie mich jetzt noch die Lage der Bundesrepublik infolge der seit 1945 eingetretenen Entwicklung skizzieren.
Die Bundesrepublik steht noch unter Besatzungsstatut. Sie ist unbewaffnet. Sie ist nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie ist - und darauf lassen sie mich besonders hinweisen - zur Zeit rechtlich gesehen nur Objekt politischer und strategischer Überlegungen.
Ich habe gesagt: "rechtlich gesehen", weil sie bei Genehmigung der Verträge vom Objekt zum Mithandelnden würde und weil die Westmächte in der Annahme, daß diese Verträge in Kraft treten werden, uns jetzt schon nicht mehr lediglich als Objekt politischer und strategischer Überlegungen betrachten.
Deutschland ist zudem noch geteilt. So liegt es zwischen den beiden großen Machtsystemen, die ich eben geschildert habe. Es liegt mitten in einem Spannungsfeld zwischen Ost und West, und zwar an einer besonders gefährdeten Stelle.
Welche Fortschritte werden nun die Verträge nach ihrem Inkrafttreten gegenüber dem heutigen Zustand für Deutschland bringen? Das Besatzungsstatut fällt fort. Alle wirtschaftlichen Beschränkungen hören auf. Wir erhalten die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Wir erhalten ein Defensivbündnis mit Großbritannien. Die europäische Föderation beginnt auf dem neuralgischsten Punkt, nämlich dem militärischen. Europäische Kriege sind in Zukunft ausgeschlossen.
(Lachen bei der KPD ...)
Durch den Einbau in das größte Verteidigungssystem der Geschichte erhalten wir die denkbar

größte Sicherheit, und, meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr Objekt politischer und strategischer Überlegungen, sondern wir werden Mithandelnde.
... Solange wir besetztes Land sind, solange wir uns nicht in das westliche Verteidigungssystem eingefügt haben, sind wir ein Niemandsland zwischen 2 großen Mächtegruppen. ...
Wenn wir Mithandelnde werden, können wir auch unsere Kraft dafür einsetzen, daß die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege gelöst werden.
Bleiben wir Objekt, so haben wir diese Möglichkeit nicht.
Und welches würden nun die Folgen der Ablehnung der Verträge sein?
Zunächst ist eines sicher. Es werden keine neuen Verhandlungen auf der gleichen Basis erfolgen, um Änderungen in dieser oder jener Hinsicht an diesem oder jenem Artikel zu erreichen. Darauf habe ich bereits hingewiesen.
Aber, meine Damen und Herren, eine Folge der Ablehnung der Verträge durch die Bundesrepublik würde ein Fiasko der bisherigen Politik der Westmächte gegenüber der Bundesrepublik bedeuten, und dieses Fiasko würde in sich schließen einen diplomatischen Erfolg für Sowjetrußland, der die sowjetische Selbsteinschätzung in unerträglicher Weise erhöhen würde.
Die diplomatische Lage in der Welt würde sich in starker Weise zugunsten Sowjetrußlands verschieben. Das Scheitern der bisherigen Politik der Westmächte bezüglich Deutschlands in Verbindung mit dem dadurch verursachten diplomatischen Gewinn Sowjetrußlands würde die Westmächte höchstwahrscheinlich zu einer grundlegenden Überprüfung ihrer Politik gegenüber Deutschland, Europa und Sowjetrußland veranlassen.
(Zuruf des Abgeordneten Strauß: Sehr richtig!) ...
Das Besatzungsstatut würde bestehen bleiben. Wegen der unsicheren Haltung der Bundesrepublik würde das Vertrauen, das wir uns bisher bei den Westmächten und in der ganzen Welt erworben haben, verlorengehen.
Die Handhabung des Besatzungsstatuts würde gegenüber dem jetzigen Zustand eine Wendung zur verschärften Kontrolle nehmen.
Ich habe schon erwähnt, daß eine Ablehnung der Verträge die Möglichkeit heraufbeschwört, daß Sowjetrußland mit seiner Forderung auf Neutralisierung Deutschlands durchdringen würde. Die Integration Europas, meine Damen und Herren, würde in einem solchen Falle ausgeschlossen sein, da ein Westeuropa sich ohne Deutschland nicht schaffen läßt. Die Bundesrepublik würde dank der dann in Westeuropa entstehenden Situation und mit Hilfe der jetzt schon in großer Zahl bestehenden Tarnorganisationen in die sowjetische Machtsphäre in der einen oder anderen Form hineingeraten.
Dann würde bei uns die gleiche Entwicklung einsetzen, wie sie sich in den nunmehrigen Satellitenstaaten vollzogen hat, d.h. ganz Deutschland würde ein Satellitenstaat werden.
Ich möchte noch einige in der Öffentlichkeit aufgeworfene Fragen besprechen, die von besonderer Bedeutung sind. Es ist behauptet worden, die Genehmigung der beiden Verträge mache die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone unmöglich. ...
(Zuruf von der KPD: Das stimmt ganz genau!)
Ich halte diese Behauptung für falsch. ...
Es ist richtig, daß die Wiedervereinigung in Freiheit nur mit Zustimmung der 4 Alliierten, also auch mit Zustimmung Sowjetrußlands erfolgen kann.
Ich bin der Auffassung, daß es klug ist, wenn man sich für diese Politik die Hilfe von wenigstens 3 von vieren zunächst sichert, wie wir das im Deutschlandvertrag tun. ...
Ein Gesamtdeutschland, wie es bis jetzt Sowjetrußland in seinen Noten fordert, also ein neutralisiertes Deutschland, ein auf dem Boden des Potsdamer Abkommen errichtetes Gesamtdeutschland ist für uns nicht möglich. ...
Das eine ist sicher, meine Damen und Herren: Wenn wir die Verträge nicht unterzeichnen, verbessern wir die Aussicht auf Wiedervereinigung Deutschlands in keiner Weise. ...

Es ist weiter die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die militärische Stärkung des Westens, die das Vertragswerk zur Folge haben wird, Sowjetrußland dazu reizen würde, zum heißen Krieg überzugehen.
Auch hier glaube ich, meine Damen und Herren, daß das Gegenteil richtig ist. Ich bin der Überzeugung, daß man einen hochgerüsteten totalitären Staat nicht dadurch von einer Aggression abhält, daß man möglichst schwach bleibt.
(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Regierungsparteien. – Zuruf des KPD-Abgeordneten Reimann: Wie Adolf Hitler! Der hat das auch gesagt!) ...
Als Hitler aufrüstete, ist zunächst von seiten der anderen europäischen Staaten und von seiten der Vereinigten Staaten von Amerika nichts geschehen.
Weil Hitler wußte, daß diese Länder, militärisch schwach waren, hat er in dem Augenblick, als er glaubte, er sei stark genug, um einen schnellen Sieg zu erlangen, losgeschlagen.
Hätte man damals, als Hitler aufzurüsten begann, in den anderen Ländern auch die Verteidigungskräfte vermehrt, so würde Hitler niemals den Krieg gewagt haben.
Etwas Ähnliches, meine Damen und Herren, gilt auch für die Zeit nach 1945. Da Sowjetrußland stark gerüstet blieb, während die anderen Länder abrüsteten,
(Zuruf von der KPD: Wer denn?)
machte es von seiner militärischen Überlegenheit durch die Unterwerfung der jetzigen Satellitenstaaten rücksichtslosen Gebrauch.
Ich bin überzeugt, daß Sowjetrußland das nicht getan hätte, wenn es hätte befürchten müssen, daß die anderen ihm in den Arm fallen würden. ...<<
Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (1896-1979, 1949-72 Mitglied des Bundestages, 1966-69 Bundesminister) erklärt am 9. Juli 1952 im Bundestag zu den Folgen des geplanten Beitritts in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x301/126): >>... Dieser EVG-Vertrag ist in Wirklichkeit die Verpflichtung, die Bundesrepublik unlöslich in ein politisches und militärisches Vertragssystem einzubringen, das die russische Besatzungsmacht, ohne deren Zustimmung wir die Voraussetzungen für die Schaffung der Einheit Deutschlands nicht erfüllen können – ob mit Recht oder Urecht – nun einmal als gegen sich gerichtet betrachtet, und wir übernehmen darin recht präzise Verpflichtungen. ...
Nun kann die Einheit Deutschlands doch nur zustande kommen, wenn die Russen – ja, auch die Russen – mit gesamtdeutschen freien Wahlen einverstanden sind. Und glaubt man denn, daß sie dazu bereit sein werden, wenn von vornherein feststehen soll, daß der Teil Deutschlands, den sie aufgeben, aufgrund einer heute geschaffenen vertraglichen Verpflichtung einem Block zugeschlagen werden soll, den dieses Rußland nun einmal als feindlich empfindet? ...
Wir können uns dagegen nicht mit den Worten trösten, daß wir durch diese Verträge nunmehr zusammen mit dem Westen so stark werden, daß wir mit den Russen endlich die Sprache sprechen können, die sie allein verstehen. Glaubt man denn wirklich, mit diesen Verträgen die Russen zur politischen Kapitulation zwingen zu können? ...
Sie sagen: Wir machen durch die Verträge uns und den Westen stark, und nur, wenn wir den Westen stark machen -, kann man den Russen gegenüber eine offensive Deutschland-Politik betreiben, denn sie verstehen nur die Sprache der Macht.
Dazu sagen wir Ihnen: Die Macht, die wir dazu brauchten, schaffen diese Verträge nicht. Keiner unserer Partner ist durch diese Verträge zu konkreten politischen Maßnahmen für die Einheit Deutschlands verpflichtet. Jeder einzelne bleibt in jedem einzelnen Falle Herr seiner Entscheidung. ...
Es sollte das vornehmste Nahziel unserer Politik sein, auf die Abhaltung einer Viermächtekonferenz hinzuwirken, auf der der Osten und der Westen klipp und klar zum Ausdruck bringen sollen, wie man sich dort, wo man noch Geschichte machen kann, die Lösung unserer Schicksalsfrage vorstellt und welche Voraussetzungen von der einen oder von der anderen

Seite für das Verständnis verlangt werden.
Einen anderen Weg gibt es schlechthin nicht!<<

10.07.1952

BRD: Herbert Wehner (SPD-Abgeordneter) spricht am 10. Juli 1952 im Bundestag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/102-105): >>... Die vom Herrn Bundeskanzler geführte Politik der sog. Integration ist nicht identisch mit der von der Sozialdemokratischen Partei geforderten Politik der Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Wenn es richtig ist, daß alle Parteien die Wiedervereinigung als Ziel der deutschen Politik wollen, so muß es auch möglich sein, über die Wege zur Erreichung dieses Zieles ernsthaft zu diskutieren. ...

Denn diejenigen Kräfte des Auslandes, die es vorziehen, ein geteiltes Deutschland zu haben, haben leichteres Spiel, wenn die deutschen Parteien in der fundamentalen Frage der deutschen Politik fundamentale Gegensätze auszutragen haben. ...

Es drängt sich einfach die Frage auf: Was wäre, wenn der Herr Bundeskanzler den Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit mindestens soviel Kraft und Zeit geopfert hätte wie seinen Bemühungen um die sog. Integration? ...

Die deutsche Politik läuft Gefahr, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands an so viele weltpolitische Voraussetzungen geknüpft wird, so vielen weltpolitischen Fragen untergeordnet und zum Gegenstand nationalegoistischer Erwägungen fremder Mächte gemacht wird, daß eine Regelung mit friedlichen Mitteln aus dem Bereich des Möglichen herausrücken könnte.

... Die westlichen Vertragspartner erlangen durch die Verträge in Wirklichkeit ein ausgesprochenes Vetorecht gegen die Wiedervereinigung Deutschlands.

(Zuruf von der SPD: "Sehr richtig!")

Der Bundeskanzler hat keinerlei Sicherheit dagegen, daß z.B. die französische Politik die Verträge dem französisch-russischen Pakt von 1944 unterordnet. Schon jetzt machen sich doch Tendenzen bemerkbar, mit Sowjetrußland auf der Grundlage der Teilung Deutschlands zu paktieren.

Bei den Verhandlungen im Senat der Vereinigten Staaten wurde übrigens ausdrücklich darauf hingewiesen, und zwar vom amerikanischen Außenminister, daß in der Frage der Wiedervereinigung "Frankreichs traditionelle Furcht" durch die Verträge verkleinert worden sei.

Es wird sich bald herausstellen, daß von allen vertragsschließenden Partnern nur die Bundesrepublik wirklich gebunden ist. ...

Aufrichtiger wäre es - ich sage das freimütig -, wenn die Befürworter der Verträge sagten: Jawohl, wir geben zu, für eine geraume Zeit müssen wir die Wiedervereinigung zurückstellen, aber wir haben dafür die und die Begründung. Denn das ist ja der Tatbestand, den Sie mit Kopfschütteln oder mit Ihren Wünschen nicht aus der Welt schaffen können!

Die Bundesrepublik unterwirft sich damit in dieser ihrer Lebensfrage einer Strategie, auf deren Ausgestaltung sie ohne Einfluß ist, die aber für die deutschen Lebensinteressen entscheidend ist. ...

Aus Besatzungsfesseln werden Bündnisfesseln, und es ist mehr als fraglich, wie diese Bündnisfesseln, die unter dem Übergewicht der Besatzungsmächte geschmiedet worden sind, bei unseren Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und mit friedlichen Mitteln fördern statt hemmen sollen. ...

Nach der mehr oder weniger offen ausgesprochenen Ansicht westlicher Vertragspartner und ihrer Publikumsorgane und nach ihren Interessen ist unter Umständen das Fortbestehen der Teilung Deutschlands das "kleinere Übel". ...

... Wiedervereinigung bedeutet die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deut-

schen in den 4 Zonen und Berlin ohne Zonenunterschiede. ...
Die Bundesregierung wird ersucht, den Besatzungsmächten förmlich mitzuteilen, Bundestag und Bundesregierung erwarten, daß die Regierungen der 4 Besatzungsmächte so bald wie möglich in Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen eintreten. ...<<

12.07.1952

DDR: Auf der 2. Pressekonferenz der SED berichtet man am 12. Juli 1952 über die Errichtung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und verkündet den "Aufbau des Sozialismus".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Landwirtschaftlichen "Produktionsgenossenschaften" (LPG) in der SBZ (x009/337-338): >>Eine in Deutschland neuartige Erscheinungsform gemeinschaftlicher Landbewirtschaftung sowjetischer Prägung, entstanden durch den Zusammenschluß bis dahin individuell wirtschaftender Bauern, Landarbeiter und auch sonstiger Berufszugehöriger zu einem kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb zwecks gemeinsamer Bewirtschaftung und Nutzung der eingebrachten und der öffentlich bereitgestellten Bodenflächen und Produktionsmittel ("sozialistischer Großbetrieb").
Die LPG sind keine Genossenschaften in unserem Sinne des Wortes. Es handelt sich nicht um freiwillige genossenschaftliche Zusammenschlüsse, die dazu dienen, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder, die einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen, zu fördern, sondern um Kooperationsformen der Landbewirtschaftung, die nach "sozialistischen Grundsätzen organisiert und geleitet werden".
LPG sind Zwangsgemeinschaften kommunistischer Art im Dienste des kollektiven Erwerbs, deren Verwaltung und Wirtschaftsgeschehen durch Gesetz und Musterstatuten zentral reglementiert und kontrolliert werden, so daß das Mitspracherecht der Mitglieder ihre Eigenverantwortung und Privatinitiative entscheidend unterbunden ist. ...
Bei der Eigentumsregelung wird zwischen "Eigentum der Genossenschaftsbauern" und "genossenschaftlichem Eigentum" unterschieden. Das Eigentum des Mitgliedes an Grund und Boden bleibt zwar formal erhalten, verliert jedoch seine Funktion, weil es unentgeltlich "zur gemeinsamen Nutzung eingebracht" und dem Eigentümer die Verfügungsgewalt darüber entzogen wird. Er wie sein Erbe dürfen den Grund und Boden "nur an den Staat, die LPG oder deren Mitglieder, die wenig oder gar kein Land besitzen", veräußern.
Hinzu kommt, daß jedes Mitglied beim Eintritt in die LPG III dieser auch sämtliches Inventar und alle Wirtschaftsgebäude zur allgemeinen Nutzung unentgeltlich übergeben muß, soweit sie nicht zur Führung der persönlichen Hauswirtschaft benötigt werden. ...
Die LPG wird durch den Vorstand, den Vorsitzenden und die Mitgliederversammlung geleitet. ... Die Überwachung und Kontrolle der Arbeitsleistungen und der wirtschaftlichen Entwicklung obliegt dem Buchhalter, der den Vorsitzenden bzw. die Revisionskommission darüber regelmäßig unterrichtet. Dies erfordert einen umfangreichen Verwaltungsapparat, dessen Kosten die LPG belasten, ganz abgesehen davon, daß die darin beschäftigten Menschen der Güterproduktion entzogen werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistischen "Errungenschaften" in der SBZ (x009/113-114): >>Im Parteijargon Inbegriff all dessen, was in der SBZ seit 1945 gemäß dem Marxismus-Leninismus an Neuerungen eingeführt worden ist und was den Bolschewisten als Ausdruck einer "höheren" Gesellschaftsordnung gilt.
In diesem Sinn wurden insbesondere die Bodenreform, die Enteignung der Großunternehmen und die Schulreform als "demokratische Errungenschaften" bezeichnet.
Seit 1952 gilt als Errungenschaft alles, was dem Aufbau des Sozialismus dient, insbesondere die Überführung fast der gesamten Industrie in "Volkseigentum", die "Teilnahme" der Belegschaften an Aufgaben der Produktorganisierung ("arbeite mit, plane mit, regiere mit", die Ver-

genossenschaftlichung der Landwirtschaft, die sog. Demokratisierung der Verwaltung und die seit 1957 angestrebte Indienststellung der Schulen und Hochschulen für den beschleunigten Aufbau des Sozialismus und für die Entwicklung einer sozialistischen Moral.
Die gesellschaftlich-ökonomische Struktur der sog. Arbeiter- und Bauernmacht wird dabei als Grunderrungenschaft beurteilt, der gegenüber alle sonstigen Errungenschaften als durch sie bedingt nur sekundär seien.
Nach Hermann Mattern ist die SED die hauptsächlichste sozialistische Errungenschaft ("Neuer Weg 1/1958"). Die SED-Führung fordert grundsätzlich, daß auch im Fall der Wiedervereinigung Deutschlands die Errungenschaften erhalten bleiben. Wenigstens die "demokratischen" Errungenschaften soll im Prinzip auch Westdeutschland übernehmen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeiter- und Bauernmacht" in der SBZ (x009/27-28): >>... Der Begriff ist völlig unmarxistisch, da die proletarische Revolution nach Marx nur auf die Arbeiterschaft, nicht aber auch auf die Bauern bezogen war.
Die besondere Lage des industriell unterentwickelten zaristischen Rußland veranlaßte Lenin, seine Revolution zugleich auch auf die Masse der armen Bauern als Mitträger auszudehnen. Dabei wird aber die eindeutige Führungsrolle der "Arbeiterpartei" festgelegt. Doch ist diese bemüht, auch unter den Bauern Mitglieder zu gewinnen.
Die Tatsache, daß die SBZ und einige andere der nach 1944 errichteten Volksdemokratien wie die CSSR ausgesprochene Industrieländer sind und die Bauern längst nicht die Rolle wie in Rußland spielen, hat zu keiner Modifizierung der Theorie geführt. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Volkseigentum" in der SBZ (x009/465): >>Der Sache nach "Staatseigentum", staatliches "sozialistisches" Eigentum nach bolschewistischer Auffassung die Hauptform des "gesellschaftlichen" (sozialistischen) Eigentums, neben der es noch die Nebenform des genossenschaftlichen Eigentums - in Landwirtschaft, Handwerk und Handel - gibt.
Das Volkseigentum spielt vor allem in der Industrie eine Rolle, wo es in der SBZ rund 95 % des Eigentums bildet (einschließlich von 5 % sog. gemischten Eigentums, bei dem der Staat die Kapitalmehrheit inne hat).
Über das Volkseigentum bestimmen ausschließlich Partei und Regime, die über seine Erträge auf Grund der Wirtschafts- und Staatshaushaltspläne verfügen.
Nach bolschewistischer Ideologie gilt das Volkseigentum gegenüber dem Privateigentum an Produktionsmitteln als "höhere" und "sozialere" Eigentumsform, weil dadurch angeblich die Ausbeutung der Arbeitskraft abgeschafft sei. Tatsächlich findet diese weiterhin, und zwar zugunsten der Interessen der Machtinhaber, statt. Das Volk, die Gesellschaft hat auf die entscheidenden Fragen: Investitionen, Verteilung des Sozialprodukts keinen unmittelbaren Einfluß.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volkseigene Wirtschaft" in der SBZ (x009/465): >>Zur Volkseigenen Wirtschaft zählen die Volkseigene Industrie, die staatlichen Verkehrseinrichtungen (Deutsche Reichsbahn, Post- und Fernmeldewesen, Schiffahrt, Kraftverkehr), der staatliche Großhandel mit Konsumgütern und Lebensmitteln und der staatliche Einzelhandel (HO). ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Genossenschaften" in der SBZ (x009/148-149): >>... Der Nutzen der Genossenschaften für das System lag zunächst darin, daß sie einige Kreditfunktionen der geschlossenen Banken und besonders der Handelsfunktionen des liquidierten privaten Großhandels bis zum Aufbau eines leistungsfähigen staatlichen Handels- und Kreditapparates übernehmen konnten.
In dieser Periode nahmen die Genossenschaften z.T. Monopolstellungen ein (z.B. wurden Düngemittel an bäuerliche Betriebe nur über Genossenschaften zugeteilt). Im Rahmen der

1948 beginnenden Wirtschaftsplanung hat die Genossenschaft dann organisatorische Aufgaben zu übernehmen (Aufschlüsselung der Pläne, statistische Berichterstattung, Versorgung der Betriebe mit Produktionsmitteln usw.).
Gleichzeitig begann aber die Beseitigung der genossenschaftlichen Demokratie: systemfreundliche Funktionäre übernahmen zentrale Positionen innerhalb der Genossenschaften. Die Genossenschaften verloren ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und hörten auf, Genossenschaften im traditionellen Sinne zu sein. Zwar behielten sie ihre wirtschaftlichen Funktionen, doch trat jetzt ihr gesellschaftspolitischer Nutzen für das System in den Vordergrund. Über die Genossenschaften erfolgte der Angriff der SED auf die Selbständigen.
Mehr und mehr war es seit 1948/50 Aufgabe der Genossenschaften, ihren Mitgliedern gegenüber die Politik der Partei zu vertreten und durchzusetzen, z.B. seit Beginn der Kollektivierung (1952) zum Eintritt in Produktionsgenossenschaften aufzufordern. In dem Maße, wie die Bildung von Produktionsgenossenschaften fortschritt, wurden traditionelle Genossenschaften überflüssig; ihre Einrichtungen wurden, in der Regel unter Ausschluß der Liquidation der Genossenschaften, von den neu gebildeten Produktionsgenossenschaften übernommen.
Nach 1945 wurden in diesem Sinne vor allem die Raiffeisen-Genossenschaften und die Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks eingespannt und umgewandelt.
Während die Existenz der Handels- und Kreditgenossenschaften mit der Vollendung des "Aufbaus des Sozialismus" endet, sind die Produktionsgenossenschaften ein Endziel dieser Entwicklungsperiode. ... Zweck der Produktionsgenossenschaften im "Sozialismus" ist ... die Beseitigung der Selbständigkeit der Mitglieder. Die Methode ist der Entzug der individuellen Verfügungsgewalt über die im Privateigentum stehenden materiellen Produktionsfaktoren (Boden, Kapital) durch Einbringen in die Genossenschaften (genossenschaftlich - sozialistisches Eigentum) und die Übertragung der Unternehmerfunktion auf das Kollektiv. ...
Die Produktionsgenossenschaften haben also die Aufgabe, die Selbständigen in wirtschaftliche, politische und schließlich persönliche Abhängigkeit vom kommunistischen Wirtschaftssystem zu bringen.
Genossenschaften im Kommunismus dienen also nicht der Förderung, sondern der Liquidation der Wirtschaft ihrer Mitglieder. Wirtschaftliche Anreize (z.B. Steuervergünstigungen, bevorzugte Belieferung mit Produktionsmitteln, hohe Preise für Produkte, billige Kredite) sollen zum Eintritt in Produktionsgenossenschaften verleiten. Auch politische und psychologische Druckmittel werden angewandt. ...<<

23.07.1952

DDR: Um die sog. "Demokratisierung der Verwaltung" durchzusetzen, läßt das SED-Regime am 23. Juli 1952 die bisherigen Länder in 14 Bezirke zerschlagen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Demokratisierung" in der SBZ (x009/93): >>Schlagwort des Parteijargons, das die zunehmende Sowjetisierung im öffentlichen Leben der SBZ bemänteln soll.
Sie wirkte sich besonders verhängnisvoll in der Justiz aus. Auf der Forderung nach "Demokratisierung der Justiz" beruht die Einrichtung der Volksrichterlehrgänge. "Die Einrichtung der Volksrichter in der Sowjetzone ist der Weg, um die deutsche Richterschaft möglichst schnell zu demokratisieren, d.h. sie aus Menschen aus allen Schichten des Volkes zusammenzusetzen und dadurch die Grundlagen für eine demokratische Justiz zu schaffen" (Hilde Benjamin in: "Neue Justiz 1948, S.194)
Unter dem irreführenden Leitwort "Demokratisierung der Verwaltung" wurden im Juli 1952 die Länder der SBZ in 14 Bezirke zerschlagen.<<

28.07.1952

BRD: Dr. Kather erklärt am 28. Juli 1952 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/37): >>Der Tag von Potsdam, der sich zum siebenten Male jährt, ist ein Tag des Un-

heils für die vertriebenen Deutschen, für alle anderen Deutschen und darüber hinaus für Deutschland und die Welt. ...
Der Osten hat den Weg der Vertriebenen in die Heimat schon an der Zonengrenze erst in jüngster Zeit erneut verbarrikadiert und mit Stacheldrahtverhauen versperrt. Das Schicksal der Vertriebenen bleibt somit weiter ungewiß.
Deshalb erwarten sie von der Bundesrepublik und von der Welt Verständnis für ihre Lage und Hilfe und Unterstützung bei der Schaffung neuer Lebensgrundlagen in der Gastheimat im Westen. ...<<

07.08.1952

DDR: Der Ministerrat beschließt am 7. August 1952 die Bildung der "Gesellschaft für Sport und Technik" und des "staatlichen Komitees für Filmwesen".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Gesellschaft für "Sport und Technik" (x009/413-414): >>Organisation zur vormilitärischen Ausbildung von jugendlichen und jüngeren Einwohnern beiderlei Geschlechts.
Gegründet durch Regierungsverordnung vom 7.8.1952 als "Körperschaft des öffentlichen Rechts". Beitritt vom 14. Lebensjahr, formell freiwillig. ...
Die Gesellschaft für Sport und Technik soll ihren Mitgliedern "militärische Grundkenntnisse auf den Gebieten des Segel- und Motorflugsportes, des Flugmodell- und Fallschirmsportes sowie des Motor- und Seesportes und des Amateurfunkens als Massensport vermitteln". Sie soll "die Regierung der DDR bei der Organisierung der bewaffneten Verteidigung der Heimat und des sozialistischen Aufbaus unterstützen". So hieß es im 1. Statut vom August 1952.
Da motorsportliche Möglichkeiten lockten und auf offene Bindung an die SED verzichtet wurde, hatte die GST bis Ende 1952 starken Zulauf. Die Einführung einer Pflichtausbildung in Schießen und Geländedienst und einer Art Politschulung drosselte den Zulauf und brachte Austritte. ...
Seit Sommer 1955 wird die GST auch an Normalkaliberwaffen ausgebildet. Im Interesse der Luftwaffe werden Segelflieger und Fallschirmspringen stark betrieben, die Nachrichtentechnik soll allen Waffengattungen zugute kommen.
Die Geländekunde und der Felddienst werden oft als "Touristik" umschrieben. Die Erziehung zum Patriotismus und zum Kommunismus wird in der Gesellschaft für Sport und Technik je offener gefordert, je mehr sie ein Werbeplatz der Kasernierten Volkspolizei (KVP), seit 1956 der Nationalen Volksarmee geworden ist. Die vormilitärische Ausbildung erfolgt oft durch Angehörige der Volkspolizei und zunehmend durch Funktionäre der Gesellschaft für Sport und Technik, die schon Reservisten der Volksarmee oder Polizeitruppen sind.
Seit 1955 darf die Gesellschaft für Sport und Technik, obwohl ihre Funktionäre meist älter sind, nur 14- bis 24jährige ausbilden. Ausbildung der älteren Männer ist den Kampfgruppen vorbehalten. Einheiten der Gesellschaft für Sport und Technik wirken meist an den großen Kampfübungen der Kampfgruppen mit. Jede Hoch- und Fachschule hat eine Grundeinheit der GST, wenn auch die Nationale Volksarmee die anschließende Ausbildung vornimmt (militärische Studentenausbildung). ... Sie ist nicht nur vormilitärische Erziehungsorganisation, sondern in ihrem aktiven Kern eine militärähnliche Miliz.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Filmwesen" in der SBZ (x009/128): >>Nach den Worten Stalins: "Der Film ist das gewaltigste Mittel zur Einwirkung auf die Massen. Wir müssen ihn in die Hand bekommen", wird das Filmwesen auch in der SBZ als Hauptargument der Bewußtseinsbildung der Agitation und Propaganda betrachtet und behandelt.
Partei und Regime sicherten sich daher frühzeitig entscheidenden Einfluß und bauten ihn entsprechend der Entwicklung von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Aufbau des Sozialismus aus.

Seit Oktober 1958 liegt die gesamte Steuerung des Filmwesens bei der "VVB Film", die dem Ministerium für Kultur untersteht. Zu den von der VVB Film gelenkten Betrieben und Instituten gehören nicht nur die 5 Studios der DEFA, die das Filmherstellungsmonopol innehat, einige weitere "volkseigene" technische Betriebe, der VEB Progress Film-Vertrieb, der VEB DEFA-Außenhandel, sondern auch das staatliche Filmarchiv, die deutsche Hochschule für Filmkunst und die Schulen für filmtechnische Berufe und Vorführer. ...
Der Kinobesuch verlagert sich im übrigen im Sinne der Bestrebungen der Betriebskultur von den Lichtspieltheatern teilweise in die betrieblichen Kulturstätten. Die Lage der monopolisierten und staatlich gegängelten Filmproduktion zwischen den ideologischen Anforderungen auf der einen Seite und dem Auftrag, das Publikum zu unterhalten und die Theater zu füllen, auf der anderen Seite ist die Lage ausweglos und ein Anlaß zu immer wiederkehrenden Krisen und Auseinandersetzungen. ...
Das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums und die Rentabilität der Theater sind nach wie vor auf die Einfuhr westlicher Filme angewiesen; die Produktion der Ostblockstaaten belegt natürlich einen beträchtlichen Teil des Spielplanes, der der Verfügung der einzelnen Filmtheater im übrigen völlig entzogen ist.
Als wichtigstes Mittel kommunistischer Agitation und Propaganda werden neben der Wochenschau "Der Augenzeuge" und satirischen Kurzfilmen unter dem Sammelnamen "Stacheltier" auch populär-wissenschaftliche Filme und Dokumentarfilme eingesetzt. Ein besonders obskures, von Fälschungen strotzendes Machwerk, "Unternehmen Teutonenschwert", erhielt auf Filmfestspielen in Karlsbad den ersten Hauptpreis. ...<<

14.08.1952

BRD: Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wird am 14. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen.
Das Lastenausgleichsgesetz wird durch eine feierliche Erklärung eingeleitet, in der man folgende Vorbehalte festlegt (x088/22): >>... In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten, hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen ...<<
Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgt die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959.

Lastenausgleich

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, daß das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 ablöste, belastete das Sachvermögen der Westdeutschen mit langfristigen Ausgleichsabgaben (50 % des Besitzwertes nach der Währungsreform von 1948), die aus den laufenden Einkünften in einen Fonds zur Entschädigung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen eingezahlt wurden. 25 % der erhöhten Vermögensteuer dienten ebenfalls zur Finanzierung des Ausgleichsfonds.
Für den Erfolg des Wiederaufbaues der Bundesrepublik Deutschland war es dringend erforderlich, das Problem der entwurzelten Bevölkerungsteile zu lösen. Man mußte diesen Menschen unbedingt eine neue Lebensgrundlage verschaffen, um eine Radikalisierung der Hei-

matvertriebenen zu verhindern. Wenn man das sog. "Palästinenserproblem" vermeiden wollte, war vor allem die Ghettobildung, Lagermentalität und das Armutsleben ohne Zukunft zu beenden. Alle Vertriebenen sollten auf Dauer wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich eingegliedert werden.
Die Aufnahme und Eingliederung der vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen war ein langwieriger Prozeß, der länger als 20 Jahre dauerte. Die Hauptaufnahmeländer waren zunächst Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Später wurden nach und nach viele Vertriebene in die übrigen westdeutschen Bundesländer umgesiedelt, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und weil man die wirtschaftliche Eingliederung fördern mußte.
Die wirtschaftlichen und sozialen Eingliederungsmaßnahmen waren ohne gezielte Leistungen und Förderungen des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds naturgemäß nicht möglich. Zum Abbau der Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen wurden von denen, die ihr Eigentum ganz oder größtenteils behalten hatten, Sonderopfer in Form langfristiger Ausgleichsabgaben verlangt. Dazu gehörte auch die Erhöhung der Vermögensteuer, die zu 25 % dem Ausgleichsfonds zugewiesen wurde.
Hilfen aus dem Lastenausgleich erhielten nur diejenigen, die in der Lage waren, ihren verlorenen Besitz nachzuweisen. Die Empfangsberechtigten mußten gewöhnlich jahrelang auf eine Entschädigung warten. Die finanziellen Hilfen konnten die verlorenen Vermögenswerte zwar nur zu einem geringen Teil ersetzen, aber sie gaben vielen Ost- und Volksdeutschen wenigstens die Möglichkeit, eine neue Existenz aufzubauen.
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Lastenausgleich" (x051/344): >>Lastenausgleich, Vermögensausgleich zwischen den durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen schwer und den nicht oder wenig getroffenen Bevölkerungsgruppen der Bundesrepublik.
Gesetzliche Grundlage: zunächst das Soforthilfegesetz vom 8.8.49, dann das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14.8.52. Nach dem LAG wurden von den Abgabepflichtigen (natürliche Personen, Körperschaften und Personenvereinigungen) "Ausgleichsabgaben" (bis 1979 Vermögens- und Hypothekengewinn-, bis 1974 Kreditgewinnabgaben) erhoben, die zusammen mit Zuschüssen des Bundes und der Länder einen "Ausgleichsfonds" speisten, aus dem je nach der Höhe des Schadens und gestaffelt nach Bedürftigkeit "Ausgleichsleistungen" an Personen gewährt wurden, die durch Kriegshandlungen, Vertreibung oder Flucht (aus Ostdeutschland, Osteuropa und - ab 1969 - der Sowjetzone bzw. der DDR) oder durch die Währungsreform von 1948 Vermögensschäden erlitten hatten, teils in Form direkter Zahlungen, teils als Renten, Darlehen oder Ausbildungsbeihilfen. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die staatliche Förderung und Unterstützung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/474-476): >>... Der junge Staat Bundesrepublik bediente sich besonders erfolgreich dreier Instrumente, um die Vertriebenen und Flüchtlinge aus ihrer schlimmen Lage, das heißt aus dem Lager, herauszuführen: Kredite, Lastenausgleichfonds und Wohnungsbau.
Der Lastenausgleichfonds zahlte innerhalb von 30 Jahren 128 Milliarden Mark aus; 86 Milliarden an Vertriebene und Flüchtlinge, 26 Milliarden an Bombengeschädigte, 12 Milliarden an geschädigte Sparer, knapp 4 Milliarden an Flüchtlinge aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik.
In jenen ersten Jahren der Bundesrepublik wurde auch erkennbar, daß jede Investition zugunsten der Vertriebenen zugleich den allgemeinen Wiederaufbau, den allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft vorantrieb, also allen Deutschen zugute kam. Die Interessen der Einheimischen und der Vertriebenen wurden deckungsgleich.
Im Jahre 1950 fehlten in der Bundesrepublik noch mehr als 2 Millionen Wohnungen, vor allem für Vertriebene und Flüchtlinge. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer setzte

ein gigantisches Wohnungsbauprogramm in Gang. Es wurde einer der Treibsätze für das deutsche Wirtschaftswunder: die Dynamik, die damals entfesselt wurde, riß erst das Baugewerbe und seine Zulieferindustrie und dann andere Branchen steil mit sich nach oben.
Dies alles hätte nicht ohne die Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit der vertriebenen Arbeiter, Handwerker und Angestellten geschehen können. Sie waren tiefer niedergedrückt worden als andere Deutsche – doch um so stärker war ihr Wille, wieder aufzusteigen. Aus den Zahlen der Statistik läßt sich nicht herauslesen, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge härter am Wiederaufbau gearbeitet haben, als die Menschen, die in Westdeutschland ihre Heimat hatten.
Aber viele von ihnen waren außerordentlich zäh bei der Verfolgung des Ziels, wieder ein sinnvolles Leben zu führen – die vertriebenen Bauern etwa, die Ödland unter den Pflug nahmen, oder wüste Äcker, die von westdeutschen Bauern aufgegeben worden waren, wieder fruchtbar werden ließen.
Der Kieler Universitätsprofessor Friedrich Edding urteilte in einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland:
"Der in der menschlichen Qualität, in Arbeitswillen, Können und Durchsetzungsvermögen der Vertriebenen liegende Wert erwies sich von Jahr zu Jahr als ein für die Wirtschaft positiver Faktor. Die Initiative der Vertriebenen brachte neues Leben in stagnierende örtliche Verhältnisse und Wirtschaftszweige: Zahlreiche neue Betriebe und Produktionen entstanden, andere erfuhren durch die Vertriebenen entscheidende Verbesserungen. ...
Der stark erweiterte Binnenmarkt, dessen Kaufkraft von Jahr zu Jahr wuchs, verminderte das Risiko der Investition und verbesserte die Gewinnchancen jedes Unternehmens ganz außergewöhnlich, die Stückkosten der Produktion zu senken oder relativ niedrig zu halten und damit zugleich eine gute Voraussetzung zu schaffen für die Erweiterung des Exports. ...
Als Resultat aus belastenden und stimulierenden Momenten der Eingliederung hat sich ein Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum ergeben, der sich zwar nicht exakt messen läßt, der aber zweifellos sehr bedeutend ist."
Der materielle Erfolg der Flüchtlinge und Vertriebenen war jedoch kein Ausgleich für die Opfer, die sie bringen mußten. Friedrich Edding: "Vergessen wir nicht den hohen Preis des Unglücks und des viele Jahre dauernden Elends, den die Vertriebenen zu zahlen hatten." ...<<

19.08.1952

DDR: Das ZK der SED gibt der Jugendorganisation "Junge Pioniere" am 19. August 1952 den Namen: Pionierorganisation "Ernst Thälmann" und erteilt ihr die Weisung, "ein treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse" zu sein. Die "Uniform" der Jungen Pioniere besteht aus weißen Hemden und Blusen, einer blauen Hose oder einem blauen Rock sowie einem roten, dreieckigen Halstuch (1.-3. Schulklasse: blaues Halstuch).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (x009/203): >>... Seit dem IV. Parlament der FDJ (1952) ist das Aufnahmealter auf sechs Jahre festgesetzt. ...
Zu jeder größeren Schule gehört ein hauptamtlicher Pionierleiter. Unter den Bezirks- und Kreisverbänden stehen die Freundschaften (für ganze Schulen), Gruppen (für Schulklassen) und Zirkel.
Laut Beschluß des Politbüros der SED vom 8.10.1957 wurden die Jungen Pioniere, deren Arbeit oft nur äußerlicher Drill und Phrasendrescherei ist, im Rahmen der FDJ selbständiger organisiert. Der Zentralrat der FDJ gab den Jungen Pionieren am 10.12.1957 eine eigene Zentralleitung. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Pionierleiter" (x009/328): >>... Der Pionierleiter ist - gebunden an das allgemeine Erziehungsziel der Schule und der FDJ - verantwortlich für die "Pionierarbeit" in der Grundschule.
Er ist gleichberechtigtes Mitglied des Pädagogischen Rates, ist verpflichtet, zu hospitieren (in

Schulen am Unterricht teilzunehmen), "um Einblick in den Leistungsstand der Schüler zu erhalten" (womit er die Möglichkeit erhält, die Arbeit des Lehrers zu kontrollieren).
Die Pionierleiter (Mindestalter 17 Jahre) sind zunächst in Kurzlehrgängen ausgebildet worden. Jetzt ist eine 3jährige Ausbildung an Instituten für Lehrerbildung vorgeschrieben. Die Pionierleiter sollen nach einigen Dienstjahren durch Zusatzprüfungen zu Lehrern befördert werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Pionierecke und Pionierpaläste" in der SBZ (x009/328): >>Von Jungen Pionieren mit Losungen, Fahnen und Wandzeitungsartikeln ausgestattete Ecke oder Wand in Klassenzimmern, die auf die Ziele der Jugendorganisation hinweisen und zur Werbung neuer Mitglieder beitragen sollen. ...<<
>>... Mit hohen Kosten eingerichtete und unterhaltene Häuser, in denen Kinder mit allen Mitteln der Verlockung im kommunistischen Sinne beeinflußt werden.
Pionierpaläste enthalten z.B. Kindertheater, Räume für Arbeitsgemeinschaften, Büchereien, Lesezimmer, Film-, Spiel-, Bastelräume und dergleichen mehr. ...<<
Das Gelöbnis der Thälmann-Pioniere lautet wie folgt (x296/209 L):
>>Ernst Thälmann ist mein Vorbild.
Ich gelobe zu lernen, zu arbeiten und zu kämpfen,
wie es Ernst Thälmann lehrt.
Ich will nach den Gesetzen der Thälmann-Pioniere
handeln,
Getreu unserem Gruß bin ich
für Frieden und Sozialismus immer bereit.<<
Die Gesetze der Thälmann-Pioniere lauten (x296/209 L):
>>Wir Thälmann-Pioniere
lieben unser sozialistisches Vaterland,
die Deutsche Demokratische Republik.
Wir Thälmann-Pioniere
lieben und achten unsere Eltern.
Wir Thälmann-Pioniere
lieben und schützen den Frieden
und hassen die Kriegstreiber.
Wir Thälmann-Pioniere sind Freunde der Sowjetunion
und aller sozialistischen Brudervölker
und halten Freundschaft
mit allen Kindern der Welt.<<
Ein Zeitzeuge berichtet später über den allgemeinen Lebenslauf der "Jungen Pioniere" (x073/-272): >>Als er 9 Monate alt war, brachte ihn seine Mutter jeden Morgen um sechs in die Krippe. Da wurde er versorgt, bis sie ihn nach der Schicht wieder abholte.
Mit 3 ging er in den Kindergarten. Er gewöhnte sich an das Spiel in der Gruppe und wusch sich regelmäßig die Hände.
Mit 6 kam er in die Schule. Die Eltern waren stolz und hatten ihn fein gemacht. Er zeichnete sich durch Pflichteifer und gutes Wissen aus. Bald trug er das rote Halstuch der Thälmann-Pioniere. Einmal im Mai durfte er den Helden der Volksarmee Nelken überreichen.
In der Pionierrepublik tat er sich im Geländespiel hervor.
Mit 14 zur Jugendweihe, wußte er, worauf es ankommt: Liebe zum sozialistischen Vaterland, glühender Haß auf den Klassenfeind.
Das Blauhemd der FDJ trug er mit Stolz, später wurde er Gruppenpionierleiter. Auf einem Solidaritätsbasar sammelte er über 4.000 Mark für die chilenischen Patrioten.
Nach der 10. Klasse wurde er mit Notendurchschnitt 1,3 zur erweiterten Oberschule delegiert.

Mit 16 trat er der "Gesellschaft für Sport und Technik" bei, lernte Kradfahren und war ein ordentlicher Kleinkaliberschütze. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freundschaftsverträge" in der SBZ (x009/141): >>Vereinbarungen zwischen Partnern verschiedener Art, die in erster Linie der politischen Propaganda und Überwachung dienen.

In einem Freundschaftsvertrag ist etwa festgelegt, daß ein Betrieb bestimmte Reparaturarbeiten in einer Schule übernimmt, seine Planerfüllung laufend meldet, Werkvertreter zu den Abschlußprüfungen entsendet, betriebsangehörige FDJ-Mitglieder als Pionierleiter an die Schule abordnet und Geld für Schülerbüchereien, Lehrmittelsammlungen und Schülerfahrten gibt.

Die Schule verpflichtet sich z.B. zu Betriebsbesichtigungen und Kulturveranstaltungen, zu unterrichtlicher Auswertung der Produktionsmeldungen im Hinblick auf den Fünfjahrplan und zu gemeinsamen Demonstrationen mit den Arbeitern.

Vor allem werden auch Truppenteile der Nationalen Volksarmee und der Polizeitruppen von dem Freundschaftsvertragsnetz erfaßt. Die SED ist bemüht, auch hier Patenschaften zu gründen und zu beleben. Im Rahmen solch eines Freundschaftsvertrages, z.B. zwischen einem Stahlwerk und einem Regiment, der auch als Patenschaft bezeichnet wird, werden Delegierte und Schulungsreferenten ausgetauscht, Rekruten betreut, Besichtigungen durchgeführt.

Ferner wird für den betreffenden Truppenteil geworben, treten Spielgruppen auf. Auch Gliederungen der FDJ und anderer Massenorganisationen werden dazu gebracht, einen Freundschaftsvertrag mit je einer Einheit der Volksarmee zu schließen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage berichtet im Jahre 1962 über die "FDJ-Kontrollposten" in der SBZ (x009/125): >>Eine von der SED angefachte Überwachungsorganisation in Betrieben und Verwaltungen aller Art; nach Vorbild der vom Komsomol organisierten Antreiber.

Trat anfänglich unter dem Namen Jugendkontrollbrigaden oder Kontrollposten der Jugend auf. In größeren Betrieben, LPG und MTS, wirkten oft mehrere FDJ-Kontrollposten ...

Das IV. Parlament der FDJ (Mai 1952) legte in der Hauptentschließung fest: "Es sollen zur Unterstützung der Staatsorgane vor allem in den VEB Jugendbrigaden geschaffen werden, die die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen überwachen."

Der Zentralrat der FDJ forderte im August 1952 zur Verstärkung des sozialistischen Wettbewerbs sollten die FDJ-Kontrollposten den Produktionsvorgang, die Arbeitsorganisation sowie den Energie- und Materialverbrauch ständig beobachten und notfalls alarmierend bemängeln.

Die FDJ-Bürokratie beruft sich dabei auf das "Gesetz zur ... Förderung der Jugend" (vom 8.2.1950). In § 3 der 5. Durchführungsverordnung dieses Gesetzes (vom 8.2.1954) heißt es: "Die auf Initiative der FDJ gebildeten Kontrollposten der Jugend ... sind durch die Leitungen der Betriebe der volkseigenen Wirtschaft in ihrer Arbeit zu unterstützen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "FDJ-Schulung" in der SBZ (x009/125): >>Neben der FDJ-Hochschule "Wilhelm Pieck" in Bogensee (nördlich Bernau), den Bezirksjugendschulen und Sonderschulen der FDJ, die sämtliche Internate für die Funktionärsausbildung sind, betreibt die FDJ eine umfassende Schulung.

Seit Anfang 1951 wurde jährlich ein einheitliches "Schuljahr der FDJ" durchgeführt. In den Schulungszirkeln wurden Jugendfragen, so der Komsomol behandelt und der Marxismus-Leninismus gelehrt. Für die erfolgreiche Teilnahme wird ein Abzeichen für gutes Wissen in 3 Stufen vergeben.

Diese FDJ-Schulung stieß auf den Widerwillen und die Gleichgültigkeit der Jugend. Deshalb sah sich der Zentralrat der FDJ im November 1955 genötigt, die Schulung aufzulockern und mit unpolitischen, interessanten Bildungsvorträgen und Diskussionen zu durchsetzen. ...<<

20.08.1952

BRD: Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (am 13. Oktober 1895 im westpreußischen

Kulm geboren, einer der wenigen aufrechten Politikern der Nachkriegszeit, die das Deutsche Reich tatsächlich erhalten wollen) stirbt am 20. August 1952.

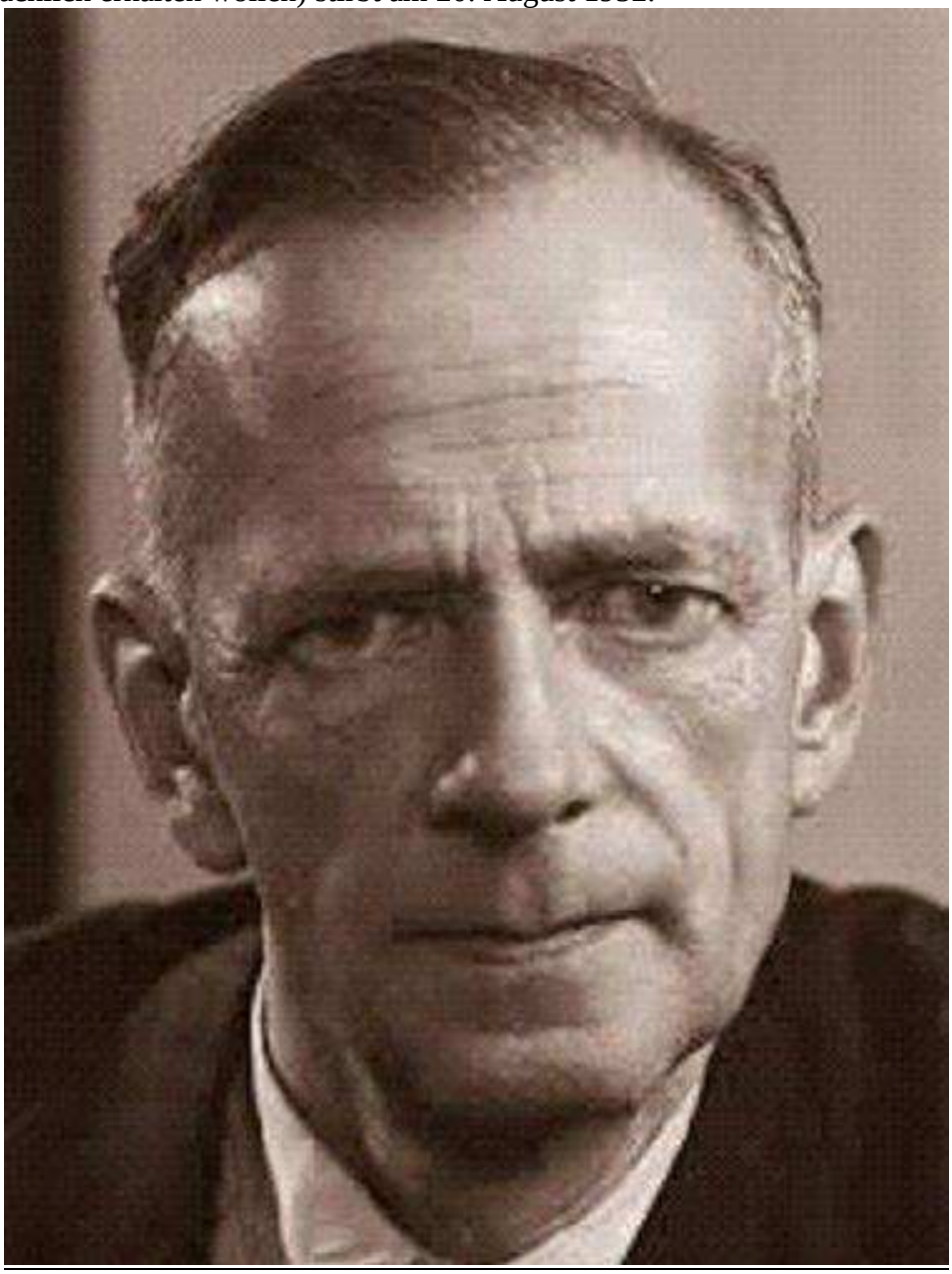

Abb. 81 (x051/525): Kurt Schumacher

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, 1930-1933 SPD-Abgeordneter des Reichstages, von 1933-1945 fast ständig in KZ-Haft, seit Mai 1946 SPD-Vorsitzender, strebte die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und eine freiheitlich-demokratische Verfassung an, ab 1949 SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28.10.2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>**"National sein ist Ehrensache!"**

Kurt Schumacher: In diesen Tagen jährte sich der 105. Geburtstag eines großen Sozialdemokraten

In diesen Tagen jährte sich der Geburtstag von Kurt Schumacher, dem ersten Vorsitzenden der Nachkriegs-SPD. Wenn man sich mit der Person und der Politik Schumachers beschäftigt, dann wird man mit Erschrecken feststellen, wie grundlegend sich die SPD in der historisch minimalen Zeitspanne von nicht einmal zwei Generationen verändert hat.

Dieser Kurt Schumacher, der bedingungslose Feind eines jeden Totalitarismus, gleichgültig, ob von rechts oder von links, dieser leidenschaftliche Verteidiger der deutschen Nation, dieser Preuße, der auch nach einem verlorenen Krieg Rückgrat gegenüber den Siegern bewies und der nicht zuletzt darum mit fast 100 Prozent der Stimmen von den Parteitagsdelegierten zum Vorsitzenden der SPD gewählt worden ist - dieser selbstlose politische Kämpfer soll einmal der Vorgänger von Schröder und Lafontaine gewesen sein?

Kurt Schumacher war Grenzlanddeutscher. Er wurde am 13. Oktober 1895 in Kulm, einer preußischen Kleinstadt in Westpreußen, geboren. Er erlebte den Volkstumskampf und er erfuhr nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, wie die Provinz trotz deutscher Mehrheit von den Siegern Polen zugeschlagen wurde.

Kurz bevor Kurt Schumacher das Abitur ablegen sollte, brach der Erste Weltkrieg aus. Begeistert meldete er sich als Offiziersanwärter beim Feldartillerie-Regiment Thorn, wechselte aber bald als gemeiner Kriegsfreiwilliger zum Infanterie-Regiment 21, um noch rechtzeitig an die Front zu kommen.

Schon am 2. Dezember 1914 wurde er bei Lodz am rechten Arm und am rechten Oberschenkel schwer verwundet. 26 Stunden blieb er auf dem Gefechtsfeld liegen, bevor er gefunden wurde. Der rechte Arm mußte amputiert werden. 1915 wurde er als dienstuntauglich aus dem Heer entlassen, nachdem ihm das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen worden war.

In Halle, Leipzig und Berlin widmete er sich dem Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie und bestand 1919 das 1. juristische Staatsexamen.

Die Eltern, die in dem nun zwangsweise polnisch gewordenen Kulm nicht für Polen optieren wollten, mußten 1920 unter Zurücklassung ihres Besitzes die Heimat verlassen und siedelten ins kleiner gewordene Reich über.

Die Familie war es nicht, die Kurt Schumacher zum Sozialdemokraten werden ließ. Der Vater war wohlhabender Unternehmer und politisch bei den Liberalen engagiert. Es gibt auch kein Zeugnis dafür, daß ihn das Kriegserlebnis ins linke politische Lager gedrängt hätte.

Erst, als er bereits dienstuntauglich geschrieben war, bekannte er sich zur sozial-patriotischen Richtung der SPD und wurde Parteimitglied, 1918 auch Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates. Schumacher trat damals wie auch später für die Parlamentarisierung des Reiches ein und für die Abschaffung des Großbesitzes, sei es in Industrie, sei es im Handel oder der Landwirtschaft, weil er diesen Kreisen eine nicht berechtigte Vorherrschaft in der Politik zuschrieb, eine Vorherrschaft, die sie zum überwiegenden Nutzen ihres Standes mißbrauchten.

Sein Sozialismus war nie marxistisch, auch wenn er das Vokabular des Marxismus verwendete. Der Marxismus war ihm nur eine Methode zur Analyse, nicht aber eine Lehre, die dogmatisch zu befolgen war. Für ihn war es damals bereits eine Selbstverständlichkeit, daß Sozialismus die nationale Unabhängigkeit eines Landes voraussetzt.

Wie der Gründer der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, so bejahte auch Schumacher den Staat als Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen. Er folgte also nicht Marxens Idee, daß am Ende des Sozialismus die Auflösung des Staates zu stehen habe.

Die Revolution als Mittel der Entwicklung lehnte er ab. Nach seiner Ansicht müßten die Sozialdemokraten den Staat mit friedlichen Mitteln langfristig erobern. Produktionsgesellschaften oder -genossenschaften, die er an Stelle des Großbesitzes anstrebte, seien staatlich zu finanzieren. Und kein Sozialismus ohne Demokratie - so sein Credo, das er jahrzehntelang wiederholte.

Bald wurde er Redakteur der in Stuttgart erscheinenden sozialdemokratischen Tageszeitung "Schwäbische Tagwacht". Er ließ darüber die Zeit verstreichen, um seine Promotion, die er längst abgeliefert hatte und die mit dem Prädikat "summa cum laude" benotet worden war, mit einigen gewünschten Korrekturen zu versehen. Nach einer Reihe von Jahren holte er sie nach und konnte dann mit Fug und Recht den Doktortitel führen. 1924 wurde er in den württem-

bergischen Landtag gewählt, 1930 in den Reichstag.
Durch seine außerordentlich scharfen Diskussionsbeiträge verdiente er sich in Stuttgart den Namen der "preußischen Revolverschnauze". Intensiv beschäftigte er sich mit Fragen der Verteidigung; statt einer Berufsarmee, die die Versailler Siegermächte dem deutschen Reich aufgezwungen hatten, bevorzugte er ein Volksheer mit allgemeiner Wehrpflicht, nicht zuletzt, weil eine solche Armee ins Volk und in die Demokratie eingebunden gewesen wäre.
Vehement plädierte er gegen die Einbindung Deutschlands in den Block der Westmächte ebenso wie auch gegen die Anlehnung an die Sowjetunion. Stets stand er für ein souveränes Deutsches Reich, ein Begriff, den er auch nach 1945 ohne jede Befangenheit verwendete.
In scharfen Gegensatz geriet er zu den Nationalsozialisten, deren Partei immer stärker wurde. Bekannt ist sein Zusammenstoß mit dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Joseph Goebbels. Der hatte in einer erregten Debatte die SPD beschuldigt, sie sei die "Partei der Deserteure" im Ersten Weltkrieg gewesen.
Daraufhin brach im Reichstag ein gewaltiger Tumult los - damals galt es noch als schimpflich, im Krieg aus der deutschen Armee desertiert zu sein -, und der schwerkriegsbeschädigte, mit dem EK ausgezeichnete Abgeordnete Dr. Schumacher schleuderte Goebbels, der wegen seines durch einen Unfall verkrüppelten Fußes nicht hatte Soldat werden können, entgegen, die NSDAP-Abgeordneten würden auf einem "Niveau moralischer und intellektueller Verlumpung und Verlausung" kämpfen. Er beendete seinen Beitrag mit dem Satz: "Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen."
Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren." Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden". Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.
Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. Obwohl seine Eltern und Schwestern samt Familien keineswegs seine politische Meinung teilten - sie traten für den Nationalsozialismus ein -, halfen sie dem eingesperrten Sohn, Bruder und Schwager, indem sie Lebensmittel und Kleidung schickten.
Schumacher war in der Bibliothek des KZ Dachau beschäftigt, in der zu seinem Erstaunen auch eine große Zahl von Büchern stand, die im Dritten Reich nicht verboten, aber auch nicht in den Buchhandlungen zu finden waren, wie Werke von Thomas Mann, Lion Feuchtwanger, Karl Kraus.
Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges verfolgten viele Häftlinge - so auch Schumacher - anhand von Wandkarten den Frontverlauf und steckten den Vormarsch der deutschen Truppen mit Fähnchen ab. Daß Schumacher die deutschen Siege mit Begeisterung begrüßt haben soll, bezeichnet sein Biograph Peter Merseburger als kommunistische Propaganda. Tatsächlich aber registrierte Kurt Schumacher die ersten Niederlagen der Sowjetarmee in den Jahren 1941 und 1942 mit Triumph und Genugtuung. Er wie Mithäftlinge drückten ihren Respekt aus über die Leistungen der deutschen Soldaten - wie es damals nahezu alle Deutschen taten.
Schumacher wurde krank. Er litt unter Magengeschwüren und einer Darmkrankheit ... Im März 1943 wurde er aus der Haft entlassen nach Hannover zu seiner Schwester, die ihn aufzupäppeln sich bemühte, bis sie ausgebombt wurde. Schumacher arbeitete im Büro einer Lagerverwaltung, wurde nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 noch einmal für vier Wochen festgenommen, dann freigelassen und erlebte den Einmarsch der Alliierten in Hannover.

Sofort begann er trotz seines schlechten Gesundheitszustandes, die SPD wieder zu organisieren. Sein Ziel: Deutschland soll als geschlossenes Ganzes auch in der Niederlage erhalten werden, wie er formulierte. Die Nation war für ihn Solidaritätsgemeinschaft. Schumacher: "National sein ist Ehrensache!"
An seine alten Ideen knüpfte er an und kämpfte wiederum gegen Großbesitz, der kein politischer Machtfaktor sein dürfe. Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.
Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich, daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.
Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften, der American Federation of Labour, teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen.
1948 mußte ihm ein Bein oberhalb des Knies amputiert werden, ein Schicksal, zu dem er durch sein Kettenrauchen beigetragen hatte. Annemarie Renger war ihm eine treue Gefährtin, die selbstlos dem so schwer Behinderten ermöglichte, noch vier Jahre lang aktive Politik zu treiben, so daß er in Westdeutschland der große Gegenspieler des christdemokratischen Bundeskanzlers Adenauer wurde. Scharf lehnte er dessen Pläne ab, die Bundesrepublik in die anglo-amerikanische Welt der Sieger einzubinden. Das war für ihn die Zementierung der deutschen Teilung, deren Überwindung an der Spitze seiner politischen Bemühungen stand.
Viele damalige Äußerungen und Aktivitäten Schumachers hätten ihm heute den Vorwurf der Rechtsradikalität eingetragen, so als er sich 1950 dagegen wandte, daß die von den Amerikanern in Landsberg wegen angeblicher oder wirklicher Kriegsverbrechen zum Tode verurteilten Deutschen hingerichtet wurden - vergeblich.
Er verwendete sich für den Generalfeldmarschall Kesselring, der von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden war und um dessen Begnadigung Schumacher - mit Erfolg - bat. Schützend stellte er sich vor die Soldaten der Waffen-SS, die er streng unterschied von den KZ-Wachmannschaften. Früh traf sich Schumacher mit ehemaligen hohen HJ-Führern, um deren Motive kennenzulernen und um sie für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen.
Als die Alliierten das Ruhrgebiet internationalisieren wollten und dabei auf ein gewisses Verständnis des ohnehin separatistisch liebäugelnden Adenauer stießen, erklärte Schumacher, die SPD werde der Internationalisierung nur dann zustimmen, wenn darin die Industriereviere aller Staaten eingeschlossen würden.
In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"
"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende

Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"
Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieen sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort.
Als - von der Sowjetischen Besatzungszone ausgehend - die SPD mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei verschmolzen werden sollte, wandte er sich mit aller Kraft dagegen. Stets focht er für deutsche Gleichberechtigung und lehnte alle Maßnahmen der Sieger ab, die die Deutschen benachteiligten. Er wollte, daß die deutsche Frage gelöst werde und daß erst dann über ein Europa freier gleichberechtigter Völker zu verhandeln sei. Für ihn stand die Nation als politisches Ziel an erster Stelle.
Am 20. August 1952 verweigert der so schwer geschädigte Körper dem leidenschaftlichen Politiker den Dienst. Er stirbt und wird nach Hannover übergeführt. Hunderttausende, und nicht nur Anhänger der SPD, säumten den letzten Weg des großen sozialen und nationalen Volksführers.
Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen … verstricken zu lassen."<<

28.08.1952

DDR: Durch Verordnung vom 28. August 1952 wird die Gerichtsverfassung der sogenannten "Verwaltungsreform" angeglichen und zugleich das Rechtsmittel der Revision beseitigt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/151): >>... Die Gerichte sind Organe der einheitlichen volksdemokratischen Staatsmacht (§ 1 GVG).
"Die Gerichte tragen durch ihre Tätigkeit dazu bei, daß in ihrem Bereich die staatlichen Aufgaben erfolgreich gelöst, insbesondere die Volkswirtschaftspläne erfüllt werden" (§ 2 Abs. 2 GVG).
Die Rechtsprechung wird ausgeübt durch Kreisgerichte, Bezirksgerichte und das Oberste Gericht und soll "dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden" dienen (§ 2 Abs. 1, Satz 1, GVG). Die Urteile ergehen "im Namen des Volkes".
Die Richter sollen angeblich "in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen" sein (§ 7 GVG und Art. 127 der Verfassung); tatsächlich ist jedoch weder die persönliche noch die sachliche Unabhängigkeit der Richter gewährleistet. ...<<

01.09.1952

BRD: Das Lastenausgleichsgesetz (Sonderleistungen für Kriegsbeschädigte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge) tritt am 1. September 1952 in Kraft.

10.09.1952

Luxemburg: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichnen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.
In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 heißt es (x243/60):
>>In der Erwägung
DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...
SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<
Nahum Goldmann (1895-1982, von 1951-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) berichtet später in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" über die erfolgreichen Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer (x268/209): >>... Als ich mich am Morgen nach meiner Ankunft zum israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion begab, kam er mir in feierlicher Stimmung entgegen und erklärte:
"Du und ich haben das Glück gehabt, zwei Wunder zu erleben – die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich. Der Unterschied ist nur der, daß ich an das Eintreten des ersten Wunders immer geglaubt habe, bis zum letzten Augenblick aber nicht an das zweite." ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**
Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.
Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.
Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. –
Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.
Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.
Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Grie-

chenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –
Insgesamt betrugen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

13.09.1952

Vatikan: Papst Pius XII. erklärt am 13. September 1952 zur Kollektivschuld für ein Volk oder Völker (x268/44): >>... Was aber die Verantwortung angeht, so erlauben der Aufbau der modernen Staatsmaschine und die fast unentwirrbare Verkettung der wirtschaftlichen und politischen Dinge es dem kleinen Mann nicht, wirksam auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.
Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

20.09.1952

BRD: Otto Nuschke (CDU-Abgeordneter der Volkskammer) erläutert am 20. September 1952 während einer Pressekonferenz in Bonn die Stellung des Staatssicherheitsdienstes (x009/421): >>Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer, er ist eine Behörde eigener Verantwortung. Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. ...<<

24.09.1952

Rumänien: In der am 24. September 1952 verabschiedeten neuen Verfassung der Volksrepublik Rumänien gewährt man den nationalen Minderheiten angeblich wieder alle demokratischen Rechte (x007/180E-182): >>**Die Nationalitätenbestimmungen der Verfassung von 1952**

Die Verfassung der Volksrepublik Rumänien vom 24. September 1952.
Einleitung
...
Die nationalen Minderheiten der Rumänischen Volksrepublik genießen volle Gleichberechtigung mit dem rumänischen Volk. In der Rumänischen Volksrepublik wird der ungarischen Bevölkerung in den Szekler-Bezirken, in denen sie in geschlossener Form ansässig ist, territoriale Verwaltungsautonomie gewährleistet.
Kapitel II. Der Staatsaufbau.
...
Artikel 17.
Der rumänische volksdemokratische, einheitliche souveräne und unabhängige Staat
a) schützt die Unabhängigkeit und die Souveränität des rumänischen Volkes, die Errungenschaften der Werktätigen in Stadt und Land, die Rechte, die Freiheiten und die Macht der Werktätigen gegen die Feinde des werktätigen Volkes;
b) gewährleistet die Festigung und die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes durch die sozialistische Industrialisierung, durch die Beseitigung der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Rückständigkeit, durch die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage der freiwilligen Teilnahme der werktätigen Bauern; ...
h) leitet das gesamte Volksbildungswesen; ...
j) gewährleistet die Entfaltung der Kultur des rumänischen Volkes sowie der Kultur der nationalen Minderheiten, die dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national sind. ...

Kapitel VII. Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger.
... Die Bürger der Rumänischen Volksrepublik haben das Recht auf Bildung.
Dieses Recht wird gewährleistet durch den allgemeinen obligatorischen und unentgeltlichen Grundschulunterricht, durch das System staatlicher Stipendien für gute Studenten und Schüler der Hoch-, Mittel- und Grundschulen, durch die Organisierung der unentgeltlichen Fachausbildung der Werktätigen in den Industriebetrieben, Staatsgütern, Maschinen- und Traktorenstationen sowie in den Kollektivwirtschaften.
Das gesamte Schulwesen ist staatlich.
Der Staat sorgt für die Entwicklung der Wissenschaft, der Literatur und der Kunst.
Artikel 81.
Den werktätigen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist ohne Unterschied von Nationalität oder Rasse volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gewährleistet.
Jede direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte der werktätigen Bürger der Rumänischen Volksrepublik, die Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugung auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Nationalität und jede Äußerung von Chauvinismus, Rassen- oder Nationalitätenhaß oder chauvinistisch-nationalistischer Propaganda werden gesetzlich geahndet.
Artikel 82.
In der Rumänischen Volksrepublik werden den nationalen Minderheiten die freie Benutzung der Muttersprache, der gesamte Schulunterricht in der Muttersprache, die Herausgabe von Büchern und Zeitungen in der Muttersprache sowie eigene Theater gewährleistet. In den Bezirken, die auch von einer Bevölkerung anderer Nationalität als der rumänischen bewohnt sind, werden sämtliche Organe und Institutionen auch die Sprache der betreffenden Nationalitäten mündlich und schriftlich gebrauchen und Funktionäre aus den Reihen der betreffenden Nationalität oder aus den Reihen der Ortsansässigen ernennen, die Sprache und Lebensart der örtlichen Bevölkerung kennen. ...
Artikel 84.
Allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist die Gewissensfreiheit gewährleistet.
Die religiösen Kulthandlungen können frei vorbereitet und ausgeübt werden. Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen wird allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik gewährleistet.
Die Schule ist von der Kirche getrennt. Keine Konfession, Kongregation oder religiöse Gemeinschaft darf allgemeinbildende Lehranstalten eröffnen oder unterhalten. Eine Ausnahme gilt nur für Sonderschulen zur Ausbildung der Geistlichen.
Die Art und Weise der Vorbereitung und der Ausübung der religiösen Kulthandlungen wird durch Gesetz geregelt. ...
Kapitel VIII. Das Wahlsystem.
...
Artikel 94.
Die Wahlen der Abgeordneten erfolgen in allgemeiner Wahl. Alle werktätigen Bürger der Volksrepublik Rumänien, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, ohne Unterschied der Rasse oder der Nationalität, des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses, des Bildungsgrades, des Berufes oder der Dauer der Ansässigkeit, haben das Recht, an der Wahl der Abgeordneten teilzunehmen, mit Ausnahme von Geisteskranken und denjenigen, die durch gerichtliche Entscheidung zum Verlust des Wahlrechts verurteilt worden oder nach dem Gesetz unwürdig sind. ...<<

02.10.1952

DDR: Ein Volkskammergesetz hebt am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten

Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf.
Diese Regelung gilt jedoch nicht für Personen, die "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt wurden.
Am 2. Oktober 1952 wird das Gerichtsverfassungsgesetz erlassen und eine neue Strafprozeßordnung tritt in Kraft.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafverfahren" und "Strafvollstreckung" in der SBZ (x009/429-430): >>Strafverfahren: Das Strafverfahren ist durch die sowjetzonale Strafprozeßordnung vom 2.10.1952 neu geregelt worden.
Neue Begriffe und Institutionen wurden eingeführt, z.B. die Gerichtskritik. In die Bestimmungen über die Zuständigkeit der Gerichte wurde wieder die nationalsozialistische Vorschrift aufgenommen, daß zur Verhandlung und Entscheidung in Strafsachen auch das Gericht zuständig ist, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist (§ 14 Abs. 3).
Hierdurch wird es dem SSD (Staatssicherheitsdienst) möglich, jeden Verhafteten an einem beliebigen Ort aburteilen zu lassen. Ehegatten und nächste Angehörige der Angeklagten dürfen die Aussage nicht mehr verweigern, wenn sie eine Pflicht zur Anzeige hatten, z.B. bei Staatsverbrechen. Dasselbe gilt für Geistliche, Rechtsanwälte und Ärzte. ...
Das in der Verfassung und im § 74 StPO garantierte Recht auf Verteidigung wird dadurch illusorisch gemacht, da der Verteidiger in die Gerichtsakten erst nach Zustellung der Anklageschrift Einsicht nehmen und auch dann erst mit dem in Haft befindlichen Beschuldigten sprechen darf. Eine Haftbeschwerde ist nur einmal und zwar binnen einer Woche nach Erlaß des Haftbefehls möglich. ...
Die Beweisaufnahme soll an sich unmittelbar sein. Es dürfen aber Protokolle der Volkspolizei, des SSD, der Staatsanwaltschaft oder eines Richters über frühere Vernehmungen eines Zeugen oder Mitbeschuldigten schon dann als vollgültige Beweismittel in der Hauptverhandlung verlesen werden, "wenn das Erscheinen des Zeugen in der Hauptverhandlung wegen des damit verbundenen Zeitverlustes unzweckmäßig ist" (§ 207).
"Erklärungen des Angeklagten insbesondere ein Geständnis, die in einem Protokoll über eine frühere Vernehmung enthalten sind, können zum Zwecke des Beweises verlesen werden, soweit es erforderlich ist" (§ 209). Auf diese Weise erhalten vom SSD erpreßte Geständnisprotokolle volle Beweiskraft.
...<<
>>Strafvollstreckung: Der Angeklagte hat gegen ein Urteil nur noch ein Rechtsmittel, die Berufung. Das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft heißt Protest. ... Ein Wiederaufnahmeverfahren, auch zugunsten des Angeklagten, kann nur durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet werden. ...
... Nachdem der Strafvollzug schon seit langem auf die Volkspolizei übergegangen war, wurde 1952 auch die Strafvollstreckung der Volkspolizei übertragen. Die Staatsanwaltschaft ist nicht mehr Vollstreckungsbehörde. Sie überwacht lediglich die Strafvollstreckung. Tatsächlich wird die Staatsanwaltschaft in dieser "Überwachungsfunktion" überhaupt nicht tätig, sondern überläßt alle Maßnahmen und Entscheidungen der Volkspolizei. ...
Organe der Strafvollstreckung sind die oberste Vollstreckungsbehörde (Ministerium des Innern und Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei) und die Vollstreckungsbehörden in den Bezirken. Die oberste Vollstreckungsbehörde vollstreckt die erstinstanzlichen Urteile des Obersten Gerichts und leitet den Vollzug von Todesstrafen ein. ...
Der Verurteilte ist in die seinem Wohnsitz nächstgelegene Strafvollzugsanstalt zum Strafantritt zu laden, wenn er sich in Freiheit befindet. Ohne vorherige Ladung kann ein Einlieferungsersuchen gestellt werden, wenn Fluchtverdacht besteht. Die U-Haft wird vom Tage der

vorläufigen Festnahme an berechnet. ...<<

13.10.1952

UdSSR: Die Prawda berichtet am 13. Oktober 1952 über die Rede des späteren sowjetischen Partei- und Regierungschefs Chruschtschow während des XIX. Parteitages der KPdSU (x191/142): >>... Es lebe der weise Führer der Partei und des Volkes, der Inspirator und Organisator aller unserer Siege, unser Genosse Stalin!<<

15.10.1952

DDR: Die SED-Regierung führt am 15. Oktober 1952 staatliche Notariate ein.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Notariat" in der SBZ (x009/311-312): >>Ein großer Teil der Aufgaben, die die Gerichte innerhalb der "Freiwilligen Gerichtsbarkeit" hatten, ist durch die "Verordnung über die Errichtung und Tätigkeit des Staatlichen Notariats" vom 15.10.1952 den staatlichen Notariaten übertragen worden.

Dazu gehören u.a. alle Beurkundungen und Beglaubigungen, die Nachlaß-, Testaments- und Hinterlegungssachen, die Abnahme von Offenbarungseiden, die Verwahrung von Akten, Büchern und amtlich übergebenen Urkunden eines Notars und alle sonstigen Geschäfte, für die die Notariate bisher zuständig waren.

Die bisher in der SBZ tätigen Notare behielten ihre Befugnisse. Neuzulassungen von Notaren erfolgten aber nicht mehr; die dem "Staatlichen Notariat" neu übertragenen Rechtsangelegenheiten dürfen von den alten Notaren nicht wahrgenommen werden. ...<<

31.10.1952

DDR: Die "Bereitschaftspolizei" wird am 31. Oktober 1952 in "Kasernierte Volkspolizei" (KVP) umbenannt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kasernierte Volkspolizei" (x009/210-211): >>Von Oktober 1952 bis Januar 1956 Tarnbezeichnung für die Armee der SBZ. ...

Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde im Frühjahr 1948 auf Befehl der SMAD als "Bereitschaftspolizei" aufgestellt und seit Januar 1952 nach dem Muster der Sowjetarmee ausgebildet und bewaffnet. Seit Oktober 1952 hatte die KVP, der Sowjetarmee ähnlich, olivgrüne Felduniformen und militärische Rangbezeichnungen.

... Die KVP wurde von Sowjetniks (sowjetische Offiziere, die zur Überwachung der SBZ-Armee abkommandiert wurden) gelenkt, durch Offiziere des Staatssicherheitsdienstes überwacht und erhielt Politschulung im Sinne der SED.

Amtlich bezeichnete man sie seit 1952 nicht als Armee, aber zuweilen als Nationale Streitkräfte. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Politschulung" in der SBZ (x009/331): >>Wichtigster Unterrichtszweig der bewaffneten Kräfte.

Die Politschulung der bewaffneten Organe erfolgt nach einheitlichen Richtlinien der Politverwaltung bzw. der Politabteilung. Alle Waffenträger sollen erfüllt sein vom Geist des proletarischen Internationalismus und vom Haß gegen die "anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten".

Die Politschulung propagiert den Marxismus-Leninismus und dessen Lehre vom Militarismus. Sie bejaht "gerechte Kriege im Sinne Lenins". Gerechte Kriege können, so lehrt es die Politschulung, auch auf fremdem Territorium geführt werden.

Die Politschulung wird wesentlich mitgetragen von den Gliederungen, die SED und FDJ in allen bewaffneten Kräften unterhalten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Politoffizier" in der SBZ (x009/331): >>Oft geänderte Bezeichnung für den in allen bewaffneten Organen tätigen Politkommissar, der neben den Kommandanten und Truppenoffizier gestellt - für die politische Ausrichtung und Durchführung der Politschulung verantwortlich ist.

In der Armee der SBZ steht jedem Kommandeur bis zum Kompaniechef abwärts ein Politoffizier zur Seite. ...<<

02.11.1952

BRD: Der KPD-Parteivorstand beschließt am 2. November 1952 (x299/170): >>... Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.<<

Dieser verfassungsfeindliche Beschluß und andere Gründe führen 1956 zum Verbot der KPD.

04.11.1952

USA: Der Republikaner Dwight D. Eisenhower (1890-1969) wird am 4. November 1952 zum 34. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Dwight D. Eisenhower (x068/293-295): >>... Dwight D. Eisenhower hatte Europa von der Hitlertyrannei mit befreit, die uns freilich die USA mit aufgehalst (hatte). Eisenhower, seine Freunde und Helfer haben fast zweieinhalb Millionen Tonnen Bomben auf Europa geworfen und so schätzungsweise 300.000 deutsche Zivilisten, besonders Frauen und Kinder, ermordet, 780.000 verletzt und verkrüppelt, 750.0000 obdachlos gemacht.

Eisenhower und seine Befehlsempfänger haben deutsche Kriegsgefangene massenhaft verhungern und verdursten lassen, wenn es auch nicht, wie auf kanadischer Seite behauptet, mehr, sondern weniger als eine Million waren - angeblich "nur" 56.000 in US-Lagern zu Tode Mißhandelte; was immerhin Stephen E. Ambrose, Direktor des "Eisenhower Center" an der Universität von New Orleans, zugab, der auch versicherte: "Amerikanische G.I.s und ihre Offiziere waren fähig, fast so brutal wie Nazis zu verfahren."

Nun, fast? Man braucht doch an Hiroshima nur, an Nagasaki, Korea, Vietnam oder den Golfkrieg zu erinnern ... Ja, die Amerikaner praktizierten Nazimethoden, als man die noch gar nicht kannte, als es die Nazis noch gar nicht gab. Als gegen Mitte des 19. Jahrhunderts ein Beauftragter des geschäftliche Expansionen betreibenden Cornelius Vanderbilt in Nicaragua getötet worden war, zerstörten deshalb US-Kriegsschiffe den Hafen von Greytown. Ein Beispiel unter vielen ...

Man denke nicht zuletzt an das Ausrotten der Indianer. Nazimethoden: doch durch diese ganze Geschichte, von Anfang an! Es war auch der Oberkommandierende Eisenhower, der ungezählte - verbündete - Russen, Angehörige jener Armeen, die vor allem den Krieg gegen Hitler gewonnen haben, als "unerwünschte Personen" ihrem Henker Stalin ausliefern ließ.

All dies aber und das doch etwas reichlich blutige Gewerbe des Strategen beiseite, war Dwight D. Eisenhower eine eher schlichte, eher redliche, konziliante Natur, ein echter "Kansas farmer boy". Freilich einer, der es auch verstand, sich umwerben zu lassen. Der etwa, ganz wie die Papstanwärter bis heute, geschickt verbreiten ließ, keinerlei Ambitionen zu haben.

Der es auch von Mal zu Mal verwarf, Präsidentschaftskandidat zu werden, weder der Demokraten noch der Republikaner, oh nein; endlich aber, genug umworben, doch durchblicken ließ, zwar nach wie vor keine Nominierung anzustreben, den Amerikanern aber das Recht einzuräumen, "mich im nächsten Juli vor eine Aufgabe zu stellen, die meinen jetzigen Verantwortungsbereich überschreiten könnte". Auch wenn Eisenhower Gedrechseltes nicht schätzte, kam's nicht schon ganz gut heraus?

Und da ihm sein Heidentum den Weg ins Weiße Haus doch kaum erleichtert hätte, war er immerhin Realpolitiker genug, sich taufen zu lassen, als er republikanischer Präsidentschaftskandidat wurde. Und nach seiner Taufe zögerte er nicht, in einer Rede die Wendung zu benutzen: "Gott, was immer man darunter verstehen mag ..."

Und hatte sich damit ganz ehrlich und korrekt ... ausgedrückt. So wie es seiner und einer Natur eben entsprach, die dem demokratischen Gegner Adlai E. Stevenson, dem Gouverneur von

Illinois, einem brillanten Kopf, intellektuell so gewaltig unterlegen war - schon dies Grund genug, Eisenhower zu wählen.
"I like Ike", plärrten die Massen den lächerlichen Wahlslogan der Republikaner und wählten den jovialen General und Zweiten Weltkriegssieger, wählten ihn mit großer Mehrheit.
Denn wer will sich von einem "egghead" ("Eierkopf") führen lassen (außer allen eggheads - doch eggheads, höhnte Joseph Alson, der Republikaner, wieviele eggheads gibt es schon? Und das schlug sich am Wahlergebnis nieder).
Allmählich aber fiel sein völliger Mangel an eigenen Ideen auf. Kein Wunder, hatte er doch alles, was er konnte, schon im Krieg verpulvert - eine Art Hindenburg in USA. Man vermißte Führungsqualitäten, sollte indes nicht ungerecht sein. War es nicht besser, daß er einst Armeen in den Tod gejagt, statt künftig vielleicht ganze Völker?!
Und ahnten die Massen nicht, daß dieser General genug hatte vom Krieg, und nicht nur, weil er ihnen, mehr als einmal im Wahlkampf, das Ende des Koreakriegs versprach, auch alsbald selber nach Korea flog und über die Schlachtfelder wandelte im Schnee - und vielleicht nicht bloß, weil alle Feldherrn gern auf Blutgedüngtem wandeln, ihrer Hinterlassenschaft? "I like Ike", schrien sie.
Höheren Orts konnte der Präsidentschaftskandidat - er müßte kein Politiker gewesen sein - natürlich ganz anders auftreten und etwa gerade seinerzeit vor dem Senat beteuern, er würde, brächte ihm das in einem Verteidigungskrieg (!) Vorteile, die Atombombe werfen lassen. Wie jeder wahre Politiker vermochte er eben mal so, mal so zu reden; nicht wie es - nur das nicht - die Sache erforderte, sondern die Zuhörerschaft, die Situation. "I like Ike", kreischten die Massen.
"We want Ike", brüllten sie, entzückt von Ike, hell entzückt. Wer einzig und allein Sicherheit will, konnte Ike auch sagen, der soll ins Gefängnis. (Als wären nicht gerade die amerikanischen Gefängnisse die unsichersten der Welt!) Und Ike lächelte breit. Er konnte breiter lächeln als die meisten. Das gefiel den meisten. Und er konnte Golf spielen, er war ein Sportfan.
Hatte er ein Programm?
Aber gewiß. Sein Programm war der Weg genau zwischen den sogenannten Rechten und Linken - unter den Rechten, natürlich. "Das große Problem des heutigen Amerika", sagte er, "ist die genaue Verfolgung des Mittelweges." Wie so viele Vorgänger (und Nachfolger) auf seinem Stuhl liebte er die einfachen, klaren, die goldenen Worte.
Die Regierung nahm ihm weitgehend sein Außenminister ab.
Gott, wofür hat man denn einen Außenminister?!
Sein Außenminister war John Foster Dulles. Er hatte Eisenhower zum Präsidenten und der Präsident ihn zum Außenminister gemacht - ja, Dulles war Außenminister schon, bevor er es wurde: einer der Hauptakteure der Konferenz von San Francisco, der Anführer der antirussischen Front spätestens seit Kriegsende, der Mann, der seine Außenpolitik selber - mit einem Ausdruck kommunistischer Herkunft - "am Rande des Krieges" nannte.
Danach war sie.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Außenminister John Foster Dulles (x068/295-300): >>John Foster Dulles war zunächst Anwalt einflußreicher Banken, großer Aktiengesellschaften sowie mehrerer europäischer und amerikanischer Regierungen. Er leitete die International Nickel Company, eine New Yorker Bank und, in den zwanziger Jahren, die North American Holding Company, die seinerzeit größte amerikanische Holding-Gesellschaft - nicht als Einzige der von Dulles betreuten Firmen gerichtlich belangt, wobei er im letzten Moment abspringen konnte.
Dulles gehörte auch zu den Anwälten der Bank Dillon, Read & Co., die faschistische Kommunen Italiens finanziert und den Vereinigten Stahlwerken in Deutschland anfangs der zwanziger Jahre 125 Millionen Dollar kreditiert hatte. Dulles wurde darauf Generalanwalt der IG-

Farben AG, des größten deutschen Konzerns. Auch vertrat er die Interessen des deutschen Bankhauses von Schroeder in den USA, einer Bank, die durch Hitlers Beziehungen zu Thyssen öffentlich bekannt geworden ist. Und Dulles nahm auch die Interessen des faschistischen Diktators Franco wahr, als dieser von den USA die Freigabe einer beschlagnahmten Summe von zehn Millionen Dollar verlangte.
John Foster Dulles, der mit faschistischen Ideen sympathisierte, war nicht nur der Sohn eines Geistlichen (wie schon sein Vorgänger, Bischofssohn Dean Acheson, den er seit 1951 offiziell beriet), er war auch Mitglied des Vorstands einer religiösen Vereinigung, aus der die Union aller protestantischen US-Kirchen hervorging. Er begünstigte Hitler und hätte viel lieber dessen Sieg über die Russen gesehen als den ihren über ihn. Und er wünschte die Neutralität der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg.
Als Dulles Außenminister wurde, starb Stalin. Ein Schlaganfall am 1. März führte am 5. März zum Tod. Zu seinem Nachfolger hatte er Malenkow nominiert. Im gleichen Jahr wird Innenminister Berija amtsenthoben, wegen Hochverrat verurteilt und hingerichtet. 1955 zwingen Malenkow politische und wirtschaftliche Fehlschläge zum Rücktritt. Jetzt übernimmt das Gespann Chruschtschow/Bulganin die Führung, das die Politik der friedlichen Koexistenz proklamiert. Entstalinisierung, eine gewisse Entspannung deutet sich an. Die Sowjets stimmen auch der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Österreich zu.
Doch während Chruschtschow aus der Sackgasse starrer stalinistischer Machtpolitik heraus - und eine Koexistenzpolitik anstrebt, sieht Dulles darin nur ein Schwächemanöver und dirigiert die westliche Welt in eine neue Sackgasse starrer Machtpolitik hinein.
Dulles war verbohrt und fleißig; eigentlich eine ganz deutsche, eine sehr schlechte Mischung. Als warmer Befürworter der nuklearen "Abschreckung" setzte er anstelle von Trumans Eindämmung sowjetischer Macht das Konzept des atomaren Vernichtungsschlages (massive Retaliation bzw. Vergeltung), wofür es verschiedene Gründe gab, waffen- und truppentechnische, finanzielle, nicht zuletzt aber den schon fast pathologischen Antikommunismus, dem Dulles mit wahrhaft sektiererischem Starrsinn frönte - wie sein Freund Adenauer, der ja gleichfalls geistlichen Kreisen nahe stand, ihnen seinen Stuhl sogar verdankte.
Für die im April 1955 in Bandung tagende Konferenz der 29 neutralen Völker hatte Dulles so wenig übrig wie für die ganze unter der Führung von Nehru, Tito, Nasser stehende Bewegung des "Neutralismus" überhaupt.
"Entwicklungshilfe" wollte er nur jenen Staaten geben, die sich auch klar zur "freien Welt" bekannten.
Am eklatantesten scheiterte er damit in Ägypten bei Nasser, der zunächst Washingtons Wohlwollen genoß, dann aber durch seine Ostkontakte sich mißliebig machte, worauf die CIA an seinem Sturz zu arbeiten begann. Die Verschwörung mißlang, doch zog Dulles am 19. Juli 1956 die amerikanische Assuan-Anleihe an Ägypten zurück, die USA unterbrachen auch ihre langjährigen Getreidelieferungen, führten sie dann zwar zu ungünstigeren Bedingungen fort, setzten Nasser indes unter Druck, stellten politische Bedingungen und drohten ihm schließlich vor Ausbruch des israelisch-arabischen Konflikts mit der Intervention der VI. Flotte, sollte er die Feindseligkeiten eröffnen.
Dulles verkannte die Situation völlig, hielt Nassers Politik für bloßen Bluff und die Sowjetunion zur Gewährung einer großen Wirtschaftshilfe gar nicht imstande. Nasser verstaatlichte darauf am 16. Juli den Suezkanal, um mit den Kanalgebühren selber seinen Staudamm zu finanzieren. Und Dulles entglitt die Führung des Westens, zumal in den Staaten wieder einmal Wahlkampf war. Briten und Franzosen gingen, im Bund mit Israel, militärisch gegen Nasser vor.
Und die Russen nutzten das Durcheinander, um brutal den ungarischen Aufstand niederzuwerfen. Gewalt hier wie dort. Die Geschlossenheit des Westens war angeschlagen, ebenso

seine Glaubwürdigkeit, sein Ansehen. Dulles aber stand als Außenpolitiker Ende 1956 "vor einem Scherbenhaufen" (Angermann).
Instruktiv sind auch die US-Dollarhilfen für den Iran, dessen Erdölvorkommen immerhin (etwa) 13 % der Weltvorkommen ausmachen. Anfang der fünfziger Jahre hatte der Großgrundbesitzer und Führer der "Nationalen Front", Ministerpräsident Mohammed Mossadegh (1951-1953), die Anglo-Iranian Oil Co. verstaatlicht, und am 2. August 1953 erhält er bei einem Volksentscheid nicht weniger als 99,4 % der abgegebenen Stimmen.
Da freilich war ein Staatsstreich fällig. Die USA, stark am Öl des Landes interessiert, schürten die Gegenrevolution, so daß der Schah von Persien, Reza Pahlewi, wieder an die Macht gelangte, gestützt durch die Vereinigten Staaten und geschützt von "Savak", dem damals vielleicht grausamsten Staatssicherheitsdienst der Welt.
Die Schah-Polizei hatte in den vierziger Jahren US-General Schwartzkopf, einer der Hauptagenten der CIA, neu organisiert. Er begünstigte jetzt auch den iranischen Polizeigeneral Zahedi. Und er schürte und führte den Umsturz an, gedeckt durch den Leiter des CIA, Allen W. Dulles, Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa (Bern) während des Zweiten Weltkriegs und besagter Bruder des Außenministers.
Der erste Chef der 1947 gegründeten CIA, Admiral Hillenkoetter, erwies sich als unfähig. Er versagte bei so bedeutsamen Ereignissen wie der Explosion der russischen Atombombe oder dem Ausbruch des Korea-Krieges und trat zurück. Auch sein Nachfolger General Bedell Smith, ein ehrlicher Draufgänger, war dem neuen Geschäft nicht gewachsen. Die Amerikaner erwarten, klagte er, unsereiner müsse Gottes und Stalins Gedanken lesen können. "Sie glauben, man sei imstande zu prophezeien: Nächsten Dienstag um 17 Uhr 32 bricht der Krieg aus."
1953 löste ihn Allen Dulles ab, der jahrzehntelange Erfahrungen im Geheimdienst hatte. Er verstärkte den politischen Einfluß der CIA. Er legte dem Präsidenten Tag für Tag einen streng geheimen Bericht mit den wichtigsten Informationen vor und konnte auch, wann und wo immer es ihm nötig erschien, den Präsidenten durch Privattelefon oder persönlich erreichen. Eisenhower schreibt selbst: "Jeden Tag beratschlagte ich mit den Vertretern des State Departments, des Verteidigungsministeriums und der CIA und las die Berichte unserer Vertreter an Ort und Stelle, die mit den Anhängern des Schahs aktiv zusammenarbeiteten."
Dies aber war vor allem die CIA unter General Schwartzkopf, der den "spontanen Aufstand" organisiert und finanziert und dabei Bestechungsgelder von über zehn Millionen Dollar verteilt hatte, besonders an die Armee. Derart stürzten dann die "Iraner" Mossadegh am 19. August, dem sie doch noch am 2. August mit 99,4 % der Stimmen ihr Vertrauen bescheinigt hatten.
"Während der ganzen Krise", schreibt Eisenhower wieder selbst, "hatte die amerikanische Regierung alles Menschenmögliche zur Unterstützung des Schahs getan." Und während sie dem nun jahrelang eingesperrten Mossadegh vorher jedes Geld verweigerte, gab sie jetzt dem Iran unter General Zahedi - dem eine fingierte Wahl, eine grauenhafte Farce, auch noch den Anschein demokratischer Legalität verlieh - allein im Jahr des Umsturzes annähernd 85 Millionen Dollar, schickte aber in den folgenden Jahren, bis 1961, fast eine Milliarde Dollar.
Und schon 1957 berichtete das Repräsentantenhaus in einer Beschwerde von Hunderten von Millionen Dollar, von denen man "unmöglich" genau sagen könne, "wohin diese Gelder geflossen seien".
Einiges ließ sich doch eruieren. So waren für den Bau eines Staudamms mehrere Millionen Dollar vorgesehen. Alles aber, was dafür geschah, war, daß man "auf dem Papier den Verlauf einer Straße in der Nähe des vorgesehenen Ortes nachzeichnete" - was schon drei Millionen Dollar kostete.
Im Iran saß nun vorläufig General Zahedi im Sattel, seit je ein übler Spekulant, eine "entsetz-

liche Kanaille", so der britische Konsul John Gault, hatte Zahedi doch im Zweiten Weltkrieg insgeheim mit Hitlerdeutschland kollaboriert. Nun schreibt Eisenhower: "Telegraphisch sende ich General Zahedi meine Glückwünsche" und notiert am 8. Oktober seinen Vorsatz, General Zahedi "zugleich finanziell und mit klugen Ratschlägen" beizustehen.
Alles angeblich zur Bekämpfung des Kommunismus, tatsächlich alles wegen des Öls. Der ad hoc getätigte Zusammenschluß der US-Erdöl-Gesellschaften verstieß zwar gegen die Anti-Trust-Gesetze. Doch ein Sondererlaß des Justizministeriums, gestützt "auf die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer nationalen Sicherheit", schützte die Erdölgesellschaften vor gerichtlicher Verfolgung.
Die USA selbst aber schützte John Foster Dulles. In Abkehr von Trumans Containment-Politik, die er als eine rein negative und daher zum Fiasko verdammte Politik ansah, propagierte er seine Strategie des "Roll-back". Die sowjetischen Untermenschen sollten überall, wo es angängig war, zurückgedrängt, die Sowjetunion selbst durch einen ganzen Gürtel von Militärbasen bedroht werden, um sie notfalls atomar zur Strecke bringen und alle Unterdrückten befreien zu können, soweit dann noch vorhanden.
Für diese Politik der Stärke, dies flotte Taumeln "am Rand des Krieges" (on the brink of war) hatte Dulles in einem schöpferischen Anfall die Bezeichnung "Brinkmanship" geprägt. Natürlich wollte Dulles nicht unbedingt Krieg. Im Gegenteil. Wie sein Chef wünschte er herzlich, jedem ein guter Nachbar zu sein jedem, der auch selbst ein guter Nachbar war. Doch die Welt war böse, böse war sie, und das war das Problem.
John Foster Dulles blieb zeitlebens, tief durchdrungen von seiner Mission, um nicht zu sagen seinem Evangelium. Doch obwohl er unerschütterlich und fromm, in bester Absicht ringsum hetzte (auch in des Wortes wörtlicher Bedeutung, denn er besuchte 47 Länder, eine runde halbe Million Meilen dabei im Flugzeug rasend), blieb es bei dem ihm so verhaßten Status quo. Alles aber, was antikommunistisch war und sich einspannen ließ, wurde vor Dulles' Wagen gespannt, wobei man jetzt den Verbündeten statt durch "Wirtschaftshilfe" mehr und mehr durch Militärhilfe beizustehen suchte, damit sie sich, Sinn solcher Hilfe, selber beistehen konnten und nicht alle, eigensüchtig, aus nacktem Egoismus, Hilfe von den selbstlosen USA erwarteten.
Noch ein so korruptes und unfähiges Regime wie das von Tschiang Kai-shek hat Dulles fortwährend aufgewertet, was natürlich den Ausgleich mit Rotchina blockierte. Vor allem aber wurden die einstigen Hauptfeinde, Japan und Deutschland, remilitarisiert.<<

27.11.1952

DDR: Wegen der angespannten Versorgungslage wird am 27. November 1952 der Verkauf von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen an West-Berliner verboten (x009/513).

25.12.1952

BRD: Der Nordwestdeutsche Rundfunk überträgt am 25. Dezember 1952 erstmalig das 1. Deutsche Fernsehprogramm.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 25. Dezember 1952 über den Start des bundesdeutschen Fernsehens: >>**Fernsehen da: Ein neues Zeitalter beginnt**

... Genau eine Stunde und 58 Minuten dauert der erste TV-Abend – mit dabei Irene Koss, Deutschlands erste TV-Ansagerin und Showmaster Peter Frankenfeld.
Die Revolution aus der Röhre kann auf 4.664 genau registrierten Bildschirmen – u.a. von 1.632 Gastwirten, 453 Fabrikanten, 7 Pfarrern, einem Badeanstaltsbesitzer und Bundespräsident Theodor Heuss – empfangen werden.
Ein Fernseher kostet unerschwingliche dreieinhalb Monatslöhne – 1.150 Mark. Die Zuschauer drängeln sich in Kneipen und schauen mit frierenden Füßen in die Schaufenster von Elektroläden. ...<<

31.12.1952

Österreich: Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums sind in der Zeit vom 1. Juli 1947 bis 31. Dezember 1952 insgesamt 18.889 nicht eingebürgerte Jugoslawien-Deutsche in folgende Länder ausgewandert (x006/128E): >>USA (10.421), Frankreich (3.833), Kanada (1.384), Brasilien (2.256), Bundesrepublik Deutschland (638), Großbritannien (260), Argentinien (60), Australien (22) und sonstige Länder (15).<<

1952

DDR: Im Jahre 1952 fliehen 182.393 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Frankreich: Die Zeitung "Le Monde " berichtet im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

1953

> Das Regieren in einer Demokratie wäre wesentlich leichter, wenn man nicht immer wieder Wahlen gewinnen müßte.
> *Georges Clemenceau (1841-1929, französische Politiker)*

04.01.1953

DDR: Das ZK der SED kündigt am 4. Januar 1953 weitere Überprüfungen von Parteimitgliedern an, um die SED zu "säubern".

13.01.1953

UdSSR: Stalin warnt am 13. Januar 1953 vor einem jüdischen "Ärztekomplott".

Stalins Antisemitismus, der immer latent vorhanden war, wurde spätestens ab 1951 zur Manie. Gegen Ende seines Lebens litt Stalin vermutlich unter permanenten Wahnvorstellungen. In dieser von Angst, Mißtrauen und antisemitischer Hetze geprägten Atmosphäre plante Stalin im Jahre 1953 neue "Säuberungswellen" in der UdSSR. Nachdem genügend "eigene Intelligenz" herangereift war, beabsichtigte Stalin, die sowjetisch-jüdische Führungsschicht vollständig zu beseitigen.

"Die "Welt am Sonntag" berichtete z.B. am 6.07.1986: >>... Stalins Geheimdienst ließ Molotows Frau Paulina 1952 ins Arbeitslager deportieren, weil sie Jüdin war. Auch Wjatscheslaw Molotow (1890-1986, seit 1906 enger Mitarbeiter Stalins, ab 1939 sowjetischer Außenminister) stand schon auf der Deportationsliste. ...<<

Die geplanten Säuberungen wurden jedoch durch Stalins Tod im März 1953 verhindert (x025/109).

22.01.1953

DDR: Die Ablieferungsmengen für mittlere und größere Bauern werden am 22. Januar 1953 drastisch erhöht.

Januar 1953

DDR: Das Staatssicherheitsministerium (MfS) übernimmt im Januar 1953 das Kommando über die Transportpolizei.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/289): >>... Um die Vergrößerung der Armee zu erreichen, mußten Regierung und SED immer stärker zu Zwangseinziehungen greifen, die z.T. als Parteiauftrag oder Verbandsauftrag (der FDJ) getarnt wurden. ...

Neben die als KVP auftretende Armee, deren See- und Luftstreitkräfte ausgebaut wurden, traten seit Mitte 1952 zwei militärähnliche Milizen:

1. die der vormilitärischen Ausbildung dienende Gesellschaft für Sport und Technik (GST);
2. die Kampfgruppen der SED.

Bis zum 7.8.1952, an dem der Ministerrat die GST errichtete, lag die vormilitärische Ausbildung bei der FDJ. Sie wurde ihr entzogen, da sie organisatorischer Mängel nicht Herr wurde und da ihre Mitglieder sich noch allzusehr in pazifistischen Vorstellungen bewegten.
Von militärischer Bedeutung waren ferner die 3 Polizeitruppen:
1. die Grenzpolizei, die seit Mai 1952 nicht mehr dem Innen-, sondern dem Staatssicherheitsministerium (MfS) unterstand;
2. die Transportpolizei, seit Januar 1953 ebenfalls dem MfS untergeordnet;
3. die Wachverbände des MfS. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Parteiauftrag" in der SBZ (x009/319): >>Auftrag mit Befehlscharakter an Mitglieder einer bolschewistischen Organisation. besonders wichtiges Mittel zur Durchsetzung von Parteibeschlüssen in Verwaltung, Wirtschaft, Massenorganisationen usw.
Es gibt aber auch Parteiaufträge, die lediglich der "bolschewistischen Festigung" der Mitglieder dienen und sie zu aktiver Parteiarbeit heranziehen sollen. Parteiaufträge werden von den Leitungen mit festen Terminen an die Mitglieder vergeben.
Parteiaufträge werden u.a. erteilt zur Bespitzelung von Arbeits- und Studienkollegen sowie zur Werbung für die nationale Volksarmee. Auch die SED-Mitglieder, die Anfang 1960 die Kollektivierung durchsetzten, erhielten Parteiaufträge.
Ablehnung des Parteiauftrages oder Nichterfüllung bedeuten Verletzung der Parteidisziplin. ...<<

18.02.1953

Berlin: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (8/1953) berichtet am 18. Februar 1953 über das Schicksal der Sowjetzonen-Flüchtlinge: >>**Reine Torschlußpanik**
Fluchtabwehr-Kommissar Eisler fährt jetzt von Großstadt zu Großstadt, um der unzufriedenen Bevölkerung die Fluchtgedanken auszureden: ... "Es wird allen Flüchtlingen gehen wie ihren Vorgängern, den russischen Kulaken, Spionen und Schiebern. Sie werden in den Bordellen, Zuchthäusern und Fremdenlegionen Westeuropas enden. Ruhelos werden sie von Elendsquartier zu Elendsquartier immer weiter westwärts wandern."
Die SED-Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: "Kehrt zurück!
Alle, die unüberlegt gehandelt haben, können und sollen zurückkehren. Unsere Behörden werden bei der Ausstellung neuer Zuzugsgenehmigungen großzügig sein."
"Wir sind doch nicht verrückt", tippte sich (der ostpreußische) Bauer Eduard Modekat auf die breite Stirn, als er im Notaufnahmelager am Westberliner Salzufer von diesem angeblichen Generalpardon erfuhr. "Wer einmal auf der Flucht ist, kann nicht wieder umkehren."
... Notaufnahmelager am Westberliner Salzufer. Hier kampieren 1.500 Menschen in einer ehemaligen Fabrik.
Es gibt 77 solcher Aufnahmelager auf der Insel Westberlin; manche beherbergen soviel Menschen, wie ein Marktflecken in Vorpommern Einwohner hat. Es kribbelt in den mehrstöckigen Fabrikgebäuden wie in den Waben eines Bienenkorbes. Wer als politischer Flüchtling anerkannt wird, das sind etwa 70 % der Geflüchteten, darf hoffen, bald nach Westdeutschland ausgeflogen zu werden.
Bauer Modekat will viel weiter fliegen: er will in die Weizengegend ... nach Kanada. ... So weit spannt sich im Extrem der Bogen der großen Ost-West-Wanderung, die seit 1945 kein Ende findet.
2 Millionen Menschen sind binnen 7 Jahren aus der Sowjetzone nach Westdeutschland übergelaufen. ...
"Die Sowjetzonen-Machthaber schoben systematisch die unsicheren Kantonisten und sog. Klassenfeinde aus dem Bürgertum, die sie nicht alle einsperren konnten, ab. Es kam aber auch viel menschlicher Schrott und ein großer Teil sozialen Gepäcks - Alte, Kranke, Krüppel." ...

Ministerialrat Senteck schüttelte oft den Kopf: "Wir sind doch keine Pensionskasse."
Die Fluchtwelle lief synchron mit den Maßnahmen des SED-Politbüros zur Umschichtung der Gesellschaftspyramide, entsprechende dem ökonomischen Strukturwandel (Zerschlagung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung der Großbetriebe und des Handels) nach Jahresplänen. ...
Mit den Bauern flüchten viele Landarbeiter, selbständige Handwerker, flüchten Industriearbeiter und flüchten in zunehmendem Maße seit Wochen die "Garanten der Zukunft", die so intensiv geschulten und dennoch ablehnenden Jugendlichen. ...
"Es ist reine Torschlußpanik", deutet der Leiter des Notaufnahmeverfahrens, Dr. Zimmer, die neue Welle. "Die Menschen fürchten, daß ihnen in kurzer Zeit auch der letzte Fluchtweg aus der DDR verriegelt wird, nachdem bereits im vergangenen Jahr längs der ganzen Zonengrenze von Travemünde bis Hof eine dichtbesetzte breite Sperrzone angelegt worden ist." ...
Wie aber will der überfüllte Westen mit seiner konjunkturellen und strukturellen Arbeitslosigkeit den permanenten Menschenzustrom verkraften? Täglich spülen die Züge aus der Sowjetzone weitere 1.000 bis 1.500 Menschen vor die Tore Westberlins. ...
Senator Bach trommelte: "Berlin ertrinkt in einer infektiösen Flut", bis er die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer soweit hatte, ... monatlich etwa 30.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Damit glaubt Senator Bach, endlich auch die nicht anerkannten "ewigen Flüchtlinge" langsam loszuwerden. Sie vagabundieren z.T. schon jahrelang in Westberlin.
"Zurück in die Sowjetzone will keiner, obwohl diese Menschen hier fast rechtlos sind (kein Arbeits- und Wohnrecht besitzen) und von einer sehr schmalen Sozialunterstützung leben. Ruhelos wandern sie durch die hellerleuchteten Geschäftsstraßen der Stadt und bleiben vor den lockenden Schaufenstern der Luxusläden stehen. Ist es ein Wunder, wenn sich der Neid in ihnen regt?
Viele der Nichtanerkannten nächtigen in Ruinen und Wartesälen. Sie nehmen in der Stadt der 300.000 Arbeitslosen Schwarzarbeit zu jedem Tarif an, und aus mancher FDJ-Aktivistin oder sowjetzonalen Arbeitsmaid wurde sehr bald ein "Fräulein".
Wieviel "illegale Flüchtlinge" Westberlin beherbergt, weiß niemand ganz genau. ...
Auch Bundeskanzler Adenauer kam nach Westberlin, um das Flüchtlingselend nahebei zu besehen und den deutschen Brüdern und Schwestern im Osten das stereotype "Haltet aus!" zuzurufen. Er schreckte sie aber mit der Tatarennachricht, die Russen würden demnächst Mongolen und Chinesen in der DDR ansiedeln und die deutschen Menschen samt und sonders nach und nach verdrängen. ...
Den meisten Anklang bei den Sowjetzonen-Bauern fand Kanadas Botschafter Davis. Er bemüht sich, ihnen das Tor zu unerschlossenen Weiten seines Heimatlandes aufzustoßen. ...
Die Flüchtlinge haben inzwischen gemerkt, daß sehr stark sortiert wird. Familienväter mit mehr als einem Kind haben keine Chance. Wer angenommen wird - hauptsächlich junge Leute -, wird kostenlos verfrachtet, muß sich aber verpflichten, mindestens ein Jahr in der Landwirtschaft zu arbeiten. ...<<

25.02.1953

DDR: Interzonenreisende aus der SBZ müssen ab 25. Februar 1953 ihren Personalausweis abgeben. Sie erhalten vorübergehend einen Interzonenpaß.

26.02.1953

DDR: Der Ministerrat beschließt am 26. Februar 1953 die Festlegung einer staatlichen Preispolitik.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Preispolitik" in der SBZ (x009/335): >>Die freie marktmäßige Preisbildung wurde in der SBZ ersetzt durch die autoritäre Preisfestsetzung. ...
Die staatliche Preispolitik erstreckt sich auf folgende Funktionen: Abstimmung des Lohnfonds mit dem Warenfonds, Lenkung des Konsums in die von der obersten Planungsbehörde

gewünschte Richtung, Förderung des technischen Fortschritts, Selbstkostensenkung, Beschleunigung der Warenzirkulation, Anreiz zu besserer und vermehrter Produktion.
Mittel dazu ist die sog. wirtschaftliche Rechnungsführung im Rahmen des Plankontrollsystems. Eine besondere Rolle spielen dabei die Produktions- und Dienstleistungsabgabe und die sonstigen Verbrauchssteuern auf Konsumgüter, durch die viele Preise wesentlich erhöht werden.
Andererseits muß der Staatshaushalt auch erhebliche Mittel aufwenden, um Differenzen zwischen Produktionskosten und den zugelassenen Inlandspreisen auszugleichen.
Es wird angestrebt, im Bereich der Produktion "je Produkt und Qualität einheitliche Festpreise" zu bilden. ... Diese Festpreise dürfen von "volkseigenen" und ihnen gleichgestellten Betrieben weder unter- noch überschritten werden, während die gleichen Preise für Privatbetriebe lediglich Höchstpreise sind. Um bei der Festsetzung von Preisen eine allgemeine Preisbewegung zu verhindern, darf eine Überwälzung von Preiserhöhungen auf die nachfolgenden Wirtschaftsstufen nicht vorgenommen werden.<<

27.02.1953

BRD: In einem deutsch-amerikanischen Abkommen verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland am 27. Februar 1953 zur teilweisen Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe (Marshall-Plan).
In den folgenden 30 Jahren sollen 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/-156).

Großbritannien: Im Londoner Abkommen einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.
Die deutsche Bundesregierung übernimmt als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigt 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden werden erlassen (x089/313).
Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg werden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).
Das "Universal Lexikon" berichtet später über das "Londoner Schuldenabkommen" (x848/...):
>>Londoner Schuldenabkommen, das am 27.2.1953 auf der Grundlage der Londoner Schuldenkonferenz (Londoner Konferenzen und Vereinbarungen) geschlossene Abkommen über die deutschen Auslandsschulden.
Es enthält multilaterale Vereinbarungen über die deutschen Vorkriegsschulden zwischen der Bundesrepublik_Deutschland (als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches) und den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz u.a.; die bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als 90 % der Forderungen.
Über die Nachkriegswirtschaftshilfe wurden zwischen den Gläubigerländern (USA, Großbritannien, Frankreich und Dänemark) und der Bundesrepublik zweiseitige Rückzahlungsverträge abgeschlossen. Die Vorkriegsschulden hatten den Gegenwert von 13,5 Mrd. DM (Goldbasis); davon wurden 6,2 Mrd. DM erlassen. Ebenso wurden die Nachkriegsverpflichtungen im Gegenwert von 16 Mrd. DM auf 7 Mrd. DM gekürzt. Diese reduzierten Beträge bilden die Basis für die Berechnung der jährlichen Tilgung und Zinszahlung.
Die Zinszahlungen (jährlich 567 Mio. DM) wurden am 1.4.1953, die Tilgung (jährlich 198 Mio. DM) am 1.4.1958 wieder aufgenommen. Die Fälligkeitstermine der Anleihen wurden zum Teil bis 1994 hinausgeschoben. Die vom Bund zu bedienenden Auslandsanleihen des Deutschen Reichs (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Kreuger-Anleihe) entsprechen rd. 25 % der deutschen Vorkriegsschulden.

Weiterhin behandelte das Abkommen private Anleihen, Stillhalteschulden sowie Forderungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und privaten Kapitalverkehr.
Das Londoner Schuldenabkommen förderte die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik, schuf die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Auslandsvermögens und war unabhängig von der etwa gleichzeitig mit Israel getroffenen Vereinbarung über eine Gesamtleistung der Bundesrepublik Deutschland von 3,5 Mrd. DM in Sachlieferungen.
Die Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen sind durch vorzeitige Schuldentilgung im Wesentlichen seit 1980 erfüllt. (Reichsschulden).<<
Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtet später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... In den Jahren der Weimarer Republik flossen erhebliche Mengen Kapitals aus dem Ausland nach Deutschland. Das führte nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur zu den sprichwörtlichen "goldenen zwanziger Jahren", sondern vor allem zur Stabilisierung der Macht der Konzerne, ihrer Profite und des deutschen Rüstungspotentials.
Die im Zuge mehrerer Anleihen vom Deutschen Reich, vom Staat Preußen und öffentlichen Körperschaften aufgenommenen Kredite waren bis 1939 nicht zurückgezahlt. Während des Krieges erfolgten keine Rück- oder Zinszahlungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten zunächst auch keine Zahlungen.
Das Reich existierte nicht mehr, es gab keine deutsche Stelle, die hätte Tilgung oder Zinszahlung vornehmen können. Als die Adenauer-Regierung nach Gründung des westdeutschen Separatstaates den Anspruch auf Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, blieb es der Bonner Regierung vorbehalten, diese Auslandsschulden samt Zinsen zu übernehmen.
Bundeskanzler Adenauer erkaufte sich die Legitimation seiner Regierung in der westlichen Welt durch die Übernahme aller Auslandsschulden des Deutschen Reichs aus der Vorkriegszeit.
Die Hohe Kommission der drei Westmächte forderte am 23. Oktober 1950 die Bundesregierung schriftlich auf, formell die Haftung für die Auslandschulden des früheren Deutschen Reichs zu übernehmen. Dem Schreiben war der Entwurf einer entsprechenden Schuldenerklärung der Bundesrepublik beigefügt. Änderungen am Wortlaut seien nicht erwünscht.
Die Westmächte wollten möglichst schnell per Notenwechsel die Zusage auf Schuldenübernahme. Auch Adenauer wollte dies rasch erledigt haben. Allerdings gab es auf deutscher Seite, selbst in der CDU-Führung und bei der Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank, Widerstand gegen Vorgaben der Alliierten. Strittig war nicht die pauschale Zusage zur Schuldenübernahme, sondern waren Verfahrensfragen.
Nach vielen Verhandlungen kam es schließlich am 6. März 1951 zum gewünschten Notenaustausch und der weitgehend von den Hohen Kommissaren auf dem Bonner Petersberg formulierten Schuldenerklärung.
Darin hieß es: "Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet, einschließlich der später zu Verbindlichkeiten des Reiches zu erklärenden Schulden anderer Körperschaften, sowie für die Zinsen und anderen Kosten für Obligationen der österreichischen Regierung, soweit derartige Zinsen und Kosten nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind."
Im weiteren brachte die Bundesregierung "ihren Wunsch zum Ausdruck, den Zahlungsdienst für die deutsche äußere Schuld wieder aufzunehmen".
Die Erklärung erstreckte sich auch auf die Nachkriegsschulden aus der westlichen "Wirtschaftshilfe" für Westdeutschland. Entscheidend aber war, daß die Bundesrepublik, die den Anspruch der alleinigen Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, juristisch die Verantwortung für dessen Auslandsschulden tragen wollte. ...
Die Arten und die Höhe der zu begleichenden Schulden, Zahlungs- und andere Modalitäten

wurden dann auf der Londoner Schuldenkonferenz ausgehandelt. Verhandlungsführer seitens der Bundesrepublik war der Adenauer-Intimus Hermann Josef Abs, zuvor eine der wesentlichen Figuren innerhalb der monopolkapitalistischen Strukturen des deutschen Faschismus.
Nach diversen Vorverhandlungen begann am 28. Februar 1952 die Hauptkonferenz zur Regelung der deutschen Schuldenfrage. Es ging darum, die Begleichung der öffentlichen Verbindlichkeiten des "Reichs", auch der privaten Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit, zu regeln; darüber hinaus um die Rückzahlung der nach dem Krieg in die Westzonen und Bundesrepublik geflossenen Kredite sowie um den Ausgleich für die Aufwendungen Dänemarks bei der zeitweiligen Aufnahme von deutschen Flüchtlingen nach Kriegsende.
Bei den zur Debatte stehenden Schulden handelte es sich nicht um Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg. Reparationen waren bis 1932 abgezahlt bzw. die Siegermächte hatten, nach wiederholten Neufestlegungen der Höhe und Zahlungstermine, die Beendigung von Reparationszahlungen auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932 hinnehmen müssen.
Nun ging es darum, jene Kredite aus der Zeit der Weimarer Republik abzuwickeln, die z.B. im Zusammenhang mit dem Dawes- und dem Young-Plan, teilweise durch mehrere Stillhalteabkommen gestundet, im Krieg nicht bedient und getilgt worden waren, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen.
Natürlich war die Bonner Verhandlungsdelegation bemüht, die Höhe der zu begleichenden Altschulden möglichst niedrig anzusetzen. Die am 15. März 1945 von der damaligen Reichsschuldenverwaltung im Reichsanzeiger angegebenen (nach den seinerzeitigen Börsenkursen) 1.341,8 Millionen Reichsmark konnten nicht gelten. Auch setzte man darauf, daß die ausländischen Gläubiger die Hoffnung auf volle Rückzahlung längst aufgegeben hätten. Schließlich sollte ein Zahlungsmodus ausgehandelt werden, der den wieder erstarkenden Konzernen in Westdeutschland genehm war.
Eine bedeutende Rolle spielte das Argument, daß die Bundesrepublik wegen erheblicher "Gebietsverluste" nur begrenzt Zahlungsfähigkeit besäße, daß "wichtige Reichsteile weiter abgetrennt" seien (Hermann Josef Abs). Die territoriale Beschränkung der Herrschaftsgewalt der Bundesregierung müsse berücksichtigt werden. Adenauer hatte schon in der Schuldenerklärung vom März 1951 hierauf verwiesen, und die Westmächte hatten dies in ihrer Antwortnote auch ausdrücklich bestätigt.
Im Ergebnis der mehrmonatigen Verhandlungen wurden als Gesamtverbindlichkeit der BRD 13,73 Milliarden DM vereinbart. Die Vorkriegsschulden wurden auf 7,3 Milliarden DM festgesetzt. Für diese Schulden waren auch die Zinssätze reduziert worden.
Abs erklärte auf der abschließenden Sitzung der Hauptkonferenz am 8. August 1952, die deutsche Seite habe gewiß nicht die Absicht verfolgt, "von lästigen Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit freizukommen". Es sei ihr um die Erfüllung der vertraglichen Rechte, nicht um die billigste Lösung gegangen. ...
Das mit seinen Einzelverträgen, Anhängen und Anlagen mehrere hundert Seiten umfassende Londoner Schuldenabkommen wurde schließlich am 27. Februar 1953 unterzeichnet.
Neben dem Abkommen über die deutschen Auslandsschulden wurden die Ansprüche der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus der an Westdeutschland geleisteten Nachkriegswirtschaftshilfe geregelt sowie zwei weitere spezielle Abkommen zwischen der BRD und den USA getroffen. Zuvor war mit Dänemark die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1949 vereinbart worden.
Das Londoner Schuldenabkommen über deutsche Auslandsschulden trägt die Unterschriften von BRD, USA, Großbritannien und Frankreich (Signatarstaaten) sowie 15 weiterer Staaten - von Belgien über Ceylon, Liechtenstein, Luxemburg und Pakistan bis Südafrika, um nur einige zu nennen. 70 westliche oder neutrale Staaten waren eingeladen, sich dem Abkommen anzuschließen, "Ostblockstaaten" waren nicht dabei.

Nach Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden durch die vier Signatarstaaten trat das Abkommen am 16. September 1953 in Kraft.
Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg.
In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.
Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".
Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.
Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen.
Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten".
Im Hinblick darauf, daß die noch zurückzuzahlenden Kredite in der Weimarer Republik dazu gedient hatten, die deutsche Wirtschaft - und das hieß, die Konzerne für neue Profite und ihr Rüstungspotential - zu stärken, betonte er, daß das deutsche Volk nichts zu tun haben will "mit der Rückzahlung von Rüstungsgeldern, die in den zwanziger Jahren den Krupp und Thyssen zur Vorbereitung des Krieges geleistet wurden".
Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern".
"Dieser Neubeginn fällt zeitlich zusammen mit dem Zeitpunkt, in dem sich Deutschland anschickt, seine Souveränität wiederzugewinnen und sich in eine neu zu schaffende europäische Ordnung als gleichberechtigter Partner einzufügen", so der Abgeordnete Hermann Kopf.
Die zweite und dritte Lesung ging am 2. Juli 1953 nur mit Schwierigkeiten über die Bühne. Das Abkommen mit Frankreich wurde zunächst mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Mit einem Trick erwirkte man eine Wiederholung der Abstimmung, die dann eine Zustimmung brachte. Damit war auch das ganze Gesetzeswerk "gerettet". Frankreich und Großbritannien hatten bereits ratifiziert.

In den USA dauerte es noch, weil im Senat ziemliche Unkenntnis über die Situation in Europa herrschte und offenbar das Abkommen einigen Senatoren als zu großzügig gegenüber den Deutschen erschien. Letztlich aber waren in den USA politische Motive ausschlaggebend, die BRD nicht zu sehr mit Schulden zu belasten.
Ein ausgepowertes, wirtschaftlich am Boden liegendes Deutschland wäre "der sicherste Weg, die Deutschen in die Arme der Russen zu treiben", resümierte der Leiter des Senatsausschusses für Außenpolitik, Alexander Wiley. ...
Dank Marshall-Plan und der Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard ("Wirtschaftswunder") beim Wiederaufbau nach den katastrophalen Kriegszerstörungen gelang es der BRD entgegen aller pessimistischen Prognosen relativ problemlos, die in London festgesetzten Zahlungen zu leisten - bis auf einen als "Schattenquote" geführten Rest von etwa 250 Millionen DM. Begünstigend war, daß die Sätze der rückständigen Zinsen im Abkommen von sieben auf fünf Prozent (Dawes-Anleihe) und von 5,5 auf 4,5 Prozent (Young-Anleihe) bzw. von sechs auf vier Prozent (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe genannt) gesenkt worden waren.
Die vorrangig zu bedienenden Nachkriegsschulden waren bis 1961 (Großbritannien und Frankreich) bzw. 1966 (USA) abbezahlt. Die durch die früheren Stillhalteabkommen gestundeten Beträge wurden schon bis Ende 1954 gezahlt. Bis Ende 1960 war mehr als ein Drittel der Vorkriegsschulden abgegolten. Bis 1980 waren alle festgelegten Zahlungspflichten erfüllt (1969 war die Dawes-Anleihe, 1980 die Young-Anleihe fällig geworden). Offen war noch die "Schattenquote". Das waren die Zinsforderungen aus den bereits zurückbezahlten Anleihen für die Zeit vom 8. Mai 1945 bis 1952, insgesamt etwa 250 Millionen DM.
Der damalige Vizekanzler Franz Bücher (FDP) wollte für diese Zeit bis zum Beginn der Schuldenkonferenz eigentlich gar keine Zinsberechnung, weil in dieser Periode die Alliierten die politische Macht ausübten, den Deutschen deshalb keine Versäumnisse anzulasten seien. Aber in den Verhandlungen wurde entschieden, diese Zinsforderungen als "Schattenquote" bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auszusetzen. Damit sollte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Bonn nicht über ganz Deutschland regierte. ...<<

28.02.1953

BRD: Eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert am 28. Februar 1953 den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

Februar 1953

DDR: Das SED-Regime läßt im Februar 1953 an der Ostseeküste zahlreiche Hotel- und Fremdenheimbesitzer wegen "Wirtschaftsverbrechen" festnehmen ("Aktion Rose").
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aktion Rose" (x009/19): >>Schlagartig im Februar 1953 durchgeführte Aktion an der Ostseeküste.
Innerhalb weniger Tage wurden wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen eine große Anzahl von Hotel- und Fremdenheimbesitzern nach vorangegangener Haussuchung - die meistens keine Ergebnisse brachte - verhaftet und in die Strafanstalt Bützow-Dreibergen verbracht. Hier wurden sie durch Sondergerichte in Schnellverfahren zu Zuchthausstrafen und Vermögenseinziehung verurteilt.
Während die Freiheitsstrafen in vielen Fällen nach einiger Zeit im Gnadenwege erlassen wurden, blieb die Vermögenseinziehung bestehen. Damit waren begehrte Objekte aus Privathand in Volkseigentum übergegangen.<<

UdSSR: Oberstleutnant Konrad Freiherr von Wangenheim (1909-1953, 1936 Olympiasieg mit der deutschen Militarymannschaft) wird im Februar 1953 in einem Lager bei Stalingrad, auf dem Dachboden einer Baracke, erhängt gefunden.
Der deutsche Pfarrer Martin Preuß berichtet später über das tragische Schicksal des großarti-

gen Sportlers und untadeligen Wehrmachtsoffiziers Konrad Freiherr von Wangenheim (x130/-362-363): >>(Februar 1953) … Eines Tages schickte von Wangenheim einen Kameraden mit der Bitte zu mir, sofort zu ihm zu kommen. Ich eilte zu ihm und erfuhr, daß er sich sofort am Lagertor einzufinden hätte. Nach dem Verlauf der vorangegangenen Verhöre und nach Beurteilung der besonderen Situation von Wangenheims war uns beiden klar, daß es wahrscheinlich ein Abschied für immer sein würde.
Auf dem Weg von der Baracke zum Lagertor ergab sich ein seelsorgerisches Gespräch. Konrad von Wangenheim wies ausdrücklich darauf hin, daß er auch in der leidvollsten Lage niemals Selbstmord verüben würde. Tapfer und gestärkt ging er seine letzten Schritte zum Lagertor. Ich war der letzte, der mit ihm gesprochen hatte. …
Kameraden berichteten (im Februar 1953), daß sie den erhängten Leichnam unseres Kameraden (von Wangenheim) hätten begraben müssen. Sie fanden ihn in dem Vernehmungsgebäude außerhalb des Lagers. Sein Kopf sei so zerschlagen gewesen, berichteten die Kameraden, daß er im Augenblick des Erhängens entweder schon tot oder noch besinnungslos gewesen sein müsse.
Es war eingetreten, was auch von Wangenheim befürchtet hatte: Man hatte ihn während des Verhörs erschlagen.<<

05.03.1953

UdSSR: Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) stirbt am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau.
Stalins Tochter Swetlana (1926-2011) schildert später die letzten Stunden ihres Vaters (x080/-394): >>In den letzten 12 Stunden war es bereits klar, daß sich der Sauerstoffmangel vergrößerte. Das Antlitz verfärbte sich, die Gesichtzüge entstellten sich bis zur Unkenntlichkeit, die Lippen wurden schwarz.
In den letzten 2 Stunden erstickte er einfach. ... Die Agonie war entsetzlich, sie erwürgte ihn vor aller Augen.
In einem dieser Augenblicke ... offenbar in der letzten Minute öffnete er plötzlich die Augen und ließ seinen Blick über alle Umstehenden schweifen. Es war ein furchtbarer Blick, halb wahnsinnig, halb zornig, voll Entsetzen vor dem Tode. ...
(Und dann) hob er plötzlich die linke Hand ... und wies mit ihr nach oben, drohte uns allen. Die Geste war unverständlich, aber drohend.<<

07.03.1953

DDR: "Die Neue Zeitung" berichtet am 7. März 1953 über Stalins Tod (x043/523): >>... Wir drucken hier einen Auszug aus der amtlichen Verlautbarung des ZK der KPdSU ab: ...
Liebe Genossen und Freunde, das Zentralkomitee der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet geben mit tiefem Mitgefühl der Partei und allen Arbeitern bekannt, daß am 5. März um 21.50 Uhr (Moskauer Zeit) der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrates und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Josef Wissarionowitsch Stalin, nach schwerer Krankheit gestorben ist.
Das Herz des Genossen und ausführenden des Willens Lenins, des weisen Führers und Lehrers der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Volkes, Josef W. Stalin, hat zu schlagen aufgehört. Stalins Name ist unserer Partei, dem sowjetischen Volk, den Arbeitern der Welt für immer eine Ehre.
Der Tod des Genossen Stalin, des Mannes, der sein ganzes Leben dem selbstlosen Dienst an der kommunistischen Idee widmete, ist ein ungeheurer Verlust für die Partei, für die Arbeiter der Sowjetunion und für die ganze Welt.
Die Nachricht vom Tode des Genossen Stalin wird in die Herzen der Arbeiter, Kollektivbauern, Intellektuellen und aller Arbeiter unseres Vaterlandes, in die Herzen der Soldaten unserer

ruhmreichen Armee und Marine, in die Herzen von Millionen Arbeitern in allen Ländern der Welt tiefes Leid tragen.
In diesen traurigen Tagen schart sich die Bevölkerung unseres Landes noch enger in der großen brüderlichen Familie unter der erprobten Führung der Kommunistischen Partei, die von Lenin und Stalin geschaffen wurde.
Das sowjetische Volk hat grenzenloses Vertrauen und ist mit großer Liebe erfüllt für die Kommunistische Partei, denn es weiß, daß das Gesetz, das die Tätigkeit der Partei diktiert, der Dienst für das Wohl des Volkes ist.
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet appellieren in diesen sorgenvollen Tagen an die Partei und alle Arbeiter des Vaterlandes, sich noch enger um das Zentralkomitee zu scharen.
Der unsterbliche Name Stalins wird für immer in den Herzen des sowjetischen Volkes und der fortschrittlichen Menschheit leben.
Lange lebe die große und alles beherrschende Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin.
Lang lebe unser mächtiges sozialistisches Vaterland.
Lang lebe unser heldenhaftes Sowjetvolk.<<

Abb. 82 (x305/25): Der Leichnam des Diktators Stalin im offenen Sarg – das Volk soll ihm seine Reverenz erweisen.

In der SED-Zeitung "Neues Deutschland" veröffentlicht Johannes R. Becher später folgendes "Stalin-Gedicht" (x043/523):

>>Dem Ewig-Lebenden
Als es geschah
an jenem zweiten März,
Daß leiser, immer ferner
schlug sein Herz,
Da war ein Schweigen
wieder und ein Weinen.
Um Stalins Leben

bangten all die Seinen.

Und als verbraucht
sein letzter Atemzug,
Da hielt die Taube ein
auf ihrem Flug.
Die Völker aber
hatten sich erhoben,
Um an der Bahre
Stalins zu geloben.

Wen so wie dich
die Welt zu Grabe trägt.
Des Herz im Herz
der Völker weiterschlägt.
Begleitet Stalin
vor die rote Mauer!
Erhebt euch
in der Größe eurer Trauer!

Seht! Über Stalins Grab
die Taube kreist,
Denn Stalin: Freiheit –
Stalin: Frieden heißt!
Und aller Ruhm der Welt
wird Stalin heißen!
Laßt uns den Ewig-Lebenden
lobpreisen!<<

Stalins Terrorherrschaft

Stalin war wie Hitler ein Diktator, der buchstäblich über Leichen ging.
Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerteten, forderte die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113). Russische Historiker ermittelten in späteren Studien, daß dem Terror des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).
Nach dem Tod des sowjetischen Diktators Stalin entließ man nach und nach ca. 10,0-12,0 Millionen Menschen aus den sowjetischen Zwangsarbeitslagern. Im Rahmen der sog. "Entstalinisierung" wurde Stalin später wegen seiner "theoretischen und politischen Fehler" öffentlich kritisiert. Die KPdSU verurteilte außerdem Stalins "grobe Verstöße" gegen den Marxismus-Leninismus und den "Personenkult" als sog. "fremde Erscheinung".
Nikita Chruschtschow (seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) gab z.B. am 25. Februar 1956 während des XX. Parteitages der KPdSU bekannt, daß Stalin von den 139 Zentralkomiteemitgliedern, die 1934 gewählt wurden, 98 Mitglieder (70,5 %) liquidieren ließ (x128/47).
Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) erklärt später (x073/64): >>Stalin hielt sich nicht damit auf, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern er zwang anderen seine Ansichten auf und verlangte absolute Unterwerfung unter seine Meinung.

Wer sich ihm widersetzte, ... wurde unweigerlich aus dem Führungskollektiv ausgeschlossen und anschließend sowohl moralisch als auch physisch vernichtet.<<
Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtet später über Stalin (x047/262): >>... Im Großen Vaterländischen Krieg war er Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees, Volkskommissar für Verteidigung, Oberster Befehlshaber der Sowjetarmee. Er leitete das Hauptquartier des Kommandos des Obersten Befehlshabers, war einer der Organisatoren der Antihitlerkoalition.
Stalin spielte eine hervorragende Rolle beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR, bei der Zerschlagung des Trotzkismus und des rechten Opportunismus und bei der Organisation des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg.
Gleichzeitig beging er theoretische und politische Fehler, ließ grobe Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit und Abweichungen von den Leninischen Normen des Parteilebens und des staatlichen Lebens zu. Der Personenkult um J. W. Stalin wurde von der KPdSU als eine dem Marxismus fremde Erscheinung verurteilt. ...<<
Der jugoslawischen Politiker und serbische Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995, jugoslawischer KP-Generalsekretär und enger Berater Titos; ab 1954 wegen Kritik an Titos Kommunismus wiederholt im Gefängnis) schreibt später über Stalin (x073/57, x080/410): >>Bei Stalin war jedes Verbrechen möglich, denn es gibt kein einziges, das er nicht begangen hätte. Mit welchem Maß wir ihn auch messen wollen, ihm wird jedenfalls - hoffen wir, für alle Zeiten - der Ruhm zufallen, der größte Verbrecher der Geschichte zu sein. ...<<
>>... Alles in allem war Stalin ein Ungeheuer, das, während es abstrakten, absoluten und fundamental utopischen Ideen anhing, in der Praxis nur den Erfolg anerkannte und auch nichts anderes anzuerkennen vermochte - Erfolg, Gewalttat, physische und geistige Vernichtung.<<
Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008, erhält 1970 den Nobelpreis für Literatur) berichtete später von 40 Millionen Opfern "des ständigen inneren Krieges der Sowjetregierung gegen das eigene Volk" (x046/174).
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über Stalins Terrorherrschaft (x080/399-400): >>... Vor allem war Stalin von Natur aus grausam. Sein sowjetischer Biograph Wolkogonow "sprach mit Hunderten von Menschen, die Stalin persönlich kannten", und gelangte zu dem Schluß, daß "für diesen Mann Grausamkeit ganz einfach ein unveräußerliches Attribut seines Daseins" war.
Was Stalins persönliche Neigung zu Terror und Tötung angeht, muß man nur einen Blick auf die vorhandenen Quellen werfen. Es trifft zu, daß der leninistische Marxismus in der extremen Gestalt, die er in seinem Denken annahm, die Ausrottung angeblich feindlicher Klassen wie der "Kulaken" notwendig machte.
Doch er ging noch weiter, indem er persönlich Zigtausende von Todesurteilen anordnete und bestätigte. Oft verfolgte er auch Menschen, die ihn bei seinen früheren tyrannischen Akten unterstützt hatten. Und er war zu weiteren Morden entschlossen, so, als Jeschow Anfang 1938 in die Ukraine geschickt wurde, um 30.000 Hinrichtungen zu befehlen, wobei die Auswahl der Opfer dem NKWD vor Ort überlassen blieb. ... Er verhängte nicht nur den Tod, sondern auch die Folter über völlig unschuldige Häftlinge und gab persönliche Anweisungen für ihre Mißhandlung.
Despoten, die Vergnügen im Morden und Foltern fanden, hat es zu allen Zeiten der Geschichte gegeben, und unter ihnen nimmt Stalin eine Vorrangstellung ein. Doch wie sich an seinen Instruktionen für die Folterknechte ablesen läßt, herrschte er nicht nur durch Terror, sondern auch durch Lüge und Betrug, denn der Zweck der Folter bestand darin, falsche Geständnisse zu erhalten. Diese Ziel wurde nicht nur in den Fällen verfolgt, in denen die Beschuldigten in öffentlichen Schauprozessen abgeurteilt wurden, sondern auch dann, wenn die Beschuldigten

ohne öffentliche Verhandlung zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.
Das alles war Teil eines unersättlichen Machtstrebens. Der sowjetische Zukunftsforscher Igor Bestuschew-Lada sieht es so, daß nach "den katastrophalen Fehlschlägen von 1929 bis 1933" selbst Stalin damit rechnete, gestürzt zu werden, und daß "die Logik seines Handelns" einfach in einem "verzweifelten Kampf" bestand, "seine persönliche Macht zu sichern und sie anschließend um jeden Preis zu behaupten ... einem verschlagenen und unbarmherzigen Kampf, bei dem alle Mittel der Täuschung und des Verrats eingesetzt wurden.
... Ein bemerkenswerter ... Vergleich aus der Tierwelt stammt von Maxim Gorki. Als Gorki starb, konfiszierte die Geheimpolizei seine Privatpapiere. ...
Gorki hatte irgendwo gelesen, gelesen, daß ein um das Tausendfache vergrößerter Floh das furchtbarste und gefährlichste Lebewesen wäre. Daran knüpfte er die Überlegung, daß Stalin genau ein solches Wesen war, mit anderen Worten ein Ungeheuer, dessen Durst nach Menschenblut unersättlich war, das zugleich jedoch das Dasein eines Schmarotzers führte. ...<<
Der sowjetische Journalist und Schriftsteller Woldemar Weber berichtet im Januar 1992 über die Opfer des Stalinismus (x037/105): >>Heute ist es eine offizielle Zahl, daß ein Drittel der Bevölkerung in der Stalinzeit umgebracht wurde. 60 Millionen Menschen wurden beseitigt. Man sagt, daß zwischen 1918 und 1956 (etwa) 60 Millionen fehlen, die in den Statistiken nicht mehr zu finden sind. Dazu kommen 28 Millionen wie man heute sagt, die im Krieg umgekommen sind. Das sind zusammen ungefähr 90 Millionen Menschen. Das sind Zahlen, die werden Ihnen heute offiziell gesagt. Wissen Sie, uns setzt nichts mehr in Erstaunen. ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über die Folgen des Stalinismus in der Sowjetunion (x080/408-409): >>... Stalin (setzte) seine ganze Existenz ein, um Illusion und Täuschung hervorzubringen. Fehlschläge wurden in Erfolge umgemünzt. Terror wurde als Demokratie hingestellt. Selbstherrschaft wurde Sozialismus genannt. ...
Es war vor allem diese alles beherrschende Verlogenheit, die selbst nach Stalins Tod die Sowjetunion in einem Zustand der Rückständigkeit, des moralischen Verfalls, gefälschter wirtschaftlicher Daten und einer allgemeinen Verschlechterung hielt, bis in den letzten 10 Jahren die Wahrheit nicht länger unterdrückt werden konnte. ...
Der Zustand der heutigen Sowjetunion ist das unmittelbare Ergebnis von Stalins Denken und Handeln. Wie es ein sowjetischer Schriftsteller von Stalin und Stalinisten sagt: "Am Ende trugen sie den Sieg davon: Sie vernichteten sich selbst und das Volk." ...<<
Der französische Historiker Stéphane Courtois (ehemals militanter Maoist, Professor für Politik an der Universität Nanterre bei Paris) schreibt später im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1999) über Stalin und den Terror in der UdSSR: >>... **Stalin und der Gulag-Staat**
Unter seiner fast 30jährigen Herrschaft stieg die Sowjetunion zur Weltmacht auf. Sein eigenes Volk versklavte der Diktator Stalin und ließ es im Namen des Sozialismus grausam bluten: Allein in der Ukraine starben in einem Jahr Millionen Menschen.
Kein Politiker der Welt hat das 20. Jahrhundert mehr geprägt als Josef Stalin. Churchill und Lenin haben nur fünf Jahre lang die Weltpolitik beeinflußt, Hitler und Roosevelt zwölf Jahre lang, de Gaulle, Gandhi oder Mao haben vor allem die Geschicke ihres eigenen Landes bestimmt. Stalin hingegen war von 1924 bis zu seinem Tode 1953 an der Macht.
Er stieg auf zum absoluten Herrscher über die UdSSR, er hat sein Land in den Rang einer Supermacht gehoben und zum Zentrum eines weltumspannenden kommunistischen Systems gemacht.
Er hat sein Regime, das auf der Abschaffung des seiner Produktionsmittel beraubten Privateigentums, auf Staatsplanung, Terror und der Lüge errichtet war, der gesamten kommunistischen Welt aufgezwungen; es ging erst unter mit dem Zusammenbruch im Jahr 1991.
Das Verständnis Stalins - und man muß ihn verstehen - war lange vernebelt: zu seinen Lebzeiten durch den unwahrscheinlichen Kult, der in der ganzen Welt und oft von erlesenen Geistern

um ihn entfesselt worden war; nach seinem Tod vor allem durch Nikita Chruschtschow, der auf dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1956 in seinem berühmten Geheimbericht der Welt enthüllt hat, was für ein Tyrann und Mörder Stalin gewesen war.
Da es sich dabei um eine politische und ideologische Operation Chruschtschows handelte, die gleichzeitig das Gesicht des Regimes retten und die hartgesottensten Stalinisten im Kampf um die Macht im Kreml schwächen sollte, war die Marschroute klar: Der gute Wladimir Lenin hatte das Regime geschaffen, um der Menschheit das ewige Glück zu bescheren, der böse Stalin hatte die Lehren des guten Lenin verraten.
An diese Fabel zu glauben heißt indes, nichts von einem äußerst komplexen Kapitel der Geschichte zu verstehen. Denn Stalin bleibt ein Rätsel. Wie sollte man sonst verstehen, daß dieser außergewöhnliche Politiker gleichzeitig der größte Verbrecher dieses Jahrhunderts war, der mit Entschlossenheit und nie wankendem persönlichen Engagement über einen langen Zeitraum hinweg Massenmord verübte. Weder Shakespeare noch Dostojewski hätten eine so blutrünstige und perverse Persönlichkeit ersinnen können. Die Realität hat die Vorstellungskraft übertroffen.
Der 1878 (und nicht ein Jahr später, wie meist angegeben) in Gori, Georgien, geborene Josef Dschugaschwili war schon früh ein professioneller Revolutionär, Mitglied der bolschewistischen Strömung der Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Als solcher lernte er Verhaftungen, die Gefängnisse des Zaren und das innere Exil kennen. Er kämpfte im Untergrund, organisierte Arbeiteraufmärsche, die brutal unterdrückt wurden, und auch Überfälle auf Banken und Geldtransporte, um mit der Beute die Parteikasse zu füllen. Von Lenin angeworben, war er von 1912 an dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei "kooptiert", das damals nur acht Mitglieder zählte.
Um die romantische Phase seines revolutionären Kampfes zum Abschluß zu bringen, legte Dschugaschwili sein Pseudonym "Koba", ein Held aus dem georgischen Epos "Vatermörder", ab und nannte sich Stalin, der "Stählerne" - Indiz für seine Entschlossenheit, seine politischen Überzeugungen bis zur letzten Konsequenz in Taten umzusetzen.
Im März 1917 - Lenin war noch nicht nach Rußland zurückgekehrt, und Leo Trotzki trat der Partei erst im Juli bei - war Stalin bereits ein führender Bolschewik in Petrograd, dem Zentrum der Revolution. 1919 war er der einzige, der gleichzeitig dem Politbüro und dem Organisationsbüro des Zentralkomitees, den beiden höchsten Parteigremien, sowie dem Rat der Volkskommissare angehörte. Am 3. April 1922 wurde Stalin Generalsekretär des Sekretariats des Zentralkomitees.
Lenin täuschte sich nicht, als er in seinem "Testament", das er Ende 1922/Anfang 1923 verfaßt hatte, Stalin neben Trotzki als den "herausragenden Führer" der Partei bezeichnete. Und so ist Stalin beim Tod des Parteigründers am 21. Januar 1924 alles andere als ein undurchschaubarer Apparatschik. In über sechs Jahren Revolution und Bürgerkrieg, beim täglichen Kontakt mit Lenin im Kreml - ihre Büros lagen nebeneinander - hatte er hinreichend Zeit, sich mit dem Denken und den Praktiken des Meisters vertraut zu machen.
Im Kampf um dessen Nachfolge scheint Stalin über keine Trümpfe zu verfügen. Er ist 1,62 Meter klein, sein linker Arm verkrüppelt, das Gesicht wie durch einen Schrotschuß von kleinen Pockennarben übersät. Er spricht Russisch mit starkem georgischen Akzent, Schreibstil und rednerisches Talent sind miserabel, seine Fähigkeiten als Theoretiker dürftig. Kümmerlich auch die Bildung - abgebrochenes Studium am Priesterseminar. Und außerhalb Rußlands war Stalin selten gewesen.
Aber er kann sich auf andere Gaben stützen: ungewöhnliche Kaltblütigkeit und Willenskraft, Selbstkontrolle in schwierigsten Situationen, unerschütterliche Festigkeit seiner Entschlüsse sowie eine furchterregende Energie bei der Umsetzung dieser Entschlüsse in die Tat.

Hinzu kommen ein bemerkenswertes Gedächtnis, praktischer Verstand und organisatorisches Talent.
Stalin lebt recht einfach, klebt nicht am Luxus und verfügt, obwohl er viel raucht, über eine eiserne Gesundheit. Üble menschliche Eigenschaften erweisen sich im kommunistischen System als von höchstem Nutzen - Verschlagenheit und List, Begabung für die Intrige, ein immenses Mißtrauen gegen jedermann, Verbohrtheit und die Geduld, auf den richtigen Moment für Rache zu warten. Skrupel und Sensibilität im Umgang mit Menschen sind Stalin unbekannt; er ist grobschlächtig und brutal, unnachsichtig mit seinen Feinden.
Einzelgänger und einsilbig, hegt er Verachtung für Menschen und Menschenleben, seine eigene Familie inbegriffen. Beim Tod Lenins taucht Stalin "lautlos und ohne Eklat aus einer obskuren Vergangenheit und einer banalen Gegenwart auf", so beschrieb es der französische Kommunist Boris Souvarine: Stalin begreift, daß sich ihm die einzigartige Chance zur Ergreifung der Macht bietet, und er geht methodisch daran, sie zu erobern.
Bei Lenins Begräbnis hält er die berühmte Rede:
Genossen! Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlag. Wir sind aus besonderem Material geformt. Wir sind diejenigen, die die Armee des großen proletarischen Strategen bilden, die Armee des Genossen Lenin. Es gibt nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören. Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Einheit unserer Partei wie unseren Augapfel zu hüten. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!
Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Diktatur des Proletariats zu schützen und zu festigen. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir unsere Kräfte nicht schonen werden, um auch dieses dein Gebot in Ehren zu erfüllen! Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Union der Republiken zu festigen und zu erweitern. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!
Ein einziger Stil, ein einziges Programm.
Stalins Feinde der ersten Stunde formieren sich in drei Strömungen: zunächst um Leo Trotzki, dann um Grigorij Sinowjew und Lew Kamenew, schließlich um Nikolai Bucharin, Michail Tomski und Alexej Rykow. Mit taktischem Geschick wird Stalin sich abwechselnd mit den einen verbünden, um die anderen auszuschalten.
Als ersten nimmt er Trotzki aufs Korn. Schon im März 1918, während der Auseinandersetzung um den Frieden von Brest-Litowsk, hat Stalin sich durch seinen brutalen Realismus hervorgetan. Mit "Anpassung an das Schlagwort vom revolutionären Krieg", so stellt er fest, "spielen wir das Spiel des Imperialismus. Die Position des Genossen Trotzki ist keine Position. Es gibt im Westen keine revolutionäre Bewegung, es gibt keine Tatsachen, es gibt lediglich ein Potential, und auf ein Potential können wir nicht zählen."
Im August 1923, als die Komintern einen Aufstand in Deutschland vorbereitet, rechnet Stalin die Erfolgschancen durch und kommt zu dem Schluß, daß ein Scheitern unvermeidlich sei. Schon früh hat er die Strategie der Bolschewisten angezweifelt, wonach die Revolution in Europa die sowjetische Revolution retten würde.
Stalin ist weder Träumer noch Schwärmer, sondern ein fanatischer Realist, der die Kräfteverhältnisse genau abwägt und sich erst festlegt, wenn er sich seiner Sache sicher ist. Das Scheitern der deutschen Kommunisten im Oktober 1923, danach der chinesischen Genossen 1927 überzeugen ihn endgültig, daß es nur einen Weg zur Weltrevolution gibt: die Stärkung der Sowjetunion mit allen Mitteln.
Trotzkis Theorie von der "permanenten Revolution" und Lenins pragmatischem Kleinkapitalismus zur wirtschaftlichen Erholung stellt er seine Idee vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" entgegen. Diese Option dient ihm als Vorwand für seine Politik der beschleunigten

Industrialisierung und der gewaltsamen Kollektivierung der Landwirtschaft, der Errichtung einer modernen Armee und Kontrolle aller Gesellschaftsschichten. Das Monopol der Parteibürokratie auf Macht und Privilegien war gesichert.
Um Trotzki zur Strecke zu bringen, präsentiert sich Stalin als der Wahrer der ideologischen Reinheit, der sich auf leninistische Legitimität beruft; hatte doch der Meister 1921 Fraktionsbildungen verboten und Debatten nur parteiintern zugelassen.
Stalin intensiviert weiter den Mythos von der Einheit der Partei und stellt sich selbst als deren bescheidener Sprecher dar. Meisterhaft manipuliert er die Parteimaschinerie - zuerst wird Trotzki isoliert, nacheinander aus der Regierung, dem Politbüro und schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Durch gezielte Neuberufungen neutralisiert Stalin die Trotzkisten und formt aus seinen Anhängern um Molotow, Ordschonikidse, Kaganowitsch, Kirow und Woroschilow einen wahren Clan.
Kaum ist Trotzki abgelöst, wendet sich Stalin gegen seine Verbündeten von gestern, Sinowjew und Kamenew. Nach dem 14. Parteitag im Dezember 1925 - die Delegierten hat Stalin sorgfältig ausgesucht - werden beide Mitglieder der alten bolschewistischen Garde aus dem Politbüro ausgeschlossen und in Leningrad durch den Getreuen Sergej Kirow ersetzt.
Die UdSSR verharrt nun in einer Phase des Abwartens. Ihre Führer sind uneins zwischen der Absicht, die Bauernschaft mit der Ankurbelung des Handels neue Kräfte sammeln zu lassen, und dem Willen, weiter in Richtung Sozialismus zu marschieren. 1929 entscheidet Stalin mit dem ersten Fünfjahresplan brutal zugunsten eines industriellen Aufbruchs.
Wirtschaft und Gesellschaft werden total einem einzigen Ziel unterworfen: Schaffung einer politisch und ideologisch monolithischen Macht. Aber Stalin stößt auf Widerstand bei seinen "rechten" Verbündeten, Bucharin und Tomski. Seit 1925 will Bucharin die Bauern zu mehr Wohlstand führen, um die Industrie über mehr Konsum und höhere Steuereinnahmen in Schwung zu bringen. Tomski, Gewerkschaftsboß im "Vaterland der Arbeiter", hingegen macht sich Forderungen der proletarischen Basis zu eigen.
Da schlägt Stalin zu: Er schließt beide aus dem Politbüro aus, Bucharin im November 1929, Tomski im Juli 1930. Nebenbei weist er im Januar 1929 Trotzki aus der Sowjetunion aus. Stalin weiß jedoch, daß seine Politik auf weitaus härteren Widerstand treffen wird. Und deswegen muß er seine Macht noch weiter festigen.
In einem persönlichen Brief an Molotow vom 22. September 1930 schlägt er vor, Rykow, Lenins Nachfolger an der Spitze des Rates der Volkskommissare, also der eigentlichen Regierung, abzusetzen: "Das ist unerläßlich. Sonst gibt es einen Bruch zwischen der Führung des Sowjetstaates und der Partei. Bei dieser Kombination aber werden wir eine vollkommene Einheit von Staats- und Parteispitze haben, was zweifellos unsere Kräfte verdoppeln wird."
Die perfekte Einheit, das ist der Traum jeder totalitären Macht, die den Staat als Mittler zwischen dem Volk und der ideologischen Macht ausschalten will - in diesem Fall zwischen der Proletarierklasse und der Partei mit ihrem Generalsekretär.
Am 19. Dezember 1930 wird Rykow von der Regierungsspitze entfernt, dort ersetzt ihn Molotow, der die Fusion zwischen Partei- und Staatsapparat vorantreibt. Der kommunistische Totalitarismus, für den Lenin die Fundamente gelegt hatte, wird zur Realität - er heißt Stalinismus. Gleichzeitig beginnt Stalin mit den großen Säuberungen.
Von Ende 1929 bis 1931 werden mehr als 250.000 Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen. Stalins persönliches Machtinstrument, die politische Geheimpolizei OGPU, beginnt ihr Terrorwerk mit sich häufenden Drohungen und Einschüchterungen gegen selbst die geringste Kritik am Generalsekretär. Die politischen Gegner sind geschwächt, und Stalin kann, am 7. November 1929, in der "Prawda" das "Jahr der großen Wende" ankündigen - die allgemeine Kollektivierung.
Die drängt sich aus zwei Erkenntnissen auf. Zum einen erscheinen die Bauern wieder stark auf

dem Markt. Wie zu Zeiten des Bürgerkriegs, der weitgehend ein Kampf zwischen Bauern und der bolschewistischen Macht war, drohen sie sich jeder weiteren Verstaatlichung von Land zu widersetzen. Nachdem Adel, Bourgeoisie und Unternehmer bereits von 1918 bis 1922 liquidiert worden sind, ist die Bauernschaft das einzige Hindernis für die Durchsetzung der kommunistischen Doktrin.
Zum anderen impliziert eine beschleunigte Industrialisierung aus marxistischer Sicht eine "Akkumulation" des Kapitals, die nur durch eine Ausbeutung der Arbeiter zustande kommen kann, und vor allem durch die Beschlagnahme allen bäuerlichen Reichtums.
Nach Marx ist die Bauernschaft ein direkt vom Mittelalter in die Neuzeit verpflanztes Hindernis für die Modernisierung und somit für die Verwirklichung des Sozialismus. Nach kommunistischer Auslegung müssen die Bauern deshalb in Arbeiter umgewandelt werden, als Lohnempfänger in Kolchosen einziehen.
Sie müssen den Gesetzen der Industrie unterworfen und von zentralen Ausleihstationen von Landmaschinen abhängig gemacht werden, die ihrerseits direkt der Parteikontrolle unterworfen sind. Vor allem muß diese bäuerliche Macht schon wegen ihrer politischen Unkontrollierbarkeit erbarmungslos und für immer zerschlagen werden.
Stalin mochte auch geglaubt haben, daß er einen wesentlichen Punkt aus Marx" und Engels" Kommunistischem Manifest umsetzen würde, daß nämlich Landenteignung und die "Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan" die Organisation industrieller Armeen, insbesondere "die Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie", den "Gegensatz von Stadt und Land allmählich" beseitigen würden.
Der Fünfjahresplan mit der Kollektivierung bedeutete in der Tat die Umsetzung einer Doktrin, die Lenin schon 1921 beschrieben hatte:
Wenn in Deutschland die Revolution nicht vorankommt, ist es unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus der Deutschen zu erlernen, ihn aus aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übertragung der westlichen Kultur auf das barbarische Rußland zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuscheuen.
Lenin hatte lediglich übersehen, daß es in Rußland weder Kapitalismus - den hatten die Bolschewisten von 1918 an zerschlagen - noch einen Staat im Sinne einer Institution gab, die Konflikte zwischen den Gesellschaftsgruppen regelt. Es fehlte auch die für eine Modernisierung unerläßliche oberste Schicht von Intellektuellen.
Denn auch die Intelligenzija war von Lenin verjagt worden. Der Zusammenstoß kam frontal und brachial. Die kommunistische Macht erklärte den Bauern regelrecht den Krieg, und Stalin formulierte sein berüchtigtes Schlagwort von der "Liquidierung des Kulakentums als Klasse". Trotz mehr als 1.200 Bauernaufständen allein 1929 und etwa 14.000 Revolten und Massenkundgebungen im Jahr darauf wurde der Bauernstand zermalmt. 1930/31 deportierten die Bolschewisten rund 1,8 Millionen Bauern nebst Familien, eine Million floh aus den Dörfern, zwei Millionen suchten Zuflucht in anderen Regionen.
Als Folge entstand ein gewaltiges Chaos in der Agrarproduktion. Die meisten der stalinistischen Führer waren ohne jede fachliche Kompetenz. Stalin selbst hatte sein politisches Leben innerhalb der Partei verbracht. Seine Visionen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur waren die eines professionellen Revolutionärs - eines Machtmenschen, der bevorzugt in der Realität einer Partei lebte, einer kleinen Sekte von Verschwörern.
Alles, was zum Erfolg hätte führen können, wurde ins Maßlose übersteigert. Der extreme politische Voluntarismus, das Vorwärtsstürmen führten zum Terror gegen die Massen, zur totalen Kontrolle über die Gesellschaft und der Mißachtung all dessen, was der Verwirklichung der Ziele hinderlich sein konnte: wissenschaftliche Gesetze, ökonomische Mechanismen, demokratische Prinzipien und vor allem die Achtung vor dem menschlichen Leben.

Die ökonomische Inkompetenz, welche die kommunistischen Führer durch gefälschte Statistiken zu verbergen suchten, ließ den Lebensstandard rasch abstürzen. Zwischen 1928 und 1934 sank das Einkommen der Arbeiter um die Hälfte, das der Bauern noch mehr. Für die Werktätigen wurde zur Kontrolle das Arbeitsbuch wiedereingeführt, die Bauern durften die Kolchosen nicht mehr verlassen. Seit dem 7. August 1932 wurde per Dekret für den geringsten Diebstahl die Todesstrafe verhängt.
Über alldem wachte eine totale Polizeimacht. Begleitet wurde die "große Wende" von der Ausweitung eines Systems von Zwangs- und Arbeitslagern. Die Geheimpolizei baute den Gulag auf, der durch Alexander Solschenizyn zu makabrem Ruhm gelangen sollte und in dem durch Beschluß des Politbüros vom 27. Juni 1929 "sozial gefährliche Elemente" isoliert wurden. Der Stalinsche Terror stieß bei Verantwortlichen auf Kritik - also verschärfte der Diktator die "Säuberungen". Schon 1933 wurden 450.000 Kommunisten aus der damals 3,5 Millionen Mitglieder und Anwärter zählenden Partei ausgeschlossen.
Die Offensive gegen Arbeiter und Bauern wurde begleitet von einer Propagandakampagne, wie sie die Welt noch nicht erlebt hatte. Zunächst verkündete man mit gewaltigem Getöse ökonomische Triumphe - sie waren erfunden. Dann aufgebauschte Berichte über die Entdekkung von Saboteuren - damit wurden nicht zu vertuschende regionale Pannen erklärt.
Gleichzeitig lieferten sie den Vorwand, den immer hysterischeren Kampf gegen den "Klassenfeind" auf die Spitze zu treiben. Um die Mär von der Sabotage glaubhaft zu machen, ließ Stalin durch die Geheimpolizei erste Schauprozesse mit unter Folter erpreßten Geständnissen inszenieren. Diese Prozesse terrorisierten die technische Elite, deren Aufgabe es gewesen wäre, sich den Verrücktheiten der Industrialisierung entgegenzustellen.
Wer es trotzdem aus professioneller Kenntnis tat, wurde der Sabotage oder des Terrorismus beschuldigt. Bucharin hat in einem Brief an Stalin vom 14. Oktober 1930 dieses grausame Katz- und Maus-Spiel gebrandmarkt als "niedrige, finstere und diabolische Provokation, an die Du nicht nur glaubst, sondern die Du zum Fundament Deiner Politik gemacht hast ... Mein Gott! In welcher infernalischen Welt leben wir heute! ... Wahrscheinlich, weil ich niemandem den Arsch lecke, bin ich zum "Terroristen" erklärt worden."
Noch hat das Politbüro die Todesstrafe für Parteimitglieder nicht abgesegnet.
Dann lief die Mobilisierung gegen das Ausland. Vorwand: "Imperialistische Mächte" bereiteten den Angriff auf die UdSSR vor - ebenfalls ein reines Hirngespinst. Denunziation wird zu einer der hervorragendsten Eigenschaften des jungen Kommunisten. Pawlik Morosow, ganze 13 Jahre alt, hat seinen Vater als Kulaken denunziert, wird von seinem Großvater und Cousin erschlagen und dafür zum Nationalhelden erhoben, Vorbild für eine fanatisierte und indoktrinierte Jugend, auf die Stalin sich stützen wird.
Stalins im Dezember 1929 gefeierter 50. Geburtstag ist der Anlaß, den Kult um den "woschd", den "Führer", den höchsten Retter und unfehlbaren "großen Steuermann", ins Delirium zu treiben. Mit dem Personenkult geht eine gigantische Propagandakampagne über die demokratischen und humanen Erfolge des stalinistischen Regimes einher.
1935 wird der Mythos vom Bergarbeiter Alexej Stachanow, dem Superarbeiter und sozialistischen "neuen Menschen", kreiert, der angeblich in einer einzigen Schicht 14mal soviel förderte, wie es die Norm vorschrieb. 1936 folgt der Mythos von der "demokratischsten Verfassung der Welt".
Ungezügelte Gewalt und schamloses Lügen werden zu Stützen des Regimes. Sie bleiben es bis zum Ende der Sowjetunion 1991 - auch wenn nach dem Tod des Diktators die Intensität nachließ, mit der sie betrieben wurden.
Stalin hat nichts erfunden. Er hat die von Lenin eingeführten Methoden systematisiert und intensiviert. Die UdSSR lebt in einem raffiniert kultivierten Klima des Hasses gegen den inneren und äußeren Feind. Der Begriff des "Feindes", schon unter Lenin zentrales Schlagwort,

wird bis zur Hysterie ausgereizt.
Die "Liquidation der Kulaken als Klasse" ist nicht mehr eine Allegorie, sondern schauerliche Wirklichkeit. In seinem berühmten Buch "Die Ernte des Todes" beschreibt der britische Historiker Robert Conquest den Leidensweg der ukrainischen Bauern, die im Winter 1932/33 durch die Beschlagnahme der Nahrung in jedem Bauernhaushalt einer schrecklichen Hungersnot ausgeliefert wurden.
In einem Jahr starben fast acht Millionen Menschen, darunter drei Millionen Kinder. Stalin beging nicht nur ein ungeheures Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern auch einen "Klassengenozid", denn er wollte gleichzeitig die ukrainische Nation wie auch ihr soziales ländliches Fundament zerstören. Der 17. Parteitag, der "Parteitag der Sieger" im Jahre 1934, bringt dem Land, das seit 1929 unter heftigem politischem Druck lebt, eine kurze Pause. Man reintegriert Oppositionelle, beschränkt offiziell die Macht der Geheimpolizei.
Über 115.000 "unkorrekte" Verurteilungen werden überprüft. Im Dezember 1935 erklärt Stalin großmütig, daß "der Sohn nicht für die Handlungen des Vaters verantwortlich" sei. Damit ermöglicht er Millionen Kindern von Deportierten und anderen "Volksfeinden", denen alle Zivilrechte und das Recht auf freien Schulbesuch genommen worden waren, sich wieder in die Gemeinschaft zu integrieren.
Schon 1933 werden dem ausgebluteten Bauernstand Konzessionen gemacht, vor allem das Recht, bis zu zwei Morgen Land für sich selbst zu bebauen. Auf dem werden von 1937 an immerhin 52 Prozent der gesamten Kartoffel- und Gemüseernte der UdSSR erwirtschaftet, 56 Prozent des Obstes, 71 Prozent der Milch und 71 Prozent des Fleisches. Stalin will den Widerstand der sozialen Schichten neutralisieren, die er jahrelang grausam terrorisiert hat.
Gleichzeitig verstärkt er seine Macht mit Hilfe des geheimen "Sondersektors", einer Art technischen Sekretariats des Politbüros, das bis 1952 von einem seiner unterwürfigsten Anhänger, Alexander Poskrjobyschew, geleitet wird. Stalin herrscht mit Molotow und Kaganowitsch, das Politbüro führt nur ihre Entscheidungen aus.
Die politische Ruhepause findet am 1. Dezember 1934 mit der Ermordung Kirows, Parteichef von Leningrad, ein jähes Ende. Man hat lange Zeit geglaubt, daß Stalin den Mord veranlaßt habe. Doch neuere Archivmaterialien scheinen auf die Handlung eines Verrückten hinzuweisen. Wie es auch gewesen sein mag, Stalin begreift sofort, daß er aus dem Verbrechen Vorteile für sich schlagen kann. Er suchte sowieso einen Vorwand, seine Gegner des "Terrorismus" anzuklagen.
Noch am Tag des Mordes erläßt er ein Dekret, das bei einer Anklage wegen "Terrorismus" jedes Recht auf Verteidigung aufhebt und als einzige Strafe den Tod vorsieht. Der russische Historiker Oleg Chlewnjuk schreibt: "Dieses Gesetz bedeutete den endgültigen Bruch mit den Regeln der Rechtsverfahren und der Kontrolle der Todesurteile, die zuvor eingeführt worden waren. Die Richtlinien vom 1. Dezember waren das ideale Instrument, um den Massenterror zu organisieren." Es folgten Tausende von Hinrichtungen ohne Verurteilung.
Der Mord an Kirow eröffnet ein neues Kapitel der Massenverbrechen, gipfelnd in der "Großen Tschistka" (Säuberung) von 1936/38. Innerhalb der Partei hat es Stalin auf seine alten Gegner abgesehen. Der Druck wird so unerträglich, daß sich die Selbstmorde häufen: Der georgische Kampfgefährte Wissarion Lominadse nimmt sich im Januar 1935 das Leben, Michail Tomski im August 1936, Sergo Ordschonikidse im Februar 1937.
Viele sind durch die ideologische Bearbeitung, die bereits Millionen von Unschuldigen das Leben gekostet hat, so betäubt, daß sie ihr Martyrium hinnehmen. In seinem Abschiedsbrief schreibt Lominadse: "Trotz meiner Fehler habe ich mein Leben bewußt dem Kommunismus geweiht, der Sache der Partei ... Ich sterbe im Glauben an den Sieg ihrer Sache."
Im April 1935 entscheidet das Politbüro, daß die Todesstrafe ab dem 12. Lebensjahr verhängt werden darf. Im August 1936 findet der erste der großen "Moskauer Prozesse" statt, makabre

Inszenierungen, bei denen die Angeklagten - an der Spitze Sinowjew und Kamenew - öffentlich ihre unter Folter erzwungenen Geständnisse wiederholen. 16 Angeklagte werden zum Tode verurteilt und erschossen.
Im Januar 1937 läuft der zweite große Prozeß ab: 13 Angeklagte werden hingerichtet. Beim dritten Prozeß im März 1938 werden 18 von 21 Angeklagten erschossen, darunter Bucharin und Rykow.
Von Juni 1937 an erfaßt die Säuberung auch die Armee: Die Führungskräfte werden stark reduziert, etwa 35.000 Offiziere umgebracht, ein Fünftel des Bestandes. Unter ihnen befand sich auch Marschall Michail Tuchatschewski: maßgeblich am Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg beteiligt und hoch angesehen in Partei und Öffentlichkeit. Zwischen 1937 und 1938 haben Stalin und seine Politbürogenossen mindestens 383 Listen von "Volksfeinden" abgezeichnet, die zur Erschießung bestimmt sind - mehr als 44.000 Namen, darunter am 12. Dezember 1937 eine Liste von 3.167 Todeskandidaten. Über 39.000 wurden getötet.
Der ehemalige sowjetische Dissident Wladimir Bukowski hat in den Archiven ein von Stalin unterzeichnetes Manuskript entdeckt, eine Anordnung, nur wenige Zeilen lang, auf Schreibpapier ohne Briefkopf: Für 6.600 Menschen bedeutet sie den Tod.
Die Hinrichtungsmaschine bedient Genrich Jagoda, Chef der Geheimpolizei NKWD, nach dessen Ablösung im September 1936 Nikolai Jeschow, daher stammt der Ausdruck "Jeschowschtschina" für diese Periode.
Im Juli 1937 erfaßt die Manie, alles zu organisieren, auch den Terror. Das Politbüro befiehlt dem NKWD, einen Plan zur Eliminierung für alle "antisowjetischen Elemente" vorzulegen. Jede Republik muß nun Erschießungsquoten erfüllen.
Dieser Plan bezieht Parteiapparat, Staat und Armee ein, ferner alle nationalen Minderheiten, vor allem jene in den Grenzgebieten: Polen, Letten, Esten, Finnen, Griechen, Bulgaren, Mazedonier, Rumänen, Iraner, Chinesen, Koreaner und Deutsche. Rund 1.000 deutsche Antifaschisten, die vor den Nazis nach Moskau geflohen waren, werden Hitler von Herbst 1937 an "überstellt". Auf das Konto der "Großen Tschistka" gehen in 14 Monaten - so dokumentieren es sowjetische Geheimdienstakten - fast 682.000 Menschenleben. Tatsächlich waren es wohl mindestens eine Million.
Am 20. August 1940 wird Trotzki in Mexiko von einem NKWD-Agenten so schwer verletzt, daß er am nächsten Tag stirbt. Stalin hat sein Ziel erreicht: Von den sechs Mitgliedern, die das Politbüro nach dem Tod Lenins zählte, ist er allein übrig.
Stalin-Deuter haben diesen Drang zum Morden mit panischer Angst vor jedem Widerstand erklärt, die in einer Paranoia gegipfelt habe. Mir scheint jedoch, daß Stalin niemals Angst hatte. Sein Arm, sein Kopf und seinen Nerven haben niemals gezittert. Im Gegenteil. Bei ihm spürt man einen unbändigen Trieb zu vernichten.
Im Gegensatz zu Hitler jedoch greift der Bolschewistenchef persönlich ein und läßt sich über jedes Detail informieren. Stalin war darin weder ein Amateur noch ein Dilettant. Er legte großen Wert darauf, die kleinsten Einzelheiten wichtiger Angelegenheiten selbst zu überprüfen, angefangen mit dem Terror, der unter seinem direkten Befehl ausgeübt wurde.
Er erfand ein System der "chirurgischen Eingriffe", das genau definierten politischen Zielen entsprach - gleich, ob es sich dabei um ein nicht folgsames Mitglied des Politbüros oder um ein ganzes Volk handelte. Ihm und seiner politischen Polizei gelang es, die Gesellschaft zu teilen. Jede Gruppe - von den Philatelisten bis zu den Esperantoanhängern -, die nicht in sein Denkschema paßte oder sich seiner Kontrolle entziehen wollte, wurde als "Feind" gewertet und vernichtet. Das ist Totalitarismus pur.
Als die Arbeit beendet ist, entledigt Stalin sich auch Jeschows und ersetzt ihn durch Berija. Zur gleichen Zeit sorgt er in der Führung für die Beförderung junger Politiker wie Malenkow, Schdanow, Chruschtschow und schwächt die "alten", die noch am Leben sind, wie Kagano-

witsch, Molotow und Mikojan.
1938 wird sein Triumph in der "Geschichte der Kommunistischen Partei (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang" gewissermaßen abgesegnet. Sie wird zur "Bibel" der Kommunisten in der ganzen Welt. Das Buch schreibt die Geschichte der bolschewistischen Partei völlig neu. Deren Held ist Stalin - diesmal weniger aus egozentrischer Megalomanie als aus der Notwendigkeit heraus, die Gefolgschaft durch einen mit Fälschungen versehenen Katechismus zusammenzuhalten und um sie für künftige Kämpfe zu fanatisieren.
Durch Massenterror und abenteuerliche Lügen gelingt es Stalin, das Bild eines monolithischen und stabilen Regimes aufrechtzuerhalten.
Am 6. Mai 1941 läßt sich der Generalsekretär der Partei zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, also zum Regierungschef, ernennen.
Stalin hat seine Position so gefestigt, daß er sich 1939 an eine Partie Lügenpoker mit Hitler und den westlichen Demokratien wagt. Durch das geheime Zusatzabkommen zum überraschend abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 trägt er wie Hitler die Schuld am Zweiten Weltkrieg. Sein Spiel war hinterhältig und zynisch, gleichzeitig aber realistisch und pragmatisch.
Der politische Erfolg aber ist beispiellos: Ohne Gewehrschuß verleibt Stalin der Sowjetunion zwischen September 1939 und August 1940 die Hälfte Polens sowie Estland, Litauen, Lettland, Bessarabien und die Nordbukowina ein. Er sowjetisiert diese Länder durch Massenterror. Der Mord an über 21.000 polnischen Offizieren und Intellektuellen in Katyn und anderswo vom März bis Mai 1940 ist eine der bedeutendsten Episoden. Stalin verfolgt seine "Klassenpolitik": systematische Zerstörung aller potentiellen Gegner.
Das sowjetische Spiel wird durch einen unvorhersehbaren Unfall gestört: die Niederlage Frankreichs gegen Hitler-Deutschland 1940 in nur sechs Wochen. Die Hoffnung auf einen langen Krieg nach dem Modell von 1914 bis 1918, in dem sich die "imperialistischen Mächte" erschöpften, während Sowjet-Rußland immer stärker würde, ist mit einem Schlag dahin.
Stalin mußte nun Zeit gewinnen. Doch er, der Listige, läßt sich von Hitler einlullen. Er war von Erfolg zu Erfolg geeilt, dadurch in Euphorie geraten und selbst blind geworden. Er ist davon überzeugt, daß Deutschland die Sowjetunion 1941 nicht angreifen werde. Erst am 22. Juni fällt die Wehrmacht über den Osten her. Diese Verspätung, die zweifelsohne die Einnahme Moskaus verhindert hat, trägt entscheidend zur Niederlage Hitlers bei.
Man hat viel über Stalins "geistige Abwesenheit" nach dem 22. Juni spekuliert. Wie in seinem Terminkalender vermerkt ist, arbeitete er rund um die Uhr. Er schickte Molotow vor, die Öffentlichkeit über den Beginn des Krieges zu informieren. Doch am 3. Juli ist Stalin wieder voll da: Aber nur wenige hören ihn, als er um sechs Uhr morgens im Rundfunk zum ersten- und letztenmal seine Untertanen mit "Brüder und Schwestern" anredet und die Taktik der verbrannten Erde ankündigt.
Vom ersten Tag an erlitt die UdSSR gewaltige militärische Niederlagen. Stalin hatte seine Armee nicht auf Defensive eingestellt, und die Säuberungen hatten Tausende fähige Offiziere gekostet. Eine große Armee kann aber nicht von zweitklassigen Offizieren kommandiert werden.
Um der neuen Situation zu begegnen, wendet sich Stalin Engländern und Amerikanern zu. Ende Juli 1941 empfängt er den persönlichen Beauftragten des US-Präsidenten Roosevelt, Harry Hopkins. Stalin überzeugt ihn durch seine Offenheit. So macht er kein Hehl aus seiner militärischen Katastrophe - und aus seiner eisernen Entschlossenheit, den Kampf durchzustehen.
Er beeindruckt durch Pragmatismus: Seinem Gast legt er lange Listen mit Forderungen nach Kriegsmaterial vor. In den entscheidenden Phasen zwischen 1942 und 1943 spielten diese Lieferungen eine wichtige Rolle. Die Alliierten schickten der UdSSR für über elf Milliarden Dol-

lar fast 22.000 Flugzeuge, Tausende von Panzern, Lastwagen, Jeeps, Lokomotiven, Kraftstoff, Motoren, Panzerplatten und anderes kriegswichtiges Material.
Die Wende durch den russischen Gegenangriff macht Stalin zum Helden der westlichen Alliierten, vor allem nach den sowjetischen Siegen von Stalingrad und Kursk. Blindheit und Leichtgläubigkeit der Westmächte grenzen an Schwachsinn und ermutigen Stalin zu abenteuerlichen Propaganda-Lügen.
Der Krieg hat den Sowjet-Völkern unermeßliche Opfer abverlangt - sie hätten eine Ruhepause gebraucht. Stalin denkt nicht daran. Selbst während der heftigsten Kämpfe geht der Terror weiter. Der Diktator läßt 1943/44 Krim-Tataren, Inguschen und Tschetschenen, Kalmücken, Balkaren, Karatschaier und Meßcheten nach Sibirien und Asien deportieren. Nach dem Krieg werden Hunderttausende aus Deutschland repatriierte sowjetische Kriegsgefangene zum Tod wegen Fahnenflucht verurteilt oder in den Gulag verfrachtet.
Von 1946 an eröffnet Stalin gegen den Westen den ideologischen Krieg, mit dessen Führung er seinen Genossen Andrej Schdanow beauftragt. 1947 zwingt er die osteuropäischen Länder, den Marshall-Plan abzulehnen. Im September beginnt er mit der Schaffung der Kominform - sie umfaßt die kommunistischen Parteien der Sowjetunion, der Länder Osteuropas, Frankreichs und Italiens - den Kalten Krieg und zieht diese Parteien in den ideologischen Konflikt mit dem Westen hinein.
Wie Lenin glaubt Stalin an eine in zwei Lager geteilte Welt, in der ein Endkampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus (oder "Imperialismus") unausweichlich sein wird. Er hält den Endsieg und damit die Herrschaft des Kommunismus über die Welt für sicher.
Stalins Sieg im Zweiten Weltkrieg prägt die Nachkriegszeit. Sein politischer Weitblick ist nicht zu bestreiten. Bereits in den dreißiger Jahren hatte er die absolute Stalinisierung der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion begonnen. So verfügte er zwischen 1944 und 1945 über zuverlässige autochthone Gruppen in allen durch die Rote Armee "befreiten" - also besetzten - osteuropäischen Ländern.
Nur Jugoslawien entzieht sich 1948 seiner Kontrolle: Tito, ein schrecklicher Stalinist, übernimmt die Methoden seines alten Meisters, säubert seine eigene Partei von Sowjetanhängern und rettet dadurch gleichzeitig seine Macht und sein Leben.
Nun wendet Stalin den Terror gegen die kommunistischen Parteien seines Herrschaftsgebiets, den Vorwand bietet ein neues Feindbild: der Titoismus. In Osteuropa finden "Moskauer Prozesse" statt, die der Staatssicherheitsgeneral Fjodor Bjelkin und zum Teil Stalin selbst inszenieren.
Gleichzeitig läßt Stalin außerhalb Osteuropas Dutzende kommunistischer Parteien kontrollieren. Die wurden durch ihre Zugehörigkeit zum sowjetischen Zentralapparat nicht nur moralisch und politisch zu Komplizen der stalinistischen Verbrechen, sie sind Embryos totalitärer Systeme in bisher demokratischen Staatsgebilden.
Am 21. Dezember 1949 feiern Kommunisten in der ganzen Welt Stalins 70. Geburtstag in einem wahren Delirium. Nach 32 Jahren ununterbrochenen Kämpfen kann der Diktator zufrieden sein. Das kommunistische System ist fest etabliert und erhält die Unterstützung des Riesenreichs China unter Mao Tse-tung. Stalin bereitet sich ruhig auf den entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus vor, vielleicht durch einen dritten Weltkrieg, dessen Ausgangspunkt Korea hätte sein können. Hatte Lenin nicht vorausgesagt, daß aus Krieg die Revolution hervorgehen würde?
Stalin war - auf seine Art - der linientreueste und begabteste Mann einer sekten-ähnlichen Partei, die beanspruchte, traditionelle Eliten zu ersetzen und die Gesellschaft durch ein bis dahin nie gesehenes wirtschaftliches, soziales und politisches Gewaltregime zu verändern: die Diktatur des Proletariats. Dieses System fiel vor zehn Jahren in sich zusammen, und die Bilanz ist tragisch und katastrophal.

Daß es in sich selbst, ohne Gewalt von außen, einstürzte, beweist seine Inkompetenz sowie die Selbstgefälligkeit seiner geistigen Väter und deren Erben. Das kommunistische System hat dennoch Narben bei allen Völkern hinterlassen, die es erleiden mußten; vor allem in der ehemaligen Sowjetunion, die den Zauberlehrlingen 74 Jahre lang als Laboratorium diente.
"Die Wirklichkeit dringt nicht in die Welt des Glaubens", schrieb Marcel Proust. Lenin und Stalin waren überzeugt, daß Lehren stärker seien als die Wirklichkeit, und lange nach ihnen gibt es im Westen noch viele, die so denken.
"Tatsachen sind hartnäckig", sagte Lenin gern. Am Ende des 20. Jahrhunderts haben Tatsachen den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Ideologie bewirkt, einer Ideologie, die Stalin in eine unvergleichliche Macht umgesetzt hatte.
"Daß Stalin alles recht mache, besagt: daß Stalin alles Recht macht."
André Gide (1869-1951), französischer Schriftsteller, 1936
"Ich kann den alten Joe Stalin ganz gut leiden. Er ist ein braver Kerl, aber ein Gefangener des Politbüros."
US-Präsident Harry S. Truman, 1948 …<<

11.03.1953

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1953) veröffentlicht am 11. März 1953 einen Kommentar des Radiomoderators Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) vom 14. Februar 1953 über "Selbstmörderische Humanität):
>>... Sie wissen, daß im Laufe des Januars mehr als 30.000 Menschen aus der Ostzone geflüchtet sind, die Unregistrierten nicht gerechnet.
360.000 Flüchtlinge im Jahr – das bedeutet die Notwendigkeit, für mindestens 120.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schaffung eines Arbeitsplatzes kostet, wie das Ministerium Blücher in Bonn mitteilt, etwa 10.000 Mark – Arbeitsplätze für 120.000 Arbeitsplätze kosten also 1,2 Milliarden. Für 360.000 Flüchtlinge Wohnungen zu bauen, eine Wohnung für durchschnittlich 4 Personen, also 90.000 Wohnungen zu je 15.000 Mark – auch diese Zahl stützt sich auf amtliches Material -, 90.000 Wohnungen zu bauen kostet 1,35 Milliarden. ...
Die direkte und indirekte Hilfe für Berlin beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden, ohne daß damit etwa eine finanzielle und wirtschaftliche Sanierung der Stadt möglich wäre. –
Wir haben in der Bundesrepublik eine bleibende Anzahl von einer Million Arbeitslosen - sie bleibt, obgleich Jahr für Jahr die Anzahl der Beschäftigten zunimmt und obgleich sie längst höher ist, als sie jemals war. Sie kann nicht geringer werden, solange der Strom aus dem Osten fließt. Sie kann ebensowenig geringer werden wie die Reihe von Milliardenzahlen, die ich Ihnen eben genannt habe. ...
Eine solche Belastung hielte auf die Dauer kein Staat der Welt aus – kein Staat und kein verantwortliches Ministerium. Das schafft nur Jakob Kaiser. -
Amerika mit dreimal mehr Menschen und fünfzehnmal größeren Etat erlaubt in jedem Jahr 154.000 Menschen die Einwanderung - und diese 154.000 sind ausgesucht nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie sind gesiebt und durchleuchtet, begutachtet und kontrolliert.
Wir aber, voll selbstmörderischer Humanität, nehmen mehr als doppelt so viele auf, obgleich nur 3 % von ihnen echte politische Flüchtlinge sind, die wirklich wegen Gefährdung von Freiheit und Leben fliehen.<<

30.03.1953

Jugoslawien: Um die Agrarproduktion zu heben, die durch die Agrarreform, die Kollektivierung und durch den Widerstand der Bauern gegen den staatlichen Zwang stark zurückgegangen ist, wird am 30. März 1953 eine "Verordnung über die Eigentumsverhältnisse und die Reorganisation der landwirtschaftlichen Arbeitsgenossenschaften" erlassen, wonach man jedem Mitglied eines Kollektivs die Möglichkeit des Austritts zusichert (x006/633).

21.04.1953

DDR: Die lutherischen Bischöfe protestieren am 21. April 1953 gegen den verschärften Kirchenkampf der SED.

24.04.1953

DDR: Die SED-Presse beschuldigt den evangelischen Jugendverband "Junge Gemeinde" am 24. April 1953, Spionagedienste für amerikanische Geheimagenten zu leisten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Junge Gemeinde" (x009/203): >>In der SBZ war nach Schaffung der SED-Regierung die Arbeit der evangelischen Jugendgruppen und Jugendverbände unmöglich geworden.

Darum wurde ein Teil der Aufgaben der selbständigen, übergebietlichen Organisationen im kirchlichen Rahmen unter dem Namen Junge Gemeinde weitergeführt.

Unter dem Vorwand die Junge Gemeinde betreibe als "verlängerter Arm der amerikanischen Agenten- und Spionagezentralen staatsfeindliche Tätigkeit" ("Neues Deutschland" vom 24.4.1953) setzte zunächst eine heftige Hetze gegen die Junge Gemeinde ein.

Besonders die Arbeit der Jungen Gemeinde unter der Studentenschaft wird scharf überwacht, doch wird davor gewarnt, ihre Mitglieder, die man als "gesellschaftlich zurückgeblieben" bezeichnet, zu diskriminieren. Die Zusammenarbeit mit der Jungen Gemeinde gilt als "mit der Ehre eines Hochschullehrers nicht vereinbar". Die Arbeit der Jungen Gemeinde wird stark behindert.<<

CSR: Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 24. April 1953 ein Gesetz über den Erwerb der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft (x004/314): >>§ 1 (1) Die Personen deutscher Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem Dekret Slg. Nr. 33/1945 verloren haben und an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, ihren Wohnsitz im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik haben, werden tschechoslowakische Staatsbürger, sofern sie die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nicht bereits früher erworben haben.

(2) Gemeinschaftlich mit dem Ehemann, gegebenenfalls gemeinschaftlich mit dem Vater oder der Mutter, werden die Ehefrau und die minderjährigen Kinder der im vorhergehenden Absatz angeführten Personen tschechoslowakische Staatsbürger, sofern sie das nicht bereits nach dem genannten Absatz geworden sind, falls sie ihren Wohnsitz im Gebiet der tschechoslowakischen Republik haben und nicht Angehörige eines anderen Staates sind. ...<<

Durch dieses Gesetz über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft wird allen Personen deutscher Nationalität, die noch in der tschechoslowakischen Republik wohnen, automatisch die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit zuerkannt. Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wird und alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigt, begründet man u.a. mit der Gleichberechtigung und dem Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus (x004/133).

01.05.1953

DDR: Die Bevölkerung wird ab 1. Mai 1953 nach Häusern und Häuserblocks zusammengefaßt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Haus- und Hofgemeinschaften" in der SBZ (x009/177): >>Seit Mai 1953 erfolgte die Zusammenfassung der Bevölkerung nach Häusern und Häuserblocks im Rahmen der Nationalen Front.

"Sie sind die kleinsten, bis in die Familien reichenden Gemeinschaften und bieten große Möglichkeiten für die individuelle Aufklärung und für die Entwicklung der schöpferischen Initiative aller Schichten".

Die Haus- und Hofgemeinschaften sollen mindestens einmal im Monat unter Leitung eines Agitators über die aktuellen politischen Ereignisse und Maßnahmen der Regierung "diskutieren". Außerdem werden die Haus- und Hofgemeinschaften zu gemeinschaftlichen "freiwilli-

gen" Arbeitseinsätzen herangezogen; u.a. sollen sie alle Reparaturarbeiten in ihren Häusern möglichst selbst ausführen.
Von der Bevölkerung abgelehnt, stehen die Haus- und Hofgemeinschaften vielfach nur auf dem Papier, doch wird neuerdings versucht, in Verbindung mit den Brigaden der sozialistischen Arbeit auch die Haus- und Hofgemeinschaften zu aktivieren.<<

05.05.1953

DDR: Chemnitz wird am 5. Mai 1953 in "Karl-Marx-Stadt" umbenannt.

11.05.1953

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius protestiert am 11. Mai 1953 in einer Mitteilung an die mitteldeutschen Kirchengemeinden gegen kirchenfeindliche SED-Zwangsmaßnahmen.

14.05.1953

DDR: In der SED werden am 14. Mai 1953 wieder politische "Säuberungen" durchgeführt.

15.05.1953

DDR: Die Rechtsanwälte der SBZ werden ab 15. Mai 1953 in Kollegien zusammengefaßt.
Diese Verordnung über die "Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte" wird erlassen, damit sich die Rechtsanwaltschaft zu einem "sozialistischen Organ der Rechtstätigkeit in der DDR" entwickeln soll.

19.05.1953

BRD: Am 19. Mai 1953 tritt das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge ("Bundesvertriebenengesetz") in Kraft.
Dieses Gesetz (BVFG) regelt offene Rechtsstellungs- und Eingliederungsfragen. Es schafft eine bundeseinheitliche Regelung, wer Heimatvertriebener, Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling ist und gibt Richtlinien für weitere Eingliederungsmaßnahmen (Ergänzung zum Lastenausgleichsgesetz und den z.T. außer Kraft gesetzten Landesflüchtlingsgesetzen).
Nach dem Bundesvertriebenengesetz werden z.B. unterschieden:
1. Heimatvertriebene und Vertriebene, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch Ausweisungsmaßnahmen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie ("A-Ausweis") oder aus dem Ausland vertrieben wurden ("B-Ausweis");
2. Flüchtlinge, die aus dem Gebiet der SBZ (DDR) in die Bundesrepublik Deutschland kommen ("C-Ausweis).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetzonen-Flüchtlinge" (x009/131): >>... Nach dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 gilt als "Sowjetzonen-Flüchtling": ein deutscher Staatsangehöriger, der seinen Wohnsitz in der SBZ oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat.<<

22.05.1953

Jugoslawien: Angesichts der großen Austrittsbewegung von jugoslawischen Bauern und der Auflösung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erläßt das Bundesparlament am 22. Mai 1953 ein "Gesetz über den landwirtschaftlichen Bodenfonds im allgemeinen Volkseigentum und über die Zuteilung von Boden an landwirtschaftliche Organisationen".
Dieses Gesetz reduziert die bisherige Höchstgrenze des bäuerlichen Grundeigentums von 20 ha auf 10 ha. Die verfügte Enteignung trifft vor allem bäuerliche Mittelbetriebe. Der enteignete Besitz soll ausschließlich kollektiver Nutzung zugeführt werden (x006/633).

28.05.1953

DDR: Die SED-Regierung ordnet am 28. Mai 1953 eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 % an.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitsnorm" in

der SBZ (x009/32): >>In der SBZ nach dem sowjetischen Vorbild allgemein eingeführte Bemessungsgrundlage des Lohns bei der Ausführung von Arbeiten im Stücklohn.
Als Arbeitsnorm gilt entweder die Menge der Arbeitseinheiten, die in einer bestimmten Zeiteinheit zu fertigen sind ("Stücknorm") oder die vorgegebene Zeit, in welcher eine bestimmte Arbeitseinheit herzustellen ist ("Zeitnorm"). ...<<
Die Sowjetische Kontrollkommission wird am 28. Mai 1953 in eine Hohe Kommission umgewandelt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>Am 28.5.1953 erfolgte die Umwandlung von SKK (Sowjetische Kontrollkommission) in eine Hohe Kommission unter Ernennung W. Semjonows zum Hohen Kommissar und deren Verkleinerung auf 1/3 ihres vorhergehenden Umfanges (19.6.1954). ...<<

29.05.1953

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 29. Mai 1953 an US-Präsident Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...
4. Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden.
5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.
6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.
7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<

03.06.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Juni 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/127-128): >>3. Juni 1953 ... Friedland ist schöner geworden. Wenn der Ausdruck "schön" für ein Lager überhaupt gebraucht werden kann.
Aber Lagerleiter Dr. Freßen hat es durchgesetzt, daß endlich die alten Nissenhütten zum großen Teil verschwinden und Holzbaracken an deren Stelle treten. Wege werden angelegt oder befestigt, Grünflächen geschaffen und Bänke mit Sonnenschirmen aufgestellt, Kinderspielplätze warten auf kleine Besucher und an allen Ecken und Enden wurde und wird gestrichen. ...
Aber die Um- und Neubauten deuten auch darauf hin, daß dieses Lager weiter bestehen wird. Noch lange. Denn es warten noch so viele Deutsche ... darauf, heimkehren zu dürfen. ...
"Fliehen müssen und sich heimatlos fühlen ist das schlimmste Los, das einem Menschen zuteil werden kann", sagte gestern Lagerpfarrer Krahe.
"Es ist ein Verbrechen gegen das Naturrecht, Menschen die Heimat zu nehmen, sie einfach davonzujagen, sie für vogelfrei zu erklären. Kein Mensch dieser Erde hat das Recht, einem anderen die Heimat streitig zu machen und ihn mit Gewalt von seiner Scholle zu vertreiben." ...<<

UdSSR: Das Politbüro der KPdSU mahnt am 3. Juni 1953 die SED-Regierung, den bisherigen radikalen "Aufbaukurs des Sozialismus" zu ändern.

11.06.1953

DDR: Die Bezeichnung "Republikflucht" wird am 11. Juni 1953 erstmalig in amtlichen Gesetzen und Verordnungen verwendet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Republikflucht" (x009/368): >>Bezeichnung für das fluchtartige Verlassen der "DDR", zunächst nur Ausdruck des Parteijargons, seit 11.6.1953 amtlicher Ausdruck in Gesetzen und Verordnungen.
Etwa seit 1961 verschwand der Begriff Republikflucht mehr und mehr. In Vorbereitung der Maßnahmen des 13. August wurde von Abwerbung, "Kopfjägern" und "Menschenhandel" gesprochen. ...
Nach der Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen der DDR" vom 29.10.1953 haben Personen, die die "DDR" vorübergehend verlassen, ihren Ausweis bei der Volkspolizei abzugeben. Nichtabgabe zieht gemäß § 10 der Verordnung Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe nach sich. ...<<

16.06.1953

Berlin: In Ost-Berlin protestieren am 16. Juni 1953 DDR-Bauarbeiter öffentlich gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, die in der "Tribüne" (Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR) am 16. Juni 1953 angekündigt werden (x128/240): >>Der Beschluß des Ministerrats über die Erhöhung der Arbeitsnormen besagt vor allem, daß auf den Grundlagen der Verbesserungen der Arbeitsorganisation, der Qualifizierung der Arbeiter, der Anwendung neuer Arbeitsmethoden, der Verbesserung der technischen Bedingungen, der Beseitigung von Verlustzeiten und der Festigung der Arbeitsdisziplin im Betrieb die Erhöhung der Arbeitsnormen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität entsprechend den Kennziffern der Betriebe durchgeführt werden soll.
In vielen Betrieben haben die Betriebsleitungen und die Betriebsgewerkschaftsleitungen gewissenhaft nach diesem Beschluß gehandelt. Es gibt jedoch nicht wenige Betriebe, die den Beschluß des Ministerrats nicht durchführten und verletzten. So wurde z.B. zum Schaden des erfolgreichen Kampfes um die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Erhöhung der Arbeitsnormen eine gefährliche und reaktionäre "Theorie" und Praxis entwickelt, die darauf hinausläuft, daß die Normenerhöhung eine Lohnsenkung zur Folge haben muß.
Die Gewerkschaften wenden sich entschieden gegen eine solche Auffassung, die die Autorität der Partei der Arbeiterklasse, des Ministerrats und des Präsidiums des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes gröblich mißbrauchen und damit die Interessen aller Werktätigen auf das tiefste und empörendste verletzen. ...<<

17.06.1953

DDR und Ost-Berlin: Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.
Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1953) berichtet später über den Volksaufstand im Juni 1953: >>**Wie ich mich schäme**
In Wilhelm Zaissers ostzonalem Staatssicherheits-Ministerium herrscht große Aufregung wegen abhanden gekommener Pandekten. Seit dem 17. Juni vermißt die SSD-Filiale Halle ihre ganze Kartei der Verbindungsleute samt dem dazugehörigen Archiv.
SED-Genosse Potruba, Abteilungsleiter des Halleschen SSD, kann sich nicht erklären, wo diese Kartei geblieben ist. In der kritischen Zeit befand er sich auf einem Scheunenboden der Produktionsgenossenschaft in Gerbstedt. Dorthin war er vor der massiv anrückenden Bevölkerung geflohen.
Seit Tagen wird in Halle jeder Verhaftete befragt, ob er beim Sturm auf die alte Ortskrankenkasse, den Sitz des SSD, dabeigewesen sei. Bis dato ohne Erfolg. Denn, so merkwürdig es

klingen mag, die Hallesche SSD-Zentrale wurde gar nicht gestürmt, sondern von Wohlinformierten in aller Seelenruhe ausgeräumt.
Das allerdings war wohl die einzige Aktion, die im Bezirk Halle für einen "Tag X" vorbereitet worden war. Was sich die SSD-Dialektiker als Erklärung der Arbeiter-Revolte nachträglich zurechtlegten, der angeblich "sorgfältig vorbereitete Putsch faschistischer Provokateure", erwies sich als erstaunliche Kettenreaktion der Berliner Ereignisse.
Bereits am Abend des 16. Juni waren in Halle die Ostberliner Ereignisse bekannt, und am anderen Morgen gingen die Arbeiter zwar in ihre Fabriken, nahmen die Arbeit aber nicht mehr auf. Überall in der Stadt bildeten sich Menschenansammlungen, die das Neueste erfahren wollten. Gerüchte, daß in Ostberlin die SED gefangengesetzt worden sei, wurden ebenso schnell weitergetragen wie die Parole, daß zwischen Volkspolizei und Sowjets erste Feindberührung stattgefunden habe.
Einzelne Gruppen drangen bis zu den Hallenser Partei- und Regierungsdienststellen vor und machten enttäuscht wieder kehrt: Was Rang und Parteiabzeichen hatte, war über Nacht unrühmlich getürmt. In der ersten Wagenkolonne mit sechs BMW-Limousinen befand sich die Bezirksleitung der SED.
Inzwischen hatten im Buna-Werk Schkopau und in den Leuna-Werken "Walter Ulbricht" Arbeiter ihre Lastwagen bestiegen. Sie rasten über die regennasse Chaussee in Richtung Bezirkshauptstadt Halle. Streikende Kumpel der Grube Annendorf requirierten die Alarmwagen der Volkspolizei und fegten mit blauem Licht und Einsatz-Signal über die Autobahn. Eine Stunde später grub sich die kasernierte Volkspolizei links und rechts der Autobahn feldmarschmäßig ein.
Bei Wolfen sperrten bewaffnete Arbeiter jeglichen Fernverkehr.
Nur SED-Genosse Gottlieb von der "Nationalen Front" am Stresemannplatz konnte die Absperrung durchbrechen. Er hatte sich als Grubenarbeiter verkleidet und erklärte: "Ich bin vom Annendorfer Streikkomitee."
Gegen 11 Uhr, am Mittwochvormittag, zogen 20.000 Demonstranten ohne besondere Führung durch die Stadt. Die Menge trug rasch bemalte Transparente wie "Verjagt die SED-Verbrecher" und "Wir wollen eine deutsche Regierung". Am Marx-Engels-Platz wurde die SED-Bezirksleitung ausgeräumt. Einer Rotte jugendlicher Helfer der Volkspolizei, die sich der Menge entgegenzustellen wagte, wurden die FDJ-Hosen ausgezogen und gelinde Prügel verpaßt.
Bis dahin war in der Innenstadt kein Schuß gefallen. Die Volkspolizei setzte sich an den Stadtrand ab. Einige Volksarmisten zogen ihre Uniformjacken aus und marschierten im Demonstrationszug mit. Vor der VP-Haftanstalt, Kleine Steinstraße, gab es den ersten Toten. Der FDJ-Funktionär und Agrarstudent Gerhard Schmidt wurde, als er die Menge mit einer linientreuen Rede stoppen wollte, von einem Volkspolizisten in Verkennung der Sachlage als Anführer erschossen. Die Menge, die Zusammenhänge nicht ahnend, stürmte das Gefängnis und befreite 38 Inhaftierte.
Schmidt erhielt genau acht Tage später ein Staatsbegräbnis und die SED-Zeitung "Freiheit" schrieb von "feigem Mord faschistischer Provokateure".
Während die Bevölkerung Halles so weit die Macht ergriff, zog das sowjetische Kommando aus dem Raum Dessau, in dem, wie überall in der Zone, der Aufstand tobte, drei Eliteregimenter und eine Panzerschützenbrigade ab. Am Stadtrand von Halle fuhren die Sowjets rücksichtslos mit Panzerspähwagen in die Menge hinein. Drei der wahllos Verhafteten wurden ins Kastanienwäldchen gebracht und ohne Verhandlung exekutiert. Ab 15 Uhr herrschte in Halle das Standrecht der Roten Armee.
Unter dem Schutz der Sowjetpanzer tasteten sich kurz darauf die ersten olivgrün uniformierten Vopos in die Straßen der Stadt. Sie wurden aus Fenstern und Dachluken mit Blumentöp-

fen und alten Flaschen bombardiert. Auf dem Hallmarkt kam es zu einem Gefecht zwischen Leuna-Arbeitern, die zuvor Volkspolizisten entwaffnet hatten, und Einheiten der kasernierten Volkspolizei. Bis in die Abendstunden lagen in den Straßen Halles mehrere hundert Tote und Schwerverwundete. In der Nacht riegelten Panzer die Zufahrtsstraßen ab, Vopos und Sowjetarmisten durchkämmten die Wohnblocks nach versteckten Demonstranten.
Erst am übernächsten Tag wagten sich die SED- und Regierungsfunktionäre aus ihren Fluchtorten nach Halle zurück. Die meisten hatten auf Staatsgütern und Kolchosen die Entwicklung abgewartet, bis die Vopo sie zurückholen kam. Noch am gleichen Tag trafen die ersten zentralen Anweisungen aus Ostberlin ein:
- Unbedingt die Arbeiter beruhigen.
- Verhaftete und Erschossene als "Provokateure und Faschisten" deklarieren. Das Ganze habe als ein von Westberlin gelenkter Staatsstreich zu gelten.
- Konsequente Absperrung Halles von der Außenwelt und Ausnahmezustand für unbestimmte Zeit.
Am dritten Tag nach dem Ausbruch war der Aufstand praktisch niedergeschlagen. Die Zahl der Todesopfer wurde auf nahezu 150 geschätzt. Die SED bezog ihre demolierten Räume. Drei schnell einberufene Sondergerichte sprachen Urteile der Regierung Grotewohls. Was sich in der gesamten Zone an angestauter Volkswut entlud, wurde auch in Halle mit Hilfe sowjetischer Panzer zusammengewalzt. Eigenbilanz der Volkspolizei in Halle: 17 Tote, ein in der Saale ertränkter VP-Kommissar und eine nicht genannte Zahl von Deserteuren. SSD-Minister Zaisser erklärte jedoch vor dem Ministerrat: Die VP beklage in der gesamten Zone und Berlin nur vier Tote.
Was Minister Zaisser weiterhin verschwieg, ist der Geheimakten-Diebstahl in Halle. Auch die findigsten SSD-Agenten wissen noch nicht, ob die V-Leute-Kartei inzwischen in Westberlin wieder aufgetaucht ist.
Ebenso ungeklärt ist noch ein anderer Vorgang, der auf "Klassenfeinde" in der Vopo-Befehlsstelle schließen läßt. Minister Zaisser weiß bis jetzt noch nicht, wer den Befehl gab, zwei Vopo-Bereitschaften von Leuna nach Weißenfeld abzuziehen. Als die Vopo Leuna gerade verlassen hatte, brach dort ein Großfeuer aus. In Weißenfeld wurde aber gar keine Vopo benötigt, weil dort genügend russische Truppen bereitstanden.
Das SED-Politbüro brauchte mehrere Tage, bis es nach internen Sitzungen endlich die auch Karlshorst genehme Sprachregelung ausgebrütet hatte. Dann hagelte es Aufrufe und Flugblätter mit erbitterten Selbstanklagen, neuen Versprechungen und einem Neun-Punkte-Sofort-Programm ("Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung"), das nun jeden Tag in der Sowjetzonen-Presse beweihräuchert wird.
Da schreiben dann achtzigjährige Frauen "spontan", wie sehr sie sich schon darauf freuen, daß nun die Stromsperren fallen sollen, und ein Arbeits-Veteran aus Hennigsdorf spricht der Regierung seinen Dank dafür aus, daß in Zukunft bei Krankheitsfällen die Krankheitsdauer nicht mehr vom Erholungsurlaub abgezogen werden soll, was hier üblich war. So groß ist jetzt der Fortschritt.
Aber es werden auch Flugblätter verteilt, die den meuternden und wieder geduckten Arbeiter jetzt moralisch packen sollen, Flugblätter mit der Überschrift "Wie ich mich schäme!"
Darin steht, daß die so wenig vom Fortschritt der SED überzeugten Arbeiter eigentlich jedem Volkspolizisten persönlich danken müßten, "weil er nicht den Zeigefinger bewegt hat".
Wörtlich: "Vierschrötig kamt ihr daher. Sonnengebräunte Gesichter, muskulöse Arme, Nakken - gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt, man konnte es sehen ... Die Volkspolizei aber ließ euch ziehen. Sie schoß nicht. Warum wohl nicht? Versetzt euch mal in die Lage eurer Genossen Volkspolizisten ... Eine kleine Bewegung mit dem Zeigefinger hätte genügt, um dem ganzen Schwindel ein jähes Ende zu bereiten. Diese kleine

Bewegung mit dem Zeigefinger unterblieb.
"Unterblieb, nicht weil die Volkspolizei Angst hatte, sondern weil sie sehr, sehr mutig war. Für diesen Mut wird man der deutschen Volkspolizei künftig nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo Menschen wohnen die den Frieden lieben, sehr dankbar sein."
Und weiter: "Eure schlechten Freunde, das Gesindel von drüben, strich auf seinen silbernen Fahrrädern durch die Stadt wie Schwälbchen vor dem Regen. Dann wurden sie weggefangen. Ihr dürft wie gute Kinder abends um neun Uhr schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der deutschen Volkspolizei."
Autor dieser Moralpredigt im Stile Ilja Ehrenburgs ist der SED-Nachwuchs-Dichter "Nationalpreisträger" Kurt Bartel (Autorenname: Kuba). Alle Minister und Spitzenfunktionäre, wie Kuba, wurden vom SED-Politbüro angewiesen, sich in dem eben gestarteten "Feldzug zur Rückgewinnung des Vertrauens" zu bewähren. Sie fahren von Großbetrieb zu Großbetrieb, um "Vertrauenskundgebungen" abzuhalten und sich - wie kürzlich sogar SED-Generalsekretär Walter Ulbricht im Großdrehmaschinenbau "7. Oktober" in Berlin-Weißensee - selbst der Kurzsichtigkeit zu bezichtigen.
Aber auf dieses dialektische Zuckerbrot folgte sehr bald wieder die Peitsche: Es wird den Arbeiter-Rebellen vorgehalten, daß der ohnehin schon überstrapazierte DDR-Haushalt durch den Juni-Aufstand einen Produktionsverlust in Höhe von 85 Millionen Mark erlitten hat. Der soll nun durch Übersoll-Leistungen, durch zusätzliche Nacht- und Sonntagsschichten wieder aufgefangen werden.<<
Die Regierung der DDR berichtet später über den Volksaufstand im Juni 1953 (x243/206, x300/209): >>... Störungen in der Wirtschaft ... (führten) zu Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung und auch einem Teil der Arbeiter. ... Die imperialistischen Kräfte fürchteten aber die Festigung der Lage in der DDR. ...
Am 17. Juni gelang es Agenten ... in Berlin und einigen anderen Orten der Republik, einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen zu verleiten. ... Gruppen von Provokateuren und Kriminellen ... legten Brände ... und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht. ...
Durch das entscheidende Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse ... und gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen. ...<<
>>... Die in der DDR stationierten Truppen durchkreuzten durch ihr entschlossenes Eingreifen die Absicht des Imperialismus, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Westmächten als Anlaß für eine militärische Intervention dienen sollten. Im Geiste des proletarischen Internationalismus traten Seite an Seite Einheiten der Sowjetarmee, der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, klassenbewußte Arbeiter und andere Werktätige den Putschisten entgegen und setzten ihrem Wüten ein Ende.
Ernüchtert durch den faschistischen Terror und die offen verkündeten revolutionären Ziele der Putschisten, wandte sich die Mehrheit der irregeleiteten Werktätigen bald von ihnen ab und begann zu erkennen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatte. ...
Unter Führung der Parteiorganisationen der SED entfernten die klassenbewußten Arbeiter feindliche Elemente aus ihren Betrieben und halfen den Sicherheitsorganen bei der Zerschlagung zahlreicher Agentengruppen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Widerstand" in der SBZ (x009/485): >>Da der Bolschewismus die parteiliche Einseitigkeit seines Regimes fordert, nicht bereit ist, die Macht mit anderen Anschauungen und ihren Trägergruppen zu teilen und keinen Platz für eine konstruktive Opposition beläßt, bestehen für Andersdenkende in kommunistischen Staaten nur die Alternativen, die Flucht in den Westen zu wagen, wobei die Möglichkeiten für die Bewohner vieler Ostblockstaaten außer der SBZ, seit jeher gering

waren, sich in die innere Emigration zurückzuziehen, zu kapitulieren oder aber Meinungen und Gesinnungen und möglicherweise Verhaltensweisen zu vertreten, die vom Regime als "feindlich" verfolgt werden.
Vor allem 4 Gruppen von Opponenten sind in Erscheinung getreten:
Exponenten des bürgerlichen und bäuerlichen Konservatismus, vor allem aus der älteren Generation, die, vom Regime ohnehin als potentielle Klassenfeinde beargwöhnt, von vornherein einen schweren Stand hatten;
überzeugte Christen, und zwar sowohl Protestanten wie auch Katholiken aus den kleinen katholischen Enklaven - Eichsfeld! -, und hier auch vielfach Angehörige der jungen Generation (Junge Gemeinde);
Exponenten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, vor allem in den Räumen Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg und Ost-Berlin;
schließlich auch zahlreiche Vertreter der akademischen Intelligenz einschließlich des "parteilich erzogenen Hochschulnachwuchses".
Der Widerstand dieser Gruppen hat aber in der Regel nur die Form passiver Resistenz und der ängstlich im Privatbereich gehüteten Solidarität der Andersmeinenden angenommen, was zur Folge gehabt hat, daß das Regime trotz häufiger terroristischer Maßnahmen diesen Widerstand bis heute nicht hat brechen können.
Lediglich der Juni-Aufstand 1953 stellte eine gegnerische Großaktion von wirklich politischer Dimension dar, die ohne das Eingreifen der Sowjettruppen zweifellos zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt hätte.
Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die in der SBZ im Unterschied zu den übrigen Volksdemokratien günstige Chance zur Flucht, die im Jahresdurchschnitt von 150.000 bis 250.000 Personen wahrgenommen worden ist, im Laufe der Jahre zu einer Aushöhlung der Bereitschaft zum aktiven Widerstand geführt hat.
Dennoch finden sich in den Strafanstalten der SBZ 8.000 bis 12.000 politische Häftlinge. In den Jahren 1950 bis 1953 waren es etwa 25.000.<<
Die mitteldeutschen und sowjetischen Schüler werden später während des Geschichtsunterrichts über den Volksaufstand im Juni 1953 folgendermaßen informiert (x301/146): >>... Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in Berlin und einigen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten.
In Berlin und in einigen anderen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminellen. Sie legten Brände, rissen Transparente herunter, mißhandelten und ermordeten Funktionäre der Arbeiterbewegung, holten verurteilte Kriegsverbrecher aus Gefängnissen und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht.
Doch der junge sozialistische Staat bestand unter Führung der Partei auch diese Belastungsprobe. ... Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen.
Der Versuch, die DDR und den Sozialismus auf deutschem Boden gewaltsam zu beseitigen, war gescheitert. ...
Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erregte den Haß der reaktionären Kreise in Westdeutschland. Am 17. Juni 1953 versuchten bewaffnete Banden den demokratischen Sektor von Berlin und andere Städte zu erobern und die DDR an Westdeutschland anzugliedern.
Aber die Bevölkerung und Regierung der Republik gebot dem konterrevolutionären Abenteuer energisch Einhalt. Die Provokationen der Imperialisten gegen die DDR hörten auch in den folgenden Jahren nicht auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Verhalten der Volkspolizei im Verlauf des Juni-Aufstandes (x009/289): >>Während des Juni-Aufstandes 1953 gingen Teile der allgemeinen Volkspolizei (DVP) zum Volke über, doch die Wacheinheiten des MfS ließen sich von der SED überall bedenkenlos neben den Sowjettruppen gegen das Volk einsetzen.
Die Zuverlässigkeit der KVP, auf deren Einsatz die Sowjetunion vorsichtshalber nur in äußersten Notfällen zurückgriff, wurde nicht ernsthaft geprüft. Nach dem 17. Juni ging die Mitgliederzahl der GST stark zurück, da FDJ und SED im Zeichen des "Neuen Kurses" die Zwangswerbung für sie zunächst abschwächten.
Die Erfahrungen mit der Volkspolizei (DVP) und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie die Ungewißheit darüber, wie sich die Kasernierte Volkspolizei (KVP) im Ernstfalle bewähren würde, bewogen die Regierung zu ständiger Siebung und Härtung der KVP in politischer und militärischer Beziehung. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 (x287/207): >>... (In) der ehemaligen Reichshauptstadt streikten Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, was für sie mit erheblichen Lohnsenkungen verbunden gewesen wäre. Aus diesem Streik entwickelte sich am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR ein politischer Aufstand mit Forderungen nach freien Wahlen, Freizügigkeit in ganz Deutschland, ja nach der Einheit Deutschlands.
Kurz nach 11 Uhr wurde die auf dem Brandenburger Tor gehißte rote Fahne, das verhaßte Symbol der Zwangsherrschaft, unter Beifall Tausender Demonstranten heruntergeholt und zerrissen. Die ersten Schüsse peitschten auf. Um 13 Uhr verkündete der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Damit war der Arbeiteraufstand, der in der Bundesrepublik Deutschland als nationaler Gedenktag begangen wird, zusammengebrochen.
Die SED reagierte mit drakonischen Strafen, aber zugleich mit der Beteuerung, das "große nationale Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands, voranzubringen".
Anläßlich der Trauerkundgebung für die Opfer des 17. Juni betonten die Vertreter der Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juni 1953, daß diese erste Erhebung in einem kommunistisch regierten Land gezeigt habe, daß die Deutschen keine Sklaven mehr sein wollten.<<

25.06.1953

BRD: Der Bundestag beschließt am 25. Juni 1953 ein neues Wahlgesetz.
Künftig müssen die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.
Die "5 %-Klausel" soll vor allem den Einzug von kleineren Parteien ins Parlament verhindern und klare Mehrheiten ermöglichen.

Juni 1953

BRD: Dr. Otto Ulitz (1885-1972, Sprecher der oberschlesischen Landsmannschaft) erklärt im Juni 1953 während seiner Rede vor der Delegiertenversammlung in Nürnberg (x155/40-41): >>... Wir werden ein Europa schaffen, wenn jedes einzelne Volk die fremde Volkspersönlichkeit genau so anerkennt und achtet, wie es die Achtung und Anerkennung für seine eigene Volkspersönlichkeit fordert. ...
Staaten sind Schöpfung von Menschen, die Völker Schöpfung Gottes. Wir müssen dieses europäische Denken hineinsenken in unsere Brüder und Schwestern, wir müssen diese Gedanken hineintragen in unsere Jugend.
Die Aufgabe der Landsmannschaft erstreckt sich nicht in dem Kampf um materielle Güter, sondern vor allem in dem Gedanken der Sendung und der Rückkehr in die Heimat. Wir sind eine unglückliche Generation. Unsere Söhne ruhen auf den Schlachtfeldern der Welt, unsere unmittelbaren Erben leben nicht mehr. Unser Gedankengut sollen wir übertragen auf unsere

Jugend, die in vollständig neue Verhältnisse hineinwächst. Und das ist das Schwere an der Aufgabe; unsere Jugend mit dem Gedanken an die Heimat vertraut zu machen und zu erfüllen. Vielleicht ist es aber noch schwerer, sie mit dem Willen zu beseelen, in die Heimat zurückzukehren.
Es könnte der Tag kommen, an dem uns die Heimat wieder offen steht und der Ruf "Zurück in die Heimat!" findet keine Gefolgschaft mehr. ...
Mit Worten ist nicht viel getan. Auf sie müssen Taten folgen. Ein Beweis unserer Lebenstüchtigkeit ist die Tatsache, daß unsere Arbeiter selbst im übervölkerten Westen unseres Vaterlandes untergekommen sind, weil man Arbeitskräfte dieser Art liebend gern nimmt.
Wir sind keine Almosenempfänger, wenn wir auch mit leeren Händen dastehen. Wir bringen Werte mit. Wir bringen aus dem Osten die Kraft der innersten Überzeugung mit, den Glauben an die sittliche Kraft unseres Volkes, den Glauben an die Rückkehr in unsere Heimat.
... Wir Menschen des Ostens haben zu Staat und Volk eine Beziehung, die man am besten ausdrücken kann, wenn man sagt: Wir lieben unser Vaterland!
Wir glauben und hoffen, daß der Tag kommen wird, an dem wir auf den Grundlagen echten Christentums und sittlicher Werte als freie deutsche Menschen in unsere Heimat in einem friedlichen Europa der freien Völker werden leben können.<<

11.07.1953

DDR und Ost-Berlin: In der SBZ wird am 11. Juli 1953 der Ausnahmezustand aufgehoben. Nach offiziellen Angaben des SED-Regimes werden beim Arbeiteraufstand 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet.
Die Zahl der Getöteten liegt aber wahrscheinlich zwischen 200 und 300. In der Folgezeit werden noch viele Teilnehmer des Aufstandes inhaftiert und zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die SED ordnet später einen gemäßigten Kurs an, der nicht mehr ausschließlich durch Druck, sondern vor allem durch Agitation und Überredung geprägt wird.

20.07.1953

West-Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) enthüllt am 20. Juli 1953 im Innenhof des Bendlerblocks ein Ehrenmal, daß an den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime erinnern soll.
Das Mahnmal (Bronzefigur eines jungen Mannes mit gebundenen Händen) trägt folgende Inschrift (x102/64):
>>Ihr trugt die Schande nicht –
Ihr wehrtet Euch –
Ihr gabt das große ewig wache Zeichen der Umkehr –
Opfernd Euer heißes Leben –
für Freiheit, Recht und Ehre.<<

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 20. Juli 1953 (x095/156): >>... "Le Monde" ist schon seit einiger Zeit außerordentlich gehässig gegenüber Deutschland. Als ich in Paris war, sagte man mir, daß gewisse Gelder dahintersteckten. Selbstverständlich habe ich die von ihr wiedergegebene Äußerung nicht gemacht.
Ich habe immer, wenn ich von den Gebieten jenseits der Oder/Neiße sprach, aufgeführt, daß eine friedliche Verständigung zwischen einem freien Polen und Deutschland zur gegebenen Zeit herbeigeführt werden müsse. Ich könnte mir da verschiedene Möglichkeiten denken.
Es ist eine völlig Unwahrheit, wenn die Zeitung behauptet, daß für uns die Europäische Verteidigungsgemeinschaft allein das Mittel sei, sicher und schnell diese Provinzen ... zurückzugewinnen. ...<<

24.07.1953

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1953 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in

Höhe von 23,3 Milliarden DM entfallen 33,0 % auf Sozialleistungen und 31,3 % auf Besatzungskosten. ...<<

26.07.1953

BRD: Die Landsmannschaft Westpreußen veranstaltet vom 25. bis zum 26. Juli 1953 in Hannover ihr Bundestreffen (x155/42): >>... 8 Jahre nach dem verhängnisvollsten Kriege sind Europa und die Welt nicht zur Ruhe gekommen, weil eines der grundlegenden Menschenrechte, das angeborene Recht auf Heimat, nach wie vor verletzt wird. ...

Westpreußen, seit über 700 Jahren deutscher Kulturboden, kann die Brücke zwischen 2 Völkern im Rahmen einer europäischen Neuordnung werden ...

Wir fordern unsere Heimat Westpreußen für uns in einem Europa des Friedens und der Freiheit.<<

27.07.1953

Korea: Nach langen Friedensverhandlungen wird am 27. Juli 1953 in Korea ein Waffenstillstandsvertrag geschlossen.

Korea bleibt danach etwa längs des 38. Breitengrades in Nordkorea und Südkorea geteilt. Eine internationale Kommission soll den Waffenstillstand überwachen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Folgen des Korea-Krieges (x068/290): >>Die Verluste waren beträchtlich. Und hatten sich auch 15 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen schwach am Krieg beteiligt, die Hauptverluste trafen die Hauptbeteiligten. Die USA: mehr als 33.000 Tote, 100.000 Verwundete. Dazu, auf südkoreanischer Seite: 70.000 Gefallene und 500.000 getötete Zivilisten. Die Nordkoreaner und Chinesen hatten 2 Millionen Tote, darunter 400.000, die an kriegsbedingten Krankheiten umgekommen sind.

Die USA aber stützten und schützten weiter den Diktator Syngman Rhee (1948-1960) und seinen antikommunistischen Polizeistaat stalinistischer Prägung. Jeder Versuch der Opposition, dies Schreckensregiment durch ein parlamentarisches System zu ersetzen, wurde brutal erstickt. Eine Armee von Schnüfflern durchschwärmte das Land. Ungezählte Tausende verschwanden ohne reguläres Gerichtsverfahren in den Kerkern.

Man terrorisierte Studenten und Arbeiter, setzte Gas gegen sie ein, und die US-Truppen standen sozusagen Gewehr bei Fuß, um auch noch die übelsten Aktionen dieser Despotie zu decken. ...<<

04.08.1953

BRD: Der 17. Juni wird am 4. August 1953 durch ein Bundesgesetz zum Nationalfeiertag ("Tag der deutschen Einheit") erklärt (x101/34): >>Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher zum Symbol der deutschen Einheit geworden. ...<<

07.08.1953

BRD: Die Bundesregierung erläßt am 7. August 1953 ein Fremdrenten- und Ausländergesetz, um die Entschädigung nicht realisierbarer Versicherungsansprüche von ausländischen Flüchtlingen aus Osteuropa zu regeln.

23.08.1953

DDR: Die Sowjets verzichten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/366-368): >>Obwohl der Umfang der von Deutschland zu leistenden Reparationen praktisch erst mit dem Industriebeschränkungsplan vom März 1946 von den 4 Alliierten festgelegt wurde, führte die Sowjetunion bereits vor diesem Zeitpunkt in der SBZ umfangreiche Demontagen durch, von denen nicht bekannt ist,

ob die Gegenwerte dem Reparationskonto gutgeschrieben wurden. Eine Abrechnung über die Entnahmen wird kaum jemals erfolgen, da die Sowjets im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen ohne Zustimmung der Westalliierten ungeheure Entnahmen aus der laufenden Produktion forderten.
Nach Unterlagen aus dem sowjetzonalen Amt für Reparationen und nach Schätzungen westlicher Experten wurden von den Sowjets seit 1945 bis 1953, d.h. bis zur offiziellen Beendigung sowjetzonaler Reparationsleistungen an die Sowjetunion, Werte in folgender Form und Höhe entnommen:
a) **Beuteaktionen:** Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee war mit einem rücksichtslosen Beutezug verbunden. Ohne Registrierung wurden riesige Sachwerte aus öffentlichem und Privatbesitz beschlagnahmt und ostwärts verfrachtet. Ferner erbeuteten die Sowjets Milliardenbeträge an Reichsbanknoten, mit denen sie später deutsche Lieferungen und sonstige Leistungen "bezahlten". Der Wert der bei den Beuteaktionen entnommenen Gegenstände wird auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt; die Menge der erbeuteten Banknoten muß mit 6 Milliarden Mark angenommen werden.
b) **Demontagen:** Die Sowjets hielten sich nicht daran, kriegswichtige Industrien zu entfernen, sondern demontierten und beschlagnahmten auch für die Friedenswirtschaft unentbehrliche industrielle Kapazitäten.
Folgende Abschnitte der Demontagen sind erkennbar:
1. Welle vom Mai bis Anfang Juli 1945. Bis zum Beginn der Besetzung Berlins durch alle 4 Alliierten räumten die Sowjets hier alle nur irgendwie demontierbaren Fabriken, vor allem in West-Berlin, aus. Etwa 460 Berliner Betriebe wurden von den Sowjets voll demontiert und abtransportiert, davon 149 Betriebe des Maschinen- und Apparatebaues, 51 Metallurgiebetriebe, 46 Betriebe der Feinmechanik und Optik und 44 Betriebe der Elektroindustrie. Etwa 75 % der bei der Kapitulation noch vorhandenen Kapazitäten wurden betroffen.
2. Welle vom Anfang Juli bis Herbst 1945. Hiervon wurden industrielle Großbetriebe der ganzen Zone ebenso wie mittlere und kleinere Werke betroffen. Zu dieser Zeit begann auch der Abbau der zweiten Gleise auf sämtlichen Eisenbahnstrecken der Zone. Wieder wurden Produktionsstätten von Friedensindustrien abgebaut; Braunkohlenindustrie, Ziegeleien, Textil- und Papierfabriken usw.
3. Welle vom Frühjahr bis Spätsommer 1946. Nach einer vorbereiteten Liste wurden mehr als 200 große Industriebetriebe der chemischen Industrie, der Papierindustrie, Schuhfabriken, Textilwerke usw. demontiert.
4. Welle Oktober 1946 bis Frühjahr 1947. Obwohl Marschall Sokolowski bereits am 21.5.1946 die Demontagen für abgeschlossen erklärt hatte, setzte einige Monate später eine vierte Welle ein, von der z.B. die Zeiss-Werke Jena, Kraftwerke, Druckereien und einige Rüstungsbetriebe, die bis dahin für die Sowjets weitergearbeitet hatten, betroffen wurden.
5. Welle Herbst 1947. Nach einem weiteren halben Jahr wurden nochmals wichtige Betriebe der Friedensindustrie abgebaut: Braunkohlenwerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und weitere 1.100 km Eisenbahngleise.
6. Welle Frühjahr 1948. Bei dieser letzten Welle wurden 3 Betriebe, die vorher zu SAG-Betrieben erklärt worden waren, voll oder zum Teil demontiert, darunter Anlagen des Buna-Werkes in Schkopau.
Von den Demontagen wurden oft auch solche Betriebe betroffen, die inzwischen durch die deutschen Arbeiter wieder in Gang gebracht worden waren.
Der "Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung" gibt ... u.a. folgende Demontageverluste der SBZ im Vergleich zum Jahre 1936 an: Walzwerke 82 %, eisenschaffende Industrie 80 %, Hohlziegelerzeugung 75 %, Zementindustrie 45 %, Papiererzeugung 45 %, Energieerzeugung 35 %, Schuhindustrie 30 %, Textilindustrie 25 %, Zuckererzeugung 25 %, Braunkohlenberg-

bau 20 %, Brikettfabriken 19 %.
... Der Gesamtwert der Demontagen wird auf 5 Milliarden Mark geschätzt.
c) **Ausgabe von Besatzungsgeld:** Die Summe des verausgabten sowjetischen Besatzungsgeldes wird auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Nur ein Teil wurde für den eigentlichen Besatzungshaushalt verwendet. Der weitaus größte Teil des Geldes wurde für den Kauf solcher Güter verwendet, die die Sowjets außer den offiziellen Reparationen zu erhalten wünschten. Mit diesem Gelde wurden die zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Handelsgesellschaften und anfangs auch der Milliardenbeträge verschlingende Uranbergbau für die Sowjets finanziert. Von 1947 bis 1953 sind allein für den Uranbergbau 7,75 Milliarden Mark aufgewendet worden.
d) **Beschlagnahme von Betrieben als SAG-Betriebe:** 213 Betriebe der SBZ wurden 1946 von der Sowjetunion beschlagnahmt und als SAG-Betriebe fortgeführt. ... Als Mindestwert wird von Fachleuten die Summe von 2,5 Milliarden Mark geschätzt. Sie dürfte höher liegen und möglicherweise das Zwei- bis Dreifache davon ausmachen. Der Preis, den die SBZ-Regierung 1953 für den Rückkauf zu zahlen hatte, betrug mindestens 2,5 Milliarden Mark.
Vor der Übergabe in sowjetisches Eigentum mußten die Betriebe mit Finanzmitteln aus öffentlichen Haushalten ausgestattet werden. Vor dem Rückverkauf an die Sowjetzone wurden die Betriebe zum Teil von ihren Vorräten und Ausrüstungsteilen entblößt. Beide Formen der Entnahmen werden von Experten auf etwa 1 Milliarde Mark geschätzt.
e) **Lieferungen aus der laufenden Produktion:** Seit Wiederingangsetzung der Betriebe mußte die SBZ an die Sowjets erhebliche Teile der laufenden Produktion abliefern, und zwar in Form direkter Reparationslieferungen nach der Sowjetunion, Zulieferungen deutscher Betriebe an SAG-Betriebe, Lieferungen an die Sowjet-Armee, Lieferungen an sowjetische Handelsgesellschaften in der SBZ und Exporte für sowjetischen Nutzen.
Nur die direkten Reparationslieferungen nach der Sowjetunion wurden als Reparationen anerkannt. Alle anderen hier erwähnten Lieferungsformen sind jedoch ebenfalls als Reparationen anzusehen. Da die Sowjets dafür nur die unzureichenden "Stopp-Preise" des Jahres 1944 bezahlten, mußten den deutschen Lieferwerken umfangreiche Subventionen aus Steuermitteln geleistet werden.
Nach Unterlagen aus dem Amt für Reparationen haben die Sowjets von 1945-1953 Waren im Werte von 34,7 Milliarden Mark zu Stopp-Preisen aus der laufenden Produktion entnommen.
f) **Subventionen:** Die an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe 1946 bis 1953 gezahlten Preissubventionen für direkte und indirekte Reparationslieferungen und für Reparationsnebenkosten, d.h. die Kosten für Verpackung, den Versand frei Verwendungsort in der Sowjetunion und für Versicherungen werden mit 6,15 Milliarden Mark geschätzt.
g) **SAG-Entnahmen:** Aus den SAG-Betrieben entnahmen die Sowjets an Gewinnen und fingierten Gebühren bis 1953 etwa 3,55 Milliarden Mark. ...<<

Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen die nachstehenden Reparationsleistungen der SBZ:

Reparationsleistungen der SBZ von 1945 bis 1953:	**Mark (Mrd.)**
Verluste an Sach- und Kunstwerken durch Beuteaktionen	2,00
Verluste durch Demontagen	5,00
Leistungen, die mit erbeuteten deutschen Banknoten bezahlt wurden	6,00
Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden	9,00
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über Reparationskonten verrechnet wurden	34,70
Nebenkosten der Reparationslieferungen	2,85
Stopp-Preissubventionen an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe für Reparationslieferungen	3,30
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53	1,00
Gewinne aus SAG-Betrieben	3,55
Rückkauf der SAG-Betriebe	2,55
Insgesamt	**69,95**

In dieser Zusammenstellung sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

01.09.1953

DDR: Zur Fachausbildung und politischen Schulung von Mitgliedern und Führungskräften der LPG wird am 1. September 1953 die LPG-Hochschule in Meißen gegründet.

06.09.1953

BRD: Bei der 2. Bundestagswahl am 6. September 1953 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 %, FDP = 9,5 %, BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %, Sonstige = 5,1 %.<<

14.09.1953

DDR: Der Ministerrat beschließt am 14. September 1953, die Erzeugung von Verbrauchsgütern zu erhöhen.

September 1953

BRD: Die Bundesregierung beschließt im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhebt.

Hierzu zählen z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

01.10.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/129-130): >>1. Oktober 1953. Tausende von Menschen aus allen Teilen Deutschlands sind nach Friedland gekommen, um ihre Heimkehrer zu empfangen, ihnen an

den Zufahrtsstraßen zum Lager zuzujubeln, ihnen Blumen, Bücher, Geschenke zuzuwerfen, sie willkommen zu heißen.
Auch der Bundespräsident kam aus Bonn an die Zonengrenze, um auf dem großen Appellplatz des Lagers, "stellvertretend für das gesamte Volk", die Männer und Frauen aus der Gefangenschaft in seiner von Herzen kommenden Art zu begrüßen.
"Sie sollen spüren", so rief Theodor Heuss über den weiten Platz, "daß der seelische Grund des deutschen Volkes auf diesem Weg, der nicht immer leicht sein wird - wir sind kein Paradies. Sie stützen wird".
Die Heimkehrer lauschten still den Worten des alten Mannes, und sangen dann nachdenklich, aber aus tiefster Überzeugung: "Einigkeit und Recht und Freiheit ..."
Später schrieb der Bundespräsident in die Lagerchronik:
"Dieser 1. Oktober 1953, ein milder, blauer Herbsttag wird allen unvergeßlich bleiben, die die Heimkehr von 750 Männern miterlebten. Der Name Friedland soll für die Seele der Heimgekehrten im wahren Sinne des Wortes Symbol ihrer Hoffnung bleiben.
Theodor Heuß."<<
Österreich: Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums sind in der Zeit vom 1.01. bis zum 1.10.1953 insgesamt 2.117 nicht eingebürgerte Jugoslawien-Deutsche in folgende Länder ausgewandert (x006/128E): >>... USA (72), Kanada (999), Brasilien (60), Bundesrepublik Deutschland (898), Australien (68) und sonstige Länder (20).<<

05.10.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.
Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.
Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist, nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...
Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" –
"Gesucht wird ..."
Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<
Dr. Kurt Wagner (1911-2006, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes) berichtet damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.
In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.
Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.
Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt. Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermiß-

tenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen.
Für die Aufklärung der Schicksale der vermißten Zivilpersonen gibt es keine durchgängig anzuwendende Methode. Wohl kann man in vielen Fällen über die Befragung von Nachbarn der Verschollenen Aufklärung erhalten, aber nur über die Zeiten, in denen der heimatliche Zusammenhang noch nicht zerstört war. In den Katastrophen, die über die ostdeutsche Bevölkerung hereinbrachen, ist aber der nachbarschaftliche Zusammenhang fast vollständig zerstört worden.
Rein statistisch fehlen noch etwa 1,5 Millionen Reichsdeutsche und etwa 1,4 Millionen volksdeutsche Zivilpersonen. In den Nachforschungen muß festgestellt werden, welche davon durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in der Heimat oder auf der Flucht verstorben sind, nach Osteuropa verschleppt worden sind, in ihrer früheren Heimat, also ostwärts der Oder/Neiße oder in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgeblieben sind, im Ausland in Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden.
Wir müssen dafür sorgen, daß wenigstens das Schicksal derjenigen möglichst bald aufgeklärt wird, von denen angenommen werden kann, daß sie noch am Leben sind und der Hilfe der Heimat harren. Das gilt für die Verschleppten, für die im Ausland Zurückgehaltenen und ganz besonders für die Kinder, die von ihren Eltern oder Angehörigen getrennt noch irgendwo draußen leben.
Das Deutsche Rote Kreuz begrüßt deshalb die Hilfe der kirchlichen Heimatortskarteien, die Unterstützung der Landsmannschaften und das Interesse, das das Bundesministerium für Vertriebene dieser Arbeit entgegenbringt.
In seinen eigenen Nachforschungen nimmt sich das Deutsche Rote Kreuz insbesondere der Kinder, der in die Sowjetunion verbrachten deutschen Zivilpersonen, der im Ausland außerhalb der Sowjetunion in Lagern und Gefängnissen festgehaltenen Zivilpersonen und der in den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße und in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgebliebenen deutschen Zivilpersonen an. Zu den Hauptmitteln der Nachforschung gehört auch auf diesem Bereich die Befragung der Heimkehrer und Aussiedler.
Der Suchdienst Hamburg, der vom Deutsche Roten Kreuz mit der Zivilgefangenen- und Zivilvermißten-Nachforschung beauftragt ist, gliedert sich in drei Abteilungen, den Kindersuchdienst, die Abteilung für verschleppte Zivilpersonen und die Abteilung für im Ausland inhaftierte Zivilpersonen. ...
Vom DRK-Suchdienst waren insgesamt 90.000 Kinder als anhanglos aufgefunden erfaßt worden; von Eltern waren rund 195.000 Suchanträge nach Kindern eingegangen. Im März 1952 waren durch Kartei und Nachforschung genau 70.000 Kinder wieder mit ihren Eltern oder Angehörigen in Verbindung gebracht. Eine Anzahl Anträge hat sich auf andere Weise erledigt. Aber immer noch werden für 18.000 Kinder die Eltern gesucht, und immer noch wird nach 33.000 verschollenen Kindern geforscht. Seit längerer Zeit gleichbleibend werden monatlich 700 Kinder mit ihren Familien vereinigt, aber es gehen noch jeden Monat im Durchschnitt 80 neue Anträge ein.
Einige Zahlen über die Zivilgefangenen: Die Nachforschungen haben ein deutliches Bild über das lange ins Dunkel gehüllte Phänomen der Deportation ergeben. Man kennt jetzt die Sammellager und die Transporte, die 1945 aus Ostdeutschland und aus dem Donauraum nach Osten rollten, und kennt die Lager, in denen die Deutschen als "Displaced Persons" festgehalten werden. Noch mindestens 190.000 sind an Wiederaufbauarbeiten in der Sowjetunion tätig. Unsere Hoffnung besteht darin, daß die Tatsache ihrer Entdeckung zur Erleichterung ihres Loses beitragen möge, daß ihnen z.B. Erleichterung im Schriftverkehr mit der Heimat gewährt werde und daß die Arbeitsverträge bald ablaufen, damit sie wieder zu ihren Familien nach

Deutschland zurückkehren können. -
Über die deutschen Zivilpersonen, die noch in ausländischen Gefängnissen sitzen, haben Landsmannschaften, Heimatortskarteien, Rechtsschutzstellen und kirchliche Hilfswerke ihre Unterlagen dem Suchdienst Hamburg zu treuen Händen übergeben. Durch Heimkehrerbefragung wurden sie auf den neuesten Stand gebracht. Es sind von den insgesamt 35.000 deutschen Zivilpersonen, die sich in ausländischen Haftanstalten befanden, schon fast die Hälfte mit Namen bekannt. Die Arbeit wird nicht eher ruhen, bis auch der letzte, der noch in einem Gefängnis oder Straflager wartet, entdeckt ist. ...<<

07.10.1953

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (41/1953) berichtet am 7. Oktober 1953 über die deutschen "Spätheimkehrer": >>**Den letzten Mann heimholen**

Jeden Tag, wenn die Feuerwehrkapelle von Herleshausen an der Zonengrenze (zwischen Eisenach und Bebra) den Choral "Nun danket alle Gott" spielt, wissen die Arbeiter auf den in der Nähe gelegenen Kartoffelfeldern: Es ist wieder ein Transport mit Heimkehrern aus der Sowjetunion eingetroffen.
Dann drücken sich die olivgrün uniformierten sowjetzonalen Volkspolizisten jenseits der Grenzmarkierung in die niederen Büsche, um von weitem mit dem Fernglas den Empfang zu beobachten, den die westdeutsche Bevölkerung den ehemaligen "Kriegsverbrechern" bereitet. Die Vopos sehen nur einen winzigen Ausschnitt davon. Was sich anschließend auf der achtzig Kilometer langen Strecke vom Grenzort Herleshausen bis zum Entlassungslager Friedland bei Göttingen tut, bringt jedesmal die härtesten Männer aus der Fassung.
So wurden einmal siegreiche Truppen empfangen - mit Blumen, kleinen Geschenken, winkenden Tüchern, mit Küssen und weichen Frauenarmen, die sich um rissige Männernacken legen. Die jetzt nach acht oder neunjähriger Gefangenschaft aus sowjetischen Zwangsarbeitslagern heimkehren, haben den Tod und Schlimmeres besiegt. In den beizenden Rauch der bis in die lauen Herbstnächte glimmenden Kartoffelfeuer träufeln Tränen der Freude und der Trauer.
Die jetzt zurückkehren, kommen nicht - wie die Rußland-Heimkehrer von 1949/50 - zerlumpt und ausgemergelt, sondern sind größtenteils sonnengebräunt, relativ gut ernährt und voller Zuversicht, daß nun alles gut werden wird. Hinter dem Schlagbaum fiel sichtbar der Alpdruck der letzten Wochen: ob es nämlich wirklich ernst gemeint war, was die uniformen Zeitungen der Sowjets und die täglich an die "Plennis" (Rußland-Heimkehrer bzw. ehemalige deutsche Kriegsgefangene) verteilten Gazetten der Sowjetzone vor Wochen groß ankündigten:
- daß es einzig und allein der Fürsprache einer Regierungsdelegation der "DDR" zu danken sei, daß jetzt annähernd 13.000 wegen Kriegsverbrechen verurteilte deutsche Kriegsgefangene zu ihren Familien zurückkehren dürften.
Die Plennis wagten - nach mannigfachen Enttäuschungen - kaum noch, daran zu glauben, was ihnen die zivilen russischen Arbeiter auf den Baustellen im Swerdlowsker Bezirk oder in den Schachtanlagen vor dem Kohlenstoß unter Tage schon im Mai dieses Jahres zuflüsterten "Skoro domoi" (bald nach Hause).
Die erste vage Hoffnung auf Aufhebung der Kollektivstrafen dämmerte, als Josef Wissarionowitsch Stalin die Augen schloß, vier Wochen danach steckten Frauen von MWD-Offizieren einzelnen "Plennis" die Nachricht, daß ihre Männer die Akten der zunächst zu Todesstrafen verurteilten, später zu 25 Jahren Zwangsarbeiten "begnadigten" deutschen Offiziere und Soldaten an das Innenministerium nach Moskau einsenden mußten. Offensichtlich stehe eine Überprüfung der Urteile bevor.
In den Lagern begann es zu brodeln. Genährt durch die großzügige Amnestie, die nach Stalins Tod zahlreiche russische Zwangsarbeiter wieder in Freiheit setzte, keimten auch bei den deutschen Gefangenen neue Hoffnungen. Es hatte den Anschein, als hätten Stalins Nachfolger

etwas aus Dostojewskijs "Schuld und Sühne" gelernt. (Quintessenz: "Mann, Mann, ganz ohne Mitleid läßt sich's nicht leben.")
Das Eingeständnis "unverantwortlicher Irreführung" in der Moskauer Ärzte-Affäre und die Freilassung der Todeskandidaten des vorbereiteten Schauprozesses ließen auch Rückschlüsse auf die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenenfrage zu. Die Lager bekamen "Besuch".
Innenminister Lawrentij Berija schickte Untersuchungskommissionen aus Moskau in die zusammengeschrumpften Lager der deutschen Kriegsgefangenen. Das war gleich in den ersten Wochen nach Stalins Tod, als die Porträts des verblichenen Halbgottes auch aus den Amtsstuben der Lagerkommandanturen entfernt und durch die Konterfeis der Diadochen (Nachfolger) ersetzt wurden.
Berijas Kommissare aus Moskau stellten Fangfragen an die interessantesten "Plennis":
"Nu, was werden Sie sagen über die Sowjetunion, wenn Sie kommen nach Westdeutschland?"
Die unter besonders fadenscheinigen Vorwänden Verurteilten wurden separat getestet:
"Werden Sie erzählen, daß Ihre Verurteilung ungerecht war?
Werden Sie gehen zu die Amerikaner und uns machen schlecht?
Werden Sie noch mal die Sowjetunion überfallen, wenn man Ihnen gibt Waffen?"
Die meisten Antworten fielen so aus, wie die Entgegnung eines Arztes im Lager Perwo-Uralsk:
"Ich werde die Zeit, die hinter uns liegt, wie einen schmutzigen Mantel von mir werfen und nicht mehr daran denken ..."
Die rote Sphinx schien zum erstenmal seit acht Jahren wirklich zu lächeln.
Dann drangen die Meldungen vom Juni-Aufstand in der Sowjetzone bis in die Lager hinter dem Ural. Die Entlassungs-Vorbereitungen stockten. Plötzlich wurde Berija gestürzt. Hellwach verfolgten die ehemaligen Todeskandidaten in den Zwangsarbeitslagern jede kaschierte Meldung über die Diadochen-Kämpfe. Sie hatten gelernt, zwischen den Zeilen der "Prawda" und "Iswestija" zu lesen.
Nun erschien ihnen der bis dahin allmächtige Zar der roten Gestapo wie ein Lebensretter. Allem Anschein nach hatte ausgerechnet Berija die Entlassungen angekurbelt. Was nun, wenn mit ihm auch sein Entlassungsplan liquidiert wurde?
Niemand mochte mehr arbeiten. Die Erfüllung der Normen sank aufs Minimum. Dann wurde offiziell am 6. Juli - sechs Wochen vor der angeblich durch die DDR-Regierungs-Delegation in Moskau ausgehandelten Freigabe von rund 13.000 zu Zwangsarbeit verurteilten deutschen Kriegsgefangenen - mitgeteilt, daß die vorbereiteten Entlassungen fortgesetzt würden.
"Wir wagten immer noch nicht, daran zu glauben", sagt der ehemalige Oberstleutnant und Ritterkreuzträger Walter Peter Mohr, Hamburg, der im zweiten Spätheimkehrer-Transport zurückkehrte. "Man hat uns zu oft genarrt. Schon 1948/49, als das Hauptkontingent der noch überlebenden Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeschickt wurde, hatte man uns ähnliche Versprechungen gemacht. Wir wurden ins Theater, in die Philharmonie und zu Sportveranstaltungen ins Stadion geführt."
Einige Monate später wurde Mohr mit Hunderten von Stabsoffizieren in verschlossene Güterwagen gesperrt. Die Offiziere versuchten bei der Fahrt über die Dnjepr-Brücken bei Dnjepropetrowsk zu erkunden, ob der Zug nach Westen oder nach Osten rolle. Er rollte in die Täler des Ural. Die Sowjets behielten damals wohlweislich die meisten Stabsoffiziere und Generale zurück. Ebenfalls aussortiert wurden:
- Die ehemaligen I c der Heeres- und Luftwaffenverbände,
- Angehörige der Waffen-SS und von Eliteverbänden,
- Angehörige intellektueller Berufe, besonders Ingenieure, Juristen und Wissenschaftler.

Die Sowjets hatten auf ihre Art tabula rasa gemacht und stempelten die für sie interessanten Kriegsgefangenen durch fingierte Schnellgerichtsverfahren zu Kriegsverbrechern. Wer trotz

MWD-Terror und wochenlanger Haft standhaft blieb und kein individuelles Schuldprotokoll unterschrieb, wurde in die Kategorie der "Allgemein-Schuldigen" eingereiht. Es genügte allein die Tatsache, Angehöriger der "faschistischen Wehrmacht" gewesen zu sein und somit an der "Ausplünderung der Sowjetunion" mitgewirkt zu haben.
Nun waren sie alle Strafgefangene, vom kleinen Funker bis zum Kommandierenden General. Die sowjetischen Polit-Instrukteure gaben es auf, diese Rotte der Verlorenen noch kommunistisch zu behämmern. Offiziers-Renegaten der deutschen Wehrmacht, die einmal mit dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" kollaboriert hatten und schließlich doch im Zwangsarbeitslager gelandet waren, wurden gemieden wie Aussätzige.
Aus den knappen Gesprächen, die MWD-Offiziere mit den Verurteilten führten, troff immer wieder der Verdacht: "Wenn wir euch entlassen, macht ihr einen neuen Krieg, zusammen mit den anglo-amerikanischen Imperialisten."
Schon wegen dieser primitiven Verdächtigung haben es die Spätheimkehrer nicht gern, wenn sie nach Ankunft im Entlassungslager Friedland von britischen und amerikanischen Interrogatern (Verhörexperten) ausgefragt werden. Es wird ihnen allerdings anheimgestellt, die Auskunft zu verweigern mit dem Hinweis darauf, daß sie jetzt "in ein demokratisches Land zurückkehren, in dem es jedem freigestellt ist, zu reden oder zu schweigen".
Sie schweigen lieber über ihren Arbeitseinsatz auf den Baustellen am Wolga-Don-Kanal, über den Aufbau eines neuen metallurgischen Kombinats in Perwo-Uralsk im Swerdlowsker Bezirk, wo Walzwerksanlagen (Reparationslieferungen der Sowjetzone) installiert wurden, um Stahlblöcke zu nahtlosen Röhren auszuwalzen - maßgerecht für alle Kaliber der roten Artillerie.
Die Spätheimkehrer lassen sich auch nicht gern über Neuaufschlüsse von Kohlenflözen im Dongebiet ausholen, sondern reden dann schon lieber von den inneren Verhältnissen, so wie sie sich bei der täglichen Berührung mit der Zivilbevölkerung offenbarten. "Mit Nachdruck bemühen sich die neuen Sowjet-Machthaber um die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die "Sowjetmenschen" haben die Lumpen abgelegt und können sich jetzt besser kleiden", weiß z.B. der Transportführer des zweiten Heimkehrerschubs, Oberstleutnant a.D. Mohr.
"Auffallend ist auch die Zunahme der Motorisierung. Schlangen von Lastwagen wälzen sich über neue Asphaltstraßen. Auch kleinere Staatsfunktionäre und Stachanows können sich den Luxus von Personenkraftwagen leisten. Die großen Fahrzeug-Kombinate produzieren nachgebaute deutsche Kraftwagentypen am Fließband. Man merkt besonders in letzter Zeit die Tendenz, die dumpfe Unruhe nach Stalins Tod durch Preissenkungen und wirtschaftliche Verbesserungen zu kompensieren, als komme es jetzt primär darauf an, die Sowjetunion im Inneren zu festigen.
"Trotzdem haben wir mitunter besser gelebt als die Sowjet-Bürger, seit Lebensmittelsendungen aus der Heimat zugelassen wurden und meist ohne Verlust die Lager erreichten. Den Lebensmittelspendern ist es zu danken, daß wir heute noch leben. Diese Sendungen flossen in den beiden letzten Jahren so reichlich, daß unsere russischen Nachbarn im Ort Liza (bei Perwo-Uralsk) das Lager der deutschen Strafarbeiter in "Kapitaliza" umtauften." Die Verurteilten hatten es nicht mehr nötig, für eine Schnitte russischen Graubrotes Überstunden zu leisten.
Schlagartig verminderten sich die Todesfälle der Dystrophie. "Seit drei Jahren haben wir im Hauptlager Schachty am Don keinen Todesfall mehr gehabt", erinnerte sich der zurückgekehrte Lagerarzt. "Es sei denn, daß ältere Gefangene im Hospital an schweren Erkrankungen gestorben sind." (Vergleichszahl von 1946: Im Lager Sewastopol starben damals täglich 35 bis 40 Gefangene.)
Die "Plennis" blieben für den einfachen Sowjetmenschen bis zuletzt attraktive Figuren. Oft kamen jüngere Frauen an den Lagerzaun, um sich erzählen zu lassen, wie man in Deutschland

eine Ehe führt. Der Krieg hat die mittlere männliche Generation der Sowjetunion noch stärker geschröpft als in Deutschland. "König Mann" regiert in den meisten Aufsichtsfunktionen. Die Frauen müssen Schwerarbeit verrichten.
Hunderttausende von Familien werden durch häufigen Arbeitsplatzwechsel auseinandergerissen. Das Zusammenleben auf engstem Raum (meist zwei Familien in einer Kleinwohnung) veranlaßt vor allem die intelligenteren Paare zu künstlicher Geburtenbeschränkung. Nur in den ausgesprochenen Agrargebieten - im dumpfen Kral der Kolchosen - kennt die sprichwörtliche russische Furchtbarkeit keine Grenzen.
Leichter als die ausgeprägten Intellektuellen hatten es die rauhen Naturburschen unter den zwangsverurteilten "Plennis". Musterbeispiel: Oberleutnant a.D. Alfred Strunk, der vor einigen Tagen nach Dortmund zurückkehrte. Strunk, bekannter Boxer im Halbschwergewicht, war das zwischen Woroschilowgrad und Schachty berüchtigte enfant terrible für die Natschalniks (Aufseher) und Lagerkommandanten.
Strunk wurde nach mißglückter Flucht aus dem Plenni-Lager Sewastopol als Montageingenieur beim Schacht "Gigant" in der Nähe von Stalino eingesetzt. Der Boxer sah rot, als er Ende 1949 vor ein MWD-Tribunal geschleppt wurde, das ganz offensichtlich ein Urteil erfinden sollte, um ihn - während die Hauptentlassungswelle lief - als Fachkraft zurückzuhalten.
Strunk erzählt, er habe das Tribunal niedergeboxt, den Aktentisch zerschlagen und nach mehreren weiteren Verfahren schließlich zehn Jahre Zwangsarbeit wegen "Disziplinlosigkeit" geerntet. Da zeigte er seinen Bewachern erst recht die Faust. Russische Boxer traten an, um mit ihm ihre Kräfte zu messen. Erinnert sich Strunk: "Ein russischer Oberleutnant versetzte mir zwei Leberhaken, da gab ich ihm einen Uppercut und schlug ihn K.O."
Strunk kam in die Massenzelle eines Strafgefängnisses, zusammen mit Mördern und anderen kriminellen Verbrechern, denen er Boxunterricht gab. Dann boxte er weiter Wärter und Aufseher, bis ihm MWD-Funktionäre das kalte Eisen ihrer Pistolen ins Genick drückten. Sie bekamen mittlerweile Spaß daran, diesen "njemetzki tschort" ("deutschen Teufel") auf Nervenproben zu stellen. Strunk bestand sie jedesmal und stieg im Ansehen bei seinen Aufpassern.
Heute freut er sich: "In ihrer angestammten Vorliebe für brutale Kraft hatten die Russen bei mir etwas Ebenbürtiges entdeckt. Ich war ihr Typ." Sie drängten ihn oft: "Erzähl" doch mal, wie du in Deutschland geboxt hast" und befühlten seinen Bizeps. "Eto charascho" ("das ist gut").
Strunk hat noch im Januar einen Oberfeldwebel der Lagerwache gegen den Schlagbaum am Lagereingang geschmettert, weil dieser dem von ihm geleiteten Arbeitskommando das mitgebrachte Heizmaterial weggenommen hatte. Der MWD-Operativ-Leiter schüttelte den Kopf: "Strunk, kakaja mamuschka?" ("Strunk, was hast du bloß für eine Mutter gehabt").
Dann wurde ihm ein zusätzliches Jahr Gefängnis aufgebrummt.
Er saß diese Strafe aber nur wenige Monate ab, bekam auch in der Gefängniszelle Heimatpakete von westdeutschen Sportfreunden und wurde im Juni dem Lager Schachty zur endgültigen Entlassung überstellt.
Nach der Ankunft des Heimkehrertransportes in Frankfurt/Oder interessierten sich in Zivil gesteckte Vopo-Offiziere und Agenten des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes für den martialischen Lagerschreck. Sie versuchten, ihn für die "demokratische Sportarbeit" in der "DDR" zu interessieren, aber Strunk lehnte ab mit dem Hinweis auf die Propaganda-Transparente im Durchgangslager: "Deutsche an einen Tisch." Der Boxer fragte die Agenten: "Warum laßt ihr dann nicht einmal die Deutschen hier aus der Umgebung an uns heran?"
Die Vopos gerieten in Verlegenheit. Sie haben strikten Befehl, alle durchfahrenden Transporte ehemaliger "Kriegsverbrecher aus der Sowjetunion" auf den Stationen abzuriegeln. Nur ein kleiner Teil der in der Sowjetzone und in Berlin Beheimateten steigt in Frankfurt/Oder aus. Der größte Teil derjenigen, die ihre Familien in der Sowjetzone wissen, fährt weiter nach

Westdeutschland. (Die Wahl zwischen Ost und West wurde den Heimkehrern freigestellt).
Immerhin hat es die Sowjetzonen-Regierung übernommen, die durchreisenden Heimkehrer vor dem Übergang nach Westdeutschland neu einzukleiden und gut zu verpflegen. Man gibt ihnen aus dem beschränkten Sortiment der staatlichen HO-Läden das relativ Beste, damit niemand in Westdeutschland sagen kann, der große Bruder in Moskau schicke die endlich Entlassenen in Lumpen nach Hause.
Aber das Gefühl, wieder in Deutschland zu sein, kommt bei den Heimkehrern erst auf, wenn sie die weiße Markierung am Schlagbaum von Herleshausen hinter sich wissen. Dann atmen sie auf: "Jetzt sind wir erst richtig in Deutschland."
Sie jubelten dem Bundespräsidenten zu ("Hurra, Präsident Heuss, wir danken, wir danken ..."), als er ihnen am Donnerstag vergangener Woche im Lager Friedland persönlich versprach: "Wir müssen auch den letzten Mann heimholen."
Und sie begrüßten stürmisch den Bischof Heckel vom Evangelischen Hilfswerk, das ihnen viele Pakete nach Rußland geschickt hatte.
Das ist die größte Sorge der Zurückgekehrten: daß die Sowjets auch die noch versteckten kleineren Gefangenenkontingente nicht noch einmal auf Eis legen. Gut: sie haben angekündigt, rund 13.000 Verurteilte zu entlassen. Dabei scheinen nun auch - in der Endphase - die zurückgehaltenen Generale zu sein.
Die Heimkehrer aus Schachty wissen, daß es in drei Straflagern sogar noch unverurteilte ehemalige deutsche Soldaten gibt. Diese etwa 500 Nichtverurteilten hat der MWD absichtlich sowohl während der Hauptentlassungsaktion 1949/50 als auch während der allgemeinen Kommandourteile vergessen.
Sie passen in keine Kategorie, weil sie bis vor einiger Frist im Rüstungs-Kombinat "Molotow" arbeiten mußten. Sie wissen zuviel. Deshalb hinken sie jetzt bei der Entlassung noch hinter den formal Verurteilten her.
Die Spätheimkehrer, die in diesen Tagen den Schlagbaum des Grenzortes Herleshausen passierten, warnen vor Illusionen. Aus der Koordinierung ihrer Berichte erwächst die Erkenntnis, daß Bundeskanzler Adenauer irrte, als er im April dieses Jahres während seines Amerika-Besuches von "mindestens 300.000 Kriegsgefangenen und Deportierten" sprach, die noch in den Weiten der Sowjetunion zurückgehalten würden. Die meisten können nicht mehr zurückkehren. Sie sind gestorben und liegen längst in der lehmigen russischen Erde.
"Es mögen noch 15.000, höchstens aber 20.000 ehemalige deutsche Soldaten sein, die bis zu Beginn der neuen Entlassungsaktion von den Sowjets festgehalten wurden", schätzen sowohl Heimkehrer als auch Experten des Evangelischen Hilfswerks (das seit Jahren alle Heimkehrer-Aussagen auswertet) die Ziffer der Überlebenden.
"Wir müssen alle Illusionen zurückstellen. Die meisten der Vermißten sind in den ersten Hungerjahren gestorben." ...<<

08.10.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 8. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>8. Oktober 1953. Und die Glocke in Friedland läutet zu jedem Transport, der da Menschen aus der russischen Steppe oder den unendlichen Wäldern des Ostens bringt, deutsche Menschen, aber auch Angehörige anderer Nationen. Darunter einen der jüngsten Heimkehrer, jetzt 21 Jahre, mit 13 Jahren in Ostpreußen gefangengenommen und in das Innere Rußlands verschlagen. Zusammen mit einem der ältesten Gefangenen, einem 83jährigen General.
Die Glocke läutet für sie alle ...
Hoffentlich läutet sie bald für den Letzten, der da zurückkommen soll.<<

20.10.1953

BRD: Bundeskanzlers Konrad Adenauer bildet nach seiner Wiederwahl am 20. Oktober 1953

eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und BHE.

28.10.1953

Rumänien: Die "Nachrichten aus der Rumänischen Volksrepublik" begrüßen das Dekret Nr. 444/1953 vom 28. Oktober 1953 "über die Übergabe von Reserveländereien an die Kolchosen zur ewigen Nutzung ..." und vermerken dazu (x007/109E): >>Die Zahl der deutschen Kollektivbauern nimmt ständig zu. Immer mehr deutsche Kleinbauern und landlose Bauern befreien sich von den alten Anschauungen ... und sehen ein, daß der einzige Weg, der zu Glück und Wohlstand führt, der Weg der Kollektivwirtschaften ist.

Die Partei und Regierung kommen diesen werktätigen Bauern hilfsbereit entgegen und ermöglichen ihnen in vielen Fällen, den Kollektivwirtschaften ohne Grundbesitz beizutreten. ...<<

29.10.1953

DDR: Nach der "Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen der DDR" vom 29. Oktober 1953 müssen Personen, die die "DDR" vorübergehend verlassen, ihren Ausweis bei der Volkspolizei abgeben.

Für die Nichtabgabe kann gemäß § 10 der Verordnung eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe verhängt werden.

17.11.1953

Jugoslawien: Das Oberste Gericht der autonomen Provinz Wojwodina hebt am 17. November 1953 die Entscheidung des Bezirksgerichts Sombor vom 28. Juli 1951 wegen unrichtiger Auslegung des Enteignungsgesetzes mit folgender Begründung auf (x006/630-631): >>Nach den Vorschriften des Art. 1 Punkt 2 des Beschlusses vom 21. November 1944 über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates usw. und Art. 1 Punkt 2 seiner abgeänderten Fassung im Gesetz vom 31. Juli 1946 über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates und über die Sequestration des Vermögens abwesender Personen ist das Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsort, in das Eigentum der FNRJ schon am 6. Februar 1945 übergegangen, als der Beschluß in Kraft getreten war; die Durchführung der Konfiskation des Vermögens von Personen deutscher Volkszugehörigkeit beruht auf diesem Gesetz, das noch in Kraft ist, "so daß das in Frage stehende Vermögen im Sinne des Gesetzes schon mit dem 6. Februar 1945 als konfisziert zu betrachten ist, während die Durchführung dieser Konfiskation erst heute vollzogen wird".

Auf Grund dieser Entscheidung des Obersten Gerichts der APV ging im Jahre 1954 erneut eine neue Konfiszierungswelle durch die Wojwodina. Dabei kam es auch zu erneuter Überprüfung der Fälle, wo die Befreiung von der Enteignung bzw. die Rückerstattung des Vermögens von Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit den Ausnahmebestimmungen nach Art. 1 Punkt 2 a-e begründet war.<<

21.11.1953

DDR: Die SED-Regierung stimmt am 21. November 1953 der Abschaffung von Interzonenausweisen zu, stellt aber für jeden Reisenden Interimsausweise (Personalbescheinigungen) aus.

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 21. November 1953 (x095/163-166): >>... Die Wiederaufrichtung Preußens verlangt kein irgendwie maßgebender vernünftiger Mensch.

Die Ausführungen des Herrn Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages) sind das Produkt eines politisch nicht gereiften Menschen. ...

In Wirklichkeit – ich glaube, ich brauche das Ihnen wohl gar nicht zu sagen – ist Frankreich keine europäische Großmacht mehr und wird von den beiden anderen nur mitgenommen. Es kann erst wieder zu Bedeutung kommen, wenn es in die europäische Gemeinschaft hineingeht und in ihr sich wieder seiner Kraft bewußt wird. Ich bitte Sie, auch zu bedenken, daß die Lö-

sung der Saarfrage in französischem Sinne ein großes, sehr großes Opfer bedeuten würde. Es wird großer Schwierigkeiten bedürfen, eine Lösung, die vom deutschen Volke akzeptiert wird, zu finden.
Wenn die EVG und damit die europäische Gemeinschaft nicht zustande kommt, fürchte ich einen sehr bösen Rückschlag in der psychologischen Haltung des deutschen Volkes.
Ich bin ehrlich erschrocken darüber, wie stark die Stimmung in Frankreich seit den Tagen Schumans, insbesondere seit 1950, sich geändert hat. Ich glaube, das ist darauf zurückzuführen, daß seit 1950 das deutsche Volk wieder erstarkt ist. ...<<

15.12.1953

BRD: Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisiert am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:
"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."
Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.
Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.
Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...
Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: "Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."<<

30.12.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 30. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>30. Dezember 1953. In Wattejacken, Lammfellmützen auf den Köpfen, holzbesohlte Stiefel an den Füßen, aber strahlende, überglückliche Augen brachten die Omnibusse von der Zonengrenze in Herleshausen 60 Frauen aus Rußland mit. Frauen, die z.T. fast 10 Jahre in Gefangenschaft waren.
Sie wurden von Kopf bis Fuß neu eingekleidet, warfen übermütig ihre asiatischen Kopfbedekkungen in die Luft, fingen sie wieder auf, freuten sich unendlich, Kleider, Blusen und Röcke, richtige Frauenschuhe zu erhalten, stolzierten zunächst noch etwas unsicher und ungewohnt darin umher, verwandelten sich aber bald wieder in "Menschen wie du und ich".
Das neue Jahr soll auch für sie ein neues Leben bringen.
Wie sagte eine von ihnen? "Ich werfe hier alles, was ich mitgebracht habe, fort. Auch die Erinnerung. Ab morgen bin ich wieder "Fräulein", gehe umher wie jede andere, lasse mich frisieren, schlage in Modejournalen nach und tue so, als ob nichts gewesen wäre."
Ob sie es tatsächlich fertigbringen wird? 8 furchtbare, entsetzliche Jahre einfach abzustreifen, beiseitezulegen, aus dem Gedächtnis zu streichen? ...<<

31.12.1953

DDR: Die Sowjets geben am 31. Dezember 1953 die sog. SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften) an das SED-Regime zurück.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen

Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/397): >>... Die Nettogewinne der SAG-Betriebe (außer Uranbergbau) in den Jahren 1946-1953 werden auf etwa 3,5 Milliarden Mark geschätzt. Die "Rückgabe" in deutsche Verwaltung am 31.12.1953 war praktisch ein Rückkauf durch die Sowjetzonenregierung; der Kaufpreis hat mindestens 3,5 Milliarden Mark betragen. –
Über alle diese Entnahmen der Sowjetunion aus den SAG-Betrieben liegen weder von sowjetischer noch von sowjetzonaler Seite irgendwelche Abrechnungen vor. Die Beschlagnahme und Nutzung der deutschen Betriebe durch die Sowjets ist eines der trübsten Kapitel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen Handelsgesellschaften" in der SBZ (x009/397): >>Seit 1946 in der SBZ bestehende sowjetische Gesellschaften.
Ihre Hauptaufgabe war der Ankauf von Erzeugnissen sowjetzonaler SAG-Betriebe und der Export dieser Güter in Länder des Sowjetblocks oder des westlichen Auslandes. Bei den sowjetischen Handelsgesellschaften handelte es sich teils um Filialen Moskauer Handelsgesellschaften in der Zone, ... teils um sog. deutsch-russische Gesellschaften, ... teils um direkte Organe der sowjetischen Besatzungsmacht, wie die Wirtschaftsverwaltung der sowjetischen Besatzungstruppen (GSOW).
Inzwischen wurden einige sowjetische Handelsgesellschaften aufgelöst. Ihre Aufgaben übertrug man sowjetzonalen Stellen. Bis 1953 spielten die Sowjetischen Handelsgesellschaften infolge ihrer privilegierten Stelle eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben der Zone. Die sowjetzonalen Produktionsbetriebe mußten Aufträge der sowjetischen Handelsgesellschaften mit Vorrang vor deutschem Bedarf ausführen.
Die sowjetischen Handelsgesellschaften waren bis Ende 1953 auch im Veredelungsverkehr eingeschaltet; sie führten aus dem Ausland oder aus der Bundesrepublik Rohstoffe ein, die nach der Verarbeitung die SBZ wieder verließen. Als Veredelungsentgelt verblieben den Betrieben gewisse Prozentsätze des eingeführten Rohstoffes, die jedoch meistens ebenfalls nach Anweisungen der sowjetischen Handelsgesellschaften zur Fertigung von Waren für sowjetische Rechnung verwendet werden mußten.
Die Lieferwerke in der SBZ erfuhren in keinem Falle, welche Erlöse mit ihren Gütern erzielt wurden. Sie erhielten lediglich Gutschriften nach den 1944er Stopp-Preisen in Deutscher Mark Ost.
Der Export von Erzeugnissen der SBZ stellte für die Sowjets eine der ergiebigsten Quellen der Bereicherung dar. Seit Anfang 1954 wickeln die Sowjetischen Handelsgesellschaften ihre Geschäfte nicht mehr mit den Herstellbetrieben, sondern über die sowjetzonalen Außenhandelsorgane ab.<<
BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133-134): >>Diese kalte Silvesternacht am Ende des alten Jahres unter der Friedensglocke in Friedland werde ich nie vergessen.
Während ringsum im weiten Land der Abschied des Jahres 1953 in den Gaststätten und Häusern gefeiert wurde, standen genau zur gleichen Stunde in Friedland Männer mit Tränen in den Augen, heimgekehrt aus langer Gefangenschaft, und sangen aus übervollem Herzen: "Nun danket alle Gott".
... Zu ihrer Begrüßung sprach in einer eindrucksvollen, nächtlichen Feierstunde, nebst Vertretern der Regierung, Landesbischof Dr. D. Lilje von der Hannoverschen Landeskirche für die geistlichen Würdenträger beider Konfessionen.
"Dieses ist eine unvergeßliche Silvesternacht", sagte der Bischof. "Die allmächtige Hand, die jeden von Euch hierher geführt hat, wird Euch auch in kommenden Jahren weiterführen."
Tränen der Ergriffenheit standen den Heimkehrern, Internierten, Frauen und Männern, Zu-

schauern und auch den offiziellen Gästen in den Augen, als der Bischof zum Schluß alle aufforderte, mit ihm gemeinsam das "Vater unser" zu beten.
Tausende erlebten diese Feierstunde an den Lautsprechern mit.
806 Heimkehrer versuchten noch rechtzeitig im alten Jahr nach Friedland zu kommen. Sie überquerten, bevor die Glocken das neue Jahr einzuläuten begannen, zu Fuß in kleinen Gruppen die Zonengrenze bei Herleshausen und hörten dort durch den Rundfunk die Übertragung der Sylvesterfeier in Friedland. Alle blieben stehen, lauschten und sangen dann mit dem Posaunenchor der Göttinger Stadtkantorei das alte Lied "Lobe den Herren ..."
Keiner der vielen Menschen, die an die Zonengrenze geeilt waren, um die Heimkehrer zu begrüßen und vielleicht Angehörige unter ihnen zu finden, rührte sich während dieser Übertragung vom Fleck. ...
Für einen von den 806 wurde die Sylvesternacht zur Todesnacht. Auf der Fahrt von der Zonengrenze bis nach Friedland erteilte ihn der Tod durch Herzschlag. ...<<
Ende 1953 ist die "BILD-Zeitung" mit einer Auflage von über 6.000.000 Exemplaren die auflagenstärkste deutsche Tageszeitung (x175/477).
UdSSR: Ein deutscher Heimkehrer schreibt Ende 1953 über die Zustände in den letzten sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/359): >>... Man muß diese Armee des Elends gesehen haben. Körperlich ruiniert durch Jahre und Jahrzehnte unter barbarischen Bedingungen in Haft, schlecht gekleidet, zahnlos, in überfüllten Baracken zusammengepfercht, tuberkulös, herzkrank, jede Woche werden einige von ihnen in der Tundra verscharrt.<<

1953

DDR: Im Jahre 1953 fliehen 331.390 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.
BRD: Im Jahre 1953 werden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 leben in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besitzen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen sind Untermieter (x038/481-482).
China: Nach Abschluß der Verteilung von Grund und Boden an die chinesischen Bauern beginnt im Jahre 1953 die maoistische Kollektivierungspolitik.
Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung berichtet im Jahre 1953 über die Zukunft Chinas und der Kommunistischen Parteien (x069/198): >>... Bis 1960 wird die militärische, wirtschaftliche und industrielle Macht Chinas so weit entwickelt sein, daß die herrschende Clique Japans auf eine bloße Machtdemonstration der Sowjetunion und Chinas hin kapitulieren wird. Unmittelbar darauf wird auch Indien fallen. Ist einmal Indien gewonnen, so lassen sich die Probleme mit den Philippinen und den arabischen Ländern mit Leichtigkeit lösen. Diese Aufgabe kann 1965 vollbracht sein.
Eine revolutionäre Welle wird dann über den afrikanischen Kontinent hinweggehen. Diese mächtige Bewegung ließe sich vielleicht noch früher auslösen.
Sind Asien und Afrika einmal von den kapitalistischen Ländern Europas getrennt, so wird Europa einen totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben. Seine Kapitulation wäre nicht mehr als die Folge aus den vorangegangenen Ereignissen, und schließlich würde die Weltrevolution vollendet durch die Kapitulation der Neuen Welt.<<

1954

> Die Zukunft hat viele Namen: für Schwache ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance.
> *Victor Hugo (1802-1885, französischer Dichter)*

01.01.1954

DDR: In einigen Zweigen der "volkseigenen" Wirtschaft wird ab 1. Januar 1954 zunächst versuchsweise die Produktions- und Dienstleistungsabgabe nach dem Vorbild der sowjetischen "differenzierten Umsatzsteuer" eingeführt.

Sie tritt an die Stelle der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer und der Verbrauchsabgaben.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Produktions- und Dienstleistungsabgabe" (PDA) in der SBZ (x009/341): >>Als Nachahmung der "differenzierten Umsatzsteuer" der Sowjetunion in der SBZ erstmals in einigen Zweigen der "volkseigenen" Genußmittelindustrie mit Wirkung vom 1.1.1954 zunächst versuchsweise, dann durch "Verordnung über die Produktionsabgabe und Dienstleistungsabgabe der volkseigenen Dienstleistungsbetriebe" vom 6.1.1955 in der gesamten "volkseigenen" Wirtschaft eingeführt.
Die Produktionsabgabe als Bestandteil der Industrieabgabepreise eines Produktes wird in der "volkseigenen Industrie" grundsätzlich für ein Produkt nur einmal erhoben. Ist durch Bearbeitung oder Verarbeitung ein neues Produkt mit anderen Eigenschaften entstanden, wird sie erneut berechnet.
Zahlungspflichtig sind die Betriebe der "volkseigenen Industrie". Die Zahlungspflicht entsteht im Zeitpunkt des Umsatzes des Produktes. ...
Zur Zahlung der Dienstleistungsabgabe sind die "volkseigenen Dienstleistungsbetriebe" und die Betriebe der "volkseigenen Industrie", soweit sie Dienstleistungen ausführen, verpflichtet.
Mit der Einführung der Produktions- und Dienstleistungsabgabe entfällt die Erhebung der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer und der Verbrauchsabgaben.
... Durch die Kurzfristigkeit und Stetigkeit der Abführungen soll die Haushaltsstabilität gesichert werden, d.h. der Staat soll eine gleichmäßig und schnell fließende Quelle an Geldmitteln laufend zur Verfügung haben.<<
Die sowjetische Wismut-AG (Uranbergbau in der SBZ) wird ab 1. Januar 1954 in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Uranbergbau" in der SBZ (x009/449): >>Der Uranbergbau in der SBZ wird von der sowjetischen Wismut-AG, seit 1.1.1954 angeblich zu einer deutsch-sowjetischen Aktiengesellschaft umgewandelt, betrieben.
Die Sowjets schufen damit ein völkerrechtliches Novum, da erstmalig die Siegermacht eines Krieges ohne Fühlungnahme mit früheren Verbündeten nach eigenem Ermessen in dem von ihr besetzten Gebiet die Bodenschätze als Reparationsleistung ausbeutet. ...
Die Hauptverwaltung Wismut-AG in Siegmar-Schönau bei Chemnitz (Sachsen) untersteht direkt sowjetischen Stellen in Moskau. Auch die Umfirmierung der Wismut-AG in eine sog. "deutsch-sowjetische Gesellschaft" 1954 hat nichts daran geändert, daß es sich um ein rein sowjetisches Unternehmen handelt.
... Die Wismut-AG hat seit 1946 systematisch allen Boden der SBZ, der irgendein Uranvorkommen vermuten ließ, durch sog. "Geologenbrigaden" nach Uranvorkommen untersucht. Nach vergeblichen Schürfungen im Harz und im Zittauer Gebirge, die 1951/52 wieder eingestellt wurden, konzentriert sich der Uranbergbau gegenwärtig auf folgende Gebiete:
1. Erzgebirge und Vogtland mit Hauptzentren um Johanngeorgenstadt, Falkenstein und Schneeberg;
2. Thüringen mit Hauptzentrum Ronneburg.
Nach zuverlässigen Schätzungen betrug der Beschäftigungsgrad bei der Wismut-AG im Herbst 1951 etwa 225.000. Diese Zahl entsprach rund 10 % aller Beschäftigten in Industrie und Bergbau der SBZ. Gegenwärtig dürften noch immer etwa 140.000 Arbeitnehmer tätig sein. Die Ausbeutungsergebnisse des Uranbergbaus werden streng geheimgehalten. –
SED und FDGB unterstützen die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte für den sowjetischen Uranbergbau. Trotz der Lohnkürzung seit Mitte Mai 1950 werden im Uranbergbau noch relativ hohe Löhne gezahlt. Sie stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistun-

gen.
Art und Höhe der Finanzierung liegen völlig im dunkeln, da weder aus dem Staatshaushalt noch aus Unterlagen der Planungsstellen offene Angaben ersichtlich sind. Rückschlüsse aus der wechselnden Zahl der Beschäftigten und den im Erzbergbau allgemein üblichen Kosten ergeben allein für 1946 bis 1953 einen Gesamtaufwand von 7,75 Milliarden Mark. ... Die Ausbeute ist, besonders im Erzgebirge, in den letzten Jahren zurückgegangen. Trotzdem - so wird von Fachleuten geschätzt - dürfte vielleicht erst wenig mehr als die Hälfte der Uranvorräte abgebaut sein. Die Vorräte im Raum Ronneburg sollen, bisherigen Personalbestand vorausgesetzt, eine Abbautätigkeit von etwa 15 Jahren ermöglichen.<<

03.01.1954

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Januar 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/134-136): >>3. Januar 1954. Der Bundeskanzler besuchte Friedland, hielt eine Ansprache an die Heimkehrer, sprach mit ihnen und ließ sich zu den Kranken und Schwachen in den Sanitätsunterkünften führen.
Täglich gehen bei der Lagerleitung bis zu 4.000 Anfragen nach dem Schicksal ehemaliger deutscher Soldaten ein, die irgendwo noch in Kriegsgefangenschaft sein sollen ...
Lagerleiter Dr. Freßen ... sagte zu mir: "Das Schönste an diesem Lager ist der Geist aller, die dabei helfen, den Entlassenen die ersten Stunden in der Heimat nicht unnötig durch die unvermeidliche Schreibarbeit zu erschweren, ihnen den Aufenthalt bei uns so angenehm zu machen, daß sich jeder gern an Friedland erinnert.
Dieser Geist der Uneigennützigkeit, des Dienstes am Ärmsten, der unaufdringlichen Betreuung, des guten Herzens, des persönlichen Opfers – dieser Geist ist seit der Gründung dieses Lagers hier zu Hause. Es ist schön, mit solchen Menschen im Interesse der Sache arbeiten zu können."<<

07.01.1954

DDR: Die SED gründet am 7. Januar 1954 das "Ministerium für Kultur".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sprache" in der SBZ (x009/414-415): >>Unter dem Eindruck des Parteijargons verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. ...
Das Weltanschauungsmonopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungswirtschaft (Produktionssteigerung, Plandisziplin, Erreichung des "Weltniveaus"), der militante Stil des Klassen- und Friedenskampfes, die bewußte Anlehnung an die Sowjetunion - all das durchsetzt auf dem Wege über die Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und kulturelle Massenarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der pseudophilosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache.
Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin (der Überbau hilft der Basis, Marxismus-Leninismus) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (Tarnungen), ... der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Gesetzlichkeit, Mitbestimmung, Sozialismus, Wahlen usw., der Kampf gegen den "Klassenfeind", vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhnler u.a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und ei-

genem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der Sprache der jeweils maßgebenden Parteigrößen an, und Nichtkommunisten folgten ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das "Partei-Chinesisch", nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen.
Die Verluderung der Sprache ist auch in der SBZ beobachtet und von einigen Einsichtigen (Becker, Klemperer, Weiskopf, Zweig) kritisch und warnend behandelt worden, doch wurden die spezifisch "gesellschaftlichen" Ursachen von ihnen begreiflicherweise übersehen.
Der Spracherziehung dient, unter Wahrung der Tabus und mit klassenkämpferischen Einschlägen, die unter Mitwirkung der Redaktion des sowjetzonalen "DUDEN" ... herausgegebene Monatsschrift "Sprachpflege". ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Parteijargon" in der SBZ (x009/320): >>Zunächst die Fach- oder Sondersprache der SED und ihrer Apparatschiks, im Wortschatz, gelegentlich auch im Satzbau beeinflußt von der Sprache der geistigen Väter ...
Da die gesamte Literatur vom Flugblatt bis zum Dichtwerk, von der Fibel bis zum wissenschaftlichen Kompendium mit Ideologie und Politökonomie durchsetzt ist, breiten sich die Elemente des Parteijargons sowohl in der Umgangssprache wie in der Schriftsprache aus, der in Diktaturen unvermeidliche extreme Konformismus, andererseits das Tarnungsbedürfnis der Oppositionellen oder "Abseitsstehenden" fördern diese Ausbreitung, mit der sich die Sprache der SBZ schließlich qualitativ verändert und von der unseren (in Westdeutschland) fortentwickelt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Zensur" in der SBZ (x009/499): >>Nach dem Wortlaut der Verfassung findet in der SBZ "Pressezensur nicht statt", sind "die Kunst der Wissenschaft und ihre Lehre frei".
Vor- und Nachzensur durch die SMAD wurden von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben, und die Kontrollfunktionen gingen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über.
Wie im Dritten Reich und in vielen anderen "modernen" totalitären Systemen wird mit den Methoden der Lizensierung von Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenpolitik, der Zulassung, Anleitung und Kontrolle von Verlagen, Lektoren, Redakteuren Kulturschaffenden seitdem eine sehr wirksame Zensur ausgeübt; es werden also im allgemeinen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt. Immerhin sind auch zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mußten.
Die Zensur der Presse funktioniert im allgemeinen so, daß Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten, Zeitschriften vom Ministerium für Kultur zensiert sein müssen (seit der Errichtung der DDR ist keine einzige Zeitung mehr lizenziert worden) und keine anderen Nachrichten als die des ADN bringen dürfen; die Post befördert nur periodische Druckerzeugnisse, die in der Postzeitungsliste enthalten sind; alle Druckerzeugnisse bis hinunter zu den Briefbögen und Familienanzeigen müssen vor dem Druck (aus Gründen der Papierwirtschaft) zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung wird versagt, wenn sie nicht "den Grundsätzen des sozialistischen Aufbaus sowie den kulturpolitischen Erfordernissen" entsprechen.
Schließlich wird häufig eine Nachzensur in der Form der öffentlichen Kritik und Selbstkritik geübt, die durch gelenkte "spontane" Mißfallensäußerungen der Werktätigen erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Russifizierung" in der SBZ (x009/374): >>In der SBZ die von der Besatzungsmacht und der SED systema-

tisch betriebene Förderung des Vordringens russischer Kulturgüter, am eindrucksvollsten dokumentiert in den Lehrplänen und Lehrbüchern aller Schulgattungen, aber auch im Kunst- und Musikleben, auf dem Büchermarkt, in der Architektur, ja selbst in der Technik überall nachweisbar.
Russifizierung darf nicht mit Sowjetisierung verwechselt werden, geht aber Hand in Hand, indem nur solche russischen Kulturleistungen herausgestellt werden, die als "fortschrittlich" im bolschewistischen Sinne gelten oder entsprechend zurechtgemacht sind.
Da das derart verbreitete Bild vom Russentum mit der geschichtlichen Wahrheit nicht übereinstimmt, kann auch nur mit Einschränkung von echter Russifizierung gesprochen werden. ...<<

28.01.1954

BRD: Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen berichtet am 28. Januar 1954, daß bei der Vertreibung über 300.000 Sudetendeutsche umgekommen sind.
Von den überlebenden 3 Millionen Sudetendeutschen leben etwa 1,9 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland (x159/35).

04.03.1954

DDR: Gemäß Verordnung vom 4. März 1954 wird das Gewinnspiel "Lotto" eingeführt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lotterie" in der SBZ (x009/267): >>Lotto: In der SBZ eingeführt durch Verordnung vom 4.3.1954, nachdem die Propaganda die Spieleinrichtungen der Bundesrepublik heftig angegriffen hatte.
Träger des Lottos ist der "VEB Zahlenlotto" (Leipzig), der der Aufsicht des Finanzministerium untersteht. ...
Angeblich sollen 60 % der eingezahlten Spieleinsätze zur Gewinnausschüttung kommen und der Reinertrag entsprechend dem Aufkommen in den Bezirken anteilmäßig den Räten der Bezirke zur Förderung des "Nationalen Aufbauwerkes" zur Verfügung gestellt werden. ...
Ab 1958 sollen mindestens 75 % der den Bezirken im Planjahr aus Lottoeinnahmen zufließenden Beträge als Finanzierungsquelle für den volkseigenen Wohnungsbau eingesetzt werden. ...<<

25.03.1954

DDR: Die Sowjetunion gibt am 25. März 1954 eine Souveränitätserklärung für die "DDR" ab, aber die DDR bleibt weiterhin von der Sowjetunion abhängig (x009/66).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Souveränität" der DDR (x009/395-396): >>Den Anspruch auf Souveränität erhebt die SBZ seit dem 25.3.1954, seit ihr die Sowjetunion die Souveränität zusprach. ...
"Die DDR ist ein souveräner Staat, der frei nach eigenem Ermessen über seine internen und äußeren Angelegenheiten entscheidet, ohne die Rechte anderer Staaten und die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts zu verletzen. Durch die allseitige Mitarbeit der Bevölkerung an allen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, durch ihre Einflußnahme auf die Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ist in der DDR auch zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands die Volkssouveränität verwirklicht." –
Von einer echten demokratischen Rechtfertigung ihrer angemaßten Souveränität durch freie, geheime, unmittelbare Mehrlisten-Volkswahlen wagt das Regime der SBZ nicht zu sprechen. ...<<

31.03.1954

Rumänien: Die Arbeitslager für den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals werden am 31. März 1954 allmählich aufgelöst.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals (x007/236): >>Die im Jahre 1949 begonnenen Arbeiten an dem Regierungsprojekt des Donau-Schwarzmeer-Kanals wurden fast ausschließlich von

Zwangsarbeitern und Häftlingen verrichtet, die in mindestens acht Lagern unter zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen untergebracht waren.
Unter diesen Zwangsarbeitern befanden sich auch zahlreiche Volksdeutsche, die wegen unerlaubten Grenzübertritts und anderer Delikte verurteilt oder ohne gerichtliches Urteil zur Arbeit verpflichtet worden waren. Die Verlustziffern waren sehr hoch. Die Arbeiten wurden im Jahre 1953/54 eingestellt.<<

07.04.1954

BRD: Der Bundestag lehnt den Souveränitätsanspruch der "DDR" am 7. April 1954 einstimmig ab (x156/7): >>Der Deutsche Bundestag erklärt, daß das deutsche Volk sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen wird.
Er wiederholt die Feststellung, daß das kommunistische Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nur durch Gewalt existiert und keine Vertretung des deutschen Volkes ist. Die Bundesregierung als einzige demokratisch und frei gewählte deutsche Regierung ist allein berechtigt, für alle Deutschen zu sprechen.
An dieser oft bekundeten Stellungnahme hat sich durch die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 25. März 1954 nichts geändert.<<

14.04.1954

DDR: Innenminister Willi Stoph, Chef der KVP, erklärt am 14. April 1954, daß er es für erforderlich hält, "... den Ungeist des Pazifismus ... entschieden zu bekämpfen" (x009/290).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" der DDR (x009/290): >>Die SED konnte es damals noch nicht wagen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, obgleich diese zu den grundsätzlichen Forderungen marxistisch-leninistischer Militärpolitik gehört.
Die Propaganda für die Militärpolitik stößt weiterhin auf den Widerwillen der Bevölkerung ...<<

24.04.1954

BRD: Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen fordert am 24. April 1954 die Wiedervereinigung des Landes (x155/45): >>Die Wiedervereinigung Deutschlands muß in Zukunft das erste und oberste Ziel der deutschen Politik sein. ...
Dem ersten Schritt, der Vereinigung von Bundesrepublik und Sowjetzone, muß die Rückgabe der Heimat an die Vertriebenen nachfolgen.
Die Bundesregierung hat die Aufgabe, das Unrecht der Vertreibung und den Anspruch der Vertriebenen auf Wiedergutmachung klarer und energischer als bisher im Bewußtsein des deutschen Volkes und der ganzen Welt wachzuhalten und zu verteidigen.
Jeder Deutsche ist aufgerufen, für die friedliche Erreichung dieses Zieles mit ganzer Kraft einzutreten.<<
Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisiert ferner die Regelung der "Saarfrage" (x155/45): >>Die Saar ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches genauso wie die reichsdeutschen Vertreibungsgebiete östlich der Oder-Neiße. ...
Die Vertriebenen bestehen darauf, daß deutsche Rechte auf die Saar nicht preisgegeben werden. Eine Europäisierung der Saar ist nur möglich im Zuge einer gesamteuropäischen Entwicklung. ...<<

06.05.1954

DDR: Die SED-Regierung beginnt am 6. Mai 1954 mit einer Ferienaktion für westdeutsche Kinder.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ferienaktion" in der SBZ (x009/126): >>Die SED, die Staatsbehörden, die FDJ samt ihrer "Pionierorganisation Ernst Thälmann" und der FDGB veranstalten alljährlich große Ferienlager für Schüler und

andere Jugendliche.
Für diese Lager in Zelten, Baracken und Heimen wenden SED, Staat und Massenorganisationen viele Millionen auf.
In der "Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder in der DDR" vom 4.3.1957 heißt es: "Die Kinderferiengestaltung ... dient vor allem der Erholung der Kinder und trägt zur sozialistischen Erziehung bei." Der "Einfluß der Arbeiterklasse" soll gesichert werden, unterstützt durch "die Tätigkeit der FDJ" und der "Pionierorganisation Ernst Thälmann". § 4 bestimmt: "Der zentrale Ausschuß für Kinderferiengestaltung ist für die Anleitung und Kontrolle der Kinderferiengestaltung verantwortlich." Er wird gelenkt vom Amt für Jugendfragen, das dem Ministerium für Volksbildung untersteht.
Mit dieser Propagandaeinrichtung sucht die SED seit 1954 (mit Hilfe ihrer Tarnorganisationen) auch Kinder aus der Bundesrepublik zu erfassen. Dafür warb, im Auftrag des Amtes für Jugendfragen, die Organisation "Frohe Ferien für alle Kinder" (in Düsseldorf), die am 1.7.1961 in der Bundesrepublik als verfassungswidrig verboten wurde. ...<<

07.05.1954

Vietnam: Die französischen Truppen der Festung Dien Bien Phu kapitulieren am 7. Mai 1954.
Damit geht der letzte französische Stützpunkt verloren. Frankreichs Kolonialherrschaft in Indochina wird dadurch endgültig beendet.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Vietnams (x192/457): >>... In Indochina, das wieder seinen alten Namen Vietnam erhielt, endete ein Befreiungskrieg 1954 mit der Niederlage der Franzosen bei Dien Bien Phu; auch hier wurde das Land (wie in Korea) in einen kommunistischen Norden und einen kapitalistischen Süden geteilt.
Als der kommunistische Norden ab 1957 Übergriffe gegen den Süden startete, erhielt dieser von den USA Militärhilfe. Im Verlauf der sechziger Jahre schlitterte Amerika in einen langen und mit größter Brutalität geführten Krieg, in dem es eine halbe Million Soldaten einsetzte, um "den Vormarsch des Kommunismus zu stoppen". ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über das politische Schicksal Vietnams (x068/331-332): >> Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südostküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.
Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.
Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schanzt jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA ge-

stützt und hochgehalten.
Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.
Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.
Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit.
Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen".
Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."
So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger). Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee. ...<<

26.05.1954

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Mai 1954 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1954 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 24,2 Milliarden DM entfallen 31,9 % auf Sozialleistungen und 33,2 % auf Besatzungskosten.<<
Ein US-Gericht der Alliierten Hochkommission verurteilt am 26. Mai 1954 den Leiter des tschechischen Lagers Budweis, Vaclav Hrnecek (der nach Westdeutschland geflohen war), zu 8 Jahren Freiheitsentzug (x025/59).
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über dieses Urteil (x028/143): >>... Das Gericht begründete sein Urteil – acht Jahre Freiheitsentzug - mit der bewiesenen Tatsache, daß Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden und - wenn auch ohne Gaskammern und systematische Liquidation der Menschen - ein Schreckensort gewesen war, wo Menschenleben und Menschenwürde nichts galten.
Das Gericht wies dann hin auf die Unparteilichkeit demokratischer Rechtsverfahren, die einen Mann wie Hrnecek bestrafen müsse, wenn auch alle seine Opfer Deutsche gewesen waren - und zwar schwer bestrafen, um vom Sadismus abzuschrecken.<<

27.05.1954

Frankreich: In Paris unterzeichnen die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs am 27. Mai 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft -EVG- (x155/45).

10.06.1954

DDR: Am 10. Juni 1954 wird die "Verordnung über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen" erlassen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen (x009/431): >>... (Durch diese Verordnung) wurde ... "das Ministerium des Innern ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt der DDR, dem Mini-

sterium der Justiz, dem Ministerium der Finanzen den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in eigener Zuständigkeit neu zu regeln".
Damit hat die Volkspolizei - das Referat "Produktion" in den Bezirksverwaltungen Strafvollzug - eine Generalvollmacht zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen für Strafgefangene und der Vergünstigungen erhalten.<<

14.06.1954

BRD: In Bad Neuenahr gründet der Gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser am 14. Juni 1954 das Kuratorium "Unteilbares Deutschland", um die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen.
In der Gründungserklärung heißt es (x024/263): >>Seit fast einem Jahrzehnt ist Deutschland in mehrere Teile zerrissen. Millionen Deutsche sind aus ihrer Heimat vertrieben. Millionen Deutsche müssen unter der Herrschaft des Zwanges und des Unrechts leben.
Im eigenen Land ist es den Deutschen durch Zonen- und Sektorengrenzen noch immer verwehrt, einander frei und ungehindert zu begegnen. Das natürliche Recht eines jeden Volkes auf menschliche und staatliche Gemeinschaft wird dem deutschen Volk noch immer vorenthalten. Alle Bemühungen seit 1945, ein freies und geeintes Deutschland wiederherzustellen, blieben bisher vergeblich. Die Zerreißung unseres Volkes und Landes wurde vielmehr weiter verschärft.
Wir können aber nicht erwarten, daß uns die Welt dazu verhilft, wenn wir nicht selber alles an die Wiedererlangung unserer Einheit setzen. Die unterzeichneten Männer und Frauen haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken. ...<<

17.06.1954

DDR: Die SED gründet am 17. Juni 1954 die atheistische "Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse".

15.07.1954

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Juli 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/137): >>15. Juli 1954. Fast 500 Sträflinge aus dem Zuchthaus Waldheim wurden in Friedland empfangen, registriert, versorgt, weitergeleitet.
Es waren stille Menschen ohne viele Worte. Verschlossen, mißtrauisch, scheu – so kamen sie an, so gingen sie weiter.<<

17.07.1954

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss wird am 17. Juli 1954 zum 2. Mal gewählt.

20.07.1954

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss würdigt am 20. Juli 1954 während einer Gedenkrede die Opfer der deutschen Widerstandsbewegung und erklärt, daß die Scham, in die Hitler alle Deutschen gezwungen hätte, durch das Blut der Widerstandskämpfer vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt wurde.

30.08.1954

Frankreich: Die französische Nationalversammlung verwirft am 30. August 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).
Der EVG-Vertrag sieht eine vollständige Integration der Soldaten und Kriegsmaterial sowie ein Aufgehen der nationalen Armeen in eine europäische Armee vor (x155/45).

03.10.1954

Großbritannien: In der Schlußakte der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (28. September bis 3. Oktober 1954) wird die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem bestätigt (x156/81): >>... II. Brüsseler Vertrag ...
a) Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten, der in geeigneter Weise geändert wird, um dem Ziel der europäischen Einheit Nach-

druck zu verleihen; die beiden Staaten haben sich zu diesem Beitritt bereit erklärt. Das System der gegenseitigen automatischen Beistandsleistung im Angriffsfalle wird damit auf die Bundesrepublik Deutschland und Italien ausgedehnt. ...
Der Umfang und die allgemeine Beschaffenheit des deutschen Verteidigungsbeitrags werden dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen. ...
Der Bundeskanzler erklärt, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemische Waffen oder biologische Waffen herzustellen. ...<<
Bundeskanzler Adenauer verpflichtet sich ferner in der "Londoner Erklärung", die Wiedervereinigung Deutschlands oder Änderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen (x125/94-95).

04.10.1954

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 4. Oktober 1954 an den britischen Premierminister Churchill (x095/177): >>... Auf der Neunmächtekonferenz in London ist die so stark gefährdete Einheit der westlichen Welt wiederhergestellt worden.
Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konferenz zugleich einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihrer Aufnahme in die beiden großen Vertragssysteme der westlichen Welt, den Pakt von Brüssel und die nordatlantische Organisation.
Damit wird, sobald die Verträge ratifiziert sind, die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz als ein gleichverpflichteter und gleichberechtigter Partner innerhalb der freien Welt finden. ...<

05.10.1954

BRD: Bundeskanzler Adenauer unterrichtet den Bundestag am 5. Oktober 1954 über den Abschluß der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (x156/82-83): >>... Es wird in aller Deutlichkeit klargestellt werden können, daß die Bundesrepublik die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird. Die Notstandsklausel entfällt. ... Ein neuer Truppenvertrag nach dem Modell des NATO-Truppenstatus wird ausgehandelt werden, um den Truppenvertrag des Bonner Vertragswerks abzulösen.
Auf finanziellem Gebiet ist es gelungen, zu einer Gesamtvereinbarung zu kommen, die das Auslaufen des Besatzungskostenrechts, die Stationierungsverhältnisse während der Interimszeit und gewisse Finanzfragen für die Zeit nach dem NATO-Eintritt regelt. Die Bundesrepublik wird schnell auch finanziell den Status aller übrigen NATO-Staaten erhalten. Es ist Sorge getragen, daß über alle Verpflichtungen neu verhandelt wird, wenn der Eintritt in die NATO nicht bis zum 30. Juni 1955 vollzogen sein sollte. ...
Das Ergebnis von London erfüllt uns mit Genugtuung und Hoffnung. Die Tatsache, daß unsere Außenpolitik eine Zeit schwerer Erschütterungen überwinden konnte, scheint mir ein sicherer Beweis zu sein, daß ihre Grundkonzeption richtig war und ist. Ich halte es für notwendig, daß wir uns in dieser Stunde noch einmal vergegenwärtigen, welche Ziele unser außenpolitisches Handeln in den letzten Jahren bestimmt haben.
Als die Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, ergaben sich folgende zentrale Probleme:
1. Die Herstellung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bundesrepublik.
2. Die Wiedervereinigung Deutschlands.
3. Der Zusammenschluß des freien Europas und die Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. ...
... Der europäische Gedanke hat unser nationales Leben tiefgehend und in der glücklichsten Weise beeinflußt. Die Deutschen haben dem reaktionären Nationalismus abgesagt. Sie haben in vielen Wahlen die extremen politischen Auffassungen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das deutsche Volk ist auch der Bundesregierung gefolgt, als sie sich mit aller Kraft für das Zustandekommen der EVG eingesetzt hat. ...

Ich wiederhole deshalb die Erklärung, die ich den 9 Mächten gegenüber abgegeben habe, daß die Bundesregierung bereit ist, ihre Streitkräfte in eine integrierte europäische Organisation zu überführen, sobald eine solche geschaffen wird. ...<<

18.10.1954

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 18. Oktober 1954 an den US-Politiker McCloy – von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/179-180): >>... Das Zustandekommen des Londoner Abkommens ist zweifellos durch die tatkräftige Unterstützung der amerikanischen Regierung entscheidend gefördert worden. Ich darf dies mit Dankbarkeit feststellen.

Über diesem bedeutenden außenpolitischen Erfolg soll jedoch nicht vergessen werden, daß die Wiederbewaffnung dem deutschen Volke neue schwere finanzielle Lasten aufbürdet. Dieses wiegt um so schwerer, weil es trotz aller vom Ausland anerkannten Anstrengungen noch nicht gelungen ist, alle in das Bundesgebiet eingeströmten Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik einzugliedern. Die Aufgabe wird durch den laufenden Zustrom neuer Flüchtlinge aus der Sowjetzone noch weiter erschwert.

Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß dieses Problem mit deutschen Mitteln allein nicht gelöst werden kann. Die Bundesrepublik ist, wenn das immer noch bestehende Elend vieler Vertriebener und Flüchtlinge beseitigt werden soll, auf die finanzielle Hilfe des Auslandes angewiesen.

Ich darf mir daher die Bitte erlauben, daß Sie Ihren weitreichenden Einfluß geltend machen möchten, um der Bundesrepublik eine amerikanische Anleihe zu beschaffen, die mit dazu beitragen könnte, das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem bald und endlich zu lösen. Hierbei danke ich an eine Anleihe in der Größenordnung von etwa 100 Mio. Dollar. Ich darf dabei der Überzeugung Ausdruck geben, daß auch Sie es aus vielerlei Gründen als notwendig ansehen werden, daß eine Lösung des Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems in Aussicht steht, wenn man an den Aufbau deutscher Streitkräfte herangeht. ...<<

23.10.1954

Frankreich: Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wird der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert.

Die westlichen Siegermächte beschließen ein "Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes" in der Bundesrepublik Deutschland und wandeln den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden 1954 Mitglieder der WEU.

Die Pariser Verträge regeln ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO).

Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichnen in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut" (politische Autonomie, aber völkerrechtliche Vertretung durch die Westeuropäische Union und wirtschaftliche Bindung an Frankreich).

Das Pariser Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland lautet wie folgt (x101/203-209):

>>**Vertrag**
über die Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Drei Mächten

(in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung.)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND
und
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK
HABEN zur Festlegung der Grundlagen ihres neuen Verhältnisses den folgenden Vertrag geschlossen:

Artikel 1

(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (in diesem Vertrag und in den Zusatzverträgen auch als "Drei Mächte" bezeichnet) das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.

(2) Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2

Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses Vertrags.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik wird ihre Politik in Einklang mit den Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen und mit den im Statut des Europarates aufgestellten Zielen halten.

(2) Die Bundesrepublik bekräftigt ihre Absicht, sich durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, die zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der freien Welt beitragen, mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden. Die Drei Mächte werden zu gegebener Zeit Anträge der Bundesrepublik unterstützen, die Mitgliedschaft in solchen Organisationen zu erlangen.

(3) Bei Verhandlungen mit Staaten, mit denen die Bundesrepublik keine Beziehungen unterhält, werden die Drei Mächte die Bundesrepublik in Fragen konsultieren, die deren politische Interessen unmittelbar berühren.

(4) Auf Ersuchen der Bundesregierung werden die Drei Mächte die erforderlichen Vorkehrungen treffen, die Interessen der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu anderen Staaten und in gewissen internationalen Organisationen oder Konferenzen zu vertreten, soweit die Bundesrepublik dazu nicht selbst in der Lage ist.

Artikel 4

(1) Bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag behalten die Drei Mächte weiterhin ihre bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik. Die Aufgabe dieser Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 5 Absatz (2) dieses Vertrags bestimmen sich die Rechte und Pflichten dieser Streitkräfte nach dem Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als "Truppenvertrag” bezeichnet), auf den in Artikel 8 Absatz (1) dieses Vertrags Bezug ge-

nommen ist.
(2) Die von den Drei Mächten bisher ausgeübten oder innegehabten und weiterhin beizubehaltenden Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland werden von den Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt, soweit sie für die Ausübung der im ersten Satz des Artikels 2 dieses Vertrags genannten Rechte erforderlich sind. Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen.
Im Hinblick auf die in Artikel 1 Absatz (2) dieses Vertrags umschriebene Rechtsstellung der Bundesrepublik und im Hinblick darauf, daß die Drei Mächte gewillt sind, ihre Rechte betreffend die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik, soweit diese betroffen ist, nur in vollem Einvernehmen mit der Bundesrepublik auszuüben, wird diese Frage in einem besonderen Vertrag geregelt.
Artikel 5
(1) Für die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte gelten bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag die folgenden Bestimmungen:
(a) Die Drei Mächte werden die Bundesregierung in allen die Stationierung dieser Streitkräfte betreffenden Fragen konsultieren, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik wird nach Maßgabe dieses Vertrags und der Zusatzverträge im Rahmen ihres Grundgesetzes mitwirken, um diesen Streitkräften ihre Aufgabe zu erleichtern.
(b) Die Drei Mächte werden nur nach vorheriger Einwilligung der Bundesrepublik Truppen eines Staates, der zur Zeit keine Kontingente stellt, als Teil ihrer Streitkräfte im Bundesgebiet stationieren. Jedoch dürfen solche Kontingente im Falle eines Angriffs oder unmittelbar drohenden Angriffs ohne Einwilligung der Bundesrepublik in das Bundesgebiet gebracht werden, dürfen dagegen nach Beseitigung der Gefahr nur mit Einwilligung der Bundesrepublik dort verbleiben.
(2) Die von den Drei Mächten bisher innegehabten oder ausgeübten Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften, die zeitweilig von den Drei Mächten beibehalten werden, erlöschen, sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen, einschließlich der Fähigkeit, einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen.
Soweit diese Rechte weiterhin ausgeübt werden können, werden sie nur nach Konsultation mit der Bundesregierung ausgeübt werden, soweit die militärische Lage eine solche Konsultation nicht ausschließt, und wenn die Bundesregierung darin übereinstimmt, daß die Umstände die Ausübung derartiger Rechte erfordern. Im übrigen bestimmt sich der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte nach den Vorschriften des Truppenvertrags oder den Vorschriften des Vertrags, welcher den Truppenvertrag ersetzt, und nach deutschem Recht, soweit nicht in einem anwendbaren Vertrag etwas anderes bestimmt ist.
Artikel 6
(1) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Berlin konsultieren.
(2) Die Bundesrepublik ihrerseits wird mit den Drei Mächten zusammenwirken, um es ihnen zu erleichtern, ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin zu genügen.
Artikel 7
(1) Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften

Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.
(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.
(3) (gestrichen)
(4) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.
Artikel 8
(1) (a) Die Unterzeichnerstaaten haben die folgenden Zusatzverträge geschlossen:
Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland;
Finanzvertrag;
Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.
(b) Der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und das am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnete Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der durch das Protokoll vom 26. Juli 1952 abgeänderten Fassung bleiben bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen über die Rechte und Pflichten der Streitkräfte der Drei Mächte und sonstiger Staaten, die Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik unterhalten, in Kraft.
Die neuen Vereinbarungen werden auf der Grundlage des in London am 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikpakts über den Status ihrer Streitkräfte unterzeichneten Abkommens getroffen, ergänzt durch diejenigen Bestimmungen, die im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in bezug auf die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte erforderlich sind.
(c) Der Finanzvertrag bleibt bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen in Kraft, über die gemäß Artikel 4 Absatz (4) jenes Vertrags mit anderen Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation verhandelt wird, die Truppen im Bundesgebiet stationiert haben.
(2) Während der in Artikel 6 Absatz (4) des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg- und Besatzung entstandener Fragen vorgesehenen Übergangszeit bleiben die in jenem Absatz erwähnten Rechte der drei Unterzeichnerstaaten erhalten.
Artikel 9
(1) Es wird ein Schiedsgericht errichtet werden, das gemäß den Bestimmungen der beigefügten Satzung tätig werden wird.
(2) Das Schiedsgericht ist ausschließlich zuständig für alle Streitigkeiten, die sich zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten aus den Bestimmungen dieses Vertrags oder der beigefügten Satzung oder eines der Zusatzverträge ergeben und welche die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf eine andere zwischen allen Unterzeichnerstaaten vereinbarte Weise beizulegen vermögen, soweit sich nicht aus Absatz (3) dieses Artikels oder aus der beigefügten Satzung oder aus den Zusatzverträgen etwas anderes ergibt.
(3) Streitigkeiten, welche die in Artikel 2, den ersten beiden Sätzen des Absatzes (1) des Artikels 4, dem ersten Satz des Absatzes (2) des Artikels 4 und den ersten beiden Sätzen des Absatzes (2) des Artikels 5 angeführten Rechte der Drei Mächte oder Maßnahmen auf Grund der Rechte berühren, unterliegen nicht der Gerichtsbarkeit des Schiedsgerichtes oder eines anderen Gerichtes.
Artikel 10
Die Unterzeichnerstaaten überprüfen die Bestimmungen dieses Vertrags und der Zusatzverträge:

(a) auf Ersuchen eines von ihnen im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder einer unter Beteiligung oder mit Zustimmung der Staaten, die Mitglieder dieses Vertrags sind, erzielten internationalen Verständigung über Maßnahmen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung einer europäischen Föderation, oder
(b) in jeder Lage, die nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten aus einer Änderung grundlegenden Charakters in den zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrags bestehenden Verhältnissen entstanden ist.
In beiden Fällen werden sie in gegenseitigem Einvernehmen diesen Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der durch die grundlegende Änderung der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist.
Artikel 11
(1) (gestrichen)
(2) (gestrichen)
(3) Dieser Vertrag und die Zusatzverträge werden in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese wird jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen übermitteln und jeden Unterzeichnerstaat vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags und der Zusatzverträge in Kenntnis setzen.
ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig beglaubigten Vertreter diesen Vertrag unterschrieben.
Geschehen zu BONN am sechsundzwanzigsten Tage des Monats Mai 1952 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Fassungen gleichermaßen authentisch sind.
Für die Bundesrepublik Deutschland gezeichnet:
Adenauer

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland gezeichnet:
Anthony Eden

Für die Vereinigten Staaten von Amerika gezeichnet:
Dean Acheson

Für die Französische Republik gezeichnet:
Robert Schuman<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Deutschlandpolitik (x306/173-177): >>**Bundesrepublik im Abstieg**
Harry S. Truman (1945-1952) war unter den Nachfolgern Roosevelts der einzige, dessen Stern nicht im Kometenschweif des Schmiedes der amerikanisch-sowjetischen Allianz aufging. Der Vizepräsident Truman wurde vom revoltierenden demokratischen Parteiapparat Roosevelt 1944 für seine vierte Präsidentschaft aufgenötigt. Roosevelt ließ seinen Schützling Wallace zugunsten Trumans fallen, um nicht durch die Unzufriedenheit seiner Partei an der Verfolgung der großen Pläne, mit denen er stand und fiel, gehindert zu werden. Er stellte Truman nach der Präsidentenwahl unverzüglich kalt.
Dwight D. Eisenhower (1953-1960) war noch 1941 ein unbekannter Oberstleutnant - zwei Jahre später wurde er zum Oberkommandierenden der Alliierten Expeditionsstreitkräfte in Europa ernannt. Er hatte in wenigen Monaten durch eine Blitzkarriere zahlreiche rangältere Generäle überrundet. Ob die Version stimmt, daß Eisenhower anläßlich einer Hoteleröffnung in seiner Garnison Roosevelts Tochter Anna Boettiger kennengelernt und deren Protektion erworben habe, oder nicht, eines ist unbestreitbar: wenn es einen amerikanischen General ge-

geben hat, der als Roosevelt General bezeichnet werden konnte, war es Eisenhower.
John F. Kennedy (1961-1963) wurde (als Ersatz für seinen gefallenen Bruder) von seinem Vater Joseph Kennedy zum Kandidaten der Familie für die Präsidentschaft bestimmt. Er hätte niemals kandidieren können, wenn sein Vater nicht in der Demokratischen Partei eine Schlüsselstellung eingenommen hätte, die er der Tatsache verdankte, daß er einer der wenigen Geschäftsleute gewesen war, die Roosevelt von Anfang an unterstützt hatten.
Der Grund hierfür war, daß Roosevelt nicht nur das Regime der Industriellen beendete, sondern auch die Prohibition. Da Kennedy jedoch größere Mengen Whisky als Apothekenware nach Amerika importiert hatte, war Roosevelts Wahl (und die Aufhebung der Prohibition) für ihn ein lohnendes Geschäft.
Lyndon B. Johnson (ab 1963) war ein weißer (d.h. liberaler) Rabe unter den reaktionären, aber für die Demokratische Partei wichtigen Südstaatlern. So erhielt er jede Protektion, die Roosevelt zu vergeben in der Lage war. In der Lebensgeschichte aller Nachfolger Trumans spukt der Geist des verblichenen Roosevelts, der sich in ihrer Deutschlandpolitik stets aufs Neue zu manifestieren droht. In Roosevelts Weltsystem war Deutschland der Platz eines alliierten Kondominiums minderen Rechtes und minderen Lebensstandards zugewiesen worden. Dreimal täglich Suppe sei genügend, damit die Deutschen Leib und Seele zusammenhielten.
Die dem Aufstieg auf einen steilen Berg (dem Berg der Läuterung Dantes?) vergleichbaren Anstrengungen der Vergangenheitsbewältigung und moralischen Prüfung unter alliierter Aufsicht würden so beschwerlich, daß die Deutschen zu erschöpft sein würden, um noch ein Gewehr zu tragen. Der Friede beruhe auf dem Zusammenwirken der drei (oder vier oder fünf) Großmächte.
Die anglo-amerikanisch-sowjetische Kriegsallianz bilde auch das Fundament der Friedensordnung, da sie in Krieg und Frieden die gleichen moralischen Prinzipien verkörpere. Als Roosevelt nicht lange nach dem Antritt seiner vierten Präsidentschaft starb, zerfiel die innenpolitische Kräftegruppierung, die seine Politik getragen hatte und die durch Roosevelt persönlich zusammengehalten worden war.
Aus dem System der Roosevelt'schen Weltpolitik herausgelöst, ergaben deren einzelne Elemente keinen Sinn mehr. Sie wurden Stück für Stück in Zweifel gezogen. Auch Roosevelts Deutschlandpolitik mußte einer Revision unterzogen werden. Die Isolierung Deutschlands und die Verhängung von Strafe und Bewährung für Verfehlungen gegen jene Moral, die in Politik und Privatleben ein und dieselbe sei, mußte jenen, die in der Politik etwas anderes als einfach eine Unterabteilung der Moral sahen, als eine allzu kostspielige Rache erscheinen. Da sich nach Roosevelts Tod die Maßstäbe geändert hatten, schienen die alten Berechnungen nicht zu stimmen.
Und doch war Roosevelts System nicht endgültig begraben. 15 Jahre nach seinem Tode war durch die waffentechnische Entwicklung eine Situation heraufbeschworen worden, in der das Zusammenwirken der gleichen drei (oder vier oder fünf) Großmächte, die sich gemäß Roosevelts System nach Entwaffnung der übrigen Staaten in die Weltherrschaft teilen sollten, sich wegen der Gefahr der atomaren Selbstvernichtung beinahe von selbst wiederaufdrängte.
Die gleichen Großmächte begannen - diesmal in ihrer Eigenschaft als Atommächte - den Abstand, den sie in Jalta durch ihren Löwenanteil bei dem Kriegseinsatz gerechtfertigt hatten, gegenüber der Restwelt wiederherzustellen. Daß die machtpolitisch richtungspolitischen und intellektuellen Bestandteile von Roosevelts System zusammenhingen, erwies sich, als mit dem neuen Konzert der Groß und Atommächte auch die lange versunken geglaubten Begleitideen der alliierten Kriegskoalition wiederauftauchten, nicht zuletzt ihre Ideen über Deutschland.
Wirkte sich das neue Klima, das in vielem das alte aus den Tagen Roosevelts war, rund um den Globus in einer Linksverschiebung aus, so glich sich die politische Stimmung in Deutsch-

land eher den Bildern abstrakter Maler an. Die Erklärung ist nicht weit zu suchen. Hatte das Roosevelt'sche System für jede andere Nation Vorteile und Nachteile bereitgehalten, so sah es für Deutschland (und Japan) von allen Vorteilen ab. …

Die Nachkriegsgeschichte wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewußt wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung (die ja auch den eigenen Sitzplatz mitumfassen müßte) auszuweichen bestrebt war. Die "Zeitgeschichte", über die man soviel redete, blieb Geschichte des "Dritten Reiches".

Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der "Währung". Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmäßig erreichte. ...

So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1946), der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente (1947), dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik (1948), der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag (1949), zur Revision des Besatzungsstaates (1951), dem Ende der Besatzung (1955), dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO (1955) und der Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957) führt. Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherrschaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.

Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands, ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutsche Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30. Juni 1946 angeordnete Schließung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates - der Souveränität - ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektoratsregierungen möglich ist.

Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der großen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, daß die Souveränität in der Hand der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen.

Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, daß die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen.

Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlußpunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stärkung der Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten.

Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollratsherrschaft - das war allen klar - würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliier-

ten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. ...
Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abzubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen. Andere Ereignisse und andere Daten treten hervor, die Verzichte auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschließen und die auf ein Wiedereinlenken in ein weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.
Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, daß eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und politisch gesinnungsmäßiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost West Konflikt zwar überlagert, aber nicht beseitigt worden waren. ...<<

27.10.1954

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1954) berichtet am 27. Oktober 1954 über die Sowjetzonenflüchtlinge: >>**Wer flieht, ist schuld**

Das Landesverwaltungsgericht in Köln und der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn haben in zwei Entscheidungen kundgetan, was Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone im freien Westen alles passieren kann. Der Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes hat sich dabei als eine scharfe Waffe gegen Zonenflüchtlinge erwiesen.
Paragraph 3: Sowjetzonenflüchtling:
(1) Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat.
Eine besondere Zwangslage ist vor allem dann gegeben, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit vorgelegen hat. Wirtschaftliche Gründe allein rechtfertigen nicht die Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling.
Das Landesverwaltungsgericht Köln hatte über den Antrag eines Sowjetzonenflüchtlings zu entscheiden, der als solcher anerkannt werden und damit in den Genuß einschlägiger Hilfen kommen wollte. Das Gericht urteilte:
"... Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist nur derjenige Sowjetzonenflüchtling, der flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen. Der Kläger hat aber als Angehöriger der LDP - einer Regierungspartei der Ostzone - die dortigen Zustände selbst zu vertreten. Er trägt mit seinen Gesinnungsgenossen die Verantwortung dafür, daß die Zustände in der Sowjetzone so sind, wie sie gegenwärtig sind."
"Nur dadurch, daß die sogenannten bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone die sogenannte Blockpolitik der SED mitmachen, konnte die Diktatur der SED aufgerichtet und aufrechterhalten werden. Nur auf diese Weise konnte dem In- und Ausland vorgetäuscht werden, daß das Sowjetzonenregime ein demokratisches Regierungssystem sei ... Das haben die Anhänger dieser Parteien zu vertreten ... Von einer durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage (für die Flucht des Klägers aus der Sowjetzone) kann nicht gesprochen werden ..."
Der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn entschied in einem anderen Fall unter dem Aktenzeichen A. Z. 445/21: "... Die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling kann weder bei Ihnen noch bei Ihrer Frau anerkannt werden. Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist Sowjetzonenflüchtling, wer seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone hatte und

von dort fliehen mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat."
"Wie Sie in Ihrem Antrag angeben, haben Sie Informationen über die russische Besatzungsmacht an eine westliche Besatzungsmacht weitergegeben. Diese von Ihnen ausgeübte Tätigkeit wird in jedem Rechtsstaat verfolgt und ist somit mit der Bestimmung des Paragraphen 3, daß als Sowjetzonenflüchtling u.a. nur anerkannt werden kann, wer nicht gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstößt, nicht in Einklang zu bringen. Das Verlassen der sowjetischen Besatzungszone ist daher von Ihnen selbst zu vertreten. Aus diesen Gründen kann die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling nicht anerkannt werden ..."
Nach diesen beiden Entscheidungen dürfte kein Bewohner der Sowjetzone es wagen, nach dem Westen zu fliehen,
- wenn er in der DDR einer politischen Partei angehört hat.
- wenn er in der Sowjetzone aktiv für eine westliche Besatzungsmacht - etwa über den Gehlendienst - gearbeitet hat.
Ein parlamentarisches Nachspiel ist zu erwarten.<<

31.10.1954

DDR: Das sowjetische Militärtribunal übergibt am 31. Oktober 1954 alle verurteilten deutschen Häftlinge an die DDR-Behörden.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/398): >>Im Oktober 1954 teilte der sowjetische Hohe Kommissar dem sowjetzonalen Ministerrat mit, daß alle seit 1945 von dem sowjetischen Militärtribunal verurteilten Deutschen, die zur Zeit ihre Strafe in einer in der SBZ gelegenen Strafanstalt verbüßen, in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergeben würden.
Damit war die Entscheidungsbefugnis über Begnadigung und Haftentlassung dieser Verurteilten auf die hierfür zuständigen Organe der SBZ übertragen worden.<<

01.11.1954

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) ermahnt am 1. November 1954 die osteuropäischen Regierungen, nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" der Kirchen zu führen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/214-215): >>Die Lage der Kirchen wird entscheidend mitbestimmt durch die kirchenpolitische Entwicklung von 40 Jahren in der Sowjetunion und durch die unterschiedliche Religionspolitik in den Satellitenländern.
In den ersten Etappen der rücksichtslosen Kirchenverfolgung von 1917-1939 trat der Bolschewismus als Antikirche mit dem Ausschließlichkeitsanspruch des Dialektischen Materialismus auf. Gottlosigkeit wurde als Grundsatz gefordert. Auslöschung der Kirche war das Ziel. Es kam zwischen 1925 (Gründung des Bundes der Gottlosen) und 1932 zu Massenaustritten.
Aber die orthodoxe Kirche überlebte und blieb. Die Sowjetregierung erkannte schon beim Tode des Patriarchen, daß ihre Bemühungen und die völlige Ausmerzung des Christentums vergeblich waren. Sie änderte die Methode, ohne das Ziel aufzugeben, indem sie die Kirche zwang, die Tatsache der Verfolgung formell abzuleugnen und das "Martyrium der Lüge" dem Leben der Kirche zuliebe auf sich zu nehmen; die Anzahl der Gläubigen jedoch, die ohne Anklage gegen die Kirche das Martyrium der Wahrheit auf sich nahmen, blieb groß genug zur Wachhaltung des Gewissens. Während des Krieges schließlich wurde die Kirche "anerkannt" und gleichgeschaltet.
In der SBZ war die Ausgangslage eine wesentlich andere. Es gab im Deutschland von 1945

nicht wie in Rußland von 1917 ein Staatsoberhaupt, dem (laut § 64 der alten russischen Verfassung) der Titel "Beschützer der Dogmen des ... Glaubens und Aufseher der Rechtgläubigkeit" zuerkannt war. Die Kirchen in Deutschland hatten schon während des "Dritten Reiches" unter einer christentumsfeindlichen Diktatur leiden müssen.
Die SED zog darum für die Bekämpfung der Kirchen ihre Nutzanwendungen aus den veränderten Methoden in der Sowjetunion und aus den Erfahrungen in den Satellitenländern, wo Schauprozesse und Liquidierungen das System selber diskreditiert hatten.
Die SED-Regierung hoffte, ohne Verzicht auf gelegentliche Schockaktionen, das Kirchenvolk langsam der Kirche entfremden zu können.
Erfahrungen im nationalkirchlichen und Spaltungsexperimenten wurden mit Prag und Warschau ausgetauscht. Immer wenn eine Verschärfung des politischen Kurses in der Zone vorbereitet wurde, ging eine osteuropäische Konferenz "fortschrittlicher Christen" oder eine "Friedenstagung" mit christlichen Sprechern voraus.
Chruschtschows Mahnung vom 1.11.1954, die Gefühle der Gläubigen zu schonen, die Dilettanten auszuschalten und nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" zu führen, brachte für die Zone keine Erleichterung; vielmehr ging der Hauptkampf in Schulen, Parteischulen, Presse und Rundfunk weiter.
Beide Kirchen stehen unter starkem und unablässigem Druck des kommunistischen Regimes; ihre Probleme sind die gleichen. Planmäßig wird versucht, die unabhängige Existenz der Kirchen auszuschalten. Wohlfahrts-, soziale und medizinische Einrichtungen werden stark beschränkt oder völlig unterdrückt. Staatliche Zuwendungen werden gekürzt oder gestrichen. Besitz wird enteignet.
Seit 1952 richtet sich der Angriff nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrierten sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindemitglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten und ein Gefühl der Gefährdung unter der Jugend zu schaffen.
Die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse übernahm von der fast gleichnamigen sowjetischen Organisation Kampfschriften von niedrigem Niveau (z.B. ... "Der religiöse Aberglaube und seine Schädlichkeit"), die in großen Auflagen verbreitet wurden. Vortragszyklen an Hand des Buches "Weltall, Erde, Mensch" wurden mit der Tendenz der Verächtlichmachung des Glaubens zur Vorbereitung der Jugendweihe veranstaltet. ...
Der wachsende Widerstand gegen die Jugendweihe wurde mit öffentlicher Beschimpfung der Pfarrer und mit Gesinnungsterror gegenüber den Eltern beantwortet. ...<<

04.11.1954

Norwegen: Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo erinnert Albert Schweitzer (1875-1965, von 1913-65 Missionsarzt in Lambarene/Gabun) am 4. November 1954 an das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x035/336): >>... In schlimmster Weise vergeht man sich gegen das Recht des geschichtlichen Gegebenen und überhaupt gegen jedes menschliche Recht, wenn man Völkerschaften das Recht auf das Land, das sie bewohnen, in der Art nimmt, daß man sie zwingt, sich anderswo anzusiedeln.
Daß sich die Siegermächte am Ende des Zweiten Weltkrieges dazu entschlossen, vielen hunderttausend Menschen dieses Schicksal, und dazu noch in härtester Weise, aufzuerlegen, läßt ermessen, wie wenig sie sich der ihnen gestellten Aufgabe einer gedeihlichen und einigermaßen gerechten Neuordnung der Dinge bewußt wurden.<<

13.11.1954

DDR: Die SED-Regierung veröffentlicht am 13. November 1954 einen Aufruf zur Einführung der Jugendweihe.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugendweihe" in

der SBZ (x009/202-203): >>Pseudosakraler, atheistischer Festakt, mit dem alle Jugendlichen beim Verlassen der Schule in das "aktive gesellschaftliche Leben" aufgenommen werden sollen.
Der Akt wird durch Jugendstunden vorbereitet, in denen die Jugendlichen in die vulgär-materialistische Weltanschauung des Bolschewismus eingeführt werden. Ihr Themenplan stützt sich vorwiegend auf sowjetische Literatur; aus ihm und aus den Anweisungen für die Leiter geht der atheistische Charakter der Jugendstunden eindeutig hervor.
Bei der Jugendweihe verpflichten die Jugendlichen sich durch ein förmliches Gelöbnis, "ihre ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen" und "mit dem Sowjetvolk ... den Frieden zu sichern und zu verteidigen".
Die Veranstaltungen werden von Ausschüssen getragen, in denen die SED vorherrscht ... Die Jugendweihe soll freiwillig und mit den Kirchenpflichten (Konfirmation, Kommunion) vereinbar sein.
Tatsächlich verstehen maßgebliche sowjetische Kommentare die Jugendweihe als eine Verpflichtung auf die materialistische Weltanschauung und den Atheismus, und die Teilnahme aller Kinder an den Jugendstunden und der Jugendweihe wird durch massiven Druck (vor allem über die Volksabteilung der Räte) erzwungen. ... Eine Anweisung des Bezirksrates Potsdam bezeichnet die Jugendweihe 1958 als "ein bedeutendes Instrument der politischen Massenarbeit".
Im Sinne der seit 1957 unverkennbaren Tendenz, das Weltanschauungsmonopol des kommunistisch geführten Regimes durchzusetzen ("es gibt keine ideologische Koexistenz"), sollen die kirchliche Feste und Amtshandlungen durch pseudosakrale Staatsakte ersetzt und verdrängt werden.
1959 sollen 80,4 % der Schüler der 8. Klasse an 3.600 Jugendweihe-Feiern teilgenommen haben. Seit 1956 wird die Jugendweihe in das Familienstammbuch eingetragen.<<
Das Gelöbnis zur Jugendweihe lautet wie folgt (x296/209 L):
>>Frage: Liebe junge Freunde!
Seid ihr bereit als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter- und Bauernstaates für ein glückliches Leben des ganzen deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen, so antwortet mir!
Antwort: Ja, das geloben wir!
Frage: Seid ihr bereit, mit uns gemeinsam eure ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen, so antwortet mir!
Antwort: Ja, das geloben wir!
Frage: Seid ihr bereit für die Freundschaft der Völker einzutreten und mit dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden zu sichern und zu verteidigen, so antwortet mir!
Antwort: Ja, das geloben wir!
Wir haben euer Gelöbnis vernommen, ihr habt euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Ihr habt euch eingereiht in die Millionenschar der Menschen, die für Frieden und Sozialismus arbeiten und kämpfen.
Feierlich nehmen wir euch in die Gemeinschaft aller Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik auf und versprechen euch Unterstützung, Schutz und Hilfe.
Gemeinsam mit vereinten Kräften – vorwärts!<<

16.11.1954

DDR: Die von der Volkskammer "gewählte Regierung der DDR" übernimmt am 16. November 1954 offiziell die sowjetische Bezeichnung "Ministerrat".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Ministerrat" der SBZ (x009/296): >>Regierung der SSR, seit 1954 amtlich Ministerrat genannt, formal höchstes Exekutivorgan nach der Verfassung vom Vertrauen der Volkskammer, in Wirklichkeit

jedoch vom Willen der SED-Führung und der sowjetischen Besatzungsmacht abhängig. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Regierung und Verwaltung" der SBZ (x009/358-360): >>Die wichtigste gesetzliche Grundlage für Struktur und Tätigkeit der Regierung war neben der auch insoweit weitgehend ausgehöhlten und faktischen Verfassung das "Gesetz über den Ministerrat der DDR" vom 16.11.1954 ...
Von entscheidender Bedeutung für die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit in der SBZ ist besonders das im "Gesetz über den Ministerrat" verankerte Prinzip des "Demokratischen Zentralismus", nach dem "alle nachgeordneten Organe den übergeordneten Organen rechenschaftspflichtig und an deren Weisungen gebunden" sind. Dieses Prinzip wird seit der Verwaltungsneugliederung radikal angewandt. Im Zuge dieser Umstrukturierung des Staatsapparates wurden im Sommer 1952 die Landesregierungen aufgehoben und deren Aufgaben auf die Räte der 14 auf dem Gebiet der Länder gebildeten Bezirke übertragen. ...
Alle staatliche Verwaltungsarbeit in der SBZ unterliegt der Lenkung und Kontrolle durch die SED. Nach dem vom IV. Parteitag der SED 1954 beschlossenen Statut der Staatspartei ist die SED "die führende Kraft aller Organisationen ..."
Der führende Staatsrechtler der SBZ, Prof. Dr. Herbert Kröger, hatte den Primat (Vorrang) der SED im staatlichen Leben der SBZ in einem Gutachten ("Zum Staatsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik", Ost-Berlin 1954) zunächst wie folgt skizziert: "Die ... Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die führende Kraft aller staatlichen Organisationen. ... Mit ihrer Hilfe leitet die Arbeiterklasse den Staat. ... Deshalb gibt es keine grundlegenden wichtigen staatlichen Maßnahmen ohne vorhergehende richtungsweisende Beschlüsse der SED. In den Beschlüssen der SED kommt unmittelbar der Wille der Arbeiterklasse zum Ausdruck. ..."
In der Praxis ergab sich schon bald nach der Bildung erster zentraler Verwaltungs- und Regierungsorgane eine ständige Beeinflussung und Lenkung ihrer Entscheidungen und Maßnahmen durch die Führungsorgane der SED. Selbst Detailfragen wurden mehr und mehr vom Apparat des ZK der SED, den Bezirks- und Kreisleitungen der SED behandelt, bevor sie den Staatsorganen zur Beratung und Realisierung übergeben wurden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Demokratischen Zentralismus" in der SBZ (x009/92-93): >>Der Demokratischer Zentralismus ist das erstmals von Lenin entwickelte Strukturprinzip der kommunistischen Partei, der von ihr geführten Massenorganisationen und eines von der kommunistischen Partei beherrschten Staates einschließlich seiner Wirtschaftsverwaltung (staatliche Planungskommission) und der Gerichtsbarkeit.
Er soll die Führung der Parteispitze in Staat und Gesellschaft gewährleisten und der weiteren Entwicklung zum Sozialismus/Kommunismus in Erfüllung der angeblich objektiven Gesetze der Geschichte dienen. Der Demokratische Zentralismus wird deshalb auch als Entwicklungsprinzip bezeichnet.
Seine Kriterien sollen sein
a) die strikte Unterordnung der unteren Organe unter die oberen (die proletarische Disziplin),
b) die Wahl aller Organe,
c) die Kollektivierung der Führung,
d) die Beseitigung der alten und die Schaffung der neuen Ordnung.<<

30.11.1954

DDR: Die evangelische Kirche protestiert am 30. November 1954 gegen die Einführung der Jugendweihe in der DDR.

08.12.1954

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1954) berichtet am 8. Dezember 1954: >>**Gendarmen vor der Tür**

Als im Jahre 1945 die Bundesrepublik Österreich aus den Trümmern des Großdeutschen Reiches wieder erstand, durfte sich der damalige Hauptfeldwebel der Wiener Heeresstreife Ferdinand Käs zu ihren Widerstandskämpfern zählen. Zusammen mit dem damaligen Major und jetzigen Filmproduzenten Carl Szokoll hatte er den vor Wien stehenden Sowjets die Pläne für die deutsche Verteidigung des nördlichen Vorfeldes der Stadt überbracht.
Eines Tages im November dieses Jahres erschienen nun bei dem inzwischen zum Major der Gendarmerie und Leiter der Gendarmerie-Schule Wien avancierten Käs zwei Reporter. Sie machten ihn mit einigen unfreundlichen Publikationen über seine Widerstands-Tat des Jahres 1945 bekannt und baten ihn um eine Stellungnahme. Der einstmalige Hauptfeldwebel Käs war so unvorsichtig, vor den Ohren der beiden Journalisten einen ideologischen Spind- und Stubenappell zu veranstalten. Dabei ging einiges politische Steingut in Scherben.
Käs nannte die deutsche Wehrmacht "eine Räuberbande" und tat damit etwas, was die Redner und Schreiber der beiden Regierungsparteien, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), aus wohlerwogenen Gründen seit Jahren nicht mehr tun: Er ärgerte rund eine dreiviertel Million von Landsleuten, die einst in der Wehrmacht gedient haben.
Einmal im Schwung, fegte Käs auch gleich einiges zerbrechliche Porzellan aus dem außenpolitischen Spindfach der Republik. Er sprach von dem westdeutschen Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank als dem "Oberleutnant Blank, der klugscheißt" und "verhinderte Sieger um sich sammelt".
Schließlich polterte der vergrämte Gendarm auch noch in den Keller der Historie, in dem Österreich unter anderem wunde Erinnerungen an traurige Erlebnisse aus nicht allzu ferner Vergangenheit aufbewahrt. "Daß die Russen Mädchen vergewaltigten und nicht streichelten", sagte Käs, "ist einzusehen, denn die Deutschen haben in Rußland wüst gehaust. Und die Westalliierten waren auch nicht besser."
Die Kasernenhof-Philosophie des Käs wäre wahrscheinlich ungehört verhallt, wenn nicht ihr Urheber durch eine der auffallendsten Taten des österreichischen Widerstandes mit der jüngsten Geschichte der Republik verbunden gewesen wäre. So aber erregte sie einerseits unliebsames Aufsehen, und andererseits sah sich die Koalitionsregierung des Bundeskanzlers Raab und des sozialdemokratischen Innenministers Oskar Helmer schon aus Gründen der offiziellen österreichischen Geschichtsschreibung, in der der anti-deutsche Widerstand etwa denselben Platz einnimmt wie in der französischen das Heldentum der Jeanne d'Arc, zum Eintreten für den polterigen Gendarmen gezwungen.
Sie hatte um so mehr Ursache dazu, als die mißtrauischste der vier Besatzungsmächte - die Sowjet-Union - den Österreichern immer noch nicht deren großdeutsche Katerstimmung glauben will. Auf der einen Seite bedroht von der wie Strohfeuer um sich greifenden öffentlichen Erregung über die Äußerungen des Käs und auf der anderen Seite verpflichtet, Widerstands-Ethos und Sowjet-Mißtrauen zu berücksichtigen, steuerte der sozialdemokratische Innenminister Helmer den behutsamen Kurs der halben Dementis.
Das Temperament der Wiener und die Kommunisten machten es ihm jedoch nicht leicht. Mehrere Zeitungen veröffentlichten einen offenen Brief des Schriftstellers Kurt Ziesel ("Daniel in der Löwengrube") an Helmers Staatssekretär Graf. "In jedem anderen Land", hieß es darin, "würde man einen Offizier der Sicherheitstruppe des Landes, der sich solcher Schmähung schuldig macht, mit der Hundspeitsche aus dem Lande jagen."
Graf antwortete vorsichtig: Es müsse erst einmal festgestellt werden, "ob überhaupt die publizierten Äußerungen mit den tatsächlich gemachten identisch sind". Grafs Kühlwasser verzischte jedoch an der inzwischen von den Kommunisten erhitzten öffentlichen Meinung.
Die kommunistischen Tageszeitungen erschienen mit Schlagzeilen, wie "Die Verräter an Österreich erheben wieder ihr Haupt", "Die Offensive der Anschlußagitatoren und Kriegshet-

zer darf nicht länger geduldet werden" und "Die neonazistischen Zeitungen müssen verschwinden".
Major Käs avancierte in der kommunistischen Presse zum "unbeugsamen Widerstandskämpfer", nachdem er noch kurz zuvor im "Abend" (einer kommunistischen Zeitung) angeprangert worden war, weil er seine Gendarmerie-Schüler nach dem Muster des deutschen Militärs "abrichtet und schindet".
Das kommunistische Manöver, das den Major Käs plötzlich zur Zentralfigur des antideutschen Widerstandes von 1945 machte, traf die Regierung Raab da, wo es für sie außenpolitisch am ärgerlichsten ist - bei ihrer Reputation als Gegnerin jeden Gedankens an einen neuerlichen "Anschluß".
Die unglückliche Lage der Regierung Raab wurde noch durch ein paar täppische Schritte Westdeutschlands verschlechtert. Es war vor allen Dingen ein Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts, das der kommunistischen Propaganda Auftrieb gab. Das Berliner Gericht hatte entschieden, daß das Staatsbürgergesetz des Jahres 1938 noch heute in Kraft sei. Durch dieses Gesetz hatten seinerzeit alle Österreicher die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit erlangt.
Kaum weniger glücklich arrangiert war das gutgemeinte Interview Bundeskanzler Adenauers für die Wiener Zeitung "Neues Österreich", ironischerweise ausgerechnet eines der deutschfeindlichsten Blätter Wiens, in dessen Verlag neben Christlichsozialen und Sozialdemokraten auch Kommunisten sitzen. Aber schon allein die Form eines unverbindlichen Interviews war in Wien als sehr wenig formgerecht empfunden worden.
Die Regierung Raab hatte offensichtlich gehofft, Bundeskanzler Adenauer werde die von den Kommunisten der Bundesrepublik immer wieder unterstellten Absichten, Österreich eines Tages "erneut okkupieren zu wollen", vor dem Bundestag in möglichst offizieller Form dementieren. Das Interview in "Neues Österreich" wurde als "ein nur dürftiges Gegenargument gegen den kommunistischen Hetzfeldzug" gebilligt.
Selbst in den Reihen der Partei des Bundeskanzlers Raab (ÖVP) erhoben sich sorgenvolle Stimmen. So schrieb die angesehene links-katholische Zeitschrift "Die Furche", daß in der ÖVP und "fast noch mehr" in der SPÖ Kräfte am Werk seien, die wieder eine Vereinigung mit Deutschland wollten, und Ende November warnte dieselbe Zeitschrift gegen die Hetze, der Major Käs ausgesetzt sei.
"Die Männer des österreichischen Widerstandes", so fahndete "Die Furche" nach den Motiven der Unpopularität des Käs, "sollen in den Augen einer allzu vergeßlichen Bevölkerung als dubiose Charaktere dargestellt werden. Wenn es außerdem gelingt, sie in den Verdacht der Nachbarschaft zum Kommunismus zu bringen, um so besser!"
Angesichts solcher Warnungen blieb der Regierung nichts anderes übrig, als sich endgültig vor Käs zu stellen. Diese Aufgabe übernahm der wohlbeleibte Innenminister Oskar Helmer persönlich; er erklärte: "Die gegen Gendarmerie-Major Käs erhobenen Angriffe sind unberechtigt", und die Regierungspresse versicherte, daß man Zeugen dafür habe. Während nämlich Käs sein Interview mit den beiden Reportern gehabt habe, hätten ganz zufällig zwei Gendarmen an der Tür gestanden und zugehört. Sie hätten genau vernommen, daß Käs die ihm nachgesagten Äußerungen über die Wehrmacht, über Theodor Blank und über die Verzeihlichkeit sowjetischer Vergewaltigungen nicht getan habe.
Die Regierung Raab hatte zu diesem robusten Dementi auch noch eine andere Veranlassung. Aus dem sowjetischen Hochkommissariat waren nämlich drohende Nachrichten gesickert. Die Sowjets, so hatte es geheißen, würden die österreichische Gendarmerie in den von ihnen besetzten Gebieten unter eigene Regie nehmen, wenn Major Käs als Leiter der Gendarmerieschule Wien abgelöst werde.<<

26.12.1954

DDR: Die katholische Kirche lehnt am 26. Dezember 1954 die Jugendweihe entschieden ab.

29.12.1954

CSR: Bei einer Konferenz (29. bis 31.12.1954) in Prag vereinbaren die CSR, Polen und die DDR den gemeinsamen Schutz ihrer Staatsgrenzen.

1954

DDR: Im Jahre 1954 fliehen 184.198 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1954 wird die "GSOW", die für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen zuständig ist, an den Konsum-Spezialhandel und später an den HO-Spezialhandel übertragen, der mit 4 Großhandelsbetrieben (Zentrallagern) und 24 Einzelhandelsunternehmen die Besatzungstruppen mit Waren der SBZ-Produktion beliefert (x009/167).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "GSOW" (x009/-167): >>Abkürzung für "Wirtschaftsverwaltung beim Stab der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland".

Aufgabe: Ausrüstung und Versorgung der Besatzungstruppen aus der laufenden Produktion der Zone. Bis 1954 lieferten jedoch deutsche Betriebe Erzeugnisse im Werte von mehreren Milliarden Mark an GSOW, die nicht für den unmittelbaren Bedarf der militärischen Dienststellen und der Besatzungsangehörigen bestimmt waren, sie wurden über das GSOW-Sammellager in Wildau bei Berlin nach der Sowjetunion verfrachtet oder von der GSOW auf eigene Rechnung nach westeuropäischen Ländern exportiert.

Diese Entnahmen sind als Reparationsleistungen zu betrachten, wurden aber nicht als Reparationen anerkannt. –

GSOW unterhielt in der SBZ zahlreiche Verkaufsstellen, wo die Besatzungsangehörigen Mangelwaren, die der Versorgung der deutschen Bevölkerung entzogen wurden, kaufen konnten. GSOW zog daraus hohe Sondergewinne. ...<<

Im Jahre 1954 führt die Justiz der DDR das Instrukteurwesen ein.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Instrukteurwesen" in der SBZ (x009/190-191): >>Aus der Sowjetunion übernommene Einrichtung im Partei-, Staats- und sonstigen Organisationsapparat, die dazu dient, den zentralen Willen in den nachgeordneten Dienststellen, Betrieben und Gemeinden zur Geltung zu bringen.

Zu diesem Zweck sind den übergeordneten Leitungen Instrukteure, zum Teil auch feste Instrukteurbrigaden attachiert. Diese sollen im Sinn des operativen Arbeitsstils auf die nachgeordneten Organe durch Anleitung, Bildung von Beispielen und Kontrolle einwirken.

Instrukteurbrigaden werden demzufolge vorwiegend an den Schwerpunkten der Produktion und des politischen Lebens und an solchen Punkten eingesetzt, wo besonders starke Mißstände vorhanden sind. Angestrebt wird ein besserer Kontakt zwischen den oberen Leitungen und unteren Organen, Gemeinden und Betrieben. In letzter Zeit verstärkte sich die Tendenz, sog. gemischte Brigaden einzusetzen, in denen Instrukteure und sonstige Funktionäre von Partei, Staat und Massenorganisationen gemeinsam tätig sind.

In der Justiz der SBZ wurde das Instrukteurwesen im Jahre 1954 allgemein eingeführt, nachdem Justizminister Hilde Benjamin zur Beobachtung und Kontrolle der wegen Beteiligung am Juni-Aufstand eingeleiteten Strafverfahren einen "Operativstab" mit verschiedenen Instrukteuren eingesetzt hatte.

Im Justizministerium und in den Justizverwaltungsstellen der Bezirke sind Instrukteure tätig, die regelmäßig alle Gerichte aufsuchen und "richtungsweisende Anleitungen" erteilen. "Die Kreis- und Bezirksgerichte werden in ihrer Tätigkeit durch das Ministerium der Justiz angeleitet und kontrolliert." (§ 13 GVG). Somit stellt sich das Instrukteurwesen als Ausfluß des sowjetischen Prinzips der "Kontrolle und Anleitung" dar. ...<<

Im Jahre 1954 fordert das Statut der SED in § 2 g jedes Mitglied auf, "seine Arbeit ... in den Massenorganisationen entsprechend den Beschlüssen der Partei ... durchzuführen" (x009/-280).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Massenorganisationen" in der SBZ (x009/280): >>Nach § 75 und § 76 sind die Parteigruppen in den Massenorganisationen "verpflichtet, sich ... streng und konsequent von den Beschlüssen der führenden Parteiorgane leiten zu lassen".
In die Volksvertretungen entsenden die Massenorganisationen, die dem "Demokratischen Block" angehören, neben den Parteien eigene Abgeordnete.
Die meisten Massenorganisationen unterhalten illegale Tarnorganisationen in der Bundesrepublik. Die wichtigsten Massenorganisationen sind FDGB, FDJ, ... Konsumgenossenschaften, ... Gesellschaften für Sport und Technik.<<
BRD: Im Jahre 1954 wird die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben.
Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wird schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.
In der Einleitung der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1" heißt es (x001/I-XI): >>**VORWORT**
Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ist ein Ereignis, dessen volle geschichtliche Tragweite sich heute noch einem Urteil entzieht.
Mag man es als Schlußakt eines Krieges betrachten, in dem die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Nationen- und Staatenverkehrs tausendfach verletzt und die Vernichtung ganzer Völker nicht nur als Ziel verkündet sondern in der Tat begonnen worden war; oder mag man es als die Endphase eines fast anderthalb Jahrhunderte tobenden immer erbitterten Nationalitätenkampfes in der Völkermischzone Europas ansehen; in jedem Falle lassen uns die geläufigen Maßstäbe der europäischen Geschichte im Stich.
Es belastet die Erinnerung von Millionen, die das Schicksal der Heimatlosigkeit zu tragen haben, und ist darin noch ganz Gegenwart, daß es soziale, bevölkerungsmäßige, politische Bewegungen ausgelöst hat, die noch längst nicht ausgelaufen sind.
Ein solches Phänomen scheint für eine wissenschaftliche Behandlung, die sich nur von unbestechlicher Wahrheitsliebe und nicht von dem Willen zur Anklage oder zur Rechtfertigung leiten läßt, noch kaum zugänglich.
Wenn dieser Versuch hier doch schon unternommen wird - und zwar mit vollem Ernst und im ganzen Wissen um die Schwierigkeit der Aufgabe -, so geschieht dies in der Sorge, Geschehnisse von der furchtbaren Größe der Massenaustreibung könnten in Vergessenheit fallen, die abschreckenden und aufrüttelnden Erfahrungen aus dieser europäischen Katastrophe könnten für die Staatsmänner und Politiker, denen ein glücklicheres Europa zu schaffen aufgetragen ist, verloren gehen.
Kaum ein Aktenstück gibt der Nachwelt von den ungeheuerlichen Vorgängen im Osten Europas am Ende des zweiten Weltkriegs authentische Kunde; die Opfer dieser Katastrophe haben keine amtlichen Berichte verfaßt und keinen Dienstweg einhalten können.
Sie würden für die Nachwelt stumm, wenn ihnen nicht Gelegenheit geboten würde, ihre Erlebnisse aus dem Gedächtnis niederzuschreiben oder sie zu Protokoll zu geben. Aus diesen Überlegungen erwuchs der vom Bundesministerium für Vertriebene geförderte Plan, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung durch eine Dokumentation auszufüllen, in der das Schicksal von Tausenden und Millionen seinen Ausdruck finden soll.
Zu diesem Zweck wurde eine Sammelaktion eingeleitet, die für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, für das Sudetenland von Dr. Wilhelm Turnwald, für Südosteuropa von Professor Dr. Fritz Valjavec durchgeführt wurde.

Die Ziele dieser Sammlung konnten nur dadurch erreicht werden, daß Zeugnisse von Miterlebenden nach einem System gesammelt wurden, das nach gebiets- und bevölkerungsmäßiger Dichte wie nach Ereignisschwerpunkten ein für den Gesamtvorgang der Vertreibung in allen Räumen des Ostens repräsentatives Ergebnis erwarten ließ.
Entscheidend war dabei, ob es gelingen konnte, alle die Menschen zum Sprechen zu bringen, die nicht nur die Erinnerung an ihre Erlebnisse bewahrt hatten, sondern auch das richtige Wort fanden, sie wiederzugeben. Nur selten konnte auf Niederschriften (Briefe, Tagebücher) zurückgegriffen werden, deren Abfassungsdatum mit den Ereignissen selbst zusammenfiel; in den meisten Fällen lagen diese Jahre zurück. Jedoch zeigte sich das Erstaunliche, daß, wo nur immer die Ausdrucksfähigkeit stärker entwickelt war, auch nach diesem längeren Zeitraum noch die Kraft zur Aussage und zur wahrheitsgetreuen Wiedergabe erhalten blieb.
Mögen sich Einzelzüge im Erinnerungsbild verwischt haben, das Wesentliche ging nicht verloren; dazu hatten sich die Erlebnisse in ihrer Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit zu stark eingeprägt. Und eben diese Erfahrung rechtfertigte nach den ersten Versuchen ein Unternehmen, das auf die Sammlung nachträglich verfaßter Erinnerungsberichte gerichtet war.
Es erwies sich dabei, daß an dieses Material eine Reihe methodischer Vorfragen zu stellen war, daß es kritischer Sichtung und einer Einordnung in objektiv gesicherte Zusammenhänge bedurfte. Damit mußte unzweifelhaft wissenschaftliches Neuland betreten werden. So entstand im Bundesministerium für Vertriebene durch die Initiative von Bundesminister Dr. H. Lukaschek und Staatssekretär Dr. 0. Schreiber der Gedanke, mit den damit gesetzten Aufgaben eine wissenschaftliche Kommission zu betrauen, der volle Freiheit und Unabhängigkeit des Urteils und der Entscheidung gewährleistet wurde.
Sie wurde im Herbst 1951 aus den Unterzeichneten gebildet, wobei der Erstunterzeichnete, beraten durch die anderen Mitglieder, die Leitung der Arbeiten übernahm. In regelmäßigen Sitzungen sind die Methoden der Arbeit geklärt und alle aus dem eingehenden Material sich ergebenden Fragen besprochen worden.
Da das überwiegend aus Erlebnisberichten und zu einem geringen Teil aus Protokollen, privaten Briefen, Tagbüchern und einigen amtlichen Schriftstücken bestehende Material seinem historischen Quellencharakter nach teilweise erheblich von sonst üblichen historischen Quellen abweicht und bezüglich seiner Zuverlässigkeit zunächst als problematisch gelten mußte, war ein besonders sorgfältiges, dem eigenartigen Charakter der Quellen angemessenes Verfahren der Überprüfung und Auswahl notwendig, um zur Ermittlung eines sowohl quellenkritisch unanfechtbaren als auch inhaltlich und formal zur Veröffentlichung geeigneten und brauchbaren Bestandes von Dokumenten zu gelangen.
Hierbei ergab sich z.B., daß mit dem Nachweis der Echtheit der Dokumente (Authentifizierung) noch wenig gewonnen war; denn eher als bewußte Fälschungen waren fehlerhafte oder übertreibende Einzelangaben und Unsachlichkeiten zu befürchten, die teils aus Schwächen oder Trugbildern der Erinnerung, teils aus der Leidenschaftlichkeit und Gefühlsbestimmtheit herrühren mochten, von der sich nicht alle Berichterstatter freimachen konnten.
Um alle Erscheinungen einer solchen anfechtbaren Berichterstattung auszuschließen, wurden - soweit dies irgend möglich war - zu den wichtigsten in den Berichten enthaltenen Angaben jeweils Bestätigungen in anderen Berichten nachgesucht und auf diese Weise die Richtigkeit der Angaben durch gegenseitigen Vergleich der Dokumente geprüft.
Dort, wo es sich um die Wiedergabe ganz persönlicher und individueller Erlebnisse oder um sonstige Ereignisse handelte, die sich einer Nachprüfung durch Vergleich mit anderen Dokumenten entzogen, mußte an die Stelle objektiver Verifizierung die Ermittlung der Glaubwürdigkeit treten, die aus bestimmten inneren Indizien ersichtlich ist, wie Sachlichkeit der Ausführungen, innere Widerspruchsfreiheit, Abgewogenheit der Urteile oder andererseits Neigung zur Polemik, zur Übertreibung und Verallgemeinerung oder zur Ausschmückung.

Im Interesse absoluter Sauberkeit bei der Auswahl der zur Veröffentlichung bestimmten Berichte wurden dort, wo nach den Richtlinien des Prüfungsverfahrens nicht in allen Punkten Zuverlässigkeit herrschte, nicht nur die anfechtbaren Stellen sondern prinzipiell jeweils die gesamten Berichte ausgeschieden, da sie auf Grund einzelner Mängel auch in ihren anderen Teilen nicht mehr als voll glaubwürdig gelten konnten.
Nachdem durch die Authentifizierung und Verifizierung alles hinsichtlich der Echtheit und Glaubwürdigkeit anfechtbare Material ausgeschieden war, mußte zur Feststellung der positiven Qualifikation der Dokumente ihre inhaltliche Brauchbarkeit, d.h. ihr Aussagewert und die Wichtigkeit der einzelnen Schilderungen und Angaben für eine historische Erfassung des Vertreibungsvorganges überprüft werden.
Es kam hierbei nicht darauf an, Berichte mit besonderen literarischen Qualitäten herauszufinden, ausschlaggebend war vielmehr die Unmittelbarkeit und Anschaulichkeit der Darstellung. Auch unbeholfene Schilderungen sind deshalb nicht ausgeschieden worden, sofern die Konkretisierung einzelner Begebenheiten und die Deutlichkeit im Ausdruck nicht in Mitleidenschaft gezogen waren.
Da es nicht in der Absicht der Wissenschaftlichen Kommission liegt, einzelne aus dem Zusammenhang herausgeloste Fakten darzustellen oder gar eine Sammlung von Belegen über Ausschreitungen und Greuel zu veröffentlichen, sondern es ihr darum geht, den Gesamtvorgang der Vertreibung in historischer Treue zu erfassen, d.h. in allen seinen zeitlichen Abschnitten, örtlichen Bedingtheiten und der Vielzahl der dabei auftretenden Erscheinungen und Begleitumstände, mußten zunächst alle Berichte als ungeeignet abgewiesen werden, die sich entweder in summarischen Feststellungen erschöpften, durch allzu emotionale Betrachtungen die Wiedergabe der Geschehnisse trübten oder sich auf die isolierte Betrachtung besonders schwerer Übergriffe und Schicksalsschläge beschränkten.
Nur solche Berichte kamen für eine Publizierung in Frage, bei denen konkrete, sich auf Zeit- und Ortsangaben stützende Schilderungen der Erlebnisse vorlagen, die sich möglichst kontinuierlich auf die gesamte Zeit und die wesentlichsten Ereignisse der Vertreibung erstreckten und somit eine wirkliche Wiedergabe des Vertreibungsprozesses darstellten.
Liegt schon ganz allgemein bei der Publikation von historischen Quellenzeugnissen zur modernen Geschichte das eigentliche Problem in ihrer erdrückenden Masse, so wurde dies in besonderer Weise bei dem hier zur Bearbeitung vorliegenden, mehrere Tausende von Berichten zählenden Material spürbar, das durch die Massen der Vertriebenen selbst geliefert worden war und einen Vorgang betrifft, bei dem selbst Massen mit jeweils individuellem Schicksal beteiligt gewesen waren.
So wenig sinnvoll eine Veröffentlichung des gesamten auch nach der Ausscheidung seiner anfechtbaren und unbrauchbaren Bestandteile noch viel zu umfangreichen Materials war, so mußte doch versucht werden, die Vielzahl individueller, örtlicher und zeitlicher Verschiedenheiten, die dieses Massenschicksal kennzeichneten, zum Ausdruck zu bringen.
Zu diesem Zweck ist aus der Fülle der Dokumente eine Auswahl getroffen worden, die als repräsentativ für alle Landschaften, Bevölkerungsgruppen, Vorgänge und Schicksale gelten konnte. Diese Auswahl war nicht in jedem Falle einfach, wenn sie auch dadurch erleichtert wurde, daß die vorhergegangene Sammlung ihre Ergebnisse nicht dem Zufall verdankte sondern systematisch angelegt war. So galt es, immer jeweils das beste Zeugnis, die beste Aussage zu finden und dennoch Sorge zu tragen, daß nicht etwa durch den Grundsatz der qualitätsmäßigen Auslese der Grundsatz der möglichst vollständigen Bezeugung aller Vorgänge in den Hintergrund gedrängt wurde.
Das bedeutet, daß manchmal Berichte herangezogen werden mußten, die in ihrem Wert hinter anderen wesentlich zurückstehen, wenn sie nur die einzige Quelle für ein bestimmtes Ereignis darstellten. Es ist zu hoffen, daß in einer späteren Auflage solche Stücke durch bessere ersetzt,

anderswo Lücken ergänzt werden können.
Neben den Richtlinien für die Auswahl der Dokumente mußte auch die bei jeder Dokumentenpublikation so wichtige Frage der Anordnung und Verarbeitung sehr sorgsam erwogen werden. Es kam darauf an, ohne gegen das Prinzip der Integrität der Dokumente zu verstoßen, die Berichte systematisch so anzuordnen, daß die Hauptphasen des Vertreibungsprozesses in der Abfolge der Berichte als geschlossene Abschnitte hervortreten und innerhalb dieser Abschnitte wiederum diejenigen Berichte in besonderen Gruppen zusammenstehen, die von Ereignissen handeln, welche sachlich, örtlich und ihrer zeitlichen Kontinuität nach zusammengehören und sich gegenseitig bestätigen oder ergänzen.
Eine solche dem Gesamtvorgang der Vertreibung in seinem Verlauf und in seiner gebietsmäßigen Verschiedenheit wiederspiegelnde Anordnung war unerläßlich, sollte die Vielzahl der teilweise sehr umfangreichen Berichte sich nicht in ein unüberschaubares Nebeneinander verlieren und zu ermüdender Wiederholung führen.
Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat sich die Wissenschaftliche Kommission dazu entschlossen, auch der Kürzung oder Teilung von Berichten zuzustimmen, wenn dies die einzige Möglichkeit war, sachlich Zusammengehöriges in übersichtlicher Weise anzuordnen.
Überall dort, wo aus Gründen der Anordnung Auslassungen von größeren Partien oder eine Zerschneidung von Dokumenten vorgenommen wurde, ist dies jedoch mit Hilfe besonderer, durch Kursivdruck hervorgehobener Überleitungstexte kenntlich gemacht worden, die jeweils eine kurze inhaltliche Charakterisierung der ausgelassenen Stellen enthalten oder durch Anmerkungen auf den Ort innerhalb der Dokumentation verweisen, wo sich der abgetrennte Teil eines Berichts vorfindet. Nur völlig unerhebliche Auslassungen weniger Worte sind lediglich durch Punkte markiert worden.
Der ursprüngliche Charakter und die Einheit der Erlebnisberichte wurden somit trotz gelegentlicher Kürzungen und Zerlegungen keineswegs entstellt, zumal jede Sorgfalt angewandt wurde, um Auslassungen des Originaltextes auf ein Mindestmaß herabzudrücken. So sind mitunter auch einzelne sehr subjektive Äußerungen nicht angetastet worden, selbst da, wo es sich um leidenschaftliche und einseitige Urteile handelt, wenn nur durch sie der objektive historische Gehalt der betreffenden Dokumente nicht in Frage gestellt wurde.
Auch Stileigentümlichkeiten sind nirgends verbessert worden, und selbst bei der im allgemeinen durchgeführten Korrektur orthographischer Fehler wurde dort haltgemacht, wo diese in ihrer unverfälschten Unmittelbarkeit selbst Aussagewert gewinnen. Absichtlich ist beim Abdruck der Dokumente mit äußerster wissenschaftlicher Akribie verfahren worden.
Obwohl es sich bei den vorliegenden Quellen nicht um aktenmäßige, urkundliche Zeugnisse handelt, sondern um "Gedächtnisprotokolle", denen man den Gelegenheitscharakter ihrer Entstehung zuweilen anmerkt, wurden sie doch in der Art ihrer Behandlung abgeschlossenen, aus dem historischen Vorgang selbst erwachsenen Dokumenten gleichgestellt.
So wurde an den Kopf jedes Dokumentes eine in Petitdruck gehaltene Erläuterung gestellt, aus der Art und Umfang des Originaldokumentes, das Datum der Abfassung sowie Name, Beruf und ehemaliger Wohnort des Verfassers in den Vertreibungsgebieten ersichtlich sind. Ein Teil der Verfassernamen mußte jedoch im Hinblick auf besondere persönliche Umstände mancher Berichterstatter verschwiegen werden. Es muß aber ausdrücklich festgestellt werden, daß sämtliche Verfasser der veröffentlichten Dokumente persönlich beglaubigt und ihre vollen Namen bekannt sind.
Der Plan der mit der Publikation betrauten Wissenschaftlichen Kommission sieht eine Reihe von Veröffentlichungen vor, wobei die beiden vorliegenden ersten Bände der Vertreibung des Deutschtums östlich der Oder-Neiße-Linie gelten.
Weitere Bände, die zur Zeit vorbereitet werden, sollen die Austreibung der Sudetendeutschen und des Deutschtums in Südosteuropa behandeln. Größere Quellenzeugnisse, die aus dem

Rahmen der Hauptbände durch ihren Umfang herausfallen, sollen in Sonderpublikationen erscheinen.
Als Abschluß ist ein auswertender Ergebnisband vorgesehen, der das Ereignis der Austreibung der ostdeutschen Bevölkerung nach seiner geschichtlichen, völkerrechtlichen und soziologischen Bedeutung untersucht und in den Zusammenhang der europäischen und welthistorischen Entwicklung stellt. Hierbei sollen auch die gesamten Probleme erörtert werden, die durch das Zusammenwohnen der Völker in Ostmitteleuropa in der Vergangenheit aufgeworfen worden sind, und ihre Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft bedacht werden.
Die Herausgeber fühlen sich in ihrem Gewissen nur an das Ethos der wissenschaftlichen Forschung gebunden. Wenn sie darüber hinaus auf einen politischen Grundsatz verpflichtet sind, so ist es der in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochene Verzicht auf Rache und Vergeltung.
Sie wollen mit der von ihnen betreuten Veröffentlichung nicht einem Willen Vorschub leisten, der diesem Verzicht entgegensteht, nicht Empfindungen auslösen, die selbstquälerisch im eigenen Leid wühlen. Dazu sind sie sich viel zu sehr des deutschen Anteils an den Verhängnissen der beiden letzten Jahrzehnte bewußt.
Sie hoffen vielmehr, daß durch, ihre Arbeit die Einsicht gestärkt wird, daß sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll. Sie hoffen auf eine Neuordnung der Völkerbeziehungen in dem Raume, der zuletzt ein Inferno der Völker geworden war.
Nicht aus einem Vorbeisehen an der jüngsten Vergangenheit, sondern nur aus der verantwortungsbewußten Auseinandersetzung mit ihr kann eine neue moralische Kraft geboren werden, um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ganz Europas zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt.

VORBEMERKUNG
zu Band I

Das Ziel des hier vorgelegten ersten Teiles des Gesamtwerkes über die Vertreibung ist es, die Massenaustreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in allen ihren Phasen anhand von Aussagen und Berichten der Betroffenen selbst darzustellen.
Die Dokumente und Zeugnisse folgen in ihrer Anordnung dem großen Gang der Ereignisse, sie sollen daher auch nicht einzeln sondern im Zusammenhang gelesen werden.
Wenn damit die Quellenveröffentlichung schon ein gutes Stück Verarbeitung enthält, so lag es nahe, noch einen Schritt weiter zu gehen und den in großer Fülle dargebotenen Stoff, den die Dokumente enthalten, auch zu einer erzählenden Darstellung zu verwerten.
Ein solcher Versuch wird hier gewagt. Durch ihn soll eine Art Wegweiser zu den Dokumenten geschaffen werden; dies soll vor allem dadurch geschehen, daß die zahlreichen in den Berichten behandelten und dort meist in aller Breite und Ausführlichkeit geschilderten Vorkommnisse unter Verzicht auf alles Unwesentliche aus der Enge der jeweiligen persönlichen und lokalen Horizonte der Berichterstatter herausgelöst und zu einem allgemeinen Bild verdichtet werden.
Durch eine große Zahl von Hinweisen (Anmerkungen) ist dabei Sorge getragen worden, daß die enge Beziehung zwischen allgemeiner Darstellung und dokumentarischen Belegen aufrechterhalten bleibt. Diese Anmerkungen stellen zugleich eine erste Aufschlüsselung der in den Berichten enthaltenen großen Menge von Einzelangaben nach ihrer sachlichen Zusammengehörigkeit dar. –
Die einleitende Darstellung soll aber auch insofern ein Wegweiser zur rechten Beurteilung der einzelnen Dokumente sein, als sie vorweg einen Überblick über das Ganze des Vertreibungsprozesses gibt und damit von vornherein aufzeigt, in welchem Zusammenhang die einzelnen Abschnitte und Ereignisse des Vertreibungsvorganges miteinander stehen und worin ihre spe-

zielle Bedeutung für das Gesamtgeschehen der Vertreibung liegt.
Als wichtigstes Ergebnis dieses Versuchs, die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung darzustellen und historisch zu erfassen, muß die Erkenntnis gelten, daß die Vertreibung nicht bloß ein "Bevölkerungstransfer" war und nicht einfach identisch ist mit der Ausweisung, sondern daß sie ein vielgestaltiges Schicksal und ein mehrjähriger Prozeß gewesen ist, zu dem die Flucht vor der Roten Armee und die Ereignisse, Maßnahmen und Zustände der russisch-polnischen Herrschaft in Ostdeutschland nach 1945 ebenso gehören wie die Ausweisungsbefehle und -transporte, durch die der Gesamtvorgang der Vertreibung seinen Abschluß fand.
Mit dem Nachweis dieser Zusammenhänge erfüllt die einleitende Darstellung einen wichtigen Zweck und befriedigt vor allem das Verlangen, die Einzelvorgänge rasch zu überschauen und sie in das Gesamtgeschehen der Vertreibung einzuordnen. Dennoch ist die Einleitung weit davon entfernt, die Lektüre der Berichte überflüssig zu machen oder auch nur deren ganze inhaltliche Fülle ausschöpfen zu können. Die Originalität und größere Ausführlichkeit, aber auch die Unmittelbarkeit, in der das Schicksal der Vertreibung in den veröffentlichten Dokumenten Ausdruck findet, sichert ihnen unbedenklich den Vorrang.
Dies ist um so mehr der Fall, als die darstellende Einleitung nur eine erste noch keineswegs abschließende Konzeption des Vertreibungsverlaufs geben kann, da viele mit der Vertreibung zusammenhängende Ereignisse noch unzureichend geklärt und manche von ihnen vielleicht erst nach langen Forschungsarbeiten, wenn überhaupt, erfaßt werden können.
Da die einleitende Darstellung auf die primäre Aufgabe beschränkt bleibt, ein Führer durch die Dokumente zu sein, können in ihr die allgemeinen weltgeschichtlichen Hintergründe der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung nur insofern erwähnt werden, als dies für das Verständnis des Ereignisablaufs erforderlich ist.
Unberücksichtigt bleiben muß ferner die allgemein-geschichtliche Einordnung des Phänomens der Vertreibung. Weder ihre viele Jahrhunderte zurückreichenden Voraussetzungen noch ihre ideologische und diplomatische Vorgeschichte können hier schon gebührend gewürdigt werden, da es sich bei dem vorliegenden Werk zunächst nur um einen auf die Oder-Neiße-Gebiete begrenzten Ausschnitt aus dem Gesamtereignis der Vertreibung handelt, das auch anderwärts in Ostmitteleuropa, im Gebiet der Tschechoslowakei, Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens stattfand.
Die Sammlung der Dokumente über die Gebiete östlich der Oder und Neiße stand unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, der einen größeren Mitarbeiterkreis dazu heranzog und durch die bereitwillige Mitwirkung zahlreicher Vertriebener aller Landsmannschaften unterstützt wurde.
Die wissenschaftlichen Richtlinien hat die Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation der Vertreibung unter dem Vorsitz von Professor Dr. Theodor Schieder - Köln, bestehend aus Oberarchivrat am Bundesarchiv Dr. Adolf Diestelkamp - Koblenz, Universitätsprofessor Dr. Rudolf Laun - Hamburg, Universitätsprofessor Dr. Peter Rassow - Köln, Universitätsprofessor Dr. Hans Rothfels - Tübingen, ausgearbeitet.
Sie bildete einen wissenschaftlichen Arbeitskreis, dem Dr. Hans Booms, Dr. Martin Broszat, Dr. Gerhard Papke und cand. phil. Heinrich Smikalla angehörten.
Die vorliegenden Bände sind unter der Leitung von Professor Dr. Theodor Schieder aus der Gemeinschaftsarbeit dieses Kreises hervorgegangen, an der alle Mitarbeiter beteiligt waren. Dr. H. Booms hat im besonderen die Fertigstellung des Dokumententeils, Dr. M. Broszat die Arbeiten für die Einleitung betreut.
Die Wissenschaftliche Kommission schuldet für freundliche Beratung und Unterstützung dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, Amt für Landeskunde in Remagen, dem J. G. Herder-Institut in Marburg, der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropa-Forschung in Göttingen und dem Institut für Zeitgeschichte in München ihren aufrichtigen Dank.<<

USA: Das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika entscheidet im Jahre 1954, im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/101): >>Heutzutage muß man folglich bezweifeln, daß ein Kind Aussicht auf Erfolg im Leben hat, wenn ihm die Gelegenheit zu einer Schulbildung verweigert wird.
Wo der Staat es unternommen hat, eine solche Gelegenheit zu schaffen, ist sie ein Recht, das allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden muß. ...
Wir kommen zu dem Schluß, daß der Grundsatz "getrennt, aber gleich" ("separate, but equal") auf dem Gebiet des öffentlichen Schulwesens nicht gelten kann. Getrennte Bildungseinrichtungen sind ihrer Natur nach ungleich.
Deshalb erklären wir, daß den Klägern ... durch die angegebenen Fälle von Rassentrennung (Segregation) die Gleichheit vor dem Gesetz vorenthalten ist, die durch den 14. Verfassungszusatz gewährleistet wird. ...<<
Algerien: Im Jahre 1954 beginnt der algerische Unabhängigkeitskampf gegen die französische Besatzungsmacht.

1955

> Es kommt nicht darauf an, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, sondern mit den Augen die Tür zu finden.
> *Werner von Siemens (1816-1892, deutscher Elektrotechniker und Industrieller)*

01.01.1955

CSR: Das tschechoslowakische statistische Amt teilt am 1. Januar 1955 offiziell mit, daß sich noch 165.790 Deutsche in der CSR aufhalten (x004/132).

07.01.1955

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius erklärt am 7. Januar 1955 nochmals, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar sind.

25.01.1955

UdSSR: Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.
Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgen später diesem Beispiel (x009/50).

30.01.1955

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 30. Januar 1955 (x095/190): >>... Ich habe keine Zweifel, daß in den Abstimmungen hinsichtlich der Frage der Souveränität, des Eintritts in die Westeuropäische Union und des Beitritts zur NATO gute Mehrheiten erzielt werden.
Die Dinge liegen etwas anders beim Saarabkommen. Hier bestehen noch manche Schwierigkeiten. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich dagegen, aber auch innerhalb der Koalition gibt es noch starke Gruppen, die dem Saarstatut ablehnend gegenüberstehen.
Ich hoffe, daß es in der Zwischenzeit gelingt, noch manche Abgeordnete der Koalition von der Notwendigkeit dieses Abkommens zu überzeugen, glaube aber, daß es nur mit geringer Mehrheit den Bundestag und Bundesrat passieren wird. ...<<

01.02.1955

DDR: Im katholischen Amtsblatt vom 1. Februar 1955 protestiert man gegen die "Jugendweihe" (x009/215): >>Hier gibt es nur ein Entweder-Oder.
Katholischer Glauben und Jugendweihe stehen sich unversöhnlich gegenüber. ...<<
Die Deutsche Grenzpolizei übernimmt ab 1. Februar 1955 die Bewachung der DDR-Staatsgrenzen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Grenz-

polizei" der SBZ (x009/164): >>Seit 1.2.1955 erhielt die Deutsche Grenzpolizei, da die sowjetische Besatzungsmacht darauf verzichtete, "die alleinige Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR" und am Ring um Berlin. ...
Die Einheiten der Deutschen Grenzpolizei verfügen über "Aufklärungstruppen", d.h. Agenten für politische Überwachungs- und Geheimaufgaben (Aufklärung). Als halbaktive Auffüllungsmannschaften für Ernstfälle und z.T. als Spitzel sind mit der Deutschen Grenzpolizei etwa 8.000 Grenzpolizeihelfer verbunden. Ausbildung und Dienst der Deutschen Grenzpolizei sind überwiegend nicht polizeilich, sondern militärisch. Seit jeher war sie eine Truppe, die im Grenzbereich militärische Aufgaben zu erfüllen hat, zugleich aber neben und mit der Armee einsetzbar ist.
Uniform: seit Oktober 1952 olivbraun nach dem sowjetischen Muster, mit grünen Kragenspiegeln. Sie hat nicht Polizei- sondern Militärdienstgrade. Stärke: rd. 48.000 Mann; ohne 8.000 Grenzpolizeihelfer. ...<<

03.02.1955

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung beendet am 3. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

09.02.1955

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 9. Februar 1955 an Nahum Goldmann (x095/192-193): >>... Mir sind die Klagen bekannt, zu denen besonders auch im Ausland der schleppende Gang der individuellen Wiedergutmachung Anlaß gegeben hat. ...
Auf dem Gebiet der Rückerstattung müssen die gegen das frühere Deutsche Reich gerichteten Geldansprüche, worauf Sie mit Recht hinweisen, noch geklärt werden. ...
Auf dem Gebiete der Entschädigung sind bis zum 30. September 1954 auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes insgesamt 888.192.148 DM gezahlt worden. Dazu kommen noch die Leistungen auf Grund verschiedener Einzelregelungen wie z.B. Bundesgesetz über die Wiedergutmachung für die Beamten des öffentlichen Dienstes ...<<

14.02.1955

Schweiz: Eine DDR-Delegation nimmt am 14. Februar 1955 in Genf an einer Außenhandelstagung der UN teil.
In den folgenden Monaten gelingt es der DDR, mit westlichen Ländern Außenhandelsabkommen zu schließen.

18.02.1955

Polen: Die polnische Regierung beendet am 18. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

27.02.1955

BRD: Der Deutsche Bundestag verabschiedet am 27. Februar 1955 die Gesetze über das "Saarstatut" und die "Pariser Verträge".

28.02.1955

BRD: Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert am 28. Februar 1955 die Annahme des Saarstatuts (x155/49): >>Die Bundesrepublik als Teil Deutschlands ist nicht berechtigt, Verträge über einen anderen Teil Deutschlands abzuschließen.
Das Abkommen verstößt gegen das deutsche Staatsrecht und ist daher aus doppeltem Grunde nichtig. ...<<

17.03.1955

Polen: Ministerpräsident Bierut erläutert am 17. März 1955 vor dem Sejm das polnisch-deutsche Verhältnis (x064/23): >>Wir haben den Kriegszustand mit Deutschland beendet. ... Wir sind bereit, auch unsere Beziehungen zu Westdeutschland zu normalisieren. ...
Um alle Zweifel in diesem Punkt auszuschließen, haben die verantwortlichen Staatsmänner unseres Lagers mit aller Deutlichkeit betont, daß wir auf die Tatsache der Remilitarisierung

Westdeutschlands (Aufstellung der deutschen Bundeswehr) mit Schritten antworten werden, die unsere Länder gegen alle Versuche eines Attentats auf unsere Sicherheit oder Grenzen sichern.
Zu unserem Lager, dem Lager des Sozialismus und des Friedens, gehört die Deutsche Demokratische Republik. Unsere Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik sind auf Zusammenarbeit und Freundschaft, auf die Unantastbarkeit unserer Grenzen an Oder und Neiße aufgebaut, und sie zeigen, daß wir gutnachbarliche, freundschaftliche und friedliche Beziehungen mit dem uns benachbarten deutschen Volk errichten konnten. ...
Die polnische Regierung wird ihre Bemühungen zu einer friedlichen Regelung des deutschen Problems fortsetzen.<<

31.03.1955

UdSSR: Die Sowjets beschließen am 31. März 1955 die Rückgabe von Gemälden der Dresdner Galerie.

01.04.1955

DDR: Die SED gründet am 1. April 1955 das "Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstätten".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nationalen Gedenkstätten" in der SBZ (x009/302-303): >>Unter dem Namen "Nationale Gedenkstätten" errichteten die SED und das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer Aufmarschstätten bei einstigen Konzentrationslagern der NS-Ära, wobei sie die Tatsache unterschlugen, daß die Sowjetunion nach dem Zusammenbruch ebenfalls, z.T. in den selben Lagern viele Zehntausende politischer Häftlinge verhungern ließ. ...
Ravensbrück wurde September 1958, Sachsenhausen April 1961 als Nationale Gedenkstätte proklamiert. - Im April 1961 eröffnete die SED in Gotha eine "Nationale Gedenkstätte der Geschichte der Arbeiterbewegung".<<
Berlin: Karl Wilhelm Fricke wird am 1. April 1955 durch den Staatssicherheitsdienst (SSD) aus West-Berlin entführt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Menschenraub" durch den Staatssicherheitsdienst (x009/284): >>Der Staatssicherheitsdienst (SSD) hat mit Hilfe gedungener krimineller Elemente wiederholt das Verbrechen des Menschenraubes begehen lassen, um SBZ-Flüchtlinge oder Personen, die in der Bundesrepublik oder in Berlin West aktiv gegen das Unrechtsregime in der Zone tätig waren, in die Hände zu bekommen.
Die dabei angewendeten Methoden reichen bis zur Giftbeibringung und zum brutalen Überfall auf der Straße. Einige Opfer dieser Menschenraub-Aktionen des SSD sind inzwischen nach langjähriger Haft in den Westen zurückgekehrt (Alfred Weiland, Karl Wilhelm Fricke) und haben im einzelnen über die Taktik des SSD bei der Vorbereitung und Durchführung des Menschenraubes berichtet. Öffentliche Gerichtsverhandlungen fanden nicht statt.
Die West-Berliner Polizei hat seit Herbst 1949 allein 196 Fälle von Menschenraub im Auftrag des SSD registriert. Besonders schwere Fälle waren die Verschleppung des Journalisten Alfred Weiland (1950 in West-Berlin: Überfall auf der Straße), des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Walter Linse (1952 in West-Berlin; Überfall auf dem Wege ins Büro), des Vorsitzenden der russischen Emigranten-Organisation NTS, Dr. Truchnowitsch (1954 in West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung), des aus der SBZ geflüchteten ehemaligen SSD-Kommissars Silvester Murau (1955 mit Hilfe der Tochter aus der Bundesrepublik verschleppt), des ebenfalls aus der SBZ geflüchteten ehemaligen Inspekteurs der Volkspolizei Robert Bialek (1956 aus West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung) und des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Erwin Neumann (1958 beim Segeln auf dem Wannsee in West-Berlin).

Einige der im Auftrage des SSD tätig gewordenen Verbrecher wurden gefaßt und vom West-Berliner Landgericht verurteilt: Knobloch (Fall Dr. Linse) zu 10 Jahren Zuchthaus, ... Tietze und Horeis (Fall Murau) zu 10 und 12 Jahren Zuchthaus.<<

16.04.1955

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mitteldeutschen Spezialisten": >>**Atom-Spezialisten kehren heim**

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und Optikspezialisten (über 3.000) mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

18.04.1955

Polen: Der polnische Staatsrat erläßt am 18. April 1955 ein Gesetz über die Eigentumsverleihung sowie über die Regelung anderer mit der Bodenreform und mit der landwirtschaftlichen Ansiedlung verbundener Fragen (x003/501-505):

>>Abschnitt 1.

Die Verleihung des Eigentums an Pächter.

Art. 1 Staatliche Liegenschaften, die von Landwirten auf Grund eines Pachtvertrages seit mindestens drei Jahren vor Inkrafttreten dieses Dekrets genutzt werden, werden diesen Landwirten oder ihren Rechtsnachfolgern auf Antrag übereignet, sofern sie diese Liegenschaften bewirtschaften. ...

Art. 4. 1. Über die Verleihung des Eigentums einer Liegenschaft sowie über den Erwerbspreis befindet das Präsidium des Kreis-Nationalrates.

2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Staat.

Abschnitt 2.

Die Verleihung des Eigentums an andere Besitzer von Liegenschaften.

... Art. 6 1. Personen, welche staatliche Liegenschaften innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete bewirtschaften, gelten als Eigentümer dieser Liegenschaften, wenn sie die polnische Staatsbürgerschaft erworben haben und Familienmitglieder des vorherigen Eigentümers sind, welcher das Eigentum der Liegenschaft wegen Nichterlangung der polnischen Staatsbürgerschaft verloren hat. ...

Abschnitt 3.

Die Befreiung der Repatrianten von der Bezahlung.

Art. 12. 1. Repatrianten, die nach internationalen Verträgen als Ersatz für ihre im Ausland zurückgelassenen Liegenschaften im Inland Liegenschaften erhalten sollen, sind von der Bezahlung des Erwerbspreises, ohne Verrechnung oder Abschätzung, für die ihnen verliehenen staatlichen Liegenschaften befreit. ...

Abschnitt 4.

Die Regelung des Eigentums von verlassenen Wirtschaften.

Art. 15. 1. Landwirtschaften (Arbeiter-, Handwerkerparzellen usw.), die auf Grund der Vorschriften über die Durchführung der Bodenreform oder über die Agrarverfassung und Ansiedlung erworben wurden, jedoch vom Eigentümer vor dem Inkrafttreten dieses Dekrets verlassen wurden, gehen kraft Gesetzes ohne Entschädigung und frei von Lasten, mit Ausnahme von Grunddienstbarkeiten, in das Eigentum des Staates über. ...

Abschnitt 5.

Gemeinsame Bestimmungen.

... Art. 18 1. Bei der Verleihung des Eigentums an einer Liegenschaft auf Grund dieses Dekrets sowie nach den Vorschriften über die Durchführung der Bodenreform darf die Fläche einer Landwirtschaft 15 ha und die Fläche einer Zuchtwirtschaft in Gebirgsgegenden 20 ha

nicht überschreiten. ...
Art. 21 Der Erwerb des Eigentums von Liegenschaften nach den Vorschriften dieses Dekrets unterliegt nicht der Vermögenserwerbsteuer. ...<<

01.05.1955

DDR: Die Kampfgruppen der SED und Gesellschaft für Sport und Technik (GST) stehen am 1. Mai 1955 erstmalig im Vordergrund der Mai-Veranstaltungen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/208-209): >>Militärähnliche Verbände der SED in Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Behörden, Schulen und Anstalten aller Art, 1952 zunächst in Großbetrieben der Volkseigenen Industrie in Anfangs- und Vorformen errichtet. (Der damals übliche Name Betriebskampfgruppen ist veraltet).
Unter dem Eindruck des Juni-Aufstandes betrieb die SED die Aufstellung bewaffneter Kampfverbände, Angehörige der KVP, der GST (Gesellschaft für Sport und Technik), vor allem der Deutschen Volkspolizei waren als Ausbilder tätig. ...
... Die Kampfgruppen sollen, so heißt es, zu kampfkräftigen Einheiten - zu Arbeiterbataillonen - entwickelt werden. Sie sollen in die Lage versetzt werden, als wirksames Instrument der Heimatverteidigung sowohl die Betriebe zu schützen als auch, wenn es die Situation erfordert, gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei ... innerhalb ihres Heimatgebietes zu kämpfen und die innere Sicherheit der Republik zu garantieren (damit verlangte die SED sinngemäß den Einsatz der Kampfgruppen an der Seite der Armee, die 1955 noch als Kasernierte Volkspolizei getarnt war).
Den Kampfgruppen werden die Altersgruppen von 25 bis 60 Jahren vorbehalten, während die GST die jüngeren Jahrgänge ausbildet.<<

03.05.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**
Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.
Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

05.05.1955

BRD: Die Pariser Verträge treten am 5. Mai 1955 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhält endlich die zugesagte Teil-Souveränität und fast alle Hoheitsrechte.
Das Besatzungsstatut entfällt (Ausnahmen: Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage).
Bundeskanzler Adenauer erklärt nach dem Inkrafttreten der "Pariser Verträge" (x073/242): >>Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden ...
Freiheit verpflichtet.
Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.
Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker.
Unser Ziel: in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.<<

07.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland tritt am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

09.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland wird am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

14.05.1955

Polen: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

15.05.1955

Österreich: Die 4 Siegermächte schließen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich.

Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) muß sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und darf außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

DDR: Das ZK der SED gibt am 15. Mai 1955 die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte (Nationale Volksarmee) bekannt.

18.05.1955

DDR: Die SED läßt am 18. Mai 1955 ein "Amt für Jugendfragen" einrichten.

28.05.1955

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Mai 1955 über Indien (x191/-205): >>... "Dieses Indien ist ja in seiner tiefsten Seele dieser Erde hier immer ein wenig ferne; wenn das Leben nur ein Durchgangsweg zu immer neuem Höheren und immer Vergeistigterem ist", dem können Kraftwagen und Rundfunk und neue Möbel und "Lebensstandard" nicht so viel bedeuten wie uns.<<

18.06.1955

DDR: Der FDGB beschließt am 18. Juni 1955 auf dem 4. Bundeskongreß eine neue Satzung. In der Präambel dieser neuen Satzung heißt es (x009/123): >>Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Klassenorganisation der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse, die in festem Bündnis mit den werktätigen Bauern steht, und bekennt sich zur Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Partei der deutschen Arbeiterklasse. ...<<

25.06.1955

USA: Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, stellvertretender Staatssekretär im US-State Departement) erklärt am 25. Juni 1955 während einer Rede vor Studenten der Indiana University (x028/236): >>Von Anfang an standen unsere Absichten mit Deutschland und die sowjetischen Wünsche einander entgegen.

Ein Jahr nach der Einführung der Viermächteverwaltung für Deutschland war es ganz offensichtlich, daß die Westmächte ein selbständiges Deutschland anstrebten, während die Sowjetunion daran interessiert war, deutsche Industrie, Landwirtschaft und deutsche Arbeitskräfte für die UdSSR auszubeuten. ...<<

Juni/Juli 1955

DDR: Das SED-Regime begnadigt Mitte 1955 erstmalig "politische Verbrecher" (x009/398): >>Mitte 1955 setzte Wilhelm Pieck erstmalig einen Teil der unmenschlich hohen Strafen herab. Diese Strafherabsetzungen hatten keine Haftentlassungen zur Folge. Auch nach dem "Gnadenerlaß" blieben in der Regel noch Reststrafen von 2 bis 5 Jahren Zuchthaus zu verbüßen. ...<<

03.08.1955

DDR: Das Ministerium für Staatssicherheit beauftragt die deutsche Volkspolizei am 3. August 1955, "Vertrauensleute" anzuwerben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Spitzelwesen" in der SBZ (x009/410-411): >>Die Sicherheit und die Existenz des Regimes in der SBZ stützen sich in weitem Umfang auf das Spitzelwesen, das zu einem ausgedehnten System entwik-

kelt worden ist.
Die geheime Tätigkeit der Spitzel soll eine Psychose der Allgegenwart des SSD erzeugen, durch die die Aktivität des möglichen oder wirklichen Gegners auf ein Minimum beschränkt werden soll. Das Spitzelsystem des SED-Regimes erstreckt sich nicht nur auf Feinde des Systems, sondern auch auf die SED und den Regierungsapparat. Ideologische Begründung für das Spitzelwesen: "Proletarische Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse."
Das neue FDJ-Statut z.B. verpflichtet jedes FDJ-Mitglied zur Unterstützung der Staatssicherheitsorgane.
Die von Spitzeln gesammelten oder von Denunzianten freiwillig gemachten Informationen landen bei den "Organen der Staatssicherheit". Diese nennen ihre Spitzel "Geheime Informanten" (GI).
Oft haben die GI einen fest umrissenen Spitzelbereich, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben, z.B. in einem VEB, im Sekretariat einer Partei usw., d.h. in einer Umgebung, deren Überwachung dem SSD notwendig erscheint und in der der GI einen natürlichen Platz hat (Ingenieur, Werkmeister, Stenotypistin usw.), der ihm einen größtmöglichen Einblick in die Verhältnisse gestattet. Sie können auch zur Personenüberwachung und zur Tätigkeit jenseits der Grenzen der SBZ eingesetzt werden.
Über ihre Beobachtungen haben sie ihre Auftraggeber regelmäßig Berichte zu erstatten, die sie mit ihrem Decknamen unterzeichnen müssen. Nach den Arbeitsrichtlinien des SSD sollen nach Möglichkeit nur solche Personen als GI verwendet werden, denen die Bevölkerung wegen ihrer dienstlichen oder parteipolitischen Tätigkeit nicht mit besonderer Zurückhaltung begegnet.
Spitzel werden entweder durch Überzeugung oder unter Druck angeworben und verpflichtet. Befindet sich in dem vom SSD zu überwachenden Gebiet kein "freiwilliger Mitarbeiter", dann werden Druckmittel gegenüber einem in Aussicht genommenen "Kandidaten" angewendet, indem z.B. Kenntnis von "kriminellen Verfehlungen" oder "negativen politischen Äußerungen" behauptet wird. Zusätzlich wird mit Angeboten sozialer und wirtschaftlicher Vergünstigungen (Prämie!) gearbeitet.
Im August 1955 wurden auch die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) beauftragt, ein eigenes - zusätzliches - "System von Vertrauenspersonen" aufzubauen.
"Vertrauenspersonen sind Bürger, die das besondere Vertrauen des ABV verdienen und ihm vertrauliche Mitteilungen geben, die für die Volkspolizei von Interesse sind. Durch die Heranziehung von Vertrauenspersonen soll es dem ABV ermöglicht werden, noch besser als bisher mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um jederzeit allseitige Informationen über Gegner unserer demokratischen Ordnung und andere verbrecherische Elemente zu erhalten und die Stimmung in seinem Abschnitt kennenzulernen" (Instruktion Nr. 1 zum Befehl Nr. 45 des Chefs der deutschen Volkspolizei vom 3.8.1955).
Dieser Spitzelapparat des ABV setzt sich ausschließlich aus Freiwilligen zusammen.
Mit dem wenig später ergangenen Befehl Nr. 49 des Chefs der deutschen Volkspolizei erhielt auch die Kriminalpolizei den Auftrag zum Aufbau eines eigenen Spitzelapparates. Dieser stützt sich vornehmlich auf Rechtsbrecher, denen Straferlaß für den Fall in Aussicht gestellt wird, daß sie die ihnen erteilten Aufträge in vollem Umfang erfüllen.
Die GI der Kriminalpolizei stehen also ständig unter dem Druck, daß, wenn ihre Arbeit als ungenügend angesehen wird, eine gegen sie erkannte Strafe vollstreckt oder ein zunächst eingestelltes Verfahren wiederaufgenommen wird.
Die Zusammenarbeit zwischen der Kriminalpolizei und dem SSD wird in der Bezirksverwaltung durch einen Verbindungsoffizier hergestellt, der dafür sorgt, daß die für den SSD wesentlichen Erkenntnisse diesem mitgeteilt werden. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die revolutionäre

"Wachsamkeit" in der SBZ (x009/472): >>Die bolschewistische Forderung an alle Menschen in einem kommunistischen Staat, zur Entlarvung und Bestrafung von "Agenten", "Saboteuren" und allen Feinden des Systems durch Mitteilung über ihre Tätigkeiten und ihre Auffassungen an die staatlichen Sicherheitsorgane beizutragen, wird im Parteijargon als revolutionäre Wachsamkeit bezeichnet.
Mitglieder kommunistischer Parteien in allen Ländern haben überdies revolutionäre Wachsamkeit zu entfalten, um das Eindringen "parteifeindlicher Elemente" und antibolschewistischer Auffassungen in die Partei zu verhindern. ...<<

18.08.1955

DDR: Der Ministerrat ordnet am 18. August 1955 die Bildung von handwerklichen Produktionsgenossenschaften an.

01.09.1955

DDR: Anstatt der bisherigen 8klassigen Grundschule wird am 1. September 1955 die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule zur Pflichtschule.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Erziehungswesen" in der SBZ (x009/117-118): >>... Das in der Stalin-Ära aufgebaute öffentliche Erziehungswesen, dessen Kern die damals geschaffene kommunistische Lernschule war, ist seit 1955 weitgehend reorganisiert worden. ...
An die Stelle der 8klassigen Grundschule tritt die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule als Pflichtschule. Sie hat zusammen mit den sonstigen Formen des Schul- und Hochschulwesens die Aufgabe, Erziehung und Bildung aufs engste mit dem Leben, vor allem mit der gesellschaftlichen Produktion zu verbinden. ...
... Die Schule hat zusammen mit anderen Institutionen des Erziehungswesens die Aufgabe, "Kinder und Jugendliche auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft" vorzubereiten.
Der Realisierung der politischen und pädagogischen Zielsetzung dient ein Erziehungswesen, das dem Modell der kommunistischen Ordnung angepaßt ist.
1. Das Erziehungswesen ist total politisiert. Das Prinzip der Einheit von Erziehung und Politik zwingt alle Institutionen und Pädagogen zu strenger "Parteilichkeit".
2. Die Arbeit der Schulen und Jugendverbände wird durch ein System von Plänen dirigiert und damit dem planrationellen Charakter der kommunistischen Ordnung angepaßt. Lernen ist Training in der Sollerfüllung.
3. Erziehung und Unterricht zielen auf die Erzeugung von Handlungsbereitschaften, die den Anforderungen einer industriellen Gesellschaft und der kommunistischen Herrschaftsordnung entsprechen.
4. Der Lehrstoff der Schulen, Hochschulen u.a. entspricht der marxistisch-leninistischen Einheitswissenschaft.
5. Das Erziehungswesen richtet sich nicht auf den Einzelnen als Einzelnen, sondern als Mitglied einer Gruppe.
6. Das kommunistische Erziehungswesen arbeitet trotzdem mit der Methode des Wettbewerbs. Gute Leistungen werden mit erhöhtem Prestige (z.B. Diplome, Medaillen) und materiellen Vorteilen (Stipendien, Karriere) belohnt.
7. Die Erfüllung der behördlichen Anordnungen wird durch ein doppeltes Kontrollsystem gesichert. Neben staatlichen Kontrollinstanzen stehen SED-Organisationen in Schulen, Hochschulen, Instituten und Behörden. Sie werden auf dem Sektor des Erziehungswesens von der Lehrerschaft und der FDJ unterstützt.
8. Das öffentliche Erziehungswesen, kontrolliert von der SED, entscheidet immer mehr über die zukünftige Position und die Möglichkeiten der Teilnahme am Konsum. Wohl soll die Schulleistung bei der Auslese immer stärker bewertet werden, aber nur im Zusammenhang mit der geforderten politischen Loyalität und der Herkunft (bevorzugte Behandlung von Ar-

beiter- und Bauernkindern). ...
Der Intensivierung der Erziehung dient auch die für die nahe Zukunft projektierte Entwicklung von Ganztagsschulen durch Ausbau der Schulhorte. ...
Es ist nicht zu bestreiten, daß die SBZ relativ hohe Mittel für die öffentliche Erziehung aufwendet. Das ist die Konsequenz der "gesellschaftlichen Umwälzung"; sie nötigt die kommunistische Führung, die Erziehung als ein Mittel zur Erhaltung und Befestigung der totalitären Machtordnung und der Entwicklung der planrationalen Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen und die Traditionen des Erziehungswesens zu liquidieren bzw. zu manipulieren.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lehrerbildung" in der SBZ (x009/258): >>Nach Artikel 36 der Verfassung soll die Lehrerbildung an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen erfolgen.
1946 wurden an allen Universitäten und an der TH Dresden pädagogische Fakultäten zur Ausbildung der Lehrer für die allgemein- und berufsbildenden Schulen errichtet.
Die meisten neuen Lehrer sind seit 1945 jedoch in Kursen von höchstens 1jähriger Dauer, die zunächst als Notmaßnahme gedacht waren, ausgebildet. worden. 1948/49 gab es 49.944 Lehrer mit Kurzausbildung neben 22.562 Altlehrern. Durch die "Verordnung über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen, der Pionierleiter, der Kindergärtnerinnen und der Erzieher in Heimen und Horten" vom 15.5.1953 wurde die Lehrerbildung auf eine neue Basis gestellt.
Die SBZ unterscheidet nach sowjetischem Vorbild 3 Kategorien von Lehrern für die allgemeinbildenden Schulen: Lehrer für die Unterstufe, für die Oberstufe der 10klassigen Oberschule und für die erweiterte Oberschule. Für jede Kategorie gibt es besondere Lehrerbildungseinrichtungen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugend" in der SBZ (x009/199): >>Die Bolschewisten legen, wie alle politischen Herrschaftssysteme, die darauf bedacht sind, die bestehende Gesellschaft durchgreifend neu zu ordnen, besonderes Gewicht darauf, die Jugend, die nicht durch Bildungserlebnisse und Welterfahrungen vorgeformt ist, für sich zu gewinnen. ...
Von den 3 wesentlichsten Einfluß- und Bildungsquellen, die zur Profilierung der jungen Generation beitragen: Elternhaus, Schule und Jugendorganisation sind die beiden letzteren völlig in der Hand der politischen Führung, die Schule allerdings weit mehr durch die Gestaltung der Lehrpläne und die Aktivität der bolschewistischen Jugendorganisation (Junge Pioniere) als durch die zu einem erheblichen Teil dem Regime immer noch reserviert gegenüberstehende Lehrerschaft.
Es kann als typisch gelten, daß Schüler und Lehrer in den "gesellschaftswissenschaftlichen" Unterrichtsfächern einander bewußt "parteiliche" Überzeugtheit vorheucheln.
Die Jugendlichen lernen mithin schon in der Schulzeit, taktisch erwünscht statt spontan und ehrlich zu reagieren, sich anzupassen und aus Opportunitätsgründen Ansichten zu vertreten, die nicht die ihren sind.
Das hat mit echter Bewußtseinsbildung nur bedingt etwas zu tun. ...
Mit mancherlei Methoden sucht man auf die Jugend schon im Vorschul- und Schulalter einzuwirken, so sollen die Kinder möglichst schon vor der Schulzeit in politisch beeinflußten Kindergärten, sodann - neben der Schule einher - in Horten und durch die Organisationen der FDJ, die auch die Feriengestaltung übernimmt und kollektiviert (Ferienaktion), dem Elternhaus entfremdet werden (Familienpolitik); doch ist diese generelle Erfassung nur bedingt erfolgreich. Zwar hat die FDJ etwa 90 % der unter 14jährigen erfaßt, aber diese nur dadurch, daß Sport, Spiel und Basteleien und nicht politische Indoktrination im Vordergrund stehen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Polytechnische

Bildung und Erziehung" in der SBZ (x009/332): >>Die heute praktizierte polytechnische Bildung und Erziehung richtet sich an Ausführungen von Marx und Engels. ...
In der Stalin-Ära sind die entsprechenden Bestrebungen praktisch aufgegeben worden, wurden aber seit 1953 erneut aufgenommen. Die Reformversuche führten in der Sowjetunion (1958) zu einer Reorganisation des gesamten Schulwesens unter dem Aspekt der Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft.
Die SBZ hat sich dieser Zielsetzung angepaßt, wenn sie auch die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit weniger intensiv gestaltet hat als die Sowjetunion. Wenn auch diese Verbindung alle Arten der Bildung und Erziehung zu durchdringen hat, wirkt sie sich doch am stärksten in der polytechnischen Bildung und Erziehung aus. ...
Nach dem neuen Schulgesetz ist die polytechnische Bildung und Erziehung "Grundzug" und "Bestandteil" des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren. Die polytechnische Bildung und Erziehung zielt auf eine Umgestaltung des Gehaltes der Allgemeinbildung und auf eine noch vorberufliche Grundausbildung in Hinsicht auf die Arbeit in der Produktion.
Die Funktion der polytechnischen Bildung und Erziehung ist es, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch einen frühzeitigen Umgang der Jugend mit der Technik besser zu fundieren und die frühzeitige Verinnerlichung der Forderungen an die berufliche Arbeit in einem kommunistischen Staat zu bewirken. Gleichzeitig ist die polytechnische Bildung und Erziehung auch ein Mittel einer permanenten Auslese, zumal sie die Jugendlichen besonderen Belastungsproben unterwirft.
Der polytechnische Unterricht setzt mit der in den Klassen 1 bis 6 im "Werken" vermittelten technischen Elementarbildung ein. Ab Klasse 7 folgen der Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion sowie die Fächer "Einführung in die sozialistische Produktion der Industrie und der Landwirtschaft", ab Klasse 9 Technisches Zeichnen.
... Die erweiterten Oberschulen haben seit 1960 generell die Aufgabe, eine auf einen Beruf oder einen Komplex benachbarter Berufe ausgerichtete Grundausbildung durchzuführen. Sie bildet praktisch schon einen Teil einer Berufsausbildung, zumal sie bei einem späteren Lehrverhältnis, beispielsweise während des "Praktischen Jahres", angerechnet werden kann.<<

10.09.1955

Berlin: Die Vertreter aller deutschen Landsmannschaften veröffentlichen am 10. September 1955 die "Berliner Entschließung" (x155/50): >>... 2. Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muß allen Völkern Europas werden.
3. Das durch das internationale Recht und die Atlantik-Charta verbürgte Selbstbestimmungsrecht, das Recht jeden Volkes, seine politische und soziale Ordnung in voller Freiheit sich selbst zu geben, gilt für alle Völker, auch für das deutsche Volk.
4. Millionen Menschen ist unter Bruch menschlichen Rechtes und aller göttlichen und sittlichen Gesetze die Heimat geraubt worden. Das Recht auf Heimat muß als ein Menschenrecht von allen Völkern anerkannt und verwirklicht werden.
5. Jedem Volk gebührt das Recht, in voller Freiheit seine eigenen Werte zu bewahren, zu entwickeln und dadurch seinen Beitrag zur Kultur der Menschheit zu leisten. ...<<

14.09.1955

UdSSR: Eine deutsche Regierungsdelegation unter Leitung des Bundeskanzlers reist vom 8. bis 14. September 1955 nach Moskau, um diplomatische Beziehungen aufzunehmen.
Während dieser Verhandlungen kündigt die sowjetische Regierung die Heimkehr von fast 10.000 deutschen Kriegsgefangenen an (x155/51).
Beim Abschluß der Moskauer Verhandlungen behauptet die Bundesrepublik Deutschland ihren Rechtsstandpunkt, daß die endgültige Regelung der deutsch-polnischen Grenze einem Friedensvertrag vorbehalten bleibt, der mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden muß (x125/9).

Bundeskanzler Adenauer übergibt während der Moskauer Verhandlungen ein Zusatzschreiben, das von der sowjetischen Regierung inhaltlich abgelehnt wird (x155/51): >>1. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR stellt keine Anerkennung des derzeitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.
2. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung der Sowjetunion bedeutet keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in bezug auf ihre Befugnis zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die gegenwärtig außerhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen". ...<<

15.09.1955

DDR: Das SED-Regime erläßt am 15. September 1955 eine Verordnung zum Schutz der Jugend, um die "Schund- und Schmutzliteratur" zu bekämpfen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schund- und Schmutzliteratur" (x009/386): >>Die Lenkung der gesamten literarischen Produktion gibt dem SBZ-Regime die Handhaben, das Erscheinen von Schmutzliteratur im engeren Sinne zu verhindern; zur Schund- und Schmutzliteratur werden aber nicht nur minderwertige Kriminal- und Sexualschmöker, sondern auch Schriften gerechnet, die "den moralischen und politischen Anschauungen der Werktätigen widersprechen"; Erwachsene, die in diesem überaus dehnbaren Sinne die "sozialistische Bewußtseinsbildung" der Jugend gefährden, sollen zur Verantwortung gezogen werden (VO zum Schutze der Jugend vom 15.9.1955).
Im Sinne dieser Verordnung können sogar westdeutsche Tageszeitungen als Schund- und Schmutzliteratur behandelt werden, während Hetzliteratur kommunistischer Tendenz natürlich nicht als solches gilt, sondern sogar von einigen Ministerien in eigenen Verlagen herausgebracht und verbreitet wird.<<
UdSSR: Die sowjetische Agentur TASS berichtet am 15. September 1955 (x300/195): >>Die Sowjetregierung betrachtet die Deutsche Bundesrepublik als einen Teil Deutschlands. Ein anderer Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik.
Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik hält es die Regierung der UdSSR für erforderlich zu erklären, daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen gelöst worden ist und daß die Deutsche Bundesrepublik ihre Jurisdiktion (Rechtsprechung) auf dem Gebiet ausübt, das unter ihrer Hoheit steht. ...<<

20.09.1955

DDR: Das Amt des Hohen Kommissars entfällt am 20. September 1955 und die Kontrollratsbeschlüsse für das Gebiet der SBZ werden außer Kraft gesetzt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/67): >>... Am 20.9.1955 hob die Sowjetunion (unmittelbar nach Abschluß des Moskauer Vertrages mit der DDR) das "Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland" auf und übertrug dem Botschafter der UdSSR in der DDR die Aufgabe der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik in Fragen, die sich aus den Beschlüssen der 4 Mächte über Gesamtdeutschland ergeben; die entsprechenden Aufgaben im militärischen Bereich erhielt der Oberkommandierende der Sowjetstreitkräfte in Deutschland. –
Zugleich setzte die Sowjetunion alle Kontrollratsgesetze u.ä. für die DDR außer Kraft, doch dies "berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Gesamtdeutschland, die sich aus entsprechenden Beschlüssen der 4 Mächte ergeben".
Obwohl dem Buchstaben nach die DDR unabhängig ist, hängt ihr Bestand, auch gegenüber

der Bevölkerung Mitteldeutschlands, weitgehend von der Sowjetunion und von der Anwesenheit der sowjetischen Truppen ab.<<

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. September 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>20. September 1955. Friedland besteht heute 10 Jahre.
10 Jahre lang wurde hier die Leidensgeschichte nicht nur unseres Volkes aufgezeichnet. Es finden keine "Feierlichkeiten" statt. Worüber sollte man sich auch freuen. Es gibt wirklich keinen Anlaß.
Dank müßte jedoch denen gesagt werden, die für Friedland so unendlich viel getan haben. Aber diese Frauen und Männer mögen keinen Dank, Für sie ist es (die) schönste Freude, hier helfen zu dürfen. Bis auch der Letzte daheim ist.
Denn viele fehlen noch. Aber es besteht die Hoffnung, daß bald wieder die Glocke läuten wird ... 1.837.349 Menschen gingen bisher durch das Lager. ...
Viele vermißte Deutsche ... werden nie wieder zurückkommen. Sie sind von Granaten zerrissen, von Panzern zermahlen, von Bomben zerschmettert, im Elend verkommen. Sie werden die Glocke in Friedland niemals hören. ...<<

UdSSR: Der Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR bestätigt am 20. September 1955 die "Souveränität" der DDR und nennt sie "frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik". Die Besetzung der SBZ wird als "zeitweilig ... mit Zustimmung der Regierung der DDR" bezeichnet (x009/50).

Algerien: Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestiert am 20. September 1955 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/198): >>... Verabscheuungswürdige Behandlung von Verdächtigen; Hinrichtungen von Gefangenen ohne vorheriges Gerichtsverfahren; Anwendung der Folter bei Verhören; kollektive Unterdrückungsmaßnehmen.<<

22.09.1955

BRD: Die Bundesregierung bestätigt am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin".
Diplomatische Beziehungen zur DDR werden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).

26.09.1955

DDR: Die Volkskammer beschließt am 26. September 1955 eine Verfassungsergänzung.
Diese Ergänzung erhebt den Verteidigungsdienst zur "nationalen Ehrenpflicht der Bürger der DDR". Die Wehrpflicht wird jedoch zunächst nicht allgemein durchsetzt (x009/290).

September 1955

BRD: Ein vertriebener Schlesier schreibt im September 1955 kurz vor seinem Selbstmord (x024/251): >>... Seit unserem Zusammenbruch bin ich ein wackliger Mann an Leib und Seele geworden. Leider gibt es keine Rettung mehr für mich, obgleich ich es in meinem Innern immer erhofft hatte: ein Zurück nach meiner lieben Heimat. ...<<

05.10.1955

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 41/1955 berichtet am 5. Oktober 1955 über ein Treffen der "Bilderberger": >>**GEHEIM-KONFERENZ/BONN: Die tödlichen Aspekte**
Bayerns Ministerpräsident Dr. Hoegner war etwas verstimmt. Da war in den letzten Septembertagen eine Reihe von Prominenten aus der politischen Welt der westlichen Hemisphäre nach Garmisch-Partenkirchen gekommen, um im Luxushotel "Alpenhof" des alten Bobweltmeisters Hanns Kilian eine geheime Konferenz abzuhalten. Keiner der Gäste - das war konzediert - brauchte ein polizeiliches Meldeformular auszufüllen. Aber die Herren hatten es nicht einmal für nötig gehalten, die bayrische Staatsregierung oder wenigstens deren Protokollabteilung zu verständigen, welche Art von Konferenz sie abzuhalten gedachten.
So ging, was im "Alpenhof" am 22. September als Viertage-Konferenz gestartet worden war,

als vielumrätselte Geheimkonferenz von Garmisch durch die Presse. Von den Freimaurern bis zu den Illuminaten blieb kein Vergleich zu historischen Geheimbünden unbeachtet. In Wirklichkeit wußte man nur, daß Prinz Bernhard der Niederlande zu diesem Treffen eingeladen hatte, daß Politiker und Wirtschaftler aus vierzehn Nationen zum Meinungsaustausch zusammengekommen und daß die 140 Betten des "Alpenhofs" vier Tage lang ausschließlich für diesen Zweck vermietet worden waren.
Das Hotelpersonal hatte Sonderausweise erhalten. Die Gemeindeverwaltung war ersucht worden, sich nicht um die Tagung und ihre prominenten Teilnehmer zu kümmern, und mit den zivilen Hotelgästen hatte auch die Spielbank, die im "Alpenhof" untergebracht ist, für diese vier Tage umziehen müssen.
Was dann anreiste, trug dazu bei, den sagenumwobenen Charakter der Veranstaltung zu festigen. Es kamen unter anderem:
- General Gruenther. Oberkommandierender der Nato-Streitkräfte;
- Lord Ismay, Nato-Generalsekretär;
- Unterstaatssekretär Murphy vom amerikanischen Außenministerium;
- Botschafter außer Diensten Kennan, Privatdozent an der Princeton-Universität;
- Paul Hoffman, Vorsitzender der Studebaker-Packard-Corporation;
- Jean Monnet, Schöpfer der Montan-Union;
- Amintore Fanfani von der italienischen "Democrazia Christiana";
- Guy Mollet, Generalsekretär der französischen Sozialisten;
- Walter Hallstein, Staatssekretär des Bonner Außenamtes;
- Kurt-Georg Kiesinger, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten;
- Carlo Schmid, Stellvertreter Kiesingers im Außen-Ausschuß;
- Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie;
- Wilhelm Alexander Menne, Präsident des Chemie-Verbandes;
- amerikanische und westeuropäische Atomwissenschaftler.
Es war die erste Sitzung des Bilderberg-Kreises auf deutschem Boden. Bilderberg, ein Schloß in Holland, gab diesem Kreis internationaler Prominenz aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft den Namen. Auf Schloß Bilderberg fand im Mai 1954 das Gründungstreffen statt, auf dem Prinz Bernhard der Niederlande den Vorsitz der geheimnisvollen Gruppe einflußreicher Männer der westlichen Welt übernahm. In Barbizon in Frankreich traf man sich zum zweiten, in Garmisch zum dritten Male, und es soll nicht die letzte Zusammenkunft gewesen sein.
Die Konferenzen des Prinzen Bernhard sind der bisher erfolgreichste Versuch, eine Elite zum Erfahrungsaustausch zu versammeln, weil man bei diesen Meetings auf jede diplomatische Konvention verzichtet. Sie sind letztlich eine Art "Verschwörung" potenter Figuren aus der internationalen Hochfinanz, der Industrie und der Politik gegen die Gefahren engstirniger, auf einseitiger Information fußender Kabinettspolitik.
Hauptthemen der Garmischer Konferenz, zu denen geladene Experten die Debattegrundlagen lieferten, waren:
- Möglichkeiten wirksamer westlicher Hilfestellung bei der deutschen Wiedervereinigung.
- Wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft, ohne zugleich die neuerworbene Energie rückhaltlos privaten Interessen auszuliefern.
- Die tödlichen Aspekte eines Atomkrieges in Europa und politische Maßnahmen zu seiner Verhinderung.
Carlo Schmid hielt eine glänzende Rede über die Moskau-Reise der Bonner Delegation und tauschte seine Erfahrungen mit Engländern aus, die im Sommer die Sowjet-Union besucht hatten. Nato-Chef Gruenther mußte ein mehrstündiges Trommelfeuer von Fragen über sich niedergehen lassen, behauptete sich in der lebhaften Diskussion aber glänzend.

In diesem Rahmen konnten auch ungeniert Fragen erörtert werden, die in offiziellen diplomatischen Verhandlungen tabu sind, wie etwa die: ob eine westdeutsche Regierung es vor dem eigenen Volk, besonders aber vor ihren westlichen Verbündeten auf sich nehmen könnte, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, wenn durch ein so schwerwiegendes Opfer die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht werden würde.
Die Teilnehmer der Tagung achteten peinlich darauf, daß auf den Konferenztischen auch nicht die kürzeste Notiz liegenblieb, wenn sie den Sitzungssaal verließen.
Als Bayerns Ministerpräsident Hoegner seinem Unmut darüber Luft machte, daß man ihm von all diesen Dingen nichts gesagt hatte, verabschiedete sich auf dem Flugplatz München-Riem vor dem niederländischen Regierungsflugzeug Prinz Bernhard der Niederlande schon wieder von Paul Rijkens, dem früheren Präsidenten des Unilever-Konzerns, und von dem früheren holländischen Außenminister van Kleffens, der sein Land heute als Botschafter in Portugal vertritt und der als einer der geistigen Initiatoren des Treffens gilt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2021) im COMPACT-Spezial Nr. 30 über die Bilderberger (x363/32-34): >>**Die Königsmacher**
_ von *Daniell Pföhringer*
Sie stellen im Geheimen die Weichen der Weltpolitik - und heben höchste Repräsentanten auf den Thron. Transparenz und demokratische Legitimation? Fehlanzeige!
Geheimakte Europa
… Man könnte meinen, daß von der Leyens viermalige Teilnahme an den Konferenzen der Bilderberg-Gruppe etwas mit ihrem Aufstieg zur höchsten Repräsentantin der Europäischen Union zu tun hätte. Jedenfalls wäre sie nicht die Erste, für die das Forum eine Art Karrieresprungbrett war. Helmut Schmidt nahm 1973 an dem Treffen im schwedischen Saltsjöbaden teil - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler.
Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord bei den Bilderbergern zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte. Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 zur Konferenz nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate danach ins Kanzleramt einziehen.
Die illustre Runde traf sich erstmals Ende Mai 1954 im holländischen Oosterbeek. Tagungsort war das noble Hotel De Bilderberg, nach dem die Gruppe benannt ist. Eingeladen hatte damals Prinz Bernhard der Niederlande, einst Hitler-Verehrer, dann Verbindungsoffizier der Alliierten in London. Eigentlicher Strippenzieher war jedoch der Pole Jozef Retinger. Während des Zweiten Weltkrieges war er Berater von Wladyslaw Sikorski, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in London. Später rief der gebürtige Krakauer die Europäische Bewegung ins Leben.
So wurden denn auch auf den Bilderberg-Konferenzen die ersten Schritte zur sogenannten europäischen Integration geplant - mit Unterstützung US-amerikanischer Kreise. Der britische Historiker Richard Aldrich schreibt in seinem Buch *OSS, CIA and European Unity*, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten".
Bereits 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet. Wie der britische *Telegraph* im Jahr 2000 unter der Überschrift "Euro-Föderalisten von US-Spionen finanziert" berichtete, sponserte dieses Komitee Retingers Bewegung. Die ACUE wiederum wurde "durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung" gefördert.

Pyramide der Macht

Kennzeichnend für die Bilderberger ist nach wie vor eine Politik der strikten Geheimhaltung. Zwar gibt die Organisation seit einigen Jahren vorab offizielle Teilnehmerlisten heraus und umreißt die Agenda der jeweiligen Konferenz mit einigen Schlagworten, doch die Presse bekommt keinen Zutritt zu den Treffen der Reichen und Mächtigen. Was genau besprochen wird, soll niemand erfahren.

Der Aufbau der Bilderberg-Gruppe gleicht einer Pyramide: An der Spitze steht ein innerer Kreis, der den Namen Advisory Group trägt und dessen Mitglieder auf Lebenszeit ernannt werden. Diese Top- Insider treffen sich auch zwischen den jährlichen Konferenzen und entscheiden darüber, wer auf die Gästeliste gesetzt wird. Dem Gremium gehört beispielsweise der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger an. Bis zu seinem Tod war auch David Rockefeller dabei.

Die nächste Ebene bildet das Steering Committee (Lenkungsausschuß), dem derzeit die Ko-Chefs - der niederländische Ökonom Victor Halberstadt und die umtriebige kanadische Geschäftsfrau Marie-Josée Kravis - und weitere ständige Mitglieder wie Paul Achleitner, Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, Springer-Vorstand Mathias Döpfner, US-Investor Peter Thiel oder Ryanair-Boß Michael O'Leary angehören. Auf der dritten, der untersten Ebene befinden sich die jeweiligen Teilnehmer der jährlichen Konferenzen, die allesamt zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. …

Globales Schachbrett

Wenn einflußreiche Kreise Pläne im Geheimen schmieden, von denen die Bevölkerung keinen blassen Schimmer hat, gerät Demokratie zur reinen Staffage. Ohnehin stellt sich die Frage, ob die Welt - getreu der Bilderberg-Ideologie - nur noch als geostrategisches und ökonomisches Schachbrett zu betrachten ist, auf dem mächtige Akteure aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt ihre Züge ohne Rücksicht auf die Belange der Völker und Staaten spielen können - oder ob die internationale Ordnung auf den Grundsätzen von Frieden, Freiheit und Souveränität aufgebaut sein sollte.

Rockefellers Welt

Die langjährige graue Eminenz der Bilderberger, David Rockefeller, hatte ein sehr spezielles Verständnis von der Weltpolitik. 1991 trompetete er: "Wir sind der *Washington Post*, der *New York Times*, dem *Time Magazine* und anderen großen Medien dankbar, deren Direktoren unseren Treffen beiwohnten und sich an ihr Versprechen, Diskretion zu wahren, beinahe 40 Jahre lang gehalten haben. Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden." Und er fügte hinzu: "Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Bankiers der Welt ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."<<

09.10.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Oktober 1955 über die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen: >>**Letzte Kriegsgefangene kehren heim**

... Nach mehr als 10 Jahren Trennung und quälender Ungewißheit haben sie einander endlich wieder. Frauen ihre Männer, Eltern ihre Söhne, Kinder ihre Väter, die sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben sehen.

Ergreifende Szenen spielen sich bei der Ankunft der 600 deutschen Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im niedersächsischen Friedland ab.

Sie gehören zu den ersten der letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten, die aus den Lagern jenseits von Ural und Polarkreis zurückkehren. Die meisten von ihnen wurden von sowjetischen Schnellgerichten wegen angeblicher Kriegsverbrechen, aber auch wegen unterstellter Spionage oder antisowjetischer Hetze zu langjähriger Zwangsarbeit

verurteilt.
Möglich geworden ist die Rückkehr der Männer durch den Besuch Konrad Adenauers im Kreml. ... Bonn will die Rückkehr der Gefangenen. Moskau hat ein Interesse an den Aufnahmen diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Bundesrepublik, um damit die Existenz zweier deutscher Staaten als gegeben festzuschreiben. ...<<

10.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>10. Oktober 1955. ... Der erste große Heimkehrertransport, als Auftakt der letzten Entlassungsaktion aus sowjetischen Gefangenenlagern, traf gestern ein. 602 Heimkehrer feierten ein stürmisches Wiedersehen mit der Heimat. Insgesamt werden noch mindestens 9.626 Kriegsgefangene erwartet. Diese Zahl ist jedenfalls von der sowjetischen Regierung amtlich mitgeteilt worden.
... Alle Wochenschauen, Hunderte von Bildberichterstattern und Sonderkorrespondenten der größten Zeitungen des In- und Auslandes sind im Lager angekommen, um das größte Ereignis in Wort und Bild festzuhalten. ...
Friedland steht seit gestern im Mittelpunkt des Weltinteresses. Die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener ist plötzlich eine hochpolitische Angelegenheit geworden.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schreibt später über den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/311-312): >>Gegen Ende des Jahres 1945 war mit etwa 1,3 Millionen die größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion erreicht, die zur Arbeit eingesetzt waren. Die große Masse der Überlebenden wurde um die Wende 1949/50 in die Heimat entlassen, doch wurde ein Rest wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und zurückgehalten, von denen über 27.000 weiter im Arbeitseinsatz blieben.
Von ihnen wurde der größte Teil um die Jahreswende 1953/54 entlassen, so daß nunmehr noch etwa 10.000 zur Arbeit gezwungen wurden. Ende 1955 kamen auch sie endlich nach Hause. Ein Arbeitseinsatz erfolgte bis zum Jahre 1955 einschließlich.
Es ergibt sich, daß von den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand mindestens 10.338.997.136 Arbeitsstunden erbracht wurden. Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es sich um absolute Mindestzahlen handelt. ...<<

13.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 13. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138-140): >>13. Oktober 1955. ... Friedland erfährt die Invasion einer riesigen Menschenmenge, die mit Autos und Zügen von weither kommt, um beim Empfang der Heimkehrer dabei zu sein, sie in der Heimat zu begrüßen, ihnen Blumen und Geschenke zu überreichen.
Auf den Zufahrtsstraßen stehen kilometerweit Fahrzeuge, die alle nach Friedland wollen. ... Im Lager wimmelt es von vielen tausend Menschen, die nach hier gekommen sind, um entweder Heimkehrer abzuholen, Nachforschungen über weitere Transporte anzustellen oder Fragen an die Kriegsgefangenen über Vermißte zu richten.
Die Post hat ein fahrbares Amt im Lager aufgestellt, mit besonderen Telefonleitungen für die Presse. ...
Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat nahezu 90 Helferinnen und Helfer aus allen Landesverbänden nach Friedland beordert, um die riesige Nachforschungsarbeit bewältigen zu können und alle Heimkehreraussagen richtig auszunutzen. ...
Die Lagerleitung gleicht einem Bienenschwarm. Auskunftssuchende Menschen drängen sich auf dem schmalen Gang der Baracke, fragen sich zum Geschäftszimmer durch, schieben sich bis zur Barriere und bringen ihr Anliegen vor. ...
... Spenden der Bevölkerung treffen in ungeahnten Mengen ein, damit die Männer eingeklei-

det und mit den notwendigsten Gebrauchsgegenständen ausgerüstet werden können. ...<<

14.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 14. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143): >>14. Oktober 1955. ... Es kam ein schlimmes Telegramm in Friedland an, eine Hiobsbotschaft für einen Heimkehrer, der das Papier zunächst fassungslos ansah, so, als könnte er sich den Sinn der Worte nicht erklären. In der Depesche stand weiter nichts als "Komme nicht ... Ich bin wiederverheiratet ...

Dieses Antworttelegramm, daß er in Friedland eingetroffen sei, kam von einer Frau, die ihren Mann in der Zwischenzeit "abgeschrieben" hatte, wie einer der Journalisten sagte, ihn für tot erklären ließ und wieder heiratete. Obwohl sie wußte, daß ihr Mann lebte und sich in Rußland in Gefangenschaft befand.

... Vergebens hoffte der Gefangene auf ein Lebenszeichen, konnte sich nicht erklären, warum sich seine Frau nicht meldete, bangte um ihr Schicksal. Jetzt wußte er ... das lange Schweigen zu deuten.

Man mußte mit beiden Beinen fest auf der Erde stehen, um von solch einer Nachricht nicht umgeworfen zu werden. Noch wußte der ehemalige Major nicht, was er anfangen sollte. ...

Für diesen Mann war Friedland kein Ort des Aufatmens geworden. Hier traf ihn eine Nachricht, die er wohl nie wieder verwinden würde. ...<<

15.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/143-149): >>15. Oktober 1955. ... Immer wieder erinnerte die Regierung, mahnten Sprecher der Parteien, der Kirchen und der Verbände daran: "Schickt uns unsere Kriegsgefangenen zurück". Nun sind sie da.

Tausende von Menschen warten jeden Tag im Lager ungeduldig auf die Ankunft eines Transportes. Wann wird die Omnibuskarawane eintreffen? ...

Dann beginnt plötzlich die Lagerglocke zu läuten. Jeder weiß, nun sind sie gleich da.

Jubel bricht los, setzt sich fort, Händeklatschen klingt auf, dann fahren die Omnibusse im Schritt heran. Die da drinnen sitzen, auf den ungewohnten roten Ledersesseln, winken mit leisen Handbewegungen zurück, beugen sich manchmal auch aus den Fenstern vor, um einen Angehörigen zu erspähen, lächeln, sind sehr, sehr glücklich.

Blumen, Zigaretten, Schokolade werden durch die Fenster gereicht, zumeist stumm entgegengenommen – denn sie wissen nichts zu sagen, diese Männer, sie haben keine Worte in dieser Stunde, nach der sie sich seit langer, langer Zeit sehnten.

Die Omnibusse halten, Hunderte von Menschen schieben sich in Richtung des Appellplatzes, wo nun die offizielle Begrüßung stattfinden soll. Sie wollen die ersten Minuten des Wiedersehens der Heimkehrer mit ihren Angehörigen, die ersten Sekunden, in denen sich Frau und Mann, Mutter und Sohn, Bruder und Schwester in den Armen liegen, nicht stören. ...

Und dann beteten sie auf dem Platz in Friedland. Mit gefalteten Händen, gesenktem Blick, den Kopf zur Erde geneigt, so sprachen sie mit den vielen Tausend anderen das "Vater unser". Polizisten nahmen die Dienstmützen ab, die Hüte wurden von den Köpfen genommen, viele knieten nieder, keiner schämte sich vor dem anderen.

Aber viele, die nach Friedland kamen, stehen auch am Rande des großen Glücks, dürfen nicht daran teilnehmen, weil der Vater tot, der Junge nie wiederkommen wird. Dennoch sind sie hierher gekommen, um doch vielleicht einen Hinweis über den Vermißten zu erfahren, nur einen kleinen Anhaltspunkt zu bekommen. ...

Und sie werden nicht müde, immer wieder ihre Schilder den Gefangenen entgegenzuhalten, sie zu fragen, um Auskunft zu bitten, sie an Feldpostnummern, Regimenter, Lager zu erinnern. Aber nur zu oft schütteln die Heimkehrer den Kopf, wissen keine Antwort, zucken mit den Schultern, versuchen sich zu erinnern, können aber nichts über den Gesuchten sagen.

Manche Hoffnung, die bereits wieder am Aufflackern war, wird wieder erstickt.
Noch immer werden 1,2 Millionen deutsche Menschen vermißt.<<

17.10.1955

Berlin: In einem Schreiben vom 17. Oktober 1955 appelliert der evangelische Bischof von Berlin an die Eltern der mitteldeutschen Konfirmanden (x009/215): >>... Wer sich konfirmieren lassen will, kann nicht zur Jugendweihe gehen. Hier können wir keine Kompromisse schließen mit dem Atheismus!<<

18.10.1955

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss spricht am 18. Oktober 1955 im Grenzdurchgangslager Friedland (x123/5): >>Liebe Landsleute, Heimkehrer aus dem fernen Rußland!
Das Grußwort, das ich für das deutsche Volk zu sprechen habe, kann ganz einfach sein: Ein herzliches Willkommen.
Als ich vor 2 Jahren bei einem Heimkehrertransport hier war, da glaubte unsere Hoffnung, daß es nun so weitergehen werde und die Erlösung auch für Euch schon da sei. Wir haben uns damals getäuscht.
Aber das Mühen um Eure Rückkehr ist durch alle Jahre hindurch für die deutsche Gesamtheit eine bindende Kraft gewesen. Alle Gegensätze zwischen Parteien und Gruppen sind weggesunken, wenn man an das Schicksal derer dachte, die draußen noch litten.
Ob Familien, ob Freunde, ob Bekannte ihre Gedanken, ihre Sorge in den Osten, in die Lager sandten, - das Gefühl, es ist genug des Leides, hat die Deutschen untereinander, und nicht nur mit Euch, verbunden in dem Ringen um das Schicksal von Menschen, die Bundesregierung, die Parlamente, die karitativen Verbände.
Wie waren wir alle froh, für Euch und für uns, daß es dem Bundeskanzler in Moskau dann doch in seiner harten, klaren und doch seelisch erfüllten Zähigkeit gelang, diese Entscheidung Eurer Freigabe zu erreichen!
Es war und blieb ein Kampf um die Freiheit der einzelnen Menschen, wie sie aus der tragischen Zerstörung ihres Lebens gerettet werden können, um zugleich ihren Angehörigen, ihren Freunden die innere Ruhe zurückzugeben, um eine ewig schmerzende Reizstelle zur Heilung zu bringen. Denn sie mußte, daß Ordnung auch zwischen den Völkern wieder möglich werde, gesunden.
Wir haben noch Sorgen genug vor uns auf dem Wege unseres Volkes.<<

23.10.1955

Frankreich: Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnen 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollen Deutsche bleiben (x155/52).

26.10.1955

Österreich: Die österreichische Regierung verpflichtet sich am 26. Oktober 1955 zur "immerwährenden Neutralität" (x299/174): >>... Artikel 2: Österreich ... wird in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.<<

20.12.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 20. Dezember 1955: >>Bundesrepublik Deutschland und Italien unterzeichnen Abkommen über Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>20. Dezember 1955. ... Am 4. Adventssonntag weihte der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, die neue "Friedland-Gedächtnis-Kirche" feierlich ein. ...
Genau vor 5 Jahren, am 4. Advent 1950, war von Pfarrer Dr. Krahe eine Baracke als Lagerkapelle eingerichtet worden. Das große Gotteshaus, unmittelbar am Appellplatz des Lagers, soll nach den Worten des Kardinals als "Mahnmal zum Frieden" dienen. ...

An der Ostseite der Kirche wurde als "Mahnmal für kommende Zeiten" eine übergroße Heimkehrerstatue aufgestellt. Der Glockenstuhl im Turm wird eine Glocke aus dem 15. Jahrhundert, die bis zum Kriege in Oberschlesien läutete, tragen. ...<<

31.12.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150): >>31. Dezember 1955. Seit dem Bestehen des Lagers gingen 1.846.288 Menschen durch Friedland, Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Ausgewiesene. Davon waren 555.454 Heimkehrer. ...<<

1955

DDR: Im Jahre 1955 fliehen 252.870 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Die DDR-Zeitschrift "Bauerfibel" berichtet im Jahre 1955 über die "Kollektivierung auf dem Lande" (x243/207): >>... Jeder wird (vom Staat) zur Rechenschaft gezogen und bestraft, der versucht, werktätige Bauern oder Landarbeiter zum Eintritt (in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft - LPG) ... durch Zwang ... zu veranlassen.<<

USA: Der ehemalige deutsche Ingenieur Wernher Freiherr von Braun (1912-1977) wird im Jahre 1955 US-Staatsbürger.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Wernher Freiherr von Braun (x051/87): >>Braun, Wernher Freiherr von, geboren in Wirsitz (Posen) 23.3.1912, gestorben in Alexandria (USA) 16.6.1977, deutscher Ingenieur.

Seit Oktober 32 beim Heereswaffenamt, wurde Braun schon mit 25 Jahren Leiter der Raketenversuchsanstalt des Heeres in Peenemünde. 1938 gelang die Fertigstellung eines ersten Prototyps der späteren ballistischen Fernrakete A 4, die unter dem Propagandanamen V 2 (V = Vergeltung) am 3.10.42 erstmals erfolgreich erprobt wurde; erster Kriegseinsatz 8.9.44 gegen London (insgesamt 1.054, gegen Brüssel und Antwerpen 2.100).

Braun wurde, weil er mehr an Raumfahrt als an Waffentechnik interessiert war, von der SS beargwöhnt. 14.3.44 Verhaftung, Freilassung nach Intervention von Speer. Im März 45 räumte Braun Peenemünde und ging mit seinem Team (ca. 100 Techniker) in amerikanische Gefangenschaft.

Nach dem Krieg Fortsetzung der Arbeit in den USA; 1955 US-Staatsbürgerschaft; 1959 zur NASA, Entwicklung von Trägerraketen, Mitarbeit am Mondflugprogramm "Apollo", 1970 Chefplaner der NASA.<<

1956

> Der Wege, sich zu bereichern, sind viele. Sparsamkeit ist einer der besten.
> *Francis Bacon (1561-1626, englischer Politiker und Philosoph)*

02.01.1956

BRD: Die Bundeswehr beginnt am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Der Fahneneid der Bundeswehr lautet wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

03.01.1956

DDR: Das Fernsehprogramm des "Deutschen Fernsehfunks" nimmt am 3. Januar 1956 den offiziellen Sendebetrieb auf.

18.01.1956

DDR: Die Volkskammer nimmt am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nationale Volksarmee" (x009/304): >>Bezeichnung für die aus der früheren Kasernierten Volkspolizei hervorgegangenen Armee.

Am 18.1.1956 wurde in der Volkskammer das "Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" verabschiedet: Die Armee sei "für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und die Sicherheit der DDR" notwendig. Sie besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften. "Die zahlenmäßige Stärke wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der DDR, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung." ...<<

Der Fahneneid der Nationalen Volksarmee (NVA) lautet wie folgt (x243/211): >>Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat jederzeit bereit zu sein ...

Ich schwöre: ... Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/290-291): >>Bereits die kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde mit dem Anspruch erzogen, sie sei die eigentlich berufene gesamtdeutsche Armee.

Seit dem 18.1.1956, seit der Umbenennung der KVP in Nationale Volksarmee (NVA) wird dieser Anspruch stärker betont. Sie soll "den Interessen des ganzen deutschen Volkes dienen ... auf der Wacht für die Sicherung des Friedens", so erklärte Stoph am 18.1.1956, als er die Errichtung des Ministeriums für Nationale Verteidigung ankündigte. Sie soll ein Machtinstrument werden, das entscheidend an der geplanten Bolschewisierung auch der Bundesrepublik mitwirkt. ...

Die NVA trägt wieder die feldgraue deutsche Uniform des Ersten und Zweiten Weltkrieges, aber die Sowjetarmee gilt als ihr Vorbild. Unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus soll sie zu einem Werkzeug des Sowjetimperialismus erzogen werden. Deshalb untersteht die Volksarmee auch dem Oberkommando des Warschauer Beistandspaktes. Als bolschewistische Armee arbeitet sie unter strengster Geheimhaltung.<<

27.01.1956

DDR: Der Techniker W. Heldt und der Elektriker W. Rudert werden am 27. Januar 1956 vom Obersten Gericht der "DDR" wegen Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) zum Tod verurteilt.

Nach Protesten der Bundesrepublik Deutschland läßt Pieck (Präsident der Republik) die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umwandeln (x009/10-11).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Abwerbung" in der SBZ (x009/10-11): >>Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht, 1955 in der Rechtsprechung erstmalig in diesem Sinne gebraucht.

Seitdem wurde die Abwerbung als eine Erscheinungsform der Boykotthetze im Sinne des Art. 6 der Verfassung angesehen und als Staatsverbrechen mit schweren Strafen geahndet.

Die Strafpolitik nahm keine Rücksicht auf die eigene Verfassung, die in Art. 8 die Freizügigkeit, in Art. 10 das Recht auf Auswanderung garantiert. ... Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 wurde der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der "DDR" gesetzlich festgelegt.

Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren kann danach bestraft werden, wer es im Auftrage von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststellen oder von Wirtschaftsunternehmen unternimmt, eine Person zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Gefängnis nicht unter 6 Monaten ist für denjenigen angedroht, der es ohne besonderen Auftrag unternimmt, einen Jugendlichen, einen in der Berufsausbildung stehenden Menschen oder eine Person wegen ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihrer besonderen Fähigkeiten oder

Leistungen (z.B. Sportler) mittels Drohung, Täuschung oder Versprechen zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.
Es kommt nach dieser gesetzlichen Neuregelung also nicht mehr darauf an, ob das Verlassen des "Abgeworbenen" auf legalem Wege oder durch "Republikflucht" erfolgen soll. Als Methode der Abwerbung erwähnt Jahn schon "die Verherrlichung der westdeutschen Verhältnisse ... Zu dieser Methode sind alle Fälle zu zählen, in denen die Täter auf angebliche Vorzüge im Westen hinweisen" ...
Eine besondere Rolle spielte die Abwerbung für die Begründung der Abriegelungsmaßnahmen des 13.8.1961 (Beginn des Mauerbaues in Berlin).
Die allgemeine Sprachregelung ging von Abwerbung auf "Menschenhandel" und "Kopfjägerei" über. In 2 großen Prozessen vor dem Obersten Gericht im August 1961 wurden angebliche "Menschenhändler und Kopfjäger" zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.
Für das künftige Strafgesetzbuch wird eine Erweiterung des Tatbestandes der Abwerbung vorgeschlagen, die eine Rückkehr zur früheren Rechtsprechung gegen Boykotthetze bedeutet. "Die Abwerbung ... muß generell für strafbar erklärt werden, ... gleich gegen welche Personen sie sich richtet ..." ...<<

28.01.1956

DDR: Die DDR-Streitkräfte werden am 28. Januar 1956 in die Streitkräfte des Warschauer Beistandspaktes einbezogen.

31.01.1956

BRD: Der neugewählte saarländische Landtag beschließt am 31. Januar 1956 den Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.

04.02.1956

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Februar 1956 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/150-152): >>4. Februar 1956. ... Die Umsiedlung deutscher Menschen aus den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten geht nun wieder weiter.
Heute traf ein Transport ein. Auch diesmal wurden die Umsiedler wieder, wie in den vergangenen Wochen, in polnischen Schnellzugwagen II. Klasse mit Schlafwagenabteil befördert. In versiegelten Güterwagen durften sie außerdem ihren gesamten Hausrat mitnehmen. Welcher Unterschied zu den Jahren nach dem Kriege ...
Ich sprach gestern mit Lagerleiter Dr. Freßen.
"Was meinen Sie, wie lange Friedland noch bestehen wird?"
"Das kann man beim besten Willen nicht sagen. Die Aussiedlungen gehen ja immer noch weiter. Und wer weiß, welche Aufgaben Friedland in den nächsten Jahren zugeteilt bekommt." ...
In Friedland wurde die Liebe der Menschen zueinander wieder deutlich. Hier feierte die Brüderlichkeit und Solidarität Auferstehung. Tausendfach sah Friedland die guten Werke von Schwestern, von Helfern, von Menschen aller Kreise.
Friedland ist in diesen langen Jahren ein Symbol unserer Zeit geworden. Ein Ausdruck dessen, was Menschen unserer Tage durch sinnlose Taten anrichten, aber auch durch die Macht des guten Herzens wieder gutzumachen versuchen. ...<<

15.02.1956

Berlin: Das SED-Regime verbietet am 15. Februar 1956 den Religionsunterricht an Ost-Berliner Oberschulen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Verhinderung des Religionsunterrichtes (x009/215): >>Die scharfen Maßnahmen gegen kirchliche Jugendorganisationen und die am 15.2.1956 verfügte Behinderung des Religionsunterrichtes an den Schulen Ost-Berlins (Verbot des Religionsunterrichtes an den Oberschulen) zeigten erneut, wo die Hauptangriffe gegen die Kirchen geführt werden. ...<<

21.02.1956

Rumänien: In der Rumänischen Volksrepublik finden am 21. Februar 1956 allgemeine Volkszählungen statt.

Bei dieser Zählung geben 391.388 (2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung) Deutsch als Muttersprache an (x007/119E).

25.02.1956

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) kritisiert im Verlauf des XX. Parteitages am 25. Februar 1956 erstmalig den Stalinismus (x058/315, x191/69-70, x128/63): >>... Nach dem Tode Stalins leitete das ZK der Partei eine Aufklärungspolitik ein, um mit zwingender Konsequenz nachzuweisen, daß es unzulässig und dem Geist des Marxismus-Leninismus zuwider ist, eine Person herauszuheben und sie zu einem Übermenschen zu machen, der gottähnliche, übernatürliche Eigenschaften besitzt, zu einem Menschen, der angeblich alles weiß, alles sieht, für alle denkt, alles kann und in seinem ganzen Verhalten unfehlbar ist. Ein solcher Glauben an einen Menschen, und zwar an Stalin, ist bei uns viele Jahre kultiviert worden.

Stalin hielt sich nicht damit auf, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern er zwang anderen seine Ansichten auf und verlangte absolute Unterwerfung unter seine Meinung.

Wer sich seiner Konzeption widersetzte oder einen eigenen Standpunkt zu vertreten, die Korrektheit der eigenen Position zu beweisen suchte, wurde unweigerlich aus dem Führungskollektiv ausgeschlossen und anschließend sowohl moralisch als auch physisch vernichtet. Das zeigte sich in besonderem Maße in der Zeit nach dem XVII. Parteitag, als zahlreiche prominente Parteiführer und Parteimitglieder, die der Sache des Kommunismus mit aufrichtiger Hingebung dienten, dem Despotismus Stalins zum Opfer fielen. ...

Von Stalin stammt der Begriff des "Volksfeindes". Dieser Terminus machte es vornherein überflüssig, einer Person oder Personengruppe, die sich mit ihm im Widerspruch befand, ideologische Irrtümer nachzuweisen. ... Dieser Begriff des "Volksfeindes" machte jede Form des ideologischen Kampfes bzw. jede freie Meinungsäußerung zu dieser oder jener Frage, auch wenn sie rein praktischer Natur war, unmöglich. ...<<

>>... Die negativen Charakterzüge Stalins ... entfalteten sich immer stärker und führten in den letzten Jahren zu einem folgenschweren Mißbrauch der Macht durch Stalin. ... 1935-1938 begann die Massenunterdrückung durch den Regierungsapparat. Sie richtete sich zunächst gegen die Feinde des Leninismus. ... In der Folge griff sie aber auch auf zahlreiche aufrechte Kommunisten über, ... die die schwere Last des Bürgerkrieges, die ersten und schwierigsten Jahre der Industrialisierung und Kollektivierung getragen hatten.

In der Regel genügte als einziger Schuldbeweis, im Widerspruch zu allen Normen der Rechtswissenschaft, das "Geständnis" des Angeklagten selbst; wie sich später herausstellte, wurden die "Geständnisse" durch physischen (körperlichen) Druck von den Angeklagten erpreßt. ...<<

>>... Es hat sich erwiesen, daß viele Aktivisten der Partei, der Sowjets und der Wirtschaft, die in den Jahren 1937 bis 1938 zu "Volksfeinden" gestempelt worden waren, in Wirklichkeit niemals Feinde, Spione, Schädlinge usw. waren, sondern allzeit aufrechte Kommunisten.

Sie wurden nur als Feinde gebrandmarkt und bezichtigten sich oft selbst, weil sie die barbarischen Folterungen nicht länger ertragen konnten, nach den Weisungen der Untersuchungsrichter - und Wahrheitsverfälscher – aller möglichen schweren und unwahrscheinlichen Verbrechen. ...

Es wurde festgestellt, daß von den auf dem XVII. Parteitag gewählten 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei 98 Personen, das sind 70 %, in den Jahren 1937 bis 1938 verhaftet und liquidiert wurden (Entrüstung im Saale). ...

Das gleiche Schicksal ereilte nicht nur die Mitglieder des Zentralkomitees, sondern auch die Mehrzahl der Delegierten des XVII. Parteitages. Von 1.966 stimmberechtigten oder beratenden Delegierten wurden 1.108 Personen, also über die Hälfte aller Delegierten, unter der Beschuldigung gegenrevolutionärer Verbrechen verhaftet. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Tauwetter" in der Sowjetunion (x009/436): >>Im Westen geläufige Bezeichnung für die bisher umfassendste geistig-politische Oppositionswelle gegen bolschewistische Einseitigkeit in Herrschaftsausübung und Doktrin.

Als "Tauwetter" nach einem für diese Haltung repräsentativen Roman des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg genannt, begann die Oppositionsbewegung Anfang 1956, ausgelöst durch die scharfen Angriffe Chruschtschows und Mikojans auf entscheidende Elemente des Stalinismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU. ...<<

15.03.1956

DDR: Am 15. März 1956 wird die "Verordnung über Kosten im Strafverfahren" erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/431): >>... Obwohl die "Verordnung über Kosten im Strafverfahren" vom 15.3.1956 ausdrücklich vorschreibt, daß die Kosten, die beim Vollzug einer Freiheitsstrafe entstehen (Haftkosten), nicht mehr erhoben werden, werden den arbeitenden Gefangenen sehr erhebliche Abzüge für "Unterkunft, Verpflegung und Bewachung" gemacht, die bis zu 75 % des Arbeitslohnes erreichen.<<

01.04.1956

DDR: Am 1. April 1956 tritt die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sozialfürsorge" in der SBZ (x009/398-399): >>Seit dem 1.4.1956 gilt die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge ...

Danach wird Sozialfürsorge für alle hilfsbedürftigen Personen, einschließlich Personen, die keine Zahlungen aus der Sozialversicherung erhalten, gewährt.

Als hilfsbedürftig im Sinne der Sozialfürsorge wird angesehen, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine arbeitsunfähigen Familienangehörigen nicht verdienen kann und keine ausreichenden Mittel von anderer Seite erhält oder erhalten kann. Als hilfsbedürftig gilt nicht, wer arbeitsfähig ist und eine zumutbare Arbeit ablehnt.

Hilfeleistung aus den Mitteln der Sozialfürsorge wird nicht gewährt in den Fällen, in denen der Hilfsbedürftige Einnahmen aus seinem Vermögen hat oder ihm eine Hilfeleistung in Höhe des für den betreffenden Ort festgesetzten Existenzminimums durch Dritte gewährt wird, die zum Unterhalt des Hilfsbedürftigen gesetzlich verpflichtet sind.

Die Sozialfürsorge wird durch die Räte der Gemeinden gewährt. Die Sozialfürsorge untersteht dem Ministerium für Gesundheitswesen, Hauptabteilung Sozialwesen. Die Referate Sozialfürsorge entscheiden über die Hilfsbedürftigkeit. ...

Die Sozialfürsorge gliedert sich in den allgemeinen Rahmen der Arbeits- und Sozialpolitik ein, d.h.: auch sie wird in die Wirtschaftsplanung einbezogen:

"... Wir können nicht einen Plan aufstellen, der die Zahl der Hilfsbedürftigen in der Sozialfürsorge für die Plandauer um einen bestimmten Prozentsatz reduziert, aber wir müssen den Personenkreis der Hilfsbedürftigen in seiner Zusammensetzung dauernd nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen überprüfen und kontrollieren, um sie den Organen für Arbeitsreserven in der Staatlichen Planung zur Kenntnis zu bringen" ("Arbeit und Sozialfürsorge", S. 328).

Die Sozialfürsorge ist daher nicht karitativ, sondern produktiv:

"Sie unterscheidet sich grundsätzlich von dem Begriff der bisherigen Wohlfahrtspflege, indem sie sich zu einer produktiven Fürsorge entwickelt hat, deren erste Maßnahmen im Arbeitsamt beginnen. So stehen Berufsausbildung, Umschulung und der Arbeitsplatznachweis an vorderster Stelle fürsorgerischer Maßnahmen, die durch die Organe der Kreisverwaltungen ange-

strebt und durchgeführt wurden" ("Arbeit und Sozialfürsorge", Ost-Berlin, S.327).
Die Barunterstützungen sind deshalb gering und betragen für Hauptunterstützungsempfänger 85 Deutsche Mark Ost, für ihre erwachsenen Angehörigen 30 Deutsche Mark Ost, für ein Kind 35 Deutsche Mark Ost monatlich. ...
... Auch hier wird, wie in der Sozialversicherung die Tendenz deutlich, möglichst viele Menschen zur Arbeit zu zwingen.
Das Referat Sozialfürsorge betreut außer den Unterstützungsempfängern die Insassen von Alters-, Pflege- und Siechen- sowie Blindenheimen, für die ganz oder teilweise die Kosten der Heimaufnahme von den Angehörigen nicht getragen werden können. Die Bewohner der Heime erhalten neben Unterkunft, Bekleidung und Verpflegung ein geringes monatliches Taschengeld. Auch die Betreuung der Haftentlassenen gehört zum Aufgabengebiet des Referats. Praktisch geschieht in dieser Beziehung sehr wenig. Die Sozialfürsorge zahlt ferner an Arbeitslose Differenzbeträge bis zur Höhe der Fürsorgesätze.<<

06.05.1956

DDR: Das ZK der SED stellt am 6. Mai 1956 klar, daß bei einer Wiedervereinigung die politischen und sozialen Errungenschaften der DDR erhalten bleiben müssen.

11.06.1956

DDR: Die SED-Regierung ruft am 11. Juni 1956 alle jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge auf, in die DDR zurückzukehren.

BRD: Der Bund der Vertriebenen (BvD) und der Verband der Landsmannschaften fordern am 11. Juni 1956 zum "Tag der deutschen Heimat 1956" die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Heimatrecht (x155/53-55): >>... Einem Volke wird von anderen Völkern nichts geschenkt es selbst muß in der Völkerfamilie sich Gehör und Anerkennung verschaffen. ... Für uns Deutsche ist die Selbstbestimmung noch lange nicht verwirklicht!
... "Heimat" umfaßt für uns die seit Generationen gewohnte Umgebung von Landschaft, Dorf, Stadt, von Nachbarn, Sitte, Brauchtum, von Beruf und Existenz. Sie umfaßt Materielles und Seelisches, ohne die der Mensch nicht leben kann. ...
Als Deutschland 1945 am Boden lag, bestimmten die Siegermächte in Ost und West die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen. ... Die Siegermächte bestimmten und sanktionierten ferner die Austreibung von vielen Millionen Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den volksdeutschen Heimatgebieten außerhalb der Reichsgrenzen ...
Aber die 4 Siegermächte erklärten gleichzeitig - und zwar am 5. Juni 1945 -, daß sie die Grenzen Deutschlands später festlegen würden! ...
Diese Auffassung ist von westlichen Staatsmännern wiederholt bestätigt worden. Es ist bedeutsam, gerade in diesen Septembertagen daran zu erinnern, daß vor 10 Jahren der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten, Byrnes, in einer Rede in Stuttgart am 6. September 1946 ausdrücklich erklärte, daß die Festlegung der deutschen Ostgrenze erst bei Gelegenheit der Friedensregelung erfolgen solle. Von hier ab datiert der Umschwung der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland, der mit eine Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg war. ...
Ganz anders die Sowjetunion und die von ihr abhängige Regierung in der Sowjetzone. Am 6. Juni unterzeichneten die verantwortlichen Staatsmänner dieser Regierung in Warschau eine Deklaration und ein deutsch-polnisches Grenzabkommen, wonach die Oder-Neiße-Linie eine unverletzliche Friedens- und Freundschaftsgrenze sei. ...
Schon am Tage darauf erklärte das britische Auswärtige Amt, die Sowjetzonenregierung sei gar nicht befugt, Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen zu überlassen; Großbritannien sei nicht der Auffassung, daß die Oder-Neiße-Linie endgültig sei. Und am 8. Juni sprach sich die Regierung der Vereinigten Staaten in ähnlichem Sinne aus. ...
Ein Lichtblick ist für uns die Entwicklung im Saargebiet. Dort hat sich trotz heftiger Wider-

stände und trotz manchem bedenklichen Schweigen das Selbstbestimmungsrecht doch Bahn gebrochen. Die Saar kehrt zurück, so wie es dem Willen der dortigen Bevölkerung entspricht. ...<<

28.06.1956

BRD: In einer Erklärung der deutschen Bundesregierung vom 28. Juni 1956 heißt es (x024/-281): >>Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung des Schicksals der in der Vertreibung oder in der Unfreiheit lebenden Menschen und Völker. ...<<

30.06.1956

Polen: In Posen bricht Ende Juni 1956 ein Arbeiteraufstand aus.
Der Aufstand wird durch die polnische Armee und Polizeiverbände kurzfristig niedergeschlagen.

UdSSR: Das Zentralkomitee der KPdSU erklärt am 30. Juni 1956 zur "Überwindung des Personenkults und seiner Folgen" (x243/137): >>... Unser Land mußte in historisch kürzester Frist ohne jede wirtschaftliche Hilfe von außen seine jahrhundertelange Rückständigkeit beseitigen und die gesamte Volkswirtschaft auf neuen, sozialistischen Grundlagen umgestalten.
Die komplizierte internationale und innere Lage erforderte eiserne Disziplin und ständige Erhöhung der Wachsamkeit sowie strengste Zentralisierung der Führung. ...
Zweifellos besagen die Tatsachen, daß Stalin an vielen Ungesetzlichkeiten schuld ist, die besonders in der letzten Zeit seines Lebens begangen wurden. Gleichzeitig darf man jedoch nicht vergessen, daß die Sowjetmenschen Stalin als einen Menschen kannten, der stets für den Schutz der Sowjetunion ... und für die Sache des Sozialismus kämpft. ...
Jedes Auftreten gegen ihn wäre unter diesen Bedingungen vom Volk nicht verstanden worden. ... Darüber hinaus wäre ein derartiges Auftreten ... als ein Zeichen gegen den Aufbau des Sozialismus, als in der Atmosphäre der kapitalistischen Einkreisung äußerst gefährliche Untergrabung der Einheit der Partei und des ganzen Staates angesehen worden.<<

01.07.1956

DDR: Fast alle ehemaligen Offiziere der Deutschen Wehrmacht werden ab 1. Juli 1956 aus den Kommandostellen der Nationalen Volksarmee entfernt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/291): >>Die zielbewußte Militärpolitik der SED hat der Armee und den Polizeitruppen eine beträchtliche Kampfkraft gegeben. Dies gilt auch für große Teile der ... Milizen. Man darf diese Gefahr für die nichtkommunistische Welt nicht unterschätzen.
Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß das unablässige Bemühen der SED, aus der Armee (und den Polizeitruppen wie den Milizen) eine starr kommunistische Parteiarmee zu machen, schwere Konflikte in die Armee trägt. Es führt zu schweren Spannungen mit den soldatischen Kräften der Armee und den menschlich-freiheitlichen Elementen unter den Soldaten und auch Offizieren. Die nicht geringe Zahl jener Soldaten und Polizeisoldaten, die in die Bundesrepublik fliehen, ist aufschlußreich.
So verschärfen sich seit Mitte 1956 die schon lange bestehenden Unstimmigkeiten zwischen jenen Offizieren, die mehr militärisch als parteipolitisch denken, und den vorwiegend kommunistisch geschulten Offizieren und Polit-Offizieren. Fast alle Offiziere, die aus der Deutschen Wehrmacht stammen und die KVP mitaufgebaut haben, wurden ... aus Kommandostellen entfernt, nicht wenige entlassen. ...<<

07.07.1956

BRD: Der Bundestag beschließt am 7. Juli 1956 ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 45 Jahren.
Das Gesetz gilt nicht in West-Berlin.

17.07.1956

DDR: Um die Finanz- und Wirtschaftsnot der SBZ zu beheben und um sie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen, erläßt die UdSSR dem SED-Regime am 17. Juli 1956 die Hälfte der Besatzungskosten und gewährt zusätzlich beträchtliche Kredite.

20.07.1956

DDR: Gemäß "Verordnung über das Berichtswesen in der DDR" vom 20. Juli 1956 sind sämtliche statistischen Erhebungen nur mit Genehmigung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zulässig.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Statistik" in der SBZ (x009/425): >>Als amtliche Statistik werden allgemein alle statistischen Arbeiten bezeichnet, die von der Staatsverwaltung durchgeführt werden und auf rechtsverbindlichen Anordnungen beruhen.

Ihr Umfang und Inhalt sind seit jeher von den Aufgaben abhängig, die sich der Staat stellt und von der Art der Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen, die er ergreift, um diese Aufgaben durchzuführen.

In der SBZ wird die Statistik als selbständige Gesellschaftswissenschaft angesehen. Ihre "theoretischen Grundlagen sind der historische Materialismus und die politische Ökonomie des Marxismus-Leninismus". Die Statistik ist Teil des zentralen Verwaltungsapparates und ein Instrument der politischen Zielsetzungen.

Die "Staatliche Zentralverwaltung für Statistik" ist für alle Fragen der Statistik und des damit im Zusammenhang stehenden Rechnungswesens verantwortlich. Ihre Bezirks- und Kreisstellen arbeiten nur auf zentrale Anweisung. ... Die "Verordnung über die Aufgaben und Organisation der Statistik der DDR" vom 20.7.1956 unterstellte die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik dem Ministerrat. ... Verstöße gegen die Genehmigungspflicht werden streng bestraft. Ebenso macht sich strafbar, wer auf Berichtsbogen falsche Angaben macht oder diese Bogen verspätet abgibt.

Die Auswertung der Fragebogen erfolgt verschlüsselt bei der zentralen Hollerithstation der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Da der Maschinenpark stark veraltet ist und nicht die erforderliche Kapazität besitzt, will man bis 1965 32 elektronische Rechenzentren des "VEB Maschinelles Rechnen" einrichten.

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik hat folgende Aufgaben: Sie prüft die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne und die Materialversorgungspläne, sie kontrolliert die Berichterstattung bei Verwaltungen und Betrieben, sie faßt das statistische Material zusammen und gibt es an die Regierung weiter, sie stellt volkswirtschaftliche Bilanzen auf und führt eigene statistische Erhebungen durch. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Beschaffung von "Vergleichsmaterial" aller Art.

Auch Statistiken der BRD werden analysiert, nach materiellen und propagandistischen Gesichtspunkten ausgewertet und publiziert, wobei vielfach bestehende Unterschiede in den Erhebungsmethoden verschwiegen und Zahlen gegenübergestellt werden, die nicht vergleichbar sind. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Rechnungswesen" in der SBZ (x009/349): >>Während in einer Marktwirtschaft das Rechnungswesen hauptsächlich der Erfolgsrechnung dient, ist es in der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs ein Mittel zur Kontrolle der Planerfüllung.

Die systematischen Merkmale des sowjetischen Rechnungswesens sind:

1. Die Buchführungsvorschriften sind vor allem ein Mittel der Plankontrolle. Ziel der Rechnungslegung ist die Plan-Ist-Abrechnung in wechselseitiger Verflechtung von Betriebsplan und Volkswirtschaftsplan und Staatshaushaltsplan.

2. Die Kostenrechnung wird nicht durch die tatsächlich entstehenden Kosten, sondern durch Normen bestimmt (Materialverbrauchsnormen, Arbeitsnormen, Abschreibungsnormen). Sie ist ähnlich wie die Buchführung hauptsächlich auf einem Soll-Ist-Vergleich abgestellt. ... Eine untergeordnete Rolle spielen preiskalkulatorische Gesichtspunkte.
Bestimmte Kostenelemente (wie Unternehmerlohn, kalkulatorische Zinsen, Wagniszuschläge) haben den Kostencharakter generell verloren, oder es wird nach "sozialökonomischen Formationen" differenziert (so werden in der Privatwirtschaft bestimmte Lohnkostenanteile dem Gewinn zugeschlagen, während sie in der Volkseigenen Wirtschaft als abzugsfähig anerkannt sind).
3. Es gibt kein Nebeneinander von Handels- und Steuerbilanz. Für die Bilanzaufstellung gibt es ein vielgliedriges Bilanzschema und eine Vielzahl ergänzender Formulare (Kontrollbericht mit Kontrollblättern als Erläuterung).
Die Bewertung der Anlagemittel (Grundmittel) erfolgt nach dem Anschaffungswert zuzüglich Transport- und Montagekosten. Daraus resultiert, daß gleichartige Anlagegegenstände nicht immer mit einem zwischenbetrieblich vergleichbaren Wert angesetzt werden können und somit Selbstkosten und Rentabilität beeinträchtigen. Nach dem sowjetischen Muster nimmt deshalb die SBZ eine Umbewertung der Anlagemittel nach dem Wiederbeschaffungspreis vor.
Die Umlaufmittel werden im wesentlichen, ihrem Umschlag entsprechend, zu Ist-Kosten bewertet. Warenvorräte werden zu Selbstkosten und Forderungen zum Nennwert ausgewiesen. Die zahlenmäßige Erweiterung der Festpreisanordnungen erforderte wegen Änderung der Preisbasis Umbewertungen der Umlaufmittel.
2. Kriterium der Rentabilität der VEB ist der Grad der Planerfüllung.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Hauptbuchhalter" in der SBZ (x009/175-176): >>Staatsfunktionär, dessen Aufgaben in einer Verordnung von 1955 festgelegt sind.
Der Hauptbuchhalter hat mit beträchtlichen Vollmachten in den Staats- und Genossenschaftsbetrieben das Finanzwesen, die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes und die Planabrechnung zu kontrollieren. Deshalb unterstehen alle im Rechnungswesen und in der Revision beschäftigten dem Hauptbuchhalter direkt. Sämtliche Zahlungen des Betriebes müssen seinen Kontrollvermerk tragen. Er ist voll verantwortlich für die Bilanz.
Der Hauptbuchhalter wird von seiner übergeordneten Dienststelle mit Zustimmung des dortigen Hauptbuchhalters ernannt und abberufen. Der kaufmännische Leiter des Betriebes hat durch die Funktionen des Hauptbuchhalters wesentlich an Bedeutung verloren.<<

24.07.1956

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1956 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1956 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 28,4 Milliarden DM entfallen 34,2 % auf Sozialleistungen und 25,9 % auf Verteidigungskosten.<<

29.07.1956

DDR: Das ZK der SED hebt am 29. Juli 1956 die Haftstrafen für ehemalige Parteimitglieder (Ackermann, Dahlem, Jendretzky und andere) auf und rehabilitiert sie.

06.08.1956

DDR: Das SED-Regime erläßt am 6. August 1956 eine Anordnung, um den Lehrermangel zu beheben.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Anordnung (x009/258): >>Der wachsende Lehrerbedarf hat zu Bemühungen um die Heranziehung von Produktionsarbeitern zum Lehrerstudium der ersten beiden Kategorien geführt (Anordnung vom 6.8.1956). Vielfach haben sie Vorkurse durchlaufen.
Die Absolventen der angeführten Studiengänge, aber auch der Pädagogischen Schulen für

Kindergärten und der Institute für Heim- und Horterzieher haben eine 2jährige Probezeit zu absolvieren, die evtl. auf ein Jahr verkürzt werden kann. ...<<

17.08.1956

BRD: Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

In der Begründung des KPD-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 heißt es (x243/174): >>... Die freiheitliche demokratische Grundordnung nimmt die bestehenden historisch gewordenen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Denk- und Verhaltensweisen zunächst als gegeben hin. ... (Sie geht davon aus), daß sie verbesserungsfähig und –bedürftig (ist. Sie) lehnt die Auffassung ab, daß die geschichtliche Entwicklung durch ein wissenschaftlich anerkanntes Endziel (vorausbestimmt) sei.

Vielmehr gestalten die Menschen selbst ihre Entwicklung durch Gemeinschaftsentscheidungen, die immer nur in der größten Freiheit zu treffen sind. ...

Dem Bürger wird eine freie Sphäre durch die Anerkennung von Grundrechten und ein weitgehender Schutz durch unabhängige Gerichte gesichert. Dem Schutz des ganzen Systems dient ... die Verfassungsgerichtsbarkeit.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "KPD" in der SBZ (x009/229-230): >>Abkürzung für Kommunistische Partei Deutschlands, gegründet am 30.12.1918. Hauptforderung: Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland ... In der NS-Zeit verboten, illegale Weiterarbeit. ...

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der KP-Führung am 19./20.4.1946 in der SBZ (vollzog man die) Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Nach dem Scheitern der kommunistischen Vereinigungsbestrebungen in Westdeutschland am 14.2.1947 Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft" von SED und westdeutscher KPD mit Sitz in Ost-Berlin.

Im Januar 1949 kündigte die KPD die Arbeitsgemeinschaft (mit der SED) und vollzog die organisatorische Trennung von der SED. Sie wurde jedoch auch weiterhin von der Westkommission, später der gesamtdeutschen Abteilung beim ZK der SED und schließlich von der Zentralen Kommission für gesamtdeutsche Arbeit angeleitet.

Die KPD nahm im Parlamentarischen Rat an der Beratung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik teil, ihre Vertreter verweigerten jedoch bei der Verabschiedung des Grundgesetzes ihre Unterschrift. Trotzdem beteiligte sich die KPD an den Wahlen und war im ersten Bundestag mit 13 Abgeordneten vertreten. Bei den Wahlen zum zweiten Bundestag erhielten sie nur 2,2 % aller abgegebenen Stimmen.

Am 17.8.1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich verboten, seitdem illegal. Der 1. Sekretär, Max Reimann, sowie alle anderen Mitglieder des Politbüros der KPD halten sich in der SBZ auf. Die Finanzierung erfolgt durch die SED.

Die in der SED-Presse erscheinenden Berichte über KPD-Veranstaltungen in der Bundesrepublik wollen den Eindruck erwecken, es existiere eine intakte Parteiorganisation. In Wirklichkeit finden alle größeren Zusammenkünfte und Parteitage in der SBZ statt.

Zur Zeit ihres Verbots hatte die KPD zwischen 60.000 und 70.000 Mitglieder, von denen allenfalls noch ein Zehntel im Untergrund tätig ist. (1947: 324.000 KPD-Mitglieder). Von der SED erhält die KPD jährlich 12 bis 13 Millionen DM West. ...<<

30.08.1956

DDR: Die Volkskammer nimmt am 30. August 1956 zwei Gesetze zur "Demokratisierung" an.

04.09.1956

BRD: Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) erklärt am 4. September 1956 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/-

56): >>... Die Selbstbestimmung ist als Prinzip des Völkerrechts weitgehend anerkannt. Auf dieses Prinzip darf sich jedoch nur berufen, wer bereit ist, es umfassend und allgemein gelten zu lassen und zu verwirklichen. Wer es nur einseitigen Machtinteressen dienstbar machen will, der verfälscht und mißbraucht heiliges Menschenrecht.
... Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat und die Lostrennung von Gebieten, die jahrhundertelang dem deutschen Staatsverband angehörten, ohne Befragung der Bevölkerung, haben das Prinzip der Selbstbestimmung in einem noch nicht dagewesenen barbarischen Ausmaße verletzt. ...<<

30.09.1956

BRD: Am 30. September 1956 fehlen in Westdeutschland noch rd. 2 Millionen Wohnungen (x069/215). Die Wohnungsnot ist längst noch nicht behoben.

08.10.1956

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 8. Oktober 1956: >>**DGB fordert 40-Stunden-Woche** ... Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert auf seinem 4. Bundeskongreß u.a.: 40-Stunden-Woche, gegen Samstagarbeit ("Samstags gehört Vati mir"), Sozial- und Rentenreform, Kontrolle der Automatisierung. ...<<

11.10.1956

BRD: Der Bundestag beschließt am 11. Oktober 1956 die Einrichtung einer zentralen "Verkehrssünder Kartei" in Flensburg, um Autofahrer, die wiederholt gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen, ausfindig zu machen.

20.10.1956

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (während der Stalinära zeitweise in Gefängnishaft) wird am 20. Oktober 1956 zum 1. ZK-Sekretär gewählt und setzt sich für einen gemäßigten Reformkurs ein ("polnischer Frühling im Oktober").

23.10.1956

Ungarn: Die Studentenunruhen in Budapest (bei denen man z.B. demokratische Grundrechte und die Kündigung des Warschauer Paktes fordert) entwickeln sich am 23. Oktober 1956 zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.
Der ungarische Volksaufstand wird daraufhin innerhalb von zwei Wochen durch sowjetische Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land finden anschließend massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn fliehen nach dem gescheiterten Volksaufstand bis Ende November 1956 ins Ausland.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Volksaufstand in Ungarn (x009/436): >>... Politische Höhepunkte der auf Liberalisierung und Revision der bolschewistischen Dogmen und der bolschewistischen Herrschaftsausübung gerichteten Gegenbewegung waren die im Oktober 1956 in Ungarn gipfelnden Partei- und Volkserhebungen gegen die Stalinisten in den eigenen Führungen und den Hegemonieanspruch der UdSSR.
Während in Polen ein Kompromiß zustande kam, wurde die zum Bürgerkrieg entwickelte ungarische Erhebung blutig niedergeschlagen.
Von da an wurde die Liberalisierungswelle des Tauwetters, die zunächst auch in den politischen, wissenschaftlichen und literarischen Führungskreisen der UdSSR eine gewisse Resonanz hatte, von der gesamten bolschewistischen Führerschaft entschlossen bekämpft, da diese - sicher zu Recht - für den Fall weiterer Nachgiebigkeit um die Existenz ihrer Regime bangen mußte. Lediglich in Polen und z.T. in Ungarn hat sich eine gewisse bis heute fortdauernde Liberalisierung behauptet.
In der SBZ war das Tauwetter im wesentlichen auf den Bereich der theoretischen Auseinandersetzungen beschränkt. ... Nach dem ungarischen Zusammenbruch hat sich auch in der SBZ die radikale Gruppe Ulbrichts wieder mit sowjetischer Hilfe voll durchsetzen können. Eine Kampagne zur scharfen Reglementierung von Wissenschaft, Kunst und Hochschulwesen lief

an.<<

24.10.1956

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt am 24. Oktober 1956 während einer Massenveranstaltung in Warschau (x125/-175): >>... Solange es Stützpunkte der NATO in Westdeutschland gibt, solange die neue Wehrmacht dort aufgerichtet wird und Chauvinismus und Revanchismus gegen unsere Grenzen anstiftet, entspricht die Anwesenheit der Sowjetarmee in Deutschland unserer höchsten Staatsräson.

Dies steht auch in Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiter der DDR, gegen welche diese Rüstungen und Drohungen der Militär- und Revanchekreise Westdeutschlands ebenfalls gerichtet sind.

In dieser Lage sollten wir mit größter Entschlossenheit allen Versuchen einer antisowjetischen Agitation Widerstand leisten, die durch reaktionäre und volksfeindliche Kräfte unternommen wird, sowie allen Manövern der internationalen Reaktion, welche das Bündnis zwischen unseren brüderlichen Nationen schwächen wollen.<<

04.11.1956

Ungarn: Der ungarische Sender "Petöfi" ruft am 4. November 1956 das Ausland um Hilfe (x128/73): >>Völker der Welt! Hört uns - helft uns!

Nicht mit Erklärungen, sondern mit Taten, mit Soldaten, mit Waffen!

Vergeßt nicht, daß es für die Sowjets bei ihrem brutalen Ansturm kein Halten gibt. Wenn wir untergegangen sind, werdet ihr das nächste Opfer sein. Rettet unsere Seelen! ...

Völker der Welt!

Im Namen der Gerechtigkeit, der Freiheit und des verpflichtenden Prinzips der tatkräftigen Solidarität, helft uns!

Das Schiff sinkt, das Licht schwindet, die Schatten werden von Stunde zu Stunde dunkler über der Erde Ungarns.

Hört den Schrei, Völker der Welt, und handelt. Reicht uns Eure brüderliche Hand.

SOS! SOS! Gott sei mich Euch!<<

05.11.1956

UdSSR: Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin (1895-1975) warnt am 5. November 1956 den britischen Premierminister Eden (x299/175): >>... Würden Raketenwaffen gegen England oder Frankreich eingesetzt, so würden Sie das sicherlich als ein barbarisches Vorgehen bezeichnen! ...

Wir sind fest entschlossen, durch Einsatz von Gewalt die Aggressoren zurückzuschlagen und den Frieden im Nahen Osten (Suez-Krise) wiederherzustellen.<<

06.11.1956

USA: Eisenhower kandidiert erneut für die Republikaner und gewinnt am 6. November 1956 zum 2. Mal die US-Präsidentenwahl.

08.11.1956

BRD: Bundeskanzler Adenauer erläutert in seiner Regierungserklärung vom 8. November 1956 die deutsch-polnischen Gegensätze (x125/131): >>... Unter einem "freien Polen" mit dem wir zu geordneten Beziehungen und zur Regelung aller Streitfragen zu kommen wünschen, verstehe ich ein Polen, das die volle Verfügungsgewalt eines souveränen Staates über seine inneren und äußeren Angelegenheiten besitzt. ...<<

14.11.1956

DDR: Während der 29. Sitzung verlangt das ZK der SED am 14. November 1956, daß die Kampfgruppen eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf" erhalten sollen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen"

der SBZ (x009/209): >>... Nach dem Volksaufstand in Ungarn verlangte das ZK der SED auf seiner 29. Sitzung (14.11.1956) eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf". Die Kampfgruppen lösen, so wurde betont, ihre Aufgaben "gemeinsam mit den Polizeikräften und erforderlichenfalls mit den Einheiten der Nationalen Volksarmee". ... SED-Mitglieder und zuverlässige Parteilose im Alter von 25-60 Jahren werden von den örtlichen SED-Parteileitungen dienstverpflichtet.
Die Kampfgruppenkommandeure und Unterführer werden teils von der NVA, teils in besonderen Schulen ausgebildet. Auch ehemalige Offiziere der NVA werden in die Stäbe der Kampfgruppen aufgenommen, um das Kampfgruppen-Führerkorps zu heben. Verantwortliche Ausbilder sind Instrukteure der Volkspolizei, die SED-Mitglieder sein müssen. Politkommissare einer jeden Einheit ist der Sekretär der zuständigen Parteileitung. Frauen werden nur als Sanitäterinnen eingesetzt. Ausbildung: 4 Stunden wöchentlich, zusätzlich zur Arbeitszeit an Infanteriewaffen und im Gelände.
Die Waffen der Kampfgruppen, zu denen auch mittelschwere Infanterie-Begleitwaffen kommen (Schützen-Panzerwagen, schweres MG, schwere Granatwerfer, Pak), werden von der Vopo aufbewahrt. ...<<

UdSSR: Am 14. November 1956 finden in Moskau sowjetisch-polnische Verhandlungen über die Stationierung sowjetischer Truppen in Polen statt (x125/177-178): >>Gomulka nahm den sowjetischen Führern ihre wichtigsten Argumente vorweg, als er bereits auf dem Bahnhof in Moskau erklärte, Polen sei, weil die westliche Welt die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkenne, auf die Freundschaft der UdSSR angewiesen. ...
Da der östliche Bundesgenosse der einzig Garant seiner staatlichen Existenz sei, müsse es, solange die seine westlichen Grenzen bedrohende internationale Lage (NATO) bestehe, mit der Stationierung sowjetischer Truppen auf polnischem Territorium einverstanden sein. ...<<

22.11.1956

DDR: In der DDR wird am 22. November 1956 ein Komitee für Touristik und Wandern gegründet.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Touristik" in der SBZ (x009/443-444): >>Am 22.11.1956 konstituierte sich ein Komitee für Touristik und Wandern, das aus Vertretern der Massenorganisationen und "erfahrenen Fachleuten der Touristen- und Wanderbewegung" besteht und dessen Hauptaufgabe die "Erhöhung des politisch-erzieherischen, des fachlichen und kulturellen Niveaus der Touristen- und Wanderbewegung sein soll ("Jahrbuch der DDR", 1957).
Auf "gut geplante Kollektivfahrten" soll dabei mehr Wert gelegt werden als auf "Einzelgänger", "um auch dabei den organisierten Massensport zu entwickeln" ("Presse - Informationen", 5.2.1958). ...
Unter der Kontrolle der Ämter organisieren die Komitees die Touristen- und Wanderbewegung besonders unter der Jugend, erschließen und markieren Wanderrouten, planen und überwachen die Wanderliteratur, sorgen für die Errichtung von Wanderunterkünften und Zeltplätzen, leiten die Arbeit dort und in den Jugendherbergen an, sollen schließlich das Wandersparen betreiben und die internationalen touristischen Beziehungen pflegen.
Das Komitee für Touristik und Wandern organisiert auch Wandertreffen mit mehr oder weniger verhüllter SED-Propaganda. Reisen in die Sowjetunion werden besonders verbilligt und gefördert.
... Es gibt ein Herbergs- und ein Zeltlagerverzeichnis; bis zum Frühjahr 1960 erwarben etwa 75.000 Touristen die Touristenabzeichen in Bronze, Silber und Gold. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Feriendienst des FDGB" in der SBZ (x009/126): >>Der Feriendienst des FDGB wurde 1947 eingeführt, um den Mitgliedern des FDGB ein 14tägige, billige Urlaubsreise in organisierter Form zu er-

möglichen.
Der Feriendienst des FDGB erhält hohe Zuschüsse von der Regierung. Die Urlauber werden in gewerkschaftseigenen Vertragsheimen untergebracht. ... Die Zahl der Ferienreisenden beträgt seit 1955 konstant etwas über eine Million.
Da außerhalb des Feriendienstes des FDGB kaum ein Ferienquartier zu erlangen ist, ergibt sich aus der Zahl der FDGB-Ferienreisenden, daß höchstens jeder 15. Bewohner der SBZ eine verbilligte Ferienreise machen kann.
Seit 1959 verfügt der FDGB über Passagierschiffe "Völkerfreundschaft" (das frühere schwedische Schiff "Stockholm", bekannt durch den Zusammenstoß mit der "Andrea Doria") und "Fritz Heckert", finanziert zum großen Teil durch die Steckenpferdbewegung, mit dem besonders bevorzugte Aktivisten See- und Auslandsreisen in die Länder der Volksdemokratien nach dem Muster der KdF-Reisen machen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Reiseverkehr" in der SBZ (x009/364): >>Der Inlandsverkehr in der SBZ unterliegt keinen Beschränkungen.
Der Feriendienst des FDGB hat die überwiegende Zahl der im Inland verfügbaren Urlaubsplätze mit Beschlag belegt. Damit unterliegt der Großteil des Reiseverkehrs der Kontrolle des Regimes. Auch die Touristik wird aus politischen Gründen durch Leitstellen "gesteuert".
Zu Auslandsreisen sind nur bestimmte Personenkreise zugelassen. Für Angehörige der Intelligenz reserviert der "Förderausschuß für Angehörige der Intelligenz beim Ministerrat" den größten Teil der verfügbaren Auslandsplätze. Die danach verbleibenden Plätze werden durch das Deutsche Reisebüro der SBZ den Massenorganisationen angeboten. Da das Angebot sehr knapp ist, bleibt für die "normale" Bevölkerung kaum etwas übrig.
Plätze zu Reisen in die Sowjetunion und in die Sowjetblockländer sind verhältnismäßig leicht und auch preiswert zu erhalten. In das "kapitalistische Ausland" gibt es nur Reisemöglichkeiten nach Nicht-NATO-Staaten, also z.B. Österreich, Ägypten, Schweden, Finnland, Jugoslawien usw. Valutamäßig müssen sich Auslandsreisen im Ein- und Ausgang decken, d.h. es werden nur insoweit Reiseplätze zur Verfügung gestellt, als Ausländer die SBZ besuchen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freizeitgestaltung" in der SBZ (x009/141): >>Im Parteijargon erst in letzter Zeit übernommener Begriff, der besonders im Hinblick auf die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit entwickelt wurde.
Nachdem Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KPdSU für 1965 die 35-Stunden-Woche proklamiert hat, sehen sich die bolschewistischen Funktionäre vor die Frage gestellt, wie das mit wachsender Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsabläufe zu erwartende Mehr an Freizeit der Konsolidierung des Bolschewismus dienstbar gemacht werden kann und nicht vielmehr zu einer Stärkung des Individualismus und der Privatsphäre führt.
Verfestigung der sozialistischen Moral, Erweiterung des Netzes der parteilich gelenkten Massenarbeit, neue Formen der Kollektivität des Zusammenlebens sowie Ausbau der "freiwilligen" Feierabendarbeit im Nationalen Aufbauwerk sind als wesentliche Maßnahmen gedacht, um die Massen auch bei verkürzter Arbeitszeit eng an die Partei gebunden zu halten. ...<<

29.11.1956

DDR: Das ZK der SED läßt am 29. November 1956 Regimekritiker (Harich und andere "Abweichler") verhaften.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Abweichungen" in der SBZ (x009/10): >>Stehender Begriff des Parteijargons für Auffassungen, die nicht der als "Generallinie" vom ZK der KPdSU in Moskau bzw. von den periodisch durchgeführten Konferenzen und Führungen der bolschewistischen Parteien verkündeten Lehre des Marxismus-Leninismus und ihrer häufig wechselnden Auslegung entsprechen: sie werden seit Lenin auf das schärfste bekämpft.

Abweichungen gelten nicht nur als Verstoß gegen die Parteidisziplin, sondern auch als Verrat am Sozialismus und an den Interessen der Arbeiterklassen, die den Interessen des Volkes gleichgesetzt werden. Je nachdem, ob die Abweichungen, gemessen an der jeweils "gültigen Parteilinie", zum Radikalismus oder zur Mäßigung bzw. zum Ausgleich mit den Gegnern neigen, werden sie als Linksabweichungen oder Rechtsabweichungen gebrandmarkt.
Zur Bekämpfung aller Abweichungen wird immer wieder die revolutionäre Wachsamkeit der Parteimitglieder gefordert. Abweichungen innerhalb der kommunistischen Parteien werden in leichten Fällen durch das Verfahren der Kritik und Selbstkritik ausgemerzt. In schweren Fällen, und wenn die Betroffenen nicht widerrufen, ist Parteiausschluß die Folge; außerdem (wenigstens bis zum XX. Parteitag der KPdSU von 1956) gegebenenfalls gesellschaftliche Vernichtung in Zwangsarbeitslagern oder Liquidierung mit oder ohne Gerichtsverfahren.<<

11.12.1956

DDR: Der Minister für Volksbildung erläßt am 11. Dezember 1956 eine Anordnung über die Errichtung von Jugendwerkhöfen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugendwerkhöfe" in der SBZ (x009/203): >>Angeblich neue Form von Zwangserziehungsheimen, geht auf den Gedanken und Versuche des sowjetischen Pädagogen Makarenko zurück.
In der Anordnung über die Durchführung der Aufgaben in den Jugendwerkhöfen, die der Minister für Volksbildung am 11.12.1956 erlassen hat, werden Jugendwerkhöfe als "Erziehungseinrichtungen" bezeichnet, "in denen erziehungsschwierige Jugendliche entsprechend dem Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft und zu bewußten Bürgern der DDR erzogen" und mit Hilfe der Patenschaftsbetriebe ... zu qualifizierten Arbeitern entwickelt werden.
Für sog. politische Delikte kommen Einweisungen in Jugendwerkhöfe nicht in Frage. Vorzeitige Entlassung aus Jugendwerkhöfen erfolgt nur bei Meldung zur Nationalen Volksarmee.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Heimerziehung" in der SBZ (x009/177): >>Die Heimerziehung hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, deren Erziehung nicht durch das Elternhaus gesichert ist, mit Hilfe der Schule zu betreuen. ...
Kinder und Jugendliche, die auf Grund häuslicher Verhältnisse erziehungsschwierig oder straffällig wurden, werden überwiegend in Spezialheime eingewiesen. Neben Spezialkinderheimen für Ober- und Hilfsschüler gibt es Jugendwerkhöfe. ...
Die Einweisung in Jugendwerkhöfe erfolgt auf Grund von Entscheidungen der Jugendgerichte oder werden vom Rat des Kreises angeordnet. ...<<

17.12.1956

Frankreich: André Stil (1921-2004, 1950-1959 Chefredakteur der "Humanité", seit 1977 Mitglied der Académie Goncourt) berichtet am 17. Dezember 1956 über den Volksaufstand in Ungarn (x075/193): >>... Aber wer kämpft denn?
Zunächst einmal die Faschisten, die Konterrevolutionäre, die darauf vorbereitet sind, dafür ausgerüstet und organisiert sind. Dann jenes besondere Lumpenproletariat – nach wie vor die Wunde der Hauptstädte der Volksdemokratien und zum Teil zusammen mit den erstgenannten der Abschaum der abgesetzten Klassen -, die Schieber und die Müßiggänger. ... Hinzu kommen Tausende von Strafgefangenen, deren Freilassung ohne Unterschied eine der ersten Taten der Konterrevolution war. ...
Natürlich kämpften alle diese feinen Herrschaften, um wie der "Franc-Tireur" zu sprechen, für die Freiheit, für ihre Freiheit!
Eine bewaffnete Gruppe vom Boulevard Ferenc im IX. Bezirk wurde von einer ehemaligen Prostituierten angeführt, die nicht nüchtern wurde, solange der Aufstand dauerte, und die ganz junge Leute in den Kampf hineinzog, man kann sich gut vorstellen, in welchem moralischen Klima. ...

Die Sowjetarmee hat sich nicht als Feind verhalten, sondern sie hat wie immer das Volk unterstützt und verteidigt.<<

1956

DDR: Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1956 werden erstmalig Zahlen über die Kriminalität in der Sowjetzone veröffentlicht.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kriminalität in der SBZ (x009/237-238): >>... Seit 1956 sucht die SED mit Hilfe der Kriminalitätsstatistik zu beweisen, daß die Kriminalität in der sozialistischen Gesellschaft ständig abnimmt.

Gegenüber 1946 soll die Kriminalität bis 1960 auf 27,7 % zurückgegangen sein und um mehr als 50 % geringer sein als jemals in Deutschland seit 1882.

Demgegenüber steige die Kriminalität in der Bundesrepublik immer mehr an. 803 Straftaten pro 100.000 strafmündiger Personen werden 3.660 Straftaten in der Bundesrepublik gegenübergestellt. Dieses Verhältnis ändert sich allerdings schon wesentlich, wenn man Verkehrsdelikte ausklammert, die in der Bundesrepublik 1958 etwa 35 %, in der SBZ dagegen infolge des wesentlich geringeren Verkehrs nur etwa 6 % aller Straftaten ausgemacht haben.

Die Kriminalitätsstatistik muß mit allen Vorbehalten betrachtet werden, die grundsätzlich gegenüber Ergebnissen sowjetzonaler Statistiken angebracht sind. Die Zahlen sollen nicht objektiv informieren, sondern die These der SED beweisen, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung dem kapitalistischen Staatswesen überlegen ist.

Während die Kriminalität im Kapitalismus eine unvermeidbare Erscheinung sei, die man nicht hinwegdenken könne, werde die Kriminalität mit der Vollendung des sozialistischen Aufbaus völlig überwunden, weil es "in der DDR keine unaufhebbaren Ursachen für das Verbrechen" gebe ("Neue Justiz 1960, S. 614).

Nach den Propagandabehauptungen der SED hat sich "die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR ständig gefestigt" und in steigendem Maße "die Reste des egoistischen menschenfeindlichen Denkens und Handelns aus der kapitalistischen Zeit überwunden und neue sozialistische Beziehungen der Menschen untereinander entwickelt". Dadurch werde "der Begehung von Verbrechen und Vergehen immer mehr der Boden entzogen und die bewußte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit gewährleistet" ...

Die Entwicklung der Kriminalität wird also als Gradmesser der sozialistischen Umwälzung betrachtet.

Vorsorglich wird jedoch erklärt, daß das Tempo der Verdrängung der Kriminalität nicht nur von der inneren Entwicklung in der SBZ abhängig sei. Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion, sei die SBZ besonders stark durch die Einwirkungen des "Klassenfeindes" und der "imperialistischen Propaganda" ausgesetzt.

Diese "unmittelbaren, ungelenkten und spontanen Einflüsse des Kapitalismus von außen ("Angriffe und Bestrebungen konterrevolutionären Charakters") und die "in Wort, Schrift und Bild (Fernsehen) von Westdeutschland und West-Berlin ausgehende Atmosphäre, die die Keime des Verbrechens ausspeit" (Neue Justiz 1958, S. 402) werden als eine der Hauptsachen der noch vorhandenen Kriminalität bezeichnet.

Die zahlreichen Besucher, Umsiedler und Rückkehrer aus Westdeutschland brächten "individualistische und egoistische Auffassungen" mit, "die erst durch Erziehung im Kollektiv unseres zum Sozialismus schreitenden Volkes überwunden werden können" (Neue Justiz 1960, S. 614). ...

Der Kampf gegen die Kriminalität ist somit in der SBZ vor allem eine politische Aufgabe. Äußerlich eindrucksvolle Erfolge täuscht die SED nicht nur durch die Kriminalitätsstatistik vor, sondern auch durch Maßnahmen der Strafpolitik.

Durch die Übergabe zahlreicher Strafsachen von geringerer Bedeutung an die Konfliktkom-

mission (gesellschaftliche Gerichte) war Anfang 1961 vorübergehend bei den Kreisgerichten ein Rückgang der Strafverfahren bis zu 50 % zu verzeichnen. Diese sog. kleine Kriminalität erscheint nicht mehr in der Kriminalitätsstatistik. Ohne daß die Kriminalität wesentlich zurückging, ist auf diese Weise schon 1960 der Eindruck einer weiteren Abnahme der Kriminalität um 12 % gegenüber 1959 erweckt worden.
Erhebliche Sorgen bereitet der SED die Jugendkriminalität, über die keine Zahlen veröffentlicht werden. Sie ist im Verhältnis zur allgemeinen Kriminalität wesentlich höher als in der Bundesrepublik. Die negative Beeinflussung aus West-Berlin und Westdeutschland wurde besonders für die hohe Jugendkriminalität verantwortlich gemacht. So sollen 80 bis 85 % der gestrauchelten Jugendlichen westliche Literatur ("Schund- und Schmutzliteratur) gelesen und 90 % West-Berliner Kinoveranstaltungen besucht haben. Diese schädlichen Einflüsse hätten besonders das Rowdytum zur Folge.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Rowdytum" in der SBZ (x009/372): >>Parteijargon für Halbstarken-Unwesen.
Der Begriff "halbstark" wird abgelehnt. Die mit ihm verbundenen Erscheinungsformen wurden lange Zeit verschwiegen. Schließlich wurden als Gründe "für die mangelhafte Aktivität der Jugendlichen im öffentlichen Leben und für das leider oft beobachtete Rowdytum das fehlende gute Beispiel der Erwachsenen und das Versagen der FDJ angeführt.
Zahlreiche Prozesse wegen Rowdytum endeten mit harten Bestrafungen. Weder dadurch noch durch die Einweisung schwererziehbarer und krimineller Jugendlicher in Heim- und Jugendwerkhofs-Erziehung ist es bisher gelungen, das Rowdytum entscheidend einzudämmen. Infolgedessen ist für das künftige Strafgesetzbuch ein besonderer Tatbestand über rowdyhaftes Verhalten vorgesehen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gesellschaftliche Erziehung" in der SBZ (x009/154): >>... Der gesellschaftlichen Erziehung wird vor allem große Bedeutung im Kampf gegen die Kriminalität beigemessen.
An den notwendigen Auseinandersetzungen mit einem straffällig gewordenen Bürger soll sich nicht das Gericht, sondern ein möglichst großes Kollektiv beteiligen. ...
Im Anschluß an ein Strafverfahren, das mit bedingter Verurteilung, öffentlichem Tadel, Geldstrafe oder Einstellung des Verfahrens enden kann, "ist die begonnene erzieherische Einwirkung durch gesellschaftliche Kräfte fortzusetzen" ("Neue Justiz" 1961, S. 331).
Hier tritt also die außergerichtliche gesellschaftliche Erziehung neben die Erziehung durch das Gericht. Diese gesellschaftliche Erziehung soll im Betrieb, im Wohnbereich oder in den Produktionsgenossenschaft, der der Täter angehört, organisiert werden. Der Schwerpunkt soll in der Erziehungsarbeit innerhalb der sozialistischen Brigaden liegen.
Eine eigenständige Form der gesellschaftlichen Erziehung ist den Konfliktkommissionen übertragen, die damit bereits zu gesellschaftlichen Gerichten geworden sind.<<
BRD: Im Verlauf einer Bundestagsdebatte fordert die deutsche Bundesregierung im Jahre 1956 das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht für die deutschen Vertriebenen (x024/281-282): >>... Die Bundesregierung ist auch bemüht, des Prinzips des "Rechts auf die Heimat" mit allen geeigneten Mitteln zu internationaler Anerkennung zu verhelfen.
Das Recht auf die Heimat, das untrennbar mit dem in verschiedenen völkerrechtlichen Akten begründeten Selbstbestimmungsrecht verbunden ist, gehört zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die als wesentlicher Ausdruck wahrer Demokratie in der gesamten freien Welt "die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit" bilden.<<
Ein zeitkritischer Psychiater berichtet im Jahre 1956 über die "arme deutsche Jugend" (x182/-183): >>Diese Jugend ist arm, sie hungert nach Liebe und findet Sexualität, sie ist erotisch verhungert. Die Burschen können nicht einmal mehr flirten. Sie meinen, daß die Begegnung

mit einem Mädchen gleich ins Bett führen muß. Und die Mädchen glauben, daß heute kein junger Mann länger als drei Abende "Werbungskosten" zahlen will. ...<<

Kuba: Der kubanische Rechtsanwalt Fidel Castro organisiert im Jahre 1956 Partisanengruppen zum Kampf gegen das diktatorische Batista-Regime.

Israel: Israel besetzt im Jahre 1956 die Halbinsel Sinai und marschiert an den Suezkanal (Suezkrise 1956/1957).

1957

> Die beste Möglichkeit, Wort zu halten, ist, es nicht zu geben!
> *Napoleon I. Bonaparte (1769-1821, französischer Offizier und Kaiser)*

01.01.1957

DDR: Ab 1. Januar 1957 wird die Handelsabgabe eingeführt. Die Handelsabgabe entspricht dem sowjetischen Steuersystem ("Instrument des Klassenkampfes").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Steuern" in der SBZ (x009/426-427): >>Steuerpolitik, Steuerrecht und Steuerverwaltung haben in der SBZ neben der Beschaffung von Haushaltsmitteln für den Staat u.a. noch eine weitere Aufgabe zu erfüllen; zum Zwecke der allmählichen, aber systematischen Beseitigung von Privatunternehmen und ihrer Ersetzung durch Staatsbetriebe und die kommunistische Plan- und Zwangswirtschaft wurde das Steuerwesen unter Mißachtung der Grundsätze der Gleichmäßigkeit und der Gerechtigkeit der Besteuerung zu einem Instrument des Klassenkampfes.

Eine bedeutende Rolle spielt für die Einnahmeseite die PDA (Produktions- und Dienstleistungsabgabe), die verbrauchssteuerähnlichen Charakter trägt.

Der Klassenkampfcharakter des sowjetzonalen Steuerrechts tritt am deutlichsten bei der Einkommenbesteuerung in Erscheinung. Lohnempfänger und Angehörige der freischaffenden Intelligenz (mit Ausnahme der Rechtsanwälte, Steuerberater und dergleichen) werden steuerlich begünstigt. Für die übrigen einkommensteuerpflichtigen Personen (also insbesondere für die Inhaber landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe) gilt ein "Kapitalistentarif", dessen Progression in hohen Tarifstufen mehr als 90 % beträgt. ... Viele Betriebsausgaben sind steuerlich entweder überhaupt nicht mehr oder nur noch teilweise abzugsfähig. ...

Ab 1. Januar 1954 wurde in der "volkseigenen" Wirtschaft die Produktions- und Dienstleistungsabgabe nach dem Vorbild der sowjetischen "differenzierten Umsatzsteuer" eingeführt. Sie tritt an Stelle der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungsteuer und der Verbrauchsabgaben.

Die mit Wirkung zum 1.1.1957 eingeführte Handelsabgabe schließt in gewisser Hinsicht den Umwandlungsprozeß des sowjetischen Steuersystems ab.<<

BRD: Am 1. Januar 1957 wird das Saarland gemäß "Luxemburger Abkommen" das 10. Bundesland der Bundesrepublik Deutschland.

17.01.1957

DDR: Die Volkskammer beschließt am 17. Januar 1957 das "Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen" und das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Gesetze (x009/93): >>... Im Anschluß an den 3. Parteitag der SED (März 1956) beschloß die Volkskammer am 17.1.1957:

1. das Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen";
2. das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht".

Das 1. Gesetz gibt der Volkskammer bzw. ihrem neugebildeten "ständigen Ausschuß für die örtlichen Volksvertretungen" die Stellung eines zentralen, alles lenkenden Obersten Parlamen-

tes - eines Obersten Sowjets, der gesetzgebend, ausführend, richtend und kontrollierend in einem ist.
Das 2. Gesetz verleiht, dem Buchstaben nach, den örtlichen Parlamenten weitgehende Leitungsgewalt, aber die Selbständigkeit ist nur scheinbar.
Das 1. Gesetz und der allgemein verbindliche Zentralismus machen die örtlichen Parlamente und Verwaltungen zu Werkzeugen der völlig von der SED beherrschten Volkskammer.
Die SED will alle örtlichen Volksvertretungen und Behörden lenken. Bei der Propagierung der "Neuen Ordnungen" für die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe (seit April 1961) verzichtet die SED auf die Tarnformel "Demokratisierung".<<

30.01.1957

DDR: Walter Ulbricht fordert am 30. Januar 1957 auf der 30. Tagung des ZK der SED, die DDR als gleichberechtigten deutschen Staat anzuerkennen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Forderung nach Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung (x009/407): >>Den Sinn dieses Vorschlages legte Ulbricht am 30.1.1957 (auf der 30. Tagung des ZK der SED) dar: Wenn, so sagte er, in Westdeutschland durch Niederlage der Regierungspartei und Stärkung des Aktionswillens der Arbeiterklasse eine neue Lage geschaffen wird, dann ist es möglich, zu einer Vereinbarung beider deutscher Regierungen zu kommen, ... einen Gesamtdeutschen Rat, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt, zu bilden.
Die Mitglieder des Rates sollten in beiden Teilen Deutschlands auf Grund der geltenden Wahlgesetze gewählt werden ...
Der Gesamtdeutsche Rat würde die Funktionen einer Regierung der deutschen Konföderation ausüben und Maßnahmen vorbereiten, wie die Herstellung einer einheitlichen Verwaltung.
Das heißt, die SBZ, die mit dem Sowjetsektor Berlins nur etwa 17 Millionen Einwohner hat, will in der Konföderation ebenso stark vertreten sein wie die Bundesrepublik, die mit West-Berlin schon 1957 rund 52 Millionen zählte.
Augenscheinlich verspricht sich die SED von der Errichtung einer paritätisch gebildeten Staatenbunds-Regierung Aussichten für die getarnte Vorbereitung eines Bürgerkrieges, in dem die bewaffneten Kräfte der DDR zur Geltung kommen. Beide Teile Deutschlands wären ja von fremden Truppen zu räumen, was den Westen schwerstens benachteiligen würde.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konföderation" (x009/224): >>Bezeichnung für ein föderativ gegliedertes Staatswesen, das durch vertraglichen Zusammenschluß zweier oder mehrerer Staaten zustande gekommen ist. ...
In der Diskussion um die Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands wurde der Begriff der Konföderation zuerst von Ulbricht in einem Leitartikel im "Neuen Deutschland" vom 31.12.1956 gebraucht, der sich eingehender darüber vor dem 30. Plenum des ZK der SED (30.1 bis 1.2.1957) äußerte.
Eine genaue Definition der Konföderation im Sinne der SED gab Grotewohl in einer Rede vom 11.2.1957. Er stellte sich eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR als einen "losen Staatenverbund" vor, in dem "zunächst die beiden deutschen Staaten in ihrer gegenwärtigen Form, in ihrem Inhalt und in ihrer ganzen Lebensweise selbständig bestehen bleiben". Die Konföderation schaffe keine über den einzelnen stehende selbständige Staatsmacht. Sie wird auch von der SED nicht als "politischer Idealzustand" angesehen, sondern nur als ein "Zwischenstadium zwischen den beiden Staaten, daß die Möglichkeit wirklicher Annäherung schaffen kann".
Eine Konföderation nach kommunistischer Auffassung stellt damit keine echte Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands dar. ... Für die Regierung der SBZ ist das Schlagwort Konföderation ein weiterer Beitrag zu den Versuchen, sich als gleichberechtigter Partner in die Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung einzuschalten.<<

31.01.1957

BRD: Bundesaußenminister von Brentano erklärt während der Regierungserklärung vom 31. Januar 1957 (x155/101): >>Mit ihren Bündnispartnern ist die Bundesregierung darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß.

Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen.

Die Bundesregierung hält daran fest, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1937 maßgeblich sind, und daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Linie nicht als gegenwärtige oder künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann. ...<<

02.02.1957

Österreich: Die österreichische Regierung verbietet am 2. Februar 1957 den kommunistisch gelenkten Weltfriedensrat.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Weltfriedensrat" (x009/481-482): >>Ständiger Ausschuß der Weltfriedensbewegung, hieß zunächst Weltfriedenskomitee. Wurde im November 1950 in Weltfriedensrat umbenannt.

Sitz des Weltfriedensrats und seiner ständigen Exekutivbüros: Prag. Die scheinbar überparteiliche Zusammensetzung und die teils allgemein humanitäre, teils christliche Tonart des Weltfriedensrats kann nicht verbergen, daß er sowjetisch gesteuert wird und dem Imperialismus der Sowjetunion als Tarnorganisation dient. ...

Seit 1957, seitdem die NATO sich um ein atomares Gegengewicht gegen die Rüstung und Atombewaffnung der Sowjetunion bemühen muß, sucht der Weltfriedensrat die Diskussion über diese Fragen zugunsten der Sowjetunion zu verfälschen und zu mißbrauchen. Der Weltfriedensrat hat für Agitationszwecke in Wien ein Zweigsekretariat.

Die österreichische Regierung mußte es am 2.2.1957 schließen, da der kommunistisch gelenkte Weltfriedensrat

1. einseitig Stellung zu Weltpolitik nimmt,
2. durch Verbreitung derartig einseitiger Erklärungen von Österreich aus in die innerstaatlichen Verhältnisse anderer Länder einwirkt und
3. damit die Neutralität Österreichs gefährdet. –

Seit Frühjahr 1961 bemüht sich der Weltfriedensrat, "christliche Friedenskongresse" u.ä. für seine sowjetische Agitation einzuspannen. Der 1. derartige Tarnkongreß fand im Juni 1961 in Prag statt. –

Der Weltfriedensrat ist wie der WGB (Weltgewerkschaftsbund), eine getarnte Ersatzorganisation für die Komintern bzw. das Kominform.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Weltfriedensbewegung" (x009/481): >>Entstand aus dem Weltkongreß der Kämpfer für den Frieden in Paris (April 1949), der durch die bolschewistische Kominform veranlaßt worden war.

Eine überparteilich aufgemachte Tarnorganisation des Weltkommunismus, die für jene Bedeutung des Begriffes Frieden kämpft, wie sie die Sowjetunion seit 1945 fordert.

Mit allen Mitteln der Agitation sucht die Weltfriedensbewegung Anhänger für die Politik der Sowjetunion zu gewinnen. Durch Kongresse und Tagungen aller Art und Unterschriftensammlungen sucht sie die herkömmliche wie die atomare Verteidigungsrüstung der nichtkommunistischen Staaten zu verdächtigen und zu unterwühlen.

Die Weltfriedensbewegung vertritt gewisse Hauptsätze der sowjetischen Politik: Koexistenz als Mittel zur Auflösung der NATO ... und ähnlicher Verteidigungsbündnisse der freien Welt, Abrüstung (aber ohne lückenlose Kontrolle auch auf Sowjetgebiet). ...<<

27.02.1957

China: Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung erklärt am 27. Februar 1957 zur "Frage von Widersprüchen im Volk" (x128/334): >>... Der Marxismus ist eine wissenschaftliche Wahrheit, er fürchtet keine Kritik. ... Die Politik, hundert Blumen nebeneinander blühen und hundert Denkrichtungen miteinander treten zu lassen, wird die führende Stellung des Marxismus in der Gedankenwelt gerade nicht schwächen, im Gegenteil, sie wird sie stärken.

Welche Stellung sollen wir gegenüber dem nichtmarxistischen Denken beziehen?

Gegenüber offenen Konterrevolutionären und denjenigen, die den Sozialismus sabotieren, ist die Sache einfach, man entzieht ihnen die Redefreiheit und damit gut.

Gegenüber falschen Ideen innerhalb des Volkes ist die Sache aber anders.

Geht es etwa an, solche Ideen zu verbieten und ihnen keinerlei Gelegenheit zur Äußerung zu lassen?

Gewiß nicht. Es ist nicht nur nutzlos, sondern äußerst schädlich, plumpe und summarische Methoden für die Behandlung ideologischer Fragen im Volke und für die Probleme in der geistigen Welt anzuwenden. ...

... Wir sind gegen jedes giftige Unkraut, aber wir müssen sorgsam unterscheiden, was wirklich giftige Kräuter und was duftende Blumen sind.

Wir müssen zusammen mit den Massen lernen, Blumen von Unkraut sorgfältig zu scheiden, und zusammen müssen wir die richtigen Methoden zur Vertilgung des Unkrauts anwenden lernen. ...<<

10.03.1957

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. März 1957 über den "Aufschwung-Mann" Ludwig Erhard: >>**Ludwig Erhard fordert: Maßhalten**

Appell des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard bei der Eröffnung der Frühjahrsmesse: "Wir sind ins Schlittern gekommen, weil wir die richtigen Maße verloren haben und drauf und dran sind, die Volkswirtschaft zu überfordern."

Er fordert maßhalten bei Tarifbeschlüssen - und die Spirale von Preiserhöhungen, die unweigerlich neue Lohnforderungen nach sich zieht, müsse ein Ende haben. ...<<

25.03.1957

Italien: In Rom werden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" treten am 1.01.1958 in Kraft.

Innerhalb von 12 Jahren sollen in den 6 Ländern der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle abgebaut und gemeinsame Außenzölle entstehen, um einen gemeinsamen Markt und eine Zollunion zu realisieren.

Zu den Aufgaben der EURATOM zählen: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich.

Abb. 67 (x303/197): EU-Flagge. Die zwölf Sterne zeigen nicht die Mitgliederzahl, sondern die Zahl "zwölf" gilt als Zeichen der Vollkommenheit.

Die Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") vom 25. März 1957 lautet wie folgt (x156/75): >>... Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande –

in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen,

entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen,

in dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben,

in der Erkenntnis, daß zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse ein einverständliches Vorgehen erforderlich ist, um eine beständige Wirtschaftsausweitung, einen ausgewogenen Handelsverkehr und einen redlichen Wettbewerb zu gewährleisten,

in dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonischen Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten den Rückstand weniger begünstigter Gebiete zu verringern,

in dem Wunsch, durch eine gemeinsame Handelspolitik zur fortschreitenden Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr beizutragen,

in der Absicht, die Verbundenheit Europas in den überseeischen Ländern zu bekräftigen und in dem Wunsch, entsprechend den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen den Wohlstand der überseeischen Länder zu fördern,

entschlossen, durch diesen Zusammenschluß ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen -

haben beschlossen, eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen ...<<

27.03.1957

Indien: Der polnische Ministerpräsident erklärt am 27. März 1957 während einer Pressekonferenz in Delhi (x125/181): >>... Ich möchte hinzufügen, daß wir jetzt nicht unmittelbar an die Bundesrepublik Deutschland grenzen, sondern an die Deutsche Demokratische Republik, die unsere Westgrenzen völlig anerkannt hat. Wir können uns keine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen, die diese Tatsache streicht. ... <<

25.04.1957

DDR: Während der 16. Tagung des FDJ-Zentralrates am 25. April 1957 betont der Zentralrat, daß die FDJ die führende sozialistische Jugendorganisation der DDR ist.

27.04.1957

DDR: Seit dem 27. April 1957 sind die sowjetischen Militärtribunale (SMT) nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die sich gegen die Sowjetunion, gegen Armeeangehörige oder deren Familienangehörige richten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sowjetische Militärtribunal" in der SBZ (x009/397-398): >>Vor dem sowjetischen Militärtribunal wurden bis zum 27.4.1957 nicht nur sowjetische Soldaten, sondern auch deutsche Staatsbürger angeklagt und nach sowjetischem Recht verurteilt.

Das Verfahren war der SBZ-Justiz entzogen. Mit allen Mitteln versuchten die Kommissare, ein Geständnis zu erlisten oder zu erpressen. Die Protokolle wurden in russischer Sprache abgefaßt. Die Akten der Voruntersuchung hatten in der Gerichtsverhandlung absolute Beweiskraft. Dem Angeklagten konnte das Recht auf mündliche Selbstverteidigung genommen werden. Das Gericht durfte auch Beweisstücke verwenden, die dem Angeklagten unbekannt blieben, konnte also Spitzelmeldungen heranziehen, ohne daß der Angeklagte etwas dagegen vorbringen konnte. Die Verfahren wurden oft in 5 bis 10 Minuten abgewickelt. Die Anklage stützte sich fast ausschließlich auf eines der "gegenrevolutionären Verbrechen".

Die Strafe lautete im Regelfalle auf 25 Jahre Zwangsarbeit. Anfechtung des Urteils war bei den wichtigsten "gegenrevolutionären Verbrechen" ausgeschlossen, in den übrigen Fällen war sie praktisch aussichtslos, weil sie nur Formfehler und "offensichtliche Ungerechtigkeit" angreifen durfte.

Die Verurteilten wurden zum Strafvollzug meist den Zuchthäusern in der SBZ zugewiesen; "gefährliche politische Verbrecher" wurden in sowjetische "Besserungsarbeitslager" (ITL) in der Sowjetunion übergeführt. Dort blieben sie für ihre Angehörigen verschollen, während den Insassen der Zuchthäuser ein beschränkter Briefverkehr gestattet war. ...

Seit dem Inkrafttreten des "Abkommens über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen" am 27.4.1957 sind die sowjetischen Militärtribunale (SMT) nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die gegen die Sowjetunion, gegen Armeeangehörige oder deren Familienangehörige gerichtet oder bei Ausübung dienstlicher Obliegenheiten begangen worden sind.<<

Berlin: In Ost-Berlin beginnt am 27. April 1957 die Gründungskonferenz des Deutschen Turn- und Sportbundes.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Sport" in der SBZ (x009/412-413): >>... 1957 wurde der "Deutsche Turn- und Sportbund" (DTSB) gebildet, der alle Aufgaben des damit aufgelösten DSA übernahm. ... Die Industrie-Sportvereinigungen nach sowjetischem Muster bilden die Grundlagen des Sports.

Sie sind selbständige Organisationen der Gewerkschaften, die 10 % des gesamten Beitragsaufkommens für den Sport verwenden müssen. Sie heißen für alle Sportarten: Aktivist

(IG Bergbau), Aufbau (IG Bau Holz), Empor (IG Handel), Einheit (IG VBV), Fortschritt (IG Textil), Chemie (IG Chemie), Lokomotive (IG Post, Transport und Verkehr), Medizin (IG Gesundheitswesen), Motor (IG Metall), Rotation (IG Druck und Papier), Stahl (IG Metallurgie), Turbine (IG Energie), Wismut (IG Wismut) und Wissenschaft (IG Erziehung, Wissenschaft).
Außerdem gibt es die Sportvereinigungen "Vorwärts" und "Dynamo" der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei.
Die Grundeinheiten der Sportvereinigungen sind die Betriebssportgemeinschaften (BSG).
Den Berufssportler gibt es in der "sozialistischen Gesellschaftsordnung" nicht. An seine Stelle ist der Staatsamateur getreten.
Auf Anweisung des Komitees für Körperkultur und Sport sind in vielen Sportarten "Schwerpunkte" gebildet worden. In diesen Sportclubs werden die Spitzensportler unter besonders qualifizierten Trainern zusammengezogen. Die Spitzensportler erhalten, ohne zu arbeiten, hohe Gehälter und genießen als "Repräsentanten der DDR" eine Vorzugsstellung und besondere Verehrung (z.B. Straßenradrennfahrer Gustav Adolf (Täve) Schur oder Skispringer Helmut Recknagel).
Dafür müssen sie sportliche Höchstleistungen vollbringen - bis 1960 sollten sämtliche deutschen Rekorde im Besitz der SBZ sein - und sich als Agitatoren für die Politik der SED betätigen. ...
... Der Förderung des Wehrsports dient das dem entsprechenden sowjetischen Wehrsportabzeichen nachgebildete Sportleistungsabzeichen "Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens".
Geländemarsch, Hindernislauf und Kleinkaliberschießen gehören zu den Übungen für Männer, Frauen und Jugendliche. ...<<

01.05.1957

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. Mai 1957: >>**Tempo 50 in geschlossenen Ortschaften**
Die 14.811 Verkehrstoten des Vorjahres führen zu einem Tempolimit von 50 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften.<<

04.05.1957

DDR: Der SED-Staatssekretär für das Hochschulwesen verkündet am 4. Mai 1957 die Einführung einer einjährigen Arbeitsdienstpflicht für Studienbewerber.

09.05.1957

DDR: Am 9. Mai 1957 tritt der zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Vertrag für die sowjetischen Besatzungstruppen in Kraft.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Besatzungstruppen" in der SBZ (x009/67): >>... Erst seit dem 9.5.1957 (also lange nach der formellen Beendigung der Besatzungspolitik), gilt für die sowjetischen Besatzungstruppen der ... zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Truppenvertrag.
In dessen Einleitung findet sich die formelhafte Erklärung, er regele die "zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR".
Im Vertrag wird u.a. behauptet,
1. die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungstruppen beeinträchtige nicht die "Souveränität der DDR";
2. die Stärken, Standorte und zusätzliche Manövergebiete der sowjetischen Besatzungstruppen würden mit der Regierung der DDR beraten und vereinbart. ...
Diese Scheinzugeständnisse an die Regierung der SBZ entwertet der § 18:
"Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR

bei entsprechender Konsultation der Regierung der DDR und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage ... Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen."
Dieser § 18 legt auch formell die Macht über die SBZ in die Hand der sowjetischen Besatzungstruppen, sofern deren Oberkommando oder die Sowjetregierung es für notwendig halten. Die strenge Geheimhaltung der sowjetischen Besatzungstruppen und ihre Absperrung gegen die Bevölkerung machen genaue Angaben über Stärke und Standorte unmöglich.
Die "Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland" (Hauptquartier Wünsdorf südlich von Berlin) zählt unter dem Marschall J. E. Konjew mindestens 350.000 Mann; einschließlich aller Nachschubverbände, Stabs- und Verwaltungskräfte wahrscheinlich sogar 400.000 Köpfe. ...<<

16.05.1957

USA: Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärt der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<
>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<

26.06.1957

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 26. Juni 1957 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 32,3 Milliarden DM entfallen 32,5 % auf Sozialleistungen und 24,7 % auf Verteidigungskosten.<<

10.07.1957

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (28/1957) berichtet am 10. Juli 1957 über ein Gespräch mit dem Wirtschaftsexperten und SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Schöne (Thema: Gemeinsamer europäischer Markt): >>**ES IST VERFLUCHT TEUER**
SPIEGEL: Herr Dr. Schöne, ist der Eindruck richtig - den man in den Debatten über den Gemeinsamen Markt gewinnen konnte -, daß die SPD ihren ursprünglich ablehnenden Standpunkt hinsichtlich der Durchführung der europäischen Integration geändert hat? Sie sind als SPD-Bundestagsabgeordneter und als Mitglied des Parlaments der Montan-Union wohl besonders befugt, diese Frage zu beantworten.
DR. SCHÖNE: Die Erfahrungen, die wir im Montan-Parlament sammeln konnten, lassen sich, was diesen Punkt angeht, schnell zusammenfassen.
Uns wurde, nachdem die politischen Würfel gefallen waren, sehr bald klar, daß die Teilintegration, die wir - die SPD also - seinerzeit beim Schuman-Plan (Montan-Union) bemängelt hatten, in der Tat nur eine Teilintegration ist und daß das ganze Bemühen der Politik darauf gerichtet sein mußte, diese Teilintegration zu einer Vollintegration auszuweiten, um die Teilintegration nicht zum Versanden zu bringen.
SPIEGEL: Wir erinnern uns einer Äußerung, die Sie im März 1953 gemacht haben. Da sagten Sie, daß die ursprünglichen Befürchtungen der Opposition, die Montan-Union müsse sich zum Nachteil Deutschlands auswirken, inzwischen bestätigt worden seien; daraus hat man damals vielfach geschlossen, die SPD wünsche die Montan-Union eines Tages wieder aufzulösen; jetzt dagegen hat man beinahe den Eindruck, daß die SPD sogar integrationsfreudiger als selbst die CDU ist - etwa nach dem Prinzip: wenn schon, denn schon.
DR. SCHÖNE: Mit zwei guten deutschen Wörtern gesagt: Die Montan-Union ist ein Fakt, und es wird niemanden geben, der diese Tatsache aus der Welt schaffen kann. Das ist der Ausgangspunkt. Zweitens: Make the best of it!

SPIEGEL: Da wir im Wasser liegen, müssen wir schwimmen?
DR. SCHÖNE: Natürlich sind viele Bedenken, die wir seinerzeit mit Recht geäußert haben, zwar nicht ausgeräumt, aber doch wenigstens herabgemindert. Es gibt eigentlich jetzt nach unserer Auffassung nur die Flucht nach vorn. Und da muß ich noch daran erinnern - da Sie nun einmal diese Verträge mit angesprochen haben -, daß das eine, was wir damals auch kritisiert haben, die Begrenzung auf die Sechs war. Wir haben immer gesagt:
Je besser diese Gemeinschaft der Sechs funktioniert, um so mehr setzt sie sich gegenüber den anderen Volksgemeinschaften ab, und das muß vermieden werden. Wir haben daher die Assoziierung Englands begeistert begrüßt, wir warteten eigentlich händeringend darauf, daß die Österreicher dazustießen, um diese Begrenzung der Sechs weiter aufzusprengen.
SPIEGEL: Wir sind - es ist genau vier Jahre her - bei dem damaligen Präsidenten der Montan-Union, bei Jean Monnet in Luxemburg gewesen. Er hat uns dabei gesagt: Europa kommt schneller, als wir denken, und er hat das auf folgende Weise begründet:
Wenn die europäische Integration mit Kohle anfängt, dann werden die praktische Arbeit des Ministerrates der Montan-Union und die Debatten des Montan-Parlaments immer wieder an neue Probleme rühren. Sie kommen, sagte er uns, wenn Sie bei den europäischen Preisen sind, auf die Frage der Produktionskosten und der Besteuerung. Es wird dann zwangsläufig zur Angleichung der europäischen Steuersysteme kommen, zur Assimilierung der Sozialversicherung und der Soziallasten überhaupt. Ist das nun so eingetroffen? War der Rücktritt Monnets nicht Ausdruck dafür, daß es damit nicht geklappt hat?
DR. SCHÖNE: Man kann nicht Wirtschaftspolitik in Kohle oder in Eisen und Stahl treiben, ohne gleichzeitig die Gesamtwirtschaftspolitik zu sehen. Man kann nicht Verkehrstarife für Kohle und Stahl synchronisieren oder gleichmäßig gestalten, ohne den gesamten Wirtschaftsbau zu berücksichtigen. Aber in dieser eigentlich durch die Montan-Union vorgezeichneten Entwicklung trat dann eine Stockung ein - in dieser Lage brachte Jean Monnet mit seinem Rücktritt eine gewisse Zündung. Nein, das war nicht ungeschickt von ihm.
SPIEGEL: War der Rücktritt Monnets also einer der Gründe dafür, daß man nun - ziemlich überraschend, wie einem scheint - den Gemeinsamen Markt forcieren will?
DR. SCHÖNE: Überraschend kommt nur, daß insbesondere in Deutschland die Dinge nun mit einer ungeheuren Eile über die Bühne gebracht werden mußten. Dafür fehlt das Motiv. Die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit war stets erkannt, sie wurde jedoch auch dem, der es noch nicht wissen wollte, deutlich, als die Suez-Krise zur Debatte stand. Da ging es wie ein Ahnen durch das Abendland, daß man irgendwie doch miteinander verbunden sei.
SPIEGEL: Aber war nicht gerade damals der Eindruck in Deutschland der, daß diese Verbundenheit sehr fatale Effekte haben kann?
DR. SCHÖNE: Ich glaube, man muß hier die eigentliche Suez-Affäre von dem Versuch der englisch-französischen Lösung der Suez-Affäre trennen. Kalte Füße hat man bei der englisch-französischen Intervention bekommen. Ich meinte aber die Auswirkungen der Suez-Krise auf die gesamte Güterversorgung Europas und auf das volkswirtschaftliche Leben überhaupt.
SPIEGEL: Aber da treten nun tatsächlich auch die beiden Komponenten der europäischen Integration sehr deutlich in Erscheinung. Sicher kann man sich ausrechnen, daß wir uns vielleicht als gemeinsames Europa eine bessere Ölversorgung sichern könnten - zum Beispiel durch gemeinsame Ausnutzung der Öllager in der Sahara.
Aber auf der anderen Seite ist doch auch durch die Suez-Affäre deutlich geworden, daß wir damit in üble kolonialpolitische Maßnahmen hineingezogen werden. Wir haben heute Freunde im Nahen Osten und in Afrika, und zwar ganz einfach deswegen, weil wir keine Kolonialherren sind. Ist es da vernünftig, daß wir unsere Freunde vor den Kopf stoßen - zugunsten einer Sache, die doch ziemlich heikel ist?
DR. SCHÖNE: Ja, wenn man nicht die Antwort so gibt: Vielleicht hätte Frankreich aber eine

andere Suez-Politik getrieben, wenn die Organisation des Gemeinsamen Marktes damals schon bestanden hätte.
SPIEGEL: Sie meinen also, wenn die Integration schon durchgeführt gewesen wäre, wir die Franzosen vor ihrem Suez-Abenteuer gemahnt, gewarnt ...
DR. SCHÖNE: Es wäre, sagen wir mal, ein etwas ruhigerer Trend in die Dinge hineingekommen - aber genau weiß man es natürlich nicht. Die französisch-englische Intervention hat selbstverständlich die Gefahrenquelle dieser Seite ganz klar gezeigt, auf der anderen Seite aber auch deutlich gemacht, daß die abendländischen Volksgemeinschaften in einer Schicksalsgemeinschaft stehen.
SPIEGEL: Nun ja, Schicksalsgemeinschaft. Warum sollten wir aber nicht zum Beispiel mit selbständigen afrikanischen Staaten, die eines Tages vielleicht aus der Französischen Union von heute hervorgehen, auf Grund zweiseitiger Verträge verhandeln. Vielleicht könnten wir dann zum Beispiel unsere Ölzufuhr aus der Sahara sichern, ohne in das kolonialpolitische Spiel Frankreichs eingemischt zu werden.
DR. SCHÖNE: Es wird eine unserer wesentlichsten Aufgaben sein - und das ist in der Diskussion ja auch sehr deutlich gesagt worden -, uns aus der Kolonialpolitik herauszuhalten.
SPIEGEL Ist es nicht hier so ein bißchen "mitgefangen - mitgehangen"? Wenn Sie eine so hohe politische Hypothek in Kauf nehmen, was erwarten Sie dann eigentlich von dem Gemeinsamen Markt?
DR. SCHÖNE: Was wir von dem Gemeinsamen Markt erwarten, ist zunächst erstmal ein größerer Absatzmarkt, der gleichzeitig die Möglichkeiten einer weiteren Spezialisierung in der Produktion bringt. Dadurch ist eine Rationalisierung möglich, und die Rationalisierung bringt wieder die Möglichkeit einer Steigerung der Lebenshaltung. Die Steigerung der Lebenshaltung ist natürlich in einem größeren Markt viel leichter und eher möglich als in einem beschränkten nationalen Markt.
Wenn man zum Beispiel mal als Gradmesser für den Lebenshaltungsstandard den Rohstahlverbrauch je Kopf nimmt dann ergibt sich für die jetzt zusammenzufügenden Länder der europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft folgendes Bild Die Bundesrepublik hat einen Rohstahlverbrauch je Kopf von 456 Kilogramm. Dem steht gegenüber mit der schwächsten Zahl Italien mit 123 Kilogramm. Man sieht also, daß hier innerhalb des Gemeinsamen Marktes noch ein erheblicher Spielraum ist, den es auszufüllen gilt.
SPIEGEL: Interessant wären dazu Vergleichszahlen aus Amerika. Die USA haben mit ihren 170 Millionen Menschen einen Großmarkt ähnlich dem, den die europäische Wirtschafts-Gemeinschaft mit ihren 160 Millionen Menschen bieten würde. Aus amerikanischen Zahlen könnte man also ablesen, was der Gemeinsame Markt für die Erhöhung des Lebensstandards leisten könnte.
DR. SCHÖNE: Die amerikanische Quote für Rohstahl liegt bei 663 Kilogramm.
SPIEGEL: Aha, das ist immerhin ganz eindrucksvoll. Wenn man unterstellt, daß der amerikanische Großmarkt Voraussetzung für eine solche Ausweitung des Stahlkonsums und damit des Lebensstandards ist, dann müßte das in Europa ja ungefähr auch erzielt werden können.
DR. SCHÖNE: Jawohl, wir haben noch einen ganz enormen Spielraum drin, so daß man wohl sagen kann, daß ein Gemeinsamer Markt wirklich eine Steigerung der Lebenshaltung bringen könnte. Instruktiv ist auch die Pkw-Zahl je Einwohner. Ich möchte da mal, um einen Vergleich zu bringen, mit Amerika anfangen. In den Vereinigten Staaten fällt ein Pkw auf 3,1 Einwohner. Die Bundesrepublik wartet mit einer zehnfach niedrigeren Zahl auf. In der Bundesrepublik kommt ein Pkw auf 31 Einwohner.
SPIEGEL: Klar ist, daß ein großer Markt ökonomisch gesehen eine erstrebenswerte Sache ist, insofern nämlich, als eine Produktion auf 160 Millionen Kunden abgestellt werden kann. Da kommen natürlich bessere Kostenmöglichkeiten ins Spiel, als wenn man nur innerhalb eines

kleinen Raumes von etwa 50 Millionen wirtschaftet. Da liegt doch der Kern.
DR. SCHÖNE: Da liegt der Kern. Man darf auch nicht verkennen: Ein größerer Markt bringt - zum Beispiel vom Verbraucher aus gesehen - eine viel größere Palette der Möglichkeiten, nicht?
SPIEGEL: Das dürfte nicht so unbedingt stimmen. Der große Markt verführt ja dazu, Betriebe zu automatisieren - eine Maßnahme, die einerseits nur großen kapitalkräftigen Betrieben möglich ist, die andererseits aber den Großbetrieben einen ungeheuren Rentabilitätsvorsprung vor den nichtautomatisierten Kleinbetrieben geben wird. Die Kleinen werden also eingehen, und mithin wird die Palette eigentlich kleiner.
DR. SCHÖNE: Es wird so sein, Sie werden nicht erleben, daß es auf dem Gebiet der Kleinwagen zum Beispiel nur einen Typ gibt, sondern es wird immer, sagen wir, Volkswagen und Renault geben, vielleicht verschwinden andere Kleinwagentypen. Auch mittlere und schwere Wagen werden Sie stets in mehreren Typen finden!
SPIEGEL: Hier sind wir vielleicht an einem der heikelsten Punkte angekommen. Wenn nämlich der Gemeinsame Markt so funktioniert, wie man es sich erhofft, dann ist doch damit zu rechnen, daß eine Menge von Industriezweigen in Deutschland, in Italien und in Frankreich von der jeweils anderen Konkurrenz, die nun auf Großmarktebene arbeitet, totgeschlagen wird.
DR. SCHÖNE: Sicher bringt natürlich dieser Gemeinsame Markt eine gewisse Bereinigung. Es werden manche Industrien, die an standortungünstigen Plätzen liegen, eingehen, und dafür werden Verstärkungen an anderen Plätzen eintreten.
SPIEGEL: Welche sehen Sie da? Gehen wir mal von den Deutschen aus. Welche Branchen, könnten Sie sich vorstellen, würden bei einem solchen echten Wettbewerb den kürzeren ziehen?
DR. SCHÖNE: Ich sehe bei den Deutschen eigentlich keine.
SPIEGEL Da sind Sie optimistischer, als der CDU-Bundestagsabgeordnete Hellwig im Bundestag war. Der hat beispielsweise den Franzosen bescheinigt, daß sie auf verschiedenen Gebieten sehr gut seien. Er nennt zum Beispiel die Branchen Maschinenbau und Elektronenindustrie; da seien sie weiter als wir.
DR. SCHÖNE: Ja, aber die Ausführungen von Hellwig lassen eins vermissen. Man kann nicht sagen: Maschinenbau. Es gibt immer noch die Ausweichmöglichkeit, sich innerhalb des Maschinenbaus zu spezialisieren.
SPIEGEL: Sie meinen jetzt deutsche Firmen?
DR. SCHÖNE: Alle Firmen. Wenn zum Beispiel auf dem Gebiet des Maschinenbaues eine Firma mit einem großen Ausstoß merkt, daß sie bei bestimmten Baumaschinen oder dergleichen auf zu große Konkurrenz stößt, dann muß sie sich auf diese oder jene Dinge spezialisieren. Das sehe ich gar nicht allzu tragisch an. Es ist in der Bundestagsdebatte auch die Frage der kleineren und mittleren Betriebe angeschnitten worden. Man befürchtete, daß sie in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Ich glaube das nicht, denn die mittleren und kleinen Betriebe basieren doch meist auf einem, sagen wir mal, mehr örtlichen Markt, und den werden sie auch behalten.
SPIEGEL: Wenn Sie nun für keinen deutschen Industriezweig Sorgen vorzubringen haben, so kann man sich aber doch auch von deutscher Seite keineswegs für desinteressiert erklären, wenn zum Beispiel italienische Industriezweige, die zur Zeit florieren und mithin die soziale Sicherheit Italiens gewährleisten, nun durch den Gemeinsamen Markt erschlagen werden. Damit würde ein Faktor politischer und sozialer Unruhe in den Gemeinsamen Markt und in die ganze EWG hineinkommen.
DR. SCHÖNE: Das ist tatsächlich ein heikler Punkt. Man stellt sich eigentlich immer so primitiv vor, daß mit der Freizügigkeit des Kapitals und der Freizügigkeit der Arbeit alle Span-

nungen ausgeglichen werden könnten. Die Süditaliener, so sagt man, sollten einfach auswandern, etwa an die Ruhr, in den Bergbau gehen - und das Problem sei gelöst!
SPIEGEL: Im Endeffekt geht das zwar, aber natürlich nicht ohne soziale Erschütterungen.
DR. SCHÖNE: Ja. Und vor allen Dingen, es spielen ja gerade bei der Freizügigkeit der Arbeit, so viele Imponderabilien (unwägbare Gegebenheiten) mit. Viele Menschen würden es lieber in Kauf nehmen, zu einem niedrigeren Lohn in ihrer Heimat zu arbeiten, als zu einem höheren Lohn woanders hinzugehen.
SPIEGEL: Mendèz-France hat einmal in einer Debatte der französischen Nationalversammlung ein bedenkliches und reales Beispiel angeführt, nämlich die Herstellung der italienischen Einheit im vorigen Jahrhundert.
Die führte dazu, daß in Italien der arme Süden entstand. Nehmen wir an, die französische und die deutsche Autoindustrie automatisiere, gelange dadurch zu wesentlich geringeren Produktionskosten und würde damit die norditalienische Autoindustrie totmachen Wie glaubt man in der Lage zu sein, mit recht geringen Umschulungsfonds und angesichts der wie Sie selber sagen - geringen Wanderlust der Arbeiter, einen solchen doch im Interesse selbst der gesamten EWG schädlichen Effekt aufhalten zu können?
DR. SCHÖNE: Wenn man das einmal unterstellt, daß dann die oberitalienische Automobilfabrikation zum Erliegen kommen würde, dann wäre es weniger das Problem, die dort beschäftigten Menschen nun meinetwegen nach Wolfsburg zu bringen oder nach Renault ...
SPIEGEL: Zumal sie dort wegen der Automatisierung ja auch nicht gebraucht werden würden.
DR. SCHÖNE: ... sondern in den norditalienischen Fabriken etwas anderes als Autos zu produzieren. Darin liegt ja eigentlich der Hauptsinn des Anpassungsfonds und der Investitionsbank des Gemeinsamen Marktes. Diese Institutionen sollen in die strukturellen Veränderungen ein langsames, organisches Tempo hineinbringen. Sie sollen in bedrohten Gebieten planmäßig neue Industrien züchten. Dann erreicht man eigentlich das, was man in einem Gemeinsamen Markt erreichen müßte, nämlich höchste Produktivität an den besten Stellen und gleichzeitig dort, wo die Menschen sitzen.
SPIEGEL: Was Sie eben gesagt haben, das ist so die Vision ...
DR. SCHÖNE: Ja.
SPIEGEL: ... die in den Generalklauseln des Vertragswerkes jetzt formuliert ist. Die steht da als das leuchtende große Ziel, das man erreichen will und dessen Attraktion man sich bei aller Skepsis auch nicht so leicht entziehen kann.
DR. SCHÖNE: Diese Vision wird noch attraktiver, wenn man beispielsweise das Pro-Kopf-Einkommen der Amerikaner, die den großen Markt haben, kennt. Der Amerikaner verdient zur Zeit pro Jahr rund 9.000 Mark, der Deutsche etwa ein Drittel davon.
SPIEGEL: Man sieht: Ein großer Markt kann Wohlstand bringen. Nun ist jedoch die Frage die: Auf der einen Seite steht die große Vision, und die ist in den Präambeln und den großen Generalklauseln dieses Vertrages sehr schön dargestellt. Aber wenn man den Vertrag genauer studiert, hat man den Eindruck, daß der Rest des Vertrages darin besteht, aus der Vision eine Fata Morgana zu machen.
DR. SCHÖNE: Ich gebe Ihnen recht, daß natürlich diese Seite beim Aushandeln des Vertrages sehr stark in den Vordergrund getreten ist, besonders auf Grund des so merkwürdigen "europäischen" Verhaltens von Frankreich. Ich gebe zu, daß es sehr unschöne Flecken auf dem europäischen Gewande des Gemeinsamen Marktes gibt.
Wir dürfen auf der anderen Seite nicht verkennen, daß man in die Institutionen, die der Gemeinsame Markt gibt, eine Dynamik hineinlegen kann, die zu etwas Gutem führen könnte - ich sage bewußt "hineinlegen", da die Dynamik nicht von sich aus enthalten ist! Ich denke insbesondere an die Investitionsbank. Die Investitionsbank ist ja nicht nur dazu da, um Afrika

zu entwickeln, sondern bezweckt, überhaupt unterentwickelte Gebiete zu fördern. Es ist also durchaus möglich, durch eine aktive Gestaltung der Investitionspolitik die Entwicklung trotzdem nach vorn zu bringen, damit diese mehr konservativen Tendenzen doch allmählich zum Abklingen kommen.
SPIEGEL: Ist aber nicht die Investitionsbank im Grunde genommen auch nur ein Notbehelf, und würde es nicht so sein, daß das wirkliche Funktionieren nur bei völliger Freiheit des Devisen- und Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedsländern da wäre?
DR. SCHÖNE: Ja, das ist richtig, aber sehen Sie, die Investitionsbank hat ja durchaus die Möglichkeit, auf Grund der staatlichen Gelder, die ihr zur Verfügung gestellt werden sollen, auch privates Kapital aus den verschiedensten Ländern der Gemeinschaft in bestimmte Zonen oder Distrikte zu dirigieren ...
SPIEGEL: Dann ist also der Dirigismus wieder da.
DR. SCHÖNE: ... Man muß eine Mischung von staatlichem und privatem Kapital vornehmen. Es wird Ihnen niemand sagen, daß Sie Ihre Millionen nun unbedingt in Oberitalien in einer Benzinfabrik anlegen sollen, sondern man wird über die Investitionsbank in bestimmten Gebieten des Gemeinsamen Marktes besonders günstige Möglichkeiten und Aussichten für private Kapitalanlagen schaffen. So etwa, glaube ich, könnte diese Investitionsbank und sollte sie arbeiten. Denn nur dann bekommt natürlich der gleichzeitig arbeitende Anpassungsfonds einen Sinn. Sonst wird der Anpassungsfonds zum Samariterkasten, aus dem sich sehr gut leben läßt, solange was drin ist.
SPIEGEL: Eben, hier taucht doch die Gefahr auf, daß dieser Samariterkasten dauernd geplündert wird. Frankreich hat bei den Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt eine höchst zwielichtige Rolle gespielt. Es hat sich auf der einen Seite fieberhaft um das Zustandekommen des Vertrages bemüht, andererseits aber soviel Wenn und Aber hineinpraktiziert, daß es eigentlich fraglich erscheint, ob nach der 15jährigen Anlaufprozedur dann wirklich der Gemeinsame Markt da sein wird.
Da meldet sich doch der Verdacht, daß es den Franzosen gar nicht um das europäische Einigungswerk geht, sondern daß sie sich die jeweils erwünschten Vorteile herausholen möchten. Ist nicht dafür gerade die jüngste Entwicklung, wir meinen den Einfuhrstopp der Franzosen vor einigen Wochen, ein schlagendes Beispiel?
DR. SCHÖNE: Das könnte auf den ersten Blick so erscheinen. Aber man darf dabei auch nicht übersehen, daß die kürzlich verkündeten wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Kabinetts Bourgès-Maunoury - Kontingentierung der Importe, Erhöhung gewisser Verbrauchssteuern und Verschärfung der Kreditpolitik - auch als Ausgangspunkt eines ehrlichen Sanierungsprogramms gewertet werden können.
SPIEGEL: Ein guter Anfang könnte das sein. Die Frage ist nur, wie lange sich Herr Bourgès-Maunoury hält, und inwieweit er mit seinen Restriktionsmaßnahmen zum Zuge kommt.
DR. SCHÖNE: Es ist zwar so, daß in Frankreich nichts beständiger ist als der Wechsel, da haben Sie recht. Aber man darf doch die Tatsache, daß diese Maßnahmen gerade vor der Verabschiedung der Verträge in Angriff genommen werden, als ein Zeichen ehrlichen Bemühens ansehen.
SPIEGEL: Trotzdem erscheint uns das Taktieren der Franzosen insgesamt recht zwielichtig. Denken Sie zum Beispiel an den Vertragspassus, wonach Frankreich sein gegenwärtiges System der Einfuhrsteuern und Ausfuhrprämien praktisch auf unbegrenzte Zeit aufrecht erhalten darf. Einfuhrsteuern sind ja schließlich nichts anderes als Zölle, die den nationalen Inlandsmarkt gegen ausländische Konkurrenz schützen sollen. Wie man solche Zölle innerhalb des Gemeinsamen Marktes dulden kann, ist schlechterdings unbegreiflich, denn der Gemeinsame Markt ist ja in erster Linie eine Zollunion.
DR. SCHÖNE: Das ist natürlich einer der wundesten Punkte in der ganzen Entwicklung des

Vertrages, das Anerkennen der französischen Privilegien.
SPIEGEL: Geradezu grotesk ist nun die Bestimmung, daß Frankreich dieses System der Einfuhrsteuern und Ausfuhrprämien erst zu beseitigen braucht, wenn seine Zahlungsbilanz einmal ausgeglichen sein sollte.
Seit Jahren ist diese Bilanz passiv, seit Jahrzehnten ist in Frankreich eine mal schleichende, mal galoppierende Inflation im Gange. Nun soll dieser sozusagen traditionelle Prozeß plötzlich wie durch ein Wunder - vielleicht aber durch den Samariterkasten, dessen Gelder aus dem deutschen Wirtschaftswunderland kommen - gestoppt werden?
DR. SCHÖNE: Es wäre sicher möglich gewesen, durch eine rechtzeitige Intervention der verschiedenen Parlamente, auch zum Beispiel des holländischen Parlaments, hier eine, sagen wir mal, europäischere Fassung durchzubekommen. Daß das nicht geschah, bleibt zu beklagen. Immerhin muß man bedenken, daß Frankreich alljährlich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über seine Geldpolitik Bericht erstatten muß.
SPIEGEL: Nun, das ist weiß Gott nicht viel. Das Recht zum Entgegennehmen von Berichten ist doch eine dürftige Machtvollkommenheit, besonders wenn man bedenkt, daß Frankreichs Geldpolitik vor allem unter der Lupe der französischen Nationalversammlung ist. Der Lobby-Apparat des französischen Parlaments ist doch wegen seiner Effektivität berühmt. Man kann sich vorstellen, wie der anfangen würde zu rotieren, wenn etwa von Veränderungen am französischen Wechselkurs die Rede sein würde. Keine französische Regierung würde das überstehen.
DR. SCHÖNE: Das ist einer der wundesten Punkte dieses ganzen Kapitels, und eine Lösungsmöglichkeit zeichnet sich jetzt eigentlich noch nicht ab. Ich bin nicht einer von denen, die unbedingt darauf vertrauen, daß die in dem Vertrag liegende Dynamik so groß ist, daß diese Schwierigkeiten mit der Zeit applaniert (eingeebnet) werden, sondern hier wird man wahrscheinlich in dem supranationalen Parlament und in den nationalen Parlamenten einige Male doch sehr, sehr deutlich sprechen müssen, und ich glaube, wir haben im Montan-Parlament so'n bißchen Erfahrung dazu gesammelt.
SPIEGEL: In Bonn hat man nun im Zusammenhang mit der wieder einmal prekären Wirtschaftslage Frankreichs den Eindruck, daß die Franzosen von uns recht gern Geld - man spricht von einer Milliarde - als Kredit zur Überwindung ihrer Schwierigkeiten erhalten möchten. Sie haben es ja auch durchgedrückt, daß sie im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten unter Umständen sogar mit Beistandskrediten der EWG-Genossen rechnen können. Nun bitten wir Sie, damit sind wir praktisch über den Gemeinsamen Markt auch noch verpflichtet, die Franzosen mit unserem Geld herauszuhauen, wenn sie dank ihrer schlechten und undisziplinierten Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitik in der Bredouille sind.
DR. SCHÖNE: Das ist die eine Seite der Beistandskredite. Solche Kredite brauchen nun aber nicht in jedem Fall verlorene Zuschüsse zu sein, denn man kann solche Beistandshilfen natürlich auch mit Auflagen versehen.
SPIEGEL: Gut, da wird die Sache interessant.
DR. SCHÖNE: Dann kann man die gute Seite dieser Beistandshilfen sehen.
SPIEGEL: Das bedeutet, daß - wenn die Mitglieder des Gemeinsamen Marktes den Franzosen aus einer solchen Patsche helfen - sie ihnen gewisse Auflagen hinsichtlich ihres Haushalts machen können? Und zwar mit der Drohung: Wenn ihr unseren Empfehlungen nicht folgt, bekommt ihr die Hilfe nicht. Sie meinen, das wäre schon recht wirksam?
DR. SCHÖNE: Das ist recht wirksam Es wird sich bei diesen Hilfen nicht um gelegentliche Zurverfügungstellung von Mitteln handeln, sondern es muß sich um recht wirkungsvolle Sanierungsmaßnahmen handeln, und Sanierungsmaßnahmen werden in der Wirtschaft immer nur dann angewandt, wenn man weiß, daß der Patient sich auf den rechten Weg begibt. Ich glaube, daß das - es kommt darauf an, wie die Exekutive arbeitet. Nun werden Sie natürlich

sagen: Die Hauptexekutive des Gemeinsamen Marktes ist der Ministerrat. Ich beklage das. Ich sehe auf der anderen Seite ein, daß man zunächst staatsrechtlich gar nicht anders kann, als mit einem Ministerrat als Hauptexekutive zu arbeiten.
SPIEGEL: Weil die Minister die einzigen sind, die in ihren jeweiligen Ländern etwas durchsetzen können.
DR. SCHÖNE: Weil die EWG ja nur ein Bund von Staaten ist und keine zentrale Staatsgewalt besitzt. Es wird am EWG-Parlament liegen und an der EWG-Kommission, auf dem, sagen wir mal, europäischen Wege zu marschieren und von dort her den Ministerrat sowohl supranational als auch national in die Schere zu nehmen.
SPIEGEL: Was hier zur Debatte steht, ist letzten Endes die Souveränität der einzelnen Länder, und der Gouverneur der holländischen Notenbank hat das dabei in Frage stehende Dilemma einmal sehr hübsch so beschrieben: Die Souveränität eines Landes schließt ihr Recht zur Inflation mit ein. Wenn wir aber nun anfangen, von der europäischen Instanz her nach Frankreich hineinzuregieren, da ruft man zweifellos in Frankreich böse Gefühle wach.
Und da wir, die Deutschen, immer die Sprecher der europäischen Autorität sein werden, wird sich der Widerstand des französischen Parlaments und der französischen Öffentlichkeit gegen solche Direktiven mit nationalen Emotionen anreichern; Mendès-France hat schon in der Nationalversammlung sehr schön auf diesem Klavier gespielt. Da reifen bedenkliche Entwicklungen heran.
DR. SCHÖNE: Ich kann Ihre Bedenken nicht ausräumen, ich will sie auch nicht verkleinern, sie sind da. Es ist eben im Moment keine andere Möglichkeit zu sehen.
SPIEGEL: Wäre es nicht besser gewesen, man hätte den wirtschaftlichen Integrationsprozeß Europas mit einer Währungsunion angefangen? Damit wäre von vornherein die ungesunde französische Geldpolitik unterbunden gewesen.
DR. SCHÖNE: Wenn man sagt: erst Währungsunion und dann Wirtschaftsunion -, da bitte ich folgendes zu bedenken: Wenn Sie eine gut funktionierende Währungsunion haben wollen, dann müssen Sie vorher die Staatsgewalten irgendwie unter einen Hut bringen, Sie müssen also einen Staatenbund oder dergleichen schaffen.
SPIEGEL: Souveränitätsrechte übertragen.
DR. SCHÖNE: Und das ist etwas, was meines Erachtens und auch nach Auffassung der meisten weder jetzt noch in absehbarer Zeit möglich ist.
SPIEGEL: Sie meinen, daß die Franzosen nicht bereit wären, da mitzumachen?
DR. SCHÖNE: Auf keinen Fall. Nun geht der Vertrag über den Gemeinsamen Markt einen sehr interessanten Weg, der auch bei der Bundestagsdebatte nicht so herausgekommen ist, wie er es vielleicht verdient hätte. Er versucht nämlich die monetäre Seite zu vernachlässigen und - nun muß man schon sagen - die güterwirtschaftliche Seite in den Vordergrund zu stellen. Er arbeitet also nach dem Prinzip: je aktiver, je wendiger und je wirkungsvoller meine auf das gemeinsame Ziel ausgerichtete Wirtschaftpolitik ist, um so mehr bringe ich die monetäre Seite zum Austrocknen, zum Abklingen, zum Wirkungsloswerden.
Ein durchaus richtiger Gesichtspunkt, der natürlich voraussetzt, daß man eben auf Jahre hinaus eine gemeinsame, wirklich energische Wirtschaftpolitik treibt. Und das zu versuchen, haben der Ministerrat und die Kommission des Gemeinsamen Marktes durchaus in der Hand. Und dann dürfen Sie nicht vergessen: Im Hintergrund steht doch eigentlich immer etwas: Wenn Sie diesen Vertrag der, wie man sagt, Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft ernsthaft angefangen haben, dann haben Sie die Wirtschaften auf eine Fahrbahn gestellt, von der es eigentlich ein Zurück nachher nicht mehr gibt.
SPIEGEL: Wobei man natürlich ein unheimliches Gefühl hat; denn wenn man so sagt: So, jetzt rein ins Wasser und nun schwimmen - dann kann man natürlich auch absaufen.
DR. SCHÖNE: Richtig. Aber noch stärker als der ökonomische oder der vertragliche Zwang

ist der politische Zwang. Ich sagte vorhin, die Montan-Union ist ein Fakt. Es ist politisch einfach nicht mehr möglich, die Montan-Union heute nach Hause zu schicken. So ähnlich ist es hier auch. Man kann von der einmal festgelegten gemeinsamen Wirtschaftspolitik nicht mehr weg.
SPIEGEL: Aber ist nicht die Gefahr gegeben, daß - während die Deutschen, ständig gelockt von der Vision des Gemeinsamen Marktes, ständig Geld in die gemeinsame Kasse zahlen - die Franzosen nur ständig bestrebt sind, diese Vision zwar zu nutzen, gleichzeitig aber ihre Verwirklichung zu verhindern, so daß letzten Endes nichts anderes entsteht als ein System von Präferenzzöllen, die uns sehr, sehr schädlich sein werden, die unseren ganzen Handel, der ja doch zu zwei Dritteln nach sogenannten dritten Ländern geht, schwer schädigen und vielleicht sogar lebensgefährlich reduzieren können?
DR. SCHÖNE: Ja, das ist eine Gefahr. Ein Gegengewicht könnte wohl nur dadurch geschaffen werden, daß die EWG sich möglichst schnell mit der von England vorgeschlagenen Freihandelszone assoziiert. Frankreich möchte natürlich das Preisniveau des Gemeinsamen Marktes so hoch halten wie seine eigenen Preise jetzt sind. Es möchte dieses Preisniveau durch hohe Zollmauern schützen. Das aber würde sehr erschwert werden, wenn England sich dem Gemeinsamen Markt zur Freihandelszone angliedert.
SPIEGEL: Was passiert aber, wenn ... die Freihandelszone erreicht ist ...
DR. SCHÖNE: Ich glaube, daß - da folge ich, glaube ich, dem Regierungssprecher - England durch die Tatsache des Effektuierens des Gemeinsamen Marktes jetzt zu einer gewissen Eile gezwungen ist ...
SPIEGEL: Mitzumachen.
DR. SCHÖNE: Ja, mitzumachen.
SPIEGEL: Zunächst werden wir also damit rechnen müssen, daß in Deutschland die Zölle und damit für viele Waren die Preise hochgehen. Die Zölle der EWG sollen prinzipiell so berechnet werden, daß man aus den Zöllen der sechs einzelnen Nationalwirtschaften der EWG das arithmetische Mittel berechnet. Das sieht für Bananen zum Beispiel so aus:
Die Bundesrepublik erhebt zur Zeit null Prozent, Italien 36 Prozent. Das arithmetische Mittel ergibt 18 Prozent, also eine erhebliche Verteuerung für den deutschen Käufer. Dazu kommen bestimmte Zölle, die in Brüssel ohne Rücksicht auf die Arithmetik festgesetzt wurden. Bis jetzt zahlen wir für Weintrauben in gewissen Jahreszeiten fünf bis acht Prozent, in der EWG werden wir 18 Prozent zahlen.
DR. SCHÖNE: Rohseide wird von null Prozent auf fünf Prozent steigen. Dampfkraftmaschinen werden statt sechs Prozent dann zwölf Prozent Zoll fordern. Taschenuhren statt acht dann achtzehn Prozent.
SPIEGEL: Zollerhöhungen bedeuten höhere Preise für Waren, die aus dem Ausland kommen. Das wiederum bedeutet, daß - wenn Deutschland erst einmal im Gemeinsamen Markt ist - die Deutschen von den Waren, die aus Nicht-EWG-Ländern kommen, weniger kaufen werden. Die Einfuhren sogenannter "dritter Länder" nach Deutschland werden also sinken. Nehmen wir nun mal das Beispiel mit der Uhr. Wir erheben bisher acht Prozent und müssen jetzt zehn Prozent mehr erheben. Das ist natürlich für die Schweizer Uhren-Industrie ein wesentlicher preislicher Nachteil. Da unsere Handelsbilanz mit der Schweiz aber aktiv ist und die Schweiz auf den höheren Uhrenzoll mit Gegenmaßnahmen antworten könnte, würde das natürlich für manche Industriezweige bei uns recht ärgerlich werden.
DR. SCHÖNE: Nein, das sehe ich nicht dramatisch.
SPIEGEL: Immerhin, in Holland sehen es namhafte Kreise so dramatisch. Da machte der "Telegraaf" (niederländische Tageszeitung) etwa folgende Rechnung auf: 60 Prozent des holländischen Außenhandels geht in sogenannte dritte Länder. Diese guten Kunden muß Holland nun durch Heraufsetzen seiner Zölle verärgern.

DR. SCHÖNE: Daß Holland natürlich in einer noch prekäreren Situation ist als die Bundesrepublik, ist klar, weil es viel weniger Eigenproduktion hat und meistens nur Veredelungsproduktion betreibt. Wahrscheinlich aber macht Holland dann die gleiche Rechnung auf, die wir - die mit der Wiedervereinigung Deutschlands zusammenhängenden Probleme haben wir jetzt bewußt herausgelassen - auch aufgemacht haben: Wenn man alles unter dem Strich ansieht, also auch politisch, dann muß man gleichwohl dazu kommen, ja zum Gemeinsamen Markt zu sagen.
SPIEGEL: Dieser Einwand stimmt einen aber doch recht unfroh. Sie, Herr Dr. Schöne, kommen aus der Wirtschaft, und ausgerechnet Sie, der Wirtschaftler, versteifen sich im wesentlichen auf politische Vorteile. In allen Präambeln steht, daß man von diesen Unternehmungen eine florierende Wirtschaft, einen billigeren Konsum und höheren Lebensstandard erwartet. Und nun sagen ausgerechnet Sie, daß in wirtschaftlicher Hinsicht nicht viel zu erwarten sei - dafür aber politisch.
DR. SCHÖNE: Das ist irgendwie mal angeklungen in der Bundestagsdebatte, ich weiß nicht, ich glaube, sogar Erhard hat es mal gesagt. Das entscheidende Politische - über die im Endergebnis später zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile hinaus - dabei ist, den Ländern vor Augen zu führen, daß sie eine Schicksalsgemeinschaft sind. So ungefähr klingt es da an.
SPIEGEL: Ja, ja, immer wieder die Schicksalsgemeinschaft.
DR. SCHÖNE: Ich glaube, das ist auch das, was man sehen muß. Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, in welcher Situation sich die Ostblockstaaten befinden und welche konzentrierte politische Gewalt vom Ostblock ausstrahlt, dann fragt man sich, ob man sich's leisten kann, das Abendland auseinanderdividiert zu lassen in einzelne souveräne Staaten mit ihren eigenen Schrebergärtchen und ihrem eigenen Kirchturm - politisch wie wirtschaftlich, ob es nicht dann eine lohnende Aufgabe ist, die wirtschaftliche Konsolidierung dieses gesamten Abendlandes so weit zu führen, daß man tatsächlich sagen kann: Es funktioniert.
SPIEGEL: Aber wenn es nicht funktioniert, wenn es wirklich so ist, daß der Vertrag sich selbst im Wege steht? Dann gibt es keine Konsolidierung, sondern einen europäischen Wirrwarr. Der Reparations-Standpunkt der Franzosen schadet ja nicht nur uns, sondern auch ihnen.
DR. SCHÖNE: Das ist der Punkt: Wir tun - man gewinnt diesen Eindruck aus den Vertragsverhandlungen - immer noch so, als müßten wir jede Forderung, die von Italienern oder Franzosen aufgestellt wird, um jeden Preis erfüllen, bloß damit sie weiter mit uns spielen. Es ist diese Selbstentäußerung ...
SPIEGEL: So muß man wohl der deutschen Delegation, die den EWG-Vertrag ausgehandelt hat, den Vorwurf machen, sie habe diesen hohen Preis durch taktische Ungeschicklichkeit verschuldet. Man hätte doch ganz anders mit den Holländern zusammen taktieren können, die auch schwere Bedenken gegen die EWG haben und für sich dabei große Nachteile sehen. Zwar hat man den Holländern zum Beispiel bei der Verhandlung über die von Frankreich geforderten hohen Zollsätze in den Wandelganggesprächen gesagt:
Wir sind ganz eurer Meinung, geht mal ran - aber in den Verhandlungen hat man dann die Holländer praktisch in Stich gelassen. Finden Sie den Preis, den wir jetzt zu zahlen haben, nicht einfach zu hoch?
DR. SCHÖNE: Ich glaube nicht, daß man sagen kann: der Preis ist zu hoch. Ich glaube, das Urteil könnte man erst nach einer Generation fällen. Ich möchte sagen: **Es ist verflucht teuer**.
SPIEGEL: Herr Dr. Schöne, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<

04.08.1957

Polen: Das polnische Außenministerium kritisiert am 4. August 1957 die "Berliner Erklärung" der Westmächte (x125/181): >>... Der herrschende Gedanke der Erklärung ist das Bestreben, die Deutsche Demokratische Republik aufzusaugen und dadurch ganz Deutschland dem Atlantikpakt zuzuführen und dem so vereinigten Deutschland volle Rüstungsfreiheit zu

sichern.
Das muß ernsthaft die Bedrohung Polens und die Einbeziehung einer Reihe von Staaten in die abenteuerliche militaristische Politik deutscher Kreise verstärken. ...<<

13.08.1957

CSR: Nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 13. August 1957 sollen von den 650.000 Madjaren, die vor dem Krieg in der Slowakei lebten, noch 300.000 Madjaren im Land sein (x004/175).

20.08.1957

CSR: Nach einer Pressemeldung des "Münchener Merkur" vom 20. August 1957 sollen sich noch 123 verurteilte Deutsche in tschechischen Gefängnissen befinden. Darunter ist z.B. auch der ehemalige Wehrmachtsgeneral Toussaint (x004/79).

01.09.1957

Ostdeutschland: Der polnische Ministerpräsident Jozef Cyrankiewicz (1911-1989) spricht am 1. September 1957 bei einer Gedenkfeier in Breslau (x125/132): >>... Ein paarmal hat der Kanzler Adenauer erklärt, daß er durch ein zu positives Verhältnis zu Polen nicht unsere Situation gegenüber der Sowjetunion erschweren wolle.
Wir schätzen diese Sorge auf das vollste und wir verstehen diese Sorge. Aber wir verstehen sie so, wie sie jeder politisch denkende Mensch verstehen muß: in der genauen Umkehrung.
Das Ziel dieser Erklärungen war natürlich nur der Versuch, zwischen Polen und der Sowjetunion Mißtrauen zu säen, ein Versuch, der zwar in der Gesamtkonzeption der Politik der Bundesrepublik gegenüber Polen verständlich ist.
Wir können aber Herrn Adenauer versichern, daß - unabhängig von seiner Sorge und trotz seiner Deklaration - unsere Beziehungen zur Sowjetunion sich günstig gestalten und sich auf stärkere Grundlagen als jemals stützen. ...<<

15.09.1957

BRD: Bei der 3. Bundestagswahl am 15. September 1957 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 50,2 %, SPD = 31,8 %, FDP = 7,7 %, BHE = 4,6 %, DP = 3,4 %, Sonstige = 2,3 % (die KPD ist seit 1956 verboten).<<

16.09.1957

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung erkennt am 16. September 1957 die Oder-Neiße-Linie an (x155/58): >>... Sie betrachte die bestehende Oder-Neiße-Linie ... als endgültige polnisch-deutsche Grenze.<<

21.09.1957

Südamerika: Während der Fahrt von Buenos Aires nach Hamburg gerät das 1905 gebaute Segelschulschiff "Pamir" am 21. September 1957 südwestlich der Azoren in einen schweren Sturm. Als sich der Großsegler nach schweren Sturmböen plötzlich auf die Seite legt, verrutscht die Schiffsladung (Gerste) unaufhaltsam nach Backbord, so daß die "Pamir" kentert und sinkt.
Von den 86 deutschen Besatzungsmitgliedern des Viermasters (darunter sind 51 Schiffsoffiziere der Handelsmarine) können nur 6 Seeleute gerettet werden (x175/519).

03.10.1957

BRD: Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert am 3. Oktober 1957 Adenauers Rede (vom 22.09.1957) im nordamerikanischen CBS-Fernsehsender (x155/59-60): >>... "Unter Recht auf Heimat verstehe ich, daß die Leute in das Land, aus dem sie vertrieben sind, zurückkehren können."
Es ist dabei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, daß damit die Rückkehr unter eine fremde Staatshoheit verstanden werden muß.
Der Bundeskanzler hat weiter die Einordnung in eine höhere wirtschaftliche Ordnung gefordert und dabei auf die Montan-Union und den gemeinsamen Markt hingewiesen. Er hat weder

politische noch staatsrechtliche oder völkerrechtliche Ansprüche geltend gemacht, auch das Selbstbestimmungsrecht nicht erwähnt und ausdrücklich erklärt:
"Ich habe immer das Recht auf die Heimat betont, auf den Platz, wo man geboren wurde. Ich habe niemals gesagt, was darüber hinausgeht." ...
Der Bundeskanzler hat dem Begriff "Recht auf die Heimat" eine Auslegung gegeben, die es zu einem reinen Aufenthaltsrecht degradiert. ...
Es trifft nicht zu, daß Herr Dr. Adenauer niemals mehr als dieses Recht auf die Heimat gefordert hat. Schon in der Neujahrsbotschaft 1946/47 hat er die Erklärung abgeben:
"Kein christlich-demokratischer Staatsmann wird jemals die Oder-Neiße-Grenze anerkennen." ...
Der deutsche Bundesaußenminister hat in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers am 28. Juni 1956 vor dem Deutschen Bundestag erklärt:
"Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden." ...<<

15.10.1957

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung erkennt am 15. Oktober 1957 die DDR an (Aufnahme diplomatischer Beziehungen).

19.10.1957

BRD: Nach Anerkennung der DDR durch Jugoslawien und Aufnahme von diplomatischen Beziehungen bricht die Bundesrepublik Deutschland am 19. Oktober 1957 ihre politischen Verbindungen mit Jugoslawien ab (x006/625).

21.10.1957

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt während einer Rede am 21. Oktober 1957 (x125/182): >>Die Westgebiete sind für Polen eine Frage um Leben und Tod, und jeder Pole weiß das! ...<<

24.10.1957

BRD: BGH-Präsident Hermann Weinkauff (1894-1981) erklärt am 24. Oktober 1957 während einer Gedenkansprache für die von der sowjetischen Geheimpolizei verhafteten Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft (x026/94-95): >>Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 wurde Leipzig der Sitz des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft am Reichsgericht, zunächst von amerikanischen Truppen besetzt. Diese zogen nach etwa 2 Monaten wieder ab, und russische Truppen rückten ein.
Einige Wochen danach wurden schlagartig an einem Tage etwa 35 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft von der russischen Geheimpolizei verhaftet und zunächst in die Gefängnisse, später in das Lager Mühlberg an der Elbe gebracht. ... Später folgten noch einige Verhaftungen, so daß schließlich 38 oder 39 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft im Lager Mühlberg saßen. ...
Von den 38 Verhafteten starben 34 in der Gefangenschaft, und zwar ganz überwiegend schon im ersten oder im zweiten Jahre. Einige wenige kamen später in das Lager Buchenwald und wurden dann bis auf einen in den berüchtigten Waldheimer Prozessen unter nichtigen Vorwänden zu durchschnittlich 25 Jahren Zuchthaus verurteilt und später nach etwa einem Jahrzehnt im "Gnadenweg" entlassen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, starb einer der Entlassenen auf besonders tragische Weise noch auf der Rückfahrt in seine Heimat.
Von den 38 Verhafteten haben also nur 3 die mörderische Haft überlebt. 2 von ihnen sind heute unter uns. Ebenso sind einige Frauen und Kinder der Verstorbenen hier.
Warum starben alle diese Männer so rasch und so unaufhaltsam? ...

Sie wurden unmenschlich behandelt, sie waren so unmenschlich untergebracht und ernährt und sie wurden zu so unmenschlichen Arbeitsleistungen gezwungen, daß jeder, der nicht ganz außergewöhnliche Kraftreserven, körperliche und seelische besaß, diesem furchtbaren Regime rasch erliegen mußte.
Sie sollten ihm erliegen und sie sind ihm erlegen. Die größte Schuld trägt der kommunistische deutsche Lagerleiter, der von einem infernalischen Haß gegen das Reichsgericht beseelt war und der ständig öffentlich verkündete, alle Reichsgerichtsräte müßten verrecken.
Ein Wort noch über die Behandlung der Frauen und der Familien der Verhafteten. Niemals erhielten die Frauen die geringste Nachricht, wo man ihre Männer hingebracht habe und was mit ihnen geworden sei. ... Auch von dem Tod ihrer Gatten erhielten die Frauen niemals Nachricht. Sehr viele Frauen hofften immer noch auf die Rückkehr ihrer Männer, die sie völlig schuldlos wußten, während diese schon längst schmachvoll irgendwo in dem Lager verscharrt waren. ...
Warum rühren wir heute wieder an diese Dinge? Warum enthüllen wir heute im Bundesgerichtshof diese schlichte Gedenktafel, die das Andenken an die Opfer eines mörderischen Regimes wachhalten soll?
Gewiß kann man sagen: Hier wurden die namenlosen Greuel des nationalsozialistischen Regimes mit ebenso namenlosen Gegengreueln beantwortet, die mit den NS-Greueln auch das gemeinsam hatten, daß sie ebenso blind, fühllos und rechtlos zuschlugen wie jene.
Aber einmal muß ja dieser tödliche Zirkel von Greueln und Gegengreueln durchbrochen werden, und einmal muß der rettende Absprung gefunden werden. Einmal müssen die Wahrheit und das Recht wieder siegen, und sei es auch nur in den Herzen der Menschen.
Es geziemt sich gerade für die Männer des Rechtes, im Bekenntnis zu diesem Glauben der unschuldigen Opfer und der Märtyrer des Unrechtes zu gedenken, die stellvertretend für uns gelitten haben, ihr Andenken zu ehren und sich vor ihrem Schicksal in Ehrfurcht zu neigen. ...<<

27.10.1957

BRD: In Bonn billigen die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründen am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.
Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.
Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...
Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.
Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkauft werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<

29.10.1957

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 29. Oktober 1957 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen: >>**"DREIGETEILT - NIEMALS"**

Vertriebene fordern Recht auf Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BvD) und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt ("dreigeteilt – niemals").

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...

Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen.

Anfängliche Befürchtungen, die soziale Not der Vertriebenen und Flüchtlinge werde jahrzehntelang andauern und vor allem die von ihnen bewohnten Lager würden sich zum Herd eines gefährlichen politischen Radikalismus entwickeln können, bewahrheiteten sich nicht.

In zunehmendem Maße leben sich die Bürger ein. Die Gründung eigener Städte und Ortschaften, wie Ennepetal-Milspe und Espelkamp in Nordrhein-Westfalen oder Neu Gablonz in Bayern, bleiben die Ausnahme. Die Integration der Vertriebenen stellt eine der ganz großen Aufbauleistungen der frühen Bundesrepublik dar.<<

04.11.1957

DDR: Die zuständigen SED-Behörden beschließen am 4. November 1957, durch verstärkte Agitation und administrativen Druck alle Jugendlichen für die Jugendweihe zu gewinnen.

16.11.1957

DDR: Die Demarkationslinie wird seit dem 16. November 1957 amtlich als "Staatsgrenze West" bezeichnet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Demarkationslinie" (x009/90-92): >>Die Trennung zwischen der SBZ und der Bundesrepublik verläuft von der Lübecker Bucht nach Süden bis an die Elbe, schließt Mecklenburg, die ehemalige preußische Provinz Sachsen sowie Thüringen ein und trifft ostwärts von Hof auf die tschechoslowakische Grenze.

Diese Linie ist keine Grenze, sondern eine Demarkationslinie. ... Die Demarkationslinie ist 1.381 km lang. Seit 1952 befindet sich außer Wachttürmen und elektrisch geladenem Stacheldraht auf der sowjetzonalen Seite der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.

Auch die derzeitige Grenzlinie zwischen der SBZ und Polen (Oder-Neiße-Linie) ist nach dem Potsdamer Abkommen nur eine Demarkationslinie, nicht aber eine Staatsgrenze.

Auf der Demarkationslinie duldet die Regierung der SBZ nur wenige Übergänge (Kontrollpunkte), die nicht als Grenzübergänge bezeichnet werden dürfen. Es sind die folgenden Übergänge auf der Interzonen-Demarkationslinie (auf der Seite der Bundesrepublik):

1. Lübeck-Schlutup (Straße),
2. Lübeck (Bahn),
3. Büchen, südlich von Lübeck (Bahn),
4. Lauenburg/Elbe in Holstein (Straße),
5. Hohnstorf, Bezirk Lüneburg (Elbe),
6. Schnackenburg, Bezirk Lüneburg (Elbe),

7. Rühen, nordwestlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Mittellandkanal),
8. Vorsfelde, östlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Bahn),
9. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Autobahn),
10. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Bahn),
11. Walkenried, südlich von Goslar, Bezirk Braunschweig (Bahn),
12. Herleshausen/Werra, Bezirk Kassel (Autobahn),
13. Hönebach, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
14. Widdershausen, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
15. Philippstal, südöstlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
16. Ludwigstadt, Bezirk Oberfranken (Bahn),
17. Töpen, Bezirk Oberfranken (Autobahn),
18. Hof, Bezirk Oberfranken (Bahn). ...<<

28.11.1957

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt am 28. November 1957 in einer Rede vor dem polnischen Zentralen Parteiaktiv (x125/132-133): >>... Der Staat und die Partei werden immer die Unantastbarkeit und Souveränität Polens schützen, eine Politik der Einheit Polens mit den sozialistischen Ländern führen, eine Politik der Verstärkung der Verbundenheit zwischen den Staaten des sozialistischen Lagers.

Mit einer solchen Propaganda, die die Interessen Polens verletzt, sind die Politiker und Presseorgane der Bundesrepublik Deutschland hervorgetreten, als sie die Frage diplomatischer Beziehungen zu Polen berührt haben.

Sie gingen oder gehen noch weiter von der Voraussetzung aus, daß solche Beziehungen für die deutsche Bundesrepublik nur insoweit von Vorteil sein könnten, wie sie dazu beitragen würden, die Bande zu lockern, die Polen mit dem Block der sozialistischen Staaten und besonders mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion verbinden.

Darauf beruht der wirkliche Sinn ihres Geschwätzes über ein "freies Polen" mit dem – nach dieser Propaganda – die deutsche Bundesrepublik ohne Schwierigkeiten alle Streitfragen lösen könnte.

Es ist nicht ganz klar, was bei solcher Propaganda bemerkenswerter ist – ob die naive Rechnung auf den Mangel am politischen Verstand der Polen oder einfach die Unverschämtheit.

Wie ein solches "freies Polen" in der Isolierung und der Unterstützung durch deutsche und andere Militaristen aussehen würde – darüber braucht man wohl kaum zu sprechen, wir wissen das aus der Praxis des letzten Weltkrieges.

Wir sind der Ansicht, daß sowohl für das polnische Volk wie auch für das ganze deutsche Volk die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der deutschen Bundesrepublik nur dann von Nutzen ist, wenn diese Beziehungen den Interessen des Friedens dienen und zur Entspannung der Situation in Europa und der Welt beitragen.<<

11.12.1957

DDR: Gemäß Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 wird der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der DDR" gesetzlich festgelegt.

Durch das Gesetz zur Abänderung des Paßgesetzes vom 11. Dezember 1957 verbietet die Volkskammer das Verlassen der DDR ohne Erlaubnis (auch die Reise in das Bundesgebiet und nach West-Berlin).

Das Paßänderungsgesetz sieht für "Republikflucht" Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren vor.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Paßwesen" in der SBZ (x009/322-323): >>... Für jeden Grenzübertritt von oder nach dem Ausland wird ein Paß mit eingetragenem Visum benötigt. (Das gilt nicht für den innerdeutschen Reiseverkehr, Interzonenverkehr).

Bewohner der SBZ erhalten einen Paß stets nur für eine bestimmte Reise gegen Abgabe des Personalausweises. Nach Rückkehr muß der Paß binnen 3 Tagen nach dem Grenzübertritt bei dem für den Wohnsitz zuständigen Volkspolizeikreisamt wieder abgegeben werden.
Wer ohne die erforderliche Genehmigung das Gebiet der SBZ verläßt oder betritt oder wer die ihm vorgeschriebenen Reiseziele, Reisewege oder Reisefristen nicht einhält oder für sich oder einen anderen durch Angaben eine Reisegenehmigung erschleicht, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft. Auch Vorbereitung und Versuch sind strafbar.
Seit dem Erlaß des Paßänderungsgesetzes vom 11.12.1957 gelten diese Strafbestimmungen auch im innerdeutschen Reiseverkehr. Sie haben hier und bei der Bestrafung der Republikflucht erst besondere Bedeutung erlangt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Interzonenverkehr" (x009/192-193): >>a) Personenverkehr. Nach der Kapitulation mußten laut Beschluß des Kontrollrats alle Personen, die aus einer Besatzungszone in eine andere reisen wollten, einen durch die Besatzungsmacht ausgestellten Interzonenpaß besitzen.
Während mit der Vereinigung der westlichen Besatzungszonen der Interzonenpaß dort wegfiel, wurde der Interzonenverkehr mit der SBZ, vornehmlich seit der Währungsreform und der Berliner Blockade erheblich erschwert.
Besucher aus der Bundesrepublik benötigten zusätzlich eine Aufenthaltsgenehmigung der sowjetzonalen Behörden, die von den in der SBZ wohnenden Angehörigen oder Freunden beantragt werden muß. Auch Reisende zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik benötigen auf Grund von Viermächteabmachungen in beiden Richtungen einen Interzonenpaß.
Bis zum Juni 1953 wurden in der SBZ Interzonenpässe nur in Ausnahmefällen ausgegeben. Seit der Verkündung des "Neuen Kurses" entfaltete sich der reguläre Interzonenverkehr zu beträchtlichem Ausmaß.
Der Interzonenpaßzwang wurde durch die Westmächte am 16.11.1953 aufgehoben. Die SBZ schloß sich diesem Schritt an mit der Einschränkung, daß bei Einreisen in die SBZ weiterhin eine Aufenthaltsgenehmigung erforderlich war, während Ausreisende für die Dauer ihrer Reise ihren Personalausweis gegen eine polizeiliche Personalbescheinigung umtauschen mußten.. ...
In den Jahren 1954 bis 1957 blieb ein beträchtlicher und von Jahr zu Jahr zunehmender Teil der im Interzonenverkehr Eingereisten in der Bundesrepublik ...
Im Sommer 1957 steigerte die SED ihre Bemühungen, den Reiseverkehr in die Bundesrepublik einzudämmen, bis zu direkten Verboten von Westreisen für bestimmte Personengruppen (Studenten, Oberschüler, Angehörige von Staatsjugendorganisationen usw.). Ende 1957 wurde diese Maßnahme noch verschärft.
Bis dahin waren nur Auslandsreisen ohne Genehmigung strafbar, ... wenn die Antragsteller Verwandte in der Bundesrepublik Deutschland hatten, die ohne polizeiliche Abmeldung die Zone verlassen hatten, wurde die Ausreisegenehmigung versagt. Außerdem mußten Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Betriebe, in denen die Antragsteller tätig waren, vorgelegt werden. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen der Bürgermeister und ein weiterer Bewohner die Bürgschaft für die rechtzeitige Rückkehr des Antragstellers in die DDR übernehmen mußten. ...
Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin ist an sich im Potsdamer Abkommen geregelt. Nur die Interzonenzüge, die zugelassenen Autobahnen und die kontrollierten Luftkorridore dürfen benutzt werden. Im allgemeinen wickelte sich der Verkehr ohne Reibungen ab, doch kamen immer wieder Behinderungen und Schikanen durch die sowjetzonalen Organe an den Grenzübergangsstellen vor.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Republikflucht" (x009/368-369): >>... "Wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der DDR verläßt, ...

wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Vorbereitung und Versuch sind strafbar."
Mit dieser gesetzlichen Neuregelung wurde das in der Verfassung garantierte Grundrecht der Freizügigkeit und das Recht auf Auswanderung endgültig beseitigt. Im Gegensatz zum bisherigen Zustand kann jetzt schon jede tatsächliche oder vermeintliche Vorbereitungshandlung zum Verlassen der SBZ wie das vollendete Delikt der Republikflucht mit Gefängnis bis zu 3 Jahren geahndet werden.
Der "Republikflüchtling" verliert praktisch sein in der SBZ zurückgelassenes Vermögen. Personen, die Bürger der "DDR" zum Verlassen der Zone bewegen, werden wegen Abwerbung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rückkehrer" in die SBZ (x009/372-373): >>Von den zahlreichen Flüchtlingen kehren manche nach einiger Zeit aus familiären oder aus wirtschaftlichen Gründen in die SBZ zurück.
Auch abenteuerlustige Jugendliche und asoziale Menschen, die häufig zwischen Ost und West hin- und herwandern, sind darunter.
Die Zahl der Rückkehrer kann nicht genau ermittelt werden, da viele ohne behördliche Abmeldung das Bundesgebiet verlassen. ... Amtliche Stellen in der Bundesrepublik schätzen, daß von 100 Flüchtlingen höchstens 10 in die SBZ zurückkehren. Viele der Rückkehrer flüchten später erneut nach dem Westen, vielfach schon bald nach der Rückkehr wegen der eingehenden politischen Durchleuchtung. Der Staatssicherheitsdienst bemüht sich, die unter einem gewissen Druck wegen der früheren Republikflucht stehenden Rückkehrer zu Spitzeldiensten zu nötigen.
Die SED hat sich stets bemüht, Flüchtlinge zur Rückkehr und Bürger der Bundesrepublik zur Übersiedlung in die SBZ (Umsiedler) zu veranlassen, um die negativen Auswirkungen der Massenflucht aus der SBZ abzuschwächen und den Eindruck einer Fluchtbewegung aus der Bundesrepublik in die SBZ zu erwecken. Die Machthaber der SBZ haben deshalb schon 1953 nach Verkündung des "Neuen Kurses" den Flüchtlingen versprochen, daß ihnen bei freiwilliger Rückkehr keine Nachteile wegen ihrer Flucht erwachsen würden.
Durch das Paßänderungsgesetz vom 11.12.1957, das die Republikflucht ausdrücklich mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bedrohte, wurden diese Bemühungen gestört. Da den Flüchtling jetzt mit Sicherheit ein Strafverfahren erwartete, ging die Zahl der Rückkehrer ... merklich zurück. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Umsiedler" (x009/447): >>Ursprünglich Bezeichnung der Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten.
Umsiedler werden heute Personen genannt, die aus Westdeutschland in die SBZ übersiedeln. Während jede Verleitung zur Republikflucht in der SBZ als Staatsverbrechen bestraft wird, bemüht sich die SED, Bürger der Bundesrepublik zur Übersiedlung in die SBZ zu veranlassen. Mit großem propagandistischem Aufwand soll der negative Eindruck der Massenflucht aus der SBZ verwischt und der Anschein einer Fluchtbewegung aus dem Westen in die Zone erweckt werden.
Die in der SBZ veröffentlichten Zahlen der Umsiedler entbehren ebenso wie der der Rückkehrer jede Grundlage. Soweit nicht familiäre Gründe vorliegen, handelt es sich bei der Mehrzahl der Umsiedler um gescheiterte Existenzen, die sich häufig gerichtlichen Verfahren entziehen wollen.
Mitgliedern der ehemaligen KPD, die ohne dringenden Grund in die SBZ übersiedeln wollen, wird grundsätzlich die Einreise in die SBZ verweigert. Sie sollen in der Bundesrepublik bleiben und dort die politischen Ziele der SED unterstützen.
Die Umsiedler werden zunächst in Umsiedler-Lager eingewiesen. Hier werden sie eingehend

vom Staatssicherheitsdienst politisch durchleuchtet, der häufig diese Gelegenheit benutzt, solche Umsiedler, die wegen krimineller Delikte die Bundesrepublik verlassen haben, zu Spitzeldiensten zu verpflichten. Unzuverlässig erscheinende oder kriminelle Umsiedler werden manchmal wieder in die Bundesrepublik abgeschoben. ...
Nach einer Anweisung des Justizministeriums dürfen Umsiedler für Schulden aus Teilzahlungsgeschäften, die sie vor ihrer Übersiedlung im Westen abgeschlossen haben, grundsätzlich nicht in Anspruch genommen werden.
Die Zwangsvollstreckung aus westdeutschen Schuldtiteln wird grundsätzlich nicht genehmigt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gesellschaftsgefährlichkeit" in der SBZ (x009/154-155): >>Schon Fechner hatte ausgeführt, daß eine Handlung oder Unterlassung immer dann mit Strafe zu ahnden sei, wenn sie das "Element der Gesellschaftsgefährlichkeit" enthalte, daß aber eine Bestrafung trotz Erfüllung eines strafrechtlichen Tatbestandes nicht erforderlich sei, wenn dieses Element fehle.
Hilde Benjamin brachte dies noch schärfer zum Ausdruck ("Neue Justiz" 1954, S. 453 ff.) und berief sich dabei auf den "materiellen Verbrechensbegriff" in dem Art. 8 des Strafkodex der RSFSR.
Das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 führt entsprechend diesen Meinungsäußerungen führender Justizfunktionäre und nach dem sowjetischen Vorbild den materiellen Verbrechensbegriff" in das Strafrecht ein. Nach § 8 des Gesetzes liegt eine Straftat nicht vor, "wenn die Handlung zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Tatbestandes entspricht, aber wegen ihrer Geringfügigkeit und mangels schädlicher Folgen für die DDR, den sozialistischen Aufbau, die Interessen des werktätigen Volkes sowie des einzelnen Bürgers nicht gefährlich ist".
§ 9 bestimmt, daß Bestrafung unterbleibt, "wenn zur Zeit der Durchführung des Strafverfahrens die Tat nicht mehr als gesellschaftsgefährlich anzusehen ist, oder wenn nach der Tat im gesamten Verhalten des Täters eine grundlegende Wandlung eingetreten ist, die erwarten läßt, daß er die sozialistische Gesetzlichkeit achten wird".
Körperverletzung gegenüber einem "Provokateur" ist "mangels schädlicher Folgen für die DDR, den sozialistischen Aufbau und die Interessen der Werktätigen" keine strafbare Handlung (Oberstes Gericht in "Neue Justiz" 1960, S. 68).<<

25.12.1957

DDR: Anstatt der kirchlichen Taufe wird am 25. Dezember 1957 erstmalig die staatliche "Namensweihe" (auch sozialistische Namensgebung) durchgeführt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Namensweihe" in der SBZ (x009/301): >>Am ersten Weihnachtstag 1957 wurden in Altenburg 3 Kinder vom Beauftragten für Personenstandswesen durch einen festlichen Akt "in die sozialistische Gemeinschaft aufgenommen".
Nach diesem Vorbild und mit Vorschlägen für eine atheistische "Liturgie" sucht die SED die Taufe durch einen pseudosakralen Staatsakt, die Namensweihe (früher als "sozialistische Namensgebung" bezeichnet), zu verdrängen; die Eltern leisten dabei ein "sozialistisches Gelöbnis"; häufig dient ein Sparkassenbuch für das Kind als Lockmittel. Der Vollzug der Namensweihe wird in das Familienstammbuch eingetragen.<<

1957

DDR: Im Jahre 1957 fliehen 261.622 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.
BRD: Dr. Anton Reithinger kritisiert in seinem Buch "Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand" im Jahre 1957 die Mängel des Lastenausgleichgesetzes (x024/243-244): >>Die Gesamtziffer der Einnahmen aus dem Lastenausgleich zeigt deutlicher als Einzelbeispiele den wahren Charakter dieses Gesetzes.

Die Summe der Einnahmen aus dem Lastenausgleich betrug in den letzten Jahren 2 bis 2,5 Milliarden DM, d.h. weniger als das Aufkommen aus der Tabaksteuer oder knapp ein Viertel der aus dem Masseneinkommen gespeisten Verbrauchssteuern und Zölle ...
Das Aufkommen aus dieser "Vermögensabgabe" ist dadurch zu einer Bagatelle geworden und muß durch jährliche Zuschüsse aus allgemeinen Steuermitteln aufgefüllt werden, die weitgehend aus dem Einkommen der Nichtvermögensbesitzer stammen. Die Geschädigten zahlen so den Lastenausgleich unter sich aus ihrem laufenden Einkommen.
Dieser sogenannte Lastenausgleich, der den durch die Währungsreform zunächst allein geschädigten Besitzern von Geld und Geldforderungen die Sachwertbesitzer gleichstellen sollte, ist damit eine reine Farce geworden. ...<<
UdSSR: Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung erklärt im Jahre 1957 während einer Moskauer Geheimkonferenz aller Kommunistische Parteien (x299/177): >>... Kann man denn voraussehen, wieviel Menschenopfer ein künftiger Krieg fordern würde?
Möglicherweise wird es ein Drittel von den 2,7 Milliarden Erdbewohnern sein, also nur 900 Millionen Menschen. ...
Falls die Hälfte der Menschheit vernichtet wird, bliebe ja noch eine Hälfte übrig, dafür aber werde der Imperialismus vollständig vernichtet, und es werde in der ganzen Welt nur den Sozialismus geben, in einem halben oder ganzen Jahrhundert aber werde die Bevölkerung wieder Zuwachs haben, sogar mehr als um die Hälfte.<<
USA: Ein Journalist aus den Südstaaten kritisiert im Jahre 1957 die Entscheidung des Obersten Bundesgerichts der Vereinigten Staaten von Amerika (aus dem Jahr 1954), im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/102): >>Dies ist ein Gesetz: Weiß und Schwarz können nicht als Gleiche in irgendeine Beziehung zueinander treten, die intim, persönlich und von Dauer ist. ...
Die Schulen der Südstaaten integrieren zu wollen, heißt eine Beziehung zu verlangen, die die sittlichen Normen des Volkes verbieten; und es heißt das Risiko einzugehen, daß in 20 oder 30 Jahren eine weitgehende rassische Vermischung und eine Entartung der Gesellschaft als Ganzes eintritt. ...<<

1958

> Tätigkeit bringt vielleicht nicht immer Glück; aber es gibt auch kein Glück ohne Tätigkeit.
> *Benjamin Disraeli (1804-1881, englischer Politiker und Schriftsteller)*

01.01.1958
Belgien: Die EWG- und Euratom-Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft.
Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

22.01.1958
UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärt am 22. Januar 1958 in Minsk (x299/166): >>... Es muß der Status quo (die derzeitige Grenzziehung) anerkannt werden, muß anerkannt werden, daß es in der Welt zwei Systeme von Staaten gibt – das kapitalistische und das sozialistische System -, es muß das Prinzip der friedlichen Koexistenz anerkannt werden, und man darf sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen.<<

23.01.1958
DDR: Die SED und die Zentralleitung der Jungen Pioniere beschließen am 23. Januar 1958, eine sozialistische Massenorganisation für Kinder zu bilden.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (x009/203): >>Am 23.1.1958 beschloß diese Zentrale, die Jungen Pioniere mit Hilfe der SED "zur sozialistischen Massenorganisation der Kinder in der DDR zu

entwickeln". Die Jungen Pioniere sollen die "sozialistische Schule" unterstützen, die Jugendweihe fördern, dem "sozialistischen Aufbau" dienen.
Die FDJ bleibt verantwortlich für die Jungen Pioniere und unterstützt sie, doch überwiegt der Einfluß der SED. Die Jungen Pioniere haben Gruppen der Jungpioniere (6-10 Jahre) und Thälmann-Pioniere (10-14 Jahre).
Seit Juni 1961 werden Junge Pioniere auch zum Fallschirmsport herangezogen. In Droyßig (Kreis Zeitz) besteht seit 1958 die Zentralschule der Jungen Pioniere. Vorsitzender der Jungen Pioniere ist der Altkommunist Robert Lehmann (SED); die 40 Mitglieder der Zentralleitung sind meist Angehörige des ZK der SED und Funktionäre der FDJ. Im Mai 1961 soll die Zahl der Jungen Pioniere 1,66 Millionen betragen haben.<<

BRD: SPD und FDP beantragen am 23. Januar 1958 im Bundestag, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

Januar 1958

DDR: Die SED-Führung ordnet Anfang 1958 an, daß Mannschaften der Kampfgruppen, die über 55 Jahre alt sind, nur noch an örtlichen Einsätzen teilnehmen sollen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/209): >>... Seit Anfang 1958 bilden die über 55 Jahre alten Mannschaften der Kampfgruppen eine Kampfgruppen-Reserve, nur für örtliche Einsätze bestimmt. –
Wie bei allen "Bewaffneten Organen der SBZ" und bei der GST findet eine sorgfältige Politschulung statt. Seit 1957 tragen die Kampfgruppen graue zweiteilige Uniformen nach Art der NVA. –
Der Eid der Kampfgruppen lautet:
"Ich bin bereit, als Kämpfer die Weisungen der Partei zu erfüllen, die DDR, ihre sozialistischen Errungenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und mein Leben für sie einzusetzen. Das gelobe ich."
... Die politische Leitung der Kampfgruppen liegt bei der Abteilung Sicherheit des ZK der SED. - An größeren Übungen der Kampfgruppen nehmen oft Einheiten der Vopo und GST teil, ferner der Bereitschaftspolizei und der NVA. Die Kampfgruppen sind eine Miliztruppe, deren Kampfwert nicht unterschätzt werden darf. Stärke: rund 320.000, davon einsatzfähig: 150.000. ...<<

01.02.1958

DDR: Am 1. Februar 1958 tritt das Strafrechtsergänzungsgesetz in Kraft.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Militärstrafrecht" in der SBZ (x009/292): >>Bis zum 31.1.1958 wurden Volkspolizisten oder Angehörige der Nationalen Volksarmee wegen aller strafbaren Handlungen einschließlich der rein militärischen Delikte durch die Militärstaatsanwaltschaft nach den allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen angeklagt, wobei oft der Art. 6 der Verfassung (Boykotthetze) herangezogen wurde.
Mit Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes am 1.2.1958 hat die SBZ ein materielles Militärstrafrecht erhalten. Der dritte Teil dieses Gesetzes stellt "Verbrechen gegen die militärische Disziplin" unter Strafe.
Als Tatbestände wurden geschaffen: Fahnenflucht (Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), unerlaubte Entfernung von mehr als 48 Stunden (Gefängnis bis zu 6 Monaten; bei Entfernung von mehr als 6 Tagen, Gefängnis bis zu 2 Jahren), Befehlsverweigerung (Gefängnis bis zu 5 Jahren), in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Angriff auf Vorgesetzte (Gefängnis bis zu 5 Jahren, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu 15 Jahren), Mißbrauch der Dienstbefugnisse (Gefängnis bis zu 5 Jahren), Verletzung des Dienstgeheimnisses (Gefängnis bis zu 5 Jahren).
Für die Befehlsverweigerung gilt eine Ausnahme: "Wer einen Befehl nicht befolgt, dessen

Ausführung gegen die Strafgesetze oder gegen das Völkerrecht verstoßen oder die im Arbeiter- und Bauernstaat geltende Achtung des Menschen verletzen würde, bleibt straffrei."
Eine besondere Verfahrensordnung für die Verhandlung gegen die Angehörigen der bewaffneten Kräfte gibt es nicht. Die Strafverfahren wegen dieser Delikte werden vor den ordentlichen Gerichten unter Mitwirkung der Schöffen durchgeführt. Eine besondere Militärgerichtsbarkeit existiert in der DDR nicht (Schille in "Neue Justiz" 1958, S. 153 ff).<<

03.02.1958

DDR: Die Politbüro-Mitglieder Schirdewan, Wollweber und Oelßner werden am 3. Februar 1958 aus allen Parteiämtern entfernt ("Säuberungen" des ZK der SED).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>... Auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958 richtete sich eine Säuberung gegen die "parteifeindliche Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere" ...
Wegen Unterstützung dieser Gruppe wurde Oelßner aus dem Politbüro ausgeschlossen, nachdem vorher Wollweber und Schirdewan aller Funktionen entbunden worden waren. Auch Selbmann wurde scharf angegriffen.
Neben den bereits genannten Funktionären sind seit der Gründung der SED aus dem Zentralsekretariat bzw. Politbüro entfernt worden: Ackermann, Beling, Buchwitz, Gniffke, Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Otto Meier, Steinhoff. Prominenteste Opfer von Säuberungen im Staatsapparat sind: Dertinger, Hamann.
Säuberungen haben auch in den übrigen SBZ-Parteien und in den Massenorganisationen wiederholt stattgefunden.<<

05.02.1958

DDR: Verschleppte mitteldeutsche Wissenschaftler kehren am 5. Februar 1958 aus der UdSSR zurück.

11.02.1958

DDR: Das Bezirksgericht Leipzig verurteilt am 11. Februar 1958 mehrere Zeugen Jehovas wegen Verbreitung von "staatsgefährdender Propaganda und Hetze".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hetze" in der SBZ (x009/179-180): >>... "Staatsgefährdende Propaganda und Hetze" (ist ein) politischer Straftatbestand im Strafergänzungsgesetz vom 11.12.1957 (§ 19).
Mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft, "wer den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt, oder wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tätlichkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht".
Das entscheidende Merkmal "hetzt" ist bewußt allgemein gehalten und läßt eine gleich weite Auslegung wie der Begriff Boykotthetze zu.
Illegale Einfuhr und Verbreitung von Schriften der Zeugen Jehovas ist Hetze im Sinne des § 19 StEG (Urteil des Bezirksgerichtes Leipzig vom 11.2.1958 ...). Bei der Beurteilung, ob eine Äußerung Hetze im Sinne des § 19 StEG ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äußeren und inneren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluß darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgewiegelt werden sollten" (... "Neue Justiz" 1958, S. 717).
Nach dem Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961 ist die Abgrenzung zwischen Hetze, Staatsverleumdung und strafloser Nörgelei in der Person des Angeklagten zu finden. Der Tatbestand der Hetze ist zu bejahen, wenn es sich bei dem Täter um einen "Feind der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsordnung" handelt. Während Hetze in aller Regel nicht anzunehmen ist, wenn der Täter nur ein "irrege-

leiteter" oder "im Bewußtsein zurückgebliebener" Mensch ist.
Kritik zu den Absperrmaßnahmen des 13. August 1961 wurde in einer großen Anzahl von Prozessen als Hetze mit sehr harten Strafen geahndet.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsverleumdung" in der SBZ (x009/421): >>Nach § 20 StEG wird wegen Staatsverleumdung mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft, wer,
"1. die Maßnahmen oder die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen oder gesellschaftlicher Organisationen öffentlich verleumdet oder entstellt,
2. einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation öffentlich verleumdet oder verächtlich macht.
Das Oberste Gericht hat "Öffentlichkeit" auch dann für gegeben erklärt, "wenn die verleumderische Äußerung auch nur einer Person gegenüber gemacht wird" und "wenn in einer an sich nicht als öffentliche Örtlichkeit zu bezeichnenden Umgebung, wie privatem Wohnraum, Werkstätten und dergleichen, die persönliche Atmosphäre durch den Charakter der betreffenden Äußerungen und der völlig unpersönlichen Beziehungen, in denen sich der Kundgebende und der Empfänger der Mitteilung gegenüberstehen, beseitigt ist" (Urteil in: "Neue Justiz" 1958, S. 68/69).<<

12.02.1958

DDR: Das Volksbildungsministerium ordnet am 12. Februar 1958 an, Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre" aufzuklären.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/215): >>Im Frühjahr 1958 setzten Massenpropaganda und erstmalig offene Nötigung ein.
Eine Anordnung des Volksbildungsministeriums vom 12.2.1958 verlangte Maßnahmen zur Aufklärung der Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre".
Weitere Beispiele für die mit verschiedenen Mitteln durchgeführte Absicht, der Kirchenarbeit den Boden zu entziehen, sind:
Die Schließung der evangelischen Bahnhofsmissionen und die Verhaftung zahlreicher Helfer dieser Missionen unter der Anschuldigung der Sabotage und Republikfluchtbegünstigung, die Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Kirchen, die Beschränkung der kirchlichen karitativen Tätigkeit "auf den kirchlichen Raum", die Verächtlichmachung führender Geistlicher in der Öffentlichkeit, die Verweigerung jeden Kirchenbaues im neuen Industriegebiet "Schwarze Pumpe" in "Stalinstadt" usw., Schließung kirchlicher Kinderheime, Verspottung des Weihnachtsfestes ("Eulenspiegel" Nr. 52/57), die Einschränkung der Sammelerlaubnis und die Einführung von Ersatzriten für Taufe, Trauung und Begräbnis.<<

17.02.1958

DDR: Die SED meldet am 17. Februar 1958, daß man die sowjetischen Besatzungstruppen erheblich reduziert hat.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Besatzungstruppen" in der SBZ (x009/67): >>... Seit 1955 seien, wie die Sowjetunion am 17.2.1958 behauptete, die sowjetischen Besatzungstruppen um fast 91.000 Mann verringert worden. Doch war diese Mannschaftsverminderung ohne Gewicht, da bei verbesserter Bewaffnung die Feuerkraft der sowjetischen Besatzungstruppen nicht abnahm, sondern wuchs. ...<<

18.03.1958

DDR: Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" publiziert am 18. März 1958 eine Rede des Mitglieds des SED-Politbüros, Hermann Matern, während der VII. Gesamtdeutschen Arbei-

terkonferenz in Leipzig (x156/26): >>Die Staatsmacht in den Händen zu haben, das ist eine große Sache. ...
Wir denken nie daran, die Arbeiter- und Bauernmacht wieder aufzugeben. Bei uns lassen wir nicht zu, daß jemand bei den Wahlen kandidiert, der den Kapitalismus wieder aufbauen will.
Es geht doch um eine Macht, und die Macht ist keine Kleinigkeit, versteht ihr?
Ich kenne keinen Fall in der Geschichte der Arbeiterbewegung, wo die Arbeiterklasse durch die Stimmzettel die Macht erobert hat. Diese Möglichkeit kann und wird im Laufe der Geschichte eintreten, je stärker das sozialistische Lager wird.
Aber anders ist doch die Lage jetzt angesichts der Herrschaft und der ökonomischen und politischen Macht des Monokapitals und der Reaktion in Westdeutschland, Da wären wir doch rückständige Menschen, wenn wir zulassen würden, die Macht mit dem Stimmzettel zu verlieren. Was wären wir denn für Politiker und für Arbeiterfunktionäre. Nein, das dürft ihr von uns nicht erwarten.
Ihr könnt alles erwarten, aber daß wir sagen, bitte schön, wir treten ab und der Kapitalismus kann die Macht wieder übernehmen – das kommt nicht in Frage.
Und wenn wir einmal die Macht gemeinsam erobert haben, sollten wir dann vielleicht erlauben, daß uns die Bourgeoisie und ihre Parteien mit dem Stimmzettel die Macht wieder wegnehmen könnten? Dann wären wir doch Trottel, dann müßten uns die Arbeiter zum Teufel jagen! ...
Und es gibt bei uns auch keine Partei, die den Standpunkt vertritt, bei uns den Kapitalismus wiederherzustellen. Deshalb gibt es also auch keine Opposition nach bürgerlichen Vorstellungen. Das ist unsere sozialistische Demokratie und darüber muß man sich klar sein.
Wir betrachten alles unter dem Gesichtswinkel: Wie machen wir unsere Volksmacht stärker, um die Macht in Westdeutschland gemeinsam zu erringen.<<

19.03.1958

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/1958) berichtet am 19. März 1958 über einen geplanten deutschen Friedensvertrag: >>**Die Phantasie der Geschichte**
Hand in Hand versuchten in der letzten Woche christdemokratische Parlamentarier und amerikanische Diplomaten in Bonn einen politischen Plan zu töten, dem der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier zum Leben verholfen hat: den Plan, bei der nächsten ost-westlichen Gipfelkonferenz müsse über die Grundzüge eines deutschen Friedensvertrages verhandelt werden.
In einer Sitzung des außenpolitischen Bundestagsausschusses bemühte sich Außenminister Heinrich von Brentano nachzuweisen, daß die Sowjets mit Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag nur die völkerrechtliche Anerkennung Pankows erreichen wollten. Moskau wolle einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, aber keinen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland abschließen.
Während der Sitzung suchte Brentano verzweifelt Hilfe bei seinen Referenten, um eine amtliche sowjetische Erklärung zu finden, die seine Behauptung stützen könnte. Er suchte vergebens. Die Meinung, die Sowjet-Regierung wünsche zwei Friedensverträge mit den beiden deutschen Regierungen, stammt nämlich nicht aus einer amtlichen sowjetischen Erklärung, sondern aus den Mitteilungen des Kanzlers über sein letztes Gespräch mit dem Sowjet-Botschafter Smirnow.
Selbst CDU-Politiker zweifeln daran, daß Konrad Adenauer dieses Gespräch richtig wiedergegeben habe; denn der Sowjetmensch hat in Gesprächen mit Politikern der Opposition angedeutet, Verhandlungen über einen Friedensvertrag könnten vielleicht neue Wege für eine Wiedervereinigung eröffnen, auf denen auch eine gesamtdeutsche Regierung zustande käme, die den Friedensvertrag annehmen würde.
Den Amerikanern ist eine solche Aussicht äußerst unangenehm. Auf jeden Fall müßte bei Friedensvertragsverhandlungen nämlich die Bündnisfreiheit eines wiedervereinigten Deutsch-

lands zur Diskussion gestellt werden. Die Amerikaner sind aber nicht, bereit, ihre Raketen- und Militärbasis Westdeutschland jetzt in Frage zu stellen. Sie sind sich darin mit der Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einig, die meint, nur durch amerikanische Truppen könne die Sicherheit Westdeutschlands garantiert werden.
Dieser Auffassung wegen haben sich die Amerikaner unter den Ovationen der Bundestagsmehrheit seit zehn Jahren mit den Sowjets auf keine Diskussion über einen deutschen Friedensvertrag - also den Status eines wiedervereinigten Deutschlands - eingelassen.
Die letzte echte west-östliche Diskussion über dieses Thema gab es im Dezember 1947, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Teilung der Welt noch nicht im kalten Krieg festgefroren war. Bis dahin stritten sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs einträchtig um die Verteilung der Kriegsbeute und überlegten, wie man Deutschland am besten für alle Zeiten knebeln könne.
Durch das Potsdamer Abkommen von 1945 war ein Rat der Außenminister Amerikas, der Sowjet-Union, Englands und Frankreichs eingesetzt worden. Er sollte "zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, wenn eine solche Regierung gebildet sein wird."
Der amerikanische Außenminister Byrnes trug diesem Rat im April 1946 einen Plan vor, der "nach Beendigung der Besetzung Deutschlands in Kraft treten" solle. Von diesem noch unbestimmten Zeitpunkt an müsse Deutschland auf 25 Jahre unter alliierter Kontrolle völlig neutralisiert und entmilitarisiert werden. Die ausdrückliche Annahme dieses Status durch Deutschland, so forderte der amerikanische Außenminister, solle "eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Territoriums bilden".
England und Frankreich stimmten diesem amerikanischen Plan damals zu. Dem sowjetischen Molotow war das noch nicht genug: "Die Sowjet-Regierung hält es für nötig, die Dauer der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen." Außerdem: "Im Byrnes-Entwurf ist die Möglichkeit einer Beendigung der alliierten Besetzung vorgesehen." Die Besetzung müsse aber solange dauern, meinte Molotow, bis Sowjet-Rußland die zehn Milliarden Dollar Reparationen eingetrieben habe, die ihm in Jalta von den Amerikanern konzediert worden seien.
Eine Unzahl Staaten meldeten damals Spezialwünsche an, die im deutschen Friedensvertrag verankert werden sollten:
- Belgien forderte, das Rheinland solle auf unbestimmte Dauer besetzt bleiben. Belgien wolle an der Besetzung teilnehmen. 40 Jahre lang sollten unter anderem jährlich 6,6 Millionen Tonnen Kohle und 750 Millionen Kilowatt elektrische Energie kostenlos geliefert werden. Deutschland müsse die belgische Rheinflotte wieder aufbauen. Deutschlands Export von Fertigprodukten müsse eingeschränkt werden.
- Holland forderte die Erdölfelder von Bentheim, das Kohlenbecken südlich von Venlo und die Insel Borkum, außerdem weitere kleinere Grenzverschiebungen. Die holländischen Seehäfen und Wasserwege müßten vor der deutschen Konkurrenz geschützt werden, Deutschlands Export von Fertigprodukten sei zu drosseln.
- Polen wünschte, daß die Oder-Neiße -Linie als endgültige Grenze bestätigt werde, und erhob zusätzlich Anspruch auf die Insel Wollin. Der Friedensvertrag mit Deutschland müsse aus moralischen Gründen in Warschau unterzeichnet werden.
- Die Tschechoslowakei wünschte die Grenzen vom 1. September 1938 garantiert und zusätzlich deutsches Gebiet westlich der Görlitzer Neiße. Deutschland müsse allen Sudetendeutschen verbieten, besondere Organisationen zu gründen. Außerdem wünschte die Tschechoslowakei das Recht auf Benutzung der deutschen Verkehrswege und Freihäfen in Hamburg und Bremen.

- Dänemark wünschte, der Kieler Hafen und der Kaiser-Wilhelm-Kanal müßten für alle Zeiten internationalisiert werden.
- China bat zu den Arbeiten der Außenministerstellvertreter hinzugezogen zu werden, ohne schon detaillierte Forderungen gegen Deutschland anzumelden.
- Norwegen forderte, daß Deutschland verboten werde, am Walfang teilzunehmen. Die deutsche Hochseefischerei dürfe nur eine begrenzte Anzahl von Fahrzeugen haben und müsse unter strenger Kontrolle bleiben. Außerdem müsse verboten werden, daß deutsche Staatsbürger große Schiffe besitzen oder kontrollieren.
- Brasilien legte dar, die Zerstörung der Einheit des Deutschen Reiches sei für das Wohl der Welt unentbehrlich, das Ruhrgebiet sei zu internationalisieren, die Saar einem besonderen Wirtschaftsregime zu unterstellen.
- Luxemburg forderte die Kontrolle des Ruhrgebiets, andauernde Besetzung des Rheinlandes und regelmäßige deutsche Lieferungen von Holz, Strom, Ziegeln und anderen Produkten. Außerdem wünschte es Grenzberichtigungen im Raum von Trier. Hier spreche die Bevölkerung die "Luxemburger Sprache".
- Australien war besonders daran gelegen, daß Deutschland im Friedensvertrag ausdrücklich auf alle Kolonien und antarktischen Gebiete verzichte.
- Griechenland wünschte, Deutschland solle sich verpflichten, aus Griechenland 20 Jahre lang soviel Waren - vornehmlich Tabak - einzuführen, wie es dort im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1939 gekauft hatte.

Viele dieser frommen Wünsche wurden hinfällig, als im März 1948 mit dem "Prager Fenstersturz" des dem Westen wohlgesonnenen Außenministers Jan Masaryk die alliierte Kriegskoalition endgültig in Stücke ging. Die Großmächte richteten sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands ein.

Von 1948 ab waren die Amerikaner nicht mehr bereit, den Sowjets irgendwelche Kontrollfunktionen in Westdeutschland zu überlassen. Sie meinten, auf diesem Territorium einen militärischen Wall gegen den bolschewistischen Druck aus dem Osten aufrichten zu müssen und lehnten jede echte Diskussion mit den Sowjets über einen Friedensvertrag für ganz Deutschland zehn Jahre lang bis heute ab.

Auch in dem 1952er Notenwechsel zwischen den Sowjets und den Westmächten über Deutschland, den zu zitieren heute zum guten Ton Bonner parlamentarischer Debatten gehört, drückten sich die Westmächte auf fast groteske Weise um eine Meinungsäußerung herum. Um die Aufrüstung Westdeutschlands zu verhindern, hatten die Sowjets vorgeschlagen, man solle gleichzeitig über drei Fragen verhandeln:
- einen Friedensvertrag, also den äußeren Status,
- die Wiedervereinigung Deutschlands,
- die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen.

Die Sowjets präsentierten einen Friedensvertragsentwurf, der deutsche Bündnisfreiheit vorsah, sich auch sonst ganz akzeptabel las und meinten: "Die Sowjet-Regierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen."

Indes, die Westmächte schrieben in ihrer Antwortnote vom 25. März 1952: "Nach ihrer (der Westmächte) Ansicht wird es nicht möglich sein, sich auf ins einzelne gehende Diskussionen über einen Friedensvertrag einzulassen, bis die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen sind und eine freie gesamtdeutsche Regierung gebildet worden ist."

Die westliche Spekulation war klar: Freie Wahlen würden das Regime der Sowjetzone wegfegen, was die Sowjets als Vorleistung, ehe überhaupt eine Friedensvertragsdiskussion beginnen sollte, schwerlich akzeptieren konnten. Also mußte es beim Status quo bleiben.

Die Sowjets versuchten, sich trotzdem ein Bild von den westlichen Friedensvertragsvorstel-

lungen zu machen und antworteten am 9. April 1952: "Die Regierung der USA hat sich nicht einverstanden erklärt, die Erörterung dieses (Friedensvertrags-)Entwurfs aufzunehmen ... Die Sowjet-Regierung schlägt ... erneut vor, die Erörterung eines Friedensvertrages ... aufzunehmen."
Die Westmächte antworteten unter dem 13. Mai 1952 unbeirrt: "Es ist ... nicht möglich, im gegenwärtigen Zeitpunkt Besprechungen über die Bestimmungen eines deutschen Friedensvertrages abzuhalten."
Die Sowjets bohrten am 24. Mai weiter: "Ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten", wollten sie "zur gemeinsamen Beratung schreiten".
Die Westmächte - hier England - antworteten am 10. Juli gleichlautend: "In ihrer Note schlägt die sowjetische Regierung wiederum gleichzeitige Besprechungen über einen Friedensvertrag, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor. Ihrer Majestät Regierung ihrerseits vertritt weiterhin ihren Standpunkt in dieser Frage, nämlich den, daß eine gesamtdeutsche Regierung an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilnehmen muß, und daß daher Deutschland vereinigt und eine gesamtdeutsche Regierung gebildet sein muß, bevor solche Verhandlungen aufgenommen werden können." Im übrigen müsse erst einmal durch eine internationale Kommission geprüft werden, ob in der Sowjetzone überhaupt freie Wahlen möglich sind.
Noch einmal, am 23. August 1952, stießen die Sowjets nach: "Die Sowjet-Regierung ist ... bereit, auf einer Vier-Mächte-Konferenz die von den Regierungen der drei Mächte vorgeschlagene Frage der Kommission zur Untersuchung der Bedingungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland zu erörtern.
"Die Sowjet-Regierung ist dabei jedoch der Ansicht, daß sich die Konferenz nicht auf die Erörterung nur dieser Frage beschränken kann und darf. Die Sowjet-Regierung hält es für erforderlich, daß diese Konferenz in erster Linie so wichtige Fragen behandelt wie die des Friedensvertrages mit Deutschland und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung."
Die Antwort vom 23. September 1952: "Die amerikanische Regierung sucht auch weiterhin einen Weg zur Beendigung der Teilung Deutschlands. Dieses Ziel wird durch vorzeitige Erörterungen über einen Friedensvertrag mit einem noch geteilten Deutschland ohne eine einheitliche Regierung nicht erreicht werden."
Erfolgreich hatten die Westmächte das Geheimnis gehütet, was ihrer Ansicht nach in einen deutschen Friedensvertrag gehöre, und inzwischen den General- und den EVG-Vertrag mit Westdeutschland geschlossen.
Wie der Westen sich allenfalls eine Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen könne, hat Präsident Eisenhower nach dem Sowjetzonen-Aufstand vom 17. Juni 1953 an Konrad Adenauer geschrieben:
"Es war seit langem meine Überzeugung, daß die Stärkung der Bundesrepublik durch Annahme der EVG, des Deutschlandvertrages und durch weitere Fortschritte bei der Integration Europas die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nur fördern kann dadurch, daß sie die Anziehungskraft dieses blühenden Westdeutschland gegenüber der Sowjetzone erhöht, eine Anziehungskraft, die bereits durch den stetigen Zustrom von Flüchtlingen in den letzten Monaten sowie durch die am 17. Juni begonnenen Demonstrationen bewiesen wurde.
Dieser wachsende Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, letzteres mit seinem bankrotten Regime und seiner verarmten Wirtschaft, wird auf die Dauer Bedingungen schaffen, die die Liquidierung der gegenwärtigen kommunistischen Diktatur und der sowjetischen Besetzung ermöglichen müßten."
Die Westmächte konnten der Unterstützung dieser Konzeption durch die Bonner Regierungsparteien absolut sicher sein - bis der zweite Mann im Staate und stellvertretende CDU-

Vorsitzende, Bundestagspräsident Gerstenmaier, empfahl, die Viermächtediskussion über einen deutschen Friedensvertrag, die 1948 bei der Spaltung der Welt fruchtlos abgebrochen worden war, wiederaufzunehmen und unter den neuen Verhältnissen fortzuführen.
Weil - folgte man Gerstenmaiers Vorschlag - mit den Sowjets und im Deutschen Bundestag unweigerlich über die amerikanischen Militärbasen in Westdeutschland gesprochen werden müßte, was den Amerikanern ein unerfreulicher Gedanke ist, mühten sich linientreue Christdemokraten, Gerstenmaiers Friedensvertragsidee mit dem Hinweis zu erledigen, daß dann ja auch die Frage der deutschen Ostgrenze behandelt werden müßte.
In der Sitzung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch letzter Woche meinte Kurt-Georg Kiesinger, die Lage für eine Diskussion der Grenzfrage sei noch nie so schlecht gewesen wie heute: "Wir müssen es der Phantasie der Geschichte überlassen, daß sie eine bessere Lösung findet als wir."
Brummte der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner: "Was muten Sie der Geschichte eigentlich alles zu?"
Außenminister Heinrich von Brentano antwortete: "Wir wünschen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland mit einem freien Polen ohne Gewalt diese Frage regelt." Wie jedoch eine solche Situation herbeizuführen sei, darüber schwieg sich Heinrich von Brentano aus.
Der Kanzler entschied, es sei mit Rücksicht auf die Amerikaner nicht opportun, den deutschen Friedensvertrag international zu erörtern. Bundestagspräsident Gerstenmaier dagegen ist trotz allem nicht bereit, seine Idee, die deutsche Frage unter dem Stichwort "Friedensvertrag" wieder ins internationale Spiel zu bringen, auf immer zu verbannen.
Er erklärte: "Ich stehe zu jedem Wort, das ich in meinem SPIEGEL-Gespräch gesagt habe. Ich würde mich gern von besseren Plänen überzeugen lassen, aber ich habe noch keine gehört."<<

20.03.1958

BRD: Im Deutschen Bundestag finden vom 20. bis zum 25. März 1958 lautstarke Debatten über die Bewaffnung der Bundeswehr und die Deutschlandfrage statt.
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauers "Deutschlandpolitik": >>... Am 20. März 1958 machte Adenauer hierüber im Bundestag einige, wenn auch verschwommene Andeutungen. Er erklärte zur Frage der deutschen Wiedervereinigung:
"Mir liegt am Herzen - und ich hoffe auch Ihnen -, daß wir endlich dazu kommen, daß die 17 Millionen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang so leben können, wie sie wollen ... Darum glaube ich - ich habe das auch der sowjetrussischen Regierung mitteilen lassen -, wir sollten diese ganze Frage nicht nur unter nationalen oder nationalistischen Aspekten oder Aspekten des Machtbereichs, sondern unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß dort 17 Millionen Deutsche zu einer Lebens- und Denkungsweise gezwungen werden, die sie nicht wollen."
Adenauers Bemerkung, daß man das Problem der 17 Millionen Zonendeutschen nicht nur unter "nationalen oder nationalistischen Aspekten betrachten" solle, ließ nur in schwachen Umrissen erkennen, was gemeint war.
Sehr viel deutlicher wurde in derselben Bundestagssitzung Bundesverteidigungsminister Strauß:
"Und die Wiedervereinigung? ... Ist es denn wirklich die Wiedervereinigung, die uns in erster Linie drängt, quält, bedrückt und treibt? Es ist doch weniger die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands; es ist doch mehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in diesem Gebiet" (gemeint: die Sowjetzone).
In Straußens Erklärung deutete sich zum ersten Mal an, daß Bonn unter gewissen Bedingungen bereit war, auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verzichten.
Genau einen Monat nach diesen Äußerungen Adenauers und Straußens im Bundestag hielt in

Tauberbischofsheim vor einer CDU-Versammlung der Redakteur des "Rheinischen Merkur", Paul Wilhelm Wenger, eine Stegreifrede, in der er ähnliche Gedanken aufgriff. Man sollte, sagte er, "eine preußisch tschechisch-polnische Montan-Union um Oberschlesien als Kerndrehscheibe ins Auge fassen".
Die Erklärungen Adenauers, Straußens und Wengers stimmten in einem Punkt überein: Deutschland soll auf seine staatliche Wiedervereinigung - in Wengers Formulierung: auf seine "Wieder-Unitarisierung" (Stärkung der Zentralgewalt des Bundesstaates) - verzichten und dafür einen Verzicht der Sowjets darauf einhandeln, die Sowjetzone kommunistisch zu machen.
Wenger ging freilich in seiner Stegreifrede noch sehr viel weiter: Er gab der Hoffnung Ausdruck, die Sowjets würden eventuell bereit sein, auch noch auf die kommunistische Gestaltung Polens und der Tschechei zu verzichten.
Zweifellos sind Adenauer und Strauß mit den verstiegenen Hoffnungen Wengers auf eine östliche Montan-Union nicht zu identifizieren. Immerhin, der Gedanke eines demokratischen, aber separaten mitteldeutschen Staates, dessen "Separatismus" noch durch ein internationales Statut mit Anschluß-Verbot stabilisiert werden könnte, hat noch 1958 eine Rolle in den politischen Spekulationen des Kabinetts Adenauer gespielt.
Tatsächlich würde es zu den Grundvorstellungen Adenauers von europäischer Politik passen, Gesamtdeutschland auch nach Osten hin "friedensfreundlicher" zu machen, indem man im Osten des gegenwärtigen deutschen Siedlungsgebietes einen zwar demokratischen, aber separaten Staat schafft. Indes, praktische Bedeutung haben diese Vorstellungen bisher nicht erlangt.
Die innere Gestaltung Deutschlands ist für Adenauer immer eine Funktion "Europas" gewesen. Daraus erklärt sich auch, daß er dieser inneren Gestaltung immer erst dann wirkliches Interesse entgegenbringt, wenn dabei eine Beziehung zu "Europa" erkennbar ist. Sein Interesse für innerdeutsche Institutionen, für die deutsche Demokratie überhaupt, ist im Grunde nur schwach entwickelt. Es hat deswegen auch keine Bedenken, mit diesen Institutionen, Gesetzen, rechtlichen und moralischen Normen in oberflächlicher, manchmal sogar zynischer Weise zu verfahren.
Indes bleibt die ständige Abwertung von Normen des Rechts und des politischen Anstands auch dann eine Gefahr für die innere Stabilität einer Demokratie, wenn diese Abwertung sich auf eine "gute Sache" beruft. Adenauer hat - bis in die Gegenwart, bis zu den impertinenten Anspielungen auf die Herkunft seines SPD-Gegners Willy Brandt - dahin gewirkt, daß sowohl die Moral als auch die Institutionen der westdeutschen Demokratie verunsichert wurden. Zumeist hat er sich dabei auf "Europa" und darauf berufen, die - wie er schon 1945 sagte - "aus dem Osten drohenden Gefahren" abwehren zu müssen.
Zwangsläufig wird aber bei einer solchen Praxis schließlich der Punkt erreicht, wo die Berufung auf die "gute Sache" auch unlauteren Motiven - persönlichem Ehrgeiz, bloßem parteipolitischem Eigennutz - dienen muß. Den Schädigungen der demokratischen Institutionen oder des politischen Anstands steht dann überhaupt kein ins Gewicht fallender Nutzen mehr gegenüber.
Diesen Punkt hat Adenauer mehrfach erreicht und überschritten - auch auf dem Gebiet des Verhältnisses von Bund und Ländern. Das wohl abstoßendste Beispiel hierfür lieferte der sogenannte Fernsehstreit 1960/61.
In diesem Streit versuchte Adenauer, die völlig unzweideutige Bestimmung des Grundgesetzes, wonach die Kulturhoheit ein ausschließliches Recht der Bundesländer darstellt, mittels, einer ebenso törichten wie dreisten Taktik zu überspielen. Als er dabei auf den Widerstand auch der von der CDU regierten Bundesländer stieß, berief er sich wieder einmal darauf, Europa gegen den Kommunismus verteidigen zu müssen. Allein ein Bundesfernsehen, ließ er einen Sprecher der Bundesregierung sagen, sei den Fernsehplänen der Sowjetzone für West-

deutschland gewachsen.
Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe 1960 machte er sich über die aufmuckenden Ministerpräsidenten der Bundesländer lustig: "Was geht in einem Menschen vor, wenn er Minister wird? Ich beobachte das mit großem Interesse."
Bei einer geselligen Gelegenheit des Parteitages dröhnte er im Baß eines Bilderbuch-Monarchen: "Mich kümmert nicht die Meinung der Landesfürsten, ich suche allein den Beifall des Volkes!"
Genau wie bei der Finanzausgleichs-Debatte im Parlamentarischen Rat 1948/49, in deren Verlauf er sagte, ihm hänge der ganze Streit zum Halse heraus, erklärte er auf dem Höhepunkt des Fernsehstreits vor Journalisten: "Schreiben Se, wat Se wollen, aber schreiben Se, daß der Bundeskanzler es satt hat."
Die fatale Kongruenz (Übereinstimmung) dieser Äußerungen Adenauers am Anfang und gegen Ende seiner Kanzler-Laufbahn enthüllt zweifellos einen Makel der Bundesrepublik, der einmal zu ernsten Folgen führen könnte - einen Makel, der offenbar sowohl in der Person als auch in der politischen Konzeption Adenauers seine Ursache hat. Dieser Makel ist die Unsicherheit der demokratischen Institutionen und die Unsicherheit der politischen Moral in der Bundesrepublik. ...<<

22.04.1958

DDR: Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet am 22. April 1958 über die Bekämpfung des kirchlichen Lebens in der SBZ (x009/215): >>... Der Pressekampf gegen die Synode Ende April 1958, Störtrupps im Stoeckerstift und Einreiseverbot für katholische und evangelische Bischöfe leiteten neue Großoffensiven ein. Vorwand war u.a. der Militärseelsorgevertrag. ("Neue Zeit" vom 22.4.1958: "Unterstützung des Militärseelsorgevertrages ist Staatsverbrechen."). Die Kampfmilderung nach dem Juni-Aufstand ist vergessen.<<

08.05.1958

DDR: Das Zentralkomitee der SED dankt am 8. Mai 1958 "den tapferen Helden" der Sowjetarmee.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Danksagung (x009/67): >>Das ZK (Zentralkomitee) der SED dankte am 8.5.1958 "den tapferen Helden der Sowjetarmee, die ... die Voraussetzung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der Geschichte Deutschlands schufen".
Während des Juni-Aufstandes (1953) und im November 1956 wurde deutlich, wie sehr die Herrschaft der SED auf die sowjetischen Besatzungstruppen angewiesen ist.<<

21.05.1958

BRD: Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (von 1966-1969 Bundeskanzler) berichtet am 21. Mai 1958 im Spiegel (x373/8): >>"Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten." …<<

28.05.1958

DDR und Ost-Berlin: Am 28. Mai 1958 werden in der SBZ und Ost-Berlin zum letzten Mal Lebensmittelkarten ausgegeben, die zu niedrigen Preisen zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) berechtigen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lebensmittelkarten" in der SBZ (x009/256): >>Neben einer sog. Grundkarte gab es 5 Typen von Zusatzkarten, die differenziert nach Berufsgruppen ausgegeben wurden.
Kinder erhielten besondere Lebensmittelkarten. Da die Zuteilungen keineswegs ausreichten, mußten zusätzliche Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen in HO-Geschäften gekauft werden.
Mit der 1958 erfolgten, seit Jahren angekündigten Abschaffung der Lebensmittelkarten wurde zugleich auch das doppelte Preisniveau beseitigt. Man senkte die entsprechenden Preise der HO-Waren und erhöhte die Preise der bisher rationierten Lebensmittel. Die dadurch verur-

sachte zusätzliche Belastung wurde bei niedrigen Einkommen durch Lohnerhöhungen und Lohnzuschläge ausgeglichen; ausgenommen davon waren Handwerker, private Unternehmer und Gewerbetreibende sowie die freischaffende Intelligenz. ...
Die Bezugsberechtigungskarten für Milch, Kartoffeln und Kohlen mußten wegen der Versorgungslücken 1961 um Kundenlisten zum rationierten Butterbezug erweitert werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Lebensstandard in der SBZ (x009/256-257): >>Das allgemeine Niveau der Lebenshaltung in der SBZ hat sich in den letzten Jahren gehoben. Trotzdem besteht noch immer ein beträchtlicher Abstand von der Lebenshaltung in der Bundesrepublik. ... Neben den Lebenshaltungskosten sind für den Lebensstandard folgende Momente von Bedeutung.
1. Die Entwicklung zur Zentralverwaltungswirtschaft hatte zur Folge, daß sich der Lebensstandard in der SBZ mehr und mehr dem der Sowjetunion annäherte ... Das ideologisch bestimmte System der staatlichen Wirtschaftsplanung verursacht seinem Wesen nach immer wiederkehrende Versorgungslücken, die den Lebensstandard der Zonenbevölkerung wesentlich beeinflussen.
2. Die kommunistische Agrarpolitik führt dazu, daß Grundnahrungsmittel, auch solche, die das Gebiet der heutigen SBZ früher im Überfluß erzeugte, häufig entweder gar nicht oder nur in unzureichenden Mengen erhältlich sind (z.B. Butter, Zucker, Fleisch).
3. Die Konsumgüterversorgung wird aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten immer noch quantitativ und qualitativ zugunsten industrieller Investitionen der Produktionsgütererzeugung vernachlässigt.
4. Eine dünne Schicht von Parteifunktionären, Angehörigen der Intelligenz und anderer Mangelberufe, Spezialisten und Aktivisten bezieht Löhne und Gehälter, die ein Mehrfaches der Durchschnittseinkommen ausmachen. Die Masse der Arbeitnehmer kann einen höheren Lebensstandard auch durch größere Leistungen nicht erreichen, da die höheren Lohngruppen auf einen bestimmten Prozentsatz der Arbeiterschaft begrenzt sind und bei allgemeiner Verbesserung der Leistungen die Arbeitsnormen heraufgesetzt werden.
5. Das "Bildungsprivileg der Besitzenden" ist mit Hilfe des Zulassungsverfahrens, eines reich dotierten Stipendienwesens und der allgemeinen Gesinnungskontrolle weitestgehend an "Arbeiter- und Bauernkinder" übergegangen, die dafür Beschränkungen in der Berufswahl und im Berufsweg in Kauf nehmen müssen.
6. Kulturgüter sind erschwinglich, ... stehen aber weithin im Dienst der Produktionspropaganda und werden insoweit von der Bevölkerung abgelehnt.
7. Das System der sozialen Leistungen wird ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Ausschöpfung aller Arbeitskräftereserven gehandhabt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konsumgüterversorgung" in der SBZ (x009/225-226): >>Es bedurfte erst des Juni-Aufstandes vom 17. Juni 1953, ehe das Regime die Konsumgüterversorgung der Bevölkerung verbesserte.
Obwohl der Lebensstandard sich seitdem erhöht hat, weist die Konsumgüterversorgung noch immer erhebliche Mängel auf. Dringend benötigte Konsumgüter, wie Möbel, Öfen, Töpfe, Gaskocher, Eimer, Ofenrohre, Kleiderbügel, elektrisches Installationsmaterial, Handwerkszeug und viele sonstige aus Metall oder Holz gefertigte Artikel, werden nur unzureichend produziert und angeboten.
Viele technische Konsumgüter werden exportiert, obwohl der Bedarf der Bevölkerung ungedeckt bleibt. Dazu gehören die besseren Qualitäten bei Kameras, Uhren, ... Motorräder, Mopeds und Fernsehgeräte. Die Textil- und Bekleidungsindustrie bietet oft minderwertige oder unmodische Erzeugnisse an. Die Versorgung mit Lederschuhen ist ebenfalls unzureichend und qualitativ mangelhaft. ...
Die schlechte Konsumgüterversorgung ist begründet in dem in allen kommunistisch geführten

Ländern gültigen Produktionsmittelprimat. Bis in die neueste Zeit mußten die Konsumgüter vielfach als sog. Zusatzproduktion ohne ausreichende Materialbereitstellung hergestellt werden. Wenn auch Konsumgüterproduktion zum Teil Bestandteil der Betriebspläne geworden ist, hat die Bevölkerung noch immer Grund zur Klage wegen unzureichender Konsumgüterversorgung.
Das Regime startet von Zeit zu Zeit zur Beschwichtigung von Mißstimmungen Propagandaaktionen, in denen eine Verbesserung der Versorgungslage versprochen wird. Seit Anfang 1960 läuft ein Programm der "tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs", die indes noch zu keiner fühlbaren Verbesserung der Versorgung geführt hat. Auch die Parole von der "Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe" war letztlich eine solche Beschwichtigungsaktion. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeiterkontrolle" in der SBZ (x009/26-27): >>Unter Anleitung des FDGB arbeitende, aus Arbeitern der Produktionsbetriebe bestehende Kommissionen, die Geschäfte der HO (staatliche Einzelhandelsunternehmen), des Konsums und des Privathandels auf "Verkaufskultur", Reichhaltigkeit des Sortiments, Sauberkeit usw. überprüfen.
Die Einrichtung der Arbeiterkontrolle wird offiziell damit begründet, die Arbeiter als Erzeuger der Konsumgüter hätten das Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß "die ständig steigende Produktion" auch wirklich an den Verbraucher herangebracht und nicht im Getriebe der staatlichen Verteilerorganisationen fehlgeleitet wird.
Die Existenz der Arbeiterkontrolle bestätigt die Unfähigkeit des Regimes, das knappe Warenangebot wenigstens einigermaßen gerecht zu verteilen. Seit 1961 ist es auch Aufgabe der Arbeiterkontrolle, in den Produktionsbetrieben nach Reserven zur Herstellung von Konsumgütern zu suchen.<<

04.06.1958

DDR: Gerhart Eisler appelliert am 4. Juni 1958 in der "Jungen Welt" an das Nationalbewußtsein und den Patriotismus (x009/324): >>... Als Sozialisten sind wir natürlich deutsche Patrioten, und daher wollen wir ja auch, daß ganz Deutschland einmal das wahre Vaterland aller Deutschen und auch der ganzen deutschen Jugend sein kann. ...
Auch für die westdeutsche Jugend ist die DDR das wahre Vaterland. Die Loyalität der ganzen deutschen Jugend kann nur der DDR gehören. Denn die DDR steht auch nicht im Gegensatz zu den Interessen der westdeutschen Jugend, sondern ist im Gegenteil der stärkste Vorkämpfer zur Erfüllung aller ihrer berechtigten, sozialen und kulturellen Wünsche.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Patriotismus" in der SBZ (x009/324): >>Obwohl der Marxismus das nationale als klassenbedingten Atavismus verwirft, operiert die SED seit den Vorbereitungen zur Installation der "DDR" mit Appellen an das Nationalbewußtsein, für die sie ideologische Stützen bei Stalin, vor allem aus der Zeit des "großen vaterländischen Krieges" fand.
Der Parteijargon bezeichnet diesen neuen Nationalismus als Patriotismus. Sein Wesen wurde u.a. von Fred Oelßner 1951 in seiner (1955 wieder aufgelegten) Schrift "Die heutige Bedeutung der nationalen Frage" bestimmt. Er betonte, die SED könne "deutschen Patriotismus nur auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus entwickeln".
Mann müsse an die geschichtlichen Leistungen und "an das ganze fortschrittliche kulturelle Erbe unseres deutschen Volkes anknüpfen", zugleich aber müßten wir "besonders die Kulturgüter des fortschrittlichsten Volkes der Welt, des Sowjetvolkes, in uns aufnehmen, um ein neues deutsches Nationalgefühl auf wahrhaft ethischer Grundlage zu entwickeln".
Neuerdings wird der Patriotismus nicht mehr auf Land und Volk oder auf das kulturelle Erbe, sondern auf die "DDR" als "Staat" bezogen ... <<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Patriotische Erziehung" in der SBZ (x009/324): >>Von 1950 bis 1955 war Erziehung zu "glühenden Patrio-

ten und Friedenskämpfern" der Kern des offiziellen Erziehungszieles.
Vorbild war die Verpflichtung der sowjetischen Schulen auf den Sowjetpatriotismus. Wenn auch an dieser Forderung festgehalten wird, ist die Betonung des Patriotismus etwas zurückgetreten, vor allem die Hervorhebung der Erziehung zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen.
Mit der patriotischen Erziehung werden auch die Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion und den anderen "sozialistischen" Saaten sowie die Solidarität mit den sonstigen kommunistischen Parteien und den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern gefordert. ...<<

01.07.1958

BRD: Bundesaußenminister Heinrich von Brentano (1904-1964) würdigt am 1. Juli 1958 auf einem Bundestreffen in Bochum die Leistungen der Vertriebenen (x125/128): >>Die Vertriebenen überhaupt haben in den vergangenen Jahren des großen Elends durch ihre Selbstzucht und Leistung nicht nur unser Volk vor dem Absinken in kommunistische Unfreiheit bewahrt, sondern auch durch ihre Geduld der Sache Europas und der ganzen freien Welt einen ungeheuren Dienst geleistet. ...<<

10.07.1958

DDR: Während des 5. SED-Parteitages wird am 10. Juli 1958 gefordert, daß die DDR bis 1961 die Produktion und den Verbrauch von Lebensmitteln und Konsumgütern der Bundesrepublik Deutschland erreichen und übertreffen soll (x009/517).
SED-Generalsekretär Walter Ulbricht verkündet am 10. Juli 1958 die "10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Moral" in der SBZ (x009/297-298): >>Als Teil des ideologischen Überbaus ist nach bolschewistischer Auffassung auch die Moral Ausdruck der Klasseninteressen.
Es gibt demnach kein absolut Gutes und kein absolut Böses. Die traditionellen sittlichen Auffassungen der abendländischen Welt werden als einseitiger Niederschlag der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung interpretiert.
Der bürgerlich-kapitalistischen Moral setzte Lenin die sozialistische Moral entgegen, die in der Erklärung gipfelt: "Alles was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeuter zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch."
Dem entspricht die Erklärung der SED: "Nur der handelt sittlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt."
Damit wird der schon in der Schule gepflegte Haß gegen die als "kapitalistisches Lager" interpretierte westliche Welt ebenso wie die straff disziplinierte Unterordnung unter den Willen der Partei zur Grundlage der sozialistischen Moral.
Allerdings hat der Begriff der sozialistischen Moral in den letzten Jahren, seitdem Chruschtschow die neue Generallinie der Bolschewisten im Sinn des erbitterten wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit dem Westen festlegte, einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht.
Als Hauptkriterium für sozialistische Moral gilt nunmehr die Einstellung zur Arbeit; der Kampf der Partei um die Durchsetzung und Hebung der sozialistischen Moral ist vor allem ein Kampf gegen die "kleinbürgerlichen" Gewohnheiten, wie Eigenbrötelei, Individualismus, Ressortgeist, Gruppenegoismus. Demgegenüber soll die Bevölkerung zu einem Verhalten erzogen werden, das völlig am Kollektiv orientiert ist, auf maximale Produktionseffekte hinzielt und auf diese Weise das bolschewistische Lager weiter verstärken hilft.
Unter anderen Bedingungen als in der Sowjetunion ... bemüht sich die SED, insbesondere seit dem V. Parteitag 1958, um die Erziehung des "neuen sozialistischen Menschen", der sich in seinen ethischen Auffassungen und in seinen Handlungen an den "Zehn Geboten der sozialistischen Moral" orientieren soll, die Ulbricht auf dem V. Parteitag verkündete. Sie besagen: ...
3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. ...

6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.
7. Du sollst nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
8. Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.
9. Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten. ...
Gleichzeitig erklärt die SED-Propaganda, die 10 Gebote Gottes seien dazu erschaffen, Sklavenhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen, und führten zu erbarmungsloser Ausbeutung, zu Unterjochung, zu Eroberungskriegen und zu Ausplünderungen. Ein Sozialist wisse, daß die 10 Gebote Gottes, "im Mund der Kapitalisten, Imperialisten, der Klerikalen und der Militaristen nur Heuchelei sind und dazu dienen, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen".
Die 10 Gebote der sozialistischen Moral aber würden den Menschen glücklich und frei machen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freiheit" in der SBZ (x009/140): >>... Ein Begriff der persönlichen Freiheit, wie er einen Grundwert abendländischer Gesittung darstellt, ist dem Bolschewismus fremd.
Der Einzelne könne erst im Einklang mit der Masse und in der Organisation seine Ziele verwirklichen. Das "Wir" wird dem "Ich" vorgeordnet. damit ist die persönliche Freiheit der politischen nachgeordnet, die einseitig auf das Eigentum an den Produktionsmitteln gegründet wird.
In den bourgeoisen" Gesellschaft gibt es demnach nur Freiheit für die Kapitalisten. Aber sie ist geschichtlich gesehen vorübergehend und wird nach den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der sozialistischen Ära durch die Freiheit aller abgelöst.<<

21.07.1958

DDR: Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern des Staates (Grotewohl, Maron, Eggerath) und Vertretern der evangelischen Kirche (in Abwesenheit von Propst Grüber) erscheint am 21. Juli 1958 ein gemeinsames Kommuniqué (x009/215-216): >>... Die kirchlichen Vertreter erklärten, daß
1. die Kirchen in der DDR an den Militärseelsorgevertrag nicht gebunden sind,
2. die Kirchen grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der DDR und ihrer Regierung übereinstimmen,
3. die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen,
4. die Christen die Entwicklung zum Sozialismus respektieren und zum friedlichen Aufbau des Volkslebens beitragen,
5. die Kirchen den gegen den Staat erhobenen Vorwurf des Verfassungsbruches nicht aufrechterhalten.
Die Regierung der DDR erklärte: Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.
Beide Seiten geben zu erkennen, daß klärende Aussprachen über die Beseitigung etwaiger Mißstände durchgeführt werden sollten. Trotzdem äußerte der Rat der EKD bereits im Oktober 1958 ernste Sorge über die Behinderung des kirchlichen Lebens, insbesondere auf dem Gebiet der Jugenderziehung. Zur gleichen Zeit legte Propst Grüber sein Amt als Bevollmächtigter der EKD nieder. ...<<

24.07.1958

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1958 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1958 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 33,9 Milliarden DM entfallen 30,2 % auf Sozialleistungen und 25,4 % auf Verteidigungskosten.<<

01.08.1958

DDR: Die SED ordnet am 1. August 1958 weitere Enteignungen von Privatvermögen an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110-111): >>Die kalte Enteignung des Privateigentums wird schließlich durch steuerliche Maßnahmen (Steuern, Erbrecht) und im Wege des Konkursverfahrens betrieben. Bis zu dem im Juni 1953 verkündeten neuen Kurs und wieder seit August 1958 wird das Flüchtlingsvermögen praktisch enteignet.

Die enteigneten Vermögenswerte sind grundsätzlich lastenfrei in das Volkseigentum übergeführt worden. Das bedeutet eine entschädigungslose Enteignung der privaten Gläubiger des Enteigneten, deren Rechte an enteigneten Grundstücken und beweglichen Sachen und deren Ansprüche gegen das eingezogene Vermögen nicht anerkannt werden. ...

Aus Anlaß eines Rechtsstreites eines in der SBZ enteigneten und in das Volkseigentum überführten Zweigbetriebes und des westdeutschen Hauptbetriebes hat das Oberste Gericht entschieden, daß die Enteignung für ganz Deutschland wirksam sei. Demgemäß sei auch das dem westdeutschen Betrieb gehörende Warenzeichen auf den volkseigenen Betrieb übergegangen. ...<<

28.08.1958

DDR: Außenminister Dr. Bolz fordert am 28. August 1958, die DDR als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches anzuerkennen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" des SED-Regimes (x009/51-52): >>... Die Außenpolitik der SBZ verfolgt ihr Ziel im Sinne des sowjetischen Imperialismus zu wirken auch mit jener propagandistischen Form außenpolitischer Aktivität, die der Ausschuß für deutsche Einheit z.B. wie folgt umschreibt: "Ein wichtiger Grundsatz der Außenpolitik der DDR ist die Zusammenarbeit mit den friedliebenden, demokratischen Kräften in allen Ländern und vor allem die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse mit der internationalen Arbeiterklasse." ...

Außenpolitik und parteipolitische Klassenkampf-Agitation sind, wie in allen Staaten des Sowjetblocks, auch in der SBZ eng miteinander verbunden. Das SBZ-Regime versucht ständig, seine Forderungen zur Außenpolitik vorzutragen. ... Sie erstrebte "ihre De-facto-Anerkennung durch die Westmächte".

Dabei vermied das Regime ängstlich die Probe, wie die Bevölkerung sich in geheimen, international kontrollierten Wahlen, vor allem in Mehrlistenwahlen, zu seiner Politik stellen würde. Es versuchte, die Bundesregierung als gefährliche militaristische und chauvinistische Angriffsmacht hinzustellen und bemühte sich, die Westmächte mißtrauisch gegen die Bundesrepublik und ihre Bundeswehr zu machen - überhaupt auch den gesamten Westen gegen sie aufzuhetzen.<<

29.08.1958

China: Das ZK der Kommunistischen Partei Chinas beschließt am 29. August 1958 die Bildung von Volkskommunen (x058/418): >>... Die umfassenden Investitionsvorhaben in der Landwirtschaft und die Anwendung fortschrittlicher technischer Methoden erfordern mehr Arbeitskräfte. Die Entwicklung der Industrie in den Landgebieten erfordert daneben die Überführung eines Teils der Arbeitskräfte aus dem Landwirtschaftssektor. ...

Die breiten Massen lassen sich von dem Prinzip leiten, sich nach militärischem Vorbild zusammenzuschließen, kämpferisch zu arbeiten und ein Kollektivleben zu führen. Dadurch erhöht sich das kommunistische Bewußtsein der 500 Millionen Landbewohner noch mehr.

Die Errichtung von Volksgaststätten, Kindergärten, Kinderkrippen, Schneiderstuben, Friseurstuben, öffentlichen Badeanstalten, "Feierabendheimen" (Altersheimen), Landwirtschaftsschulen und "Rot- und Fachmann-Schulen" führt die bäuerliche Bevölkerung zu einem glücklichen Gemeinschaftsleben und fördert und stärkt den Kollektivgeist der bäuerlichen Massen

noch mehr.
All das beweist, daß die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft mit hundert oder mehreren hundert Haushalten den Anforderungen der sich verändernden Lage nicht mehr gerecht werden kann.
Unter den gegenwärtigen Umständen ist die Errichtung von Volkskommunen, in denen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Hilfswirtschaften und Fischereiwesen allseitig entwickelt werden, in denen Industrie (Arbeiter), Landwirtschaft (Bauern), Handel (Händler), Kultur und Volksbildung (Studenten) und Militärwesen (Angehörige der Miliz) zu einer Einheit verschmelzen, die grundlegende Politik, um die Bauern dazu zu führen, den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen, den Aufbau des Sozialismus vorfristig zu vollenden und den allmählichen Übergang zum Kommunismus durchzuführen.
... Unter den gegenwärtigen Bedingungen sollte als Größenmaßstab für die Organisation einer Volkskommune im allgemeinen eine Kommune mit ungefähr 2.000 Haushalten je Gemeinde gelten. ...
Mit der Erweiterung der Volkskommunen durch die komplexe Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht und der Fischerei sowie der Industrie, des Handels, der Volksbildung und des Militärwesens ist innerhalb des Verwaltungsapparates der Kommunen eine entsprechende Arbeitsteilung erforderlich. ...<<

01.09.1958

DDR: Am 1. September 1958 wird im neuen Schuljahr der sog. "polytechnische Unterrichtstag" eingeführt.

16.09.1958

DDR: Das amtliche Blatt "Die Volksarmee" erklärt am 16. September 1958 zur Stellung der sowjetischen Besatzungstruppen (x009/67): >>Die Sowjetarmee ... sichert gemeinsam mit uns, der Nationalen Volksarmee, den Aufbau des Sozialismus in der DDR. ...<<

10.10.1958

China: Die "Pekinger Volkszeitung" berichtet am 10. Oktober 1958 über die "Volksrepublik" China (x299/156-157): >>Heute, im Zeitalter Mao Tse-tungs, haben wir den Himmel auf Erden.
Wenn die Partei ruft, drängen Millionen zur Tat. Der Vorsitzende Mao ist ein großer Prophet. Durch den wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus kann er in die Zukunft sehen. Jede Prophezeiung des Vorsitzenden ist wahr geworden. ...<<

16.10.1958

DDR: Gemäß Verordnung des Ministerrats vom 16. Oktober 1958 sind "Werktätige der DDR" als Helfer der Staatlichen Kontrolle einzusetzen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Helfer der Staatlichen Kontrolle" in der SBZ (x009/178): >>... Sie werden von den Kreiskontrollbeauftragten angeleitet und in Aktivs zusammengefaßt.
Die Helfer der Staatlichen Kontrolle haben mit den örtlichen Organen der Staatsmacht eng zusammenzuarbeiten. Ihre Aufträge erhalten sie von der ZKK, deren Bevollmächtigten in den Bezirken oder den Kreiskontrollbeauftragten.
Sie sollen insbesondere die Kreiskontrollbeauftragten "über Fehler und Mängel in der Arbeit der staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen und Betriebe, aber auch über Beispiele hervorragender Arbeitsleistungen" unterrichten.
Sie sind ehrenamtlich tätig und sollen in speziellen Lehrgängen "qualifiziert" werden. Aus den Beobachtungen und Berichten der Helfer der Staatlichen Kontrolle gewinnt auch der Staatssicherheitsdienst Erkenntnisse.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontrollen" in der SBZ (x009/226-227): >>Im Parteijargon neben der Anleitung Hauptaufgabe der Füh-

rungsorgane, besonders als "Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse".
Die Kontrolle hat eine politische sowie eine ökonomische Funktion und dient der Führung zur Gewährleistung der Übereinstimmung der politisch-ökonomischen Wirklichkeit mit dem von ihr diktierten Plan.
Eine Fülle von Kontrollorganen: Kontrollstellen beim Büro des Präsidiums des Ministerrats, bei der Staatlichen Plankommission, bei den Ministerien, bei den Vereinigten Volkseigenen Betrieben, den Räten der Bezirke und Kreise, aber auch bei der SED selbst ... und bei einigen Massenorganisationen sowie Betriebskontrollorganen der SED sollen ein dichtes Netz der Kontrolle erstellen.
Auch die Volksvertretungen sind, besonders durch ihre Kommissionen und Aktivs, in die Kontrolle eingeschaltet. Sie haben aber in keinem Fall das in den westlichen Demokratien wesentliche Recht, als selbständige souveräne Kontrollinstanz der Regierung gegenüberzutreten.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kommissionen für "Parteikontrollen" in den Betrieben der SBZ (x009/320): >>Die Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben wurden 1959 nach sowjetischem Vorbild gegründet, um die Kontrolle der SED über die Staats- und Wirtschaftsbürokratie systematisch auszubauen.
Sie sollen "sich ausschließlich damit beschäftigen, wie die Durchführung bestimmter Aufgaben des Siebenjahresplanes und der sozialistischen Rekonstruktion gesichert wird" (Ulbricht).
Anders als die Beauftragten der Kommissionen für Staatliche Kontrolle sind die Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben Organe der BPO (Betriebsparteiorganisation) und werden von den Bezirks- und Kreisleitungen gelenkt.
Sie sollen in den Betrieben durch eine "Kontrolle von unten" die von den SED-Bezirks- und Kreisleitungen ausgeübte "Kontrolle von oben" ergänzen, dafür sorgen, daß der "Zusammenhang von Ökonomie und Politik" beachtet wird und feststellen, wo es in den Köpfen der Menschen "falsche Ansichten gibt". In Großbetrieben werden Kommissionen für Parteikontrollen nicht nur bei den zentralen Parteileitungen, sondern auch in Abteilungsparteiorganisationen gebildet, auch für einzelne Sachgebiete.
In allen Kommissionen für Parteikontrollen in den Betrieben sollen Produktionsarbeiter die Mehrheit bilden, um zu verhindern, daß die leitenden Fachleute in den Kommissionen die Belange und Interessen der Verwaltungs- und Wirtschaftsleitungen durchsetzen.<<

27.10.1958

DDR: Ulbricht behauptet am 27. Oktober 1958 während einer Versammlung (x009/518): >>... Ganz Berlin liege auf dem Territorium der DDR.<<

Oktober 1958

DDR: Im Oktober 1958 werden auf Anweisung des Justizministeriums zahlreiche eingeleitete Strafverfahren und Fahndungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge eingestellt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rückkehrer" (x009/373): >>... Durch Rundfunk und Presse wurden die Flüchtlinge zur Rückkehr aufgefordert mit dem Versprechen, daß niemand wegen Republikflucht bestraft werde, der durch seine Rückkehr aus der "NATO-Basis in den Staat der Arbeiter und Bauern eine grundlegende Wandlung seines Verhaltens zeige, die erwarten lasse, daß er künftig die sozialistischen Gesetze achten werde".
Gegen Rückkehrer wird seitdem nur noch in besonderen Fällen ein Strafverfahren eingeleitet. Soweit hier nicht schon eine vor der Flucht angeblich begangene Straftat den Vorwand bietet, wird diesen Rückkehrern vorgeworfen, durch die Meldung im westlichen Notaufnahmelager Spionage oder staatsgefährdende Hetze begangen zu haben.<<

10.11.1958

DDR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-

1964 Ministerpräsident) erklärt am 10. November 1958 in Leipzig (x009/518): >>... Es wäre an der Zeit, den Viermächte-Status in Berlin aufzuheben.<<

16.11.1958

Berlin: Die Wahl zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen und zur Stadtverordnetenversammlung für Ost-Berlin wird am 16. November 1958 durchgeführt.

Mit 99,87 % Ja-Stimmen ergibt diese Wahl das erwartete Ergebnis und die entsprechende Zusammensetzung der Volkskammer. Die Lage der angeblich noch nicht kommunistisch geführten Parteien wird danach noch ungünstiger (x009/466).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wahlen" in der SBZ (x009/472-473): >>In der SBZ wie in allen totalitären Staaten haben Wahlen nicht den Zweck, die Richtung der Politik zu bestimmen, es sollen vielmehr die schon vorher als "gewählt feststehenden Kandidaten" bestätigt werden, die dem Regime als am besten geeignet erscheinen, die Generallinie der Partei durchzusetzen.

Infolgedessen haben Wahlen lediglich den Charakter von Abstimmungen. Denn bei allen Wahlen, die seit 1949 in der SBZ stattfanden, gab es nur eine Einheitsliste der "Kandidaten der Nationalen Front", so daß die Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten ausgeschlossen war und ist. ...

Wahlen sollen nach Art. 51 und 109 der Verfassung in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verfahren stattfinden. Wahlberechtigt ist jeder Einwohner der DDR, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist jeder nach Vollendung des 21. Jahres (Art. 52 der Verfassung).

... Die letzte in der SBZ durchgeführte Wahl vom 16.11.1958 war ebenso wie alle vorhergehenden, einschließlich der Wahlen in den Gemeinden, Kreisen, Ländern und Bezirken, ein ausgesprochener Wahlbetrug. Wahlkabinen und Stimmzettelumschläge fehlten vielfach. ... Eine Ablehnung der Einheitsliste ist technisch unmöglich, da der Stimmzettel keinen Raum dafür enthält. Jedes weitere Risiko schaltet die SED durch Wahlterror aus. Es wurde lange vorher eine "spontane Volksbewegung" für die offene Stimmabgabe inszeniert.

Wer auf geheimer Abstimmung bestand, machte sich dringend verdächtig. Betriebe und Einzelpersonen mußten durch Selbstverpflichtungen ihre 100prozentige und offene Stimmabgabe beschließen. Weiterer Wahlbetrug wurde, falls noch erforderlich, bei der Stimmenauszählung begangen und ist dokumentarisch belegt.

Wahlen in der SBZ kommen unter den gegebenen Voraussetzungen einem Verfassungsbruch gleich; jedes Wahlergebnis ist gefälscht und daher für die Beurteilung der Einstellung der Bevölkerung nicht maßgebend. Was für die allgemeinen Wahlen zu den Volksvertretungen gilt, trifft im übertragenen Sinn auch für die Wahlen zu den Vorständen der Organisationen zu.<<

25.11.1958

Algerien: Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestiert am 25. November 1958 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/198-199): >>... Es wird weiter gefoltert; Dörfer werden zerstört, Hinrichtungen werden ohne Gerichtsverhandlung vollstreckt; Menschen verschwinden mit unbekanntem Schicksal. Die Jugend Frankreichs läuft Gefahr zu verderben, wenn sie an Handlungen beteiligt wird, die der Moral widersprechen.<<

01.12.1958

BRD: Die Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und Verfolgung von NS-Tätern beginnt am 1. Dezember 1958 ihre Tätigkeit.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Ludwigsburger Zentralstelle" (x051/362-363): >>Ludwigsburger Zentralstelle (ZSt/amtlich: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen), durch Verwaltungsvereinbarung der Justizminister und -senatoren der Länder am 6.11.58 ge-

gründete Behörde, die ihre Tätigkeit am 1.12.58 aufnahm.
Aufgabe der Ludwigsburger Zentralstelle ist es, das gesamte erreichbare Material über nationalsozialistische Verbrechen zu sammeln, zu sichten und auszuwerten. Hauptziel ist es dabei, nach Ort, Zeit und Täterkreis begrenzt Tatkomplexe herauszuarbeiten und festzustellen, welche an den Tatkomplexen beteiligte Personen noch (Verjährung) verfolgt werden können. Sind für einen Tatkomplex der Kreis der verfolgbaren Täter und die zuständige Staatsanwaltschaft festgestellt, so schließt die Zentralstelle ihre Vorermittlungen ab und leitet den Vorgang dieser Staatsanwaltschaft zu.
Bis zum 1.1.85 hat die Ludwigsburger Zentralstelle 4.899 Verfahren gegen eine Vielzahl von Beschuldigten an die Strafverfolgungsbehörden zur weiteren Ermittlung abgegeben. Aus den abgegebenen Komplexen entwickelten sich bei den Staatsanwaltschaften rund 13.000 Ermittlungsverfahren.<<

04.12.1958

Polen: Der polnische KP-Politiker Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt am 4. Dezember 1958 in einer Rede vor polnischen Bergarbeitern (x125/181): >>Das polnische Volk wünscht ... nichts sehnlicher, als sein Land zu entwickeln, seine bessere sozialistische Zukunft zu bauen, in Eintracht und Frieden mit dem ganzen deutschen Volk und allen Völkern der Welt zu leben.
Aber ebensogut wissen wir, daß die Sicherheit der polnischen Grenzen an Oder und Neiße, der Friedensgrenze, heute in der Sicherheit der Grenze an der Elbe liegt, die die beiden deutschen Staaten trennt. Jeder Angriff auf die DDR ist ein Angriff auf uns, auf unsere Westgrenzen, auf alle sozialistischen Länder. ...<<

14.12.1958

Berlin: In Berlin treffen sich am 14. Dezember 1958 die Führungskräfte des "Bundes der Vertriebenen (BdV) - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" zur ersten Sitzung.

27.12.1958

China: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Dezember 1958 über die Volksrepublik China (x299/156): >>... Die mangelnde Begeisterung der Massen wird mit Terror ausgeglichen. Es sind Menschen verhaftet worden, weil Rauch aus ihrem Schornstein drang. Denn es ist ein Verbrechen, zu Hause heißes Wasser zu kochen. Man trinkt und ißt in der Kantine – und damit basta.
Andere wurden abgeführt, weil sie ein oder zwei Hühnchen zurückbehalten hatten, anstatt sie der Hühnerfarm der Kantine abzuliefern. Fast überall wurden die privaten Kochtöpfe eingeschmolzen. ...<<

1958

DDR: Im Jahre 1958 fliehen 204.092 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet über die "Wohnungswirtschaft" in der SBZ (x009/495): >>Für 1958 wurde der Wohnungsfehlbestand in der SBZ durch die SBZ-Behörden mit 570.000 angegeben. ... Ausschlaggebend für die "gerechte" Verteilung von Wohnraum ist die "Leistung" des Wohnungssuchenden oder Wohnungsinhabers "für den Aufbau der DDR".
Aktivisten, Angehörige der Intelligenz, Helden der Arbeit und andere Ausgezeichnete erhalten höchste Dringlichkeitsstufen. ... Die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) in den Betrieben nehmen entscheidenden Einfluß auf die Verteilung fertiggestellter Wohnungen, aber auch auf die Verteilung des Altwohnraums.
Seit März 1958 bestehen in den meisten Städten der SBZ "Volkseigene Kommunale Wohnungsverwaltungen", deren Aufgabe es ist, die in den Nachkriegsjahren auf Grund der sowjetischen Befehle enteigneten Grundstücke zu verwalten, ebenso Grundstücke mit ausländischen oder westdeutschen Eigentümern, ferner Grundbesitz von Personen, die nach dem 17. Juni

1953 die SBZ "illegal" verlassen haben. ...
Alle Arbeiten zur Werterhaltung der Wohnungen sind in der SBZ bisher sehr vernachlässigt worden. Das Material dafür ist knapp, und die Bauunternehmen - auch die in den PGH (Produktionsgenossenschaften) zusammengeschlossenen handwerklichen Baubetriebe - sind vorwiegend für staatliche Bauvorhaben und sonstige öffentliche Bauarbeiten eingesetzt.<<
BRD: Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen fördern den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder").
Die Industrieproduktion steigt von 1950-58 um rd. 177 %. Ende 1958 besitzt die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars (Marshall-Plan), gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.
Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<
Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.
Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.
Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte.
Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.
Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:
1952 = 32 Milliarden Dollar,
1962 = 89 Milliarden Dollar,
1979 = 600 Milliarden Dollar,
2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.
Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgendermaßen aus:
In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt.

Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<

Frankreich: Der französische Reporter Jacques Duquesne berichtet im Jahre 1958 in seinem Buch "Der grausame Krieg" über die brutalen französischen Vergeltungsmaßnahmen in Algerien (x075/199): >>Unsere jungen Menschen sind Zeugen dieser Greuel; sie werden als unvermeidlich dargestellt; es besteht die Gefahr, daß auf diese Weise eine ganze Generation verdorben wird. ...<<

China: Die maoistische Kollektivierungspolitik ("der Große Sprung") löst ab 1958 große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten aus.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer des Maoismus der 50er Jahre (x075/-232-233): >>... Zu Beginn der fünfziger Jahre fallen der Säuberung Hunderttausende, ja, Millionen von Menschen zum Opfer. Zu den Hingerichteten kommt eine noch viel größere Zahl von Menschen, die durch Arbeit zur Reform verdammt werden, wobei die Lager mit Hunger, Elend und Mißhandlung im Gefolge eine bedeutende Rolle in dem neu entstehenden Wirtschaftssystem spielen.

Von 1955 an wird "der große Sprung nach vorn" von einer Kampagne zur Vernichtung der Konterrevolutionäre" begleitet und führt vor allem aufgrund der absurden Verkennung wirtschaftlicher und industrieller Funktionsmechanismen zu einer Katastrophe in der Landwirtschaft.

Es scheint durchaus zulässig, die Zahl der Menschen, die während dieses "großen Sprungs" keines natürlichen Todes gestorben sind, auf 16, ja, 30 Millionen zu schätzen.

In den Jahren 1957/58 fallen die nicht die harte Linie befolgenden Kader einer Säuberung zum Opfer; die sporadischen Revolten nationaler Minderheiten werden niedergeschlagen. Dabei schien sich im Frühjahr 1957 eine Lockerung abzuzeichnen:

Die kurze Zeit der "Hundert Blumen" bringt eine Welle der Kritik hervor, aber diejenigen, die den Mund aufmachen oder der Kritik wohlwollend gegenüberstehen, werden bald darauf bestraft. Hunderttausende von "Rechtsabweichlern" werden in Arbeitslager geschickt. ...<<

1959

> Menschen, die immer nur arbeiten, haben keine Zeit zum Träumen, aber nur wer Zeit zum Träumen hat, findet Weisheit.
> *Indianische Weisheit*

01.01.1959

DDR: Anfang 1959 wird die zum Ministerium für Staatssicherheit gehörende "Hauptverwaltung Aufklärung" mit rund 800 Mitarbeitern in Berlin-Lichtenberg zusammengefaßt

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese "Hauptverwaltung Aufklärung" (x009/295-296): >>Sie entstand im Mai 1956 aus der Hauptabteilung XV und wurde dem Minister (Erich Mielke) unmittelbar unterstellt. - Seit 1.1.1959 hat sie 12 Abteilungen (HVA - Leitung: Generalmajor Markus J. Wolf):

1: Politische Spionage in Regierungsstellen der Bundesrepublik einschließlich des Verteidigungsministeriums;
2: Politische Spionage in Parteien und politischen Vereinigungen in der Bundesrepublik;
3: Ausländische Vertretungen in der Bundesrepublik; militärische Spionage im Ausland;
4: Militärische Spionage in der NATO;
5: Wirtschaftsspionage;
6: Einschleusung von Agenten;

7: Auswertung;
8: Diversion (Sabotagevorbereitungen in der Bundesrepublik);
9: Verbindungen, Funk- und Chiffrierwesen;
K: Dokumentation, Ausweisfälschung;
R: Kartei, Registratur;
K/S: Kader und Schulung.
Alle Wirtschafts- und Verwaltungsabteilungen des Hauptteils des Ministeriums für Staatssicherheit wie der HVA sind in der HVB (Bewirtschaftung und Verwaltung) zusammengefaßt, die in Berlin-Lichtenberg sitzt. - Das Ministerium für Staatssicherheit wird von einem sowjetischen Beraterstab überwacht und angeleitet. ...<<
Das Deutschland-Archiv berichtet später über die "Kaderabteilugen" (x243/205): >>... "Kader" (bezeichnet) eine planmäßig herangebildete Elite, ... die beauftragt ist, in wichtigen Führungspositionen dem Parteiregime zu dienen. ... Kaderabteilungen (erfassen) ... das gesamte Personal des staatlichen Sektors und kontrollieren (es. Sie) bestehen in allen VEB, Massenorganisationen und staatlichen Institutionen. Sie sind ausschließlich mit linientreuen Genossen besetzt, unterliegen geheimen Bestimmungen und kooperieren eng mit der Staatssicherheit (MfS). ...
Über jede von der Kaderabteilung registrierte Person wird eine ... Akte geführt. ... Das Nichterscheinen zur Maidemonstration kann dort ebenso aufmerksam notiert werden wie Diskussionsbeiträge oder die Spende für Nordvietnam. ...<<
Kuba: Fulgencio Batista (1901-1973, seit 1933 Diktator in Kuba) flieht am 1. Januar 1959 ins Ausland.

03.01.1959

USA: US-Präsident Eisenhower erklärt Alaska am 3. Januar 1959 zum 49. US-Bundesstaat (x175/531).

10.01.1959

UdSSR: Die Sowjetunion übergibt der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, den 3 Westmächten und anderen Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen das NS-Regime teilgenommen hatten, am 10. Januar 1959 den Entwurf eines Friedensvertrages.

19.01.1959

BRD: Das BdV-Präsidium lehnt den sowjetischen Friedensvertrag am 19. Januar 1959 ab (x155/66): >>... 14 Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen soll die Vertreibung von 15 Millionen Menschen durch unsere Unterschrift legalisiert werden. Deutsches Gebiet soll für die Dauer dem deutschen Volk entrissen und unüberbrückbare Gegensätze zwischen Deutschen und Polen und Deutschen und Tschechen geschaffen werden.
Das Ziel der sowjetischen Europapolitik ist ein an die Sowjetunion angekettetes Osteuropa und der weitere Vormarsch des Bolschewismus in die freie Welt durch die Tür einer deutschen "Konföderation". ...<<

01.02.1959

DDR: Das SED-Regime warnt am 1. Februar 1959 vor vermeintlichen Angriffsplänen der Bundeswehr.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Propagandapolitik" der SBZ (x009/291): >>... Ein wichtiges Mittel der Militärpolitik ist die Militärpropaganda: die unaufhörliche Durchdringung der Bevölkerung mit den scheinpatriotisch gefärbten Wehrauffassungen des Marxismus-Leninismus.
Um die Bevölkerung der SBZ wie auch der Bundesrepublik gegen die NATO aufzuhetzen, wird mit der allgemeinen Militärpropaganda eine lebhafte militärpolitische Agitation gegen die Bundeswehr verbunden. Dabei bedienen sich die SED und das Regime seit Anfang 1959 immer stärker der fadenscheinigen Behauptung, die Bundesregierung wolle die SBZ gewalt-

sam in Besitz nehmen. Für eine solche Blitzkriegsaktion der atomar bewaffneten Bundeswehr, die sich auf die links der Elbe stehenbleibenden Truppen der NATO stützen werde, sollen angebliche Pläne bestehen. ...<<

13.02.1959

Kuba: Der kubanische Rechtsanwalt Fidel Castro übernimmt nach der siegreichen Revolution am 13. Februar 1959 das Amt des Ministerpräsidenten.
Fidel Castro verbündet sich danach schon bald mit der Sowjetunion.

07.03.1959

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 7. März 1959 über die Einigung der Vertriebenenbewegung (x155/66-68): >>... Am 14. Dezember 1958 haben wir in Berlin den Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände - geschaffen.
Er ist die Repräsentanz (Vertretung) der 10 Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik!
... Mit 2,5 Millionen Mitgliedern und über 10.000 Ortsverbänden wird der Bund der Vertriebenen an Stärke und Gewicht nur noch durch den Deutschen Gewerkschaftsbund übertroffen.
...
Schicksalsgefährten!
In den Jahren seit der Vertreibung habt Ihr mit ungebrochenem Mut, mit zähem Fleiß ein neues Leben begonnen. Mit Hilfe Eurer Organisationen habt Ihr wieder festen Fuß gefaßt. Aber Hunderttausende vegetieren noch in unwürdigen und bedrängten Verhältnissen dahin. Der soziale Absturz, den Millionen von Vertriebenen erlitten haben, kann durch keinen Lastenausgleich behoben werden. Nichts kann uns den vertrauten Heimatboden ersetzen, noch die seelischen und sittlichen Werte, die damit verbunden waren.
Die wenigsten von Euch haben jene Existenzen wieder aufbauen können, die sie in der Heimat besaßen. In diesen Mühsalen des Alltags hielt Euch die Hoffnung aufrecht, daß es durch vereinte Kraft, mit Hilfe des gesamten deutschen Volkes und durch den Sieg eines neuen Rechtsdenkens in der Welt, in nicht zu ferner Zeit zurückgegeben werde, was uns geraubt wurde: die deutsche Heimat im Osten - das Recht auf Selbstbestimmung.
Zutiefst haben uns die Deutschlandpläne des sowjetischen Ministerpräsidenten betroffen. Wir müssen dem grimmigen Ernst der Stunde fest ins Auge sehen. Mehr als die Zukunft unserer Heimat steht auf dem Spiele. In den nächsten Monaten wird um das Schicksal Deutschlands und um die Zukunft Europas gerungen werden.
... Eine ehrliche Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten ist auch unser Anliegen. Das Recht unseres Volkes auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung darf jedoch nicht preisgegeben werden.
... Die Vertriebenenvertretung darf nicht zum Selbstzweck erstarren. ... Gegen die vom Osten her gesteuerte Aufweichungspropaganda, gegen die Einflüsterungen der Verzichter und Kapitulanten werden wir uns nachdrücklich zur Wehr setzen.
... Wir rufen die deutsche Jugend des Ostens auf, Hand in Hand mit der älteren Generation für Heimat und Zukunft einzustehen.
Wir wollen uns in der kommenden Bewährungszeit so verhalten, wie sich jedes andere Volk verhielte, dessen Einheit und Freiheit auf dem Spiele steht.
Nach 4 Teilungen sangen unsere polnischen Nachbarn trotzig: "Noch ist Polen nicht verloren!"
So dürfen wir mit gleichem Recht unseren Freunden und Schicksalsgefährten zurufen: Die Heimat ist nicht verloren, solange wir in Treue zu ihr stehen!<<

10.03.1959

Polen: Der polnische KP-Politiker Wladyslaw Gomulka (1905-1982, von 1956-1970 Erster Sekretär des ZK) erklärt am 10. März 1959 während des III. Parteitages (x125/127): >>Kein Volk nimmt leichten Herzens den Verlust von Gebieten hin, die früher zu seinem Staat gehör-

ten, wenn auch unrechtmäßig.
Wir kennen das selbst doch gut aus unserem polnischen Beispiel der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Gebiete. ...<<

23.03.1959

DDR: Ministerpräsident Otto Grotewohl fordert am 23. März 1959 in einer Rede vor Kulturschaffenden, daß die atheistische Denkweise mit staatlichen Mitteln durchzusetzen ist (x009/216).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Atheismus" in der SBZ (x009/41-42): >>Nach der kommunistischen Lehre ist jede Religion eine Verkörperung von Aberglauben, der geeignet sei, jeden Fortschritt im Sinne des Kommunismus aufzuhalten.
"Die Religion ist das Opium des Volkes" - dieser Ausspruch von Marx ist der Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Religionsfrage. Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle und jegliche religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die dem Schutz der Ausbreitung und der Umnebelung der Arbeiterklasse dienen." Dieser Ausspruch von Lenin ("Das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion") ist charakteristisch für das grundlegende Ziel des Kommunismus, alle Religionen zu vernichten.
Die Religionen seien ein Werkzeug der ausbeutenden Klasse. Kein Arbeiter oder Bauer könne Interesse daran haben, sein materielles Los auf dieser Welt zu verbessern, wenn er einen religiösen Glauben habe. An Stelle einer "religiösen Vorstellung" setzt der Kommunismus ein pseudo-religiöses Glaubensbekenntnis, dessen Grundlage die klassischen Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind und dessen "Kirche" der Parteiapparat mit seinen Funktionären ist. Von seinen Anhängern fordert er unter Androhung des Parteiausschlusses mit allen seinen Folgen fanatischen Gehorsam.
Auch wenn sich bestimmte Perioden der "Duldsamkeit" gegenüber religiösen Gemeinschaften aus taktischen Gründen abzeichnen, hat sich die Grundeinstellung bis zur Gegenwart nicht geändert.
... Unter Auswertung der sowjetischen Erfahrungen wurde in den Satellitenstaaten die Taktik eines offenen Angriffs auf die Religionen zunächst weitgehend vermieden. Vielmehr wurde versucht, die Glaubensverbreitung zu beschränken mit dem Ziel einer "Verstaatlichung" der religiösen Körperschaften.
Seit 1952 richtet sich der Angriff in der SBZ nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrieren sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindemitglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten.
Daß im kommunistischen Plan eine Auslöschung beider großen Kirchen enthalten ist, zeigen u.a. die Gewaltakte gegen die Zeugen Jehovas im Jahre 1951.
In der letzten Zeit verstärken sich unter Einschaltung von Presse, Rundfunk, Film und politischen Massenorganisationen die staatlichen Versuche, über das innere Wesen christlicher Ethik vor allem bei den Jugendlichen ernste Zweifel aufkommen zu lassen, die zu schweren Gewissenskonflikten führen.
"Ist das etwa Erziehung zum selbständigen Denken, wenn von den Jugendlichen im Konfirmationsunterricht gefordert wird, zu glauben, daß sie von einem überirdischen Wesen geschaffen worden seien? (Ulbricht zur Jugendweihe, Sommer 1957).
1959 erschien erstmalig unter dem Titel "Vom Jenseits zum Diesseits" der I. Band eines "Wegweisers zum Atheismus" ... Darin heißt es in dem Kapitel "Arbeiterpartei und Religion" eindeutig: "Die Partei erklärt das religiöse Bekenntnis zur Privatsache gegenüber dem Staat.

Der Partei gegenüber ist aber das religiöse Bekenntnis ihrer Mitglieder sowie des ganzen Proletariats keinesfalls Privatsache."
Ein besonderes Kapitel des Buches enthält genaue Richtlinien über die Praxis des Kirchenaustritts. Darin wird grundsätzlich gesagt: "Die Erkenntnis, daß die Lehre der Religion nachweisbar wissenschaftlich unhaltbar sind, muß bei jedem Menschen mit logischer Konsequenz zur Ablehnung der religiösen Anschauung führen".
Zur gleichen Zeit erschien in Moskau ein "Vademecum des Atheisten" unter dem Titel "Sputnik Ateista". Darin heißt es u.a.:
"Zur Aufgabe des Kommunismus gehört die Liquidation der sozialen Bedingungen der Religion. Der Kommunismus läßt keinen Raum für irgendeine Religion übrig. Die Kommunisten erstreben die Zusammenfassung von Menschen verschiedener Weltanschauungen, Atheisten und Gläubigen, zum Kampf für den Frieden und Sozialismus. Aber dieser Kampf kann nur unter dem Banner der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, welche alle Formen der religiösen Ideologie ablehnt, erfolgreich zu Ende geführt werden." ...<<

25.03.1959

Frankreich: Staatspräsident de Gaulle erklärt am 25. März 1959 während einer Pressekonferenz zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/143): >>... Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt, und vorausgesetzt, daß das wiedervereinigte Deutschland beabsichtigt, sich eines Tages in eine vertragsmäßige Organisation ganz Europas für die Zusammenarbeit, für Frieden und Freiheit zu integrieren. ...<<

20.04.1959

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius beschwert sich am 20. April 1959 in einem Offenen Brief über die Anwendung staatlicher Machtmittel gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die antichristliche Jugenderziehung in der SBZ (x009/200-201): >>... Es besteht kein Zweifel, daß die FDJ ihre Aufgabe, die Politisierung der jungen Generation im Sinn der bolschewistischen Führung zu erzielen, nicht erfüllt hat. ...
Weit effektiver ist hingegen eine Reihe andersartiger Maßnahmen. Hierzu gehört einmal die atheistische Agitation, die die Jugend der Kirche und den christlichen Traditionsgütern fast völlig entfremdet hat. In den letzten Jahren nahmen 80 bis 90 % der 14jährigen an der staatlichen Jugendweihe teil - womit sich nach Auffassung des Rats der EKD eine Konfirmation nicht verträgt. Noch eklatanter ist der Rückgang der Taufen, obwohl hier der Druck des Regimes geringer ist. Das läßt den Schluß zu, daß das Gros der Eltern der in den letzten Jahren geborenen Säuglinge - meist im Alter von 18 und 30 Jahren - kein Verhältnis mehr zur evangelischen Kirche und ihrem Ritual hat. ...
Das Gros dieser Jugend hat keinen Vergleich zu anderen Lebensstilen; die Orientierung am Kollektiv, die Vorstellung, daß der Staat die Aufgabe hat, dem einzelnen Fürsorge und soziale Sicherheit zu gewähren, und das Sich-Vorfinden in einem dirigistischen System ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Entfremdung gegenüber der gleichaltrigen Jugend in der Bundesrepublik und dem westlichen Lebensstil reicht tief. ...
Die jungen Leute der SBZ sind ängstlich darauf bedacht, sich in ihrer Freizeit nicht von Staat, Partei und Organisationen hineinreden zu lassen. Vor allem der Mangel an Möglichkeiten, in den Westen zu reisen, trägt zur Protesthaltung bei. Die unter 25jährigen, die knapp 36 % der SBZ-Bevölkerung ausmachen, machten fast 50 % der Flüchtlinge aus. Zugleich stellten sie aber das Gros der enttäuschten Rückwanderer: 20 % und mehr der einzeln flüchtenden Ju-

gendlichen gehen nach meist nicht langer Zeit in die SBZ zurück, da sie sich auf Grund ihrer Vorstellungen von Staat und Gesellschaft in der freiheitlichen Atmosphäre des Westens nicht zurechtfinden und sich "herzlos" behandelt fühlen u.ä.<<

April 1959

DDR: 5 Studenten der TU Dresden werden im April 1959 durch das Bezirksgericht Dresden während eines Schauprozesses zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>... In der letzten Zeit wurden die Prozesse gegen 24 Studenten der Universität Jena vor dem Bezirksgericht Gera im September/Oktober 1958 (Gesamtstrafen: 110 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen 5 Studenten der TU Dresden vor dem Bezirksgericht Dresden im April 1959 (Gesamtstrafen: 37,5 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen den ehemaligen Grenzpolizei-Oberleutnant Smolka vor dem Bezirksgericht Frankfurt (Todesstrafe) ... besonders bekannt.<<

USA: Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärt im April 1959 in New York (x299/178): >>... Ich stimme nicht mit dem Kommunismus überein. Wir sind eine Demokratie. Wir werden spätestens in zwei Monaten freie Wahlen abhalten.<<

02.05.1959

BRD: Der BdV-Mitarbeiterkongreß legt am 2. Mai 1959 Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag fest (x155/69-70): >>Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. ...

Ein gerechter Friede muß auf Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind. ...

1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein. ...

3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein. ...

4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung. ...

6. ... Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung: Verhandlungsfriede oder Diktatfriede - Rechtsfriede oder Gewaltfriede. ...<<

15.05.1959

DDR: Ein FDJ-Statut verlangt am 15. Mai 1959 von allen Mitgliedern der FDJ, sich vormilitärische Kenntnisse anzueignen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese FDJ-Forderung (x009/124-125): >>... Demgemäß heißt es im Statut vom 15.5.1959 (§ 1, Abs. 1-6); "Die FDJ ist die sozialistische Massenorganisation der Jugend in der DDR. Sie vereint in ihren Reihen auf freiwilliger Grundlage die Arbeiter- und Landjugend, die junge Intelligenz, die Schüler und Studenten und die Jugend des Mittelstandes."

Sie "läßt sich ... von den richtungsweisenden Beschlüssen und Ratschlägen der SED leiten, weil ihre Politik auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin beruhend, den Lebensinteressen der Nation und der Jugend entspricht."

Im § 5 d heißt es: "Jedes Mitglied der FDJ hat die Pflicht, ... sich mit der wissenschaftlichen Lehre der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus vertraut zu machen."

Die FDJ ist also auch auf den Atheismus verpflichtet, und damit ist § 1, Abs. 27 des Statuts unglaubwürdig, in dem die FDJ behauptet: "Sie betrachtet alle Jugendlichen, auch die, die religiös gebunden sind, als ihre Freunde und Kameraden ..."

Um den Patriotismus der ganzen deutschen Jugend auf das SBZ-Regime festzulegen, behauptet das Statut: "Die deutsche Jugend hat in der DDR ihr wahres Vaterland."
Auch verlangt § 1, Abs. 11 den Einsatz für die bewaffneten Organe der SBZ: "Die Mitglieder der FDJ betrachten es als ihre Ehre und Pflicht, ... sich vormilitärische Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Der Dienst in den bewaffneten Organen der DDR ist für jedes Mitglied der FDJ eine Ehrenpflicht."
Um die FDJ für den Siebenjahrplan anzuspannen, beschloß das VI. Parlament (Mai 1959) ein genau durchgegliedertes "Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus". Darin wird u.a. Mitarbeit gefordert an der Bewegung des Kompaß, den Kontrollposten, den Brigaden der sozialistischen Arbeit, den sozialistischen Gemeinschaften.
Die gesamte Tätigkeit und Schulung der FDJ wird seit langem ausschließlich von der SED angeleitet und gelenkt. Der Zentralrat wird alle 4 Jahre vom Parlament der FDJ gewählt; er setzt das Büro und das Sekretariat des Zentralrats, die eigentliche Führungsspitze, ein. ...
Als Mitgliederzahl nannte das "Statistische Jahrbuch der DDR 1959" 1,74 Millionen (ohne Junge Pioniere). ... Die FDJ erfaßt die Jugendlichen über 14 Jahre und übernimmt sie von den Jungen Pionieren. Die Altersgrenze, nicht für Funktionäre, wohl aber für Mitglieder, ist im allgemeinen (seit dem Statut vom Mai 1959) das vollendete 26. Lebensjahr. Die FDJ ist die einzige amtlich erlaubte Organisation von Jugendlichen in der SBZ. ...
In der Bundesrepublik Deutschland ist die FDJ seit dem 26.6.1951 als verfassungsfeindlich verboten. ...<<

01.06.1959

DDR: Während der Genfer Außenminister-Tagung bekräftigt die DDR am 1. Juni 1959 ihren Souveränitätsanspruch.
Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet im Leitartikel vom 1. Juni 1959 (x009/-396): >>... Das Verhältnis der Westmächte zur DDR, wie es sich jetzt in Genf herausgebildet hat, kommt einer De-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte gleich, ... mögen sie in den Delegierten der beiden deutschen Staaten (auch) nur "Berater" oder sonst etwas sehen." ...<<

01.07.1959

BRD: Der CDU-Politiker Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1959 zum Bundespräsidenten gewählt.

06.07.1959

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 6. Juli 1959 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1959 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 37,9 Milliarden DM entfallen 28,0 % auf Sozialleistungen und 25,3 % auf Verteidigungskosten.<<

24.07.1959

DDR: Die SED-Regierung versichert am 24. Juli 1959, es werde niemals einen unfreiwilligen Zwangseintritt in die LPG geben.

10.08.1959

Algerien: Der Erzbischof von Algier, Léon-Etienne Duval, protestiert am 10. August 1959 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/199): >>Es ist meine Pflicht, Herr Vertreter der Regierung in Algier, erneut gegen die verurteilungswürdigen Methoden zu protestieren, die trotz feierlicher Erklärungen von höherer Stelle in Algerien weiterhin angewendet werden; Hinrichtungen ohne Urteilsspruch, Anwendung der Folter, Zerstörung von Dörfern ...<<

21.08.1959

USA: US-Präsident Eisenhower erklärt Hawaii am 21. August 1959 zum 50. US-Bundesstaat (x175/531).

24.08.1959

BRD: Die BdV-Vertretung berichtet am 24. August 1959 über die Lage der deutschen Heimatvertriebenen (x155/71-72): >>... In der Bundesrepublik Deutschland leben mehr als 12 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus Mitteldeutschland. Unter den 17 Millionen versklavten Bewohnern der Sowjetzone befinden sich weitere 3 Millionen Vertriebene. Insgesamt sind 14 Millionen Deutsche nach Beendigung der Kriegshandlung ihres Eigentums beraubt und aus ihren Heimen deportiert worden.

Bei diesen Volksdeportationen sind mehr Deutsche zugrunde gegangen, als Deutschland im Ersten Weltkrieg Männer verloren hat. Von dem Heer der 3 Millionen Vertreibungstoten spricht niemand.

... Die Aufbauleistungen der deutschen Demokratie haben die Legende zerstört, daß die Deutschen ungeeignet seien, unter den Segnungen des Friedens und der Freiheit zu leben. ...

... Das deutsche Volk wird nie mehr den Frieden gefährden, weil es den Fluch des Krieges und den Wahnsinn der Totalität bitter am eigenen Leibe verspürt hat.

Fast ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik hat das Schicksal der Deportation oder der Flucht vor dem kommunistischen Terror erfahren. Millionen unserer Mitbürger erlebten das Inferno des Luftkrieges in den deutschen Städten oder das bittere Los jahrelanger Kriegsgefangenschaft.

Niemand von uns denkt an Krieg oder Revanche. Was wir anstreben, ist die Wiedervereinigung des ganzen Deutschland und ein dauernder Friede, der das Recht aller Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung verwirklicht.<<

09.09.1959

DDR: In der Regierungserklärung vom 9. September 1959 betont das SED-Regime, "daß Verhandlungen über Deutschland ohne die Teilnahme beider deutscher Staaten unmöglich sind" (x009/52).

13.09.1959

BRD: Das BdV-Präsidium begrüßt am 13. September 1959 die geplante Einführung des Weltflüchtlingsjahres (x155/73-75): >>In den Stürmen der West-Ost-Auseinandersetzung ist der Gedanke des Weltflüchtlingsjahres entstanden.

Was bisher ein Problem Europas und seiner Randgebiete war, ist inzwischen zu einer weltweiten Erscheinung geworden. Der Flüchtling, der Vertriebene, der heimatlose Mensch, gehetzt, zumeist die Furcht im Nacken, das Entsetzen im Gesicht, ausgeplündert, ein Strandgut der Zeit.

War Deutschland durch Jahrhunderte ein Hort der Verfolgten, so ist es heute ein Land, das für die eigenen Vertriebenen und Flüchtlinge zu werben hat. 150 Millionen in aller Welt haben sich im Zeitraum der letzten 50 Jahre in Bewegung setzen müssen, 40 Millionen sind es seit dem Ersten Weltkrieg. Über 12 Millionen haben nach dem Zweiten Weltkrieg in die Bundesrepublik flüchten müssen, und noch ist ein Ende nicht abzusehen.

... Zeigt Ausstellungen, stellt die Wurzel der Vertreibung, den Leidensweg der Flucht und den anschließenden Existenzkampf dar! ...

Das Weltflüchtlingsjahr schaffte eine Schicksalsgemeinschaft unter den Vertriebenen und Flüchtlingen in aller Welt. Gleiches Schicksal, geboren aus gleichem Anlaß, möge keinen Unterschied in den Nationen kennen. Steht zueinander und helft einander!

Vergeßt aber nie, wo die Wurzeln dieses Schicksals liegen. ...<<

01.10.1959

DDR: Die neue DDR-Flagge wird am 1. Oktober 1959 offiziell vorgestellt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flagge" der DDR (x009/130): >>Die Flagge der DDR besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold (Gesetz vom 26.9.1955). Seit dem 1.10.1959 trägt sie auf beiden Seiten in der Mitte das Wappen

Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz.
Den ständigen Bemühungen, der DDR und der These von den beiden deutschen Staaten Anerkennung zu verschaffen, dienen auch die Versuche, die Flagge in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland vor allem bei internationalen Kongressen oder Sportveranstaltungen zu zeigen, die bisher meist am Widerstand der Veranstalter gescheitert sind.
Dieser politische Zweck hat der neuen Flagge den treffenden Namen "Spalterflagge" eingebracht.<<
Am 1. Oktober 1959 wird das Gesetz über den "Siebenjahresplan 1959-1965" erlassen (x243/-203): >>... Im Zeitraum des Siebenjahresplanes ist die grundlegende Aufgabe zu lösen, ... Westdeutschland auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität einzuholen und zu überflügeln. ... (Bis Ende 1961 soll) Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten industriellen Konsumgütern und Lebensmitteln (ein- bzw. überholt werden). ...<<
Die Volkskammer beschließt am 1. Oktober 1959 das geänderte Gerichtsverfassungsgesetz (GVG).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Richter" in der SBZ (x009/370-371): >>... Ein Richter muß nach seiner Persönlichkeit und Tätigkeit die Gewähr dafür bieten, daß er sein Amt gemäß den Grundsätzen der Verfassung ausübt, sich vorbehaltlos für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik einsetzt und der Arbeiter- und Bauernmacht treu ergeben ist (§ 15 des sowjetzonalen GVG in der Fassung vom 1.10.1959). ...
Obwohl Artikel 127 der Verfassung und § 7 des sowjetzonalen GVG lauten: "Die Richter sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen", werden laufend und planmäßig Weisungen an die Richter erlassen. Haftentlassungen von sog. Wirtschaftsverbrechern wurden für unzulässig erklärt und bedurften der Genehmigung des Ministeriums (Rundverfügung Nr. 98/50 des sächsischen Justizministeriums).
Richter, die sich diesen Rundverfügungen nicht fügten, sind entlassen oder inhaftiert worden. Die Kontrollkommission hatte bis zum Jahre 1953 weitgehende Befugnisse gegenüber den Gerichten. ...
Einen selbständigen Apparat zur "Anleitung der Richter" schuf Hilde Benjamin nach dem 17.6.1953. Instrukteure eines sog. Operativstabes reisten durch die SBZ und erteilten in den Verfahren gegen Demonstranten des 17. Juni (Juni-Aufstand) Weisungen über das Strafmaß, die sie vorher telefonisch beim Operativstab in Ost-Berlin, z.T. unmittelbar bei Hilde Benjamin, einholten. Dieses Instrukteurwesen wurde im Jahre 1954 in das Justizministerium übernommen.
Richter, die die ihnen gegebenen "Anleitungen" nicht beachteten, setzten sich der Gefahr sofortiger Abberufung oder strafrechtlicher Verfolgung aus. Das Prinzip von "Anleitung und Kontrolle" hat in der Neufassung des Gesetzes über die Gerichtsverfassung vom 1.10.1959 eine gesetzliche Verankerung erhalten: "Die Kreis- und Bezirksgerichte werden in ihrer Tätigkeit durch das Ministerium der Justiz angeleitet und kontrolliert" (§ 13 GVG).
Aus dem Grundsatz der "richterlichen Verantwortlichkeit" wurde eine weitere Möglichkeit zu Eingriffen in die richterliche Unabhängigkeit entwickelt. Das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht" vom 18.1.1957 gibt der jeweiligen örtlichen Volksvertretung das Recht, Kritik an der Arbeit des Gerichts zu üben, wenn durch Mängel in dessen Tätigkeit "die Lösung der Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen, der Aufbau des Sozialismus und die Entfaltung des demokratischen Lebens gehemmt werden". ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rechtsanwaltschaft" in der SBZ (x009/349-350): >>... Der V. Parteitag der SED hat der Rechtsanwaltschaft die Aufgabe gestellt, sich zu einem sozialistischen Organ der Rechtstätigkeit in der DDR zu entwickeln. (Aus der Konzeption für die Aufgaben der Rechtsanwaltschaft bei der Durchfüh-

rung des Siebenjahresplanes".)
Die Rechtsanwaltschaft hat die Aufgabe, "die Organe der Staatsmacht zur Verwirklichung der Aufgaben des Siebenjahresplanes bewußt und damit planmäßig zu unterstützen. Damit dient die Rechtsanwaltschaft in der DDR dem Siege des Sozialismus, der Erhaltung des Friedens und ist Vorbild für eine gesamtdeutsche Anwaltschaft". "Die Rechtsanwaltschaft braucht daher einen klaren parteilichen Standpunkt wie jeder, der in unserem Staat eine gesellschaftliche Funktion auszuüben hat." ("Neue Justiz" 1960, S. 397).
Es bedurfte zahlloser Maßnahmen der SED-Machthaber, um zum gewünschten Ziel zu gelangen, nachdem noch 1951 in der Rechtsanwaltschaft "die langsamste Vorwärtsentwicklung und die unentwickelsten Formen einer neuen Gestaltung" festgestellt wurden (Hilde Benjamin in "Neue Justiz" 1951, S. 51).
Mit Entziehungen der Zulassung, Auftrittsverboten, Strafverfolgungen und Verhaftungen ging man gegen die Anwälte vor, die als "Verfechter bürgerlich-kapitalistischer Rechtsansichten" angesehen wurden. Der Versuch, Anwaltskollektive nach sowjetischem Muster auf freiwilliger Basis entstehen zu lassen, schlug fehl.
Am 15.5.1953 erging die "Verordnung über die Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte mit einem "Musterstatut für die Kollegien der Rechtsanwälte" als Anlage. Als "Offizialverteidiger und als beigeordneter Rechtsanwalt in Zivilprozessen kann nur ein Rechtsanwalt bestellt werden, der Mitglied eines Kollegiums der Rechtsanwälte ist" (§ 3 der Verordnung). ... Freiberuflich tätige Rechtsanwälte werden nicht mehr neu zugelassen. ...
Diese Konzeption entspricht den Beschlüssen der V. Parteitages der SED und dem § 14 des am 1.10.1959 neu gefaßten Gesetzes über die Gerichtsverfassung: "Die Rechtsanwälte in der DDR haben durch ihre gesamte Tätigkeit zur Entwicklung des sozialistischen Rechtsbewußtseins der Bevölkerung und zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit beizutragen. Sie haben den Rechtsuchenden sachgemäß zu beraten und vor Gericht zu vertreten."
Angesichts dieser grundsätzlichen Auffassungen und Bestimmungen wird klar, daß insgesamt dem Verteidiger im Strafverfahren jede echte anwaltliche Tätigkeit unmöglich gemacht wird. Viele Rechtsanwälte sind gerade deswegen aus der SBZ geflüchtet. In der SBZ und in Ost-Berlin gibt es zur Zeit 679 Rechtsanwälte, von denen schon mehr als 2 Drittel dem Kollegium angehören, während der Rest seinen Beruf noch frei ausübt. Den nicht freiberuflich tätigen Anwälten soll in planmäßiger Aufklärungs- und Erziehungsarbeit klargemacht werden, daß "die Perspektiven ihrer Entwicklung im Anwaltskollegium liegen" ("Neue Justiz", 1958, S. 665).<<

06.10.1959

DDR: Seit Bestehen der DDR sind bis zum 6. Oktober 1959 rd. 2,3 Millionen Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen geflohen.

07.10.1959

DDR: Das ZK der SED behauptet am 7. Oktober 1959, dem 10. Jahrestag der Gründung der DDR, daß die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands bewerkstelligt hätten (x009/405).

12.10.1959

Frankreich: Premierminister Michel Debré (1912-1996) erklärt am 12. Oktober 1959 vor der französischen Nationalversammlung, daß die französische Regierung unter Aufrechterhaltung des Status quo auch die Respektierung der Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Linie verstehe (x155/75).

Premierminister Michel Debré (1912-1996) verkündet während einer Regierungserklärung zur deutsch-polnischen Grenzfestsetzung (x125/144): >>... Die Grundbedingung für eine Einigung (mit der Sowjetunion) ist die Bekräftigung des Status quo.
Darunter verstehen wir nicht nur das Berliner Statut, sondern auch das gegenwärtige Regime

der deutschen Bundesrepublik, von der man nicht behaupten kann, daß sie eine Revanchepolitik begünstige.
Dazu gehört auch die Respektierung der Grenzen, und zwar aller Grenzen mit Einschluß der sogenannten Oder-Neiße-Linie. ...<<

19.10.1959

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 19. Oktober 1959 die französische Stellungnahme zur Oder-Neiße-Linie (x155/75): >>Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Debré zugunsten der von der kommunistischen Regierung Polens angestrebten Oder-Neiße-Grenze stellt einen Affront gegen legitime deutsche Interessen dar.
Es ist eine Zumutung, von der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, daß sie auf eine friedensvertragliche Regelung der deutschen Ostgrenze verzichtet. Dies Verlangen würde die Preisgabe einer völkerrechtlichen Position bedeuten, welche die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens einem wiedervereinigten Deutschland eingeräumt haben und das ... anläßlich der letzten Genfer Konferenz ausdrücklich bestätigt wurde.
Gerade wenn man die deutsch-französische Verständigung vertritt, muß man derartige Ausführungen von französischer Seite bedauern. Diese Erklärung widerspricht den wesentlichen Grundsätzen von Freiheit und Selbstbestimmung. Die deutschen Vertriebenen lehnen sie ab.<<

28.10.1959

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland beschließt am 28. Oktober 1959, ein Hissen der DDR-Flagge durch Polizeimaßnahmen zu verhindern, sofern es eine politische Demonstration im Bundesgebiet darstellt.

09.11.1959

BRD: Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldet am 9. November 1959 (x028/239): >>... Die französische Regierung hat der Bundesregierung auf Anfrage versichert, daß sie die Oder-Neiße-Linie nach wie vor als eine provisorische polnische Verwaltungsgrenze ansehe.
Sie betonte gleichzeitig, daß eine endgültige Regelung der deutschen Ostgrenzen einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorbehalten bleiben müsse.<<

USA: Wilhelm Grewe (1911-2000, von 1958-62 deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten) erläutert am 9. November 1959 in New York zukünftige Ziele der deutschen Ostpolitik (x125/107,130-131):

>>1. Vor allem gilt es, die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik und Westberlins gegen kommunistische Aggressionen und andere Formen der Ausdehnung des kommunistischen Herrschaftsbereichs (Subversion, Infiltration usw.) zu schützen.
2. Wir können nicht die 17 Millionen Deutschen in Mitteldeutschland aufgeben und uns mit der dauernden Teilung Deutschlands abfinden.
3. Wir müssen freundliche Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn herstellen und unsere Streitfragen mit ihnen durch Verhandlungen und Kompromiß regeln.
4. Wir müssen mit der Sowjetunion zusammenleben. ...<<
>>... Ein Fünftel der gegenwärtigen Bevölkerung der Bundesrepublik sind Flüchtlinge. ... Sie alle billigen jedenfalls nicht die Annexion ihres Heimatlandes durch Polen. ...
Ich glaube, daß es überhaupt nur eine Aussicht gibt, das deutsche Volk mit einer Lösung zu versöhnen, die größere Gebietsopfer verlangen würde: das wäre eine Verbindung der Grenzfrage mit einer positiven Regelung der Wiedervereinigungsfrage. Diese Überlegung bildet einen der Gründe, die es voreilig erscheinen lassen, die Grenzfrage jetzt zu lösen.
Ein zweiter Grund liegt darin, daß die territoriale Verständigung ein Eckstein für eine deutsch-polnische Versöhnung und Annäherung sein sollte. Sie muß daher frei verhandelt und in einem zweiseitigen Vertrag geregelt werden. Es liegt auf der Hand, daß die Zeit für solche Verhandlungen noch nicht gekommen ist. Für eine deutsche Regierung wäre es töricht, den ge-

samten Verhandlungsgegenstand schon vorher zu opfern, ohne daß man auch nur eine vernünftige Aussicht auf eine positive Würdigung solcher Opfer hätte.<<

10.11.1959

DDR: Die evangelische Ostkonferenz bezeichnet am 10. November 1959 die Kinder-, Jugend-, Ehe- und Grabweihe als gottlos.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Eheschließung" - gelegentlich auch als Eheweihe bezeichnet - (x009/105): >>Zu den pseudosakralen Staatsakten, durch deren Einführung die SED den Einfluß von Christentum und Kirche auf das öffentliche Leben ihres Machtbereiches zu beseitigen sucht, gehört neben der Kindesweihe und der Jugendweihe auch die Eheweihe, früher als "sozialistische Eheschließung" bezeichnet.

Die Eheweihe folgt der standesamtlichen Trauung, ist also einstweilen nicht mit dieser verbunden, obschon sie nicht mehr Sache der Partei, sondern der staatlichen Organe sein soll. Die Brautleute werden nach dem Aufgebot von staatlichen Beauftragten aufgesucht, die sie für die Eheweihe gewinnen sollen; bei dem Eheweihe-Akt, an dessen Pseudoliturgie vor allem die Massenorganisationen mitwirken sollen, legen die Brautleute ein "sozialistisches Ehegelöbnis" ab, durch das sie sich - nach dem von der SED aufgesetzten Wortlaut - verpflichten, "mit gemeinsamer Kraft die sozialistischen Errungenschaften und die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu stärken".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sozialistische "Begräbnis" in der SBZ (x009/58): >>Seit 1957 waren Bestrebungen erkennbar, auch das christliche Begräbnis (Grabweihe) durch einen pseudosakralen Staatsakt zu ersetzen, der als sozialistisches Begräbnis, gelegentlich auch als Grabweihe bezeichnet wurde, aber keine nennenswerte Verbreitung fand.

Zunächst hielt die SED, ähnlich wie die SS im "Dritten Reich", Grabredner bereit; später sollte es Sache der Kreise und Gemeinden sein, die pseudosakralen Staatsakte durchzuführen.<<

29.11.1959

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 29. November 1959 die deutsche Ostpolitik und eine einseitige deutsche Wiedergutmachungspflicht (x155/76): >>Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen sieht sich mit tiefer Besorgnis zu der Feststellung veranlaßt, daß durch einseitige deutsche Schuldbekenntnisse und Vorleistungsangebote die außenpolitische Position der Bundesrepublik gegenüber einzelnen Ostblockstaaten in unverantwortlicher Weise untergraben wird.

Jene Kreise in der Bundesrepublik, welche den Heimatraub an 15 Millionen Deutschen aus der Bereinigung der Vergangenheit ausklammern wollen, sollten sich dessen bewußt sein, daß sie damit einen tiefen Graben innerhalb der Bevölkerung Westdeutschlands und Mitteldeutschlands aufwerfen.

Wer auf dem Standpunkt einer einseitigen deutschen Wiedergutmachungspflicht gegenüber einzelnen Ostblockländern steht, der möge jene persönliche Opferbereitschaft zeigen, die ihm sein Gewissen vorschreibt.

Man soll aber den Ostdeutschen und den Deutschen der übrigen Vertreibungsgebiete nicht zumuten, daß sie den gemeinsam verlorenen Krieg auch noch durch Preisgabe ihres Heimatrechts und ihrer Wiedergutmachungsansprüche bezahlen.<<

02.12.1959

DDR: Das SED-Regime erläßt am 2. Dezember 1959 ein "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Kindergarten" in der SBZ (x009/213): >>Einrichtung der "vorschulischen Erziehung" für Kinder von 3 bis 6 Jahren. Nicht obligatorisch.

Die Kindergärten haben nach dem "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR" vom 2.12.1959 die Kinder auf die Schule vorzubereiten, an das sozialistische Leben heranzuführen und mit dem Schaffen der werktätigen Menschen bekanntzumachen".
Der Kindergarten dient nicht zuletzt der Freisetzung von Frauen für den Arbeitsprozeß. Verantwortlich für die Errichtung sind die Räte der Gemeinden und Städte bzw. die VEB, für die pädagogische Arbeit das Ministerium für Volksbildung.
Die Kindergärtnerinnen werden an besonderen Pädagogischen Schulen ausgebildet. Das allgemeine pädagogische Erziehungsziel ist auch für den Kindergarten verbindlich. Die Kindergärten haben die Aufgabe, die Kinder in einer ihrer Altersstufe entsprechenden Form "im Geiste des Friedens, der Demokratie und der Freundschaft zwischen den Völkern" zu erziehen. Man unterscheidet kommunale Kindergärten, Betriebs- und Erntekindergärten. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kinderzeitschriften" in der SBZ (x009/214): >>Sämtliche Kinderzeitschriften der SBZ werden vom Zentralrat der FDJ herausgegeben.
Sie vermitteln ein Weltbild, das der herrschenden Ideologie entspricht, und verbreiten eine uniforme Denk- und Auffassungsweise. Druck, Papier und Aufmachung sind gut.
Die "ABC-Zeitung" richtet sich an die "Jungen Pioniere" und Schüler der 1.-4. Klasse. Die "Rakete" ist für 13- bis 16jährige bestimmt. "Der Pionierleiter" erscheint als Zentralorgan der Pionierorganisation "Ernst Thälmann". "Fröhlichsein und Singen" ist die Zeitschrift für kulturelle Arbeit der "Jungen Pioniere" und Schüler. "Arte" und "Bummi" sind bunte Bilderzeitschriften für Kinder. Erscheinungsweise der genannten Kinderzeitschriften ist monatlich. Die "Trommel", eine illustrierte Kinderzeitschrift, erscheint wöchentlich.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schule" in der SBZ (x009/383-385): >>Das "Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" (1946) bildete bis 1959 die gesetzliche Grundlage der Organisation des Schulwesens (Einheitsschule). An seine Stelle ist das "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens ..." (1959) getreten.
Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder ist nach diesem Gesetz nicht mehr die 8stufige Grundschule, sondern die "10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule". ... Die Oberschule, die eine Unterstufe (Klasse 1 bis 4) und eine Oberstufe (5 bis 10) umfaßt, hat nach dem Schulgesetz die Aufgabe, die Grundlage für die berufliche Ausbildung und alle weiterführenden Bildungseinrichtungen zu schaffen. "Der Weg von der Oberschule über die Berufsbildung ist der Hauptweg zur Entwicklung des Fach- und Hochschulnachwuchses."
Es gibt folgende Wege zur Hochschule:
1. Nach dem Besuch der 10klassigen polytechnischen Oberschule eine 3jährige Berufsausbildung mit gleichzeitiger Vorbereitung auf die Reifeprüfung in Abiturklassen der Berufsschulen.
2. 10 Jahre Oberschule, 2 Jahre Berufsausbildung, danach Fachschulstudium. Das bestandene Examen berechtigt in der Regel zum Hochschulstudium in der entsprechenden Fachrichtung.
...
6. Besuch der Arbeiter- und Bauernfakultät.
7. Außerdem gibt es weiterhin die 12klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die kurz als erweiterte Oberschule bezeichnet wird.
Falls die Absolventen der erweiterten Oberschule nicht während ihrer Schulzeit einen praktischen Beruf erlernt haben, haben sie vor der Aufnahme des Studiums ein berufspraktisches Jahr unter Anleitung der Hochschule oder Universität zu absolvieren.
Die Verlängerung der Vollschulpflicht und angebliche Erhöhung des Niveaus der Bildung wird vor allem durch den Hinweis auf die Fortschritte der Technik, die für den Sozialismus

notwendige hohe Arbeitsproduktivität und die Anforderungen der werdenden sozialistischen Gesellschaft begründet.
"Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten, sie zu allseitig polytechnisch gebildeten Menschen zu erziehen und ein hohes Bildungsniveau zu sichern. Sie erzieht die Kinder und Jugendlichen zur Solidarität und zu kollektivem Handeln, zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und entwickelt alle ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle des Volkes und der Nation" (§ 3 des Schulgesetzes).
Die "Liebe zu den arbeitenden Menschen" umfaßt nach den offiziellen Verlautbarungen auch die Liebe zur Partei der Arbeiterklasse, d.h. zur SED. Es fehlen auch nicht die propagandistischen Hinweise auf "Frieden", "Völkerfreundschaft" - "insbesondere" auf die Freundschaft zur Sowjetunion.
Das neue Schulgesetz distanziert sich von der Lernschule der Stalinzeit ...
Gleichwohl hält die SBZ ausdrücklich - wie bisher - an der "Systematik" des Unterrichts, d.h. an der Reglementierung des systematischen Aufbaus der einzelnen Lehrgänge durch "staatliche Lehrpläne" und an dem Postulat der "Wissenschaftlichkeit", d.h. an der Monopolstellung des Marxismus-Leninismus fest.
Sie versucht auch nach wie vor, das Schulleben in Übereinstimmung mit dem für den Kommunismus charakteristischen Mechanismus zentralgesteuerter gesellschaftlicher Änderungen zu gestalten. So wird die Arbeit der Schule durch ein System von Plänen gesteuert, deren Grundlage der detaillierte Lehrplan ist, der den Rang einer staatlichen Verordnung hat.
Die Schulen haben folgende Pläne zu erstellen: Jahresarbeitsplan der Schule, Pläne der Klassenleiter; Stoffverteilungspläne der Lehrer; Pläne der Leiter und Erzieher der Schulhorte und Internate. Dazu kommen Pläne der zahlreichen sonstigen Gruppen, die mit der Schule verbunden sind: des Elternbeirats, der SED-Schulorganisationen, der Lehrergewerkschaft und anderer.
... Mit der 5. Klasse beginnt der Unterricht in den Fächern Russisch, Geschichte, Erdkunde, Biologie. ... Das für die Vermittlung der kommunistischen Ideologie wichtigste Fach ist die Geschichte, wenn auch jedes Schulfach verpflichtet ist, einen Beitrag zur weltanschaulich-politischen Erziehung zu leisten. ...
... Der Schulhort hat "den Schülern beim Lernen zu helfen und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung und gute Betreuung der Schüler während des ganzen Tages zu sorgen". Ein wichtiges, vielleicht das entscheidende Motiv der Schaffung von Tagesheimschulen ist in der verstärkten Rekrutierung von Frauen für die berufliche Tätigkeit gegeben. ...
Die staatliche Schulaufsicht wird von der Abteilung für Volksbildung bei dem Rat des Kreises und dem des Bezirks und dem Ministerium für Volksbildung verkörpert. ... Zu den pädagogischen Kräften gehört auch der hauptamtliche Pionierleiter. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hochschulen" in der SBZ (x009/181-183): >>... 1. Im Gesetz über den Siebenjahrplan (1959-1965) wird den Universitäten und Hochschulen die Aufgabe gestellt, wissenschaftlich hochqualifizierte Fachleute auszubilden, die den neuesten Stand der wissenschaftlich-technischen Erkenntnis beherrschen, über die Fähigkeit verfügen, ihre Kenntnisse in die Praxis des sozialistischen Aufbaues einzusetzen, erfolgreich im sozialistischen Kollektiv zu arbeiten und eine leitende Tätigkeit in Staat, Wirtschaft und Kultur auszuüben. Diese Zielsetzung umfaßt auch eine politische Erziehung der Studenten.
An die Stelle des traditionellen Postulats der Einheit von Forschung und Lehre ist die Forderung der Einheit von Forschung, Lehre und Erziehung getreten. Sie zielt auf eine "sozialistische Erziehung" der jungen Intelligenz und mit ihr auf eine Synthese von ergebenem Parteigänger und wissenschaftlich qualifiziertem Fachmann.
2. Der Marxismus-Leninismus besitzt die Monopolstellung. Seit 1950/51 sind die Studieren-

den verpflichtet, ein Studium der Parteiideologie im Rahmen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums zu absolvieren. ...
3. Die Gestaltung des Studiums folgt dem Prinzip der Parteilichkeit des Denkens und dem der Einheit von Theorie und "sozialistischer" Praxis. ... Die Hochschulen - vor allem technische Fachrichtungen, Chemie und Wirtschaftswissenschaften - sind dazu übergegangen, Kontakte mit verschiedenen Gebieten der "sozialistischen Praxis" aufzunehmen. ...
4. Die Organisation des Studiums und des studentischen Lebens zielt auf eine Erziehung für und durch das Kollektiv. ... Grundmotto dieser Gemeinschaften zur Erzielung der Konformität (Übereinstimmung): "Arbeite, lerne, lebe sozialistisch."
5. Bei der Auslese der Studenten sind bisher Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugt worden. Daneben werden neuerdings "vorrangig" zugelassen: Bewerber, die mehrere Jahre in der "sozialistischen Wirtschaft" oder in staatlichen "gesellschaftlichen" Einrichtungen gearbeitet haben und von ihren Betrieben zum Studium delegiert werden, sowie Bewerber, die als ehemalige Soldaten von den Einheiten der "bewaffneten Organe" empfohlen werden.
In der "Anweisung über die Auswahl, Zulassung und Vormerkung der Studienbewerber zum Direktstudium" vom 10.3.1960 ist das Ziel gesetzt worden, den Anteil der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, werktätigen Bauern sowie ihrer Kinder bei durchschnittlich 60 % zu halten. Neben den Inhabern der "Hochschulreife" werden junge Produktionsarbeiter nach Absolvierung von halb- bzw. einjährigen Vor- oder Sonderkursen zum Studium in bestimmten Fachrichtungen zugelassen.
6. Die Auswahl der Dozenten wird durch das Staatssekretariat gelenkt. Ziel ist die Schaffung eines parteiergebenen Lehrkörpers, in dem die überzeugten Marxisten - Leninisten dominieren.
7. Das organisatorische Gefüge der Hochschulen ist weitgehend dem des sowjetischen Hochschulwesens angeglichen worden. ...
8. Die Hochschulen werden von den Universitätsparteileitungen der SED und den von ihnen "angeleiteten" FDJ-Hochschulgruppen kontrolliert. Sie besitzen auch die dominierende Stellung bei der Organisation des studentischen Lebens an den Hochschulen. ...
10. ... Die Masse der Studenten ist im Interesse der besseren Überwachung in kleine Seminargruppen aufgeteilt worden (20 bis 30 Mitglieder). Das Ergebnis ist ein schulmäßiger Betrieb, der zwar ein regelmäßiges Lernen garantiert, aber das geforderte "Selbststudium" hemmt. ...
11. Die Studierenden haben während des Studiums eine vormilitärische und militärische Ausbildung zu absolvieren.
... Der Anteil der Kinder von Arbeitern an der Zahl der Direktstudenten betrug 1960 50,3 %, der Kinder von werktätigen Bauern 4,2 %, von Angestellten 19,2 %, der Intelligenz 15,6 %. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kollektiverziehung" in der SBZ (x009/220): >>Erziehung im Kollektiv - durch das Kollektiv.
Bewußter Einbau von Jugendgruppen in das Erziehungswesen. Dies zielt auf die Entwicklung jener Überzeugungen, Fähigkeiten und Gewohnheiten, die für die Integration einer kommunistisch-totalitären Gesellschaft unabdingbar sind.
Beispiele: Die Bereitschaft, die persönlichen Ziele denen des großen Kollektivs unterzuordnen. Die Bereitschaft und Fähigkeit, als Mitglied des Kollektivs aufzutreten und bewußte Disziplin zu üben.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "FDJ-Ordnungsgruppen" in der SBZ (x009/125): >>Wie das "Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus" der FDJ (Mai 1959) vorsah, sind freiwillige FDJ-Ordnungsgruppen teilweise schon aufgestellt, teils im Aufbau. Die FDJ-Ordnungsgruppen sollen, so sagt jenes Programm, "mithelfen, die Überreste der kapitalistischen Lebensweise und der Jugend - Rowdytum,

Trunksucht, ... Schundschriften usw. - zu beseitigen."
Wie Harald Winter (Zentralrat der FDJ) in der "Neuen Justiz" betont, sind FDJ-Ordnungsgruppen "Organe der Leitungen der FDJ" und werden nur "von den zuständigen Leitungen der FDJ ausgewählt und eingesetzt". Auf "alle Jugendlichen" sollen sie "durch kameradschaftliche Gespräche" wirken.
Zwar haben sie mit Volkspolizei, Jugendhilfe, Gericht und Staatsanwaltschaft und auch Massenorganisationen zusammenzuarbeiten, sollen aber nicht bloße Hilfskräfte der Polizei werden. (In Wirklichkeit dürften die FDJ-Ordnungsgruppen nur eine Hilfspolizei und Spitzelorganisation der SED sein.)<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kulturpolitik" in der SBZ (x009/242-245): >>Auf der ideologischen Grundlage der These Stalins von der "aktiven Rolle" des Überbaues wird die Kultur als in allen Bereichen manipulierbar verstanden.
Manipuliert wird sie in der SBZ im Sinne der bolschewistischen Parteilichkeit ("Es gibt bei uns ... nur eine Kulturpolitik: die unserer geliebten, mächtigen Partei der Arbeiterklasse, der SED", Johannes R. Becher zur Vorbereitung der Kulturkonferenz der SED von 1957) und der Liquidation aller geistigen Traditionen der "westlichen", bürgerlichen Welt.
Der Bruch der Ideologie, der durch die oben erwähnte These Stalins manifestiert wurde, begründet jedoch eine eigentümliche Doppelfunktion der Kultur: zum einen als Gut, das man erwerben oder "erstürmen" kann ("Ohne die Erstürmung der Höhen der Kultur kann die Arbeiterklasse ihre großen Aufgaben, den Sozialismus zum Sieg zu führen, nur schwer erfüllen" - Walter Ulbricht im Mai 1959), zum anderen als Instrument des Kampfes "gegen die kannibalischen Lehren der imperialistischen Kriegshetzer" oder als Antriebskraft für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erfüllung der Pläne und den wirtschaftlichen Wettstreit mit der westlichen Welt. ...
Bestimmt wird diese Kulturpolitik von der 1957 gegründeten Kulturkommission und den einschlägigen Abteilungen des ZK der SED, also von wenigen Spitzenfunktionären dieser Partei, die als "Partei neuen Typs" die zuständigen Behörden über die in ihren führenden SED-Genossen durch Parteiaufträge "anleitet".
Die kulturpolitischen Konzeptionen der KP/SED wurden in einem langjährigen und noch andauernden Prozeß durchgesetzt, dessen Etappen etwa folgendermaßen bezeichnet werden können:
1. Besetzung der Schlüsselpositionen der Kulturinstitutionen mit Kommunisten.
2. Gleichschaltung der "bürgerlichen" Parteien und Liquidierung aller nichtkommunistischen Tendenzen auf kulturpolitischem Gebiet.
3. Fesselung der bürgerlichen "Intelligenz" und der Kulturschaffenden an das Regime durch Druck und Privilegien.
4. Systematische Maßnahmen zum Aufbau einer neuen "Intelligenzschicht".
5. Verlagerung des "Kulturkonsums" in die Betriebe und Massenorganisationen.
6. Isolierung der "Kulturschaffenden" gegen den geistigen Austausch mit der freien Welt, soweit er nicht den Zwecken des Regimes und seiner Planwirtschaft dient.
7. Massiver Einsatz der Staatsmacht zur Durchsetzung des Diamat (Dialektischer Materialismus) und des Prinzips der bolschewistischen Parteilichkeit an den Schulen und Hochschulen und in der Erwachsenenbildung, des sozialistischen Realismus in Kunst und Literatur, des Atheismus und der sozialistischen Moral gegen Christentum und "bürgerlich-westlichen Humanismus". ...
Daß es auf dem gesamten Gebiet des Erziehungswesens nur noch staatliche Institutionen gibt, bedarf kaum noch der Erwähnung ... Aber auch in allen anderen Bereichen des Kulturlebens wird nichts dem Selbstlauf überlassen. Zur Anleitung und Kontrolle bedienen sich Partei und Regime vielfältiger Methoden und Institutionen; von den letzteren geben sich viele als freie

Vereinigungen oder Berufsverbände (aus), obschon sie in Wahrheit Instrumente des kulturpolitischen Dirigismus sind. Vor allem ist hier der Deutsche Kulturbund zu nennen, der sich aus einem Diskussionsforum der Intelligenz zum Steuerungsorgan des Ministeriums der SED entwickelt hat. ...
Alle Theater, fast alle Lichtspieltheater und die gesamte Filmproduktion sind verstaatlicht, und als Konzertveranstalter kommen neben staatlichen nur die Institutionen der kulturellen Massenarbeit in Betracht.
Das Vermittlungswesen auf dem Gebiet der Musik, des Kabaretts usw. wurde in der Deutschen Konzert- und Gastspieldirektion monopolisiert, und ein zentraler, von der SED kontrollierter Bühnennachweis lenkt den "Einsatz" der darstellenden Künstler.
Alle größeren Buchverlage sind ebenfalls verstaatlicht; die gesamt Buchproduktion wird von einer Abteilung des Ministerium für Kultur angeleitet und kontrolliert.
Der im Kunstleben einst wichtige private Auftraggeber ist durch Enteignung nahezu völlig ausgefallen, so daß auch die Freischaffenden (freie Schriftsteller, freie Wissenschaftler, bildende Künstler, Musiker, Architekten) auf den sog. "neuen Auftraggeber werktätiges Volk", d.h. das SED-Regime, angewiesen sind.
Damit ist die materielle Existenz der Freischaffenden an ihre Bereitwilligkeit gebunden, öffentliche Aufträge im gewünschten Sinne zu erfüllen. ...
... Das besondere Interesse des Regimes gilt der Betriebskultur. Die besonders stark geförderte kulturelle Massenarbeit wendet sich an die Betriebsbelegschaften, besonders der "volkseigenen Betriebe", der "sozialistischen Dörfer" und an die werktätige Jugend. Sie ist weitgehend Agitation und Propaganda ...
Zur "Betriebskultur" gehört ferner der organisierte Besuch "fortschrittlicher", vor allem sowjetischer Theater- und Filmstücke und dessen Vorbereitung und Auswertung. Zur kulturellen Massenarbeit gehören aber auch die Pflege von Steckenpferden, das Spiel (z.B. Schach) und der Sport.
Im Zeichen der Totalplanung und völliger Unterordnung unter politische Zwecke führt die Kulturpolitik der SBZ offenbar zur Sterilisierung des Geistesschaffens, Ansätze eines neuen schöpferischen Hervorbringens sind nicht erkennbar und unter unveränderten Bedingungen auch nicht zu erwarten.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Deutschen "Kulturbund" in der SBZ (x009/239-240): >>Der Deutsche Kulturbund wurde als "Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" im Juli 1945 auf Initiative der SMAD begründet und hatte nach einem Beschluß seines 3. Bundeskongresses 1951 "die Aufgabe, alle Angehörigen der Intelligenzberufe zu vereinigen".
Er betätigte sich zunächst interzonal und dem Anschein nach überparteilich, doch früh traten kommunistische Tendenzen deutlich hervor, so daß die Nichtkommunisten den Deutschen Kulturbund nach und nach verließen und sein Wirken im amerikanischen und britischen Sektor von Berlin im November 1947 von den Kommandanten untersagt wurde.
In den Folgejahren, vor allem unmittelbar nach der Proklamation des Neuen Kurses im Sommer 1953, trat der Deutsche Kulturbund immer dann in Erscheinung, wenn es sich darum handelt, die westdeutsche oder ausländische Geisteswelt im Sinne der Propaganda des realen Humanismus anzusprechen.
Andererseits war er aber auch häufig "Brutstätte" revisionistischer Tendenzen und darum ein Gegenstand der Sorge und des Mißtrauens für die SED-Führung. Im ZK der SED wurde er immer wieder scharf kritisiert und vor allem für die geringen Fortschritte in der Heranbildung einer sozialistischen Intelligenz verantwortlich gemacht. ...
Der Deutsche Kulturbund "arbeitet für eine reiche und vielgestaltige sozialistische Kultur, fördert ... besonders das Schaffen nach der schöpferischen Methode des sozialistischen Rea-

lismus, dient der Durchführung der sozialistischen Kulturrevolution im Dorf, arbeitet im Geiste des sozialistischen Patriotismus, bekennt sich zur unverbrüchlichen Freundschaft ... mit dem Lager sozialistischer Völker und Staaten, das vom ersten, erfahrensten und stärksten sozialistischen Land, der Sowjetunion, geführt wird.
... Der Deutsche Kulturbund veranstaltet Vorträge, Diskussionen, Dichterlesungen, Konzerte, Führungen, Ausstellungen und Wettbewerbe. ... Der Deutsche Kulturbund ist Eigentümer des "Aufbau-Verlages"; seine Zeitschrift ist der "Aufbau".<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kulturelle Massenarbeit" in der SBZ (x009/240): >>Parteijargon für alle Maßnahmen der SED, die unter Ausnutzung der kulturellen Bedürfnisse der Menschen und meist unter Mißbrauch kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen im Sinne der SED bewußtseinsbildend und produktionsfördernd auf die Bevölkerung wirken sollen.
Hauptträger der kulturellen Massenarbeit sind die Gewerkschaften (FDGB). Wichtigste Aufgaben der kulturellen Massenarbeit sind:
1. ideologische und politische Aufklärungsarbeit,
2. Erhöhung der "fachlich-wissenschaftlichen" Kenntnisse der Werktätigen,
3. Erhöhung des sozialistischen Bewußtseins durch Volkskunst, Film, Theater, Zirkel der bildenden Kunst usw.
Diesen Zwecken soll die Einrichtung von "Kulturclubs", Kulturkommissionen, "Kulturhäusern" u.ä. dienen.
Für die kulturelle Massenarbeit werden sowohl im Staatshaushalt als auch im Haushalt der Gewerkschaften und der Betriebe erhebliche Mittel bereitgestellt. Um die Belegschaftsmitglieder für Veranstaltungen der kulturellen Massenarbeit zu interessieren, werden Zirkel für Gesang, Volkstanz, Laienspiel, Fotografie u.a. unterhalten.<<
BRD: Ernst Lemmer (1898-1970, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen) schreibt am 2. Dezember 1959 über die Lösung der deutschen Frage (x125/107): >>Die primäre Aufgabe der deutschen Politik muß es sein, den Lebenszusammenhang des Volkes zu sichern und aus dem quälendem Status quo herauszukommen.
Deshalb geht es vorrangig nicht um die Regelung territorialer Fragen; es obliegt uns vielmehr zu sorgen, daß den 17 Millionen jenseits der Elbe-Werra-Linie mit der Wiedervereinigung ein Leben in Freiheit gewährt wird. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (49/1959) berichtet am 2. Dezember 1959 über die deutschen Vertriebenen und den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer: >>**Drittes Reich im Kleinen**
Abends gegen neun erhielt Bundesminister Oberländer den erwarteten Anruf aus Fulda: am besten sofort kommen. Der Minister versäumte keine Zeit mehr. Im schwarzen Mercedes 220 - ohne Ministerstander und mit Privatnummer - brach er zu einer eiligen Nachtfahrt von Bonn in die Bischofsstadt auf. Eine halbe Stunde nach Mitternacht traf er im Fuldaer Amtsgericht ein; Amtsgerichtsrat Gustav Jacksch, Staatsanwalt Fritz Hose und Mitglieder der CDU-Ortsgruppe die den Alarm in Bonn ausgelöst hatten - erwarteten den Minister.
Theodor Oberländer erwirkte bei dem aus seinem ersten Schlaf geweckten Amtsrichter eine einstweilige Beschlagnahmeverfügung gegen die Nummer 39 des Wochenblatts "Die Tat", deren 22.000 Exemplare am Nachmittag bei der "Fuldaer Verlagsanstalt" gedruckt worden waren. Um drei Uhr morgens - am 23. September 1959 - war die Kriminalpolizei im Besitz der richterlichen Verfügung.
Befriedigt begab sich Minister Oberländer (CDU) zu einer kurzen Ruhe ins Fuldaer Bundesbahn-Hotel. Der "Tat-Artikel" wurde nicht verbreitet, in dem über Theodor Oberländer geschrieben worden war:
"Das uns vorliegende Material enthält einen ungeheuren Schuldvorwurf: Ein amtierender

Bundesminister steht unter dem Verdacht, an Massenmorden während des Krieges beteiligt gewesen zu sein".
Ausführliche Presse-Erörterungen über Oberländers Militärzeit waren allerdings durch die bei Nacht und Nebel verfügte Beschlagnahme nicht mehr zu unterbinden. Schon Wochen vorher hatten die DDR-Zeitungen - von einer Moskauer Veröffentlichung angeregt - damit begonnen, ihre Leser unermüdlich über bestimmte Abschnitte des Oberländer-Lebenslaufs zu unterrichten (Motto: "Herunter mit ihm vom Ministersessel! Er gehört hinter Zuchthausmauern!"). Auch in der westdeutschen Presse waren bereits Meldungen über die Kriegserlebnisse des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte auf die erste Seite der Blätter vorgedrungen.
Der Vertriebenenminister hatte die Angriffe - schwerster Vorwurf: Beteiligung an Polen- und Judenerschießungen 1941 in Lemberg - zunächst mit der Sturheit eines masurischen Gutsherren beantwortet, eines Menschenschlages, dem Oberländer äußerlich gleicht: er hatte sich tot gestellt. Vom 2. bis zum 25. September mußte der Bonner Oberstaatsanwalt, der nach einer Anzeige der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) den Minister um eine schriftliche Stellungnahme gebeten hatte, auf die Antwort Oberländers warten.
Erst eine Woche nach der nächtlichen Fulda-Reise stellte sich Oberländer auf einer Pressekonferenz in Bonn auch öffentlichen Fragen. Das teilweise hitzige Wechselgespräch zwischen dem Minister und provokanten Korrespondenten Ostberliner Blätter erbrachte allerdings nicht die eindeutige, historisch-exakte Aufklärung der Lemberger Morde. Soviel blieb unklar, daß selbst der "Rheinische Merkur" inzwischen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorwürfe verlangte. Eine internationale Gruppe ehemaliger Widerstandskämpfer hat sich jetzt zusammengefunden, um den Fall Oberländer zu durchleuchten.
Wichtiger als die historische Aufklärung war für Oberländer jedoch, daß der Verlauf der Pressekonferenz - vornehmlich dank den einstudiert klingenden Fragen der ost-orientierten Journalisten - den Eindruck verstärkte, der Minister sei bloß das vorläufig letzte Ziel der allgemeinen kommunistischen Propagandakampagne gegen westdeutsche Vertriebenenpolitiker:
Als Opfer des Ostens blieben bisher nämlich noch alle bundesdeutschen Politiker, deren Vergangenheit sonst vielleicht doch - daheim und vor allem im befreundeten Ausland - ärgerlichen Anstoß erregen würde, satisfaktionsfähige Kombattanten in der demokratischen Abwehrfront gegen den Bolschewismus.
Kein Mitglied des Bonner Kabinetts aber bedarf der frischen Narben aus dem Kampf für die Demokratie so sehr wie der ehemalige SA-Sturmhauptführer und heutige Vertriebenenminister Oberländer - und er kann diese Narben gerade jetzt besonders gut brauchen: die bundesrepublikanische Vertriebenenpolitik bewegt sich in diesen Monaten auf eine Wendemarke zu, an der Kanzler Adenauer sich genötigt sehen könnte, den Sessel des Vertriebenenministers neu zu besetzen.
Der Wandel in der politischen Zielsetzung, den die westdeutschen Führer der organisierten Heimatvertriebenen gerade vollziehen, wurde im Laufe des vergangenen Sommers deutlich, als sich Konrad Adenauer im zehnten Jahr seiner Kanzlerschaft von einem Abgeordneten seiner eigenen Fraktion sagen lassen mußte, daß viele Millionen Bundesbürger - die meisten von ihnen brave CDU-Wähler - potentielle Staatsfeinde seien, die über Nacht zu anti-bundesrepublikanischen Untergrundkämpfern werden könnten.
Unter dem Datum vom 20. Juli hatte der CSU-Bundestagsabgeordnete Georg von Manteuffel-Szoege (baltischer Adel) dem Kanzler brieflich mitgeteilt, daß die jüngsten Pläne des Auswärtigen Amtes, Nichtangriffspakte mit Polen und der Tschechoslowakei abzuschließen, einer Verzichterklärung auf die deutschen Ostgebiete gleichkommen würden. Das aber würde jene Deutschen, die mit einer "Verzichtpolitik" nicht einverstanden seien, notgedrungen "in die

Illoyalität treiben".
Der Kanzler antwortete damals prompt, daß er die Bedenken des Abgeordneten gegen Paktabschlüsse mit Warschau und Prag teile. Im Kabinett wurde wenig später der Pakt-Vorschlag Außenminister von Brentanos niedergestimmt: Die Lobby der Heimatvertriebenen hatte den zaghaften Versuch der AA-Planer, in den ostpolitischen Stellungskrieg der Bundesregierung Bewegung zu bringen, mit dem drohenden Hinweis auf den Marsch von Millionen Wählern in die Illoyalität torpediert.
Die unberechenbarste Größe der westdeutschen Innenpolitik - die Gruppe der Vertriebenen - war stärker gewesen als der Wunsch des amerikanischen Außenministers Herter nach einer offiziellen Bonner Freundschaftsgeste gegenüber Osteuropa. Was Heinrich von Brentano seinem US-Kollegen Christian Herter im Sommer in Genf versprochen hatte - "Gewaltverzichtspakte" mit Polen und der Tschechoslowakei -, zerfetzten die Sprecher der Heimatvertriebenen in wenigen Sonntagsreden - ein Erfolg, der bei anderen Interessentengruppen schwer vorstellbar ist, sofern deren Forderungen mit amerikanischen Wünschen kollidieren.
Bundeskanzler Adenauer, der sonst allergisch auf Kritik an seiner Personalpolitik reagiert, rührte sich nicht, als ein anderer Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion, Hans Krüger (Geburtsort: Neustettin in Pommern), nach der erfolgreichen Blockierung der Pakt-Pläne auch gleich noch ein Revirement auf wichtigen Spitzenposten im Auswärtigen Amt verlangte: "Eine Umbesetzung der Ostabteilung in der Leitung erscheint uns insbesondere nach dem unglücklichen Versuch, einen Nichtangriffspakt mit Polen und Tschechen zu empfehlen, dringend angebracht zu sein."
In wenigen Wochen kreierten die Vertriebenenpolitiker in diesem Sommer, durch Brentanos Ostpläne alarmiert, ein neues politisches Schimpfwort, das mit ebensoviel Sinn für Negativ-Werbung ausgedacht worden ist, wie dreißig Jahre vorher das Wort vom Erfüllungspolitiker, mit dem in der Weimarer Republik vertragstreue Politiker beschimpft wurden, die sich an die deutsche Unterschrift unter den Versailler Friedensvertrag gebunden fühlten:
Der von den Vertriebenen erfundene Buhmann des Jahres 1959 ist der "Verzichtpolitiker" - eine Abwertung, die inzwischen jeden Politiker bedroht, der in den Verdacht gerät, über die Zukunft der verlorenen Ostgebiete andere Auffassungen zu hegen als die Sprecher der Heimatvertriebenen.
Den Vorwurf, ebenfalls zu den Verzichtpolitikern zu gehören, scheut der Dauer-Wahlkämpfer Adenauer um so mehr, als die Vertriebenen in der sonst so säuberlich in CDU-treue und SPD-brave Wähler geteilten Bevölkerung ein schwer durchschaubares Element sind, dessen politischer Weg schon heute mit den CDU-Gebotsschildern: "Keine Experimente" nicht mehr ganz abgesteckt werden kann:
Die neun Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik sollen nach dem erklärten Willen der Führer ihrer Organisationen in dem Maße, in dem sie als Heimatlose wirtschaftlich in Westdeutschland eingegliedert worden sind, von einer sozialpolitischen zu einer außenpolitischen Pressure Group werden. Ziel: Die Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete.
Sagt Baron Manteuffel, Vorsitzender der deutsch-baltischen Landsmannschaft: "Die Polen glauben ohnehin nicht, daß wir ihnen unsere Ostgebiete lassen."
Minister Oberländer ist nach Gesinnung und Vergangenheit durchaus prädestiniert, gemeinsam mit den Vertriebenenführern den Wandel vom Sozialpolitiker - dem Flüchtlingspolitiker von gestern - zum Außenpolitiker zu vollziehen. Oberländer ist Wahl-Ostdeutscher: 1905 als Sohn eines Regierungsrats in Meiningen geboren, suchte er nach dem Studium der Agrarwissenschaften und der Nationalökonomie sein Brot stets in Osteuropa - mit speziellem Interesse an der gängigen deutschen Ostpolitik: an Ostkolonisation.
Er hat in den vergangenen Jahren mit Zähigkeit als zuständiger Ressortminister die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge in die Bundesrepublik betrieben - und weiß heute, daß die

Verschmelzung der Ostdeutschen mit Westdeutschland nicht zu weit gehen darf, weil sonst die Vertriebenenpolitik zu Ende wäre. Sagt der weitschauende Minister: "Nicht alle Vertriebenen dürfen sich assimilieren. Wir müssen Heimatvertriebene behalten, um eines Tages ein Abstimmungsreservoir zu haben, wenn das Selbstbestimmungsrecht zum Zuge kommt."
Als er 1953 Vertriebenenminister geworden war, hatte er seine Aufgabe zunächst ausschließlich sozialpolitisch definiert. Für völkerrechtliche und außenpolitische Vokabeln, mit denen die Flüchtlingsfunktionäre heute den Heimattreffen ihrer Landsleute die politische Note verleihen, waren die Millionen Vertriebenen noch taub.
Kanzler Adenauer sah, ebenso wie sein zuständiger Fachminister, die Lösung der Vertriebenenfrage als innenpolitisches, wirtschaftliches Problem. Sagte Oberländer damals: "Wir sind in einem Wettlauf mit der Zeit. Nach 1946 waren 48 Prozent des deutschen Volkes ohne wirtschaftlichen Rückhalt. Schlimmer als alle furchtbaren Verluste ... ist die Verschlechterung der deutschen Sozialstruktur. Baustein oder Dynamit, das ist die Frage, die über der Vertriebenen-Eingliederung steht."
Sozialpolitisches Dynamit wäre genug dagewesen, um einen weniger von der Korea-Konjunktur profitierenden Staat in die Luft zu sprengen: Bis 1950, als die Hauptwelle der Austreibung verebbte, waren aus den größten Vertreibungsgebieten nach Westen gespült worden:
- 2,1 Millionen aus Schlesien,
- 1,9 Millionen aus der Tschechoslowakei,
- 1,3 Millionen aus Ostpreußen,
- 891.000 aus Ostpommern,
- 410.000 aus Polen,
- 225.000 aus Danzig,
- 178.000 aus Ungarn,
- 158.000 aus der Sowjet-Union, den baltischen Staaten und dem Memelland,
- 149.000 aus Rumänien,
- 148.000 aus Jugoslawien und
- 131.000 aus Ostbrandenburg.

Durch Nachzügler ist die Zahl der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik (ohne die 3,3 Millionen DDR-Flüchtlinge) inzwischen auf 9,3 Millionen gestiegen. Beinahe jeder fünfte Bundesbürger ist Vertriebener.
Die deutschen Opfer der von Hitlers Krieg ausgelösten europäischen Völkerwanderung mußten sich seinerzeit, kaum in Westdeutschland angelangt, wieder auf die Reise begeben: Die nicht zentral gelenkte Aufnahme der Vertriebenen unmittelbar nach dem Kriege und die Weigerung der - nicht am Potsdamer Abkommen beteiligten - Franzosen, überhaupt Flüchtlinge in ihre Besatzungszone aufzunehmen, hatte zu einer Überfüllung Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Bayerns geführt - Agrar-Länder, in denen die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen besonders schwierig, die Einweisung in Notwohnungen aber wenigstens doch möglich war.
Bei der Bevölkerungszählung im Jahre 1950 ließ sich die ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer zum erstenmal statistisch nachweisen: Von der Gesamtbevölkerung waren
- in Schleswig-Holstein 33 Prozent Vertriebene,
- in Niedersachsen 27,2 Prozent und
- in Bayern 21,1 Prozent.

Gemessen an diesen Zahlen, mußten als noch aufnahmefähig angesehen werden die Länder
- Hessen mit 16,7 Prozent Vertriebenen,
- Baden-Württemberg mit 13,4 Prozent,
- Nordrhein-Westfalen mit 10,1 Prozent,

- Bremen mit 8,6 Prozent,
- Hamburg mit 7,2 Prozent und
- Rheinland-Pfalz mit 5,1 Prozent.

Erst nach Etablierung der Bundesrepublik konnte die notwendige Umsiedlung der Vertriebenen in Länder mit größeren Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung beginnen. Der erste Bonner Vertriebenenminister Lukaschek und sein Nachfolger Oberländer bemühten sich, einen ersten Umsiedlungsplan zu verwirklichen, nach dem rund 1,1 Millionen Vertriebene wieder auf die Wanderschaft geschickt werden sollten.

In den Elendslagern und Notwohnungen der drei Flüchtlingsländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern setzte man alle Hoffnungen auf den Umzug in die westdeutschen Industriestädte; aus den Aufnahmeländern reisten Kommissionen an, die nach Möglichkeit nur arbeitsfähige, kräftige junge Leute auf die Transportlisten setzen und die Alten ausmustern wollten. Radikale Eintagsfliegen unter den Flüchtlingsführern drohten mit einem Elendstreck nach Bonn, um die Umsiedlung zu beschleunigen, deren schleppender Gang an die erst langsam anlaufende Wohnungswirtschaft gebunden war.

Oberländer schaffte es in einem Dauerringkampf mit den Ländern, den drängelnden Flüchtlingsvertretern und dem Wohnungsbauministerium, bis Ende 1955 87,7 Prozent der bis zu diesem Zeitpunkt vorgesehenen Umsiedlungsquote zu erfüllen. Aus Schleswig-Holstein waren über 364.000, aus Niedersachsen 237.000 und aus Bayern 199.000 Personen umgesiedelt worden. Die meisten Umsiedler wurden nach Nordrhein-Westfalen geschickt: 372.156. Andere große Transporte hatten Baden-Württemberg (237.901) und Rheinland-Pfalz (118.181) aufgenommen.

Heute, vierzehn Jahre nach der Vertreibung aus Ostpreußen und Pommern, dem Warthegau und dem Sudetengebiet, Ober- und Niederschlesien sind die Flüchtlinge, die seinerzeit kaum Handgepäck mitführen konnten, wirtschaftlich eingegliedert - eine Tatsache, an der auch die nach wie vor zahlreichen, speziellen Härtefälle nichts ändern. An die Stelle der Vertriebenen als geschlossene Notstandsgruppe sind mehr und mehr die Sowjetzonenflüchtlinge getreten.

Der Anteil der Heimatvertriebenen an der westdeutschen Gesamtbevölkerung beträgt über 18,3 Prozent: Der Vertriebenenanteil an den bundesrepublikanischen Arbeitslosen machte bei einer diesjährigen Sommer-Zählung 18,1 Prozent aus.

Sagt selbst der Präsident des Bundes der Vertriebenen, CDU-Abgeordneter Krüger:

"Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Bundesregierung die wirtschaftliche und soziale Eingliederung gut vorangetrieben hat."

Von 1949 bis 1957 wurden an die Vertriebenen aus dem Lastenausgleichsfonds 27,7 Milliarden Mark gezahlt; davon allerdings nur 11,8 Milliarden für die produktive Eingliederung (Existenzgründung, Wohnungsbeschaffung), der Rest für Altersversorgung (6,7 Milliarden) und Entschädigung. In den nächsten zwanzig Jahren werden weitere 57,2 Milliarden Mark aus dem Fonds erwartet.

Die Skala der beruflichen Eingliederung ist allerdings weit auseinandergezogen. Ganz unten rangieren die ehemals selbständigen Ost-Landwirte: nur 7,8 Prozent der Flüchtlingsbauern bewirtschaften in Westdeutschland einen eigenen Hof. Ermittelte das Statistische Bundesamt: "Während im Zeitpunkt der Vertreibung 29 Prozent der erwerbstätigen Vertriebenen auf land- und forstwirtschaftliche Berufe entfielen, sind es (jetzt) nur noch 6,8 Prozent.

Auf der anderen Seite hat sich die Bedeutung der industriell-handwerklichen Berufe erheblich vergrößert. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen ist von 28,3 auf 50,3 Prozent gestiegen."

Im dichtbesiedelten Westdeutschland, wo keine nennenswert großen Ödgebiete auf den Pflug von Neusiedlern warten, ist die berufliche Eingliederung zwangsläufig fast nur über industrielle, handwerkliche oder freiberufliche Arbeitsplätze möglich: Selbständige Landwirte konnten die Vertriebenen in den meisten Fällen nur durch Einheirat in westdeutsche Höfe

wieder werden. Eine entsprechende Landkreis-Untersuchung ergab 1956, daß nur sieben Prozent der von Flüchtlingen bewirtschafteten Höfe durch Neusiedlung aufgebaut worden waren; Einheirat: 67 Prozent (der Rest durch Kauf oder Pacht).
Ermittelten die Statistiker: Bei den Männern haben die Angehörigen akademischer und freiberuflich ausgeübter Berufe die besten Eingliederungsmöglichkeiten gehabt. Der Anteil der im Beruf Gebliebenen beträgt bei den Ärzten und bei den Zahnärzten zum Beispiel 93,9 beziehungsweise 93,4 Prozent, bei den Seelsorgern 85.2 und bei den Lehrberufen 78,9 Prozent."
Die soziale Eingliederung hat allerdings mit der beruflichen nicht Schritt gehalten:
Zwar entspricht der Anteil der Vertriebenen an der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet heute etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, doch haben viele Vertriebene in ihrem neuen oder auch ihrem alten Beruf die frühere - gesellschaftliche wie wirtschaftliche - Stellung nicht wieder erreichen können: Nur 26,4 Prozent der in Ostdeutschland wirtschaftlich Selbständigen sind auch heute wieder ihr eigener Chef. 48,9 Prozent von ihnen sind nur als unselbständige Arbeiter untergekommen. Im Jahre 1957 verdienten 24 Prozent der Einheimischen über 500 Mark im Monat; bei den Vertriebenen gehörten in diese Einkommensgruppe nur 13 Prozent.
Ende 1958 besaßen in der Bundesrepublik ein
- eigenes Haus 36 Prozent der Einheimischen und 19 Prozent der Vertriebenen,
- Grund und Boden 25 Prozent der Einheimischen und elf Prozent der Vertriebenen, einen
- Kühlschrank 27 und 18 Prozent, ein
- Auto 18 und 12 Prozent, einen
- Fernsehapparat 16 und 14 Prozent.

Die bitteren Habenichts-Gefühle der Vertriebenen aus den ersten Jahren in Westdeutschland sind jedoch trotz dieser Unterschiede vergangen. Die brennendsten sozialen Sorgen des Bonner Vertriebenenministeriums sind denn auch, gemessen an der Situation noch vor wenigen Jahren, vergleichsweise bescheiden: 350.000 Menschen (davon 200.000 Heimatvertriebene) aus den Lagern in Wohnungen überführen und 650.000 Notwohnungen durch bessere ersetzen.
Gesteht Frank Seiboth, Vorsitzender der Flüchtlingspartei Gesamtdeutscher Block/BHE, heute schon gelegentlich: "Der Rückkehrwille hat nur noch sentimentale Gründe."
Sentimentale Gründe - und nicht demonstrativer Protest gegen Heimatverlust und soziales Elend - sind es auch, die einmal im Jahr die hunderttausende Mitglieder der einzelnen Landsmannschaften zu riesigen Wiedersehensfeiern vereinen. Charakterisierte "DIE ZEIT" das letzte Schlesier-Treffen, zu dem sich im Sommer 300.000 Menschen in Köln einfanden:
"Es sind die Händler da mit ihren Ständen und Anpreisungen: 'Quartettspiel Unvergessene Heimat zur Erinnerung an die unvergessene Heimat. Sehr lehrreich ...' Ein Stück weiter: 'Original echter Kirchwin aus Schlesien.' Oder: 'Original schlesische Wurstwaren nach Heimatrezept ... wie früher.' Es hängen überall Schilder: Früher Waldenburg, früher Glogau ... Den Besuchern macht es Spaß, mal wieder beim alten Metzger zu kaufen. Versäumte Stunden alter Nachbarschaft müssen nachgeholt werden ..."
Die Wesensunterschiede zwischen dem west- und dem ostdeutschen Menschenschlag, das durch den Fluchtstrom herbeigeführte, in vielen Gebieten ungewohnte Zusammentreffen von Menschen verschiedener Konfession, die Verärgerung einheimischer Geschäftsleute über neue - mit "Krediten von unserem Geld" entstandene Konkurrenz sind bisher Schranken auf dem Weg zu einer völligen Integration der Ostdeutschen in Westdeutschland gewesen. Noch immer kursieren die abschätzigen Witze über Flüchtlinge, etwa dieser:
"Strauß organisiert die Bundeswehr um. Die Nazis kommen zur Marine, weil sie nicht untergehen. Die Einheimischen zur Luftwaffe, damit sie auch einmal hochkommen, und die Flüchtlinge zum Stoßtrupp, denn die kennen kein Zurück."
Daß die Sentiments (Gefühle) stärker sein mögen als die materiellen Reize der im ganzen

doch erfolgreichen Berufs-Eingliederung in die westdeutsche Industriegesellschaft, ist die Hoffnung der Vertriebenenführer: Die völlige, rückstandlose Assimilation ihrer Gefolgschaft würde das Ende der Vertriebenenorganisationen, ihres Funktionärsapparats - und der lautstarken Forderung auf Rückgabe der deutschen Ostgebiete bedeuten.
Auf den Vertriebenenkundgebungen wird denn auch nicht mehr so sehr an die - von den wirtschaftlichen Tatsachen zerstörte - Solidarität der Depossedierten appelliert, als an das Erlebnis der Vertreibung und der "alten Heimat". Formuliert der SPD-Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch, altgedienter Sozialdemokrat aus dem Sudetengebiet, die neue Zusammenhalte-Parole: "Wir Vertriebenen sind eine Erlebnisgemeinschaft, nicht nur eine Interessentengruppe."
Der Rückgriff auf die leidvolle Vergangenheit der Jahre 1945 und 1946 verspricht immerhin ein lebhaftes Echo: Etwa die Hälfte der Vertriebenen verlor ihre Heimat in den letzten Kriegsmonaten, als der Aufbruch von Haus und Hof nicht einmal durch die spärlichen Vergünstigungen der späteren offiziellen Ausweisung gemildert wurde, sondern oft nur ein Wettlauf um das nackte Leben war - die schauerliche Quittung für den sechsjährigen deutschen NS-Terror über Europa von 1939 bis 1945.
Über den Umfang der ungeordneten Fluchtbewegung stellte eine vom Vertriebenenministerium bestellte Professoren-Kommission fest:
"Innerhalb des Gesamtprozesses der Vertreibung von über zehn Millionen Ostdeutschen nach Mittel- und Westdeutschland, der in den letzten Kriegsmonaten begann, später in den Potsdamer Beschlüssen von den Siegermächten zum Programm erhoben und durch die Ausweisungsaktionen der folgenden Jahre beendet wurde, stellt die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung vor der Roten Armee den ersten Abschnitt dar. Etwa die Hälfte aller Deutschen aus Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg, Schlesien und aus Polen, die heute in Mittel- und Westdeutschland als Vertriebene leben, kam während dieses ersten Zeitabschnittes ... über die spätere Oder-Neiße-Linie nach Westen ..."
Als im Jahre 1950 in der Bundesrepublik die erste Nachkriegs-Volkszählung abgehalten wurde, konnte auch eine erste Austreibungsbilanz gezogen werden:
"In den von der Vertreibung betroffenen Gebieten Ostdeutschlands, Ost- und Südosteuropas hatten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges etwa 16,9 Millionen Deutsche ihren Wohnsitz. Von ihnen lebten 1950 noch annähernd 2,5 Millionen in der Heimat, in Deutschland (West- und Mitteldeutschland) hatten bis Ende 1950 etwa 11,2 Millionen eine Zuflucht gefunden. In Österreich hatten 350.000 Ostvertriebene eine Heimat gefunden, 100.000 werden als bis Ende 1950 ausgewandert angesehen. Damit sind 14,1 Millionen Ostvertriebene weitgehend einwandfrei als lebend nachgewiesen."
Der Schlußstrich: "Das Schicksal von 2,8 Millionen ist ungeklärt. Von dieser Zahl müssen 500.000 als Wehrmachtvermißte abgezogen werden. (Es) ergeben sich mithin 2,3 Millionen Personen, die nach der Besetzung den Vergeltungsmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, nach Rußland verschleppt wurden oder den Unmenschlichkeiten der Austreibung erlegen sind. Von den 2,3 Millionen vermißten Zivilpersonen waren etwa 1,4 Millionen in den deutschen Ostgebieten unter sowjetisch-polnischer Verwaltung, 300.000 in der Tschechoslowakei und 600.000 in Ost- und Südosteuropa beheimatet ... Man (muß) zu dem Schluß kommen, der größte Teil der 2,3 Millionen fehlenden Heimatvertriebenen habe den Tod gefunden."
Die prominenten Vertriebenen sind entschlossen; das Buch über diesen beispiellosen letzten Akt eines - von Deutschland begonnenen - beispiellosen Krieges nicht zuschlagen zu lassen. Mit der Aufnahme normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten - und damit der buchmäßigen Liquidierung des letztes Krieges im Osten - soll nach ihrem festen Willen gewartet werden, bis die Frage der verlorenen Ostgebiete in ihrem Sinne gelöst ist.
Zur Selbstbestätigung und als Indiz, nicht Offiziere ohne Mannschaften zu sein, zirkuliert seit

einigen Monaten in den Büros der Vertriebenenfunktionäre das Ergebnis einer demoskopischen Umfrage des Emnid-Instituts: Danach erklärten in diesem Frühjahr 63 Prozent der älteren Vertriebenen und 67 Prozent der jüngeren, sie würden in die alte Heimat zurückkehren, wenn sie könnten.
Der sogenannte Göttinger Arbeitskreis, ein Zusammenschluß ostdeutscher Wissenschaftler, hat die Frage nach der Rückkehrwilligkeit detailliert aufgeschlüsselt: Zurückgehen wollen danach von jeweils 100 befragten Ostdeutschen
- 71 aus der Altersgruppe von 16 bis zu 30 Jahren (10 wollen nicht, Rest unentschlossen),
- 63 aus der Altersgruppe von 30 bis unter 50 Jahren (12 wollen nicht),
- 65 im Alter zwischen 50 und 65 Jahren (18 wollen nicht) und
- 62 im Alter über 65 Jahre (24 sind wandermüde).

Auf die Frage: "Würden Sie im Falle einer friedlichen Neuordnung des Ostens auch dann nach Schlesien zurückkehren, wenn Sie auf längere Zeit mit Opfern, Not und Armut rechnen müßten?" antworteten 66 von 100 schlesischen Männern mit Ja, bei den Jugendlichen machten die Ja-Sager sogar über 70 Prozent aus.
Hoffnungsfroh schlußfolgert der Göttinger Arbeitskreis: "Gewiß: Es handelt sich zunächst um einen Stimmungstest; die Antwort ist unverbindlich, verpflichtet zu nichts ... Die Handlungsbereitschaft, die der Meinung im Ernstfalle folgen würde, könnte anders aussehen. Ernstzunehmen ist dagegen das Gefälle zwischen den einzelnen Gruppen der Antwortenden; daß es gerade die Jugend ist, die wieder nach Schlesien will, während die Alten, die Traditionsvermittler, die Hüter des heiligen Feuers' der Heimatidee, zu resignieren beginnen, ist ein ebenso unerwartetes wie nachdenklich stimmendes Ergebnis ... Das sollte nicht nur für die deutsche Ostpolitik, sondern für die Weltöffentlichkeit ein Menetekel sein."
Die gefährliche Irrealität solcher Suggestiv-Fragen ficht die Vertriebenen-Führer nicht an. Sie sind es - angesichts der geringen realen Aussichten auf eine Rückkehr - gewohnt, Außenpolitik im luftleeren Raum zu betreiben. Innenpolitisch heißt ihr neues Ziel, gestützt auf die Reminiszenzen (und notfalls Ressentiments) der Vertriebenen auch die einheimischen Westdeutschen für die Revision der Vertreibung zu erwärmen:
"Die Rückkehr ist eine politische Aufgabe für das ganze deutsche Volk" (Wenzel Jaksch, SPD). -
"Die Ostgebiete sind von entscheidender Bedeutung für alle Deutschen" (Präsident Krüger vom Bund der Vertriebenen, CDU). -
"Ich spreche nicht als vertriebener baltischer Baron, sondern als Deutscher. Wir müssen aus dem Vertriebenen-Getto hinaus und das ganze deutsche Volk in eine gesunde patriotische Richtung drängen" (Baron Manteuffel-Szoege, CSU).
Solche Töne sind dem Bonner Vertriebenenminister nicht fremd. Ganz, im Sinne der Flüchtlingsfunktionäre hat Oberländer, in aller Bescheidenheit, eine sehr genaue Vorstellung über die Erwecker-Rolle, die nach seiner Meinung, die Ostdeutschen im Westen zu spielen haben: "Europa braucht eine kulturelle Strophantinspritze, damit es zu sich selber kommt und geistig wieder aktiv wird. Man braucht uns nicht? Man braucht uns dringend. Wir sind der Aufruf, wir sind das Gewissen."
Und über die etwaige Eingliederung vertriebener Landwirte sagt Ost-Agrarwissenschaftler Oberländer: "Keine Verwestlichung im negativen Sinne durch weiteres Einschmelzen landloser Ostbauern" - denn gerade sie sind in seinen Augen die Traditionshüter der ostdeutschen Kultur, ohne die das ganze deutsche Volk "geistig, sittlich und moralisch verarmen muß".
Daß Oberländer trotz so schöner Anlagen nicht ganz sicher sein kann, auch künftig - also auch nach der nächsten Bundestagswahl 1961 - der beamtete Bonner Vertriebenenchef zu sein, liegt an seiner Vergangenheit, teils an der vor 1945 und teils an der danach. Theodor Oberländer ist wegen seiner Ostpolitiker-Karriere, unter dem nationalsozialistischen Regime

- unerwünscht bei den Bonner Kräften - auch in der CDU-Fraktion -, die ihre außenpolitischen Pläne nicht länger von den Ostland-Sonntagsparolen der Vertriebenenfunktionäre durchkreuzt sehen wollen.
Wegen seines politischen Weges nach 1945 aber ist Oberländer
- unerwünscht mindestens bei Teilen des Vertriebenenführerkorps, die ostpolitisch durchaus mit ihm einig sind; ihm aber verargen; daß er - immer mit den stärksten Bataillonen fechtend - als arrivierter Bundesminister vom BHE zur CDU überwechselte.
Des Ministers Halt in dieser schwierigen Lage ist wie eh und je der Kanzler. - Der alte Herr trennt sich nicht mehr gern von den vertrauten Gesichtern am Kabinettstisch. Außerdem ist Theodor Oberländer für seinen Chef ein bequemer, widerspruchsloser Minister, und schließlich hält ihn Konrad Adenauer auch für einen profunden Ostkenner - Oberländer hat in den dreißiger Jahren als junger Agrarwissenschaftler auf Saatzucht-Kolchosen in der Sowjet-Union gearbeitet. Zum ostpolitischen Argumente-Repertoire des Kanzlers gehören im kleinen Kreis denn auch häufig Sätze, - die anfangen: "Der Herr Oberländer hat mir jesacht ..."
Für jede anders als bisher geartete Ostpolitik der Bundesregierung aber bleibt Oberländer eine Belastung: Sein Name ist für die osteuropäischen Völker innig mit dem nationalsozialistischen Ritt gen Osten verbunden. Als Strauß und Schröder nur schlichte Marschierer waren, ist Oberländer ein NS-staatlich anerkannter Wortführer des deutschen Dranges nach dem Osten gewesen:
Mit Oberländer und seinem damaligen BHE-Genossen Waldemar Kraft gelangten Anfang der fünfziger Jahre zum erstenmal Nationalsozialisten, die nicht nur mitgelaufen waren, in die westdeutsche Politik. Kraft hatte einen Ehrenrang bei der Schwarzen SS gehabt. Als nach dem spektakulären BHE-Landtagswahlerfolg 1950 in Schleswig-Holstein der Flüchtlingspartei zwei Ministerposten eingeräumt wurden, erkletterte neben Waldemar Kraft der ehemalige Rechtsberater der Deutschen Arbeitsfront, Hans-Adolf Asbach, einen Kabinettssessel.
Oberländer war 1933 in die NSDAP eingetreten. Er brachte es bis zum SA-Sturmhauptführer, Gauamtsleiter und Reichsführer des Bundes Deutscher Osten, einer Organisation, die in erster Linie das Eindringen fremden (polnischen) Volkstums, etwa durch Saison-Arbeiter, in die ostdeutschen Grenzgebiete abwehren sollte. In sein Bonner Ministerium holte sich der Volkstumskämpfer Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP als Mitarbeiter. Schon vor der Bundestagswahl 1953 erhoffte sich Oberländer Stimmengewinne für seine damalige Partei, den BHE, durch die Kandidatur des SS-Generals Felix Steiner, ein Plan, von dem Oberländer erst nach langem Zureden Abschied nahm.
Auf übliche Weise abgerückt ist Oberländer nach dem Kriege von einem 1940 unter seinem Namen in der Zeitschrift "Neues Bauerntum" veröffentlichten Artikel, in dem die Austreibung der Polen aus den gerade eroberten Gebieten verlangt wurde. Sein Aufsatz, so sagt Oberländer heute, sei damals von der Redaktion "gröblich verändert" worden. In dem - mit dem Namen Oberländer gezeichneten - Artikel hieß es: "Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Falle eine restlose sein.
Solche Maßnahmen völliger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen, ... aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf." - Das Rezept, mit dem Stalin ein paar Jahre später die Oder-Neiße-Grenze plausibel machen konnte, ist hier vorweggenommen.
Und weiter: "Eine klare Trennung zwischen Deutschtum und Polentum ist nach den Ereignissen der letzten Jahre eine absolute Notwendigkeit, wenn die Reinerhaltung der Rasse gewährleistet sein soll ... Aus diesem Grunde ist neben vielem anderen eine Assimilierung des Polentums abzulehnen. Sie würde unserem Rassenprinzip, unserem Volkstumsprinzip und dem Sinn unseres Kampfes für einen neuen Lebensraum widersprechen." - Stalin trennte die beiden Rassen säuberlich und endgültig.

Nicht öffentlich abgerückt ist Oberländer bisher von den zahlreichen anderen Artikeln, die unter seinem Namen zwischen 1933 und 1944 etwa in der Wochenschrift "Ostland" im "Deutschen Erzieher" und in "Volk und Reich" erschienen sind. Im Juli 1939 dozierte der damalige Greifswalder Universitätsprofessor Oberländer im pommerschen "Kampfblatt für Erzieher und Schule" (herausgegeben vom nationalsozialistischen Lehrerbund) über den Volkstumskampf:
"Der einzig bleibende Erfolg dieser an Tragik und Verlusten reichen (deutschen) Geschichte ist die Wiederbesiedlung des deutschen Ostens ... Es ist das gewiß kein einfacher Ritt gegen Ostland gewesen, sondern eine außerordentliche Anstrengung ...
(Aber) der Deutsche war rassisch überlegen. Er war aus der Heimat gewohnt, Überdurchschnittliches zu leisten. Er stieg dank seiner Tüchtigkeit schnell auf."
Nach dem stolzen Rückblick analysierte Oberländer im gleichen Artikel die völkische Gegenwart kurz vor Kriegsausbruch 1939:
"Das deutsche Volkstum jenseits unserer Reichsgrenzen kämpft nicht um seine Erhaltung in der Verteidigung, sondern kämpft für die großen Aufgaben im großen ostmitteleuropäischen Vorfeld, indem deutsche Volksgruppen das in die Tat umzusetzen versuchen, was wir hier im Reiche in Form und Tat in der großen deutschen Schicksalsgemeinschaft vollbringen durften. Jede deutsche Volksgruppe kann draußen ... ein Drittes Reich im Kleinen sein, und auch in jenen Völkern (draußen) gibt es Menschen, die das Judentum bekämpfen ..."
Auch im Kriege beschäftigte sich Oberländer mit der jüdischen Frage:
"Die Ausnutzung des Faktors Arbeit ist das Grundproblem der Wirtschaft des Generalgouvernements. Dadurch, daß die zwei Millionen Juden ebenfalls zur Arbeitsleistung herangezogen werden, da der Handel stärker genossenschaftlich organisiert wird, wird das Angebot des Faktors Arbeit wesentlich verstärkt."
Was die Ausschaltung des "Bolschewismus als weltpolitische Macht und Gefahr" angeht, so war Oberländers Rezept 1937 eine Mahnung an die Völker, doch endlich mit der Demokratie Schluß zu machen:
"Deutschland an der Spitze, ferner Italien und Japan haben innerhalb ihrer Staatsverbände den bolschewistischen Funken ausgetreten und damit ein Vorbild geliefert.
Werden die anderen Staaten diesem Vorbild folgen können und wollen? Erst dann wird es ihnen gelingen, die durch Liberalismus und Demokratie entstandene innere Schwäche zu beseitigen und sich so vor der Gefahr zu retten, wenn es ihnen möglich ist, eine ihnen arteigene, innere neue Ordnung des Lebens und des Staates zu finden."
Nach dem Kriege hat Theodor Oberländer, der mit der Tochter eines ostpreußischen Superintendenten verheiratet ist, besonders gern - oft stellvertretend für den Kanzler - vor der Weltkonferenz für moralische Aufrüstung in Caux versichert, daß Deutschland die Fehler der Vergangenheit bedaure. Für sich selbst machte der ehemalige SA-Sturmhauptführer geltend, daß er schon in den dreißiger Jahren in Königsberg starke Meinungsverschiedenheiten mit dem ostpreußischen Gauleiter Koch über die Methoden einer deutschen Ostkolonisation gehabt habe.
Als eine Art Strafversetzung und innere Emigration muß nach dieser Darstellung die Übersiedlung nach Greifswald und später nach Prag aufgefaßt werden. Immerhin stieg der Agrarwissenschaftler und Ost-Mitarbeiter des Ribbentropschen Außenamtes bei dem Hochschulwechsel vom außerordentlichen zum ordentlichen Professor auf.
Der bevorzugte Beweis für die aufrechte Anti-NS-Gesinnung des Vertriebenenministers aber sind stets Denkschriften über die Behandlung der Ostvölker gewesen, die Oberländer nach dem Festlaufen des Rußlandfeldzuges verfaßte.
Oberländer war als Reserveoffizier eingerückt und hatte vor Beginn des Rußlandkrieges einen Sonderauftrag erhalten, bei dem er seine osteuropäischen Sprachkenntnisse und die Erfahrun-

gen mit östlichen Ländern und Leuten verwerten sollte, die er sich bei mehreren Vorkriegsreisen in die Sowjet-Union erworben hatte:
Auf einem deutschen Truppenübungsplatz wurden gefangene Ukrainer aus der zerschlagenen polnischen Armee zu einem Freiwilligen-Bataillon zusammengestellt, das in der Sowjet-Union Spezialaufgaben der psychologischen Kriegführung lösen sollte. Ostexperte Oberländer wurde Offizier - und volkstums-psychologischer Ratgeber - in der Ukrainer-Einheit "Nachtigall", so genannt nach dem Bataillons-Chor der von einer unabhängigen Ukraine träumenden Hiwis. Später wechselte Oberländer von den Ukrainern zu Kaukasiern über, die unter ihm ein Diversanten-Bataillon namens "Bergmann" bildeten
Als sich das deutsche Besatzungsregime in Osteuropa im weiteren Verlauf des Rußlandfeldzugs mehr auf die Ausbeutung der besetzten Gebiete und die Liquidierung "rassisch unterlegener Völkerschaften" als auf Koexistenz mit den antibolschewistischen Kräften ausrichtete, wurden die einheimischen Hilfstruppen, die der deutschen Abwehr-Division "Brandenburg" angeschlossen waren, rebellisch. In dieser Situation verfaßte Hiwi-Hauptmann Oberländer Denkschriften, die bis - hinauf, zu Reichsministern verschickt wurden ...
Warnte Oberländer: "Die bisherige Praxis, insbesondere in den nach der amtlichen Ausdrucksweise besetzten, nach unseren eigenen Propagandaparolen befreiten Ostgebieten ist wenig geeignet, werbend zu wirken. Denn sie fußt - aus den Notwendigkeiten des Krieges heraus - auf der Überschätzung der wirtschaftlichen Belange und auf der Mißachtung der Menschen. Sie wird daher von den Bewohnern dieser Gebiete dem Bolschewismus und dessen Menschenverachtung gleichgesetzt."
In einer anderen Denkschrift: "Die Gefahr, daß wir uns psychologisch kurzsichtig über die Lebensnotwendigkeiten der Ostvölker hinwegsetzen, die wir unserer dauernden Führung unterstellen wollen, muß unbedingt vermieden werden. Geschieht das nicht, so würde nicht nur die benötigte Arbeits- und Ertragssteigerung auf dem Lebensmittel- und Rohstoffsektor ausbleiben, es würde über den Zwischenzustand des Partisanentums ein schwelender Widerstandsgeist erzeugt werden, der früher oder später zu politisch-militärischen Empörungen und Sabotageaktionen größeren Ausmaßes führen kann ...
"Der Sieg der Front hängt ab vom psychologischen Sieg der Etappe. Wie lange der Krieg auch dauern mag, wir sind nicht zu schlagen, wenn sich diese Erkenntnis durchsetzt."
Wenn diese Memoranden auch weniger prinzipielle Ablehnung der NS-Ideologie verrieten als nüchternen, analytischen Verstand, so waren sie doch ketzerisch genug, um die Entlassung des unbequemen Hauptmanns Oberländer aus dem Militärdienst zu bewirken. Er wurde 1943 nach Prag verbannt, wozu er heute sagt, daß praktisch eine Art Stadtarrest über ihn verhängt worden sei. Immerhin durfte er in Prag NS-Ordensburgzöglinge mit schulen. Gegen Kriegsende wurde er auch wieder zu den Fahnen gerufen, als Spezialist für die Hiwis des Generals Wlassow.
Nach dem Kriege nahm Oberländer widerspruchslos hin, daß gelegentlich in Wiedergaben seines Lebenslaufs auch von einem Todesurteil gesprochen wurde, das vom SD über ihn verhängt und dessen Vollstreckung nur durch Prager Freunde aus der alten (nationalsozialistischen, sudetendeutschen) Henlein-Partei verhindert worden sei. Sagt der heutige BHE-Vorsitzende Seiboth über seinen ehemaligen Parteichef Oberländer: "Ich war in der Zeit auch in Prag, weiß aber nichts über Oberländers damalige Situation. Wenn wir nach dem Kriege manchmal nach diesen Dingen gefragt haben, ist er immer ausgewichen."
Ähnliches Zwielicht liegt auch über den Kriegstaten der ukrainischen "Nachtigallen", denen Oberländer 1941 zugeteilt war und deren Lemberger Feldzugsetappe dem Minister jüngst so viele Ungelegenheiten bereitete.
Die sogenannten Dokumente, die darüber in den Ostberliner Gazetten nun schon wochenlang in loser Folge veröffentlicht werden, tragen eindeutig den Stempel schlechter, bestellter Ar-

beit. Meldet etwa das "Neue Deutschland":
"Einen erschütternden Tatsachenbericht über die barbarischen Verbrechen des faschistischen Massenmörders und Bonner Ministers Oberländer in Lwow (Lemberg) übergab der Schweriner Bürger Heinz Schipporeit am Donnerstag der Öffentlichkeit. 'Es war kaum zu fassen, was wir in den ersten Julitagen 1941 am Kadettenberg in Lwow sahen', berichtet Heinz Schipporeit, der als Soldat der Beobachtungsabteilung 21 Augenzeuge des auf Befehl Oberländers angerichteten grausamen Massakers war. 'Im Freien und auch in einem Gebäude lagen Hunderte von Menschen, aufgeschichtet bis zu eineinhalb Meter Höhe, erschossen und erschlagen.'
Heinz Schipporeit fordert, Oberländer sofort als Bundesminister abzulösen und ihn vor Gericht zu stellen."
Es fand sich kein Zeuge, der den von kommunistischer Seite des Massenmords beschuldigten Bundesminister hätte belasten können: Übrig bleibt die Tatsache, daß Oberländer als Offizier in einer ukrainischen Hilfstruppe diente, der von Kennern bescheinigt wird, schon früh im Rußlandkrieg Partisanen-Ähnlichkeit besessen zu haben.
Der SPD-Pressedienst räumte dem Minister ein, daß er "gewiß seine Hände frei von Blut gehalten" habe. Aber das spreche ihn nicht frei von schwerer intellektueller Mitverantwortung an dem, was im Osten geschehen sei.
Schlußfolgerte der Oppositions-Pressedienst: "Oberländer könnte sich selbst und einer auf die Zukunft gerichteten deutschen Ostpolitik den besten Dienst erweisen, wenn er seine Ministerherrlichkeit mit der Anonymität vertauschte; dann gäbe es keinen 'Fall Oberländer' mehr."
An solche Erwägungen hängte Adenauers Vertriebenenchef jedoch keine Gedanken. Nachdem es ihm gelungen war, Fulda rechtzeitig für eine Beschlagnahme-Verfügung gegen die "Tat", das Interessenorgan der VVN, zu erreichen, begnügte er sich für seinen Teil mit Gegenvorwürfen auf der Bonner Pressekonferenz.
Seiner exponierten Stellung im Kampf gegen den Bolschewismus ganz bewußt, besuchte er vor vierzehn Tagen in aller Ministerherrlichkeit zusammen mit dem franco-spanischen Außenminister Castiella Westberlin, wobei der Ehrengast von der faschistischen Halbinsel die Stadt Berlin den "Alcazar Europas" nannte, an dessen Mauern "die drohenden Wellen des Ostens gegen den Geist Europas" aufgehalten würden - im spanischen Bürgerkrieg war die Festung Alcazar Symbol des faschistischen Kampfes gegen die Republikaner.
Nur als eine kleine Panne, auf die zurückzukommen sich nicht lohnt, hat Oberländer es offenbar erachtet, daß am Tage seiner Bonner Pressekonferenz in der Düsseldorfer "Jüdischen Illustrierten" Lemberger Tagebuchaufzeichnungen eines SS-Oberscharführers Landau erschienen, die mit Oberländers Erklärungen nicht ganz in Einklang gebracht werden konnten.
Oberländers Ukrainer-Bataillon "Nachtigall" war in der Nacht vom 29. zum 30. Juni 1941 in, Lemberg eingedrungen. Über die dann folgenden Tage in der von Hitler 1939 an Stalin abgetretenen polnischen Stadt hatte die beschlagnahmte "Tat" berichten wollen:
"Während der Anwesenheit des unter der politischen Leitung Oberländers stehenden Bataillons 'Nachtigall' in Lemberg trug sich folgendes zu: Über 30 Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Professoren, Geistliche und Wissenschaftler wurden ermordet. Schüsse fielen im Lemberger Gefängnishof, in einer Sandmulde auf dem 'Kadettenberg', in den Sandgruben beim Lissenitzki-Wald und im Lager Janow. In den Sandgruben außerhalb der Stadt wurden mehrere tausend Juden erschossen. Im Lager Janow wurden Ermordete aufgestapelt, mit Teer und Benzin übergossen und verbrannt - insgesamt 1.600 Menschen. ... Diese Mitteilung und das uns vorliegende Material enthält einen ungeheuren Schuldvorwurf: Ein amtierender Bundesminister steht unter dem Verdacht, an den Massenmorden während des Krieges beteiligt gewesen zu sein."
Oberländers Bonner Gegendarstellung, vor allem gestützt auf Briefe von "Nachtigall-

Männern" und schwedische Presseberichte über einen Besuch in der gerade von den Deutschen besetzten Stadt: Beim Einmarsch seien im Lemberger Gefängnis mehrere hundert Ukrainer und Polen gefunden worden, die von den abrückenden Russen ermordet worden seien. Oberländer:
"Ich kann... sagen, daß in den sechs Tagen, in denen 'Nachtigall' in Lemberg gewesen ist, kein Schuß gefallen ist, und daß mir auch nicht ein einziger Fall irgendwelcher Gewalttätigkeit bekannt ist."
Dieses Bild einer friedlichen Etappenstadt schwächte der Minister nach einer Zusatzfrage allerdings dahin ab, daß er nur für seine Einheit spreche:
"... Sie können nicht erwarten, daß ich für alles, was in Lemberg passiert ist, heute eine gültige Aussage mache."
Was im Juli 1941 in Lemberg passierte, schilderte detaillierter als Oberländer der SS-Obersturmführer Landau in seinem Tagebuch, das bei der Verhaftung des österreichischen SS-Manns 1958 in Stuttgart gefunden wurde: "Unterwegs treffen wir ... ukrainische Soldaten. Es riecht nach verwesten Leichen. Um 16 Uhr kamen wir in Lemberg an. Warschau ist harmlos dagegen ... Kurz nach Ankunft werden von uns die ersten Juden erschossen" (2. Juli). –
"Eben kehren wir zurück, 500 Juden standen zum Erschießen angetreten" (3. Juli). –
"Eine Stunde später werden weitere 32 Polen (meist von der Intelligenz und Widerstandsbewegung), nachdem sie das Grab geschaufelt haben, erschossen ... Ich habe mir eine Peitsche um 2 RM gekauft. Überall, wo man an verbrannten Häusern vorbeikommt, Leichengeruch. Im Laufe des Nachmittags wurden ungefähr 300 Juden und Polen umgelegt" (5. Juli). –
"Ukrainer hatten im Walde '24 von den Russen ermordete Ukrainer' gefunden. Die Leichen waren fast unkenntlich. Die Leichen wurden feierlich beigesetzt. Unterwegs erklärte mir der Pfaffe: 'Das Niederträchtigste sei, daß man den Ukrainern jüdische Dokumente in die Tasche gesteckt habe.' Nun schlägt's 13!
Diese angeblichen 24 Ukrainer waren unsere standrechtlich erschossenen Juden (23) und 2 Ukrainer glaube ich. Prost Mahlzeit! Die Leichenpapiere stanken schon bestialisch.
Ich ließ sie mit Petroleum übergießen und verbrennen."
Oberländer und seine "Nachtigallen" waren bis zum 7. Juli in Lemberg.
Der amerikanische Historiker Dallin hat 1957 in seiner Untersuchung über die "Deutsche Herrschaft in Rußland 1941 bis 1945" festgestellt:
"An den folgenden chaotischen Tagen wurde es für die Deutschen offensichtlich, daß Banderas (Stefan Bandera, ukrainischer Nationalistenführer, der Mitte Oktober dieses Jahres in München durch Zyankali starb, wobei noch ungeklärt ist, ob er ermordet wurde oder Selbstmord beging.) Anhänger, auch die im Regiment 'Nachtigall', bei der Durchführung von Säuberungen und Pogromen beträchtliche Initiative entfalteten."
Die Bundesregierung hat zu den Vorwürfen gegen ihr Mitglied Oberländer bisher nicht Stellung genommen. Innenminister Schröder aber beantragte beim Bundesverwaltungsgericht das Verbot der mit den Kommunisten sympathisierenden - und in einigen Ländern schon verbotenen - VVN wegen Verfassungswidrigkeit.
In der Bonner Geschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen säumte man nicht, in aller Öffentlichkeit Mitgefühl für das kommunistische Propagandaopfer Oberländer zu bezeigen; nur das sozialdemokratische Präsidiumsmitglied des Bundes, Wenzel Jaksch, distanzierte sich von der Solidaritätserklärung. Oberländers Vergangenheit vor 1945 ist für viele westdeutsche Flüchtlingsfunktionäre nicht des Nachdenkens wert. Anti-Kommunismus ist eine ausreichende Legitimation.
Kritischer für Oberländers weiteres Fortkommen unter den Vertriebenen bleibt dagegen sein Parteibuchwechsel in den fünfziger Jahren, der Übertritt vom BHE zu Adenauers Staatspartei.
Besonders beunruhigend aber ist für ihn in diesen Monaten, daß er wegen seiner damaligen

Option für Kanzler Adenauer nicht zu dem Kreis prominenter Flüchtlinge gehört, die neue politische Vertriebenen-Gruppierungen planen - für Pläneschmiede solcher Art, ist Oberländer uninteressant, weil seine Hausmacht allein aus des Kanzlers Wohlwollen besteht.
Chefplaner sind Sozialdemokrat Jaksch und der Christlich-Soziale Baron Manteuffel-Szoege. Jaksch warf unlängst bei einem ostpolitischen Streit mit seinen Parteifreunden wütend sein Mitgliedsbuch auf den Beratungstisch, wie zum Austritt aus der SPD entschlossen. Manteuffel-Szoege führte in diesem Sommer vor aller Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung mit seinem Fraktionskollegen Müller-Hermann aus Bremen, der den Vertriebenenverbänden vorwarf, für ihre Auffassungen Unfehlbarkeit und Ausschließlichkeit zu beanspruchen:
Jaksch und Manteuffel gerieren sich als Radikale, die notfalls den Bruch mit ihren Parteien riskieren werden, um nur noch auf die Vertriebenen zu setzen.
Mit Genugtuung registrieren der sudetendeutsche Sozialist und der baltische Baron, die stets mit größter Hochachtung voneinander sprechen, die zustimmenden Briefe von Einheimischen auf ihre Reden: Jeder Hesse, Niedersachse oder Schwabe, der ihre ostpolitischen Vorstellungen teilt, fördert die vornehmlich von Wenzel Jaksch initiierten Pläne, zur Bundestagswahl 1961 gegebenenfalls eine überparteiliche Gruppe von "ost-bewußten Deutschen, ganz gleich, wo sie herstammen" (so Jaksch) zu gründen - keine eigentliche Partei, aber ein Druckmittel gegenüber den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD, auf ihren Kandidatenlisten Vertreter der Vertriebenen-Außenpolitik gebührend zu berücksichtigen.
Was gebührend wäre, weiß Jaksch genau zu sagen: "Rund 18 Prozent Vertriebene gibt es in der Bundesrepublik. Soll dieser Anteil gerecht berücksichtigt werden, so müssen etwa 90 Vertriebenen-Abgeordnete in den nächsten Bundestag einziehen. Woher die landsmannschaftlich kommen, ist egal. Es können genausogut Westdeutsche sein, nur auf unserer Linie müssen sie liegen. Wir brauchen ein gesundes, positives Nationalgefühl." Zur Zeit gibt es 66 Bundestagsabgeordnete, die heimatvertrieben sind.
Für Oberländer sind solche speziellen Flüchtlingsgruppierungen saure Trauben:
"So etwas hat heute keine Berechtigung mehr." Sagt der Minister stolz: "Seitdem ich Mitglied der CDU bin, kann ich direkt zum Alten gehen, wenn ich etwas will."
Tatsächlich dankt ihm der Kanzler die Mitwirkung bei dem ersten, nun schon über vier Jahre zurückliegenden Versuch, die Heimatvertriebenen vom BHE an die CDU heranzuführen.
Adenauer bediente sich seinerzeit seines - auch an anderen Objekten erprobten innenpolitischen Lieblingskunststückchens:
er förderte die Spaltung der Flüchtlingspartei BHE. Dabei wurde er von den beiden BHE-Spitzenkräften - Theodor Oberländer und Waldemar Kraft - unterstützt, die nach ihrer Ernennung zu Bundesministern die den Flüchtlingsparteilern ziemende Animosität gegen die saturierte, bürgerliche CDU schnell überwanden.
Kraft und Oberländer hatten 1950, der eine im Norden und der andere im Süden der Bundesrepublik, die Flüchtlinge mit Hilfe des Appells an den Arme-Leute-Stolz um sich geschart, nachdem bis dahin auf alliierte Weisung nur unpolitische Flüchtlingszusammenschlüsse auf Kreisebene erlaubt waren.
Der erste Erfolg war eindrucksvoll gewesen: Bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl im Sommer 1950 gewann die neue Partei - "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" - 15 von 69 Parlamentssitzen (23,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen). Waldemar Kraft, bis dahin Sprecher der Landsmannschaft Weichsel/Warthe, wurde in einer bürgerlichen Koalition stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister.
In Bayern besetzten die depossedierten Ostdeutschen im November desselben Jahres 26 von 204 Landtagssitzen. Theodor Oberländer, der als BHE-Mann den Wahlkampf zusammen mit der rechtsradikalen "Deutschen Gemeinschaft" August Haußleiters geführt hatte, avancierte zum bayrischen Staatssekretär für das Flüchtlingswesen.

Nach der Bundestagswahl 1953 zogen 27 BHE-Abgeordnete in das Bonner Parlament ein; die beiden Chef-Flüchtlinge Kraft und Oberländer erkletterten einen Bundesministersessel, weil Konrad Adenauer für seine verfassungsändernde EVG-Politik die BHE-Stimmen benötigte. Bedenken wegen der Vergangenheit der beiden neuen Minister hatten hinter dem Drang nach deutschen EVG-Soldaten zurückzutreten:
Die Herren Kraft und Oberländer wurden gebraucht.
Nach 21 Monaten Gewöhnung an bundesministerielle Würden trennten sich die beiden BHE-Emporkömmlinge im Juli 1955 zusammen mit einigen Gesinnungsgenossen von den schlichten Abgeordneten ihrer Partei und formierten eine eigene Kraft/Oberländer-Gruppe im Bundestag, womit die Keime des allmählichen Verfalls in den BHE gesenkt worden waren.
Der Kanzler ließ sich nicht lumpen: Im Frühjahr 1956 wurden die BHE-Spalter in die westdeutsche Mehrheitspartei aufgenommen; Adenauer behielt die beiden Dissidenten im Kabinett, Kraft als Sonderminister ohne besondere Aufgaben, Oberländer als Vertriebenenminister.
Der BHE begann schon sehr bald nach dem Ausscheiden seiner beiden Spitzenreiter zu siechen: Von allen möglichen Flüchtlingszusammenschlüssen war er am wenigsten geeignet, den allmählichen Wandel der Vertriebenen-Gruppen - vom Interessentenhaufen zur außenpolitischen Pressure Group - ohne schwere Erschütterungen durchzustehen.
Die anklagende Sammelmarke "Heimatvertrieben und entrechtet" war von der Partei - den privaten Zielen mancher ihrer Funktionäre durchaus entsprechend - programmatisch vor allem als Anruf zur materiellen Versorgung der Mitglieder verstanden worden. Was an Finessen beim sogenannten Kuhhandel parlamentarischer Koalitionspolitik noch unbekannt gewesen war, lehrten die BHE-Politiker ihre wechselnden Koalitionspartner. 1957 schaffte es die Partei nicht mehr bis in den Bundestag.
Einen ähnlichen Niedergang erlebte der von dem störrischen Ostpreußen Linus Kather (im Bundestag erst CDU, dann BHE -Abgeordneter) gegründete Bund vertriebener Deutscher: Sein eigenwilliger Vorsitzender konnte sich mit den Führern der Landsmannschaften niemals über die Verteilung der Macht einigen, die aus der Gefolgschaft der neun Millionen Heimatvertriebenen resultiert.
Kathers Bund und die zwanzig Landsmannschaften in der Bundesrepublik schlossen vorübergehend einen Kompromiß: Der BVD sollte vornehmlich die sozialpolitischen Forderungen der Heimatvertriebenen vertreten, die, Landsmannschaften sollten heimatbezogene Kulturpolitik betreiben.
Die Landsmannschaften hatten damit, wie sich mehr und mehr zeigte, die bessere Startposition erwischt: Von ihrer Aufgabe aus konnte man schneller die neuen Formeln von dem "gesunden Nationalgefühl" entwickeln, das fürderhin auch alle Westdeutschen zu Streitern für die Rückgewinnung der Ostgebiete machen soll, wenn sie sich nicht der Schande aussetzen wollen, "Verzichtpolitiker" zu sein.
Bei dem schließlich doch noch - gegen den Willen Kathers - zustande gekommenen organisatorischen Zusammenschluß von Interessenverband und Landsmannschaften haben sich denn auch die Hüter der heimatlichen Kulturpolitik gegenüber den Wahrern der materiellen Belange entscheidend durchsetzen können: In dem 1958 gegründeten "Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" geben die Sprecher der Landsmannschaften durchaus den Ton an.
Die einflußreichste Gruppe der Vertriebenen wird denn auch heute nicht mehr von einem gemeinsamen Parteibuch zusammengehalten, sondern von ihrer landsmannschaftlichen Herkunft: Die Sudetendeutschen, als Nicht-Reichsdeutsche schon von früher her an Zusammenhalt gewöhnt, sind die stärkste Hausmacht, über die ein Vertriebenen-Führer verfügen kann. Die jetzige Dreiteilung in die katholische Ackermann-Gemeinde, die sozialistische Seliger-Gemeinde und den völkischen Witiko-Bund kann prominente Sudetendeutsche nicht daran

hindern, sich als Großfürsten unter den übrigen Flüchtlings-Familien zu fühlen.
Der weitschauende Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm hat sich daher auch entschlossen, die Sudetendeutsche Landsmannschaft als Heiratsgut in eine etwaige neue Parteibindung einzubringen.
Seebohm erwägt schon seit einiger Zeit Absetzbewegungen von der Deutschen Partei Heinrich Hellweges. Erste Kontakte mit Prominenten der bayrischen Christlich-Sozialen sind bereits aufgenommen. Ein jüngst erworbenes Grundstück nahe beim Starnberger See könnte den Übertritt zur bayrischen CSU sinnfällig machen. Der gelegentliche Schulferien-Aufenthalt des oberschlesischen Knaben Seebohm im Sudetenland (seine Eltern besaßen dort ein Bergwerk; Adenauer: "Er wurde dort gezeugt") legitimierte den Verkehrsminister, Ende September Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu werden.
Seebohm scheint in der Tat berufen, Dolmetscher der neuen Vertriebenen-Politik zu werden. Adenauers Verkehrsminister spottete nämlich schon 1952 vor geladenen Gästen über die Westmächte, die an eine innenpolitische Lösung der Vertriebenen-Frage glaubten:
"Wenn jemals diese Herren aus angelsächsischen Landen glauben, wir würden uns assimilieren, unsere Kinder würden schon nichts mehr von der Heimat wissen, ... wir vermischten uns und wären damit ausgeschaltet in unserem Streben, ... dann muß ich diese Herren fragen, was wohl ein anderes Volk, ein anderer Stamm, nämlich die Iren, in diesen Jahrhunderten geleistet haben."
Jonglierte Minister Seebohm mit der Historie:
"Die Iren haben sich trotz gleicher Sprache in Nordamerika nicht vermischt, und wenn sie fast keine Menschen ihres eigenen Volkes mehr in ihrer Heimat hatten, so waren es jene, die drüben saßen, die diese Heimat nicht aufgaben, die den Kampf geführt haben mit einer Erbitterung sondergleichen und die schließlich der Heimat die Freiheit und den Frieden erstritten haben. Gerade die Angelsachsen sollten an dem irischen Beispiel sehen, daß wir Sudetendeutschen in gleicher Weise verfahren werden. Das sollte die Welt in ihrer Gesamtheit wissen."
(Straßentransparente mit den Namen der verlorenen Gebiete sollten dem amerikanischen Präsidenten bei seinem Besuch in Bonn dieses Wissen vermitteln).
Nicht alle Vertriebenen-Führer verfügen über diese gefällige Rhetorik. Seebohms oratorischer Höhepunkt: "Scheiße, das ist alles Scheiße. Wenn jemand Scheiße in den Hosen hat und Scheiße auf die Erde fällt, so soll man ihm keinen Lokus unterstellen."
(Der Kommentar des Ministers zu einer Ost-Konzeption, die er ablehnt.)
Seebohm macht Oberländer immer ernsthafter Konkurrenz als ministerieller Sonntagsredner über Ostfragen. Einig sind sich beide Bundesminister aber darin, daß die Politik der Heimatvertriebenen den Aufbau einer antikommunistischen Front in Europa zum Ziele haben muß.
Oberländer: "Eine Rückkehr in ein kommunistisches Polen kommt nicht in Frage. Aber ich glaube, daß es bald Friedensvertrags-Verhandlungen geben wird, die uns größere Möglichkeiten einräumen, als man heute absehen kann." Und sein persönlicher Referent fügte hinzu: "Die Kritiker wollen immer alle so klug sein. Gottvertrauen brauchen die Flüchtlinge."
Außerdem wollen sich die Vertriebenen bei ihren Rückkehr-Forderungen auf das schon 1919 ziemlich abgewertete Selbstbestimmungsrecht der Völker (Oberländer, mit der Faust auf den Tisch hauend: "Wer auf das Selbstbestimmungsrecht verzichtet, is' ein Kommunist") und das sogenannte Heimatrecht stützen.
Von diesen vagen Rechtsgrundsätzen leiten die Flüchtlingsfunktionäre das Alibi für ihre Weigerung ab, die Verhältnisse in Osteuropa realpolitisch oder auch nur real zu sehen. Präsident Krüger vom Vertriebenenbund bittet um Verständnis:
"Wenn wir uns nicht zu Sprechern der Rückgabe-Politik machen, so kommt eines Tages ein Demagoge, der in seinen Reden die Vertriebenen-Charta der gewaltlosen Regelung nicht einmal mehr erwähnt."

Ähnliche Überlegungen stellt der sudetendeutsche Sozialdemokrat Jaksch an, der die unbeirrte Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete für die Existenzfrage der Bundesrepublik hält: "Die Demokratie darf nicht wieder zwischen Hammer und Amboß kommen."
Jaksch wünscht eine "neue Selbstinterpretation des deutschen Volkes", worunter nach den Bekundungen der Vertriebenen wohl vor allem verstanden werden muß der Verzicht auf jede - an den Gegebenheiten und nicht an Wunschbildern orientierte - Normalisierung des westdeutschen Verhältnisses zu Osteuropa: Diplomatische Beziehungen beispielsweise bedeuten nationalen Verrat.
Positive Vorschläge, der Vertriebenen-Chefs gehen über vage Anregungen, die Kontakte "von Mensch zu Mensch" zu verstärken, kaum hinaus. Für die Polen etwa - Exilpolen ausgenommen - sind solche Anregungen ebenso uninteressant wie die 1950 verkündete Vertriebenen-Charta, in der einer gewaltsamen Lösung der Ostfragen abgeschworen wurde: Solange die Bundesregierung und Abgeordnete aller Parteien auf den Massentreffen der Vertriebenen dem Tabu der verlorenen Ostgebiete ihre Reverenz erweisen, bleiben alle friedfertigen Beteuerungen aus Westdeutschland leere Worte - und das nicht nur für die Kommunisten.
Der verhältnismäßig hohe Anteil, den die Vertriebenen am Offizier- und Unteroffizier-Korps der Bundeswehr haben, macht für osteuropäische Beobachter die Propaganda-These vom "westdeutschen Revanchismus" durchaus glaubhaft.
Für die Planer der neuen, national betonten. Vertriebenen-Politik ist es allerdings auch schwierig, über die "Deutschland-erwache-Parole" hinaus ein konkretes Gesamtprogramm zu entwickeln: Mit der Formel von der Wiederherstellung der deutschen Grenzen des Jahres 1937 lassen sich rechtlich nur die Ansprüche auf unumstrittenes ehemaliges Reichsgebiet vertreten.
Heimatrecht im Sudetengebiet, in Westpreußen, dem Baltikum und anderen ost- und südosteuropäischen Gebieten läßt sich nur durch komplizierte völkerrechtliche Hilfskonstruktionen unterschiedlicher Güte geltend machen: Für die Vertriebenen-Chefs eine Versuchung mehr, auf das weite Feld der gefühlsmäßig betriebenen Politik auszuweichen.
Um präzise organisatorische - und personalpolitische - Vorschläge, wie ihre Forderungen von bundesdeutschen Einrichtungen vertreten werden sollen, sind die Vertriebenen allerdings nicht verlegen. Der hannoversche Vertriebenen-Minister Schellhaus (BHE) unterbreitete erst am 14. November vor der niedersächsischen Delegiertenkonferenz des Bundes der Vertriebenen eine detaillierte Wunschliste:
"Ohne Anspruch auf Vollzähligkeit erheben zu wollen, meine ich, daß die deutschen Heimatvertriebenen sich mit ... Nachdruck mit folgenden Forderungen an die deutsche Öffentlichkeit und die Bundesregierung wenden müssen: Weckung des nationalen Widerstandswillens des ganzen deutschen Volkes, ... entscheidende Verstärkung der Public-Relations-Arbeit der deutschen Auslands-Mission ... Allen Botschaften, Gesandtschaften und konsularischen Vertretungen (sind) Sonderbeauftragte für gesamtdeutsche Fragen zuzuordnen ... Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat die Bundesregierung unverzüglich alle verwaltungs- und finanzpolitischen Maßnahmen zu treffen ... Die Bundesregierung (hat) unverzüglich ihren Auslandsvertretungen Anweisungen zu geben, berufenen Sprechern der Vertriebenen-Organisationen die Möglichkeit für Auslands-Vorträge im Sinne dieser Grundsätze zu eröffnen."
Ohne Aussicht auf eine außenpolitische Regelung in ihrem Sinne versuchen die Vertriebenen-Chefs so Stimmung für den deutschen Osten zu machen, ohne die etwaigen innenpolitischen Folgen ihrer nationalen Kampagne sicher kontrollieren zu können. Mit Fanfaren- und Landsknechttrommeln umrahmt die Deutsche Jugend des Ostens die Massenkundgebungen der Flüchtlinge.
Die Ostjugend hat etwa 150.000 Mitglieder. In den Büros der Vertriebenen-Organisationen registriert man mit Genugtuung, daß fast die Hälfte dieser jungen Leute Einheimische sind.

Außerdem beruhigt die Vertriebenen-Funktionäre eine Bestimmung des Bundesvertriebenen-Gesetzes über die Dauerhaftigkeit ihres Problems:
Auch die in Westdeutschland geborenen Kinder der Heimatvertriebenen haben Anspruch auf einen Flüchtlingsausweis und gelten als vertrieben, wodurch einer natürlichen Erledigung der Flüchtlingsfrage ein zuverlässiger Riegel vorgeschoben ist.<<

31.12.1959

DDR: Nach umfassenden Propagandamaßnahmen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen steigt die Zahl der PGH (Produktionsgenossenschaften des Handwerks) Ende 1959 auf 3.053 Genossenschaften mit 105.789 Mitgliedern (x009/174).
Von den 30.913 Gaststätten und Hotels entfallen Ende 1959 rd. 21 % auf Betriebe der HO (Handelsorganisation), 13 % auf Konsumgenossenschaften, 17 % auf Kommissionshandelsbetriebe und 47 % auf Privatbetriebe (x009/172).

Dezember 1959

DDR: Im Dezember werden 333 neue LPG gegründet. Danach beginnt die Endphase der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft.

1959

SBZ/Ostpreußen: Die sowjetischen Atomraketen in der DDR werden im Jahre 1959 überraschend in die Nähe von Kaliningrad (Königsberg) verlegt.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die damaligen Atomwaffenstandorte in Mitteleuropa (x283/244-245): >>Die gegen Ziele in Westeuropa, namentlich in der Bundesrepublik gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen der Sowjets lagern seit 1959 in Kaliningrad, dem alten Königsberg.
Die Gegenstellung befindet sich in der Eifel. In den Katakomben des Fliegerhorts Büchel schlummerten – und tun dies noch heute – für den Einsatz im Ernstfall 20 Atombomben vom Typ B 61 mit der jeweils 26fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie unterstehen der US-Air Force und werden auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durch deutsche Maschinen vom Jagdbombengeschwader 33 auf russische Ziele im Hinterland angesetzt.
Die Rechtsgrundlage bietet die "nukleare Teilhabe" der Bundeswehr an der militärischen Abwehr der NATO. ...<<

DDR: Im Jahre 1959 gibt es in der DDR 1.389 Filmtheater mit 539.111 Sitzplätzen. Fast alle Theater hat man entschädigungslos enteignet (x009/128).
Im Jahre 1959 fliehen 143.917 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Ost-Berlin: Ein kolumbianischer Reporter berichtet im Jahre 1959 über die damaligen Zustände in Ostberlin (x303/149): >>... Die Läden sind schäbig mit geschmacklosen Artikeln von mittelmäßiger Qualität. Es gibt ganze Straßen mit zerbombten Gebäuden. ... Die Menschen leben (darin) zusammengedrängt in den unteren Stockwerken, ohne sanitäre Anlagen und ohne Wasser. ...
Nachts leuchtet anstelle der Leuchtreklamen (Westberlin) auf der Ostseite der rote Stern. ...
Das Verdienst dieser dunklen Stadt ist, daß sie der wirtschaftlichen Realität des Landes entspricht.<<

BRD: Friedrich Edding (1909-2002) und Eugen Lemberg (1903-1976) berichten im Jahre 1959 in ihrem Buch "Die Vertriebenen in Westdeutschland" über die Eingliederung der deutschen Vertriebenen (x024/205): >>Das deutsche Volk wurde durch den Zusammenbruch des deutschen Ostens und durch das Einströmen der Vertriebenen vor eine Entscheidung gestellt. Es war vielleicht die schwerste, jedenfalls eine auf Jahrhunderte hinaus bestimmende Wendestunde seiner Geschichte. Die Wahl seines künftigen Weges hatte es nicht nur für sich selbst, sondern für das übrige Europa und die Welt zu treffen, deren Entwicklung und Schicksal davon nicht unbeeinflußt bleiben konnte. ...<<

1960

Ich glaube von jedem Menschen das Schlechteste, selbst von mir, und ich habe mich noch selten getäuscht.
Johann Nepomuk Nestroy (1801-1862, österreichischer Dichter)

01.01.1960

DDR: Von den rd. 11.700 mitteldeutschen Ärzten besitzen Anfang 1960 nur noch etwa 3.200 Ärzte ihre eigene Praxis. Ungefähr 50 % dieser Ärzte sind bereits über 65 Jahre alt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ärzte" in der SBZ (x009/39-40): >>Die Niederlassung von Ärzten in freier Praxis wurde 1949 auf seltene Ausnahmefälle beschränkt.

Man versuchte den Ärzten die haupt- oder "nebenberufliche" Tätigkeit in den Polikliniken und Ambulatorien durch Privilegien schmackhaft zu machen. ... Die Einschränkung der beruflichen Unabhängigkeit, Schwierigkeiten in der Erziehung der eigenen Kinder zwangen viele Ärzte trotz der guten Einnahmen zur Abwanderung ...

Ein großer Teil der jungen Ärzte wurde in die militärischen Einrichtungen gezogen. Rund ein Viertel der Ärzte ist ausschließlich mit Verwaltungsaufgaben befaßt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arzthelfer" in der SBZ (x009/40): >>Zunehmender Mangel an Ärzten gab 1951 Gelegenheit, zu ihrer Entlastung nach dem sowjetischen Muster ("Feldscher") Arzthelfer mit Fachschulausbildung des mittleren medizinischen Personals einzuführen.

Zunächst wurden sie aus Krankenpflegepersonal ausgewählt und in einjährigen Lehrgängen zusätzlich ausgebildet. Sie sollen in Polikliniken und im Betriebsgesundheitswesen und vor allem in ländlichen Gebieten Untersuchungen für Vorbeugung und in Krankheitsfällen vornehmen und die von Ärzten eingeleitete Behandlung weiterführen, dürfen seit 1957 auch Arbeitsbefreiungen aussprechen.

Die Entwicklung ist auf starken Widerstand bei den Ärzten gestoßen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Gesundheitswesen" in der SBZ (x009/157-160): >>Im Gesundheitswesen sind von 1945 bis 1954 die Entwicklungsphasen des Gesundheitswesens der Sowjetunion wiederholt worden: nach der Bekämpfung von Seuchen, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wurde 1947 den Land- und Stadtkreisen und der Industrie die Errichtung von Polikliniken und Ambulatorien aufgegeben. ... Dem leitenden Arzt jedes Krankenhauses wurden die jeweils kleineren Krankenhäuser des Bereiches und die Poliklinik weisungsgebunden unterstellt, dieser ebenso die Ambulatorien und deren (damalige) "Außenstellen".

Diese einheitliche Gliederung sollte ermöglichen, alle Behandlungen von Bezirkskrankenhäusern und -Polikliniken aus zu steuern. So sollten die Schwierigkeiten der fachlichen Koordinierung der ärztlichen Behandlung und der Weiterleitung der "schwierigen Fälle" an die qualifizierte Stelle mit den Mitteln des Kommandostaates gelöst werden.

Der starke Abgang von Ärzten und der Widerstand der bleibenden Ärzte zwang 1959 dazu, von einer weiteren Nachahmung der Sowjetunion abzusehen. Das Regime mußte sich vielmehr bereit finden, den straffen Zentralismus zugunsten größerer individueller Entscheidungsfreiheit, zugleich auch das Übermaß an Spezialisierung preiszugeben und den einzeln arbeitenden Praktischen Arzt bestehen zu lassen. ...

Das jahrelang propagierte Prinzip, die ambulante und stationäre Behandlung jedes Kranken in die Hand jeweils nur eines Arztes zusammenzufassen, hat sich als nicht realisierbar erwiesen. Die Ärzte des Versorgungsbereiches sind weiterhin (mit Ausnahme einzelner Fachgebiete) entweder im "stationären" oder im "ambulanten Sektor" tätig.

Zusammengefaßt sind nur noch "Anleitung und Kontrolle" mit dem Zweck, eine rationelle

und einheitliche Behandlung und Überwachung innerhalb der staatlichen Betriebseinrichtungen zu erreichen und Mehrfachaufwand für Diagnostik zu vermeiden.
... Das alles entspricht, mit geringen Abweichungen, dem Gesundheitswesen der Sowjetunion: im Plan ein umfassendes und rationell erscheinendes System von Krankheitsverhütung und Krankheitsbehandlung, das auf die Entwicklung und Erhaltung gegenwärtiger und zukünftiger Arbeitskraft ausgerichtet ist.
Die Wirklichkeit sieht anders aus. Immer neue Änderungen im Programm widerlegen die Behauptung, daß es sich um eine klare Konzeption handle, die sich mit angemessenem Aufwand realisieren ließe. Sie beweisen das Unvermögen des Regimes, einfache und in der Praxis wirksame und beständige Grundformen zu entwickeln, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden und dabei Raum für die Entfaltung persönlicher Initiative der Mitarbeiter zur Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten lassen.
Wie in allen Zweigen des sowjetischen Systems führen auch im Gesundheitswesen wirklichkeitsfern nach Doktrinen konstruierte Einrichtungen zu einem Übermaß von Verwaltung und "Kontrolle". Kräfte und Mittel werden dadurch der effektiven Arbeit entzogen. ...
Die medizinische Ausbildung ist nach dem Muster des sowjetischen Ausbildungssystems ungestaltet und stark politisiert worden. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Dispensaire" in der SBZ (x009/100): >>... Die sowjetische Bezeichnung für medizinische "Beratungs- und Behandlungsstellen", die auf umgrenzten Gebieten Früherfassung und Aufklärung mit Diagnostik und Behandlung zusammenfassen, die Kranken mittels Meldepflicht erfassen, ihre Behandlung überwachen ("Fürsorge") und die weitere gesundheitliche Entwicklung verfolgen. Sie erstrecken ihre Tätigkeit entweder auf bestimmte Krankheiten oder auf solche Bevölkerungsgruppen (nach Arbeitsplatz oder Lebensalter), in denen bestimmte Krankheiten häufig auftreten.
Nach dem "Dispensaire-Prinzip" sollen des gesamte Betriebsgesundheitswesen und jede Poliklinik arbeiten. Besondere Dispensaire bestehen für Mütter und Kinder, für Tbc, Geschwulstleiden (mit gesetzlicher Meldepflicht schon jedes Verdachtfalls!), Krankheiten von Herz und Kreislauf, Leiden der Atmungsorgane, Diabetes usw., sowie als sportärztliche, psychiatrische u.a. Beratungsstellen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sozialistische "Betriebsgesundheitswesen" in der SBZ (x009/68): >>Befehl Nr. 234 der SMAD gab 1947 den Betrieben die Einrichtung medizinischer Behandlungsstellen auf, die nach sowjetischem Muster Teil des Systems der nach Versorgungsbereichen gegliederten ambulanten ärztlichen Versorgung geworden sind.
Größe und Ausstattung sind gestaffelt nach der Belegschaftsanzahl ...
Das Personal gehört dem staatlichen Gesundheitsdienst an; die Führung geht aber mehr und mehr an die Betriebsleitungen über. Im Vordergrund steht jetzt die Bemühung um die Entwicklung eines Betriebsgesundheitswesens auf dem Lande, d.h. bei den LPG.
Aufgaben: ambulante Behandlung (auch betriebsfremder Personen) und Kontrolle der Arbeitsbefreiung, "Erste Hilfe" bei Unfällen, Überwachung nach dem Dispensaire-Prinzip, Führung von Nachsanatorien und (neuerdings) Krankenhäusern, schließlich Arbeits- und Betriebshygiene, Unfallverhütung und Überwachung der Werkküchen.
Der Versuch, die Einrichtungen des Betriebsgesundheitswesens jeden Wirtschaftszweiges in jedem Kreis unter Leitung einer Betriebspoliklinik zusammenzufassen war allenfalls in einzelnen hoch industrialisierten Distrikten realisierbar. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Ambulatorium" in der SBZ (x009/21-22): >>Im System der ambulanten Versorgung bildet das Ambulatorium die mittlere Einheit, als Betriebs-Ambulatorium wie als Stadt-Ambulatorium und Land-

Ambulatorium.
Diese sollen für je 10.000 Einwohner Zentren der ärztlichen Versorgung sein mit Gemeinschaftsarbeit von je etwa 4 Praktischen Ärzten und Zahnärzten, daneben Kinderärzten und den Fachärzten der übergeordneten Poliklinik.
Ihre "Versorgungsbereiche" werden je nach Wohndichte durch staatliche Praxen und Zahnarztpraxen in "Arztbereiche" untergliedert. Gemeindeschwestern und Hebammen werden ihnen zugeordnet.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Poliklinik" in der SBZ (x009/330): >>Errichtung durch SMAD-Befehl Nr. 242/1947 den Kommunalbehörden aufgegeben, im jetzigen System des Gesundheitswesens nach sowjetischem Muster die leitende Einrichtung je eines regional abgegrenzten ärztlichen "Versorgungsbereiches".
Jede Poliklinik soll mindestens 5 fachärztliche Behandlungsabteilungen, zahnärztliche Abteilung, physikalisch-therapeutische Anlagen und Apotheke umfassen und organisatorisch mit einem Krankenhaus verbunden sein, dessen Leiter sie untersteht.
Sie soll nach dem Prinzip des Dispensaire (vorbeugende medizinische Betreuung) arbeiten. Je eine Poliklinik soll für 50.000 Einwohner zuständig sein; nachgeordnet und fachärztlich von ihr versorgt das Ambulatorium und die staatliche Praxis. ... Die Ausstattung ist z.T. auch nach westlichen Maßstäben befriedigend, z.T. sehr primitiv.
Nach 1958 entfielen auf Polikliniken und Ambulatorien weniger als 40 % aller ärztlichen Behandlungsfälle.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Krankenhausordnung" in der SBZ (x009/233): >>Die im November 1954 erlassene "Rahmen-Krankenhausordnung" enthielt die erste Formulierung eines neuen Programmes der gesamten ärztlichen Versorgung der Bevölkerung.
"Das Krankenhaus ist das medizinische Zentrum seines Versorgungsbereiches und leitet fachlich die medizinische Arbeit innerhalb seines Bereiches an", indem bei ihm "die stationäre und die poliklinische Betreuung der Bevölkerung mit den Maßnahmen der gesundheitlichen Vorbeugung und Nachsorge verbunden" werden.
... Jedes Krankenhaus hat festumrissene Aufgaben zu erfüllen und sich entsprechend zu "profilieren". Dem ärztlichen Direktor jeder Anstalt sind die Poliklinik und alle ihr nach- oder zugeordneten Einrichtungen der ambulanten ärztlichen Versorgung des "Versorgungsbereiches" unterstellt. Verantwortlich ist er dabei auch für die Verwaltung; der Verwaltungsleiter "steht ihm beratend zur Seite". ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatliche Praxis" in der SBZ (x009/415): >>... 1956 probeweise in einzelnen Kreisen "freiwillig", 1958 allgemein eingeführt. Auf diesem Wege ist die Ablösung der freiberuflichen Tätigkeit beabsichtigt; in fest abgegrenztem "Versorgungsbereich" soll 1 Arzt für je 2.500 bis 3.500, 1 Zahnarzt für 2.300 Einwohner tätig sein, und zwar in fester Anstellung, möglichst beide im gleichen Hause, zusammen mit der Gemeindeschwester.
Sie unterliegen der Aufsicht und Weisung des zuständigen Ambulatoriums und sollen wie dieses auch vorbeugend und beratend sich betätigen.<<

04.01.1960

Schweden: Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich, Portugal und die Schweiz gründen am 4. Januar 1960 in Stockholm die EFTA (Europäische Freihandelszone).

11.01.1960

DDR: Ein SED-Mitglied in Zwickau erhält am 11. Januar 1960 folgenden "Parteiauftrag" (x243/207): >>Lieber Genosse! - ...
Parteiauftrag: Du wirst als selbständiger Agitator bei dem Einzelbauer D., Bruno (13,91 ha) in Niedermülsen Nr. 24 mit dem Genossen W., Bernhard eingesetzt.

Dieser Parteiauftrag hat so lange Gültigkeit, bist Du o.a. Bauern für den Eintritt in die LPG Morgenröte Niedermülsen gewonnen hast. ...
Mit sozialistischem Gruß
K./Werkdirektor . W./1. Sekretär (der SED Zwickau).<<

22.01.1960

DDR: Der Nationalrat der "Nationalen Front" beschließt am 22. Januar 1960 die beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft.

24.01.1960

DDR, BRD: Nach langen Verhandlungen kann man sich am 24. Januar 1960 über eine gesamtdeutsche Mannschaft für die Olympischen Winterspiele in Squaw Valley/USA einigen.

17.03.1960

DDR: Ein Parteifunktionär berichtet am 17. März 1960 in der SED-Zeitung "Neues Deutschland" (x296/208 L): >>Werter Genosse Walter Ulbricht!
Wir sind sehr erfreut, Ihnen mitteilen zu können, daß sich nunmehr alle Bauern im Bezirk Neubrandenburg entschlossen haben, den Schritt vom Ich zum Wir zu tun und gemeinschaftlich zu arbeiten. ...
Durch die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus möglich gewordene demokratische Bodenreform erfolgte der erste entscheidende Schritt, das böse Erbe der unseligen Vergangenheit abzuwerfen.
Durch den jetzigen Zusammenschluß aller bisher einzelbäuerlichen Betriebe zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beginnt eine neue, höhere Stufe der Entwicklung für alle Bauern unseres Bezirkes. ...
Damit erhält auch der Bezirk Neubrandenburg ein neues Gesicht, geprägt von einer schönen sozialistischen Perspektive.
Gegenwärtig sind unsere Genossenschaftsbauern, unterstützt durch die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen patriotischen Kräfte und den Staatsapparat, dabei, mit großem Schwung die Frühjahrsbestellung in Angriff zu nehmen. ...<<
Ein geflohener mitteldeutscher Bauer berichtet später über die kommunistische Zwangskollektivierung der Landwirtschaft im März 1960 (x243/207): >>Täglich kamen 6-8 Mann und verlangten den Eintritt in die LPG. Oft kamen sie täglich zwei- bis dreimal oder blieben bis nachts zwei Uhr. Unter den Werbern befanden sich Polizei, SED-Funktionäre. ...
Mein Sohn studierte an der TH in Dresden, und sie äußerten sich dahingehend, daß mein Sohn im Falle einer Weigerung von der TH entlassen würde. ...<<
>>... Anfang März ... kamen etwa 40 Werber ... mit Omnibussen in den Ort. ... Jeder Einwohner ... wurde von mehreren Werbern bearbeitet. ... Nachts waren die Ein- und Ausfahrtsstraßen des Dorfes durch Volkspolizei mit aufgepflanztem Seitengewehr bewacht. Lautsprecher fuhren durch das Dorf und forderten die Einzelbauern namentlich auf. ...<<

07.04.1960

DDR: Das SED-Regime erläßt am 7. April 1960 eine neue Beförderungsordnung für Lehrer.
Den Lehrern werden unter bestimmten Voraussetzungen folgende Titel verliehen: Oberlehrer, Studienrat, Oberstudienrat, Professor. Diese Titel sind mit Beförderungszulagen zum Grundgehalt verbunden.

15.04.1960

DDR: "Karl-Marx-Stadt" (Chemnitz) meldet am 15. April 1960 als letzter DDR-Bezirk den Abschluß der Zwangskollektivierung aller landwirtschaftlichen Betriebe (x009/519).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Agrarpolitik" in der SBZ (x009/14-16): >>Die Landwirtschaft in der SBZ steht seit 1945 im Zeichen der von der kommunistischen Doktrin bestimmten Agrarpolitik.

Danach sind die Beseitigung des selbständigen Bauernstandes und seine Kollektivierung unerläßliche Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus.
Unter Mißachtung der ganz anders gearteten historischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in Mitteldeutschland kopiert die Agrarpolitik der SED das sowjetische Vorbild. ...
... Auch in der SBZ hat man zunächst auf die allgemeine Kollektivierung der Landwirtschaft verzichtet. Aus praktischen und politischen Gründen wollte man eine Opposition der bäuerlichen Bevölkerung vermeiden; man versuchte sich ihre Sympathien durch eine Bodenreform zu verschaffen, die zu einer entschädigungslosen Enteignung der Großgrundbesitzer und zur Aufteilung ihres Landes in eine Vielzahl kleiner einzelbäuerlicher Betriebseinheiten führte. Ein ansehnlicher Teil des aus dem enteigneten und aus öffentlichen Ländereien gebildeten "Bodenfonds" bildete den Grundstock für die Errichtung volkseigener Güter. ...
Der durch die Bodenreform ausgelöste Prozeß der Vermehrung des Kleinbetriebes auf Kosten des Großbetriebes war jedoch nur der taktische Beginn einer "Revolution von oben", denn die bei der Landverteilung zugrunde gelegte Betriebsgröße war so bemessen, daß man sich später auf das ökonomische Argument stützen konnte, die den modernen Bewirtschaftungstechniken weniger zugänglichen Kleinbetriebe in die "sozialistische Großbetriebsform" überführen zu müssen.
Das offensichtliche Nahziel war, die Bauernschaft zu neutralisieren, die Klassenspaltung im Dorf künstlich herbeizuführen und das neue Kleinbauerntum in eine vielfältige Abhängigkeit zu bringen, um es dem politischen Einfluß der kommunistischen Partei auszuliefern. ... Vor allem zeigte die Kollektivierung der technischen Ausrüstung in den Maschinen-Traktoren-Stationen die Absicht an, die zahlreichen Neubauern in seine Gewalt zu bringen. Die Bauern wurden vom Monopol der Maschinen-Traktoren-Stationen technisch abhängig. ...
Die Kampfmethoden gegen die Bauern mit größeren Wirtschaften (in der Regel über 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) waren vielfältig und zahlreich. Sie reichten von der hohen Einstufung im Tarif-, Ablieferungs- und Steuersystem einerseits und von der Benachteiligung in der Belieferung mit Betriebsmitteln aller Art und in den Erzeugerpreisen andererseits bis zur Verschärfung des Strafmaßes bei Nichterfüllung der auferlegten Pflichten, bis zur gesellschaftlichen Diskriminierung und reinen Willkür. ... In enger Verbindung damit vervollständigten das Agrarpreissystem und die Ablieferungspflicht die Möglichkeiten, die Groß- und Mittelbauern stark zu benachteiligen. ...
Die Werbung für den "freiwilligen" Zusammenschluß in LPG lag das simple Prinzip zugrunde: Benachteiligung der Einzelbauern - Begünstigung der LPG-Mitglieder.
Durch mehrere Ministerratsbeschlüsse wurden als Begünstigungen für die LPG u.a. festgelegt: Bevorzugte Bedienung durch Maschinen-Traktoren-Stationen beim billigsten Tarif, bevorzugte Kreditgewährung, Steuerermäßigungen, Senkung des Ablieferungssolls, bessere Versorgung mit mineralischen Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh und Geräten sowie Befreiung von Schulden, die aus der Übernahme von Land im Zuge der Bodenreform herrührten. ...
Die Zwangskollektivierung lief mit zeitweise unterschiedlichem Tempo vom Juli 1952 bis April 1960 ab. ...
Anfang 1960 setzte eine systematische Kampagne der SED ein, dazu bestimmt, den Widerstand der letzten Bauern zu brechen. SED- und FDGB-Funktionäre, Aktivisten, Organe der Polizei, der Staatsanwaltschaften, des SSD überschwemmten die Dörfer und erpreßten mit dem Beitritt zur LPG oft auch noch die Erklärung, daß er "freiwillig" erfolgt sei. In den ersten 3 ½ Monaten des Jahres 1960 ist ein annähernd gleich großer Nutzflächenanteil kollektiviert worden wie in den 7 Jahren von 1952 bis 1959. Am 15. April 1960 meldete der letzte Bezirk die "Vollsozialisierung". ...

... Mit der Umwandlung der LPG in Volkseigene Güter könnten auch die letzten Reste bäuerlichen Privateigentums, nämlich die persönliche Hauswirtschaft, der Verstaatlichung zum Opfer fallen. Die Überführung des persönlichen Eigentums an Grund und Boden - über die Stufe des "genossenschaftlichen Eigentums" - in "Staatseigentum" wäre dann vollzogen und vollkommen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Landwirtschaft" in der SBZ (x009/251-255): >>Die Agrarpolitik der SED hat sich den "Aufbau des Sozialismus auf dem Lande" und die Steigerung der Marktproduktion zum Ziele gesetzt. ...

Die mitteldeutsche Landwirtschaft der Vorkriegszeit wurde durch intensiven Ackerbau und eine pflanzliche Produktion gekennzeichnet, die derjenigen Westdeutschlands zum Teil überlegen war. Die Betonung der pflanzlichen Produktion war begründet in dem Überwiegen der Großbetriebe und des Ackerflächenanteils an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Entsprechend diesen Verhältnissen überwog der Viehbesatz in Westdeutschland gegenüber Mitteldeutschland. ...

In den Naturalerträgen bleiben die Ernten der SBZ, trotz allen "Kampfes um die Produktionsverbesserung", nicht nur weit unter dem Ertragsniveau der BRD, sondern auch immer noch unter dem Vorkriegsstand.

... Daß in der SBZ der Ertrag an Feldfrüchten derart enttäuschend ist, läßt auf sehr beträchtliche Hemmungsfaktoren schließen, die nicht in Witterungseinflüssen, sondern vor allem in dem unbefriedigenden Kulturzustand der Böden zu suchen sind.

Neben der unzureichenden Handelsdüngerversorgung (mineralische Düngemittel) wirken sich hier die verschlechterte Bodenbearbeitung durch die Maschinen-Traktoren-Stationen, der Minderbesatz an Zugkraft, Mängel in der Saat- und Pflanzgutversorgung sowie die Schädlingsbekämpfung, die errungene betriebswirtschaftliche Umstellung im Zuge der Kollektivierung und schließlich die mangelhafte Organisation der Feldwirtschaft in den LPG ... und zum größten Teil auch in den Volkseigenen Gütern (VEG) aus. ...

Die tierischen Minderleistungen gehen vor allem aus dem Zurückbleiben der durchschnittlichen Schlachtgewichte bei Rindern und Kälbern, der Schlachtumtriebe bei Rindern und Schweinen und der Milchleistung je Kuh um je 25 bis 30 % gegenüber dem Leistungsstand der BRD hervor.

Die geschilderten Mindererträge wirken sich naturgemäß auf die Ernährungswirtschaft der SBZ aus. Alljährlich wiederkehrende und im Jahre 1961 besonders akute Versorgungsschwierigkeiten sowie die nach vielen Versprechungen erst 13 Jahre nach dem Kriege aufgehobene Lebensmittelrationierung (Lebensmittelkarten) beweisen das zur Genüge.

Hinzu kommt die Abhängigkeit der Versorgung von Einfuhren an Nahrungs- und Futtermittel, vorwiegend aus den Staaten des Ostblocks, die ihrerseits häufig mit der Erfüllung der Lieferverträge Schwierigkeiten haben. Ausfuhrverpflichtungen und die Versorgung der sowjetischen Besatzungsmacht erschweren die Ernährungslage zusätzlich. ...

Der wirtschaftliche Rückschritt ist nicht zu trennen vom sozialen, von der Depression des Zukunfterlebens und den vielfältigen seelischen Konflikten, die besonders auf den Menschen in der Landwirtschaft der SBZ lasten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Agrarpreissystem" in der SBZ (x009/13): >>... Das Zusammenwirken von Agrarpreissystem und Ablieferungssystem bildete das Kernstück wirtschaftspolitischer Einflußnahme im Klassenkampf auf dem Lande, die mit der Zwangskollektivierung ihr vorläufiges Ziel erreicht haben dürfte.

Da in Privatbetrieben die Ablieferungsnormen je Hektar mit zunehmender Betriebsgröße progressiv anstiegen, nahm vom Kleinstbetrieb zur Großbauernwirtschaft hin die Möglichkeit, freie Spitzen zu verkaufen und damit hohe Aufkaufpreise zu erzielen, ab.

Das war die Ursache dafür, daß viele Mittel- und Großbauern wirtschaftlich zugrunde gingen,

sofern sie es nicht vorzogen, wie die in Abhängigkeit von den Maschinen-Traktoren-Stationen gehaltenen kleineren Einzelbauern, ihre Selbständigkeit mit der Kollektivarbeit in den LPG zu vertauschen oder zu fliehen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ablieferungspflicht" in der SBZ (x009/9): >>Die gesetzliche Verpflichtung landwirtschaftlicher Betriebe, ihre Erzeugnisse nach vorgeschriebenen Arten, Mengen und Terminen an die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe abzuliefern (Ablieferungssoll).

Der Ablieferungspflicht unterliegen alle Arten pflanzlicher und tierischer Produkte einschließlich Neben- und Abfallprodukte (Häute, Felle, Tierhaare, Federn usw.).

... Die Ablieferungsmangen (Normen) werden in der Regel je Flächeneinheit festgesetzt (Hektarveranlagung). Trotz gewisser Differenzierung wird dies weitgehend schematisch durchgeführt.

Durch die besondere Staffelung der Normsätze, die, im Gegensatz zu den normalen Leistungsverhältnissen, im "privaten Sektor" der Landwirtschaft so festgesetzt waren, daß sie bei pflanzlichen und tierischen Produkten mit der Betriebsgröße progressiv anstiegen, wurde zusammen mit Agrarpreissystem ein Steuerungsmittel des Klassenkampfes auf dem Lande ausgebaut - zumal Nichterfüllung der Ablieferungspflicht strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht -, das mit der Kollektivierung sein Ziel erreicht haben dürfte.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Marktproduktion" in der SBZ (x009/271): >>In der Landwirtschaft das Mengenaufkommen landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Erfassung und Aufkauf.

Seit der propagandistischen Herausforderung des volkswirtschaftlichen Leistungswettstreits mit der BRD durch Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958, ist im Parteijargon die "Steigerung der Marktproduktion" zum Schlagwort geworden.

Es charakterisiert die Spekulation des Regimes, mit dem raschen Aufbau des Sozialismus auf dem Lande zugleich dessen "wirtschaftliche Festigung" zu erreichen, um die "Überlegenheit der sozialistischen Großproduktion" über die "kapitalistischen" Produktionsformen nachweisen zu können.

Diesen Beweis ist die Landwirtschaft der SBZ allerdings schuldig geblieben wie der große Abstand zum Ertragsniveau der BRD zeigt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Zwangskollektivierung" der mitteldeutschen Landwirtschaft (x009/504): >>Im Westen verwendeter Begriff, der den Druck auf die Bauern zum Eintritt in die LPG allgemein, besonders aber die SED-Kampagne "sozialistischer Frühling" bezeichnet, in der im März/April 1960 rd. 250.000 Einzelbauern in LPG zusammengeschlossen wurden, womit nach Ulbricht "in der DDR die Befreiung der Bauern beendet" worden ist.

Das Prinzip der Freiwilligkeit des Eintritts in die LPG wurde durch zahlreiche Erpressungsmethoden im Rahmen einer planmäßigen Agitation gröblich mißbraucht, wogegen die westliche Welt scharfe Proteste eingelegt hat.

Als Motive für die parteiamtlich gelenkte Durchführung der Zwangskollektivierung sind anzusehen: Schaffung vollendeter Tatsachen mit außenpolitischer Zielsetzung; Beseitigung von Widersprüchen im System der kommunistischen Wirtschafts- und Agrarpolitik; Gewinnung von tüchtigen Landwirten und Betriebsmitteln (vor allem Vieh) für die LPG.

Propagandistisch wurden während der größten Zwangskollektivierung durch die These vom Bauernlegen (Einziehung abhängiger Bauernwirtschaften durch die adligen Gutsherren im 15. bis zum 17. Jahrhundert, besonders in England und in Mecklenburg) in Westdeutschland Ablenkungsversuche unternommen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Forstwirtschaft" in der SBZ (x009/137-138): >>Nach Angabe des Statistischen Jahrbuches 1960 der SBZ um-

faßt die gesamte Waldfläche 2.955.169 ha.
Auf volkseigene Betriebe entfallen 13.804 ha; sonstige volkseigene und öffentliche Betriebe 1.860.391 ha; LPG Typ I und II 19.516 ha genossenschaftlich genutzte Fläche und 383.722 ha individuell genutzte Fläche; LPG Typ III 447.755 ha genossenschaftlich genutzte Fläche und 437 ha persönlich genutzte Fläche; kirchliche Betriebe sowie deren Einrichtungen in eigener Verwaltung 19.543 ha; private Betriebe 210.001 ha. ...
Der Derbholzeinschlag betrug 1946 bis 1960 173.683.400 Erntefestmeter etwa 11,6 Millionen jährlich und damit das 2- bis 3fache des Zuwachses. Seit 1957 wird versucht, Einschlag und Zuwachs in Einklang zu bringen. Bis zum Ende des Siebenjahrplanes 1965 soll der Einschlag auf 6,2 Millionen Erntefestmeter gesenkt werden. Die mehr als 10 Jahre betriebene Übernutzung hat den Vorrat der über 80jährigen Bestände am stärksten betroffen. Die in den Kriegs- und Nachkriegszeiten entstandenen Großkahlflächen sind aufgeforstet. Dabei sind überwiegend wieder Monokulturen von Kiefer und Fichte entstanden.
Das Bemühen, einen holzartenreichen, standortgemäßen Mischwald aufzubauen, ist an der Forderung der Wirtschaft auf vorrangige Lieferung der benötigten Holzsortimente (Einschlagumlage) und am Mangel eines reichhaltigen Sortiments von Laub- und Nadelholzpflanzen bisher gescheitert. Zur Schließung der Lücke in der Rohholzversorgung soll der verstärkte Anbau schnell wachsender Holzarten, insbesondere Pappel, beitragen. Sie wird vorzugsweise zur Rekultivierung von Kippen und Halden in den Braunkohle-Bergbaugebieten angebaut. Außerdem wird der Holzimport von Jahr zu Jahr gesteigert. ...
... Mit Wirkung vom 1.1.1952 wurden durch Verordnung vom 14.2.1952 Staatliche Forstwirtschaftsbetriebe zur Bewirtschaftung des Volkswaldes eingerichtet. Die staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe sind der Unterabteilung Forstwirtschaft der Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Bezirks unterstellt, deren Richtlinie ein auf der Basis des Volkswirtschaftsplanes aufgestellter Betriebsplan ist. Sie sind verpflichtet, nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Rechnungsführung in eigener Verantwortung selbständig zu planen, zu wirtschaften und abzurechnen. ...
In der Hand des staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes liegt seitdem neben der Bewirtschaftung des Volkswaldes die Betreuung des LPG-Waldes und die Anleitung und Kontrolle der privaten Waldbesitzer sowie der juristischen Personen, die Waldflächen besitzen. Bei der Abteilung Landwirtschaft der Räte der Kreise sind Beauftragte für Forst- und Jagdwesen eingesetzt. Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist die Einbeziehung des restlichen Privatwaldes in die LPG und Kontrolle der Planerfüllung des Holzeinschlags, der Walderneuerung und Waldpflege in LPG und Privatwald sowie der Abschußplanerfüllung in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe.
Zur Zeit bestehen 95 staatliche Forstwirtschaftsbetriebe mit einer Durchschnittsgröße von etwa 20.000 ha Volkswald in Eigenbewirtschaftung und zusätzlich bis 10.000 ha Betreuungswaldfläche (LPG und Privatwald).
Die verwaltungsmäßige Gliederung ist nach sachlichen Gesichtspunkten ausgerichtet. Oberförstereien und Revierförstereien sind als örtliche Vollzugsorgane der Betriebsleitung rechtlich unselbständig. Die Revierförster für LPG und Privatwald werden von den staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben angestellt und besoldet, wofür die Betriebe Verwaltungsgebühren von den Eigentümern erheben.
... Der staatliche Forstwirtschaftsbetrieb ist eine juristische Person und Rechtsträger von "Volkseigentum", d.h. aller "volkseigenen" forstwirtschaftlich genutzten Vermögenswerte. "Volkseigentum" wurde der Besitz des ehemaligen Deutschen Reiches und der Länder und der durch Enteignungen während der Bodenreform in den Bodenfonds gefallene, nicht an Neubauern und landarme Bauern aufgeteilte Wald von gemischten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben über 100 ha Größe und derjenige von "Kriegsverbrechern und Nazi-Aktivisten" jeg-

licher Flächengröße. ...
... Als Vorstufe für die Eingliederung des Bauernwaldes in die LPG wurden auf freiwilliger Grundlage Waldgemeinschaften gebildet ... Sie haben ihre Aufgabe nicht erfüllt und wurden 1959 mit der Sowjetisierung der Landwirtschaft aufgelöst, um die Einbringung des noch individuell bewirtschafteten Waldes in die LPG zu beschleunigen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freiwilligkeit" in der SBZ (x009/140-141): >>Nach dem Parteijargon angeblich Grundlage der meisten staats- und gesellschaftspolitisch relevanten Entscheidungen und Akte der Bevölkerung, insbesondere des Beitritts und der Mitarbeit in politischen Organisationen, des Beitritts zu Genossenschaften u.a. Formen bolschewistischer Wirtschaft, der Beteiligung an jeglichem militärischen und paramilitärischen Dienst, der Mitarbeit an jeglichen Maßnahmen zur Planerfüllung - wie Selbstverpflichtungen. Sozialistische Wettbewerbe usw. -, der Mitarbeit im Nationalen Aufbauwerk u.a. –
Tatsächlich ist jede derartige Mitarbeit weitgehend durch mittelbaren Zwang oder Opportunitätserwägungen, z.T. auch durch direkten Druck - z.B. während der Zwangskollektivierung vom Frühjahr 1960 - bewirkt worden.
Die bolschewistische Ideologie kann es sich aus der Fiktion der Identität des Parteiwillens mit dem Willen der breiten Massen, insbesondere der "Werktätigen", nicht leisten, zuzugeben, daß die bolschewistische Partei - zum mindesten in den durch starke abendländische Traditionen hindurchgegangenen Volksdemokratien - weitgehend gegen den Willen der Bevölkerung ihre Maßnahmen trifft. Deshalb das Bestreben der Führungsorgane, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die von der Führung gewünschten Maßnahmen so aufgedrängt werden, daß diese nicht umhin kann, sich für sie zu "entscheiden".
Mit wirklich freier Entscheidung hat das zumeist nicht das mindeste zu tun.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Aufbau des Sozialismus" in der SBZ (x009/42): >>In der bolschewistischen Theorie die Übergangsperiode nach dem revolutionären Sturz des Kapitalismus bis zum vollendeten System des Sozialismus, der dann die Überleitung zum Kommunismus ermöglichen soll.
In der bolschewistischen Praxis nach 1945 in den osteuropäischen Satellitenstaaten und in der SBZ trat jedoch an Stelle einer undurchführbaren echten, explosiven "Revolution von oben", ... (die) "Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus", ... zunächst als antifaschistisch-demokratische Ordnung bezeichnet.
In ihrer "letzten Etappe" sollte die bürgerliche Revolution schrittweise in eine proletarische Revolution umgewandelt werden. ... Nach dem Zeitplan des ZK soll der Aufbau des Sozialismus mit dem Ende der Siebenjahrplan-Periode (1965) abgeschlossen sein. Der zwischen Januar und April 1960 erfolgten Zerschlagung des bäuerlichen Privateigentums soll bis dahin die Vernichtung der Reste von privatem Handel, Einzelhandwerk und Privatindustrie folgen. ...<<
Westdeutsche Journalisten berichten später über den "Sozialistischen Wettbewerb" in der DDR (x073/271): >>... In den Betrieben wird der individuelle Konkurrenzkampf durch den sozialistischen Wettbewerb der Kollektive ersetzt, die für Erfüllung und Übererfüllung des Plans nach einem komplizierten System durch Prämien belohnt werden, aber auch durch Orden, Ehrentitel, Reisen in die Sowjetunion und Wandzeitungslob für die Besten.
Höchste Ehre bedeutet der Staatstitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit", um den die Mitglieder einer Brigade – zwischen einem Dutzend und 40 Mann ein Jahr lang kämpfen.
Außer der Arbeit muß ein strammes Programm "gesellschaftlicher Aktivitäten" bewältigt werden. Es umfaßt politische und fachliche Schulungen und Lehrgänge, Besuch von Englisch- und Russischkursen, Mitgliedschaft im FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, regelmäßige sportliche Betätigung,

Einsatz beim Deutschen Roten Kreuz und in den Betriebskampfgruppen, gemeinsame Theasterbesuche.
Obwohl die Teilnahme an solchen Wettbewerben meist nur unter Druck von Betriebsparteileitung und Gewerkschaft zustande kommt, das Kollektiv spielt im Leben des DDR-Arbeiters eine große Rolle. Man feiert zusammen, man lernt die Ehepartner kennen, lahme Brüder werden ins Kreuz getreten, mitzuziehen, Streitigkeiten und strafwürdige Handlungen geringerer Größenordnung kommen vor die Konfliktkommission.
Das Kollektiv kann Familienersatz sein. Eine Dreherin sagte uns: "Ohne die Brigade hätte ich meine Scheidung nicht durchgestanden."
DDR-Flüchtlinge, die in westdeutschen Betrieben anfangen, vermissen erst den Zusammenhalt am Arbeitsplatz. ...
Von sozialistischem Wettbewerb kündet eine große Tafel am Eingang zum Maschinensaal einer Fabrik. Hier steht der Name jeder Arbeiterin und jedes Arbeiters fein säuberlich aufgelistet. Dahinter ist dann zu lesen, wie oft der oder diejenige krankgewesen ist. Und zu wieviel Prozent sie oder er den Plan erfüllt hat. Und alle Faulenzer, die weniger als 110 Prozent Planerfüllung aufweisen können, sind in rot gekennzeichnet. ...<<

18.04.1960

DDR: Die evangelische und die katholische Kirche protestieren am 18. April 1960 gegen die willkürliche Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

31.05.1960

BRD: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet am 31. Mai 1960, daß auf Grund von Wirtschaftsstrafverordnungen verhängte DDR-Urteile in der Bundesrepublik nicht vollstreckt werden dürfen, da die Wirtschaftsstrafverordnungen der DDR gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen (x009/487).

02.06.1960

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 2. Juni 1960 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1960 (x182/220): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 38,9 Milliarden DM entfallen 31,7 % auf Sozialleistungen und 26,6 % auf Verteidigungskosten.<<

12.07.1960

DDR: Das SED-Politbüro bestätigt am 12. Juli 1960 die führende Rolle der SED und die Degradierung aller nachgeordneten Organe.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Regierung und Verwaltung" der SED (x009/360-361): >>... (Die) führende Rolle der SED und die Degradierung der Regierung und ihrer nachgeordneten Organe zu reinen Exekutivorganen der Einheitspartei wurden schließlich durch einen Beschluß des Politbüros der SED vom 12. Juli 1960 und seine verbindliche Interpretation der Zeitschrift "Die Einheit" (Heft 8/1960) theoretisch fixiert und vom Ministerrat in seiner Sitzung vom 14. Juli 1960 akzeptiert. ...
Zur weiteren Zentralisierung und Straffung der staatlichen Leitung und Kontrolle wurden gleichzeitig mit dieser Fixierung der Vormachtstellung der Partei gegenüber dem Staatsapparat die Weisungsbefugnisse der einzelnen Ministerien eingeengt.
Nur der Vorsitzende des Ministerrates und der Inhaber des neugeschaffenen Amtes eines "Stellvertreters des Vorsitzenden für Koordinierung und Kontrolle der Beschlüsse von Partei und Regierung" (Willi Stoph) sind noch berechtigt, Weisungen an die Vorsitzenden der Räte in den Bezirken und Kreisen zu geben. ...<<

06.08.1960

BRD: Zehn Jahre nach Veröffentlichung der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" bekennen sich die deutschen Vertriebenen am 6. August 1960 weiterhin zu den damaligen Grundsätzen (x161/16): >>Vor 10 Jahren, als noch niemand voraussehen konnte, was aus

Deutschland und aus uns deutschen Heimatvertriebenen würde, haben wir in unserer Charta - von unseren gewählten Vertretern unterzeichnet und verkündet - vor Gott und der Welt erklärt, was wir erlebten, was wir dachten und was wir erstrebten.
Millionen Menschen mußten zu dieser Zeit noch um die einfachsten und im Leben des einzelnen doch entscheidenden Dinge bangen und kämpfen, um ein Dach über dem Kopf, um Arbeit, um Brot.
Die geistig-moralische Not jener Zeit seit 1945, das soziale und wirtschaftliche Chaos, in das wir, unseres eigenen Willens beraubt, hineingetrieben wurden, ließen uns nicht verzweifeln. Wir wurden nicht zum sozialen Sprengstoff im politischen Spannungsfeld Europas.
Die Prüfungen und das Leid, das wir - wie heute Millionen Menschen anderer Völker - tragen mußten, prägten die festen, unverrückbaren Grundlagen unserer damaligen und gegenwärtigen Haltung. Wir wollen auch jetzt und künftig wie ehedem in die Heimat zurück. Wir sehen keinen Anlaß, unsere Haltung zu ändern, um so mehr als wir glauben, die Pflichten, die wir in der Charta auf uns nahmen, nach bestem Wissen und Gewissen beim Wiederaufbau Deutschlands und Europas erfüllt zu haben.
Wir anerkennen die Leistung des deutschen Volkes im Überwinden der Notstände. Sie stellt aber keineswegs die abgeschlossene Erfüllung der von uns vor 10 Jahren erhobenen sozialwirtschaftlichen Forderungen dar.
Dem in manchem hektischen wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik, den wir zwar als Lebensmöglichkeit der Bevölkerung würdigen, stehen wir kühl gegenüber, weil wir auch dessen Schattenseiten deutlich erkennen.
Die Not unserer Tage wird besonders klar an der noch immer nicht überwundenen Zerreißung Deutschlands, an der Unfreiheit unserer Schwestern und Brüder jenseits des Eisernen Vorhangs ...
Wir bekennen uns daher heute erneut und feierlich zu den vor 10 Jahren in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen aufgestellten Grundsätzen. Um ihrer Verwirklichung willen müssen wir heute fordern:
1. Das durch das internationale Recht und die Satzung der Vereinten Nationen verbürgte Selbstbestimmungsrecht hat für alle Völker zu gelten, also auch für das deutsche Volk. Seine Verwirklichung darf nicht Interessen anderer Staaten geopfert werden. ...
2. Die Wiedervereinigung aller durch Willkür und Gewalt voneinander getrennten Teile Deutschlands ist trotz aller Hemmungen und trotz aller Widerstände herbeizuführen. ...<<

12.09.1960

DDR: Die Volkskammer beschließt am 12. September 1960 ein Gesetz über die Bildung eines Staatsrates, der die Funktionen des Präsidenten der Republik wahrnehmen soll.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Regierung und Verwaltung" der SBZ (x009/361-363): >>... Da mit der Schaffung eines "Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik" am 12.9.1960 weitere Exekutivbefugnisse in einer außerhalb des herkömmlichen Regierungsapparates errichteten Stelle akkumuliert (angehäuft) wurden, können Regierung und Verwaltung der SBZ nurmehr lediglich als Ausführungsorgane des zentralen Machtträgers - des Parteiapparates und der von diesem beherrschten wie durch Personalunion gleichgeschalteten Organe - betrachtet werden. ...
Überdies wird die zentrale staatliche Verwaltung der SBZ in starkem Maße von der sowjetischen Partei- und Staatsführung beeinflußt. So nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin an Sitzungen des Präsidiums des Ministerrates der SBZ teil. Zum anderen unterliegt die Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsverwaltung der SBZ den Weisungen des von der sowjetischen Gosplan-Kommission geleiteten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon). ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsrat" der

DDR (x009/419-420): >>... Nach dem sowjetischen Vorbild wurde am 12.9.1960 das Amt des Präsidenten der Republik durch einen "Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik" ersetzt.
Zugleich wurden die Befugnisse des Staatsrates gegenüber dem Präsidentenamt stark ausgedehnt. Der Staatsrat wird von der Volkskammer auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Er besteht aus dem Vorsitzenden (Ulbricht) 6 Stellvertretern des Vorsitzenden und 16 Mitgliedern.
Der Staatsrat ist der Volkskammer formal rechenschaftspflichtig. Er verkündet die Gesetze, verpflichtet die Regierungsmitglieder bei ihrem Amtsantritt, schreibt Wahlen zur Volkskammer aus, ratifiziert und kündigt internationale Verträge, ernennt Botschafter und beruft sie ab ...
Neben diese meist repräsentativen Aufgaben treten Funktionen, die von den klassischen verfassungsrechtlichen Befugnissen eines Staatsoberhauptes bzw. obersten Staatsrepräsentation stark abweichen. So gibt der Staatsrat "allgemein verbindliche Auslegungen der Gesetze", kann er selbständig "Beschlüsse mit Gesetzeskraft" erlassen, grundsätzliche Beschlüsse zu "Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Landes" fassen, "grundsätzliche Anordnungen des nationalen Verteidigungsrates" bestätigen und die Mitglieder des Verteidigungsrates berufen.
In der Verfassung tritt der Staatsrat damit in eine Funktionskonkurrenz mit den legislativen und exekutiven Organen der SBZ.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Verfassung" der DDR (x009/455-456): >>Durch verfassungsänderndes Gesetz vom 12.9.1960 änderte die Volkskammer das Amt des "Präsidenten der Republik", das durch den Tod von Pieck neu zu besetzen gewesen wäre.
Der Staatsrat wurde geschaffen, dem unter dem Vorsitz von Ulbricht 24 Funktionäre angehörten. Mit dieser Maßnahme wurde die ohnehin ihres Inhalts längst entleerte Verfassung den Verhältnissen in der Sowjetunion und den übrigen Volksdemokratien auch formal noch mehr angeglichen. ...
Entscheidend für die Wertung der Verfassung und ihre Achtung bzw. Mißachtung durch das Regime der SED ist die Staatslehre des Marxismus-Leninismus. Danach hat das Staatsrecht wie alles Recht keine absolute, sondern nur relative Gültigkeit. Es entwickelt sich mit den sozial-ökonomischen Verhältnissen. So wird die Verfassung, obwohl bisher nur in wenigen Teilen ergänzt oder geändert, je nach der Entwicklung der Verhältnisse der "Basis" immer neu interpretiert, mithin nur als Durchgangsstadium angesehen.
Da die Wandlung des Staates von einer zunächst noch parlamentarisch bestimmten Mehrparteien-Ordnung über die antifaschistisch-demokratische Ordnung zur Volksdemokratie kein einmaliger revolutionärer Akt, sondern ein andauernder Prozeß ist, wird auch die Gültigkeit der Verfassung jeweils neu ausgelegt. So enthält die Verfassung auch keine Unabänderlichkeitsgarantie wie etwa das Grundgesetz der BRD, in dem eine Gruppe von Artikeln von einer Änderung selbst durch eine qualifizierte Mehrheit ausgenommen ist. ...
Die Handhabung der Verfassung in der Praxis wie ihre theoretische Grundlegung im Marxismus-Leninismus, den ihr das SED-Regime unterstellt, erweisen den dynamischen, auf Wandlung oder "Revolution" abgestellten Charakter der Verfassung. Sie wird damit nicht ein großes Rahmengesetz, dessen Sinn und Zweck das Erhalten und Schützen unwandelbarer Rechtsnormen sowie eine letzte Verläßlichkeit für Bürger, Regierung und Parlament ist.
Eine solche politische Zweckaufgabe einer Verfassung aber entleert sie im rechtsstaatlichen Sinne ihres Gehaltes und pervertiert sie zu einer Theorie des permanenten Staatsstreiches.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage berichtet später über das "Wirtschaftssystem" in der SBZ (x009/488-492): >>Das Wirtschaftssystem der SBZ bildet keine in sich geschlossene Einheit, sondern stellt vielmehr einen Teil des gesamten Wirtschaftsgefüges des

Ostblocks dar.
Teils der die UdSSR und sämtliche europäischen Volksdemokratien umfassende Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, praktisch aber nach wie vor weitgehend die sowjetische Planungszentrale, legen in den aufeinander abgestimmten Mehrjahrplänen aller Volksdemokratien die Schwerpunkte der einzelnen Länderwirtschaften fest (GOS-PLAN).
Die obersten Wirtschaftsfunktionäre der Zone, insbesondere die leitenden Funktionäre der Staatlichen Plankommission, werden regelmäßig zu Beratungen und zur Berichterstattung nach Moskau beordert.
Im Gesamtgefüge der Ostblockwirtschaft kommen der SBZ ganz bestimmte Funktionen zu. Schwerpunkte der Produktion sind insbesondere die chemische Industrie (einschl. der Kunststoffproduktion), Werkzeugmaschinenbau, Feinmechanik und Optik sowie der Bau elektrischer Geräte, da hier auf die Traditionen mitteldeutscher Qualitätsarbeit zurückgegriffen werden kann, denen die übrigen Ostblockstaaten, z.T. mit Ausnahme der Tschechoslowakei und der Sowjetunion selbst, nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen vermögen. ...
Die SBZ hat einen erheblichen Mangel an Steinkohle, Eisen und Legierungsmetallen; ebenso fehlt es an wesentlichen Ausgangsstoffen (Phosphor, Bauxit u.a.) für die an sich sehr leistungsfähige Schwerchemie, an Holz, an Baumaterialien usw. ... Eine weitere Schwächung widerfuhr der SBZ-Industrie in den ersten 10 Nachkriegsjahren durch die von der Sowjetunion auferlegten Demontagen, Reparationen und sonstigen erzwungenen Lieferungen. ...
Rund die Hälfte des Staatshaushalts geht unter den Gesichtspunkten des Vorrangs der politischen Motive für unrentable Ausgaben weg; für die Herrschaft der bolschewistischen Minderheitenparteien (NVA, Staatssicherheit u.ä.), zur Subventionierung des Außenhandels, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, zur Stützung an sich unrentabler Produktionen der Volkseigenen Industrie und nicht zuletzt zur Stützung des "volkseigenen" Sektors der Landwirtschaft, sowie für Zwecke der Agitation und Propaganda. ...
Die mit der Abschaffung der Reste der kriegswirtschaftlichen Rationierung (Mai 1958) gekoppelten Sozialmaßnahmen sind unzulänglich; unsystematisch vorgenommene beträchtliche Lohn- und Rentenerhöhungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen bringen die Gefahr eines Kaufkraftüberhangs mit sich, der allein im Jahr 1960 auf 1,2 Milliarden Deutsche Mark Ost anstieg.
Vor allem die unter den Gesichtspunkten der Vorratswirtschaft, der Massenpsychologie und der Technologie gleich verfehlte Kollektivierung der Bauern im Frühjahr 1960 hat sich verheerend ausgewirkt. Massenflucht, Passivität der Landfrauen und Altbauern sowie die Verstärkung des ohnehin drückenden Arbeitskräftemangels und mehrfache zwangsläufige Umplanungen von Industrie, Außenhandel und landwirtschaftlicher Produktion verhinderten die Planerfüllung (über 3 % weniger als geplant). Auch für 1961 hat das Tempo der Produktionssteigerung (um weitere rd. 2,5 %) gedrosselt werden müssen.
Die ökonomische Hauptaufgabe, die das ZK auf sowjetisches Geheiß gestellt hatte, nämlich bis Ende 1961 den westdeutschen Pro-Kopf-Verbrauch zu erreichen, die ohnehin angesichts der politisch - statt ökonomisch - motivierten Agrarpolitik, der Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie und trotz aller Korrekturen mit zahlreichen Mängeln behafteten Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsexekutive illusorisch erscheinen mußte, ist auf Grund dieser Krise bis 1965 zurückgestellt worden.
... Um der Bürokratisierung und dem mangelnden Interesse der Arbeitskräfte an ihrer Tätigkeit entgegenzuwirken und eine Art Äquivalent für den natürlichen Konkurrenzkampf der Betriebe in Ländern mit Privatwirtschaft zu schaffen, ist eine künstliche Atmosphäre von sozialistischen Wettbewerben, ein System von Anreizen, die Einführung kollektiver Arbeitsformen, ... aber auch ein rigoroses System von Androhungen und Abschreckungen entwickelt worden. Betriebsparteiorganisation der SED und Betriebsgewerkschaftsleitung fungieren als

zur "Wachsamkeit" verpflichtete verlängerte Arme der Staatsmacht, um alle Mittel zu maximaler Produktionsanstrengung auszunutzen. ...
Die ökonomisch absolut törichte, allein von Ulbricht persönlich zu verantwortende Agrarkollektivierungskampagne hat vorerst alle gesunden Reorganisationsansätze, für die sich vor allem die staatlichen Plankommissionen einsetzte, in Frage gestellt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Bürokratismus" in der SBZ (x009/84-85): >>Im Parteijargon der Arbeitsstil der Verwaltung und Wirtschaftsführung sofern diese weitestgehend "administrative" Mittel anwenden, Vorschriften formell auslegen, ohne den gemeinten Sinn und die gegebenen Verhältnisse zu berücksichtigen, in übertriebenem Maß Kompetenzgesichtspunkte zur Geltung bringen, Entscheidungen und, wo nötig, unmittelbare Eingriffe in die Praxis aber scheuen. Gegensatz: Operativer Arbeitsstil.
Der Bürokratismus wird seit 1951 scharf bekämpft, scheint aber nicht zu überwinden zu sein, da eine so umfassende Reglementierung, wie sie das bolschewistische System der Planwirtschaft darstellt, auf Maßnahmen des Bürokratismus angewiesen ist und die Bereiche von Ermessen und persönlicher Verantwortung sehr einschränken muß, da das System selbst keine Pluralität des politischen Willens gelten lassen kann. Jedes eigenmächtige, selbst noch so sachgemäße Verhalten einzelner Funktionäre birgt demzufolge erhebliche Risiken in sich.
Auf der anderen Seite sind der sog. "Ressortgeist" (einseitige Blickrichtung auf das Spezialgebiet des Funktionärs oder der Abteilung) und "Lokalegoismus" (einseitige Betonung lokaler Interessen) fachlicher bzw. örtlicher Organe nicht auszurotten, die bis auf weiteres Nebenerscheinungen dieses zugleich abgelehnten und benötigten Stils sind.
Es ist zu beachten, daß der Begriff Bürokratismus im Unterschied zu der im Westen aktuellen Diskussion über die Bürokratisierung damit nicht meint, daß die Verwaltung echte Herrschaftsfunktion übernimmt. Davon kann in der SBZ und den übrigen Ländern des Ostblocks nicht die Rede sein, da die Herrschaft hier eine Domäne der bolschewistischen Partei ist.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatshaushalt" der SBZ (x009/419): >>Die Haushaltswirtschaft der SBZ wurde nach 1945 zunächst durch Befehle der SMAD und des Kontrollrats geregelt.
... Der Staatshaushaltsplan ist der "Finanzplan des Staates". Die Grundlage der Staatshaushaltspläne sind die Volkswirtschaftspläne. Durch den Staatshaushalt erfolgt die Finanzierung der im Volkswirtschaftsplan festgelegten Aufgaben sowie die Kontrolle der Planverwirklichung.
Einnahmen des Staatshaushalts sind das sogenannte "Reineinkommen des Staates", Steuern und sonstige Einnahmen sowie Beiträge zur Sozialversicherung. Die Einnahmen der örtlichen Haushalte sind zum Teil eigene Steuereinnahmen und Anteile an den Einnahmen übergeordneter Gebietskörperschaften.
Die Hauptaufgabe des Staatshaushalts ist - durch eine entsprechende Einnahmen- und Ausgabenpolitik - die Umverteilung des Sozialproduktes mit dem Ziel, die politische Macht der SED zu festigen und die Volkswirtschaft ihren Vorstellungen entsprechend auf- und auszubauen. ... Der Staatshaushaltsplan ist nach Verabschiedung durch die Volkskammer Gesetz. Die Kassenführung des Staatshaushalts obliegt der Deutschen Notenbank.
Die Haushalte der SBZ sind Geheimsache. Sie erlauben keinen detaillierten Einblick in die Struktur der Einnahmen und Ausgaben.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die staatliche "Plankommission" in der SBZ (x009/328): >>Oberste, dem Ministerrat unterstellte, Planungsinstanz.
Ihre Verordnungen, Anordnungen und Weisungen haben Gesetzeskraft und sind verbindlich für alle Instanzen einschließlich der Betriebe. Vorläufer der jetzigen staatlichen Plankommission waren die "Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung" der DWK (1948-1949) und das Mini-

sterium für Planung (1949-50).
Die Staatliche Plankommission arbeitet nach den Weisungen des ZK der SED und unbeeinflußt von nachgeordneten Regierungs- oder Verwaltungsstellen. Sie steht außerhalb jeder Kritik durch sowjetzonale Stellen. Arbeitsweise und Arbeitsunterlagen werden durch ein Geheimhaltungssystem geschützt.
Die Pläne der Staatlichen Plankommission werden vor der Veröffentlichung mit der Sowjetunion abgestimmt. Damit sichert sich die Sowjetunion den entscheidenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der SBZ (Gosplan). ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Planung" in der SBZ (x009/329): >>Die in der SBZ im Laufe der Jahre entwickelte totale Planung umfaßt sämtliche Wirtschaftsbereiche; sie bezieht auch die genossenschaftlichen Unternehmen und die Reste von Privatwirtschaft mit ein.
Man unterscheidet Perspektivpläne und Jahrespläne. Die Wirtschaftspläne werden über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit den Sowjetblockstaaten abgestimmt.
In der SBZ werden die Wirtschaftspläne nach den Weisungen des ZK der SED in der staatlichen Plankommission entworfen. Die Weisungen des ZK betreffen das Entwicklungstempo der Industrie und der übrigen Wirtschaftszweige, das Verhältnis der Produktionsgütererzeugung zur Konsumgüterherstellung, das Verhältnis zwischen Investitionen und Verbrauch, die Bildung der Staatsreserven, die Bestimmung industrieller Schwerpunkte usw.
Nach diesen staatlichen Weisungen arbeitet die staatliche Plankommission Direktiven aus, die sog. Kontrollziffern über die wichtigsten Planziele der Planungsperiode enthalten. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatlichen Kontore" in der SBZ (x009/415): >>Die Staatlichen Kontore unterhalten in den Bezirken und Kreisen Niederlassungen, die die Warenbewegung steuern. Die staatlichen Kontore sind in ihrem Fachbereich bei der Aufstellung zentraler Materialbilanzen für die staatliche Plankommission beteiligt. Sie sind dieser direkt unterstellt.
Aufgaben der staatlichen Kontore sind: Absatz der Erzeugnisse und Versorgung der Bedarfsträger; Aufstellung von Lieferplänen; Veranlassung von notwendigen Importen, Einrichtung von Vorratslagern und Überwachung der Bestände.
Leiter eines staatlichen Kontors ist ein Hauptdirektor. Jedem staatlichen Kontor ist ein "Beirat" aus bis zu 15 Mitgliedern beigegeben, bestehend aus Vertretern der staatlichen Plankommission, wichtiger Liefer- und Verbraucherbetriebe, der Außenhandelsorgane und der betreffenden Industriegewerkschaft. –
Die staatlichen Kontore sollen durch Verkürzung der Instanzenwege die Materialversorgung der Industrie verbessern.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Materialversorgung" in der SBZ (x009/280): >>Bezeichnung für die Versorgung der Industrie mit Roh- und Hilfsstoffen, Halbfertig- und Fertigmaterial. ...
Die VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe) und die Räte der Bezirke müssen entsprechend den ihnen erteilten Produktionsauflagen für die ihnen unterstellten Betriebe zusammengefaßte Materialanforderungen bei den staatlichen Kontoren einreichen, die ihrerseits die geprüften und bestätigten Anforderungen an die "Abteilung Bilanzierung und Verteilung der Grundmittel" weitergeben.
Das Material wird nach Dringlichkeitsstufen an die anfordernden Stellen in Form von Kontingenten verteilt. Während im ersten Fünfjahrplan noch über 20.000 Positionen der Materialplanung unterlagen, beschränkt sie sich jetzt auf etwa 1.700 Schlüsselpositionen; doch werden einige tausend Positionen nur "nach Lieferplan" abgegeben, sind also praktisch ebenfalls noch kontingentiert.
Die SBZ ist ein an industriellen Rohstoffen armes Gebiet: Kohle, Stahl und zahlreiche NE-

Metalle sowie viele Spezialerzeugnisse müssen eingeführt werden.
Das Verbot und Haltung ausreichender Lagerbestände in den Betrieben sind Anlaß fortwährender Stockungen im Produktionsablauf. Obwohl mengenmäßig vielfach Überplanbestände vorhanden sind, fehlen ständig bestimmte Sorten und Abmessungen an Material.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Materialverbrauchsnormen" in der SBZ (x009/280): >>Normen, die den Materialverbrauch in der "volkseigenen" Industrie begrenzen sollen.
1960 soll es in der Volkseigenen Industrie rund 30.000 Materialverbrauchsnormen gegeben haben. Davon waren nur ein kleiner Teil wirklich technisch begründete Materialverbrauchsnormen, da die noch immer stockende Materialversorgung eine zügige Produktion nicht zuläßt, so daß Materialverbrauchsnormen nicht einwandfrei ermittelt oder - sofern ermittelt - nicht eingehalten werden können. Materialverbrauchsnormen sind auch die Grundlage für Materialvorratsnormen, die für die Betriebe in der Regel viel zu niedrig angesetzt werden.
Zur Begründung wird erklärt, daß überhöhte Bevorratung sich schädlich auf das Wachstumstempo der Volkswirtschaft auswirke. Tatsächlich aber sind die unzureichenden Vorräte an Produktionsmaterial die Ursache häufiger Stockungen im Produktionsablauf.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Überplanbestände" in der SBZ (x009/446): >>Materialvorräte und Vorräte nicht abgesetzter Erzeugnisse in Produktions- und Handelsbetrieben.
Die stockenden Anlieferungen zwingen die weiterverarbeitenden Betriebe ständig zu Aushilfen (Verwendung von ungeeignetem, aber verfügbarem Material usw.); wenn dann nach einiger Zeit das ursprünglich bestellte Material vom Lieferwerk eintrifft, wird es nicht mehr benötigt.
Auch die häufigen Änderungen der Produktionspläne führen zu erheblichen Überplanbeständen. In Handelsbetrieben stauen sich Überplanbestände als Folge nicht bedarfsgerechter oder minderwertiger Produktion. Allein bei Textilien und Trikotagen wurden im April 1959 durch eine amtliche Stelle die Überplanbestände mit etwa 78 Millionen DM Ost beziffert.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Qualität der Erzeugnisse" in der SBZ (x009/345): >>Die Qualität der Erzeugnisse in der SBZ entspricht häufig nicht dem Weltniveau wegen des ungeeigneten oder minderwertigen Materials und der technischen Rückständigkeit der Fertigungseinrichtungen.
Auch das Fehlen einer marktwirtschaftlichen Konkurrenz führt dazu, daß viele Erzeugnisse in veralteter Ausführung die Herstellungsbetriebe verlassen.
Selbst in amtlichen Verlautbarungen spricht man von einer "Vernachlässigung der eigenen wissenschaftlich-technischen Arbeit in den vergangenen Jahren und ungenügenden Berücksichtigung des internationalen Standes".
Zur Steigerung der Exportfähigkeit versucht daher das Regime, durch gesetzliche Maßnahmen die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern. Zum Beispiel darf hochwertiges Mangelmaterial nur für Exportzwecke verwendet werden. Die Betriebsbelegschaften werden zu Qualitätswettbewerben untereinander angehalten; die Arbeitsbrigaden sollen um den Titel "Brigade der besten Qualität" wetteifern. –
In den Betrieben gibt es weitgehend ausgebaute "Technische Kontrollorgane", für alle Erzeugnisse besteht eine gesetzliche Vorlagepflicht bei dem "Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung", das die Erzeugnisse durch Gütezeichen in 3 Güteklassen einteilt.
Nach amtlichen Angaben sollen 1959 im Maschinenbau nur 9 % der Erzeugnisse das Gütezeichen für Spitzenerzeugnisse mit Weltmarktniveau erhalten haben. Etwa 75 % der Maschinenbauerzeugnisse trugen das Gütezeichen 1, entsprachen also nach amtlicher Einschätzung nicht dem Weltniveau. Die Gütezeichen sollen die Herstellbetriebe zur Steigerung der Qualität anregen.

Auch durch die Koppelung der neuen Lohnbemessungsgrundlagen mit Qualitätsmerkmalen versucht neuerdings das Regime, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern, obwohl bekannt ist, daß vor allem der Einsatz ungeeigneten oder minderwertigen Materials und die technischen Mängel der Fertigungseinrichtungen die Ursache für die geringe Qualität der Erzeugnisse sind.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rationalisierung" in der SBZ (x009/348): >>Der Begriff Rationalisierung wird in der SBZ als "kapitalistisch" gemieden.

Die SED-Propaganda spricht bevorzugt von "technischem Fortschritt", "Neuer Technik", "Sozialistischer Rekonstruktion" usw.

Bereits seit vielen Jahren werden umfassende Erneuerungen und Verbesserungen der Produktionseinrichtungen in Industrie und Landwirtschaft angekündigt, die zentralen Leistungsinstanzen waren jedoch nicht in der Lage, in ausreichendem Maße die dazu erforderlichen Finanzmittel und das benötigte Material bereitzustellen.

Nach offiziellen Verlautbarungen ist die technische Ausstattung der Industriebetriebe, insbesondere des Maschinenbausektors, völlig veraltet. Zwar werden in großem Umfange auch wieder Maschinen produziert, aber der größte Teil - besonders Werkzeugmaschinen - wird exportiert, da das Regime anders nicht in der Lage ist, Rohstoffe und sonstiges Material zu importieren.

Die SED versucht, mit immerwährendem Druck auf die Betriebsleitungen und auf die Arbeiter durch Intensivierung der Arbeitsleistungen die zu einer umfassenden Rationalisierung der Industrie und der Landwirtschaft fehlenden Finanzmittel zu ersetzen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Rentabilität" (x009/365): >>Der Begriff "rentabel" wird in dreifacher Weise gedeutet.

Ein Betrieb ist dann rentabel, wenn er

1. den Plan in allen seinen Teilen einhält, auch wenn ein Planverlust eingetreten ist,
2 den Plan in allen seinen Teilen einhält und den Plangewinn erreicht;
3. unabhängig von den anderen Planteilen einen Gewinn erwirtschaftet.

Die allgemein vorherrschende Meinung richtet sich nach der 3. Deutung.

... Unter Rentabilität versteht man die planmäßige Rentabilität (also Erreichung des Plangewinnes durch Einhaltung der planmäßigen Brutto- und Warenproduktion, des planmäßigen Sortiments u.a.).<<

17.09.1960

Ost-Berlin: Am 17. September 1960 wird dem Päpstlichen Nuntius für Deutschland, Erzbischof Dr. Bafile, das Betreten des Sowjetsektors von Berlin verwehrt (x009/216): >>... Da gegenwärtig noch keine Vereinbarungen zwischen dem Vatikan und der Regierung der DDR bestehen, ist es nicht möglich, daß ausgerechnet ein Vertreter des Vatikans bei der Bonner Kriegsregierung in der Hauptstadt der DDR auftritt ("Neues Deutschland" ...).<<

26.09.1960

DDR: Walter Ulbricht beteuert am 26. September 1960, daß die DDR "die Sicherung des Friedens und die Abrüstung" will.

Ulbricht behauptet in dieser Erklärung zur Außenpolitik (x009/52): >>... Es stehen sich ... gegenüber die friedliebende DDR und die Friedenskräfte in Westdeutschland auf der einen Seite und die Revanchisten und Militaristen mit ihrer Bundesregierung in Westdeutschland auf der anderen Seite.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Walter Ulbricht (x051/591): >>Ulbricht, Walter, geboren in Leipzig 30.6.1893, gestorben in Berlin 1.8. 1973, deutscher Politiker; Möbeltischler, 1912 SPD-Beitritt, 1919 zur KPD, 1920 hauptamtlicher Parteifunktionär, 1928-33 MdR.

Ulbricht, der sich flexibel den jeweils herrschenden Strömungen in der Partei anzupassen verstand, war 1929-33 Leiter des KPD-Bezirks Berlin-Brandenburg und damit direkter Gegenspieler des Berliner Gauleiters der NSDAP Goebbels, mit dem er trotz zahlreicher Straßenschlachten beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik (November 32) gemeinsame Sache machte. Das bewahrte ihn 1933 natürlich nicht vor Verfolgung und zwang ihn zur Emigration zunächst nach Frankreich und 1937 in die Sowjetunion.
Im Krieg agitierte Ulbricht in Gefangenenlagern gegen Hitler, war beteiligt am Aufbau des Nationalkomitees "Freies Deutschland" und kehrte am 30.4.45 an der Spitze der Gruppe Ulbricht nach Berlin zurück, um die Verwaltung und politische Ausrichtung der sowjetischen Besatzungszone zu organisieren. Ulbricht leitete die Fusion von SPD und KPD zur SED ein, die er 1950-71 führte, und war zwei Jahrzehnte lang mächtigster und unbeliebtester Mann der neu gebildeten DDR.
Er überstand den Volksaufstand des 17. Juni 53 ebenso wie die Entstalinisierung und erreichte mit dem Mauerbau in Berlin am 13.8.61 ein Ende der Massenabwanderung in den Westen. Die so stabilisierte DDR koppelte er dabei von der deutschen Geschichte ab, indem er die "kapitalistische" Bundesrepublik zum Alleinerben der nationalsozialistischen Schuld ernannte, ihren politischen Alleinvertretungsanspruch gleichwohl vehement bestritt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" des SED-Regimes (x009/52): >>Seit der Sprengung der Pariser "Gipfelkonferenz" (Mai 1960) durch die Sowjetunion agiert das Regime der SBZ noch heftiger für atomare und nicht atomare Abrüstung und bezeichnet die Bundesrepublik als einzigen Störenfried.
Ferner erstrebt die SED nicht nur eine Koexistenz im Sinne der Sowjetunion und eine Konföderation zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Sie tritt auch immer wieder (gemäß Vorschlag der Sowjetunion vom 10.1.1959) für einen Friedensvertrag ein, der die Bundesrepublik (ohne vorherige geheime gesamtdeutsche Wahlen) von westlichen Truppen entblößen, aus der NATO lösen und ihr rasch das Schicksal der SBZ bereiten würde. Ein solcher Vertrag soll auch den Westteil Berlins zur "Freien Stadt" machen, als ersten Schritt zur Einverleibung in die SBZ.
Um den Ostblock zu stärken und ihre eigene Stellung zu festigen, versucht die SBZ, vor allem in Afrika und Vorderasien, Hilfe für Entwicklungsländer zu geben. Diese Versuche sollen der Außenpolitik und dem Außenhandel dienen. Ihre Wirksamkeit in Übersee ergänzt sie durch die propagandistische Behauptung, die Bundesrepublik entfalte einen Neukolonialismus, der durch seine Tarnung doppelt gefährlich sei.
Die eigene Bindung an den sowjetischen Machtblock versucht die SBZ zu vertuschen durch scharfe Angriffe auf den begonnenen Zusammenschluß der Staaten Westeuropas. Sie bezeichnet diesen Zusammenschluß als gefährliche Machenschaft des nordamerikanischen Imperialismus und Kolonialismus, verdächtigt aber auch die gemeinsamen europäischen Einrichtungen und die europäischen Teile der NATO als getarnte Werkzeuge eines bundesrepublikanischen Großmacht- und Blockstrebens in Europa wie in Afrika.
Mit dieser Diffamierungskampagne soll die Bundesrepublik Deutschland bei ihren Verbündeten wie bei Ländern der nichtkommunistischen Welt verleumdet und isoliert werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Außenhandel" der SBZ (x009/46-48): >>Der Außenhandel kam bereits Ende 1946 wieder in Gang. Die SMAD behielt sich die vollständige Kontrolle vor. ...
Die Außenhandelsumsätze nahmen seit 1947 beträchtlich zu. Seit 1949 ist der Außenhandel der SBZ in die Wirtschaftsplanung der Sowjetblockländer einbezogen. Die vorher in den westlichen Ländern abgeschlossenen Handelsabkommen liefen ab, da sie von den westlichen Ländern nicht erneuert wurden.
Ziel der Wirtschaftsplanung der SBZ und der Sowjetblockstaaten (Rat für gegenseitige Hilfe)

war die Errichtung einer weitgehenden wirtschaftlichen Autarkie des Sowjetblocks, die das Außenhandelsvolumen strukturell bedingt. Entsprechend dem Wirtschaftssystem besteht in der SBZ ein staatliches Außenhandelsmonopol, das nachträglich gesetzlich fixiert wurde (Gesetz vom 9.1.1958).
Für die Durchführung des Außenhandels sind Außenhandelsunternehmen verantwortlich. Zum Import von Vorbehaltsgütern aus dem westlichen Ausland werden staatliche Tarnfirmen eingesetzt. Das Außenhandelsmonopol schließt privaten Außenhandel aus. ...
...Zur Förderung des Außenhandels unterhält die SBZ in den meisten Partnerländern Handelsvertretungen. Handelsinteressen sind meist mit dem politischen Motiv gekoppelt, den Status von konsularischen Vertretungen zu erlangen. In den sozialistischen Ländern sind die Handelsvertretungen Teil der diplomatischen Vertretungen. ...
Abgesehen von Kalisalz und Braunkohle verfügt die SBZ nur über geringe Rohstoffvorkommen. Als hochindustriealisiertes Verarbeitungsland ist sie deshalb sehr importabhängig. Als zweitgrößter Maschinenlieferant innerhalb des Sowjetblocks hat die SBZ besondere Bedeutung für die Wirtschaft der Sowjetunion. ...
Die offiziell bekanntgegebenen Zahlen vermitteln kein vollständiges Bild der Außenhandelsleistungen der SBZ, da ein großer Teil als gegenwertlose Reparationsleistungen von der Sowjetunion abgezogen wurde und nicht in der Außenhandelsstatistik erscheint. Auch die Aufkäufe der Sowjetischen Handelsgesellschaften erschienen nicht als Außenhandelsumsätze. Ferner erschienen in den Statistiken nicht die sog. Befehlsexporte, die außerhalb der Exportpläne im sowjetischen Interesse durchgeführt wurden und 1951 z.B. mindestens 100-120 Millionen Deutsche Mark Ost ausmachten.
Die unterschiedlichen Binnen- und Außenhandelspreise in der SBZ erfordern staatliche Subventionen im Außenhandel, die als Preisausgleich zu Lasten des Staatshaushalts gehen. ...
Die Preisgestaltung im Außenhandel mit den Ländern des Sowjetblocks erfolgte bis zum Jahre 1955 unabhängig von Weltmarktpreisen. Bei Abschluß langfristiger Handelsabkommen wurden Preisbasen für die wichtigsten Import- und Exportgüter vereinbart, die für die Dauer des Abkommens galten und bei bestimmten Gütern weit unter Weltmarktpreisen, zum Teil sogar unter den Selbstkosten lagen.
Hauptnutznießer war die Sowjetunion, die so Industrieausrüstungen, Maschinen u.a. außerordentlich billig einkaufen konnte. Polen gab den Anstoß, daß ab 1956/57 Weltmarktpreise als Außenhandelspreisbildung innerhalb des Sowjetblocks herangezogen werden.
Die Außenhandelsplanung der SBZ geht wie in allen Sowjetblockstaaten stets vom Importbedarf aus. Exporte erfolgen mit dem Ziel, für die geplanten Importe die erforderlichen Devisen hereinzubekommen. Häufig werden deshalb unrentable Exporte in Kauf genommen, die die Verlustwirtschaft des Außenhandels noch vergrößern.
Die Entwicklung einer neuen politischen Linie gegenüber den Entwicklungsländern brachte auch der SBZ die Auflage, den Schwerpunkt auf ihre Außenhandelstätigkeit mit diesen Ländern zu verlagern, um einen überwiegenden Marktanteil bzw. eine marktbeeinflussende Position zu gewinnen und durch Ausweitung des Importvolumens an den landesüblichen Rohstoffen den Handel der westlichen Länder zu beeinträchtigen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Hilfe für "Entwicklungsländer" (x009/111-112): >>In der Außenhandelspolitik gegenüber den Entwicklungsländern verknüpft der Sowjetblock nach marxistisch-leninistischem Prinzip wirtschaftliche Beziehungen eng mit politischen Aufgaben.
Die Hilfe für Entwicklungsländer der SBZ erstreckt sich auf Länder des afro-asiatischen Raumes und neuerdings verstärkt auf Brasilien, Argentinien, Uruguay, Kolumbien und besonders Kuba. Es handelt sich im wesentlichen um Staaten, die dem Sowjetsystem Wege wirtschaftlicher Notlagen für seine politischen Absichten besonders anfällig erscheinen.

Die Hilfe für Entwicklungsländer soll dem industriellen Aufbau der Länder durch Industrieanlagen und Einrichtungen zur eigenen Verarbeitung der Rohstoffe dienen im Austausch gegen die landesüblichen Rohstoffe und Produkte. Schwerpunkt der Hilfe für Entwicklungsländer sieht das Zonenregime in der Intensivierung des Handels mit diesen Ländern, um sich eine Vormachtstellung gegenüber dem freien Westen zu schaffen und Importe über europäische Zwischenhändler künftig auszuschalten. ...
... Die in den Ländern errichteten Handelsvertretungen mit "konsularischem Charakter" dienen auch der Sicherung politischer Verbindungen. Neben der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird eine sog. "Ausbildungshilfe" für fachliche Nachwuchskräfte gewährt, die in der SBZ zusätzlich gründlicher Schulung unterzogen werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die staatlichen "Tarnfirmen" in der SBZ (x009/435): >>Seit 1949 in der SBZ errichtete Handelsfirmen, die äußerlich als Privatunternehmen, tatsächlich aber für den staatlich gelenkten legalen und illegalen Außenhandel tätig sind. Die Namen der staatlichen Tarnfirmen haben gewechselt, aber die Aufgaben sind geblieben. Die wichtigste staatliche Tarnfirma ist zur Zeit die 1958 gegründete "Utimex-Außenhandelsvertretungen GmbH", die der Kammer für Außenhandel direkt untersteht und mit Vertrauensleuten der SED besetzt ist.
Die Utimex soll zugleich durch Ausschaltung der Firmenvertreter besonders der Bundesrepublik auf dem Umweg über Provisionen den Devisenbestand der SBZ aufbessern. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gesamtdeutsche Arbeit" in der SBZ (x009/152-153): >>Unter der Gesamtdeutschen Arbeit wird vor allem die propagandistische Tätigkeit im Sinne der jeweiligen Deutschlandkonzeption der KPdSU- und SED-Führung verstanden (Wiedervereinigung).
Die Verantwortung für die Gesamtdeutsche Arbeit liegt hauptsächlich bei der zentralen Kommission für Gesamtdeutsche Arbeit beim ZK der SED. ... Eine wichtige Rolle spielen außerdem das Büro für nationale Gewerkschaftseinheit beim Bundesvorstand des FDGB, der Ausschuß für deutsche Einheit und der Nationalrat der Nationalen Front.
Im Zusammenhang mit der Zwei-Staaten-Theorie wurde 1960 ein Teil der Verantwortung für die Gesamtdeutsche Arbeit der Parteiführung der KPD in der SBZ übertragen. Nach wie vor werden alle wichtigen Arbeitsdirektiven durch das Politbüro und das Sekretariat des ZK der SED erteilt.
Im Mittelpunkt steht das Werben um die westdeutsche Arbeiterschaft, insbesondere um Mitglieder des DGB und der SPD, unter der Parole "Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse". ... Außerdem bemühen sich die SED und die ihr unterstellten Organisationen und Institutionen um Zusammenarbeit mit ehemaligen Offizieren, NSDAP-Mitgliedern, Unternehmern, Intellektuellen und anderen Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik.
Wichtigste Arbeitsmethoden: Entsendung von illegal reisenden Instrukteuren in die Bundesrepublik zur Unterstützung und Kontrolle der in den Tarnorganisationen und dem illegalen KPD-Apparat tätigen Funktionären sowie zur Überbringung finanzieller Zuschüsse; Entsendung von politisch zuverlässigen und besonders überprüften Delegationen, die insbesondere in Betrieben, Hochschulen, in den Gewerkschaften, öffentlichen Ämtern sowie mit gewählten Volksvertretern und mit Kommunalpolitikern in der Bundesrepublik diskutieren und Kontakte aufnehmen sollen, Einladung von ebenfalls ausgesuchten Delegationen sowie von Schulkindern (Ferienaktion) aus der Bundesrepublik in die SBZ "zum Studium der sozialistischen Errungenschaften"; Veranstaltung von "Gesamtdeutschen Arbeitskonferenzen"; und von "Gesamtdeutschen Gesprächen" zwischen SED-Funktionären und angeblichen SPD-Mitgliedern. Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik sind in der Mehrzahl getarnte Kommunisten.
Verschickung von Propagandamaterial der Nationalen Front und des Ausschusses für deutsche Einheit an zahlreiche Organisationen, Betriebe, Schulen und Privatpersonen in der Bun-

desrepublik. Schulkinder, Angestellte, Funktionäre und andere werden aufgefordert, mit bekannten und unbekannten Personen in der Bundesrepublik in briefliche Verbindung zu treten sowie "Patenschaften" zu übernehmen und über die Notwendigkeit einer Anerkennung der DDR als souveränen Staat, die Umwandlung West-Berlins in eine sog. Freie Stadt, über die sozialistischen Errungenschaften, die angeblich "undemokratischen Verhältnisse" in Westdeutschland und die "Vorbereitung eines Blitzkrieges" durch die Bundesrepublik "aufzuklären".
Daneben wird die SED-Deutschlandkonzeption durch den Rundfunk und das Fernsehen propagiert. Die jährlichen Aufwendungen für alle diese Tätigkeiten werden auf 100 bis 120 Millionen DM West und 250 Millionen DM Ost beziffert. ...
In allen wichtigen politischen Fragen der Gesamtdeutschen Arbeit, zum Teil sogar in Detailfragen, entscheidet Walter Ulbricht.
Ziel der Gesamtdeutschen Arbeit ist die Bundesrepublik aus den "Händen der Monopolherren und ihrer Diener" zu befreien und dafür Sorge zu tragen, daß ganz Deutschland ein blühendes und in der Welt geachtetes sozialistisches Vaterland wird (Beilage 49 zur Zeitschrift "Junge Generation", S.11).<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Revanchepolitik" in der SBZ (x009/369): >>Als Revanchepolitik, häufig auch als Revanchismus verleumdet das Regime alle Bemühungen, die 1945 offengebliebenen Gebietsfragen zu erörtern, um sie auf dem Verhandlungswege zu lösen.
Jede Erörterung vor allem der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie lehnt das Regime der SBZ scharf ab, weil sie angeblich zum Kriege gegen den Sowjetblock führe. Revanchepolitik wird vielen führenden Politikern aller Parteien der Bundesrepublik vorgeworfen.
Als Revanchepolitik stellt die SED auch die völlig rechtmäßigen Bemühungen weitester demokratischer Kreise und der Reichskabinette zwischen 1919 und 1932 hin, einschneidende Bestimmungen der Versailler Regelung von 1919 friedlich zu revidieren.
Mit ihren Behauptungen über die "Revanchepolitik in Westdeutschland" versucht das Regime der SBZ, die Bundesrepublik als einen Kriegstreiber hinzustellen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wiedergutmachung" in der SBZ (x009/485-486): >>Eine individuelle Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts erfolgt in der SBZ nicht.
Auch mit anderen Staaten sind keine Wiedergutmachungsabkommen abgeschlossen. Nur die anerkannten, das heißt, noch heute für das kommunistische System in der SBZ eintretende Verfolgte des Naziregimes genießen einige Vorteile, darunter bei Erwerbsminderung Leistungen aus der Sozialversicherung, die denen bei Betriebsunfällen gleichen, auch wenn sie keine Versicherungszeiten aufweisen können.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Auslandspropaganda" der SBZ (x009/45): >>Ziel der Auslandspropaganda ist es, die nichtkommunistischen, vor allem die sogenannten neutralen Länder durch Herabsetzung der Bundesrepublik und durch die Propagierung der friedlichen, "uneigennützigen" und "antikolonialistischen" Politik des SBZ-Regimes der Bundesrepublik Deutschland zu entfremden und für verbesserte und schließlich diplomatische Beziehungen zu gewinnen.
Im weiteren Sinne bezweckt die Auslandspropaganda: Gewinnung neutraler Potenzen im Ausland, ihre Indoktrinierung im kommunistischen Geist, den Aufbau einer Monopolstellung im Informationswesen besonders der afrikanisch-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, die Intensivierung wirtschaftlicher Verbindungen.
Dafür werden außerordentlich hohe personelle und finanzielle Mittel aufgewendet; alle Handelsvertretungen, Konsulate usw. dienen als Schaltstellen der Auslandspropaganda, ebenso

wie eine Vielzahl spezieller "Freundschaftsgesellschaften" ("Gesellschaft für Freundschaft zwischen Mexiko und der DDR" ...). Aber auch spezielle "Solidaritätskomitees" oder die "DDR-Sektion der Weltföderation der Partnerstädte" und ähnliche Institutionen sind im Rahmen und im Sinne der Auslandspropaganda aktiv tätig.
Zur Indoktrinierung von Gästen und Studenten aus dem nichtkommunistischen Ausland bedient sich die Auslandspropaganda u.a. spezieller Foren und Konferenzen ("Ostseewoche", "Konferenz zum Studium des westdeutschen Neokolonialismus"), des "Instituts für Ausländerstudium" an der FDGB-Hochschule in Bernau, des "Instituts für Ausländerstudium" an der Universität Leipzig und anderer Institutionen.
Spezielle Publikationen der Auslandspropaganda sind u.a. die vielsprachig erscheinende "DDR-Revue", "Bericht aus dem demokratischen Deutschland" und "Deutsche Stimmen".
Vom Staatlichen Rundfunkkomitee wird über den Sender "Radio DDR International" ein besonderer "Auslandsdienst des Deutschen Demokratischen Rundfunks" betrieben, der täglich mehrstündige Programme in Englisch, Französisch, Dänisch, Arabisch und in anderen Sprachen ausstrahlt.
Der Auslandspropaganda dienen schließlich die Weitergabe von Rundfunkprogrammen, die Werbung und Vermittlung ausländischer Besucher in der SBZ, offizielle und inoffizielle Reisen von Wissenschaftlern, Wirtschaftlern, Partei-, Gewerkschafts-, Jugend- und Staatsfunktionären.
... Zentrale Steuerungsstelle (für die Auslandspropaganda) ist in jedem Falle der SED-Parteiapparat.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Infiltration" der SBZ (x009/188): >>Sammelbezeichnung für die kommunistische Taktik des Einsickerns von Personen, Nachrichten und Gerüchten.
Durch Infiltration soll eine geschlossene Abwehr gegen den Bolschewismus untergraben werden. Anders als lautstarke Propaganda ist sie gefährlich durch ihre unmerkliche, auf die Dauer zersetzende Wirkung. Das Ziel der vielfältigen Infiltrationsmethoden sind alle Personenkreise, bei denen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen vorausgesetzt wird.
Während durch personelle Infiltration kommunistische Vertrauensleute in wichtige Stellungen des gesamten öffentlichen Lebens eingeschleust werden sollen, will die geistige Infiltration durch Ausstreuen von Gerüchten und Zwecknachrichten im Westen ein Gefühl der Unsicherheit und Schwäche verbreiten. Die wichtigsten westdeutschen Stützpunkte für die Infiltrationstaktik sind die kommunistischen Tarnorganisationen.
1960 erschienen für Zwecke der Infiltration mehr als 130 Zeitungen und Zeitschriften der Tarnorganisationen (großenteils in der SBZ gedruckt) und 120 kommunistische Betriebszeitungen und mindestens 167 Zeitungen und Ortsblätter der verbotenen KPD. Ferner wurden monatlich 9 bis 10 Millionen Flugblätter und Briefzeitungen in die Bundesrepublik geschmuggelt.
Für die Infiltration, die eng mit der gesamtdeutschen Arbeit der SED, der Massenorganisationen und des Staatsapparates zusammenwirkt, werden sehr hohe Summen ausgegeben. Die Richtlinien für die Infiltration erteilt das Politbüro der SED. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Tarnorganisationen" der SBZ (x009/435): >>Organisationen unter kommunistischer Leitung, die besonders außerhalb des kommunistischen Machtbereiches nichtkommunistische und politisch indifferente Kreise bearbeiten.
Sie sollen kommunistische Gedanken verbreiten und Aktionen gegen gesellschaftliche und politische Ordnung der Freien Welt vorbereiten. Auch sind Tarnorganisationen scheinbar harmlose Aushängeschilder für "gesamtdeutsche Gespräche" und "Friedensaktionen" sowie Stützen der Infiltration und der eingeschleusten Agenten und Spione. ...

Neben internationalen Tarnorganisationen gibt es kleine, z.T. örtliche Tarnorganisationen, die als "Aktionsausschüsse, Kreise, Komitees" o.ä. auftreten. Sie sind gefährlich, weil sie sich örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten anpassen und in der Lage sind, Mißstimmungen auch kleinerer Personengruppen auszunutzen.
In der Bundesrepublik sind Tarnorganisationen nach der Gründung der DDR und den kommunistischen Wahlniederlagen sehr rege. Gesteuert werden sie von der Abteilung "gesamtdeutsche Fragen" des ZK der SED und von der entsprechenden Abteilung des Bundesvorstandes des FDGB.
Die Zahl der Tarnorganisationen in der Bundesrepublik ging in die Hunderte. Ein großer Teil besteht nicht mehr. Denn sobald sie als kommunistische Werkzeuge entlarvt sind, stellen sie ihre Tätigkeit ein, um unter Führung der gleichen Leute, aber unter anderem Namen ihre Wühlarbeit wieder aufzunehmen.
Nach vorsichtigen Schätzungen belief sich die Zahl der Tarnorganisationen im Jahre 1953 auf etwa 90, während sie 1955 mit etwa 130 angegeben wurde. Es empfiehlt sich, in Zweifelsfällen Auskunft bei den zuständigen Bundes- und Landesbehörden einzuholen.<<

29.09.1960

BRD: Am 29. September 1960 schließen die Kultusminister der Länder in Saarbrücken eine "Rahmenvereinbarung" für die Oberstufen der Gymnasien, den Geschichtsunterricht in das Fach "Gemeinschaftskunde" zu integrieren.
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x306/267-278): >>**Vergangenheitsbewältigung**
Je weiter sich der Zweite Weltkrieg entfernt, desto gegenwärtiger wird er. Nicht etwa im Gedenken von Kriegervereinen, sondern in den aus ihm gezogenen "Lehren", deren Beachtung jedermann dringlich empfohlen wird. Dafür hätte kaum ein schwammigerer Begriff als "Vergangenheitsbewältigung" gefunden werden können. Mittlerweile hat die Vergangenheitsbewältigung bereits ihre Geschichte, die selber nach Bewältigung ruft.
Die amtliche Darstellung der Bundesregierung präzisiert: "Am 24. Dezember 1959 gegen 23 Uhr wurde auf dem in Köln am Hansaring errichteten Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus mit der Inschrift: 'Hier ruhen sieben Opfer der Gestapo.
Dieses Mal erinnert an Deutschlands schandvollste Zeit 1933-1945' der zweite Satz mit schwarzer Lackfarbe überschmiert. In derselben Nacht, am 25. Dezember 1959, gegen 2.30 Uhr wurde die Synagoge in Köln, Roonstraße, durch folgende Aufschriften besudelt: die Außenmauer des Grundstücks durch die Parolen 'Juden raus' und 'Deutsche fordern: Juden raus'; die Wand und ein Eingang zur Synagoge durch Hakenkreuze und durch Überschmieren der Inschrift 'Synagogengemeinde Köln'; die Innenseite des Toreingangs zur Synagoge durch ein Hakenkreuz sowie durch Überstreichen der Hausglockentafel und des Türgriffs. Zu diesen Schmierereien wurde weiße und rote Lackfarbe benutzt."
Die beiden mitternächtlichen Täter - sie waren wegen fortgesetzten Betrugs und Autodiebstahls bereits vorbestraft - wurden Anfang Februar 1960 wegen "Beschädigung öffentlicher Sachen" zu 14 bzw. 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Man hat von ihnen seither nichts mehr gehört.
Die Tat jedoch löste eine weltweite Kampagne aus, die eine Identifizierung der Bundesrepublik mit dem 1945 untergegangenen "Dritten Reich" zum Inhalt und teilweise auch zum Ziel hatte. Der Verfasser, der sich zu diesem Zeitpunkt in Indien aufhielt, war nach der Lektüre der dortigen Presse im Zweifel, ob die Nationalsozialisten in der Bundesrepublik kurz vor der Machtergreifung stünden oder die Macht schon ergriffen hätten. Die Auslandsberichterstattung der indischen Presse basierte damals fast ausschließlich auf britischen Quellen.

Am 18. Februar 1960 mußte Bundesinnenminister Schröder im Bundestag erklären: "Wir stellen uns ernsthaft die Frage, ob wir den nach 1945, insbesondere seit der Bildung der Bundesrepublik 1949 eingeschlagenen neuen Weg ohne Beeinträchtigung fortsetzen können."
Die Bundesregierung sah sich plötzlich für Dinge haften, die sie weder veranlaßt hatte noch irgendwie beeinflussen konnte. Mit höchst unzulänglichen Mitteln versuchte sie sich der propagandistischen Sturzflut, die über die Bundesrepublik hereinbrach, entgegenzustemmen. Schröder sagte im Bundestag: "Wir werden heute nicht von neuem vor die persönlichen Entscheidungen der Jahre 1933 bis 1945 gestellt, sondern wir haben 15 Jahre eines konsequent anderen Weges hinter uns …
Unter uns kann es und darf es nicht den Maßstab wirklichen oder angeblichen Versagens gegenüber dem totalitären Nationalsozialismus geben, der alle unter sein kaudinisches Joch gezwungen hat, sondern nur einen einzigen Prüfstein: den entschlossenen Willen, den seit 15 Jahren verfolgten neuen Weg unbeirrt fortzusetzen."
Schröder hatte natürlich seine staatspolitische Rechnung ohne den publizistischen Wirt im deutschen Hause gemacht, und seine Mahnung verhallte wie der Kommentar eines Provinzblattes. Hingegen kam die Erklärung des Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid dem vom Wirt Erwünschten schon ziemlich nahe.
Zwar, meinte Schmid, habe die Pressekampagne dazu geführt, daß eine Reihe von Halbstarken ähnliche Taten wie die in Köln begangen hätten, was mancherorts bedauert würde: "Vielleicht ist dies aber gut: es gibt Lagen, in denen man die schlafenden Höllenhunde wecken muß, um an ihrem Gebell innezuwerden, wie nahe die Hölle noch ist."
Wenn ein Mao eine "Hundert Blumen-Kampagne" einleiten kann, die die Parteifeinde hervorlockt, um sie dann desto besser zerschmettern zu können, so wollte Carlo Schmid nur "innewerden". Ihm ging es um die Demonstration, daß es "unter der Schwelle des Bewußtseins noch unaufgeräumte Unratecken gibt".
Allerdings definiert die Aufgabe der Aufräumung von Unratecken unter der Schwelle des Bewußtseins das Wesen des Staates neu, dessen nunmehriger tiefenpädagogischer Beruf sich mit dem alten der Gewährleistung der Rechtsgemeinschaft und deren Schutz gegen Angriffe, auch von außen, nicht vereinbaren läßt.
Der Konflikt zwischen den Staatsaufgaben wurde von Carlo Schmid auch gesehen und einseitig entschieden, wenn er denjenigen ein "Versagen" vorwarf, die die Vorgänge "nicht unter dem Aspekt der Moral, sondern unter dem Gesichtswinkel des möglichen Schadens betrachten, den die Bundesrepublik erlitten haben mag".
Neben den beiden diametral einander gegenüberstehenden Äußerungen, die auf eine vollkommen verschiedene Auffassung über die Aufgaben des Staatswesens zurückgehen, druckte die amtliche Publikation noch ein beinahe rührendes Zeugnis des Verkennens der Situation ab. Bundespräsident Lübke sagte:
"Wenn die Weltpresse die deutschen Gegenaktionen, die sich auf eine geschlossene Volksmeinung stützen, ebenso breit in der Öffentlichkeit behandelt hätte wie die einzelnen Schändungen, so wäre das Gesamtbild für Deutschland günstiger."
Man konnte aus "moralischen" Gründen bewußt politische Risiken eingehen, man konnte versuchen, diese Risiken zu begrenzen, aber man konnte nun wirklich nicht an den Gerechtigkeitssinn der "Weltpresse" appellieren. Der Topos "Nazi Germany" erfüllte eine ganz bestimmte, nüchtern kalkulierte Funktion bei dem Versuch, mit den Russen ins politische Geschäft zu kommen. Hitler war der Katalysator der russisch amerikanischen Allianz im Zweiten Weltkrieg gewesen. Warum sollte er nicht den gleichen Dienst ein zweites Mal leisten?
Interessant an der Erklärung Carlo Schmids ist, daß er sich über die Struktur der Massenmedien nicht im klaren war. Er spricht an einer Stelle von "Wochenschau" (also Kino) und "Zeitung", an anderer Stelle von der "Presse", die "viel Aufhebens von diesem Schmutze" gemacht

habe, und verkennt völlig, daß zum Zeitpunkt des Kölner Ereignisses die Schwelle zum Fernsehzeitalter überschritten war.
Die Erhebung des Zeigefingers begann auch mit einer Fernsehansprache des nordrheinwestfälischen Innenministers Dufhues am ersten Weihnachtsfeiertag. Die Sendezeit konnte kaum günstiger liegen, da die Zahl der Fernsehempfänger sich gerade so vermehrt hatte, daß man von einer allgemeinen Verbreitung sprechen konnte, und der Weihnachtsfeiertag der Tag des großen Ausprobierens war.
Es ist kein Zufall, daß der Durchbruch der Kampagne durch Ausnutzung eines optischen (Hakenkreuz) und nicht eines akustischen Anlasses gelang. Die Kölner Hakenkreuzschmiererei und die durch sie ausgelöste weltweite Kampagne ist das erste große telekausale politische Ereignis, dem im folgenden Jahr das noch bedeutendere der Wahl des Präsidenten John F. Kennedy folgen sollte.
Die Weihnachten 1959 anlaufende Agitation gab einer Kampagne den offiziösen Stempel, die in privaten Bereichen schon einige Jahre zuvor Fuß gefaßt hatte. Sie trug den recht kuriosen Namen "Bewältigung der Vergangenheit". Der Name stammt aus dem Mekka der Gesprächspilger, den Evangelischen Akademien.
1955 war er erstmals von Erich Müller-Gangloff auf eine Einladung zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin gesetzt worden, im Oktober 1955 Thema einer Tagung der Grenzakademie Sankelmark, dann am 20. Juli 1956 als "Hitler oder die unbewältigte Vergangenheit" Thema einer Tagung in Berlin. Er tauchte auf dem siebenten Evangelischen Kirchentag des gleichen Jahres in Diskussionsbeiträgen auf und verbreitete sich wie ein Buschfeuer. Theodor W. Adorno gab im Herbst 1959 folgende Exegese:
"Die narzißtischen Triebregungen der einzelnen, denen die verhärtete Welt immer weniger Befriedigung verspricht und die doch ungemindert fortbestehen, solange die Zivilisation ihnen sonst soviel versagt, finden Ersatzbefriedigung in der Identifikation mit dem Ganzen. Dieser kollektive Narzißmus ist durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste geschädigt worden. Seine Schädigung ereignete sich im Bereich der bloßen Tatsächlichkeit, ohne daß die einzelnen sie sich bewußt gemacht hätten und dadurch mit ihr fertig geworden wären. Das ist der sozialpsychologisch zutreffende Sinn der Rede von der unbewältigten Vergangenheit."
Die Vergangenheitsbewältigung ist die Anwendung sozialpsychologischer Erkenntnisse in einer Massentherapie, die eine krankhafte Einstellung der Deutschen (Sozialpathologie) durch Bewußtmachung ihrer "Vergangenheit" zum Verschwinden bringen will. Die Deutschen hätten den Nationalsozialismus im allgemeinen, "Hitler - das gesamtdeutsche Trauma" (Gert Kalow) im speziellen verdrängt und leisteten Widerstand, wenn man sie mit dieser Vergangenheit, also mit sich selber, konfrontierte.
Hitler werde eingekapselt, mit bösen Etiketten versehen, abgelehnt. Dadurch sei die Vergangenheit aber keineswegs bewältigt, sondern eben unbewältigt, da die gebotene "Trauerarbeit" (Alexander Mitscherlich) verhindert werde.
Wenn die Assimilation Hitlers und seine fortschreitende seelische Überwindung in das Zentrum einer Sozialreligion gerückt wird, ordnen sich alle Gegenstände um den Glaubenshauptgegenstand herum an. Alles und jedes ist entweder Trauerarbeit oder Flucht vor ihr. Schließlich tritt an die Stelle des Kalten Krieges der neue Ost-West-Konflikt der verschiedenen Aufarbeitungssysteme:
"Während es für den Christen selbstverständlich ist, daß die Abkehr von diesem Gestern nur im Gegenüber zur bewußten Erinnerung erfolgen kann, ist für den Marxisten mit dem Eintritt in die Welt des Sozialismus jede Verbindlichkeit von gestern her erloschen" (Erich Müller-Gangloff).
Dieser Gedanke kann dahingehend entwickelt werden, daß ein innerdeutscher Ost-West-

Ausgleich, der nicht notwendig eine staatliche Wiedervereinigung bedeutet, dadurch erreicht werden kann, daß sich östlicher Marxismus und westliche Bewältigung vermählen. Mancher "Dialog" steuert deutlich in diese Richtung. …

Für die Trauerarbeit ist Voraussetzung, daß Hitler nicht sterben darf. Für die weltpolitische Situation war er schon 1944 tot, es ging nur noch um sein Erbe. Damit öffnet sich eine Schere zwischen den vermeintlichen psychologischen und therapeutischen Erfordernissen und der sich aus der politischen Weltkonstellation ergebenden Gegenwartssituation. …

Der Bewältigung der Vergangenheit liegt ein geschlossenes System eines geistigen Kreislaufs zugrunde. Ein moralisches Postulat wird in der Gegenwart aufgestellt. Aufgrund dieses Postulats werden das "Dritte Reich" und die deutsche Geschichte gedeutet.

Aus der so gedeuteten Geschichte werden Lehren für die Gegenwart gezogen, die zu verschärften moralischen Postulaten und damit zu erneut rigoroseren Deutungen der Vergangenheit führen, und so weiter, immer im Kreis herum, bis eines Tages das auf sich selbst bezogene Gebilde am Fels der Realität zerschellt. Die moralische Eskalation kann auf Inhalte weitgehend verzichten.

Die Verwendung der Geschichte des "Dritten Reiches" in der Trauerarbeit hat eine Begegnung mit Geschichte nicht in ihrem Gefolge, im Gegenteil. Hans Buchheim, der über ein Jahrzehnt im "Institut für Zeitgeschichte" tätig war, kommt zum Schluß:

"Alles in allem muß man also leider feststellen, daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Dritten Reich die Vorstellungen über jene Zeit nicht etwa zutreffender werden, sondern vielmehr immer abwegiger." Es grassiere eine spekulative Betrachtungsweise, die "Geschichte nur als Stoff benutzt, an dem sie ein Prinzip demonstrieren kann".

Die Betrachtung des Dritten Reiches durch die Älteren sei völlig unreflektiert, nur durch persönliche Eindrücke bestimmt, die der jüngeren nur reflektiert. "Die Jüngeren halten eine differenzierende Betrachtungsweise von vorne herein für apologetisch und unmoralisch, weil für ihre Begriffe die Moralität des Urteils in dem Maße zunimmt, in dem alle Aspekte eines Problems auf einen Aspekt konzentriert werden".

Der Aspekt, auf den alle Aspekte des Dritten Reiches konzentriert werden, ist nach Buchheim der Aspekt des Verbrechens, zusammengefaßt im Symbolbegriff Auschwitz. Vom Aspekt des Verbrechens wird ein Dispens des politischen Denkens abgeleitet, der jede nüchterne Erwägung in der Gegenwart und jede Einbeziehung des Selbstinteresses schon als Ansatz zum Verbrechen wertet. …

Der Verfasser besitzt eine von Werner Hilgemann herausgegebene Schulwandkarte, die auf vier Quadratmetern mit Judensternen, SS Fähnchen, Wachtürmen und Galgen bedeckt ist, ihr Titel: "Deutschland unter der Hitlerdiktatur 1933-1945." (Verlag J. Perthes, 1963). Als 1960 das propagandistische Gewitter über der Bundesrepublik losbrach, war ein Blitzableiter vonnöten. Die Schulen waren aufgrund der bestehenden staatlichen Schulhoheit der Ort, wo ohne Störung der Rechtsordnung, die bei einer zweiten Entnazifizierung unvermeidbar gewesen wäre, bewältigt werden konnte.

Schon am Januar 1960 setzten nach dem Bericht der Bundesregierung die "systematischen Belehrungen in den Schulen" ein. Eine Flut von Anweisungen folgte. Am 29. September 1960 kam die "Rahmenvereinbarung" der Kultusministerkonferenz in Saarbrücken zustande, die in den Oberstufen der Schulen das Fach "Gemeinschaftskunde" einführte und den Geschichtsunterricht in ihm aufgehen ließ. An die Stelle des chronologischen Geschichtsunterrichts trat der "exemplarische", der den Stoff benutzte, um an ihm ein Prinzip zu demonstrieren.

Die demonstrationsstudentische Bewegung von 1967/68 ist nicht von ungefähr antihistorisch. In der Antifestschrift zum 150 jährigen Jubiläum der Universität Bonn, "150 Jahre Klassenuniversität", schreibt Bernd Pauly:

"Uns scheint, es würde niemandem auffallen, wenn die Geschichtswissenschaft über Nacht

abgeschafft würde. Dort, wo sie gesellschaftliche Effizienz haben soll, an den höheren Schulen, wird sie als autonomes Unterrichtsfach mehr und mehr zurückgedrängt, denn es leuchtet selbst Kultusministern ein, daß die lichtsuchende Jugend kanonisierter Plattheiten über Bismarck und andere füglich entraten kann".
In der Einführung des Faches "Gemeinschaftskunde" sahen seine Promotoren eine "große neue Aufgabe", nämlich "die Erziehung des (auch) politischen Menschen, der die Erinnerung bewahrt und aus ihr handelt" (Felix Messerschmid). Sie glaubten allen Ernstes, mit ihrem Unternehmen einen Beitrag zur geistigen Verteidigung des Westens zu leisten, zu der Karl Dietrich Erdmann auf dem Historikerkongreß von Duisburg 1962 in flammenden Worten aufrief. Eine völlig unübersehbare Literatur über Didaktik und Systematik des politischen Unterrichts ergoß sich über die Pädagogen.
Es war vorauszuberechnen, daß etwa im Jahre 1968 zum ersten Mal seit 1945 eine politisch gereifte und demokratisch gebildete Abiturientengeneration in die Universitäten einrücken würde. Tatsächlich wurde diese Generation auch als "erste hoffnungsvolle Generation unseres Volkes" (Müller-Gangloff) begrüßt.
Wenn Messerschmid das Erziehungsziel des Bewahrens der Erinnerung und des Handelns aus ihr aufstellte, übersah er, daß die Jugend ja nicht die Messerschmidschen Erinnerungen bewahren konnte, sondern nur die ihres eigenen Erlebniskreises, und der wurde durch eiertanzende Studienräte gebildet, die als politische Doktrin eine reichlich stümperhafte Rationalisierung von Erlebnissen anderer zu verkünden hatten. ...
Welche Rolle konnte die "unbewältigte Vergangenheit" als Bildungserlebnis bei einer Generation spielen, die nach dem Krieg geboren und nun z.B. von Pfarrer Franz von Hammerstein vor die Frage gestellt wurde: "Was würden wir tun, wenn man uns zum Selektieren auf die Rampe in Auschwitz Birkenau stellte, oder wenn wir als Soldaten die grauenhaften Geiselerschießungen beobachteten?"
Die Antwort mußte, da Auschwitz in unerreichbare Ferne gerückt war, in dem Wurf von Frischeiern auf lebende Staatsmänner, Love Ins in Rektoratsräumen und der Auffassung bestehen, daß die ganze Gesellschaft in Verbrechen verstrickt sei. Die bewältigende Generation glaubte, es sich schuldig zu sein, die Jugend in einen Prozeß der Sühne einzubeziehen:
"Man kann stellvertretend für die Väter sühnen, ähnlich wie die Väter oft für ihre Kinder sühnen müssen. Sühne ist nicht identisch mit Strafe verbüßen, sondern bedeutet, die Strafe als gerecht akzeptieren. Worin besteht eigentlich die Strafe? Einzelne werden bestraft, wenn die Gesetze, die Justiz, dazu zwingen.
Das deutsche Volk wurde unter anderem bestraft durch die Wegnahme von Ostpreußen, Schlesien und Pommern, durch die Vertreibung der dortigen Bevölkerung sowie durch die Teilung. Diese Strafen haben nach 1945 mehr oder wenige Schuldige - von Unschuldigen sollte man für die damalige Generation nicht reden - getroffen, und gerade etwa die Teilung trifft auch Unschuldige heute. Welche Strafen uns ein künftiger Friedensvertrag etwa noch auferlegt, wissen wir nicht."
Die religiöse Aufladung der profanen Geschichte, die Ersetzung des persönlichen Gottes durch den Geschichtslenker, der sich im Zeitgeschehen offenbart und sein Gericht durch die Weltmächte vollzieht, ist in der geschichtlichen Dimension des Christentums, aus der nach Löwith die säkulare Geschichtsphilosophie hervorging, angelegt, so daß der Sühneprotestantismus - auch im Katholizismus kommen Parallelen auf - manchen innerkirchlichen Ansatzpunkt hatte. Politische Differenzen bekamen dadurch kirchensprengende Wirkung.
Die Vergangenheitsbewältigung hat auch Wissenschaftsgeschichte geschrieben und die Fragestellungen, Terminologien und Antworten einer ganzen Reihe von Fächern - von der Psychiatrie bis zur Staatsrechtslehre - beeinflußt. Als Beispiel einer Anwendungsmöglichkeit der Vergangenheitsbewältigung sei das Gebiet der Außenpolitik herausgegriffen.

Die auf die Außenpolitik angewandte Vergangenheitsbewältigung hatte, wie die dritte außerparlamentarische Bewegung "Kampf dem Atomtod", ihren Ausgangspunkt im Göttinger Memorandum der 18 Physiker. In vertraulichen Erörterungen am Dienstsitz von Bischof Hermann Kunst, Militärbischof, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche bei der Bundesregierung und Exponent des Kirchenliberalismus, wurden weitere Aktionen nach Art des Göttinger Memorandums konzipiert.

Ein "Tübinger Memorandum" wurde im Herbst 1961 an die Abgeordneten des neuen Bundestages verschickt und mit ihnen erörtert. Unter den Unterzeichnern (Becker, Bismarck, Heisenberg, Howe, Picht, Raiser, Weizsäcker) befanden sich noch zwei Physiker. Die Federführung war jedoch eindeutig an den Tübinger Juristen Prof. Ludwig Raiser übergegangen.

Während das Göttinger Memorandum sich nicht in der Lage sah, einen politischen Rat zu erteilen, und nur die Nichtbeteiligung der Physiker an der atomaren Forschung zu militärischen Zwecken kundtat, weiß die neue Denkschrift Bewegung genau, was zu tun ist, und versucht, die politischen Instanzen unter Druck zu setzen, indem sie vorgibt, sie durch Aufhebung des Drucks zum Handeln zu befreien. Der Kernsatz des Memorandums lautet:

"Die deutsche Position in der gegenwärtigen Krise wurde dadurch geschwächt, daß wir an Ansprüchen festgehalten haben, die auch bei unserem Verbündeten keine Zustimmung finden. Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder Neiße werden verloren geben müssen."

Das Tübinger Memorandum brachte Anschauungen zu Papier, die an keinem Punkte über das hinausgingen, was in den Kreisen der Kennedy Administration umlief und was von jenen, welche die deutsche Politik den amerikanischen Vorstellungen der Kennedy-Berater anpassen wollten (z.B. "Die Zeit"), angestrebt wurde. …

Die eigentliche Sensation des Memorandums war jedoch sein theologischer Hintergrund. Diese Sensation steigerte sich noch, als der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands eine "Kammer für öffentliche Verantwortung" unter dem Vorsitz von Prof. Ludwig Raiser und der Geschäftsführung von Oberkirchenrat Erwin Wilkens beauftragte, eine Ost-Denkschrift auszuarbeiten, die den Titel trug "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn".

Die Denkschrift wurde im Oktober 1965, wieder nach der Wahl eines neuen Bundestages, veröffentlicht und führte sofort zu einer lebhaften Debatte, die nach einem halben Jahr schon 40 selbständige Schriften zutage gefördert hatte und heute noch anhält. Die Bielefelder These der Kirchlichen Bruderschaften, daß der Verzicht auf die Ostgebiete eine Erkenntnis sei, zu der "das Evangelium die politische Vernunft" befreit habe, wurde in der Ost-Denkschrift nicht mit diesen Worten formuliert, aber stand doch derart im Hintergrund, daß die an Verschlüsselungen gewohnten Zeitgenossen zu Recht stutzig wurden. …

In harten Grabenkämpfen um jeden Punkt der Denkschrift schälte sich nach und nach heraus, daß die einzelnen Punkte nur die Schale um einen theologisch politischen Kern waren, der als "Ja zum Gericht Gottes", zur Konsequenz der Annahme jeder Forderung und Zumutung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs führte. …

Die Sühnetheologen mußten in den ihnen Widersprechenden den "alt bösen Feind" wittern, der ein verstocktes Nein zum Gericht Gottes sagt. Sie waren daher auch maßgeblich an einer Kampagne beteiligt, die in einer umfangreichen Literatur einem "Nationalismus" den Garaus zu machen suchte, dem zunehmend alle satanischen Züge des Bösen angeschminkt wurden. Der Kampf gegen Nation, Nationalgefühl, Nationalismus ist seit den Illuminaten und bis hin zum Internationalismus der Sozialdemokratie eine Unterströmung der Linken gewesen.

Doch handelt es sich bei dem Bewältigungs-Anti-Nationalismus nicht um einfache Anknüpfung an diese Tradition, sondern um eine sehr spezifische Abwandlung. Das geht schon daraus hervor, daß die gleichen Kreise, die in Deutschland in der Bekämpfung des Begriffes der Nation den hauptsächlichen Inhalt der Politik sehen, in Österreich mit gleichem Elan diesen Begriff einführen wollen. Sie rufen diesseits von Inn und Salzach "Fort mit der Nation" und jenseits von Inn und Salzach "Her mit der Nation".<<

04.10.1960

DDR: Walter Ulbricht (Vorsitzender des Staatsrats) gibt am 4. Oktober 1960 eine programmatische Erklärung ab.

Die inhaltliche Bestimmung der "Religionsfreiheit" deckt sich demnach im wesentlichen mit der staatsrechtlichen Regelung der Sowjetunion.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/216): >>... Die Religionsfreiheit wird auf Kultfreiheit begrenzt, wenn Ulbricht sagt: "Die Angehörigen der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche sowie der Jüdischen Gemeinde haben in unserer DDR die Möglichkeit, in der Kirche bzw. Synagoge ihre religiösen Anliegen zu pflegen." ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchensteuer" in der SBZ (x009/216): >>... Nach einer Erklärung des Ministers der Justiz müssen Kirchensteuern als Beiträge angesehen werden. Zwangsbeitreibungen sind nicht mehr möglich; der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Kirchensteuerämter sind auf Schätzungen angewiesen bzw. auf die Einsicht der zu Besteuernden, wahrheitsgemäße Erklärungen abzugeben. ...<<

10.10.1960

USA: Präsident Ahmed Sékou Touré (1922-1984, Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der schwarzafrikanischer Staaten, ab 1958 Präsident von Guinea) erklärt am 10. Oktober 1960 während einer Rede vor der UN-Vollversammlung (x073/316): >>... Isoliert genommen, bedeutet die politische Unabhängigkeit keineswegs völlig nationale Befreiung. Sie ist gewiß eine entscheidende und notwendige Etappe.

Dennoch sind wir gezwungen zu erkennen, daß die nationale Unabhängigkeit nicht nur politische Befreiung, sondern auch und vor allem eine totale wirtschaftliche Befreiung voraussetzt.

Ohne diese beiden Forderungen ist kein sozialer Fortschritt möglich. Wenn Afrika sich aber wirtschaftlich befreien soll, darf es nicht länger als Rohstoff-Reservoir gelten.

Wir müssen den gegenwärtigen Zustand der Unterentwicklung fast des ganzen Erdteils Afrika betonen. Sie ist eine direkte Folge des Fehlens jeder typisch afrikanischen Wirtschaft. Die neuen Staaten stehen, wenn sie sich von der Knechtschaft befreien, dem schwerwiegenden Tatbestand gegenüber, daß die afrikanische Wirtschaft zerstückelt und den Wirtschaftsbereichen der jeweiligen ehemaligen Kolonialmächte integriert ist. ...

Die falsche koloniale Vorstellung, daß es unmöglich sei, Afrika zu industrialisieren, muß aufgegeben werden zugunsten neuer Ideen, die auf die unausweichliche Entwicklung aller Kontinente eingehen – darunter des Erdteils Afrika – und die absolute Notwendigkeit einer Industrialisierung der Länder Afrikas einschließen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Industrialisierung Afrikas keineswegs die Entwicklungschancen anderer Erdteile beeinträchtigt, sondern sie im Gegenteil beträchtlich erhöht. Die Bedürfnisse Afrikas auf allen Gebieten werden wachsen.

Umstellen müssen sich also nur jene, die heute die Weltwirtschaft in der Hand halten; sie müssen sich nicht nur mit der politischen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Emanzipation Afrikas abfinden: Sie gehört zur Harmonie und zum neuen Gleichgewicht der Welt.<<

24.10.1960

China: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Oktober 1960 über die Volksrepublik China (x299/156): >>... Nachdem das chinesische Volk seit einem Jahrzehnt ange-

strengt für den Aufbau gearbeitet hat, und nachdem diese Anstrengung 1958, als der "große Sprung" vorwärts begann, verdoppelt worden ist, meinen viele Chinesen, es sei an der Zeit, neben der Arbeit auch die Errungenschaften der Revolution mit einiger Muße zu genießen. ...
Die Partei antwortet, dieser Begriff von Glück sei "fad und geschmacklos", gleich "stagnierendem Wasser" und sei unkommunistisch. Das Glück der Menschen liege in der Aktivität, ... für die Verwirklichung des Kommunismus in China zu kämpfen.<<

31.10.1960

Polen: Die Zeitung "Polityka" führt am 31. Oktober 1960 die unmenschlichen Zustände bei der Vertreibung der Deutschen vor allem auf die chaotischen Nachkriegsverhältnisse zurück (x125/179-180): >>... Kardinal Döpfner vergißt, daß zur gleichen Zeit unter ähnlichen Bedingungen Hunderttausende von Polen umzogen. Wenn es an Waggons, Lebensmitteln und warmen Kleidern fehlte, so betraf das in gleichem Maße Polen wie Deutsche.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die "polnische Geschichtsschreibung" (x024/309): >>... Unwahrheiten stehen einem vorurteilsfreien, aufrichtigen Verhältnis zwischen Polen und Deutschen entgegen. Dabei ist Wahrhaftigkeit die notwendigste Voraussetzung für ein gutes Verhältnis unter Menschen und unter Völkern.
Doch ein Versöhnungswerk zwischen Polen, Tschechen, Russen und Deutschen scheint schwerer zu erreichen als etwa zwischen Deutschen und Franzosen, die jahrzehntelang als "Erbfeinde" galten. Denn weder in Frankreich noch in Deutschland werden Lügen künstlich am Leben erhalten. ...<<

08.11.1960

USA: John F. Kennedy (1917-1963, Parteimitglied der "Demokraten") wird am 8. November 1960 mit knapper Mehrheit zum jüngsten Präsidenten in der Geschichte der USA gewählt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über John F. Kennedy (x068/311-318): >>... Der bald zum Heroen, fast zur Legende hochstilisierte John F. Kennedy, der charismatische Führer der Nation, hatte sich bei einer Wahlbeteiligung von fast 69 Millionen Bürgern mit einer hauchdünnen Mehrheit von rund einhunderttausend Stimmen gegen den Republikaner und Vizepräsidenten Eisenhowers, Richard M. Nixon, durchgesetzt.
Das Managerzeitalter begann nun auch in die Politik zu drängen, sie zu prägen, und beide, Nixon wie Kennedy, waren, bei allen Unterschieden, seine ersten, so damals Eric Sevareid, komplett standardisierten Produkte: adrette, glatt verbindliche Organisatoren, ehrgeizig, gerissen, opportunistisch, niemandem mehr als dem eigenen Aufstieg verpflichtet.
Am meisten arbeitete für Kennedy wohl das Geld seines Vaters, nach Präsident Roosevelt, dessen enger Mitarbeiter der Bankier, Reeder und Botschafter (in London) Joseph P. Kennedy zeitweise war, "das größte Ekel, das je auf Gottes Erdboden herumlief".
Joseph Kennedy wollte den Sohn um jeden Preis zum Präsidenten machen, dafür jedoch keinen Dollar mehr als nötig investieren – Spötter führten darauf den knappen Wahlsieg zurück.
Jedenfalls hat Vater Kennedy seinen unbändigen Ehrgeiz auf die Seinen übertragen, den Sinn fürs "Gewinnen", den Gedanken, daß ein Kennedy nie Zweiter sein dürfe. Und mit Hilfe seiner Millionen bestach der Sprößling alles, was sich bestechen ließ - und was ließe sich da nicht bestechen.
"In der amerikanischen Politik ist alles zu kaufen": Richard Lamm, Professor und Gouverneur des Staates Colorado. Bestach hochverschuldete oder einfach geldgierige Politiker, weiße Politiker und schwarze Politiker. Er führte seinen Wahlkampf, so Historiker Thomas Reeves, "mit zynischer Manipulation der Sachfragen und zügellosem Geldaufwand, mit Wahlbetrug und Mafia". (Man erinnere sich daran, daß im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, nach Frank Fahrenkopf, dem Vorsitzenden der Republikanischen Partei (1987), selbst Bewohner

"leerer Häuser", ja "Leichen bei Wahlen ihre Stimme abgeben").
Hilfreich war Kennedy ohne Zweifel auch eine Erfindung, die er nicht als Schriftsteller machte - der er ursprünglich hatte werden wollen (bis er wohl erkannte, daß Ruhm in der Literatur nicht zu kaufen ist) -, sondern als Politiker; eine Erfindung, die er zumindest weitergab: das Märchen von einer "Raketenlücke". Diese Lücke bestand zwar nicht, nicht im Geringsten. Doch immer, wenn man in den Staaten die Rüstung hinaufkatapultieren will, entdeckt man eine Lücke. Einst war es eine "Panzerlücke".
Und nun stellte Kennedy die "Raketenlücke" im militärpolitischen Teil seines Wahlkampfes in den Mittelpunkt. Jahrelang hatte man von dieser Lücke geredet, hatte man behauptet, die Russen besäßen in absehbarer Zeit bei den Interkontinentalraketen einen Vorsprung von 4:1. Kennedy selbst hatte die "Lücke" schon 1958 beschworen, eine Gefahr, so sagte er, "die tödlicher ist als alle Gefahren, die wir jemals in Kriegszeiten bestanden haben".
In Wirklichkeit besaß man damals eine Raketenüberlegenheit von 3:1, bei den schweren Bombern sogar einen Vorsprung von 10:1.
Die Rüstung wurde gleichwohl weiter forciert. Im Übrigen war die "Lücke" ein erfolgreicher Wahlkampfschlager. Und kaum ist Kennedy Präsident, erklärt sein Verteidigungsminister, die "Raketenlücke" beruhe auf falschen Schätzungen.
Zum Sieg verhalf Kennedy sicher auch seine Intelligenz, sein Elan, überhaupt - er war der erste im 20. Jahrhundert geborene US-Präsident - seine Jugend, die Gegner Nixon ihm gerade vorwarf. Das Geld, das Strahlen, die Wachheit, die spröde Ironie, die Energie, seine Tricks und Lügen, seine forschen Improvisationen, eine gewisse Aufgeschlossenheit selbst für Soziales, ja, noch die durch die Medien hochgespielte (bescheidene) Attraktivität seiner Frau, all dies half zusammen, das Rennen gerade noch vor dem Konkurrenten zu machen.
Doch noch der auf fast tausend Seiten die "tausend Tage" seines Chefs bewundernde Arthur M. Schlesinger, militärischer Geheimdienstleiter während des Krieges, Historiker und Sonderberater im Weißen Haus, findet bei Kennedy ("kühl, gefaßt und souverän, ein Sohn Irlands und Harvards") doch überall auch eine Prise 'Mache'. Freilich meint der Chronist, jeder Politiker müsse "ein wenig bluffen, und Kennedy war ein Politiker, der entschlossen war, Präsident zu werden. Er war bereit, so manchen Trick anzuwenden, Menschen und Situationen auszunützen, Begeisterung zu markieren, ja sogar sich anzupreisen".
Kennedy - braun, gestählt, fast wie eine Sportnatur wirkend - hatte schon mehrere Operationen hinter sich, eine defekte Wirbelsäule, eine Staphylokokken-Infektion, zeitweise Krücken, zeitweise eine Stahlscheibe, Fieber über 41 Grad, Anämie, chronische Krämpfe, das linke Bein zwei Zentimeter kürzer, er trug Einlagen in den Schuhen, einen Stützgürtel, hatte die Sterbesakramente schon empfangen, sein Lieblingsgedicht war von Alan Seegers und hieß: "I have a Rendezvous with Death ..."
Nun brachte der junge Präsident nicht nur äußerlich "frischen Wind" in die dumpfe, stagnierende Atmosphäre der zu Ende gehenden Eisenhower-Administration. Außenpolitisch war die Regierung keinen Schritt vorangekommen, innenpolitisch die Passivität zum Greifen. Jetzt kamen viele neue Männer, neue Köpfe, Menschen oft ganz anderen Schlages als vordem, viele Professoren, zum Beispiel, geschwätzig diskutierend, ideenbewußt; junge, lässige, lakonische Leute auch, zynisch und interessant.
Eisenhower aber war alt, abgekämpft - "ein furchtbar kalter Mensch", sagte Kennedy. Seine Golfpartner seien lauter reiche Leute, die er erst "seit 1945" kenne, und "niemand ist seinen alten Freunden so wenig treu wie Eisenhower." Der Kalte, Untreue seinerseits nannte Kennedy den "kleinen Gernegroß" - öffentlich erschienen beide Arm in Arm.
Es gab genug Narren und gibt sie noch, die Kennedys junge Regierung Kraft aus einer Neubesinnung ziehen sahen auf die wahren Werte amerikanischer Existenz. Was aber waren, sind diese Werte, die Standardphrasen Demokratie, Freiheit und der ganze pseudoliberale Quark

einmal beiseite?
Kennedy suchte (doch wer da schon suchen muß!) für seine Wahlkampagne "eine unverwechselbare Note". Er wollte sich "unterscheiden" von seinem Rivalen. Und dann wollte er - sein "spezifisches Thema" - Amerika wieder in Bewegung setzen. Und er bewegte es auch, vor allem verbal.
Das amerikanische Volk, sagte er, sei "über das gegenwärtige Treibenlassen unseres Staatsschiffes beunruhigt". Man werde aber "die Vereinigten Staaten wieder in Bewegung setzen", werde "dieses Land in den sechziger Jahren vorwärtsbringen ..."
"Die alte Welt ist im Wandel begriffen", sagte er.
"Die alte Ära neigt sich ihrem Ende zu. Die alten Methoden genügen nicht mehr."
"Wir sind eine neue Generation."
Er sagte, "nicht alle Probleme sind gelöst", die Zukunft sei "voller Gefahren, aber auch voll strahlender Hoffnung".
Die Zukunft, sagte er, werde "völlig anders sein". Das allgemeine Erwachen setze "mehr Energie frei" als selbst "die Spaltung eines Atoms".
"Krieg und Frieden", sagte er, "der Fortschritt dieses Landes, die Sicherheit unseres Volkes, die Ausbildung unserer Kinder, Arbeitsplätze für Männer und Frauen, die arbeiten wollen, der Ausbau unserer Rohstoffquellen - das Bewußtsein, eine Nation zu sein, das Bild, das die Nation der Welt darbietet, ihre Macht, ihr Prestige und ihre Zielsetzung - das alles ...", das alles und noch viel mehr sagte er.
"Ich kandidiere für die Präsidentschaft, weil sie Mittelpunkt des Handelns ist". Und vom neuen Amerika, von seiner Kraft, seiner Begeisterung hänge es ab, "ob auf die Dauer Licht in der Welt regiert oder Dunkelheit ..."
Kennedy bekannte sich zur globalen amerikanischen Mission, er sprach vom "Ruf der Trompete", die Lasten eines langen Kampfes zu tragen, "jahraus und jahrein".
Er rief: "Laßt uns den amerikanischen Kontinent von neuem in einen Schmelztiegel revolutionärer Ideen und Taten verwandeln - ein Tribut an die Macht der schöpferischen Energien freier Männer und Frauen - ein Beispiel für die ganze Welt, daß Freiheit und Fortschritt Hand in Hand gehen."
Lauter Phrasen.
Und dafür hatte er einen Stab von Redenschreibern schon im Wahlkampf und dachte, als geborener Manager, natürlich an weitere, falls die bisherigen "im Lauf der Zeit vielleicht ermüden und keine Ideen mehr haben könnten ..."
Allmächtiger! - Ja, auch der war natürlich mit von der Partie bei Kennedy, dem Katholiken.
"Vor Ihnen und vor Gott dem Allmächtigen" (aber nach den US-Gewaltigen erst!) "habe ich den feierlichen Eid geleistet, ..." sagte Kennedy am Tag seines Einzugs ins Weiße Haus - und setzte die Welt in Bewegung.
Einmal hatten sie schon - nun wer wohl? "Die Siedler" natürlich in Bewegung gesetzt. Jawohl, "die Siedler" hatten einst die Grenze "5.000 Kilometer weit" verschoben, hatten "ihre Sicherheit, ihre Bequemlichkeit und manchmal sogar ihr Leben" geopfert, "um hier im Westen eine neue Welt aufzubauen ... Ihr Motto war nicht Jeder für sich!, sondern Alle für die gemeinsame Sache!"
Der Indianer-Genozid als Vorbild! Raub über 5.000 Kilometer! Alles für die gemeinsame Sache. Jawohl. Kennedy kämpfte dafür schon in einer seiner ersten außenpolitischen Aktionen, wenn nicht seiner ersten überhaupt, kämpfte weltweit dafür mit seinem "Hilfsprogramm". Man nannte es "Lebensmittel-für-den-Frieden-Gesetz".
Das klang gut. In Wirklichkeit war es nichts als eine alte Sache unter neuem Namen, das Gesetz 480 zur Entwicklung und Unterstützung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte von 1954, intern unter der Bezeichnung "Überschußverwertung" bekannt, genau richtig zwar, jetzt

aber menschenfreundlicher benannt. Es ging nun nicht mehr darum, mehr oder weniger unerwünschte landwirtschaftliche Überschüsse der USA im Ausland abzusetzen, sondern vielmehr "Amerikas landwirtschaftliche Kapazität in größtmöglichem Umfang zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in der ganzen Welt und zur Förderung der Weltwirtschaftsentwicklung einzusetzen".
Das wundervolle Gesetz, "die Alchimie des 20. Jahrhunderts" (Hubert Humphrey) half tatsächlich allen: es rettete die Armen vom Hungertod, statistisch wirkte es sich freilich nicht aus, und, dies wirkte sich aus, nachweislich, es beseitigte die Überproduktion, es verringerte die Lagerkosten, es erhöhte die Einnahmen der Farmer, es erhöhte sogar durch die Auflage, den Nahrungsmitteltransport auf US-Schiffen vorzunehmen, die Einkünfte der Schifffahrt. Denn immerhin erreichten die Lieferungen während der Kennedy-Zeit einen Wert von fast 1,5 Milliarden Dollar im Jahr.
Alles für die gemeinsame Sache. So hatte Kennedy natürlich auch bei seiner Regierungsbildung gedacht und erst mal seinen Bruder ins Justizministerium gesetzt. Hatte der doch schon die Säuberungsaktionen McCarthys unterstützt, des größten Kommunistenjägers der USA im 20. Jahrhundert.
Hochrangige Politiker und Militärs wurden dabei den irrsinnigsten Vorwürfen ausgesetzt, wurden nach Herzenslust gedemütigt, verleumdet, verklagt, hinweggefegt, die Exzesse besonders vom hohen katholischen Klerus geschürt, am meisten und längsten von Kardinal Spellman. Und Robert Kennedy saß sogar im Stab des berüchtigten "Committee".
So aktiv er aber damals war, so zurückhaltend verhielt er sich jetzt, als die weißen Amerikaner die Schwarzen jagten oder die Regierung Kennedy, so Historiker Kenneth O'Reilly, "Krieg gegen ihre eigenen Bürger führte", mit dem Einsatz von Bundestruppen, Hunderten von Verletzten, vielen Tausenden von Verhafteten. Schließlich war die Welt in Bewegung zu setzen in einem Land, in dem noch zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Telefonbüchern Namen der Schwarzen durch ein umzirkeltes C (coloured) gekennzeichnet, Speise- oder Kaufhäuser, Hotelschilder mit der frohen Botschaft geschmückt waren: "No negroes, no jews, no dogs".
Just aber zu einer Zeit, als bei Bürgerrechtsdemonstrationen noch immer Schwarze beinah Tag für Tag geschlagen wurden, als man sie - doch hatte man es je anders gehalten? - peitschte, lynchte, als man Bomben in Negerheime warf, da verlautbarte aus dem Justizministerium: "Es ist fraglich, ob das Recht, nicht verprügelt zu werden, durch die Bundesverfassung oder durch ein anderes Bundesgesetz geschützt ist".
Zwar hatte man zunächst wirklich versucht, die Täter der Justiz zuzuführen. Doch dann erklärte Justizminister Robert Kennedy selbst: "Ich habe nachts nicht schlaflos gelegen und mir Sorgen um die Schwarzen gemacht".
Schließlich wollten die Kennedys nicht weiße Wählerstimmen einbüßen, mochte man im freiesten Land der Welt noch so empörend frei schikanieren, ermorden, auch Martin Luther King, den Bürgerrechtsführer, dessen Telefon Präsident Kennedy durch das FBI abhören ließ.
In gute, die Welt wandelnde Hände kam auch das Finanzressort, in die des Douglas Dillon, eines Republikaners, des Sohnes von Clarence Dillon aus dem die europäischen Faschisten finanzierenden Bankhaus Dillon, Read & Co., eines Mannes somit, der das volle Vertrauen der Wallstreet besaß und die Millionen springen ließ.
"Was das Land im kommenden Haushaltsjahr braucht, ist das größtmögliche Defizit, das den Ausländern keine Angst macht - sagen wir 5 Milliarden", verkündete Finanzminister Dillon gleich, denn man steckte schon wieder in einer Rezession, und es ist klar, wem die Milliarden zugute kamen. Auch propagierte er alsbald einen Steuerkredit, ebenfalls zugunsten der Geschäftswelt natürlich.
Und auch unter Verteidigungsminister Robert McNamara zeigte sich: "Die alten Methoden

genügen nicht mehr." So wurde die Strategie der "massiven Vergeltung" der Dulles- Ära abgelöst durch die 1957 von Kissinger konzipierte Strategie der "flexiblen Erwiderung" (Flexible Response), wobei als wirkungsvollere Reaktion, als weitaus effektivste Form der Kriegsführung, der begrenzte atomare Konflikt empfohlen wurde, die amerikanische "Vergeltungsfähigkeit", also die Erhaltung der nuklearen Superiorität, um "lokale Kämpfe zu unseren eigenen Bedingungen zu führen", das heißt, um Staaten gegebenenfalls atomar erpressen zu können.
Im Übrigen genügten die bisherigen Armeebestände und Vernichtungspotentiale längst nicht mehr. Die "verwendbare Macht" war McNamara viel zu klein, ja, es war überhaupt keine Möglichkeit gegeben, die Streitkräfte "zu vernünftigen Zwecken" einzusetzen. Also rüstete man atomar weiter und konventionell.
Das Raketen-, das Polaris-Unterseebootprogramm wurde beschleunigt und ausgeweitet, ebenso das Zivilverteidigungsprogramm, überhaupt die herkömmliche Heeresmacht modernisiert. Vor allem befahl Kennedy, als wichtigste Militärreform "unsere Lufttransportkapazitäten zu vergrößern". Dies sollte "die Fähigkeit unserer konventionellen Streitkräfte besser gewährleisten, schnell und den jeweiligen Umständen angemessen, zu jedem beliebigen Zeitpunkt auf jedes Problem, in jedem Gebiet der Erde zu reagieren".
In einer Sonderbotschaft an den Kongreß forderte der Präsident zusätzlich 650 Millionen Dollar für den Verteidigungshaushalt. Und nur wenige Monate später, um ja für jeden "Eventualfall" gewappnet zu sein, noch mal zusätzlich 3,5 Milliarden Dollar, die Hälfte der Summe für sofortige Beschaffung von Waffen und Ausrüstung, zur Fütterung der Rüstungsindustrie und Dämpfung der bösen Russen. Denn war die Zukunft nicht "voller Gefahren, aber auch voll strahlender Hoffnung"?
Die ersten hundert der tausend Tage Kennedys waren noch gar nicht ganz vergangen, da lieferte er ein glänzendes Beispiel für jene Bekämpfung des Krieges, der Tyrannei und der Armut, die er in seiner Antrittsrede am 20. Januar 1961 verkündet hatte. ...<<

15.11.1960

DDR: Die SED-Presse veröffentlicht am 15. November 1960 den Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches.

26.11.1960

Indien: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. November 1960 über Indien (x191/205): >>... Inder, die Mietshäuser bauen – so wurde uns berichtet – halten Mieten für normal, die in etwa 2 Jahren das investierte Kapital zurückbringen. Im Grunde liege es dem indischen Geschäftsmann wenig, Fabriken zu bauen, die erst über Jahrzehnte hin wirklich dauerhaften Ertrag versprechen.<<

06.12.1960

UdSSR: Die Prawda berichtet am 6. Dezember 1960 über die internationalen Ziele der Kommunistischen Partei (x299/166): >>... Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegungen der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern.
Die kommunistischen Parteien ... warten nicht passiv auf den Sieg des Sozialismus.<<

29.12.1960

DDR: Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR vereinbaren am 29. Dezember 1960 eine Verlängerung des Interzonenhandelsabkommens.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Interzonenverkehr" (x009/194): >>... Während der Jahre 1951 bis 1960 wurden weit über 352 Millionen Pakete und Päckchen aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) nach der SBZ und den Sowjetsektor von Berlin verschickt. Etwa die Hälfte davon waren Pakete.<<

1960

DDR: Im Jahre 1960 fliehen 199.188 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flüchtlinge und Ostvertriebenen" in der SBZ (x009/131): >>In der SBZ werden Vertriebene aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und aus den osteuropäischen Ländern als Umsiedler oder Neubürger bezeichnet. ...

Für die SBZ liegen trotz der in den Jahren 1950-1960 erfolgten Zugänge von über 100.000 Aussiedlern aus Polen und den übrigen osteuropäischen Gebieten keine neuen Angaben über den Anteil der Umsiedler an der Bevölkerung vor.

Dagegen stieg in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der Vertriebenen (ihr Anteil an den Antragstellern im Notaufnahmeverfahren schwankte während der Jahre 1952 bis 1960 zwischen 22,8 % und 24,4 %) bis zum 31.12.1960 auf 9,697 Millionen = 18,4 % der Bevölkerung.

Über die Verteilung der Vertriebenen auf die Bezirke sowie ihre berufliche Eingliederung existieren keinerlei amtliche Veröffentlichungen. ...

Den Vertriebenen ist jeder Zusammenschluß und jede Betätigung mit dem Ziel der Rückkehr in die Heimat verboten. Sie gehören im allgemeinen zu den schärfsten Gegnern des SED-Regimes.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Wohnungsbau" im Jahre 1960 in den SBZ (x009/494-495): >>Der Wohnungsbau ist in der SBZ seit Kriegsende zugunsten der Errichtung von Industrie-, Verwaltungs- und militärischen Bauten vernachlässigt worden, obwohl erhebliche Schäden an Wohnungen entstanden waren. ...

Zwischen Kriegsende und 1960 wurden in der SBZ durch Instandsetzung teilzerstörter Wohngebäude etwa 300.000 Wohnungen wieder wohnbar gemacht, höchstens 70.000 Wohnungen sind neu gebaut worden.

In diesem Zeitraum hatte die Bundesrepublik einen Reinzugang von rund 3,5 Millionen Wohnungen, d.h., auf die unterschiedliche Bevölkerungszahl umgerechnet eine fast 4fach größere Wohnungsbautätigkeit als die SBZ.

Erst ab 1957 stieg die Wohnungsbautätigkeit in der SBZ etwas stärker an, erreichte jedoch niemals den vergleichsweisen Stand in der Bundesrepublik.

Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß die Wohnfläche je neu erstellter Wohneinheit in der Bundesrepublik in allen Jahren größer war als in der SBZ, z.B. 1960 BRD = 70 qm, SBZ 56 qm. Auch hinsichtlich der Qualität, des Komforts usw. befindet sich der Wohnungsbau in der SBZ im Rückstand.

Das SED-Regime verkündet neuerdings, es wolle sich nunmehr intensiv dem Wohnungsbau zuwenden, obwohl die unverminderte Mangelsituation bei Baustoffen, Baumaschinen und Baufacharbeitern allgemein bekannt ist.

Nach den vorliegenden Planzahlen des Siebenjahresplanes wird jedoch der Anteil des Wohnungsbaues an der gesamten Bauproduktion bis 1965 nur rund 20 % betragen, also noch weniger als in den vergangenen Jahren. Selbst wenn die Planziele erreicht werden, würde damit der vorhandene Wohnungsbedarf nach den Berechnungen westlicher Experten nur etwa zur Hälfte abgedeckt. ...<<

BRD: Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den Wertewandel seit 1960 (x306/10-11): >>... Der Zufall wollte, daß der Verfasser den Paradigmenwechsel der Jahre von 1958 bis zum Bau der Berliner Mauer, als dieser Kulturwandel sozialverbindlich zu werden begann, intensiv erleben konnte. Zwischen 1957 und 1961 hatte er drei Winter in Indien zugebracht. Im Sommer hatte ihn das Schreiben eines Buches über die neuere indische Geschichte seit der Gründung des indischen National-

kongresses beschäftigt. In deutsche Zeitungen hatte er kaum geblickt.
Als er nach Erscheinen des Indien-Buches 1962 den Duisburger Historikertag besuchte, bemerkte er völlig überrascht, daß an die Stelle der Bonner Bundesrepublik, die er 1957 verlassen hatte, eine - nicht im Detail, aber in der Tendenz - neue Republik, die Frankfurter (aber auch Hamburger) Meinungs- und Medienrepublik, getreten war.
Die Einzelheiten können in dem von Clemens Albrecht u.a. herausgegebenen Sammelband "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule" nachgelesen werden.
Der Paradigmenwechsel des Jahres 1960 griff als fortschreitender Wertewandel um sich. In den verschiedensten Lebensbereichen setzte sich die Auffassung fest, daß "nicht Konflikt und Wandel, sondern Stabilität und Ordnung der pathologische Sonderfall des sozialen Lebens" (Helmut Schelsky) sei. Einsprüche wurden auf einen latenten deutschen Kulturpessimismus zurückgeführt, der einem angelsächsischen Optimismus gegenüberzustellen und "als politische Gefahr" (Fritz Stern) auszubuhen sei.
Paradigmawechsel und Wertewandel kamen unvorhergesehen und überraschend. Sie hatten jedoch ihre Vorgeschichte, zu der die amerikanische Besatzung zählt. Daß just dieser Zeitabschnitt (1945-1955) aus der Betrachtung ausgespart werden sollte, war merkwürdig und weckte die Neugier. ...<<
USA: Die "Antibabypille" wird im Jahre 1960 in den USA zugelassen (Deutschland: 1962) und revolutioniert schon bald das Sexualverhalten der Menschen.
Mittel- und Südamerika: Im Jahre 1960 unterzeichnen sechs südamerikanische Staaten und Mexiko ein Abkommen über die Schaffung einer Lateinamerikanischen Freihandelszone.
Kuba: Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro enteignet und verstaatlicht im Jahre 1960 den nordamerikanischen Besitz und kündigt den US-Beistandspakt von 1952.
China: Infolge der maoistischen Kollektivierungspolitik entwickelt sich in den Jahren 1960-62 (sogenannte "drei bittere Jahre) eine katastrophale Hungersnot, die Millionen von Menschenleben fordert.
Marokko: Ein Erdbeben in Agadir fordert im Jahre 1960 etwa 12.000 Todesopfer (x175/60).

1961

> Kommunismus: Ausbeutung der Starken durch die Schwachen.
> *Pierre Proudhon (1809-1865, französischer Philosoph)*

01.01.1961
DDR: Von den 1.482 mitteldeutschen Apotheken befinden sich Anfang 1961 nur noch 113 in Privatbesitz.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Apotheken in der SBZ (x009/24): >>... Verpachtete "Staatliche Apotheken" gehen mit dem Abgang des Besitzers automatisch in die Führung des Kreises über; dieser kann Einrichtung und Vorräte gegen Entschädigung übernehmen, muß es aber nicht.
Die Enteignungsmaßnahmen haben zur Abwanderung zahlreicher Apotheker und damit zu bedrohlichem Personalmangel geführt. Der Versuch, diesem durch Kurzausbildung von Apothekenassistenten zu begegnen, ist mißlungen. ...
Die Führung der "Staatlichen Apotheken" und die Aufsicht über die übrigen Apotheken liegt bei der Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen des Rates jedes Kreises in der Hand des Kreisapothekers. Das Rechnungswesen ist unter großem Verwaltungsaufwand zentralisiert.<<
03.01.1961
USA: US-Präsident Eisenhower bricht am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

15.01.1961

BRD: Der Sudetendeutsche Rat beschließt am 15. Januar 1961 zwanzig Punkte zur Sudetenfrage (x155/82-84): >>... 1. Die Sudetenfrage - und damit auch die "Sudetenkrise" im Herbst 1938 kann nur auf dem Hintergrund der Entstehung der Tschechoslowakei im Jahre 1918/19 richtig verstanden werden.

2. Seit mehr als 700 Jahren siedelten Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien. Diese Länder gehörten bis 1806 zum Römisch-Deutschen Reich, bis 1866 zum Deutschen Bund und bis 1918 zu Österreich-Ungarn.

3. Unter Berufung auf das von dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker haben die Gründer der Tschechoslowakei bei den Friedensverhandlungen 1918/19 durchgesetzt, daß Böhmen, Mähren und Österreich-Schlesien von Österreich, die Slowakei und die Karpaten-Ukraine von Österreich-Ungarn abgetrennt wurden.

Unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes haben die Gründer der Tschechoslowakei durchgesetzt, daß 3,5 Millionen Sudetendeutsche und 1,3 Millionen Magyaren, Ukrainer und Polen gegen ihren erklärten Willen in einen Vielvölkerstaat kamen, der aber als "tschechoslowakischer" Nationalstaat konstruiert worden ist. ...

4. Nach der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 umfaßten die geschlossenen sudetendeutschen Gebiete 50 politische Bezirke (Landkreise) oder 120 Gerichtsbezirke oder 3.338 Gemeinden mit einer deutschen Bevölkerungsmehrheit von durchschnittlich mehr als 80 %. Die Größe des Territoriums beträgt 25.775 qkm.

Außerdem gab es noch 59 sudetendeutsche Sprachinselgemeinden. Ferner lebten 313.666 Sudetendeutsche als örtliche Minderheiten im tschechischen Sprachgebiet.

5. Die Sudetendeutschen haben vergeblich versucht, auf dem Boden der ihnen oktroyierten (aufgezwungenen) Verfassung die Sicherung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Existenz, die Autonomie ihres kulturellen Lebens und eine proportionale Beteiligung an staatlichen Mitteln, Einrichtungen und Beamtenstellen zu erreichen. Von 1926 bis 1938 haben sich deutsche Parteien an der Regierung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt; sie repräsentierten bis 1935 75 % der sudetendeutschen Wähler.

Erst das Mißlingen dieser Bemühungen, der zur Dauererscheinung gewordene soziale Notstand und die Ablehnung der autonomistischen Lösungsvorschläge der Sudetendeutschen Partei haben die Mehrheit der Sudetendeutschen unter dem Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im benachbarten Deutschen Reich in zunehmendem Maße veranlaßt, eine andere Lösung anzustreben.

6. Die Sudetendeutschen waren im Jahre 1938 ebenso nur Objekt der Politik der Großmächte wie am Ende des Ersten Weltkrieges. Hitler hat mit dem Schicksal der Sudetendeutschen ein gewissenloses Spiel getrieben und die Entwicklung zum Münchener Abkommen erzwungen. ...

8. Der expansive tschechische Nationalismus benützte 1945 im Bunde mit dem sowjetischen Imperialismus den Zusammenbruch des Deutschen Reiches, um die Sudetendeutschen aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet zu vertreiben und sie ihres Volksvermögens zu berauben. Dieser Vorgang ist - ganz abgesehen von den dabei vorgekommenen Grausamkeiten und Morden - eine millionenfache Verletzung der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte.

9. Heute leben über 2 Millionen Sudetendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland, davon eine Million in Bayern. Etwa 800.000 Sudetendeutsche leben in der Sowjetzone Deutschlands, 140.000 in Österreich, 24.000 in anderen europäischen und überseeischen Ländern und rund 200.000 in der Tschechoslowakei. Rund 240.000 Sudetendeutsche kamen bei der Vertreibung ums Leben. ...

11. Nicht nur die Sudetendeutschen, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit werden

sich niemals mit der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat abfinden. ...
12. ... Wir kennen keine Kollektivschuld des tschechischen Volkes an unserer Vertreibung und beurteilen alle Personen danach, wie sie heute über die Vertreibung denken und wofür sie sich heute aufrichtig einsetzen. Den Vorwurf des "Revanchismus" können wir daher guten Gewissens zurückweisen.
Auf Wiederherstellung des durch die Vertreibung verletzten Rechtes und die Wiedergutmachung der erlittenen Schäden werden wir hingegen nicht verzichten.
13. Von der Bundesregierung erwarten wir, daß sie niemals die Vertreibung und Enteignung von mehr als 3 Millionen deutschen Staatsbürgern in Böhmen, Mähren und Schlesien hinnimmt, sondern daß sie deren Rechte in jeder Beziehung wirksam vertritt. ...<<

17.01.1961

USA: US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärt am 17. Januar 1961 während seiner Abschiedsrede an die Nation (x068/307-308): >>Bis zum Zweiten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten keine Rüstungsindustrie. Amerikanische Pflugfabriken konnten ... (eventuell) auch Schwerter schmieden. ... Wir sind gezwungen gewesen, eine umfangreiche und bleibende Rüstungsindustrie aufzubauen. ...
Wir sind uns der unbedingten Erforderlichkeit einer solchen Entwicklung bewußt. Aber wir dürfen nicht die schweren Implikationen vergessen, die diese Entwicklung mit sich bringt. ... Wir müssen uns hüten ... vor dem military-industrial complex ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die politische, militärische und industrielle Zusammenarbeit in den Vereinigten Staaten von Amerika (x068/308-311): >>... Die Symbiose der militärischen, industriellen und finanziellen Macht der USA ist umfassend und beherrscht so gut wie alles, vom FBI und CIA bis zu den Medien, Hochschulen und Kirchen. Eng verfilzt verfügt die Führung dieses Komplexes fast allein über den Staat, über ein so ungeheures Potential wie kein anderes Land der Welt.
Das US-Verteidigungsministerium beschäftigte bereits in den fünfziger Jahren einige fünf Millionen Menschen und besaß ein geschätztes Eigentum von 160 Milliarden Dollar (damals 640 Milliarden DM). Der Kommissionsvorsitzende des Berichts über diese und weitere Angaben nannte seinerzeit das US-Verteidigungsministerium "unter allen Aspekten bei weitem die größte Organisation der Welt", sehr viel größer als selbst die katholische Kirche. ...
Zwei Drittel des Verteidigungshaushaltes fließen in die private Industrie. Dabei werden Jahr für Jahr auch noch Rüstungsprodukte ans Ausland geliefert, für tausende Millionen Dollar. Kriegsmaschinerie und Industrie sind untrennbar verflochten. Hunderte von Kongreßabgeordneten dienen auch der Industrie, viele auch der Rüstungsindustrie, ja, sie sind deren Interessenvertreter oft mehr als die des Staates.
Viele Senatoren, viele Generäle, Admiräle scheinen überhaupt Politik und Militär bloß als Sprungbrett in die Industrie zu benutzen, ins eigentliche Leben, dorthin, wo der Dollar rollt und wo sie durch entsprechende Aufträge sich vorher schon eingeführt, sozusagen eingekauft haben. Unter Reagan sollen höhere Regierungsmitarbeiter durchschnittlich nur zwei Jahre tätig gewesen sein, bevor sie ins Geschäft überwechselten, das im Grunde schon die Politik für sie war.
Doch ist der Wechsel von der Politik in die Wirtschaft oder umgekehrt in den USA seit langem selbstverständlich. So wurde der Hohe Kommissar in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, John McCloy, Präsident der Ford-Stiftung, wurde der Präsident der Rockefeller-Stiftung, John Foster-Dulles, Außenminister ...
Besonders das Verteidigungsministerium wird wegen der riesigen Aufträge, die es vergibt, gern mit Industriekapitänen besetzt, einschließlich seiner Spitze. So war Trumans Verteidigungsminister James V. Forestal Präsident der Bank Dillon, Read & Co. gewesen. Und Eisen-

howers Verteidigungsminister Charles E. Wilson war der einstige Präsident von General Motors. Derart saßen in den US-Ministerien der fünfziger Jahre eine Fülle früherer Industriemanager, darunter nicht weniger als 18 vielfache Dollarmillionäre.
Noch häufiger als der Wechsel von der Politik ist wohl der von Militär zur Wirtschaft. Denn die großen Firmen bekommen vor allem dadurch Aufträge vom Pentagon, daß sie ehemalige hohe Offiziere in ihre Chefetagen setzen.
So wurde General Doolittle, vor der japanischen Kapitulation Kommandeur der 8. Air Force, Vizepräsident der Shell Oil. ... General Ridgway wurde nach dem Koreakrieg Präsident des Mellon Institute of Industrial Research, ... General Quesada Vizepräsident bei Lockheed usw. Allein diese Luftfahrtfirma hatte bereits in den sechziger Jahren 21 einstige Admiräle und einen Brigadegeneral als Mitarbeiter, die General Dynamics schon Ende der fünfziger Jahre 187 ehemalige Militärs in ihrem Personal, darunter 27 Generäle und Admiräle, die auch noch ein ehemaliger Armeeminister dirigierte. ...
"Das Losungswort in der Geschäftswelt heißt", schrieb die Zeitschrift 'Business Week', "sehen Sie zu, wie sie zu einem General kommen". ...
Doch wie die Industrie dem Militär dient, so das Militär wieder der Industrie. Es propagiert ganz offenkundig die heimischen Rüstungsfirmen, es fördert US-Waffenverkäufe ins Ausland. Vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses bekannte General Robert Wood 1964: "Wir laden Offiziere anderer Länder ein, um ihnen das militärische Gerät vorzuführen, das sie kaufen könnten. Dann haben wir ein Programm, um sie im Gebrauch gewisser Waffen und Ausrüstungen zu schulen, in der Hoffnung, daß sie dies kaufen werden. Es handelt sich in der Tat um eine Absatzförderung". ...
Anrüchig ist im Bereich dieses Komplexes im Grunde nur eins: der Pazifismus. Er ist der eigentliche Feind, Feind Nummer Eins.
Der auswärtige Feind, auch und gerade der schlimmste, ist im Grunde ein Freund, ein Bundesgenosse gewissermaßen, zumindest einer, von dem man lebt, ohne den man kaum leben, kaum größer, noch reicher werden kann, einer, dessen Aufrüstung und Macht man zur Rechtfertigung eigener Aufrüstung und Macht geradezu braucht, auch zur Forderung nach Gehorsam, nach Anpassung, Unterordnung, nach "Verantwortung", obwohl und gerade weil man nirgends verantwortungsloser gegenüber dem Ganzen, der eigenen Volksgemeinschaft wie der Völkergemeinschaft, denkt und handelt als innerhalb dieses militärisch-industriellen Komplexes. Wer seine Kreise stört, wer seine Kreise, denn mehr scheint kaum noch möglich, zu stören sucht, wird vernichtet.
Unternahm Kennedy, der dem warnenden Vorgänger folgte, einen solchen Versuch? ...<<

19.01.1961

DDR: Das Oberste Gericht der DDR entscheidet in einem Urteil vom 19. Januar 1961, daß eine Ehefrau in der sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich keinen Unterhaltsanspruch gegen den Mann hat.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Unterhaltspflicht" in der SBZ (x009/447): >>Die Ehefrau hat grundsätzlich keinen Anspruch gegen den Mann auf Unterhalt, da die Ehe in der sozialistischen Gesellschaft ihren früheren Charakter als "Versorgungsanstalt für die Frau" verloren hat.
Auch die Ehefrau und Mutter ist verpflichtet, "gesellschaftlich nützliche Arbeit" zu verrichten. Unter dem Vorwand, der Frau auf diese Weise zur Gleichberechtigung zu verhelfen, soll sie genötigt werden, neben ihrer Hausfrauenarbeit einen Beruf auszuüben. Durch die so zu erlangende wirtschaftliche Selbständigkeit könne sich die Frau in ihrer Persönlichkeit weit besser entfalten und entwickeln als in der Enge ihrer Häuslichkeit (Oberstes Gericht, Urteil vom 19.1.1961, Neue Justiz 1961, S. 213).
Das gilt um so mehr für die geschiedene Frau. Sie ist, selbst wenn sie die Kinder zu versorgen

hat, grundsätzlich verpflichtet, ihren Unterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen und dadurch "ihrer politisch-moralischen Pflicht beim Aufbau des Sozialismus" durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft nachzukommen. Nur in Ausnahmefällen, in denen die geschiedene Frau arbeitsunfähig und deshalb außerstande ist, ihren Unterhalt selbst zu bestreiten, kann ihr für die Übergangszeit ein Unterhalt zugebilligt werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gleichberechtigung der Frau" in der SBZ (x009/160): >>Art. 7 der Verfassung der DDR bestimmt: "Mann und Frau sind gleichberechtigt ..."

In der Auslegung dieses Artikels weist die SED-Propaganda darauf hin, daß wirkliche Gleichberechtigung der Frau nur dadurch möglich wird, daß auch die Frau neben dem Mann einer geregelten Berufstätigkeit nachgeht. Der Unterhaltsanspruch von Ehefrauen, insbesondere nach Ehescheidungen, wird unter Hinweis auf die Gleichberechtigung der Frau in der SBZ nicht anerkannt.

Mit der Parole "Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozeß" versucht die SED, den akuten Arbeitskräftemangel zu verringern, und hofft, die Frauen an ihrem Arbeitsplatz besser politisch beeinflussen zu können. Bisher gelang es, 50-60 % der 6 Millionen Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in die Produktion einzuspannen. ... 93 % aller berufstätigen Frauen arbeiten in den untersten Lohngruppen, gehören also zu den schlechtest bezahlten Arbeitskräften in der SBZ.

Die nichtberufstätigen Frauen werden aufgefordert, in Hausfrauenbrigaden einzutreten und sich an "freiwilligen", unbezahlten Sondereinsätzen, hauptsächlich im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes zu beteiligen. Allein bei einem kurzfristigen Fraueneinsatz 1959 sollen angeblich 1,8 Millionen fälliger Lohngelder eingespart worden sein. Als Gegenleistung wird den Frauen versprochen, sie könnten gleichberechtigt jede Position erreichen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Frauenarbeit" in der SBZ (x009/139): >>Alle gesetzlichen Bestimmungen über Frauenarbeit gehen zurück auf Artikel 7 der Verfassung der DDR: "Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung entgegenstehen, sind aufgehoben." ...

Die verstärkte Frauenarbeit erwies sich vor allem zur Durchführung des Fünfjahresplanes (von 1951 bis 1955) als notwendig. Wegen des großen Arbeitskräfteproblems wird die Halbtagsarbeit für Frauen mit Familie in zunehmendem Maße propagiert (Hausfrauenbrigaden). Nachtarbeit ist zulässig. Der besondere Arbeitsschutz für Frauen ist stark eingeschränkt. Zwar ist die Frauenarbeit für eine ganze Reihe von Tätigkeiten verboten, doch gilt das Verbot nicht, wenn die Produktionstechnik die Frauen angeblich nicht gefährdet.

Der Schutz für Schwangere beschränkt sich auf das Verbot von Arbeiten, "die nach Urteil des Betriebs- oder Beratungsarztes der Sozialversicherung Leben und Gesundheit des zu erwartenden Kindes gefährdet" (§ 21 der Verordnung zum Schutz der Arbeitskraft vom 25.10.1951) ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hausfrauenbrigaden" in der SBZ (x009/176): >>Wegen des großen Arbeitskräftemangels sollen in verstärktem Umfange Hausfrauen stundenweise, halbtags oder einige Tage in der Woche in Produktionsbetrieben arbeiten. Sie werden zu Hausfrauenbrigaden zusammengefaßt.

Ende 1960 arbeiteten rund 4.000 Brigaden mit etwa 30.000 Mitgliedern. Dazu kamen 1961 etwa 2.500 neue Brigaden. Die Hausfrauen mußten stellenweise unentgeltlich arbeiten oder wurden nur nach den niedrigsten Lohnsätzen bezahlt und genossen keinen ausreichenden Versicherungsschutz (Sozialversicherungs- und Versorgungswesen). Auch wurden sie in einigen Betrieben eingesetzt, um ohne große Kosten Planrückstände aufzuholen.

Erst durch eine Verfügung der Staatlichen Plankommission und des Komitees für Arbeit und Löhne vom 12.5.1960 wurden die tarifliche Bezahlung und ein gewisser Versicherungsschutz

angeordnet.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gemeinschaftsküchen" in der SBZ (x009/148): >>Einrichtungen zur Bereitung der Mahlzeiten in Kollektivbetrieben.
Gemeinschaftsküchen sollen wie Gemeinschaftskindergärten u.ä. Einrichtungen die Arbeitskraft der Ehefrauen und Mütter für das Kollektiv freisetzen. In der SBZ dienen die Gemeinschaftsküchen in den LPG vor allem dazu, den Genossen und Erntehelfern ohne größeren Zeitverlust eine warme Mahlzeit am Tage zu bieten. Sie entsprechen als "gesellschaftliche Speisung" den Kantinen in den Lohnarbeiterbetrieben.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitskräfte" in der SBZ (x009/31): >>Die Arbeitskräfte-Reserven sind in der SBZ nahezu ausgeschöpft.
Praktisch stehen alle arbeitsfähigen Personen im Arbeitsprozeß; von den weiblichen arbeitsfähigen Personen sind etwa 70 % berufstätig. Unter den 8 Millionen Beschäftigten sind mindestens 600.000 Empfänger von Altersrenten, die für die Fortsetzung oder Wiederaufnahme eines Arbeitsverhältnisses gewonnen wurden.
Der Anteil, der Frauen an den Berufstätigen liegt mit 45 % weit über dem entsprechenden Frauenanteil in der Bundesrepublik (BRD 1959: 37 %).<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Oma-Bewegung" in der SBZ (x009/316): >>Ein von den Ortsausschüssen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) organisierter "freiwilliger Arbeitseinsatz" der über 65 Jahre alten Frauen und Rentnerinnen.
Sie sollen Haushalts- und Kinderbetreuung in fremden Familien sowie Ausbesserungs- und ähnliche Arbeiten übernehmen und auf diese Weise die Kampagne der SED gegen das "Nur-Hausfrauentum" unterstützen. Die von der Oma-Bewegung entlasteten Frauen und Mütter sollen im Produktionsprozeß tätig werden. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Veteranenklubs" in der SBZ (x009/462): >>Einrichtung zur politischen Erfassung und Beeinflussung der wegen ihres hohen Alters nicht mehr Berufstätigen. Über die Veteranenklubs werden die Veteranen auch als Arbeitskräftereserven zu Dienstleistungen, Postzustelldienst und andere Aushilfsarbeiten herangezogen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Familienpolitik" in der SBZ (x009/121): >>Die Familienpolitik in der SBZ orientiert sich seit 1949/50 ganz am sowjetischen Modell.
Der Wert der Familie soll durch ihren Wert für die Arbeiter- und Bauern-Macht bestimmt werden. Die Familie hat demnach eine 3fache Funktion:
1. Sie hat Sorge zu tragen für die Sicherung eines ausreichenden Kadernachwuchses für alle Gebiete des staatlichen Lebens. Kinderreiche erhalten finanzielle Zuwendungen durch den Staat. Schwangerschaftsunterbrechungen sind nur aus gesundheitlichen Gründen statthaft. -
2. Die Familie soll ihre Interessen mit den Interessen der staatlichen Planwirtschaft identifizieren. Die Familienpolitik erstrebt vor allem die Einbeziehung der Ehefrau und Mutter in den Produktionsprozeß. Der Bau von Heimen und Horten für Kinder berufstätiger Mütter wird forciert. Eine berufliche und politische Tätigkeit kann die Ehefrau auch ohne das Einverständnis des Mannes ausüben. Längere Abwesenheit vom gemeinsamen Wohnsitz ist kein Scheidungsgrund. Grundsätzlich soll alle Arbeit zur Erfüllung der Wirtschaftspläne als Arbeit für das Wohlergehen der Familie verstanden werden. –
3. Die Familie soll in engster Zusammenarbeit mit der Schule und FDJ Erziehungsstätte des "sozialistischen Menschen" sein. Der 1954 veröffentlichte Entwurf eines Familiengesetzbuches betont den Anspruch des Staates auf maßgeblichen Einfluß in der Kindererziehung und macht den Eltern u.a. zur Pflicht, ihre Kinder im Sinne der "Arbeiter- und Bauern-Macht" zu

erziehen. Andernfalls ist die zuständige staatliche Dienststelle berechtigt, "die erforderlichen Anordnungen zu treffen", d.h. die Kindererziehung völlig in staatliche Regie zu nehmen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Mutterschutz" in der SBZ (x009/300): >>Das Arbeitsgesetzbuch enthält gewisse Schutzbestimmungen für Mütter.
So dürfen schwangere Frauen und stillende Mütter nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die nach dem Gutachten des Betriebsarztes oder des Arztes der Schwangerenberatungsstelle das Leben oder die Gesundheit der Frau oder des Kindes gefährden könnten. Eine schwangere oder stillende Frau darf aber eine leichtere oder geeignetere Arbeit nicht verweigern.
Zu Überstunden oder Nachtarbeit dürfen schwangere Frauen oder stillende Mütter nicht herangezogen werden. Im übrigen dürfen Frauen, die in ihrem Haushalt Kinder im Alter bis zu 6 Jahren oder andere pflegebedürftige Haushaltsangehörige ohne ausreichende Hilfe zu betreuen haben, Überstunden und Nachtarbeit ablehnen.
Schwangere erhalten vor der Niederkunft nur 5 Wochen Urlaub (in der Bundesrepublik dürfen Schwangere in den letzten 6 Wochen vor der Geburt nicht beschäftigt werden). Nach der Niederkunft besteht Anspruch auf 6 Wochen Urlaub. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Gesundheitsschutz für "Mutter und Kind" in der SBZ (x009/300): >>Hinter der Bezeichnung des "Gesundheitsschutzes für Mutter und Kind" verbirgt sich ein System von Maßnahmen zur Nutzung jeder erreichbaren Arbeitskraft auch von Frauen, bei gleichzeitiger Förderung der Geburtenhäufigkeit, außerdem aber zur frühzeitigen Einspannung der Jugendlichen in den Produktionsprozeß.
Zu nennen sind insbesondere Schwangerenberatung, Dispensaire für Mutter und Kind, einmalige Beihilfen für "kinderreiche Mütter" (von der Geburt des 3. Kindes an) neben staatlichem Kindergeld, Einrichtung sehr vieler Kinderkrippen und Kindergärten im Bereich von Großbetrieben, zahlreiche Bestimmungen des Arbeitsschutzes, die tatsächlich vor allem die industrielle Arbeit der Mütter auch von Kleinstkindern ermöglichen sollen, dabei besonders die von "alleinstehenden" Müttern. Aber auch der umfassend angelegte Jugendgesundheitsdienst ist aus diesem Zweck zu verstehen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Familienrecht" in der SBZ (x009/122): >>... Nach dem Entwurf (des neuen Familiengesetzbuches) können die Ehegatten entweder einen gemeinsamen Familiennamen führen oder ihren bisherigen Namen beibehalten.
Als gemeinsamer Familienname kann der Name des Mannes oder der Frau gewählt werden. Wollen die Eheleute ihren bisherigen Namen behalten, so müssen sie bei der Eheschließung in das Familienbuch eintragen lassen, ob die Kinder den Namen des Mannes oder den der Frau tragen sollen.
Beiden Elternteilen steht im gleichen Maße das Sorgerecht zu. Nichteheliche Kinder haben im Verhältnis zu ihren Eltern und deren Verwandten grundsätzlich die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes. Sie beerben jedoch nicht die Verwandten des Vaters. Das elterliche Sorgerecht besitzt nur die Mutter. ...
... Bei der Ehescheidung ist das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt worden.
Danach ist die Ehe zu scheiden, wenn sie objektiv zerrüttet ist und deshalb ihren Sinn für die Gesellschaft und damit auch für die Eheleute verloren hat. ...
Da in der sozialistischen Gesellschaft jeder arbeitsfähige Mensch seinen Unterhalt durch eigene Arbeit verdienen muß, hat die Ehefrau grundsätzlich keinen Anspruch auf Unterhalt. ... Sämtliche Eheleute leben in Gütertrennung. ...<<

30.01.1961

DDR: Der Staatsrat beschließt am 30. Januar 1961, die Strafen gegenüber "Feinden der Arbei-

ter- und Bauernmacht" zu verschärfen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428): >>Eine richtige Strafpolitik soll gewährleisten, daß die noch vorhandene Kriminalität mehr und mehr verschwindet, und daß sich das sozialistische Bewußtsein in vollem Umfange entfaltet.
Um in der richtigen Weise mit strafrechtlichen Mitteln auf bestimmte Handlungen oder Unterlassungen reagieren zu können - um also eine richtige Strafpolitik zu treiben -, bedarf es einer ständigen Analyse der jeweiligen Situation im Klassenkampf. Anleitungen an die Richter für eine im Sinne der SED liegende Strafpolitik hat es wiederholt gegeben.
Von besonderer Bedeutung ist der Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961. Dieser ordnet an, daß "gegenüber Feinden der Arbeiter- und Bauernmacht und solchen Personen, die schwere Verbrechen im Auftrage oder unter Einfluß imperialistischer Agenturen begehen, die Gesetze mit aller Härte" anzuwenden sind, während bei den anderen straffällig gewordenen Personen, deren Straftat zu ihrem sonstigen - politisch-sozialistischen - Verhalten in Widerspruch steht, "in der richtigen Weise zu differenzieren" ist.
Damit ist also das entscheidende Kriterium für eine strafrechtliche Sanktion und für die einer Straftat innewohnende Gesellschaftsgefährlichkeit darin zu sehen, ob der Täter als "Feind der Arbeiter und Bauernmacht" zu bezeichnen ist oder nicht. ...<<

31.01.1961

Berlin: Die SED-Regierung verbietet am 31. Januar 1961 eine Tagung der gesamtdeutschen Evangelischen Synode in Ost-Berlin.

03.02.1961

Polen: Das polnische Blatt "Tygodnik Powszechny" kritisiert am 3. Februar 1961 Kardinal Döpfner wegen angeblicher Gleichstellung der deutschen und polnischen Schuld (x125/121-122): >>... Die polnische Nation nimmt keine nationalistische Haltung gegenüber den Deutschen ein; sie ist bereit, sich mit ihnen unter den von Kardinal Döpfner formulierten Bedingungen zu versöhnen.
Wenn die Polen das Übel, das sie erlitten haben, nicht vergessen, so vor allem deshalb, weil diese Übel von jenen vergessen wurden, die sie begingen.<<

11.04.1961

Israel: In Jerusalem beginnt am 11. April 1961 der sog. "Eichmann-Prozeß".
SS-Obersturmbannführer Eichmann leitete seit 1938 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und organisierte ab 1941 die Massentransporte in die NS-Vernichtungslager.
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Eichmann-Prozeß" (x169/11-13): >>... Mein ursprüngliches Interesse an dem Thema der Vernichtung der Juden durch die Nazis war persönlich motiviert. Mein Vater wie meine Mutter waren Überlebende des Warschauer Ghettos und der Konzentrationslager der Nazis. Abgesehen von ihnen selbst sind alle Familienmitglieder meiner beiden Eltern von den Nazis ausgelöscht worden.
Meine erste Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist, ... der Anblick meiner Mutter, die den Eichmann-Prozeß (1961) wie gebannt im Fernsehen verfolgte, als ich von der Schule nach Hause kam. Obwohl sie erst sechzehn Jahre vor dem Prozeß aus dem Konzentrationslager befreit worden waren, waren die Eltern, die ich kannte, in meinen Augen immer durch einen unüberbrückbaren Abgrund davon getrennt.
An der Wand des Wohnzimmers hingen Fotografien der Familie meiner Mutter. (Photos der Familie meines Vaters gingen im Krieg verloren.) Was mich mit meinen Verwandten verband, konnte ich nie ganz begreifen, noch viel weniger konnte ich mir vorstellen, was mit ihnen geschehen war. Es waren die Schwestern, der Bruder und die Eltern meiner Mutter, nicht meine

Tanten, mein Onkel oder meine Großeltern.
Ich erinnere mich, als Kind John Herseys "The Wall" und Leon Uris' "Mila 18" *g*elesen zu haben, beides waren romanhafte Schilderungen des Warschauer Ghettos. (Ich weiß noch, wie meine Mutter eines Tages klagte, daß sie, versunken in die Lektüre von "The Wall", auf dem Weg zur Arbeit nicht an ihrer U-Bahnstation ausgestiegen war.)
So sehr ich es versuchte, es gelang mir auch nicht für einen Augenblick, in meiner Vorstellung den Sprung zu vollziehen, der meine Eltern in ihrer ganzen Alltäglichkeit mit dieser Vergangenheit in Verbindung gebracht hätte. Ehrlich gesagt, ich kann das noch immer nicht.
Doch es gibt einen wichtigeren Punkt: Abgesehen von dieser Präsenz von Phantomen kann ich mich nicht erinnern, daß die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis je in meine Kindheit eindrang. Das lag hauptsächlich daran, daß außerhalb meiner Familie sich niemand dafür zu interessieren schien, was geschehen war.
Der Freundeskreis meiner Kindheit las umfassend über die Tagesereignisse und diskutierte leidenschaftlich darüber. Doch ich kann mich ehrlich gesagt an keinen einzigen Freund (oder an Eltern eines Freundes) erinnern, der auch nur einmal gefragt hätte, was meine Mutter und mein Vater durchgemacht hatten. Das war kein respektvolles Schweigen. Es war nichts weiter als Gleichgültigkeit. In diesem Licht kann man die Ergüsse des Grauens in späteren Jahrzehnten, als die Holocaust-Industrie fest etabliert war, nur mit Skepsis betrachten.
Daß die amerikanischen Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis "entdeckt" haben, scheint mir manchmal schlimmer als die Tatsache, daß sie in Vergessenheit geraten war. Es ist wahr: Meine Eltern grübelten allein für sich über ihr Leid nach; was sie erlitten hatten, wurde nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die derzeitige dreiste Ausbeutung jüdischen Märtyrertums?
Ehe aus der Massenvernichtung der Juden DER HOLOCAUST wurde, waren zu dem Thema nur ein paar wissenschaftliche Untersuchungen - zum Beispiel Raul Hilbergs "Die Vernichtung der europäischen Juden" - und Memoiren wie Viktor Frankls "... trotzdem Ja zum Leben sagen" und Ella Lingens-Reiners "Prisoners of Fear" veröffentlicht worden. Doch diese kleine Sammlung von Edelsteinen ist besser als die Regale über Regale mit trivialer Literatur, die nun Bibliotheken und Buchläden füllen. ...<<

17.04.1961

Kuba: Vom US-Geheimdienst CIA ausgebildete Exilkubaner landen am 17. April 1961 in der Schweinebucht, um Kubas Regierung zu stürzen.
Die mangelhaft vorbereitete Invasion der Exilkubaner wird jedoch von den kubanischen Regierungstruppen innerhalb von 3 Tagen zerschlagen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Invasion in der Schweinbucht (x068/318-322): >>... Lateinamerika war nach 1945 für die USA ins Abseits, fast in Vergessenheit geraten, durch die Europa-Konjunktur und das Geschäft im Koreakrieg - selbst das kommunistische Jugoslawien hatte bis 1960 mehr Geld von den Vereinigten Staaten erhalten als ganz Lateinamerika zusammen.
Das war nicht immer so, wie wir wissen. Seit langem bildeten Mittel- und Südamerika das alleinige Jagdrevier der USA. Seit langem haben sie mittels der Monroe-Doktrin, des Roosevelt-Ergänzungsartikels, der Dollar-Diplomatie, der Politik des "big stick" und der "guten Nachbarschaft" in Lateinamerika investiert und es mit all ihren Investitionen, Krediten, ihrer Wirtschafts-, ihrer Entwicklungshilfe, jämmerlich geschröpft, seine Rohstoffe ausgebeutet, seine Menschen verelendet, so daß Lateinamerikaner Vizepräsident Nixon mit Steinen bewarfen, bespien.
Gibt man Kredite, so, als guter Samariter, mit der Auflage, vom größten Teil des Geldes amerikanische Waren zu kaufen, deren Preise man dann bald kräftig zu erhöhen pflegte. Beispielsweise brachten im Jahr 1960 für Lateinamerika 194 Millionen Dollar Staatskredite 641

Millionen Dollar private Gewinne ein; 1962 ebendort 587 Millionen Dollar Staatskredite, 761 Millionen Dollar private Gewinne, 1964 447 Millionen Dollar Staatskredite, 895 Millionen Dollar private Gewinne. Man sieht: sichtbarlich ruht Gottes Segen auf guten Taten.
Insgesamt holten die USA zwischen 1959 und 1965 aus Lateinamerika für 1.251 Millionen Dollar neuer Investitionen 5.297 Millionen Dollar Gewinne heraus. Und aus Asien im selben Zeitraum für 1.374 Millionen Dollar neuer Investitionen 6.528 Millionen Dollar Gewinne. Auch hier segnete Gott wieder deutlich den Samariterdienst. Insgesamt übersteigen in dieser Zeit in Lateinamerika und Asien die Gewinne die Investitionen um 9.200 Millionen Dollar. Die Vereinigten Staaten von Amerika bereichern also, indem sie angeblich den armen Völkern helfen, nur sich selbst und machen die Armen noch ärmer.
Natürlich schufen und schaffen die USA in all den von ihnen kontrollierten Ländern auch gewisse Verbesserungen. Doch was sie stets so lauthals, mit großen humanitären Gesten, Sendungsbewußtsein, mit Missionseifer im wörtlichen und noch weit mehr im säkularisierten Sinn verbrämten, kommt vor allem, wenn nicht oft ausschließlich, ihnen selbst zugute: Der Ausbau der Infrastruktur, die ihnen gemäße Formierung des Rechtslebens, der Politik, der Sicherheitskräfte, all das soll ihren Investitionen, Anlagen, ihren "Entwicklungskrediten" nur Stabilität garantieren, nur ihr Geld vermehren.
Die heimgesuchten Völker werden derart bloß ausgenommen. In aller Regel. Mit aller Routine. Und mit allen Phrasen. Denn ein gewisses Dekorum sucht man stets zu wahren. Doch hat "kein Amerikaner, der über Macht verfügt", wie Lateinamerika-Expertin Penny Leroux sagt, "je versucht herauszufinden, was die lateinamerikanischen Massen wünschen", und sie fügt hinzu, "und solange die großen Konzerne die Lateinamerika-Politik bestimmen, wird dies auch keiner tun."
Nun, Präsident Kennedy schaffte Abhilfe. Denn er wußte, nein, sprach es aus (was alle wissen): "Die Kluft zwischen Nordamerika und Lateinamerika wird hinsichtlich des Lebensstandards und des Reichtums hier und der Armut dort immer größer statt kleiner." Und gar kein Zweifel, an wem dies lag. So mußten die USA es sich auch "gefallen lassen", so Kennedy wieder selbst, "daß unsere früheren guten Nachbarn unseren Vizepräsidenten anspuckten".
Doch jetzt eben wollte er, John F. Kennedy, der Besieger Nixons, Signale setzen, ein gutes Beispiel geben, "ein Beispiel für die ganze Welt", wollte er den amerikanischen Kontinent "in einen Schmelztiegel revolutionärer Ideen und Taten verwandeln".
Unter Ausschluß selbstverständlich der übrigen Welt. "Laßt jede andere Macht wissen, daß die Hemisphäre beabsichtigt, Herr im eigenen Haus zu bleiben". Und schlug schon am 13. März allen lateinamerikanischen Staaten eine "Allianz für den Fortschritt" (Alliance for Progress) vor. Und schon am 17. April befiehlt er die Invasion in der Schweinebucht - schließlich hatte man "Herr im eigenen Haus zu bleiben ..."
Kuba, seit langem von ihm ausgepowert, war nach Abschaffung seiner Verfassung 1940 durch Fulgencio Batista y Zaldivar immer tiefer in Not geraten - in schöner Verbundenheit mit dem "großen Bruder" im Norden, der zumindest, doch keinesfalls nur, mit lateinamerikanischen Despoten besonders gern kollaborierte, wie diese mit ihm. Gleich und gleich gesellt sich gern.
Die Vereinigten Staaten waren die wirtschaftlichen Profiteure Kubas.
Sie kontrollierten 36 % seiner besten Ländereien, 37 % seiner Zuckerproduktion, 90 % der Bergbauindustrie, fast die ganze Energieversorgung, das Kommunikationssystem und den Tourismus. Die bestürzende Ungleichheit seiner Besitzverhältnisse trieb das Inselvolk einfach zur Revolution. Das haben Jean-Paul Sartre oder C. Wright Mills, die Kuba kurz danach besuchten, richtig gesehen.
Am 1. Januar 1959 floh Diktator Batista ins Exil, und am 13. Februar übernahm der einstige Rechtsanwalt Fidel Castro das Amt des Ministerpräsidenten und regiert noch heute, trotz mehrerer Mordanschläge, wofür Mafia-Boß Meyer-Lansky angeblich schon 1959 eine Million

Dollar reserviert haben soll. Castro verstaatlichte ausländische Firmen und sozialisierte alle größeren kubanischen, auch sämtliche Banken.
Er verbesserte, unterstützt durch seinen Mitkämpfer, den argentinischen Arzt Ernesto "Che" Guevara, in kürzester Zeit die sozialen Verhältnisse. Er beseitigte die Korruption, die Arbeitslosigkeit und weitgehend den Analphabetismus, was Kennedy gelegentlich bestaunen konnte. Dabei arbeitete Castro mit den Kommunisten zusammen, ohne der Kommunistischen Partei beizutreten. Und er schloß mit Rußland und China Wirtschaftsabkommen.
Nach US-Untersuchungsausschüssen hatte das Schweinebucht-Unternehmen Richard Nixon angeregt. Vorbereitet wurde es (nachdem Eisenhower im März 1960 die Ausbildung von Exilkubanern für den Guerillakampf gegen Castro befohlen) von CIA und Mafia, auch zum Teil von der Mafia bezahlt.
Die Konzeption änderte sich jedoch; statt Guerillaeinschleusung bevorzugte man allmählich eine amphibische Invasion, einen direkten Angriff durch Landung an der kubanischen Küste. Dafür bildete man in Guatemala etwa 1.500 Kubaner aus, denen die amerikanischen Offiziere aber erzählten, sie seien nur ein kleiner Teil, ein Zehntel der gegen Castro geführten Streitkraft. In Wirklichkeit waren die USA fest entschlossen, sich nicht offen zu beteiligen.
Die Regierung Eisenhower hatte für die "Eventualplanung" 13 Millionen Dollar abgezweigt, die Sperrung des noch offenen kubanischen Zuckerkontingents für 1960 verfügt und schließlich am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen. Über den geplanten Angriff wurde Kennedy erstmals im November 1960 durch CIA-Chef Allen Dulles unterrichtet. Eisenhower hatte empfohlen, die Anti-Castro-Guerillakräfte "bis zum Äußersten" zu unterstützen, die "Anstrengungen fortzusetzen und zu beschleunigen".
Und Kennedy ermunterte zum Weitermachen, forderte dann auch als amtierender Präsident dazu auf, erklärte aber, nachdem man jede Geheimhaltung aufgegeben, in einer Pressekonferenz: "Unter keinen Umständen wird eine Intervention von Streitkräften der Vereinigten Staaten in Kuba erfolgen."
Immerhin bombardierten vor der Invasion in der Schweinebucht (Bahia de Cochinos) im Morgengrauen des 17. April 1961 US-Flugzeuge des Typs B-26 wichtige kubanische Flugplätze. Und als das kubanische Volk nicht, wie erwartet, gegen Castro aufstand, wohl aber 20.000 Mann Regierungstruppen mit Panzern und Artillerieunterstützung zur Küste vorstießen und die Angreifer in die Zange nahmen, da ließ Kennedy noch von dem vor Kuba liegenden Flugzeugträger "Essex" Düsenjäger ohne Kennzeichen in das Schweinebuchtgebiet starten, um einen B-26-Angriff aus Nicaragua zu decken.
Die ganze Aktion, stümperhaft geplant und ausgeführt, von der CIA gegenüber der Regierung nicht offen dargelegt, wurde bekanntlich ein einziges Fiasko mit schwerem Schaden für das Ansehen der USA in der ganzen Welt. C. Wright Mills telegraphierte einer Fair-Play-for-Cuba-Versammlung in San Francisco: "Kennedy und Co. haben uns wieder der Barbarei überantwortet ..."
Die Beliebtheit des Präsidenten bei seinen Landsleuten nahm jedoch zu. 82 % standen jetzt nach einer Gallup-Umfrage hinter ihm. Es war einmalig. "Genau wie bei Eisenhower", kommentierte er selbst. "Je mehr Unsinn ich verzapfe, desto beliebter werde ich."
Nach Stimmen aus Kennedys nächster Umgebung wurde er vor allem durch den ihn weder vollständig noch korrekt unterrichtenden Allen Dulles eher widerstrebend in das Abenteuer gerissen. Weitere Landemanöver jedenfalls unterband der Präsident, der gegen eine Kollaboration seiner Geheimdienste mit der organisierten Kriminalität war und sich so tödlich mit dieser verfeindete. Als nach seiner Beseitigung sein Bruder Robert der Mafia den Kampf ansagte und gleichfalls ermordet wurde, begann man die Mafia in den USA wieder sehr zu schonen. Schließlich tätigt sie auch nur Geschäfte im Land des Geschäfts, noch längst nicht die größten (und vermutlich nicht einmal die schlimmsten, so schlimm sie sind).

Besser schnitt Präsident Kennedy bei der zweiten Kubakrise im nächsten Jahr ab.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>**Mister X packt aus**
_ *von Jürgen Elsässer*
Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.
John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Thinktank Council on Foreign Relations (CFR).
1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.
Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.
The Secret Team
Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.
In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.
Die Veränderung, die unter Dulles‘ Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.
Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pieke auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.
Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Ar-

mee-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

Blut an den Händen

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigtsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." …<<

22.04.1961

DDR: Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik begründet am 22. April 1961 härtere staatliche Zwangsmaßnahmen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428-429): >>... In seiner Richtlinie Nr. 12 vom 22. April 1961 ("Neue Justiz" 1961, S. 289) erklärt das Oberste Gericht die Freiheitsstrafe als härteste staatliche Zwangsmaßnahme (neben der Todesstrafe) für notwendig "bei Verbrechen gegen den Frieden und die Deutsche Demokratische Republik, bei anderen schweren Verbrechen, insbesondere gegen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung, und bei Verbrechen von Tätern, die aus bisherigen Bestrafungen keine Lehren gezogen haben oder sich hartnäckig einem geordneten Leben in der sozialistischen Gesellschaft entziehen".

Kurzfristige Freiheitsstrafen sollen in den Fällen verhängt werden, in denen der Charakter der Tat trotz des Fehlens schwerwiegender Folgen die sofortige kurzfristige Isolierung des Täters erfordert, um ihn der weiteren erzieherischen Entwicklung durch die Gesellschaft zugänglich zu machen.

Strafen ohne Freiheitsentzug erfordern eine "positive Grundeinstellung des Täters zur Gesellschaft, zum sozialistischen Staat". Sie sollen angewendet werden gegen Personen, die aus zeitweiliger Undiszipliniertheit oder Pflichtvergessenheit, aus ungefestigtem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, anderen rückständigen Auffassungen oder aus persönlichen Schwierigkeiten Straftaten begehen, ohne sich damit außerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu stellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Todesstrafe" in der SBZ (x009/442): >>Die Todesstrafe ist im Strafrecht der SBZ angedroht für das Verbrechen des Mordes und für schwere Fälle einiger Staatsverbrechen: des Staatsverrats, der Spionage, der Diversion und der Sabotage.

"Die Todesstrafe im Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) ist im Interesse der gesamten fried-

liebenden Menschheit in der augenblicklichen Entwicklungsphase nicht zu entbehren und beweist unsere Entschlossenheit, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln gegen die vorzugehen, die sich zu Handlangern der Unmenschlichkeit und der Kriegspolitik herabwürdigen".
Jedes Todesurteil muß nach Eintritt der Rechtskraft dem Vorsitzenden des Staatsrates zur Entschließung vorgelegt werden, ob er von seinem Gnadenrecht Gebrauch machen will. In diesen Fällen wird nach internen Weisungen immer eine Stellungnahme des Politbüros der SED herbeigeführt.
In der Mehrzahl der Fälle erfolgt keine Begnadigung: die Todesurteile werden durch Enthauptung vollzogen. Nach westlichen Beobachtungen, die nicht vollständig sein können, wurden von 1949 bis 1960 160 Todesurteile verhängt, davon 103 in politischen Strafverfahren.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsverrat" in der SBZ (x009/421): >>Schwerstes Staatsverbrechen strafbar nach § 13 StEG.
Mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren und Vermögenseinziehung, in schweren Fällen mit Todesstrafe oder lebenslänglichem Zuchthaus wird bestraft, wer es unternimmt,
1. die verfassungsmäßige Staats- oder Gesellschaftsordnung der DDR durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen.
2. mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsrates der Republik, seines Vorsitzenden oder seiner Stellvertreter, seiner Mitglieder oder seines Sekretärs, der Volkskammer oder der Länderkammer oder des Ministerrates oder ihrer Präsidien oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern,
3. das Gebiet der DDR einem anderen Staat einzuverleiben oder einen Teil desselben von ihr loszulösen".
Nach dieser Strafbestimmung wurden z.B. Ende 1958 24 Studenten der Universität zu insgesamt 110 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie in kleinen Gruppen Pläne zu einer politischen Neuordnung der SBZ diskutierten, ohne dabei die verfassungsmäßige Staatsordnung beseitigen zu wollen.
Den Tatbestand des "Verfassungsverrats" im eigentlichen Sinne kennt das sowjetzonale Strafrecht nicht.<<

01.05.1961

DDR: Während der Maifeier wird die NVA am 1. Mai 1961 zum "hohen sozialistischen Bewußtsein und zur Beherrschung der modernen Waffentechnik ermahnt".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Maifeier" in der SBZ (x009/270): >>Nach 1945 wurde in der SBZ die Maifeier zunächst wieder wie vor 1933 begangen als Kampf- und Feiertag der internationalen Solidarität der Werktätigen und als Bekenntnis zum Achtstundentag und zu den Zielen der Gewerkschaftsbewegung.
Doch mehr und mehr mißbrauchten die SED und der FDGB die Maifeier für ihre Agitationszwecke. Der 1. Mai 1952 wurde hingestellt als Tag des Friedenskampfes im sowjetischen Sinne, als Werbetag für eine "Aktionseinheit der Arbeiterklasse". ...
Die Losungen zum 1. Mai 1961 beweisen, wie sehr die Maifeier aus einer ursprünglich gewerkschaftlich-freiheitlichen Kundgebung zu einem Mittel der Parteiagitation und der Staatsmachtpropaganda wurde.
Losung Nr. 21 fordert: "Erhöht die Arbeitsproduktivität ...
Nr. 23 verlangt: "Genossenschaftlich arbeiten, mehr produzieren ..."
In Nr. 34 heißt es: "Kampfgruppen, lernt aus den revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung!"
35 ermahnt die NVA: "Hohes sozialistisches Bewußtsein und Beherrschung der modernen Waffentechnik ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Staatsfeiertage in

der SBZ (x009/418-419): >>Zu den herkömmlichen Feiertagen, unter denen der 1. Mai ("Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen") als Staatsfeiertag begangen wird, wurden durch Gesetz vom 21.4.1950 noch der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.
Außerdem wurden 1961 offiziell begangen am 1.3. der "Tag der nationalen Volksarmee", am 21.4. der "Vereinigungsparteitag" ("Gründungstag der SED"), am 24.4. der "Internationale Tag der Jugend gegen Kolonialismus und für friedliche Koexistenz", am 10.5. der "Tag des freien Buches", am 11.6. der "Tag des deutschen Eisenbahners", am 12.6. der "Tag des Lehrers", am 2.7. der "Tag des Bergmanns", am 10.9. der "Gedenktag für die Opfer des Faschismus" und am 10.11. der "Weltjugendtag".<<

25.05.1961

USA: Präsident John F. Kennedy erklärt am 25. Mai 1961 vor dem US-Kongreß (x299/179): >>... Das große Schlachtfeld für die Verteidigung und Ausbreitung der Freiheit liegt heute in der ganzen südlichen Hälfte unserer Erdkugel, in Asien, Lateinamerika, Afrika und im Mittleren Osten als den Gebieten der aufstrebenden Völker. ...
Wir wären sehr schlecht beraten, wollten wir ihre Probleme nur nach militärischen Gesichtspunkten beurteilen. Keine Anhäufung von Waffen und Armeen kann dazu helfen, Regierungen zu festigen, die untätig und nicht bereit sind, soziale und wirtschaftliche Reformen und die allgemein Entwicklung zu fördern.<<

15.06.1961

DDR: Walter Ulbricht erklärt am 15. Juni 1961 während einer internationalen Pressekonferenz in Ost-Berlin (x296/211 L): >>... (Frage des Korrespondenten der "Frankfurter Rundschau":) ... Herr Vorsitzender! Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?
(Walter Ulbricht:) Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau; und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".
Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen West-Berlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen.<<

17.06.1961

BRD: In Kahl/Main liefert das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom.
Der Betreiber des Kernkraftwerkes ist das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

28.06.1961

DDR: Der Staatsrat beschließt am 28. Juni 1961 "Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ständigen Kommissionen" für innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz in der SBZ (x009/424): >>...
Nach den vom Staatsrat am 28.6.1961 beschlossenen "Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe" kontrollieren sie die "Durchführung der Beschlüsse des Kreistages und des Rates durch die Fachorgane, Betriebe und Einrichtungen".
Sie sollen außerdem "eine breite politische Massenarbeit" organisieren, um den Volkswirtschaftsplan durchzusetzen und die "Entwicklung des sozialistischen gesellschaftlichen Lebens" voranzutreiben. ...

Die Ständigen Kommissionen für innere Angelegenheiten haben sich nach einer Richtlinie der Volkskammer vom 28.8.1957 mit Fragen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Stärkung der Bereitschaft zur Verteidigung der Heimat, dem Schutz des sozialistischen Eigentums der Bevölkerungsbewegung, der Einhaltung der Verkehrsdisziplin, dem Brandschutz, der Bekämpfung der Kriminalität, der Unterstützung der Tätigkeit der Gerichte und der Volkspolizei durch die örtlichen Volksvertretungen zu befassen. Sie können die Volksvertretung auffordern, an der Tätigkeit der Gerichtsorgane oder der Volkspolizei in ihrem Zuständigkeitsbereich Kritik zu üben.
Ihre Hauptaufgabe ist es, Verbindung zwischen den Volksvertretungen und der Justiz und der Volkspolizei zu halten und diese Organe bei bestimmten Aufgaben ... zu unterstützen. Sie haben ferner der Bevölkerung besondere parteipolitische Entscheidungen der Justiz und der Volkspolizei zu erläutern und damit zur ideologischen Erziehung beizutragen. In enger Zusammenarbeit mit der Nationalen Front, den Gewerkschaften und den sozialistischen Brigaden müssen die Ständigen Kommissionen für innere Angelegenheiten die "breiteste Einbeziehung der Werktätigen in den Kampf um Sicherheit und Ordnung organisieren" (Neue Justiz 1960, S. 330).<<

28.06.1961

DDR: Die sowjetischen Besatzungstruppen verfügen im Sommer 1961 über 10 Panzer- und 10 mechanisierte Divisionen (mit rund 7.500 Panzern), 1 Luftarmee (mit rund 900 Flugzeugen) sowie Raketen-Einheiten (x009/67).

BRD: In Bonn wird am 28. Juni 1961 das Bundesgesetz für die Sozialhilfe verkündet.
Die Sozialhilfe löst danach die bisherige "Fürsorge" ab und soll jedem Bürger ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren.

01.07.1961

DDR: Am 1. Juli 1961 meldet die SED, daß es rd. 1 Million Fernsehteilnehmer gibt (Bundesrepublik Deutschland = 4 Millionen).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Fernsehen" in der SBZ (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisators" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).
Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben.
Auf die Möglichkeit des Empfangs in der Bundesrepublik wird mit technischen Mitteln und Sondersendungen hingezielt; andererseits empfängt ein beträchtlicher Teil (etwa 70 %) der Fernsehteilnehmer in der SBZ westdeutsche Sendungen. Durch den Bau von Gemeinschaftsantennen, die ausschließlich auf den Kanal des Ostfernsehens ausgerichtet sind, versucht man seit Herbst 1959, den Empfang westdeutscher Sendungen zu verhindern.
1965 soll das sowjetzonale Fernsehen auf 95 % des Gebietes der SBZ empfangen werden können; zur Zeit werden nur knapp über 60 % erreicht. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Rundfunk" in der SBZ (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.
Durch 400 Störsender versucht die SBZ, den Empfang westlicher Rundfunkstationen zu verhindern. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nachrichtenpolitik" in der SBZ (x009/301): >>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes

angesehen.
"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter". Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.
Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Osblock-Agenturen übernommen.
Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bewußtseinsbildung" in der SBZ (x009/74): >>Die Bedeutung der Bewußtseinsbildung ist in totalitären Herrschaftssystemen früher erkannt worden als in Demokratien, und der Ausdruck Bewußtseinsbildung entstammt daher auch ihrem Vokabular.
Auch die totalitäre Diktatur sucht ihre Bestätigung und Legitimation im "Volkswillen", veranstaltet zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit akklamatorische Abstimmungen oder plebiszitäre Wahlen, muß aber deren Ergebnisse durch einen zentral gesteuerten Apparat der Bewußtseinsbildung, durch Polizeiterror und vielfach noch durch nachträgliche Fälschung manipulieren.
Vielfältige Methoden der Bewußtseinsbildung dienen dazu, die Bürger geistig und seelisch im Sinne des Machthabers zu formen, daß sie den ihnen vorgeschriebenen Denkstil annehmen und zu Urteilen und Entschlüssen kommen, die den Zielen der Regierung entsprechen.
In der SBZ wie in allen kommunistischen Staaten ist die Ideologie das wichtigste Argument der Bewußtseinsbildung. Genau dosierte Kenntnisse über diese Ideologie zu verbreiten, ist Aufgabe aller Institutionen zur Schulung, insbesondere der Kader.
Der Verbreitung der Ideologien und damit der Bewußtseinsbildung dienen aber auch das Erziehungswesen, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen sowie im weiteren Sinne alle Arten von Agitation und Propaganda, zur Bewußtseinsbildung gehört schließlich alles, was zur Festigung eines sozialistischen Bewußtseins und zur Ausrichtung eines jeden Bürgers der DDR auf die Staats- und Parteiziele beitragen kann, z.B. Kunst und Literatur, das Filmwesen und Produktionspropaganda.
Die kommunistische Bewußtseinsbildung ist in ihrem Wesen nach ausschließlich; sie schirmt darum die von ihr Erfaßten gegen Einflüsse anderer geistiger Herkunft ab, vermeidet echte Diskussionen und ist intolerant und kritikfeindlich. Erfolg oder Mißerfolg der kommunistischen Bewußtseinsbildung sind nicht einheitlich zu beurteilen. ... Da viele Menschen bestimmte politische Begriffe überhaupt nur nach kommunistischer Definition kennen, bewegen sie sich in kommunistischen Kategorien auch dann, wenn sie gegen das Regime Stellung beziehen.
Folge der kommunistischen Bewußtseinsbildung ist auch, daß die Politisierung des gesamten Lebens hingenommen, ihr Fehlen im "Westen" unter Umständen als Schwäche empfunden wird.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ideologie" in der SBZ (x009/186): >>Wörtlich Ideenlehre ... In der modernen politischen Praxis dient die Ideologie der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt

als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der "wahren Lehre" behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor.
Der tatsächliche Einfluß einer Ideologie auf die Handlungen ihrer "Vollstrecker" ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfältig angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch immer wieder gegen die Grundsätze ihrer Ideologie verstoßen, so sind ideologische Richtungskämpfe mindestens als Ausdruck von Machtkämpfen von Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die Ideologie ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Propaganda" in der SBZ (x009/343): >>... Nach herkömmlicher Auffassung wird unter politischer Propaganda eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und vielfach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient.
Die Wirkung der Propaganda ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, daß mißbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, daß er durch allzu plumpe Methoden das Mißtrauen der Angesprochenen erregt, sei es, daß er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.
Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der Sowjetunion und ihren Satelliten einschließlich der SBZ) fehlt es der politischen Propaganda an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, daß schließlich die Bevölkerung jede amtliche Äußerung als Propaganda und damit als Schwindel ansieht.
Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Bürger die staatsbürgerliche Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die Propagandamethoden der SBZ eher noch eine Vergröberung des nationalsozialistischen Propagandastils dar.
Unter dem Einfluß und nach dem Muster der Sowjetunion steuern Partei und Regime eine Propagandamaschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Rundfunk, den Film, das Theater, das Kabarett mit Beschlag belegt, vor allem aber die Bürger in den Aufklärungslokalen und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht.
Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der Propaganda nicht glaubwürdiger macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflußbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert ...
Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen Propaganda in die Bundesrepublik sind nur insoweit erst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet ...<<
BRD: Die FDJ-Organisation "Frohe Ferien für alle Kinder" (Sitz: Düsseldorf) wird am 1. Juli 1961 als verfassungswidrig eingestuft und in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

12.07.1961

BRD: Der Bundestag verabschiedet am 12. Juli 1961 das sog. "Vermögensbildungsgesetz" bzw. "312-Mark-Gesetz", um die Vermögens- und Kapitalsbildung der einkommensschwächeren Arbeitnehmer zu fördern.

05.08.1961

UdSSR: In Moskau vereinbaren die Warschauer-Pakt-Staaten am 5. August 1961, bis Ende 1961 einen Friedensvertrag mit Deutschland, notfalls nur mit der DDR, zu schließen (x009/-521).

07.08.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow kündigt am 7. August 1961 in einer Rundfunkrede die Verstärkung der Sowjet-Streitkräfte an.

12.08.1961

DDR: Die SED-Regierung bezeichnet am 12. August 1961 die Demarkationslinie zwischen dem Sowjetsektor und den Westsektoren als Teil der "Grenze der DDR" und ordnet Grenzkontrollen an (x301/147): >>... Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militärischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist.

Es ist an den Westberliner Grenzen eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen.<<

Zugleich werden die bisherigen rund 80 Übergänge auf 12 vermindert (x009/92).

13.08.1961

DDR und Berlin: Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin werden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert werden, schließt man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wird militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtet man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereignen sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) werden vor allem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 fliehen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegt der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner dürfen Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

Die Akademie der Wissenschaften der DDR berichtet später über den Beginn des Mauerbaues in Berlin (x243/208): >>Am 13. August (übernahmen) Einheiten der (NVA), der Kampfgruppen, ... im engen Einvernehmen mit den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte den militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR.

Sie errichteten Grenzbefestigungen an der Staatsgrenze zu Westberlin. ... Die Sicherheitsmaßnahmen ... schoben der Wühltätigkeit, die von Westberlin gegen die sozialistischen Länder betrieben wurde, einen Riegel vor, durchkreuzten die Aggressionspläne des Imperialismus. ...<<

Der Leipziger Universitätsprofessor Ernst Bloch (1885-1977), der seit 1958 Vorträge in Westeuropa hält, schreibt später an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin (x148/63-64): >>Sehr verehrter Herr Präsident,

seit Mai 1949, nach meiner Rückkehr aus der Emigration in Amerika, lebte ich, nachdem ich eine Berufung auf den Leipziger Lehrstuhl für Philosophie angenommen hatte, in dem Staat, der sich nachher als Deutsche Demokratische Republik bezeichnete.

In den ersten Jahren meiner Universitätstätigkeit erfreute ich mich ungehindert der Freiheit des Wortes, der Schrift und der Lehre.

In den letzten Jahren hat sich diese Situation zunehmend geändert. Ich wurde in Isolierung getrieben, hatte keine Möglichkeit zu lehren, der Kontakt mit Studenten wurde unterbrochen, meine besten Schüler wurden verfolgt, bestraft, die Möglichkeit für publizistisches Wirken wurde unterbunden, ich konnte in keiner Zeitschrift veröffentlichen, und der Aufbau-Verlag in Berlin kam seinen vertraglichen Verpflichtungen meinen Werken gegenüber nicht nach. So entstand die Tendenz, mich in Schweigen zu begraben.

Demgegenüber gaben mir seit geraumer Zeit Universitäten, Zeitschriften und mein Verlag in Westdeutschland Gelegenheit, zu lehren, zu publizieren und meine bisherigen Arbeiten ungestört fortzusetzen.
Nach den Ereignissen vom 13. August, die erwarten lassen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen ... auszusetzen. Mit meinen 76 Jahren habe ich mich entschieden, nicht nach Leipzig zurückzukehren.
Ich muß Ihnen deshalb, sehr verehrter Herr Präsident mitteilen, daß ich bei künftigen Sitzungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, deren ordentliches Mitglied ich bin, zu meinem wahren Bedauern nicht mehr anwesend sein kann.
In besonderer Wertschätzung sehr ergeben
Ernst Bloch<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".
Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.
Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.
Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Grenzübergänge" der SBZ (x009/164-165): >>In der SBZ amtlich als Kontrollpunkte bezeichnet.
Das Regime der SBZ wendet die Bezeichnung Grenzübergänge widerrechtlich auch auf Übergänge über die Demarkationslinien an.
Zulässig ist die Bezeichnung nur für die Übergänge aus der SBZ ins tschechoslowakische Staatsgebiet: 1. Schandau/Elbe (Bahn); 2. desgleichen für Binnenschiffe; 3. Zinnwald (Kreis Dippoldiswalde) südlich Altenberg/Erzgebirge (für Straßenverkehr), das am 1.10.1958 an die Stelle von Schmilka/Elbe (südöstlich von Schandau) trat; b) für die Seeübergänge aus der SBZ (... Fährschiffe) nach Dänemark und Schweden; Warnemünde und Saßnitz (Rügen).
Nicht als Grenzübergänge dürfen an sich bezeichnet werden a) die Übergangspunkte auf der Demarkationslinie zwischen der SBZ und der Bundesrepublik (fälschlich oft Zonengrenze genannt); b) die Übergänge zwischen der SBZ und den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten (Oder-Neiße-Linie) dies sind: 1. Frankfurt/Oder (Bahn und Straßenverkehr); ... 3. Görlitz (Bahn), 4. Gartz (West-Oder, nordöstlich Angermünde (Binnenschiffe); c) Die Übergänge auf der besonders geregelten Linie zwischen einerseits den Westsektoren Berlins (West-Berlin) und andererseits dem Sowjetsektor Berlins und der SBZ. Hier ist besonders wichtig: Dreilinden, südwestlich von West-Berlin, Autobahn).
Abgesehen von einigen Sonderregelungen für örtlichen Wirtschaftsverkehr erlaubt die Regierung der SBZ für den allgemeinen Verkehr nur ganz wenige Übergänge: 3 in die Tschechoslowakei, 2 an der Ostsee, 4 in die polnisch besetzten deutschen Ostgebiete. ... An allen anderen Übergängen ist der Verkehr streng verboten und wird schärfstens verhindert. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Grenzgänger" (x009/163): >>... (Allgemeine) Bezeichnung für Personen, die in West-Berlin arbeiteten und in Ost-Berlin oder in dem sowjetzonalen Randgebiet wohnten oder umgekehrt dort arbeiteten und in West-Berlin wohnten) entstand nach der Währungsreform.
Die in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger erhielten nur einen Teil ihres Lohnes in DM West, der restliche Lohn wurde vom Arbeitgeber in DM Ost ausgezahlt. Der West-Berliner

Arbeitgeber mußte den dem Ostgeldanteil entsprechenden Betrag in DM West an die Lohnausgleichskasse in West-Berlin abführen. Aus dieser Kasse wurde der Umtausch eines Teils des in Ostgeld empfangenen Lohnes der in Ost-Berlin oder in der SBZ arbeitenden Grenzgänger in Westgeld finanziert.
1949 arbeiteten mehr als 100.000 West-Berliner in Ost-Berlin und in der SBZ. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung West-Berlins und der Abnahme der Arbeitslosigkeit ging diese Zahl ständig zurück und betrug Anfang August 1961 nur noch 13.000. Darunter rd. 6.000 Eisenbahner und annähernd 3.500 freischaffende Künstler, Artisten und Schausteller.
Demgegenüber arbeiteten vor dem 13.8.1961 noch annähernd 60.000 Ost-Berliner oder Bewohner der Randgebiete in West-Berlin gegenüber etwa 70.000 im Jahre 1949.
Diese Grenzgänger waren seit 1952 ständiger Kritik des SED-Regimes und wiederholt größeren Schikanen der Zonen-Funktionäre ausgesetzt, durch die sie zur "freiwilligen" Aufgabe ihrer Arbeitsplätze in West-Berlin veranlaßt werden sollten.
Im Sommer 1961 begann ein förmliches Kesseltreiben gegen diese Grenzgänger. Sie wurden in Zeitungen und Versammlungen öffentlich diffamiert und als Verräter und Spekulanten angeprangert. Die Grenzgänger wurden vom Einkauf bestimmter Industriewaren ausgeschlossen und mußten ab 1.8.1961 die Miete und alle öffentlichen Gebühren in DM West bezahlen. Diese Zwangsmaßnahmen wurden durch Ausweisungen vieler Grenzgänger aus ihren Wohnungen und vor allem durch zahlreiche Strafverfahren wegen "illegaler Geldeinfuhr" ergänzt. Trotzdem sank die Zahl der in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger bis zum 13.8.1961 nur um etwa 3.000, fast ebenso viele flohen in dieser Zeit nach West-Berlin.
Durch die gewaltsamen Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13.8.1961 in Berlin wurde den im sowjetischen Machtbereich wohnenden Grenzgängern die weitere Arbeit in West-Berlin unmöglich gemacht. Sie mußten sich bei ihren früheren Betrieben in Ost-Berlin melden oder bei den Arbeitsämtern ihres Wohnsitzes zum Nachweis einer "geeigneten Tätigkeit" registrieren lassen. Die meisten der ehemaligen Grenzgänger erhielten jedoch keine ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung. Sie mußten "zur Bewährung" schlecht bezahlte schwere körperliche Arbeit in sog. Schwerpunktbetrieben aufnehmen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flüchtlinge" aus der SBZ (x009/131-134): >>... Seit 1946/47 haben Hunderttausenden Deutsche, meist unter Zurücklassung ihrer Habe, in der Bundesrepublik Deutschland sowie West-Berlin Zuflucht gesucht.
Solchen Flüchtlingen wurde seit 1947 nach den zwischen Beauftragten der westdeutschen Länder abgeschlossenen "Segeberger Beschlüssen" (1947) und den "Uelzener Vereinbarungen" (1949) das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Die Aufenthaltserlaubnis wurde an Flüchtlinge erteilt, die wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden (A-Fälle), und solche, denen aus Gründen der Menschlichkeit Asylrecht zuerkannt wurde (B-Fälle). ...
Über die Gesamtzahl der zugewanderten Flüchtlinge liegen keine vollständigen Unterlagen vor, da eine systematische Erfassung erst 1949 einsetzte. Der weitaus größte Teil der Zuwanderer, denen das Asylrecht oder die Notaufnahme verweigert wurde, blieb im Bundesgebiet. Eine Erfassung war nicht möglich.
Daneben sind in großer Zahl Menschen aus der SBZ nach Westdeutschland und nach West-Berlin eingeströmt, ohne die amtlichen Flüchtlingsstellen zu passieren (u.a. kamen bis zum Jahre 1953 rd. 930.000 Personen auf Grund von Zuzugsgenehmigungen der einzelnen Bundesländer, die nur z.T. später im Notaufnahmeverfahren erfaßt wurden).
Für die Zeit von 1945 bis Ende 1951 wird die Zahl der Zuwanderer aller dieser Gruppen mit 931.000 Personen angenommen. Von diesen wurden allein in der Zeit von 1949 bis 1951 allein 492.681 Personen von den amtlichen Flüchtlingsstellen erfaßt.

Seit 1952 (ab 4.2.1952 trat auch in West-Berlin das Bundesnotaufnahmegesetz in Kraft) meldeten sich jeweils innerhalb des halben Jahres nach ihrer Zuwanderung bei den Notaufnahmedienststellen Berlin, Gießen und Uelzen:

Jahr	Anzahl der Sowjetzonen-flüchtlinge	Anteil der Sowjetzonen-flüchtlinge (bis 24 Jahre)
1952	182.393	52,6 %
1953	331.390	48,7 %
1954	184.198	49,1 %
1955	252.870	52,4 %
1956	279.189	49,0 %
1957	261.622	52,2 %
1958	204.092	48,1 %
1959	143.917	48,3 %
1960	199.188	48,8 %
01.01.-13.08.1961	195.828	49,1 %
	2.234.687	49,9 %

Die hohe Flüchtlingszahl im Jahre 1953 war eine Folge des Juni-Aufstandes. Mit 47.433 Flüchtlingen im August 1961 wurde abermals ein Höchststand erreicht, wie er seit Jahren nicht verzeichnet wurde.
Unter den Sowjetzonenflüchtlingen befinden sich im Durchschnitt mehr als 60 % im Erwerbsleben stehende Personen. Auch ein beachtlicher Teil der Intelligenz kehrte dem "Ulbricht-Staat" den Rücken. ...
Es ist bezeichnend, daß zwischen 1954 und September 1961 allein 101.167 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe, darunter 24.004 (23,1 %) selbständige Bauern, Tierzüchter, Forstwirte und Gartenbauer geflüchtet sind.
Zur Eindämmung dieser unaufhörlich fortschreitenden Abwanderung wurde im Dezember 1957 - anstatt eines Versuchs zur Besserung der Lebensverhältnisse - eine Verschärfung der Bestimmungen für Vergehen gegen das Paßwesen geschaffen und die Ausgabe von Interzonenpässen für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland bedeutend eingeschränkt.
Infolgedessen ist auch die Zahl der Flüchtlinge, die im Interzonenverkehr kamen, ... zurückgegangen.
Das Bundesvertriebenengesetz stellt die "anerkannten Sowjetzonenflüchtlinge" bei allgemeinen Hilfsmaßnahmen den Flüchtlingen gleich. Der Entscheid der Notaufnahmedienststellen über die Aufenthaltserlaubnis wegen "Zwangslage" gilt aber noch nicht als Entscheid über die Zuerkennung der Eigenschaft als "Sowjetzonen-Flüchtling". Hierüber und damit über die Erteilung des Bundes-Flüchtlingsausweises C entscheiden die Flüchtlingsbehörden der Länder. Seit 1954 bis 30.6.1961 wurden insgesamt 457.070 C-Ausweise für 624.817 Personen (einschließlich der darin eingetragenen Kinder bis 16 Jahren) ausgestellt.
Schon vor 1949, mehr noch seitdem war und ist der Strom der Flüchtlinge ein Beweis dafür, daß
1. die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der SBZ die dort herrschende staatskapitalistische Mißordnung ablehnt, und daß
2. Millionen so sehr bedrückt wurden, daß sie ihre Heimat und ihre Existenz preisgaben (von 1952-1961 rd. 2,2 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge).
Die Flut der Flüchtlinge war und ist eine Abstimmung mit den Füßen gegen den Kommunismus.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das zurückgelassene "Flüchtlingsvermögen" in der SBZ (x009/134-135): >>Das Vermögen von Flüchtlingen wur-

de nach Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17.7.1952 beschlagnahmt. Am 11. Juni 1953 ist diese Verordnung aufgehoben worden. Der Flüchtling, der die SBZ nach dem 10.6.1953 verlassen hatte, konnte seitdem einen Verwalter für die zurückgelassenen Vermögenswerte einsetzen. Tat er das nicht, war vom Staatlichen Notariat ein Abwesenheitspfleger oder in Sonderfällen vom Rat des Kreises ein Treuhänder zu bestellen.
Nach dem Inkrafttreten der Neufassung des Paßgesetzes im Dezember 1957 wurden die von den Flüchtlingen eingesetzten Verwalter von den Behörden der SBZ häufig nicht mehr anerkannt. ... Das Flüchtlingsvermögen wurde ... unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt.
Nach internen Dienstanweisungen hat der Treuhänder die zurückgelassenen beweglichen Vermögenswerte zu verkaufen. Der Erlös des meist zu Schleuderpreisen verkauften Flüchtlingsvermögens sowie etwaige Guthaben bei Kreditinstituten werden an die Staatskasse abgeführt.
Grundstücke, mit gelegentlicher Ausnahme von Einfamilienhäusern, werden nicht verkauft, sondern durch den Rat des Kreises, VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, verwaltet. Die Treuhandverwaltung wird in das Grundbuch eingetragen. Alle Grundstücke einer Treuhandverwaltung werden gemeinsam verwaltet und abgerechnet. Von diesem Gesamtkonto, auf das die Einnahmen aus sämtlichen Grundstücken eingezahlt werden, werden die öffentlichen Lasten und Zinsen von Hypotheken staatlicher Kreditinstitute bezahlt. Ansprüche privater Hypothekengläubiger werden im allgemeinen nicht befriedigt.
Betriebe von Flüchtlingen werden "volkseigenen" Betrieben oder Produktionsgenossenschaften zur Nutzung überlassen oder in einem Konkursverfahren aufgelöst.<<

14.08.1961

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. August 1961 über den Bau der Berliner Mauer (x303/152): >>... Die vom Regime der Sowjetzone mit der Rückendeckung des Warschauer Paktes in Berlin angeordneten Maßnahmen haben der ganzen Welt mit einem Schlag klar gemacht, wie explosiv und unmittelbar die Gefahr geworden ist.
Durch die Straßen Ostberlins rollten am Sonntag wie beim Volksaustand 1953 die Panzer der Sowjetarmee, (um) die Bevölkerung einzuschüchtern und ihr die nackte Gewalt der Waffen anzudrohen.
Ulbricht, seine Kumpane und Chruschtschow wissen, daß sie Berlin in ein Gefängnis der Unterdrückten verwandelt haben.<<

15.08.1961

Berlin: Die 3 westlichen Stadtkommandanten protestieren am 15. August 1961 gegen die Abschnürung Ost-Berlins und gegen den Bruch der Vier-Mächte-Vereinbarung.
Die Stacheldrahtverhaue werden durch Mauern ersetzt. DDR-Wachposten beschießen Flüchtlinge (x009/522).

16.08.1961

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 16. August 1961 den Bau der Berliner Mauer (x155/-87-88): >>Mit tiefster Empörung hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen den Anschlag der sowjetzonalen Handlanger Moskaus gegen die menschliche Freiheit in Mitteldeutschland und Ost-Berlin verfolgt.
Die 13 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, die selbst Opfer einer Verletzung der Menschenrechte sind und von denen nur der größere Teil das Glück gehabt hat, in den Bereich der Freiheit zu gelangen, können aus eigenem leidvollen Erleben das ganze Ausmaß des Unglücks ermessen, das die Deutschen in Berlin und der Zone betroffen hat. ...<<

23.08.1961

Berlin: 6 weitere Sektorenübergänge werden am 23. August 1961 geschlossen.
Die sowjetischen Truppen fordern, mindestens 100 m Abstand zur Sektorengrenze zu halten. Die westlichen Besatzungsmächte bringen daraufhin Geschütze und Panzer an der Sektoren-

grenze in Stellung (x009/522).

24.08.1961

DDR: Der Ministerrat erläßt am 24. August 1961 eine "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung".

In dieser Verordnung droht das SED-Regime mit Zwangsarbeit und Verbannung.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aufenthaltsbeschränkung" in der SBZ (x009/43): >>Mit der "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung" vom 24.8.1961 hat der Ministerrat das Strafgesetzbuch um eine neue Strafart erweitert.

Aufenthaltsbeschränkung kann zusätzlich zu Freiheitsstrafe oder bei einer bedingten Verurteilung ausgesprochen werden, "wenn die Fernhaltung der Person von bestimmten Orten und Gebieten im Interesse der Allgemeinheit oder eines einzelnen geboten oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist" (§ 1 Abs. 2).

Auf Aufenthaltsbeschränkung kann aber auch durch Urteil eines Kreisgerichts auf Verlangen der örtlichen Organe erkannt werden, wenn der Betroffene keine Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches begangen hat. Es genügt, daß die allgemeinen Voraussetzungen für eine Aufenthaltsbeschränkung (Gefahren für die Allgemeinheit oder einen einzelnen oder Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) als gegeben angesehen wird.

Durch die Aufenthaltsbeschränkung wird dem Verurteilten der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt, und es kann ihm der Aufenthalt in bestimmten Orten oder Gebieten vorgeschrieben werden. Er kann ferner verpflichtet werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Auch ohne Ausweisung kann Arbeitserziehung angeordnet werden.

Hält ein Verurteilter die ihm gegenüber verhängte Aufenthaltsbeschränkung nicht ein oder kommt er einer Arbeitsverpflichtung nicht nach, kann er mit Gefängnis bestraft werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitserziehung" in der SBZ (x009/29-30): >>Eine neue Art von Zwangsarbeit wurde durch die Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung vom 24.8.1961 eingeführt.

Danach kann einem Verurteilten auferlegt werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Ferner kann gegen "arbeitsscheue" Personen auch wenn sie keine strafbare Handlung begangen haben, auf Verlangen der örtlichen Organe der Staatsmacht durch Urteil des Kreisgerichts Arbeitserziehung angeordnet werden. Die Arbeitserziehung wird in Haftarbeitslagern verbüßt.

Da für "arbeitsscheu" jeder gehalten wird, der die Arbeitsdisziplin wiederholt verletzt hat, sind schrankenloser Willkür bei der Verhängung von Zwangsarbeit Tür und Tor geöffnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>... Nach dem 13. August 1961 nahm die Zahl der politischen Häftlinge auf Grund der verschärften Terrorjustiz wieder erheblich zu.

Heute befinden sich noch 10.000 bis 12.000 Menschen auf Grund rein politischer Strafurteile in Haft. Im Strafvollzug werden die politischen Häftlinge genauso behandelt wie die kriminell bestraften, eine Privilegierung oder zusammengefaßte Unterbringung gibt es nicht.

Die politischen Häftlinge werden im Gegenteil in der Regel zu bestimmten Funktionen oder Dienstverrichtungen (Brigadier, Zellenältester, Hausarbeiter), die möglicherweise Vergünstigungen zur Folge haben können, bewußt nicht herangezogen; Ärzte unter den politischen Häftlingen werden nur dann in ihrem Beruf beschäftigt, wenn kein anderer Arzt zur Verfügung steht. Literatur aus der Gefangenenbücherei erhalten politische Häftlinge unter erheblich größeren Schwierigkeiten als kriminell Bestrafte. In der Untersuchungshaft ist die Behandlung der politischen Häftlinge bewußt hart und schikanös.

Nach keinesfalls vollständigen Erfassungen in West-Berlin (Hilfskomitee für politische Häftlinge) wurden von 1945 bis 1960 49.178 Personen registriert, die von Zonengerichten oder sowjetischen Militärtribunalen ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen verurteilt worden sind; davon lauteten 528 Urteile auf Todesstrafe und 654 Urteile auf lebens-

längliches Zuchthaus.<<
West-Berlin: An der Sektorengrenze ereignen sich am 24. August 1961 wieder zahlreiche Zwischenfälle.
Der West-Berliner Senat ordnet die Schließung der SED-Geschäftsstellen an.
27.08.1961
Ost-Berlin: An der Sektorengrenze wird am 27. August 1961 eine zweite Mauer errichtet (x009/522).
UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow droht am 27. August 1961 mit der absoluten Blokkade West-Berlins, falls der Westen wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR beschließen sollte.
August 1961
DDR: In der DDR werden zahlreiche politische Prozesse eröffnet, die man im Schnellverfahren abwickelt.
Im August 1961 verurteilt das Oberste Gericht 9 "Kopfjäger" und "Menschenhändler" in zwei Schauprozessen zu insgesamt 78 Jahren Zuchthaus (x009/379).
14.09.1961
DDR: Mit dem Befehl Nr. 39/61 vom 14. September 1961 widerruft der Minister des Innern alle bisher erteilten Registriervermerke, die zum Betreten und Bewohnen des Schutzstreifens und der Sperrzone berechtigen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Befehl Nr. 39/61 (x009/410): >>... Die Genehmigung wird seitdem nur noch Personen erteilt, "die durch ihr bisheriges Verhalten die Gewähr dafür bieten, daß die Sicherheit im Sperrgebiet nicht gefährdet wird". Erneute Zwangsevakuierungen aus dem Sperrgebiet folgten diesem Befehl.<<
15.09.1961
DDR: Die Deutsche Grenzpolizei wird am 15. September 1961 von der Nationalen Volksarmee übernommen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Grenzpolizei" der SBZ (x009/163): >>Bis 1961 militärähnliche Polizeitruppe zur Absperrung der Demarkationslinien und übrigen Grenzlinien der SBZ, zugleich eine Verfügungstruppe.
Die Deutsche Grenzpolizei wurde am 15.9.1961 als "Kommando Grenze" in die Nationale Volksarmee übernommen.<<
17.09.1961
BRD: Bei der 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,3 %, SPD = 36,2 %, FDP = 12,8 %, GDP = 2,8 %, Sonstige = 2,9 %.<<
01.10.1961
Ost-Berlin: Die Ost-Berliner Bevölkerung muß ab 1. Oktober 1961 innerhalb von 3 Tagen alle DM-Guthaben umtauschen.
02.10.1961
CSR: Die CSR und Polen veröffentlichen am 2. Oktober 1961 in Prag eine Erklärung, in der die Entschlossenheit bekundet wird, noch im Jahre 1961 einen Separatfrieden mit der DDR abzuschließen.
12.10.1961
BRD: Der westdeutsche Redakteur Lichtenstein wird am 12. Oktober 1961 an der Demarkationslinie durch DDR-Grenzpolizisten erschossen.
22.10.1961
Ost-Berlin: US-Militärpolizisten erzwingen am 22. Oktober 1961 die unkontrollierte Einfahrt eines hohen nordamerikanischen Diplomaten nach Ost-Berlin.

27.10.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow berichtet am 27. Oktober 1961 während des XXII. Parteitages der KPdSU über die Geständnisse bei Stalins Säuberungen (x299/93, x191/142):
>>... Ums Leben kamen tausender unschuldige Menschen. ... Den Tod fanden zahlreiche Partei- und Staatsfunktionäre und führende Militärs. ...
Man überzeugte sie, und zwar mit bestimmten Methoden, daß sie entweder deutsche oder englische, oder sonstwelche Spione seien. ...<<
>>... Selbst wenn man diesen Leuten mitteilte, die Anklage wegen Spionage sei zurückgezogen, beharrten sie selber auf ihren früheren Aussagen, da sie es vorzogen, bei den falschen Aussagen zu bleiben, damit die Folterungen nur schneller ein Ende nehmen, damit der Tod nur schneller eintrete.
Das also ist Personenkult!<<

30.10.1961

UdSSR: Der XXII. Parteitag der KPdSU beschließt am 30. Oktober 1961, Stalins Mumie aus dem Mausoleum am Kreml zu entfernen.

Oktober 1961

DDR: Die Gesellschaft für Sport und Technik zählt im Herbst 1961 etwa 600.000 nominelle Mitglieder, davon sind etwa 180.000 aktive Kampfgruppenmitglieder (x009/414).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Stärke der "Nationalen Volksarmee" der SBZ im Oktober 1961 (x009/306): >>Die Machthaber der SBZ vermeiden es grundsätzlich, die Stärke ihrer bewaffneten Kräfte anzugeben. Naturgemäß ist es schwierig, Nachrichten über die Rüstung der SBZ zu beschaffen und richtig einzuschätzen.
Nach zuverlässigen Berichten war die Nationale Volksarmee (NVA) mindestens 190.000 Mann stark: davon Luftwaffe 18.000 und Seestreitkräfte 17.000, unter Kommando Grenze: 48.000. Die Zunahme beruht darauf, daß von August bis Oktober 1961 das Aufgebot der "FDJ-Regimenter" mindestens 50.000 Rekruten für die NVA ergab. ... (Die Bundeswehr verfügte im Jahre 1961 über 320.000 Soldaten). ...<<

13.11.1961

Ost-Berlin: In Ost-Berlin wird am 13. November 1961 die Stalinallee in Karl-Marx-Allee bzw. Frankfurter Allee umbenannt.

14.11.1961

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. November 1961 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.
Die FDP setzt bereits während der Koalitionsverhandlungen den vorzeitigen Rücktritt Adenauers durch.

19.11.1961

Ost-Berlin: An der Berliner Sektorengrenze beginnt am 19. November 1961 der Bau einer 2. Panzersicherungsmauer (x009/523).

09.12.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow lehnt am 9. Dezember 1961 die Forderung des nordamerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ab, die Autobahn nach Berlin für den internationalen Verkehr freizugeben.

15.12.1961

Israel: Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (ein führender NS-Organisator des Völkermordes an den europäischen Juden) wird am 15. Dezember 1961 zum Tod verurteilt.

1961

UdSSR: Während man die massenhaften Kriegsverbrechen der Roten Armee konsequent verdrängt, berichtet man z.B. im Jahre 1961 in sowjetischen Schulbüchern über die deutschen

Feudalherren des Mittelalters (x056/62): >>... Die Tätigkeit der Kaiser (im Mittelalter) war nicht auf die Vereinigung des eigenen, sondern auf Raub und Eroberungen in fremden Ländern gerichtet. ... Die deutschen Feudalherren hatten einen Heißhunger darauf, die slawischen Länder zu erobern. ... (Sie) führten Krieg mit schrecklicher Grausamkeit. Sie verstümmelten und erschlugen die Gefangenen, führten Frauen und Kinder in Unfreiheit. ...<<

Im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 heißt es (x058/317): >>... Der Kommunismus ist die lichte Zukunft der Menschheit: Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist zur unmittelbaren praktischen Aufgabe des Sowjetvolkes geworden. Das allmähliche Hinüberwachsen des Sozialismus in den Kommunismus ist eine objektive Gesetzmäßigkeit, vorbereitet durch die gesamte vorangegangene Entwicklung der sozialistischen Sowjetgesellschaft.

Was ist Kommunismus?

Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das große Prinzip herrschen wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten; jedem nach seinen Bedürfnissen.

Der Kommunismus ist eine hochorganisierte Gesellschaft freier arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein, in der gesellschaftliche Selbstverwaltung bestehen wird, in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis für alle, zur bewußt gewordenen Notwendigkeit werden und jeder seine Fähigkeit mit dem größten Nutzen für das Volk anwenden wird.

Hohes kommunistisches Bewußtsein, Arbeitsfreude, Disziplin und Ergebenheit den Interessen der Gesellschaft gegenüber sind unveräußerliche Eigenschaften des Menschen der kommunistischen Gesellschaft. ...<<

USA: Präsident John F. Kennedy ändert im Jahre 1961 den Kurs der amerikanischen Entwicklungshilfepolitik für Südamerika.

Seine "Allianz für den Fortschritt" hat zum Ziel, wirtschaftliche und soziale Reformen in den südamerikanischen Republiken zu fördern.

1962

> Man muß jedem Hindernis Geduld, Beharrlichkeit und eine sanfte Stimme entgegenstellen.
> *Thomas Jefferson (1743-1826, nordamerikanischer Politiker)*

10.01.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 1/1962 berichtet am 10. Januar 1962 über die Freimaurer: >>**FREIMAURER: Im Labyrinth der Logen**

Nach seiner ersten Rede vor dem Genfer Völkerbund führte der damalige Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, seine rechte Hand bis etwa zur Höhe seiner linken Brust und strich dann schräg über sein Jackett bis zum rechten Hosenbein. Indem er das Zeichen des Winkelmaßes andeutete, gab sich der deutsche Außenminister als ein "Meister vom - Stuhl" in der Hierarchie des internationalen Ordens der Freimaurer zu erkennen.

Von einer solchen Stresemann-Geste berichtet jedenfalls eine Chronik des zeitgenössischen Freimaurertums, die sich einer erdachten Rahmenhandlung wegen "Roman" nennt. Verfasser der Indiskretionen über prominente Adepten der auch von Goethe praktizierten "Satans-Religion" - so Papst Leo XIII. (1878 bis 1903) - ist der Jesuitenzögling und Skandal-Autor Roger Peyrefitte, der sich bisher in Chroniken und Schlüsselromanen mit dem Diplomatenmilieu, dem römischen Klerus. ("Die Schlüssel von Sankt Peter"), dem Malteser-Orden und sokratischen Freundschaftsbünden beschäftigt hatte. In allen diesen Büchern waren die Resultate sorgfältiger Recherchen mehr oder minder getarnt und romanhaft verkleidet worden.

Peyrefitte arbeitete drei Jahre lang in gemeinhin unzugänglichen Archiven der Freimaurer-Logen, bevor er seine Notizen - fünfzehn vollgeschriebene Schulkladden - zu einem Buch verarbeitete, das in Paris unter dem Titel "Die Söhne des Lichts" erschienen ist. Der Buchtitel bezieht sich auf das Johannes-Evangelium, das in bildlicher Sprache die Begriffe "Licht" und "Finsternis" benutzt und dem sich eine gewichtige Gruppe der Freimaurer besonders verpflichtet fühlt.

Zu den "Söhnen des Lichts", so berichtet das Buch, gehörten außer Stresemann noch andere Staatsmänner und Politiker der jüngsten Geschichte oder Gegenwart, so zum Beispiel Roosevelt und Truman, die in ihren Logen die höchsten Grade der Freimaurer-Würde erkletterten. Auch Churchill, Eisenhower, Mendès-France, der französische Sozialistenführer Guy Mollet und der Präsident des französischen Senats, Monnerville, gelten in der Internationale der Freimaurer als "Brüder".

Autor Peyrefitte, wie in früheren Büchern durch den autobiographischen Helden Georges Sarre repräsentiert, gibt sich, um seine Freimaurer-Forschung zu motivieren, als "Lehrling" der Pariser Loge "Die Neun Schwestern" (Schlüsselname für die Loge "Aufrichtigkeit und Treue") aus und stellt noch eine andere romanhafte Beziehung zur Freimaurerei her. Die Diplomaten-Tochter Francoise, die von Peyrefittes literarischem Double Georges Sarre in einem früheren Buch verführt und dann anderweitig verheiratet worden war und die in den "Söhnen des Lichts" zu Sarre zurückkehrt, empfängt, obwohl praktizierende Katholikin, ihre Weihe in der Pariser Frauenloge "Isis".

Obgleich Papst Klemens XII. (1730 bis 1740) durch seinen Bannfluch die Freimaurer "für alle Ewigkeit" aus der katholischen Kirche ausgeschlossen hatte, sei die Kirche heute, so läßt sich Peyrefitte-Sarre belehren, toleranter gestimmt. Sarre, wie sein Autor Peyrefitte Jesuitenschüler, trifft unter den Freimaurern seinen alten Lehrer Père de Trennes wieder, einen Jesuitenpater, der inzwischen heimlich die Freimaurer-Weihen empfangen hat. Von ihm erfährt Sarre, daß Freimaurer eine Exkommunizierung kaum noch zu befürchten haben; allenfalls werde ihnen ihr Beichtvater besondere Gebete auferlegen.

Der Pater zieht aus seiner Brieftasche eine vergilbte Photographie, die den Kardinal Mastai-Ferretti, den späteren Papst Pius IX., in einem Sessel sitzend zeigt, über seinem Kardinalsmantel trägt er das Band eines Logen-Meisters.

Das kompromittierende Bild, so erfährt der Held Peyrefittes, sei zwar eine Fälschung, aber das Gerücht, daß Pius IX. die Maurer-Weihe empfangen habe, wolle bis heute nicht verstummen; es sei sogar in der verbreiteten französischen Enzyklopädie "Larousse" verzeichnet gewesen. "Die Seligsprechung dieses Papstes", so heißt es in den "Söhnen des Lichts", "zieht sich sonderbarerweise in die Länge - obschon seine Wunderwerke kaum zu zählen sind und obschon er das Dogma der Unbefleckten Empfängnis und der päpstlichen Unfehlbarkeit proklamierte."

Vom gegenwärtigen Papst Johannes XXIII. behauptet Peyrefitte, er habe, als er noch Nuntius in Paris war, gute Beziehungen zu prominenten Maurerbrüdern unterhalten.

Der Autor beruft sich dabei auf das Zeugnis des Barons Marsaudon, der, obwohl Maurer höchsten Grades und Mitglied des obersten französischen Logenrates, nach dem letzten Kriege dem Gesandten-Posten des vom Vatikan protegierten Malteser-Ritterordens übernahm.

Mit dem päpstlichen Nuntius Roncalli, dem späteren Papst Johannes XXIII., so behauptet der Baron Marsaudon bei Peyrefitte, habe er lange Gespräche über die Symbolik des Johannes-Evangeliums, des "Evangeliums des Lichtes", geführt. In Erinnerung an diese nächtlichen Gespräche habe der Kardinal Roncalli, als er zum Papst gewählt worden war, den Namen Johannes angenommen, versichert der Baron.

Der Baron Marsaudon erzählt auch die Details einer Audienz, die ihm Johannes XXIII. gewährt habe: "Ich kniete vor ihm nieder, um vom Papst den Segen zu erbitten, den mir der Nuntius erteilt hatte ... Dann bat ich ihn, in meiner Person alle (Freimaurer-) Brüder zu seg-

nen, die so dächten wie ich. Er war einverstanden. Ich bat ihn ferner, alle jene Brüder zu segnen, die nicht so dächten wie ich. Er war einverstanden. 'Heiliger Vater', rief ich aus, 'der Bannfluch ist aufgehoben!' - 'Nein', sagte er lächelnd, 'aber du, mein Sohn, erhebe dich'."
Peyrefitte läßt seinen Helden eine Bildungsreise in das Labyrinth der französischen Logen unternehmen. Unter seinem Pseudonym Georges Sarre beruft sich Peyrefitte dabei augenzwinkernd auf seine eigenen früheren Bücher, die dem Helden Sarre auch solche Türen öffnen, die sonst verschlossen bleiben. "Er wußte schon so viel", sagt ein früherer Abgeordneter der Radikalen namens Leblond (Schlüsselname für den ehemaligen Abgeordneten Charles Hernu) über Sarre, "daß es kaum noch etwas zu verbergen galt."
Der Abgeordnete Hernu alias Leblond gilt als Bewunderer des Maurers Mendes-France und des Schriftstellers Peyrefitte, der schon früher an ihm beim Händeschütteln jene kitzelnde Vibration eines Fingers verspürte, mit der sich die Logenbrüder untereinander zu erkennen geben. Hernu gehörte zum antiklerikalen Flügel der französischen Freimaurer, zur Loge "Groß-Orient", die wegen ihrer atheistischen Tendenz von der orthodoxen "Groß-Loge von Frankreich" als "irregulär" bekämpft wurde.
Auch Mendes-France, so erfährt der Held Peyrefittes, gehörte dem "Groß-Orient" an - bis ihm nach dem Kriege ein peinlicher Zwischenfall die Freude am Tempeldienst verleidete. Nacheinander erschienen drei Maurer-Rechercheure in seiner Wohnung, um - wie auch bei anderen Logenbrüdern - seine Haltung im Kriege zu überprüfen.
Der erste, so behauptet der Autor der "Söhne des Lichts", verlangte von dem damaligen Wirtschaftsminister de Gaulles ein polizeiliches Führungszeugnis, zwei Lichtbilder und eine eidesstattliche Versicherung, daß er die Vichy-Regierung "weder materiell noch moralisch" unterstützt habe. Der zweite wiederholte die Prozedur, ohne sich um die Einwände des Bruders Mendes-France zu kümmern. Den dritten, der sich anschickte, die gleichen Wünsche zu äußern, so heißt es, setzte Mendes-France "brüderlich-herzhaft" vor die Tür.
Peyrefitte widerspricht der Legende, daß die profilierten Politiker der III. Republik, Clemenceau, Briand, Herriot, Blum und Daladier, Freimaurer gewesen seien: Von ihnen hätte sich Briand bei einer radikal orientierten Loge in Saint-Nazaire nur beworben, sei jedoch zurückgewiesen worden; Herriot habe das gleiche bei einer gemäßigten Loge in Lyon erleben müssen.
Zur Zeit der Volksfront befanden sich in der französischen Deputiertenkammer allerdings 250 Freimaurer; in der letzten Legislaturperiode der - IV. Republik war ihre Zahl auf rund hundert zusammengeschmolzen, und im De-Gaulle-Staat gibt es - nach Auskunft des Chronisten Peyrefitte - nur noch rund zwanzig Deputierte, die sich auf Brüderart die Hand schütteln.
Eine der ersten Handlungen der provisorischen Exil-Regierung de Gaulles während des Krieges war indes die Aufhebung des Logen-Verbots, das von der Vichy-Regierung erlassen worden war. De Gaulle habe - nach Peyrefitte - die internationale Aktivität der französischen Freimaurer begünstigt, indem er zum Beispiel den "souveränen Groß-Kommandeur" des französischen Logenrates Raymond, 1945 nach Amerika entsandte, damit er bei der Weihe Präsident Trumans zum Maurer der höchsten (33.) Stufe zugegen sein konnte.
Äußere Erkennungszeichen entdeckte der Autor der "Söhne des Lichts" nur bei den unteren Graden der Logenbrüder; die wirklich "Eingeweihten", erläutert er, pflegten ihre Logenzugehörigkeit eher diskret zu behandeln.
Ein Jesuitenpater belehrt Sarre, daß es wahrscheinlich in der Maurer-Hierarchie "unbekannte Obere" gebe, die sich von den Logen fernhielten - einen mysteriösen "Rat der Weisen", der die Freimaurer, mehr als sechs Millionen Logenangehörige, ohne Wissen der Majorität dirigiere und dessen Sitz "etwa" New York sein könne. "Im übrigen ist das Freimaurertum ein Chamäleon, das alle Farben annimmt", erläutert der Jesuit, "eine Hydra, der kein Herkules jemals alle Köpfe abschlagen wird."

In Frankreich hatte sich während des Krieges der Marschall Pétain dennoch an diese Herkules-Arbeit herangewagt; er ließ in Vichy eine Stelle zur Bekämpfung von "Geheimgesellschaften" einrichten, die von Admiral Platon geleitet wurde. Pétain, der den Freimaurern nicht verzieh; 'daß sie ihn einst auf eine "schwarze Liste" gesetzt hatten, machte sie bereits in seiner ersten Proklamation für die Niederlage der französischen Armee verantwortlich - nach dem Beispiel Ludendorffs, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mit einer ähnlichen Beschuldigung die "Ehre der deutschen Armee" hatte retten wollen.
Während des Zweiten Weltkriegs, so läßt sich Georges Sarre berichten, habe ein Beauftragter der deutschen Sicherheitsbehörden, die in der Freimaurerei einen Hort international-jüdischer Weltverschwörung sahen, den französischen Präfekten Riandey zu sich bestellt, der nicht nur Mitglied des obersten französischen Logenrates, sondern obendrein ein Spitzenfunktionär der Résistance gewesen sei.
Zur Überraschung Riandeys, der mit seiner Verhaftung rechnete, habe ihn der deutsche Beauftragte aber nur nach Logen-Verbindungen prominenter Personen des deutschen. Besatzungsregimes gefragt, zum Beispiel wegen des Botschafters Abetz, des Generals von Stülpnagel und sogar wegen des Außenministers Joachim von Ribbentrop. Der Wahrheit entsprechend habe der Präfekt dementiert, daß Stülpnagel oder Ribbentrop zu Freimaurern Beziehungen unterhalten hätten; Abetz dagegen sei vor dem Kriege Gast bei der Pariser. "Goethe-Loge" gewesen.
Als Erfinder jenes "V-Zeichens" - der im Winkel auseinandergestellten Zeige- und Mittelfinger -, mit dem Winston Churchill im vergangenen Weltkrieg die Endsieg-Erwartungen der Engländer symbolisierte, stellt Peyrefitte einen englischen Freimaurer vor, den Maler und Schriftsteller Aleister Crowley. Crowley, der dem Premier Churchill diese Geste beibrachte, habe aber nicht den Anfangsbuchstaben des Wortes victory (Sieg) gemeint, sondern die Hörner des Teufels, die er als mystisches Gegenzeichen zum Hakenkreuz wirken lassen wollte. Nach Kriegsende ließ Crowley Porträt-Karten von sich verteilen, auf denen er im Stile Churchills eine dicke Zigarre raucht. Die Unterschrift: "Der Erfinder des V-Siegeszeichens."
In einer Weihe-Prozedur wird Peyrefittes Held Georges Sarre in die Traditionsloge "Die Neun Schwestern" aufgenommen - in die Loge "Aufrichtigkeit und Treue", deren Mitglied Voltaire 1778, wenige Wochen vor seinem Tode, geworden war und der auch, Benjamin Franklin angehörte.
Peyrefittes Double-Sarre, im Smoking und mit verbundenen Augen, wird in den Logentempel geführt und einem Verhör unterzogen. Dann muß er bei Musik, die von Mozart zu Wagner wechselt, drei symbolische "Reisen" unternehmen, in die Stadien Kindheit, Jugend und Reife. Auf der letzten dieser Reisen - Stolper-Promenaden im Kreise der Brüder - besteht er die "Feuerprobe", indem seine Hand über einen elektrischen Heizofen gehalten wird.
Der "Meister vom Stuhl" fordert ihn schließlich auf, den Maurer-Schwur zu leisten; die Hand des Peyrefitte-Doubles ruht dabei auf der ersten Seite des Johannes-Evangeliums einer aufgeschlagenen Bibel; neben der Bibel liegen die Maurer-Attribute Winkelmaß, Zirkel und Schwert. Bei den Worten "Es werde Licht!" wird dem Adepten die Binde abgenommen; der Tempel ist hell erleuchtet, und der Meister nennt den Peyrefitte-Geweihten zum erstenmal "Bruder".
"Trotz seines Sinns für das Komische", deutet der Autor die Empfindungen seines Helden, "entdeckte er in den Riten der Maurer nicht mehr Komik als in den Riten der Kirche."
Roger Peyrefitte: "Les Fils de la Lumière". Editions Flammarion, Paris …<<
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über die Rolle des Jesuitenordens nach dem Zweiten Weltkrieg (x1.001/142-148): >>**…**

Papst Johannes XXIII. läßt die Maske fallen

Von allen in dieser Welt allgemein akzeptierten Fiktionen ist der dem Heiligen Stuhl zuge-

sprochene Geist des Friedens und der Liebe die wohl am schwersten auszurottende - da dieser Geist der Natur des apostolischen Meisters schlechthin innezuwohnen scheint.
Trotz der nicht gänzlich bekannten oder zu schnell vergessenen Lektionen der Geschichte, muß der, der sich selbst "Statthalter Christi" nennt, in den Augen vieler notwendigerweise das vom Evangelium gelehrte Ideal der Liebe und Brüderlichkeit verkörpern. Wollen nicht Logik und Gefühl gleichermaßen, daß es so sei?
In Wirklichkeit klären uns die Ereignisse darüber auf, daß besagte positive Annahme stark abgeflaut sein muß - und wir glauben, daß es bislang hinreichend demonstriert wurde. Doch die Kirche ist umsichtig - wie wir oft erinnert werden - und es ist selten, daß ihre wahren Aktionen nicht von den unerläßlichen Vorkehrungen umgeben sind, die sich des äußeren Anscheins annehmen. "Besser arm in Ehren als reich in Schanden.", sagt das Sprichwort.
Doch Reich und in Ehren ist noch besser. Die Maxime, von der sich der steinreiche Vatikan leiten läßt. Seine politische Herrschsucht bedient sich stets "geistlicher" und humanitärer Vorwände, die über eine durch einen Goldgürtel bescherte intensive Propaganda "urbi et orbi" verkündet werden, und der auf diese Art konservierte "gute Ruf" macht den Goldstrom zu besagtem Gürtel ohne Unterlaß fließen.
Ein Abrücken von jenem Verhaltensgrundsatz gibt es für den Vatikan nicht und wo die Stellung, die er in internationalen Angelegenheiten einnimmt, durch die Haltung seiner Hierarchie deutlich zu Tage tritt, da wird durch jene feierlichen und zweideutigen Enzykliken und andere päpstliche Dokumente die Legende von der absoluten Unparteilichkeit lebendig gehalten. Beispiele dieser Art hat die Hitler-Ära erst unlängst angehäuft. Doch wie könnte es auch anders sein bei einer autoritativen (auf Ansehen beruhenden) Macht, die man als übernatürlich und zur gleichen Zeit allumfassend ansieht?
Die Vorkommen, wo man die Maske hat fallen sehen, sind äußerst selten. Denn auf daß die Welt eines derartigen Schauspiels Zeuge würde, bedürfte es einer Eventualität, die aus der Sicht des Heiligen Stuhls seine lebenswichtigen Interessen in Gefahr brächte. Erst dann wirft er sämtliche Zweideutigkeit zur Seite und gibt sämtliches ihm zur Verfügung stehende Ansehen in eine der Waagschalen.
So geschehen in Rom, am 7. Januar 1960, hinsichtlich des "Gipfel-Treffens", das, in dem Bemühen, die Bedingungen einer wirklich friedlichen Koexistenz zwischen den Verteidigern der beiden gegensätzlichen Ideologien auszuhandeln, Oberhäupter östlicher und westlicher Regierungen zusammenbringen sollte.
Die Position des Vatikans vor einem derartigen Vorhaben läßt uns freilich in keinerlei Zweifel. Das demonstrierte in den Vereinigten Staaten Kardinal Spellman (Francis Joseph Spellman, 1889-1967) deutlich, indem er die Katholiken drängte, Chruschtschow (Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, sowjetischer Politiker, 1894-1971), als dieser zu Gast beim amerikanischen Präsidenten war, ihre Feindseligkeit zu zeigen. Seinerseits und ohne es klar zu äußern, zeigte Seine Heiligkeit Johannes XXIII. in seiner Weihnachtsbotschaft keine große Lust zur "Entspannung".
Die von ihm formulierte "Hoffnung", in der Welt den Frieden hergestellt zu sehen, ein Wunsch, der in einem derartigen Dokument ein "Muß" ist, schien - mit den vielen ihn begleitenden Appellen an die Klugheit westlicher Politiker -, sehr schwach. Bis hierher schaute der Vatikan aber noch freundlich drein.
Was aber geschah dann - in weniger als zwei Wochen? War etwa … eine weitere lange gehegte "Hoffnung" geplatzt? Fing etwa infolge der Entscheidung Gronchis (Giovanni Gronchi, 1887-1978), des Präsidenten der Italienischen Republik, nach Moskau zu gehen, der Kelch der römischen Bitterkeit an, überzulaufen?
Was auch immer ablief, am 7. Januar brach urplötzlich der Sturm los - und das geistliche Donnerwetter entlud sich (mit ungekannter Wucht) über die "christlichen" Politiker, schuldig

des Wollens, daß der Kalte Krieg ein Ende fände. Am 8. Januar druckte "Le Monde" das Folgende ab:
"An dem Tage, da der Präsident der Italienischen Republik sich zur Abstattung eines sorgfältig vorbereiteten offiziellen Besuchs der Moskauer Führung aufmachte, hielt Kardinal Ottaviani (Alfredo Ottaviani, 1890-1979), der Amtsnachfolger Kardinal Pizzardos (Giuseppe Pizzardo, 1877-1970) als Sekretär der Glaubenskongregation (leitender Funktionär der höchsten katholischen Behörde zum Schutz vor abweichenden Glaubensvorstellungen; seit 1965 Nachfolger der höchsten Inquisitionsbehörde "Hl. Offizium") bzw. Präfekt des Obersten Gerichtshofs der Apostolischen Signatur (Leiter des höchsten Gerichts der römischen Kurie), in der Marienbasilika bei einem morgendlichen Versöhnungsgottesdienst für "die Kirche des Schweigens" eine Rede, die höchst erstaunlich ist."
Nie zuvor hat ein einen der wichtigsten vatikanischen Posten innehabender Kirchenfürst die sowjetischen Behörden mit derartiger Wucht attackiert, noch die Westmächte, die mit jenen verhandelten, in dieser Weise gerügt.
Von jener heftigen Rede, die die von "Le Monde" soeben verwendete Bezeichnung "höchst erstaunlich" mehr als rechtfertigte, bot die Tageszeitung wesentliche Auszüge.
"Timurs Zeiten sind zurück (asiatischer Eroberer aus Transoxanien, 1336-1405)", versicherte Kardinal Ottaviani - und die russische Führung wurde als "neue Antichristen" beschrieben und es heißt, sie "verurteilen zu Deportation, inhaftieren, richten Massaker an und hinterlassen nichts als Öde". Der Redner war schockiert, denn keiner mehr nun "scheut sich, ihnen die Hände zu schütteln" und "ganz im Gegenteil entwickelte sich ein Wettrennen darum, wer sie ihnen wohl als erster schüttle und ein Lächeln mit ihnen tausche".
Anschließend erinnerte er seine Zuhörer, daß Pius XII. sich, als Hitler nach Rom kam, nach Castel Gandolfo (italienische Stadt mit päpstlicher Sommerresidenz) zurückzog - vergaß aber gleichzeitig, hinzuzufügen, daß ebendieser Pontifex einst mit Hitler ein für die Kirche höchst vorteilhaftes Konkordat abgeschlossen hatte.
Ausgespart wurde in jener heftigen Anklage auch nicht die Raumfahrt: "der neue Mensch … glaubt, er könne durch Heldentaten im All in den Himmel eindringen und demonstriert so wieder einmal mehr, daß Gott nicht existiere.".
Der Kardinal meint, die westlichen "Politiker und Staatsmänner" seien "durch den Schrecken des Verstandes beraubt", aber ihnen sei ordentlich der Kopf gewaschen, wie überhaupt allen "Christen", die hier "keine Reaktion und keinen Wutanfall" mehr erkennen lassen. … Schließlich dieser scharfe und bemerkenswerte Schluß:
"Sind wir vermöge, uns mit jedweder Art von Entspannung zufrieden zu erklären, wo es innerhalb der Menschheit vor allem gar keine Art von Ruhe geben kann, es sei denn wir beobachten einen grundlegenden Respekt vor dem Gewissen, unserem Glauben, dem mit Speichel abermals bedeckten, dornengekrönten und geschlagenen Antlitz Christi? Können wir denen unsere Hand reichen, die solches tun?"
Diese dramatischen Worte sind nicht in der Lage, uns vergessen zu machen, daß der Vatikan schwerlich von "Respekt vor den Gewissen" reden kann, da er sie in Ländern, wo er dominiert, wie in Francos Spanien, wo die Protestanten verfolgt werden, schamlos unterdrückt. In der Tat ist es höchst unverschämt - insbesondere seitens des Sekretärs der Glaubenskongregation! - zu fordern, daß andere jenen grundlegenden Respekt wahren, wo die römische Kirche ihn rundweg verweigert.
Die Enzyklika "Quanta cura" und der Syllabus (päpstliche Auflistung) sind unmißverständlich.
"Verdammt ist die Ansicht, jedermann sei frei, die Religion zu wählen und zu bekennen, die er, geführt vom Lichte der Vernunft, für wahr hält."
("Syllabus", Artikel XV)

"… Zu meinen, die Glaubens- und Gewissensfreiheit seien einfach jedermanns Rechte, ist Wahnsinn."
(Enzyklika "Quanta cura")
Ausgehend von der Art, wie er "Ketzer" behandelt, nimmt es nicht Wunder, daß der Vatikan sämtliches Bemühen um Einigung zwischen "christlichen" Staaten und jenen, die offiziell atheistisch sind, systematisch verdammt. "Non est pax impilis." - "Kein Friede den Gottlosen."
Und Jesuitenpater Cavelli verkündet, wie viele andere vor ihm, daß das "dringlichste Gesetz" der römischen Kirche diese "Unnachgiebigkeit" sei.
Als Pendant zu besagter Explosion der Wut seitens des Kardinals werden wir einen weiteren Artikel zitieren, der in selbiger "Le Monde-Nummer" am 9. Januar 1960 erschien:
"Die Menschheit ist im Begriffe, sich einem Zustand zu nähern, wo gegenseitige Vernichtung zur Wahrscheinlichkeit wird. Kein anderes Ereignis in der heutigen Welt kann in seiner Bedeutsamkeit mit diesem verglichen werden. … Weshalb wir unablässig nach einem gerechten Frieden zu streben haben."
So gesprochen von Präsident Eisenhower (Dwight David Eisenhower, 1890-1969) am gestrigen Donnerstag vor dem US-Kongreß, zur selbigen Zeit, als in Rom Kardinal Ottaviani die Koexistenz als Teilhabe an der Sünde Kains … verdammte.
Schreiender kann der Kontrast zwischen zwei Denkweisen nicht sein: der menschlichen und der theokratischen - und nicht offensichtlicher die wegen jenes Kerns des blinden Fanatismus, den wir Vatikan nennen, über der Welt schwebende tödliche Gefahr. Sein "heiliger" Egoismus ist derart, daß die Umstände und die dringende Notwendigkeit eines internationalen Abkommens, um so die die Menschheit bedrohende totale Ausrottung zu verhindern, keine Rolle spielen.
Der Sekretär der Glaubenskongregation - dieser Nachfolgeorganisation des die Inquisition geleitet habenden Heiligen Offiziums mit seiner nur allzu bekannten Vergangenheit - zieht derartige Eventualitäten nicht in Betracht. Ob die Russen zur Messe gingen! Darauf komme es an, und wenn Präsident Eisenhower das nicht verstünde, dann weil er "durch den Schrecken des Verstand beraubt" sei, um mit den Worten des aufgebrachten "Porporatos" ("Purpurträgers") zu reden.
Die rasende Wut der Rede Kardinal Ottavianis erheitert und schockiert uns gleichermaßen. Und viele denken, daß es dieser Aufwiegler schwer haben wird, "Christen" klar zu machen, daß die Atombombe dankbar anzunehmen sei. Doch seien wir auf der Hut! Hinter diesem Sprecher des Heiligen Stuhls steht die ganze päpstliche Organisation - und insonderheit besagte verborgene, nicht aus gewöhnlichen Soldaten gebildete Jesuitenarmee. Sämtliche Mitglieder jener berühmten Kompanie arbeiten in den Machtetagen und ihre Aktivitäten können ohne viel Aufsehens außerordentlich wirksam, sprich unheilvoll sein.
Gerüchte wurden laut, daß Kardinal Ottavianis brutale Einstellung nicht exakt das Denken des Heiligen Stuhls reflektiere, sondern das der sogenannten "integristischen Bewegung" (… d.h. die eine gerechte Politik für alle Klassen betreibende Zusammenherrschaft anstrebende, rechtsextreme und oft offen mystisch-katholische Bewegung). Die katholische Presse - zumindest in Frankreich - versuchte, die Bedeutung jener heftigen Rede abzuschwächen, und "La Croix" vor allem druckte nur einen kurzen Auszug ab, aus dem man sämtliche Heftigkeit herausgelassen hatte.
Wirklich weiser Opportunismus, nur konnte er keinem etwas vormachen. Es ist eben nicht möglich, daß von der Kanzel der Marienbasilika herab eine derart scharfe Kritik von außergewöhnlicher politischer Bedeutung geäußert wird, ohne daß ihr der Kongregationspräfekt und schließlich der Oberhirte zugestimmt hätte. Und letzterer hat, soweit wir wissen, seinen beredten Untergebenen nie je verstoßen. Papst Johannes XXIII. konnte doch die Bombe nicht

selbst abwerfen, sondern ließ vielmehr einen der wichtigsten kurialen Würdenträger an seiner Statt auftreten und gedachte dieserart, jedermann sein stillschweigendes Einverständnis offenkundig zu machen.
Überdies und durch seltsamen "Zufall" fand zur selben Zeit eine verhaltenere Explosion statt, in Gestalt eines Artikels im "Osservatore Romano", der wieder mal den Sozialismus, selbst den nicht-marxistischen, als "der christlichen Wahrheit zuwiderlaufend" verdammte. Jene, die den besagten politischen "Fehler" verübten, würden jedoch nicht "ipso facto" ("durch den Fakt") exkommuniziert wie die Kommunisten. Sie hätten noch die Hoffnung, der Hölle zu entgehen - die Androhung des Fegefeuers (Läuterungsort, in dem die Verstorbenen ihre kleineren Sünden abbüßen, ehe sie ins Reich Gottes eingehen) aber bliebe!
Versprach sich der Vatikan hier im heftigen Erzeigen seiner Ablehnung jedes Versuchs, Ost und West zusammenzubringen, irgendwelche positiven Ergebnisse? Erhoffte er sich hier wirklich, die Staatsmänner, die besagte Friedenspolitik verfolgten, einzuschüchtern? Oder hoffte er hier zumindest, eine Gegenbewegung zur "Entspannung" unter den Gläubigen hervorzurufen?
So unvernünftig eine solche Hoffnung auch erscheinen mag, so dürfte sie doch wohl diese kirchlichen Köpfe heimgesucht haben. Deren seltsame Sichtweisen müssen einfach Illusionen dieser Art hervorbringen. Eine bestimmte Illusion konnten zudem diese Wahrsager nicht vergessen haben, eine Illusion, die sie derart lange nutzen, um jene zu täuschen, die ihnen vertrauten - und die sie offenbar miteinander teilten.
Hier beziehen wir uns auf die "Bekehrung Rußlands", deren Ankündigung - 1917 - in Fatima von der Heiligen Jungfrau persönlich gemacht worden sein soll - gegenüber der Hirtin Luzie, die schließlich in ein Kloster aufgenommen wurde und die Prophezeiung einigermaßen spät, d.h. 1942, auf Wunsch ihrer Vorsteher in ihren "Erinnerungen" dokumentierte.
Dieses Lügenmärchen mag uns erheitern, doch es bleibt die Tatsache, daß es der Vatikan - unter Pius des XII. Pontifikat - in der ganzen Welt verbreitete, mit jeder Menge Ansprachen, Predigten, feierlichen Erklärungen, bergeweise Büchern und kleineren Schriften, und Rundreisen der Statue jener neuen und sehr politischen "Liebfrauenkirche" quer durch jeden Kontinent - wo sogar die Tiere, wie man uns sagte, gekommen seien, um zu huldigen. Dieser lautstarken Propaganda wird sich von den Gläubigen noch deutlich erinnert - wie der wilden Erklärungen, von denen beispielsweise diese am 1. November 1952 von "La Croix" abgedruckt wurde:
"Fatima ist zu einem Scheideweg geworden. … Das Schicksal der Nationen kann besser dort, als um Tische herum entschieden werden."
Seine Thurifer (Rauchopfer) können sich nicht länger in Zweideutigkeit flüchten. Die Wahl ist glasklar: "Entspannung oder Kalter Krieg". - Der Vatikan wählt Krieg - und verbirgt die Tatsache nicht.
Waren uns die vergangenen Erfahrungen, selbst in der jüngsten Vergangenheit, bislang eine Lehre, dann sollte diese Entscheidung keinen mehr überraschen. Und überraschte sie jemanden, dann dürfte es, wie wir glauben, an deren rüder Bekanntgabe liegen - ganz ohne die übliche Tarnung.
Wir beginnen, die Heftigkeit zu verstehen, wo wir betrachten, was der Einsatz dem römischen Bischof bedeutete. Indem wir ihn für fähig halten, daß er eine Hoffnung aufgäbe, die so alt wie das Morgenländische Schisma selber ist, jene Hoffnung, orthodoxe Gläubige über einen militärischen Erfolg wieder unter ihren Gehorsam zu bringen, würden wir den Vatikan fehl einschätzen. Hitlers Aufstieg entsprang dieser hartnäckigen Hoffnung - die letztliche Niederlage aber seines Kreuzzugs öffnete der römischen Kurie noch immer nicht die Augen für das Törichte einer derartigen Bestrebung.
Und es gab noch einen weiteren und viel drängenderen Wunsch: die Befreiung Polens, Un-

garns und der Tschechoslowakei, dieser recht bekannten "Kirche des Schweigens", die eine solche mittlerweile und nur infolge der - für den Heiligen Stuhl - unerwarteten Wende der Ereignisse im Nazi-Feldzug geworden ist.
"Allzu viel ist ungesund": ein weises Sprichwort, das Fanatiker nie inspirierte.
Um seinen ostwärts gerichteten Marsch, seinen kirchlichen "Drang nach Osten" fortzusetzen und zunächst seine verlorenen Stützpunkte zurückzuholen, baut der Vatikan nach wie vor auf den deutschen "weltlichen Arm", seinen wichtigsten europäischen Verfechter in der Notwendigkeit neuer Kraft und Vitalität. Mit dem Kanzler und päpstlichen Geheimkämmerer Konrad Adenauer (1876-1967) hatte er an die Spitze der Bundesrepublik - den westlichen Teil des Großdeutschen Reichs - einen Vertrauten gesetzt und die von diesem verfolgte Politik läßt für mehr als fünfzehn Jahre deutlich den Stempel des Heiligen Stuhls erkennen.
Zunächst große Vorsicht und eine opportune "liberale" Geisteshaltung an den Tag legend, arbeitete der von seinen Landsleuten mit dem Spitznamen "der alte Fuchs" bedachte Mann an der Wiederaufrüstung seines Landes.
Selbstverständlich war die "moralische" Aufrüstung der Bevölkerung und der deutschen Jugend insonderheit ein unabdingbarer Anhang des ersteren.
Deshalb werden wichtige Posten in den westdeutschen Ministerien und Behörden von nicht wenigen Personen mit berüchtigter NS-Vergangenheit bekleidet - die Liste ist lang - und - gerade erst zum Kriegsverbrecher verurteilt - leiten Industrielle wie Krupp (Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, 1907-1967, seit 1943 Alleininhaber der Fa. Krupp, 1947/48 wegen "Plünderung" von Wirtschaftsgütern im besetzten Ausland und "Sklavenarbeit" zu 12 Jahren Haft verurteilt, 1951 begnadigt,) und Flick (Friedrich Flick, 1883-1972, hatte 1933-45 maßgeblichen Einfluß in der deutschen Rüstungsindustrie und kontrollierte mit seinem Familienkonzern die Montanwerke der besetzten europäischen Länder, 1947 zu 7 Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen) schon wieder ihre gigantischen, neu für sie aufgebauten Werke.
Der Zweck heiligt die Mittel. Und dieser Zweck ist klar genug: Siegfrieds neues Schwert zu schmieden - die für die Rache erforderliche - die auch die des Vatikans ist.
Und so geschieht es auch mit genauer Gleichzeitigkeit, daß der Kanzler-Kämmerer in einem einer niederländischen Zeitschrift gegebenen Interview die von Kardinal Ottaviani eben erst vorgetragene Sturmrede widerspiegelte:
" … Die friedliche Koexistenz von Völkern, deren Standpunkte völlig entgegengesetzt sind, ist eben eine Illusion, die leider noch zu viele Unterstützer findet."
Die am 7. Januar in der Marienbasilika gehaltene "Brand-Predigt" (flammende Predigt) ging - wie zufällig - Konrad Adenauers Rombesuch um wenige Tage voraus. Die Berichte der Presse unterstrichen einstimmig die freundliche und verständnisvolle Atmosphäre, die während der Privataudienz vorherrschte, die Seine Heiligkeit Johannes XXIII. dem deutschen Bundeskanzler und seinem Außenminister von Brentano (Heinrich von Brentano, 1904-1964) gab.
In der "L'Aurore" kann man sogar lesen:
"Dieses Treffen bewirkte eine eher unerwartete Erklärung seitens des Kanzlers, als er auf die den Mut und Glauben des deutschen Regierungsoberhauptes lobende päpstliche Ansprache antwortete:
"Ich denke, daß Gott dem deutschen Volk eine besondere in diesen bewegten Zeiten zu spielende Rolle zugedacht hat: der Beschützer des Westens gegen die gewaltigen Einflüsse des uns bedrohenden Ostens zu sein."
"Combat" bemerkte richtig:
"Das hörten wir eben erst - nur kürzer: "Gott mit uns." (das Motto auf dem Koppelschloß der deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg).
Und jene Zeitung fügte hinzu:
"Dr. Adenauers Heraufbeschwörung des der deutschen Nation zugesprochenen Wirkens fand

seine Inspiration in einer ähnlichen Erklärung des vorangegangenen Papstes. Was die Vermutung zuläßt, daß der unter den gegenwärtigen Umständen diesen Satz aussprechende Dr. Adenauer davon ausging, bei seinen Zuhörern Gehör zu finden."
Im Grunde müßte man selten naiv und in völliger Unkenntnis der Grundlagen der Diplomatie sein, um zu denken, daß diese "unerwartete" Erklärung nicht Teil des Programms gewesen sei. Wir wetten auch, daß sie keinerlei Schatten warf auf "das ausgedehnte Gespräch, das Adenauer mit dem Staatssekretär des Heiligen Stuhls Kardinal Tardini (Domenico Tardini, 1888-1961) führte, den er in der deutschen Botschaft zum Mittagessen einlud".
Selbst Katholiken, die die Eingriffe der römischen Kirche in Staatsangelegenheiten längst gewohnt waren, hatte die von Kardinal Ottaviani ausgesprochene spektakuläre Einmischung der Glaubenskongregation in die internationale Politik schockiert. Dessen war sich Rom bewußt. Die Aufrechterhaltung des Kalten Krieges aber ist für die politische Macht, ja den finanziellen Wohlstand des Vatikans derart lebenswichtig, daß er - wenn auch der erste Anlauf keine Gegenliebe erfuhr - die Wiederholung solcher politischer Ansichten nicht scheute.
Eine weitere Gelegenheit verschaffte ihm Chruschtschows Frankreichreise im März 1960. Eine der von dem sowjetischen Ministerpräsidenten zu besuchenden Städte war Dijon. Wie sämtliche seiner Kollegen in der gleichen Situation, so hatte der Oberbürgermeister von Dijon den Gast der Französischen Republik höflich zu empfangen. Nur daß der OB der Burgunderhauptstadt Kanonikus Kir (Felix Kir, 1876-1968) war - und somit ein Geistlicher.
Nach kirchlichem Recht war dem Priester zur Annahme dieses Doppelamtes - mit sämtlichen daraus erwachsenden Aufgaben und Pflichten - vom Heiligen Stuhl einst die ausdrückliche Genehmigung erteilt worden. Den Chruschtschow-Empfang untersagte dem OB-Kanonikus jetzt allerdings der Bischof.
Und unter diesen Umständen ging Sutane vor Amtsschärpe.
Also begrüßte den Besucher ein für den unabkömmlichen OB einspringender Mitarbeiter. Die ungezwungene Art aber, mit der die "Hierarchie" bei dieser Gelegenheit der weltlichen Obrigkeit spottete, erweckte spitzeste Bemerkungen. Am 30. März schrieb "Le Monde":
"Wer ist dem OB von Dijon eigentlich weisungsberechtigt: der Bischof oder der Präfekt? Und über diesen Vertretern der Zentralgewalt: der Papst oder die französische Regierung? Das ist die von allen gestellte Frage. ..."
Die zweifelsfreie Antwort: Erst die Theokratie. Von nun an aber - müssen sich da die Gäste der Französischen Republik, um von einem Sutane tragenden Oberbürgermeister empfangen zu werden, mit Beichtzetteln (Bescheinigungen über abgelegte Beichten) eindecken?
Richtig bemerkt zudem der "Le Monde-Herausgeber" im oben genannten Artikel:
"Jenseits dieser französischen internen Frage macht uns die Kir-Affäre ein größeres Problem bewußt. Die Tätigkeit des Vatikans hat nicht allein mit den Beziehungen zwischen einem OB und seiner Regierung zu tun. In der Art, wie sie stattfand, stellt sie einen direkten und spektakulären Eingriff in die internationale Diplomatie dar."
Das ist gewiß wahr - und die von ihr nahezu allerorten hervorgerufenen Reaktionen zeigen, daß diese Affäre von der Weltöffentlichkeit ausreichend verstanden wurde. Vor allem in den Vereinigten Staaten begann die Öffentlichkeit, die bereits Zeuge der von den Kardinälen Spellman und Cushing (Richard James Cushing, 1895-1970) organisierten feindseligen Demonstrationen während Chruschtschows Besuch geworden war, die wirkliche Unabhängigkeit, die ein römisch-katholischer Präsident im Hinblick auf den Heiligen Stuhl wahren könnte, in Frage zu stellen.
Viele fürchteten in jenem Falle die keineswegs geringe Gefahr, daß sich des Landes Außenpolitik gerade jetzt den Interessen der römischen Kirche und damit der Vorverurteilung der nationalen Interessen künftig beugen würde.
Nach der von Kardinal Ottaviani abgeworfenen Bombe organisierte man nunmehr gegen die

Ost-West-Entspannungs-Bewegung "öffentlich" den Widerstand. Ein absurdes Instrument, mag mancher sagen, verglichen mit jenen, die drohten, Nationen, die im völligen Stillstand eines knurrenden Antagonismus verharrten, - früher oder später - unter Trümmern zu begraben. Doch können wir sehen, wie sich der Vatikan, aus den "geistlichen" Waffen, zu deren Gebrauch er gezwungen war, das Beste zu machen anstrengte. Währenddessen die die vatikanische Politik steuernden Jesuiten ihr äußerstes gaben, um das "Schlimmste", was je über dem Heiligen Stuhl schwebte, zu verhindern: ein internationales, den Gang zu den Waffen ausschließendes Abkommen.
Was würde aus dem Rufe des Vatikans, seiner politischen Bedeutung und sämtlichen aus ihr herrührenden Vermögens- und anderen Vorteilen, würde er sich infolge eines derartigen Abkommens nicht mehr verschwören können, seinen Einfluß geltend machen, sein Zusammenwirken mit den Regierungen wegflunkern, manche begünstigen oder andere einschüchtern, sich Nationen entgegenstellen, zum Eigennutz Konflikte schaffen, und könnte er nicht mehr seinen maßlosen Bestrebungen dienende Soldaten finden?
Niemandem - und insbesondere nicht den Jesuiten - bleibt es verborgen, daß eine allgemeine Abrüstung für die römische Kirche als Weltmacht das Ende wäre. Und das "geistliche" Oberhaupt höchstselbst ins Wackeln käme. …<<

17.01.1962

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/1962) berichtet am 17. Januar 1962 über den im österreichischen Fernsehen gesendeten Monolog des "Herrn Karl": >>**Mieslinge überall**

Und dann ist der Hitler kummen", plauderte der feiste Mann auf dem Bildschirm. "Na ja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel ... Endlich amal hat der Wiener a Freid ghabt ..."
Bevor noch der Mann mit dem schwitzenden Rundgesicht, laut Programmankündigung "Der Herr Karl", seinen erinnerungstrunkenen TV-Monolog beendet hatte, waren die Telephonleitungen zum Wiener Sender blockiert. Österreichs Fernsehzuschauer, verärgert wie noch nie zuvor, protestierten en masse.
"Der Herr Karl", notierte der Wiener Kritiker Hans Weigel, "wollte einem bestimmten Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit 'Au'."
"Der Herr Karl", der den Österreichern im November auf die Zehen trat, wiegt über zwei Zentner: Wiens Star-Kabarettist Helmut Qualtinger. Als Mitautor und Allein-Interpret des Einakters "Der Herr Karl" demonstrierte das 33jährige Schwergewicht "komödiantische Kraft" in solchem Ausmaß, daß sich seine Landsleute pauschal verunglimpft fühlten:
In echtem Wiener Beißerdialekt sagte Qualtinger den Österreichern - wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" aus Wien berichtete - "mehr Wahrheiten ins Gesicht, als sie während der letzten 16 Jahre ... zu hören bekamen".
Der Durchschnitts-Österreicher Karl, den Qualtinger zusammen mit dem Autor Carl Merz modelliert hat, entspricht in keiner Weise dem Klischee des betulichen, liebenswerten Donau-Anrainers: Er ist ein unsympathischer Dickwanst mit talmigoldenem Wiener-Herzen auf dem unrechten Fleck; er geht mit biedermännischem Charme über Leichen, stets bereit zum Mitlaufen ("Mir warn ja immer unpolitisch").
Meditiert Qualtinger-Karl: "Andere, mein Lieber; die habn sich gsund gestessn ... I war ein Idealist ... Was war i? Bei der NSV ... a nationalsozialistische Volkswohlfahrt ... Da hat si kaner was denkt, wann er dazu gangen is ... Heut ist man ja aa überall ... bei der Gewerkschaft und 50 ..."
Bosheit an Bosheit fügend, läßt Qualtinger den Österreicher Karl mal beim Schutzbund, mal bei der Heimwehr, mal bei der SS schmarotzen, einen Juden zum "Gehsteigfegen" führen ("Irgendwer hätts ja wegwischen müssn") und vor den Amerikanern liebedienern. Die Erinnerung an die Anschlußepoche mag Karl "nicht missen".

Besonders diese Schilderung der Anschlußfreuden war es, die Österreichs Neupatrioten dem Kabarettisten Qualtinger übelnahmen. "Kaum ist Gras über die Sache gewachsen", dolmetschte ein Funktionär der österreichischen Fluggesellschaft "Austrian Airlines" nationale Bedenken, "da kommt so ein Kamel und frißt es wieder ab."
Vergebens bemühte sich der österreichische Rundfunk-Programmbeirat, das rechte Maß für die Beurteilung des Qualtinger-Stücks zu finden. Vorsitzender Professor Rudolf Henz:
"Viele haben viel gelacht, einige Mitglieder des Beirates waren ganz dafür, andere wieder halb dagegen, dann gab's welche, die waren halb dafür, und andere wiederum ganz dagegen."
In ähnliche Verlegenheit hatte Qualtinger, der fette Großmeister Wiener Kleinkunst, Österreichs Prominentenschar schon des öfteren gebracht. Als der Unterrichtsminister Hurdes einst zu einem Kampf gegen "Schmutz und Schund" aufrief, ließ Qualtinger von einer Hausfassade ein großes "U" abmontieren und schickte es Hurdes mit gebührender Empfehlung: Der Vokal "U" solle aus dem Alphabet gestrichen werden, da er doch in allen unsittlichen, unseriösen und unschönen Wörtern vorkomme.
Zu seinem jüngsten Streich äußerte sich Qualtinger unschuldsvoll. "Wer sagt denn", sprach er, "daß der Herr Karl ein typischer Österreicher ist?" Sein Stück sei den Karl-Typen schlechthin gewidmet, weil es "in dieser Zeit der Vertuschung und Beschwichtigung nicht schaden kann, den Kleinen vorzuspielen, wie klein sie sind".
Dennoch schlug die nationale Empörung in Österreich erneut empor, als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, daß Qualtingers Monodrama demnächst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden soll (14. März, Zweites Programm). Wieder fluteten Beschwerden in das Wiener Funkhaus. Tenor der Protestbriefe:
Derartiger Kultur-Export sei Verrat an Österreich. "Die Äußerung eines Politikers", berichtete der Wiener Fernsehdirektor Gerhard Freund, "daß ich dafür nach Sibirien gehöre, will ich vernachlässigen."
Immerhin trug Qualtinger dem nationalen Sentiment Rechnung: Eine Bühnenfassung des "Herrn Karl", mit der er im April in den Münchner Kammerspielen gastieren wird, weist Veränderungen auf. Da sich "die Münchner nicht ungetrübt darüber freuen sollen, wie mies die Österreicher sind", will der Kabarettist auch über den "Hilfszug Bayern" meditieren, dessen Gulaschkanonen beim Anschluß 1938 Hitlers Politik propagieren halfen.
Qualtinger, im Stile des Herrn Karl: "Mieslinge gibt es überall." ...<<

24.02.1962

BRD: Der "Evangelische Pressedienst veröffentlicht am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengeben müssen. ...
Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.
Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<

18.03.1962

Algerien: Durch den Waffenstillstand von Evian wird am 18. März 1962 der Algerien-Krieg (von 1954-1962) beendet.

März 1962

USA: Der afroamerikanische Bürgerrechtler Malcolm X (1925-1965, eigentlich Malcolm Little, Sprecher der 1930 in den USA gegründeten islamischen Bewegung "Black Muslims") erklärt im März 1962 während einer Diskussion an der Cornell Universität (x058/200-201): >>Während die Weißen in der Vergangenheit unbegrenzte Autorität und Herrschaft über die schwarze Menschheit ausübten, verlieren sie heute nach und nach das Vermögen, den Schwarzen allseitig Vorschriften zu machen.

Während die schwarzen Nationen noch gestern bei ihren eigenen Angelegenheiten nicht mitsprachen, so sprechen sie heute in ihren eigenen Angelegenheiten das entscheidende Wort, was bedeutet, daß die Stimme des weißen Mannes oder der weißen Welt täglich leiser und die Stimme der farbigen Welt täglich lauter wird. ...

... Die gleiche Rebellion, die gleiche Ungeduld, der gleiche Zorn, die in den Herzen der schwarzen Leute in Asien und Afrika vorhanden ist, existiert auch in Herz und Geist der 20 Millionen Schwarzen in diesem Lande, die genauso gründlich kolonisiert wurden wie die Menschen in Afrika und Asien.

Ich möchte betonen, daß sich Amerika lächerlich macht, in internationalen Konferenzen aufzustehen und sich als den Führer der freien Welt zu bezeichnen. Hier ist ein Land, Onkel Sam, das aufsteht und mit dem Finger auf die Portugiesen, auf die Franzosen und andere Kolonialisten zeigt, und in dem es andererseits 20 Millionen schwarze Leute gibt, die zu Bürgern zweiter Klasse verdammt sind.

20 Millionen schwarze Leute, die noch immer (von den Weißen) getrennt werden. ... Amerika predigt das eine und praktiziert das andere. Und (deshalb) wollen wir uns gar nicht mit Heuchlern zusammentun, die das eine predigen und das andere tun.

Der einzige Weg, das bestehende Rassenproblem zu lösen, besteht darin, die Gefühle der Massen, nicht die der Minderheit zu betrachten; die Mehrheit nicht die Minderheit. Und es ist erwiesen, daß die Masse der weißen Leute nicht wollen, daß die Neger mit Gewalt ihre Nachbarn werden, und die Masse der schwarzen Leute denkt nicht daran, daß dies eine Lösung sein könnte; es bleiben also als Befürworter der Integration nur die Negerminorität, wie ich sagte, die Bourgeoisie und die weiße Minderheit, die sogenannten weißen Liberalen übrig.

Aber der gleiche weiße Liberale, der offen bekennt, die Integration zu wünschen, zieht als erster aus, wenn der Neger in seine Nachbarschaft umzieht. ...

Wenn nun alle schwarzen Leute in die weißen Gemeinden umzögen, hätten wir über Nacht einen Rassenkrieg. Wenn schon 4 oder 5 kleine Studenten, die in New Orleans zur Schule gehen, einen Aufruhr erzeugen, wie wir ihn hier unten gesehen haben, was, glauben Sie, würde geschehen, wenn alle schwarzen Leute die Schule besuchten, die sie wollen?

Wir würden einen Rassenkrieg haben. Deshalb empfinden wir, daß unsere Auffassung ... vernünftiger ist, als hier herumzulaufen und darauf zu warten, daß die Weißen uns den Zutritt zu ihrer Mansarde oder ihrem Kellergeschoß erlauben. ...<<

02.04.1962

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten – darunter sind u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/91-94): >>1. Die Verfasser betonen im ersten Absatz des außenpolitischen Teils, niemand erwarte von der Bundesregierung, daß sie Ansprüche verschenke. ...

Sie fallen aber – wie es auch allgemein aufgefaßt wird – der Politik der Bundesregierung in den Rücken, indem sie das stalinistische Ulbricht-Regime unter Einbeziehung Ost-Berlins als selbständigen Staat anzuerkennen bereit sind.

Sie treten – weil dieses in ihren Augen nur ein "nationales Anliegen" ist – nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der Millionen Deutschen, die aus ihrer angestammten Heimat in un-

menschlicher Weise vertrieben wurden. Sie treten ferner nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der unter kommunistischem Joch in Unfreiheit lebenden osteuropäischen Völker.
Wir meinen:
Eine deutsche Außenpolitik darf nicht darauf abgestellt sein, das Selbstbestimmungsrecht nur dann zu fordern, wenn es nicht als "nationales Anliegen" gewertet wird, andererseits dieses Recht Millionen Deutschen zu verweigern. Das Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar. ...
2. Die Verfasser des Memorandums schlagen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete vor. Sie versprechen sich davon einerseits ein besseres Verhältnis zum kommunistischen Polen, andererseits hoffen sie, dadurch den sowjetischen Einfluß auf Polen schwächen zu können.
Wir meinen:
Eine deutsche Ostpolitik kann nicht allein aus dem Blickwinkel des Verhältnisses Deutschlands zu Polen betrachtet werden. aber auch hierbei unterliegen die Verfasser des Memorandums einem Wunschdenken, das durch keine Tatsachen gerechtfertigt ist. Tatsächlich beherrscht der Kreml das Warschauer Regime. ...
Allem Wunschdenken sei die Ansicht Gomulka-Polens entgegenzuhalten, die im Regierungsblatt des polnischen kommunistischen Regimes, der "Zycie Waszawy" wiedergegeben ist:
"Es gibt heute in Europa Politiker, die sich einbilden, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den Westen werde zu einer Lockerung der polnisch-sowjetischen Beziehungen beitragen. Diese Spekulationen können mit einem Wort bezeichnet werden: Irrtum!"
Im übrigen: Wehe dem polnischen Professor, der es im vorigen Jahrhundert, als Polen aufgeteilt war, gewagt hätte, den Glauben an eine nationale Einheit und Wiederherstellung der polnischen Nation als politische Illusion zu bezeichnen!
3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.
Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.
Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...
5. Wir Heimatvertriebenen bekennen uns zu einem neuen Europa. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Wir verzichten aber nicht auf unsere demokratischen Rechte, die zugleich Menschenrechte sind. ...
Jede irgendwie geartete "Verzichtspolitik" auf deutsches Land fordert zum schärfsten Protest von Millionen deutschen Heimatvertriebenen heraus. ...
7. Keiner der Unterzeichner des Memorandums ist von irgendeiner Stelle der evangelischen Kirche zu der von ihnen abgegebenen Stellungnahme legitimiert. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat erklärt, daß es sich bei dem Memorandum um eine Äußerung von Privatpersonen handele. ...
Um so begrüßenswerter ist es, daß der Ostkirchenausschuß in seiner Stellungnahme vom 5. März 1962 die Unterzeichner des Memorandums auf die Pflichten eines aufrechten Christenmenschen u.a. mit folgenden Worten hingewiesen hat:
"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<

05.05.1962

Äthiopien: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Mai 1962 über das afrikanische Entwicklungsland Äthiopien (x191/203): >>... Da in Äthiopien einem Mann mit einem Paar Ochsen und dem alten Hakenpflug höchstens die Bearbeitung von 4 Hektar möglich ist, kann die bäuerliche Familie nur 4 bis 5 Kinder ernähren.

Da nun aber die bessere ärztliche Fürsorge es ermöglicht, daß 9 bis 12 Kinder je Familie aufwachsen, kommen die Familien in Ernährungsschwierigkeiten.

Notwendig ist also, daß ärztliche Betreuung und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik parallel laufen, da sonst die Kinder nicht mehr an Krankheiten sterben, sondern vor Hunger. ...<<

01.06.1962

Israel: Adolf Eichmann (1906 in Solingen geboren) wird am 1. Juni 1962 im Gefängnis von Ramle, bei Tel Aviv, hingerichtet.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Adolf Eichmann (x051/140): >>Eichmann, Adolf, geboren in Solingen 19.3.1906, gestorben in Ramle bei Tel Aviv 1.6.1962 (hingerichtet), SS-Obersturmbannführer (9.11.41); aufgewachsen in Linz (Oberösterreich), abgebrochenes Maschinenbaustudium, Arbeiter, Vertreter, Mitglied bei Wandervogel und Jungfrontkämpferbund.

Durch Bekanntschaft mit Kaltenbrunner kam Eichmann am 1.4.32 zur österreichischen NSDAP und zur SS. In Bayern machte er 1933/34 eine militärische Ausbildung bei der SS-Verfügungstruppe und trat als SS-Scharführer am 1.10.34 ins SD-Hauptamt ein, wo er im "Judenreferat" Auswanderungsangelegenheiten bearbeitete.

Die Erfahrungen – Eichmann verhandelte mit zionistischen Funktionären, hatte sogar ein wenig Hebräisch gelernt und war 1937 auf Inspektionsbesuch in Palästina – kamen ihm zustatten, als er im August 38 mit dem Aufbau einer "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Wien beauftragt wurde: In weniger als anderthalb Jahren trieb diese 150.000 österreichische Juden zur Auswanderung.

Die nächste Position brachte weniger "Erfolge": Die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die Eichmann im Oktober 39 in Berlin übernahm, verlor im Krieg ihre Bedeutung. Auswanderung wurde durch Deportation ersetzt, und auch hier war Eichmann führend beteiligt:

Seit Dezember 39 im RSHA, Amt IV, Referat IV D4 für "Auswanderung und Räumung", dann im Referat IV B4 für "Judenangelegenheiten und Räumung" zuständig, wurde Eichmann zur zentralen Figur der Deportationen von über drei Millionen Juden aus dem gesicherten deutschen Machtbereich in die Vernichtungslager im Rahmen der sogenannten Endlösung der Judenfrage. Er besuchte Auschwitz, drängte verbündete Regierungen zur Auslieferung ihrer jüdischen Bürger, verhandelte mit Joel Brand über den – gescheiterten – Freikauf ungarischer Juden (1944) und organisierte auch vor Ort Transporte in die Todesfabriken.

Dennoch als v.a. Schreibtischtäter wenig bekannt, konnte Eichmann 1946 aus amerikanischer Gefangenschaft fliehen, mit kirchlicher Hilfe nach Argentinien entkommen und dort untertauchen (falscher Name u.a. Richard Klement); sogar der Nachzug der Familie gelang ihm.

Israelische Geheimagenten spürten ihn schließlich auf und entführten ihn nach Israel, wo er in einem aufsehenerregenden Verfahren (2.4. bis 11.12.61) vor Gericht gestellt und zum Tod verurteilt wurde.<<

03.07.1962

Algerien: Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle entläßt Algerien nach 132 Jahren Besatzung am 3. Juli 1962 in die Unabhängigkeit (x175/558).

05.09.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1962) berichtet am 5. September 1962

über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>**Tötet, tötet, tötet**
Vor bald zwei Jahren, am 25. November 1960, gab der Münchner Kindler Verlag im "Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" bekannt:
"Ilja Ehrenburg, der sowjetrussische Revolutionär, Romancier, Essayist und Propagandist, hat seine Memoiren geschrieben. Er, der Verfasser des 'Julio Jurenito' und des 'Tauwetters', war stets groß - und umstritten ... Der erste Band von Ehrenburgs Autobiographie erscheint in Kürze."
Der letzte Satz dieser Annonce erwies sich als voreilig: Erst jetzt, zwanzig Monate nach der Börsenblatt-Ankündigung, lieferte Kindler die Ehrenburg-Memoiren an den deutschen Buchhandel aus.
Erst jetzt können auch deutsche Leser - nach Russen, Engländern, Franzosen, Italienern und Dänen - zur Kenntnis nehmen, wie der heute 71jährige Stalinpreisträger, Weltfriedensrat-Vizepräsident und Rubelmillionär seinen nach eigenem Wort "an Schleifen reichen" Lebensweg interpretiert.
Ehrenburg, "In unserer Jahrhunderthälfte wechselten gar zu häufig die Bewertungen von Menschen und Ereignissen. ... Gedanken und Gefühle fügten sich unwillkürlich dem Einfluß der Umstände. ... Vergeßlichkeit war zuweilen ein Gebot der Selbsterhaltung."
Selbsterhaltung hat Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg, den sein Landsmann und Kollege Wladimir Majakowski einen "verschreckten Intelligenzler" nannte, stets vortrefflich zu üben gewußt. Dem Einfluß der Umstände hat er sich selten verschlossen.
Als die Weltwirtschaftskrise 1929 außer vielen anderen Unternehmen auch das literarische Ehrenburg-Geschäft im Westen ruinierte, kehrte der kosmopolitische Montparnasse-Habitué aus dem geliebten Paris, in dem er, mit Unterbrechungen, seit 1909 zu Hause war, in das von ihm vorher durchaus kritisch beurteilte Reich Stalins zurück, wo ihm staatlich dirigierte Großauflagen winkten. Die revolutionäre Epoche der Sowjetkunst wurde liquidiert: Majakowski beging Selbstmord, Isaak Babel verschwand - er wurde wahrscheinlich umgebracht -, und Ehrenburg erkannte, daß "nicht alles (so) kommt, wie man es sich gedacht hat". Er schrieb schlechte, aber linientreue Bücher und überlebte.
In seinem Roman "Der Fall von Paris" (1941) verschwieg er den Pakt Stalins mit Hitler; sein enthusiastisches Lob Titos in dem Roman "Sturm" (1947) ließ er aus späteren Auflagen entfernen. Im Krieg appellierte er an die Verbundenheit aller Juden der Welt und forderte sie zur Unterstützung der Sowjet-Union auf, nach dem Krieg attackierte er in der "Prawda" Zionisten und "heimatlose Kosmopoliten". 1952 ließ Stalin mehrere russische Schriftsteller jiddischer Sprache töten - der russisch-jüdische Schriftsteller Ehrenburg überlebte auch Stalins Antisemitismus.
Nach Stalins Tod war Ehrenburg termingerecht mit der Erzählung "Tauwetter" zur Stelle. Heute widmet er sich der Rehabilitierung lang verfemter russischer Schriftsteller. "Ehrenburg", so urteilte der amerikanische Literarhistoriker Gleb Struve, "spielte fast zu allen Zeiten die Rolle des offiziellen Stimmungsbarometers" in der Sowjet-Union.
"Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit", erkennt der überlebenstüchtige Memoiren-Autor heute. "Ich blieb am Leben."
Begründung: "Weil es Zeiten gibt, da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie, sondern einem Lotteriespiel gleicht."
Autobiograph Ehrenburg memoriert, teils geist- und aufschlußreich, teils flüchtig generalisierend, seine Begegnungen oder Freundschaften mit Picasso und Pasternak, Majakowski und Modigliani, Joyce und Jessenin, Lenin und Leger und vielen anderen Zelebritäten des Jahrhunderts. Er preist Paris ("Diese Stadt hat mich überwältigt") und schmäht das Berlin der zwanziger Jahre ("Apostel des Amerikanismus"). Künstlerisch liberal, politisch stets linientreu, verteidigt er Picasso gegen das Banausentum des "sozialistischen Realismus", lobt er

Picasso, weil auch "1956" - gemeint ist das sowjetische Eingreifen in Ungarn - nichts dessen "Vertrauen in die Sowjet-Union erschüttern konnte".
Der erste Band der Ehrenburg-Erinnerungen, den der Kindler Verlag jetzt an die Buchhandlungen auslieferte, reicht bis zum Jahr 1934. In der Moskauer Zeitschrift "Nowy Mir", die seit 1960 die Memoiren vorab druckt, sind unlängst bereits Ehrenburgs Aufzeichnungen über die späteren Jahre des Stalin-Terrors bis zum Kriegsausbruch erschienen. Kindler will diese Kapitel später ebenfalls veröffentlichen.
Daß sich die Publikation des ersten Ehrenburg-Bandes in Deutschland verzögerte, hat seinen Grund: Der Sowjet-Autor ist deutschen Lesern weniger als Verfasser des satirisch-anarchistischen Romans "Julio Jurenito" (1922) und der antistalinistischen Erzählung "Tauwetter" (1954), auch nicht so sehr als Freund Picassos und Fürsprecher künstlerischer Liberalisierung in der Sowjet-Union bekannt, sondern vielmehr als angeblicher Urheber eines Aufrufs zur Schändung deutscher Frauen. Ehrenburg soll gegen Ende des Krieges die Sowjet-Soldaten angespornt haben:
Tötet, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht! Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute. Tötet, ihr tapferen, vorwärtsstürmenden Rotarmisten!
Ehrenburg - hat seine Urheberschaft an derlei Aufrufen mehrfach bestritten, so gegenüber dem SPIEGEL: "Wenn jemand - beweist und zeigt, wo ich das geschrieben habe - die Frauen zu vergewaltigen -, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor den Überresten Hitlers. Ich habe das niemals geschrieben. Ich bin kein umgekehrter Rassist."
Mindestens seit zehn Jahren, seit der Autor Walter Görlitz den Schändungsaufruf in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" zitierte und kommentierte " (Ein Aufruf, der alle Verstöße - gegen das Völkerrecht, - welche sich das nationalsozialistische Regime hatte zuschulden kommen lassen ... in seiner Scheußlichkeit verblassen ließ"), wird dieser Text dem Sowjet-Autor Ehrenburg in Deutschland immer wieder öffentlich angelastet. Als Görlitz-Zitat wird er auch im "Internationalen Biographischen Archiv" angeführt, dem sogenannten Munzinger-Archiv; das viele deutsche Zeitungen als biographische Auskunftsquelle benutzen.
Kindlers Ehrenburg-Publikation ließ den Schändungsappell jetzt wiederum in deutschen Zeitungsspalten auftauchen. Einige Blätter zitierten den Text in oder zu ihren Rezensionen der Autobiographie. Lingenbrink, eine der größten westdeutschen Kommissionsbuchhandlungen, die Buch-Einzelhändler beliefern, lehnte den Vertrieb der Ehrenburg-Erinnerungen unter Hinweis auf den Vergewaltigungsaufruf ab. Die "Deutsche Soldaten-Zeitung" beurteilte, ihrem Moralempfinden entsprechend, die Veröffentlichung der Memoiren sogar als einen "Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes".
Die "Zeit" fragte: "Können wir uns Ilja Ehrenburg leisten?" und ließ unter anderen den Schriftsteller Martin Walser antworten: "Die Rote Armee mußte nicht von einem Literaten aufgehetzt werden. Es genügte wohl, den Rotarmisten mitzuteilen, wie sich unsere Spezial - Einheiten in der Sowjet-Union vorwärts mordeten. Aber zweifellos: Ein Deutschenhasser ist er. Soll ich ihn deshalb mit weniger Interesse lesen? Bin ich verpflichtet, zurückzuhassen?"
Dem Verleger Helmut Kindler war die Ehrenburg zugeschriebene Vergewaltigungsparole bereits Ende 1960, auf seine Börsenblatt-Annonce hin, von empörten Konsumenten vorgehalten worden. Kindler trug den Protesten Rechnung:
Am 27. Januar 1961 ließ er im "Börsenblatt" wissen, "staatsbürgerliche Bedenken" hätten den Verlag bewogen, Ehrenburgs Äußerungen während des Zweiten Weltkrieges zu überprüfen und die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung der Memoiren vom Ergebnis dieser Prü-

fung abhängig zu machen.
Der Münchner Verleger befand sich in ähnlicher Lage wie einige Monate vorher der Wiener Vizebürgermeister Mandl, der im April 1960 den Volkszorn zu spüren bekam, weil er Ehrenburg zu einem ostwestlichen Kulturmeeting in die österreichische Hauptstadt eingeladen hatte (SPIEGEL 16/1960).
Mandl verteidigte sich damals, indem er auf Ehrenburgs schon früher abgegebenes Dementi hinwies - Ehrenburg:
"Ich habe diesen Aufruf nie geschrieben. Ich fordere wen auch immer heraus, mir das Original einer russischen Zeitung, Zeitschrift oder sei es auch nur eines Flugblattes vorzulegen, in dem dieser schandbare Aufruf enthalten ist."
Ein Original des laut Görlitz millionenfach als Flugblatt verbreiteten Schändungsaufrufs war nicht aufzutreiben.
Ebenso unbeweisbar wie Ilja Ehrenburgs Urheberschaft blieb aber auch die Urheberschaft des NS-Propagandaministers an diesem Aufruf. Ehrenburg: "Ich wußte es schon während des Krieges, als Dr. Goebbels die geradezu teuflische Idee hatte, einen solchen Aufruf zu fabrizieren und ihn mit meinem Namen zu unterschreiben."
Hätte Goebbels wirklich den Aufruf zu Propagandazwecken erfunden, wäre der Text damals weidlich in der parteioffiziellen Presse ausgeschlachtet worden.
Das Münchner "Institut für Zeitgeschichte" jedoch, das der Wiener Vizebürgermeister um Aufklärung gebeten hatte, konnte dem Hofrat Mandl nichts anderes mitteilen, als es schon 1957 dem Auswärtigen Amt in Bonn auf Anfrage berichtet hatte: "Bemerkenswerterweise fanden wir den Aufruf auch nicht im Völkischen Beobachter, den wir von Juli 1944 bis April 1945 durchgesehen haben."
Auch in den beim "Institut für Zeitgeschichte" archivierten dokumentarischen Unterlagen, die der Schriftsteller und "Quick-Autor" Jürgen Thorwald für sein Buch "Es begann an der Weichsel" benutzt und dem Institut überlassen hatte, fand sich kein Beleg für die Schändungsparole.
Das Thorwald-Buch, 1950 im selben Steingrüben-Verlag erschienen, in dem 1952 "Der Zweite Weltkrieg" von Walter Görlitz herauskam, wurde von Görlitz erst kürzlich noch als Quelle für sein Ehrenburg-Zitat benannt. Tatsächlich aber kommt das Zitat, so wie Görlitz es anführt, in dem Thorwald-Bericht nicht vor. Thorwald erwähnt einen zwar ähnlichen, aber kürzeren angeblichen Aufruf Ehrenburgs:
Tötet, ihr Rotarmisten, tötet! Denn es gibt nichts, was an den Faschisten unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht. Tötet!
Die von Görlitz zitierte Vergewaltigungsparole - "Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der-germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute" - fehlt bei Thorwald. Auf die Frage des SPIEGEL, woher er denn, wenn nicht von Thorwald, sein Ehrenburg-Zitat habe, erklärte der Weltkriegshistoriker und "Welt-Redakteur" ("Griff in die Geschichte") Walter Görlitz, möglicherweise habe er es dem nach Kriegsende erschienenen Buch "Im besiegten Deutschland" eines geflüchteten Rotarmisten namens Sabik Wogulow entnommen.
Diese Schrift soll, wie die "Deutsche Soldaten-Zeitung" schrieb, in russischer Sprache gedruckt worden sein und in russischen Emigrantenkreisen zirkuliert haben. Görlitz glaubt sich zu erinnern, sie deutsch gelesen zu haben. Vielleicht, erklärte der Historiker, habe er sein Zitat aber auch aus einem Zeitungsartikel.
Das Institut für Zeitgeschichte betreibt seine Ehrenburg-Forschung seit 1956: Damals fragte die Evangelische Akademie Loccum wegen der Schändungsorder an - ohne Erfolg.
Zwar wollen sich heute noch viele ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere fest daran erinnern, an der Ostfront einen Ehrenburg-Aufruf zur Vergewaltigung deutscher Frauen entweder in erbeutetem russischem Propaganda-Material gelesen oder aus sowjetischen Frontlautspre-

chern gehört oder durch die Vernehmung gefangener Rotarmisten erfahren zu haben. So schrieb ein ehemaliger Stabsoffizier der "Wehrmacht-Heeresgruppe Mitte" Ende 1960 an das Bundesarchiv in Koblenz, das ebenfalls Ehrenburg-Recherchen betreibt:
"Ich erinnere mich genau, daß wir meines Erachtens verschiedene Flugblätter von Ilja Ehrenburg bei der Heeresgruppe Mitte bekommen hatten. Daß dabei von flachshaarigen, Frauen als 'Beute' die Rede war, steht außer Zweifel."
Indes, ein dokumentarischer Beleg für den Schändungsappell konnte bislang von niemandem beigebracht werden. Die Archivarin des "Instituts für Zeitgeschichte", Hildegard von Kotze, erklärt: "Wir haben uns an alle in Frage kommenden Institute, des In- und Auslandes, überhaupt an alle erdenklichen Stellen und Personen gewandt, aber wir haben bis heute nichts: über die Herkunft dieses Zitats gefunden."
Eine andere Auskunft konnte das Münchner Institut schließlich auch dem staatsbürgerlich besorgten Verleger Kindler nicht erteilen. Da auch alle anderen Stellen, die Kindler befragt hatte - unter anderem Bundesverteidigungsministerium, Bundespresseamt, Institut zur Erforschung der UdSSR, Rias, Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Osteuropa-Institut, Harvard University und Wolfgang Leonhard -, die Urheberschaft Ilja Ehrenburgs an dem Schändungsaufruf nicht nachweisen konnten, mochte Kindler die Ehrenburg-Memoiren dem deutschen Publikum nicht länger vorenthalten, zumal inzwischen der Münchner Goldmann Verlag mit einer eigenen Übersetzung der Ehrenburg-Erinnerungen, verteilt auf mehrere Taschenbücher, Kindler zuvorkommen wollte.
So ungewiß also nach wie vor ist, ob Ilja Ehrenburg speziell zur Schändung deutscher Frauen aufgerufen hat, so wenige Zweifel bestehen andererseits, daß er die Rote Armee im "Großen Vaterländischen Krieg" mit nicht gerade zimperlichen Parolen angefeuert hat.
Gewiß nicht als einziger Sowjet-Schriftsteller, aber doch wohl als einer der prominentesten, erfüllte er das Soll, das die Zeitschrift des Sowjetischen Schriftstellerverbandes, "Literatur und Kunst", 1942 vorgeschrieben hatte: "Wie nie zuvor ist heute die aktivierende Funktion der Kunst von größter Wichtigkeit; sie besitzt die unschätzbare Fähigkeit, die Menschen zum Kampfe anzufeuern. ... Sie sollte zu einer Waffe in der Hand der Soldaten werden ... den Ruf nach Rache erschallen lassen."
Dieser staatlich vorgezeichneten Linie treu, aber wohl auch aus vollem Herzen, animierte der Literatur-Aktivist Ehrenburg die Sowjetkrieger zum Beispiel:
- "Wenn du im Laufe des Tages nicht wenigstens einen Deutschen getötet hast, ist dein Tag verloren."
- "Man muß hundert Deutsche töten, damit hundert andere sich besinnen ... Man muß zehntausend Deutsche töten, damit hundert Schwankende sich gefangen geben."
- "Der Deutsche hat kein Mitleid mit russischen Kindern, der Deutsche hat Mitleid nur mit sich selbst ... Man muß dem Deutschen zeigen, was der Krieg auf deutschem Boden bedeutet."
- "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen".
Ehrenburg zum SPIEGEL: "Als die Nazi-Armee in unser Land einfiel, dachten unsere Soldaten, daß die deutschen Arbeiter und Bauern gezwungen worden seien, daß nur die Generäle gegen uns sind, daß man die Ankunft der Soldaten abwarten müsse, um sich gleich mit ihnen zu verständigen. Hätten wir in diesem Augenblick nicht erklären können, daß die Mehrzahl der Deutschen Hitler unterstützte, hätten wir unsere Armee nicht zum wirklichen militärischen Widerstand aufrufen können."
Ehrenburgs Kampf-Appelle wurden den Rotarmisten per Zeitung, Flugblatt und Rundfunk nahegebracht oder von Offizieren vorgelesen. Nach Auskunft eines DDR-Lexikons avancierte Ehrenburg damals zu einem "Lieblingsschriftsteller der Sowjet-Armee", und die Ostberliner Schriftstellerin Anna Seghers erinnerte zum 70. Geburtstag Ehrenburgs im "Neuen Deutschland" daran, "daß die Soldaten der Roten Armee aus den Zeitungsblättern, auf denen seine

Artikel standen, keine Zigaretten drehten".
Der Propagandist hat freilich auch den Undank des Vaterlandes zu spüren bekommen. Schon kurz vor dem Fall von Berlin - Stalin verkündete damals: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt bestehen" - wurde Ehrenburg vom Agitprop-Chef Georgij Alexandrow in der "Prawda" gerügt, seine Kriegsartikel seien "falsch konzipiert" und stellten "eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Faschismus und Rassenhasses" dar.
In drei je 400 Seiten starken Bänden mit dem Titel "Krieg" wurde dennoch Ehrenburgs Propaganda-Prosa, von 1942 bis 1944 gesammelt, in Moskau gedruckt. Aus diesen Bänden nahm unlängst die Münchener "Deutsche Soldaten Zeitung" das Material für eine selbstgerecht und ohne Rücksicht auf die Leistungen deutscher Besatzer im Osten kommentierte "Dokumentation über den größten Mordhetzer der Weltgeschichte: Ilja Ehrenburg".
Das rechtsradikale Blatt zitierte seitenlang drastische Stellen im Faksimile - etwa Ehrenburgs Mahnung: "Jetzt gibt es keine Bücher, keine Liebe, keine Sterne, nichts außer dem einzigen Gedanken: die Deutschen zu töten. Sie alle zu töten. Zu vergraben."
Auch für die spezielle Geringschätzung, die Ehrenburg deutschen Frauen entgegenbrachte, finden sich in den "Krieg-Bänden" Beispiele. So schrieb Ehrenburg: "Gretchen ist die Muse des Raubes ... Wenn Hitler in einer Münchner Bierkneipe den Raub verherrlicht und sich damit brüstet, daß die Deutschen die Ukraine beraubten, dann spricht mit seinem Mund auch das blonde, Lockere, unersättliche Gretchen!"
Oder: "So wie die Fritzen sind auch die Gretchen. Für diese egoistischen, stumpfen Weibchen kann man kein anderes Wort finden als nur 'gewissenlos'. Natürlich singen sie sehr gern Romanzen über 'deutsche Liebe' und 'deutsche Treue', aber sie paaren sich mit dem ersten besten."
Solche und ähnliche Stilproben des Schriftsteller Ilja Ehrendburg, der sich in seien Memoiren über die verderbliche Wirkung nationaler Vorurteile verbreitet ("Friedliche Koexistenz ... ist ohne gegenseitige Aufgeschlossenheit undenkbar"), reichten der "Deutschen Soldaten-Zeitung" aber noch nicht aus: In der vierten Folge ihrer Ehrenburg "Dokumentation" mischte sie unter die authentischen Ehrenberg-Zitate auch den Schändungsaufruf - freilich ohne Faksimile-Abdruck.
Auf Anfrage erklärte der Chefredakteur der "Soldaten-Zeitung", Dr. Gerhard Frey: Faksimiles der "Krieg-Buchseiten" seien nur anfangs veröffentlicht worden, in den späteren Folgen habe die Redaktion "aus Platzgründen und um den Leser nicht zu langweilen" darauf verzichtet. Für alle in der "Soldaten-Zeitung" veröffentlichten Ehrenburg-Texte, versicherte Dr. Frey, seien aber dokumentarische Belege vorhanden.
Der Beleg für den Schändungsaufruf jedoch war trotz intensiver Nachsuche in der Redaktion der "Soldaten-Zeitung" nicht mehr aufzufinden.<<

22.10.1962

Kuba: Die USA blockieren am 22. Oktober 1962 Kuba, um die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen zu verhindern (internationale Kubakrise).
US-Präsident Kennedy berichtet am 22. Oktober 1962 während einer Fernsehansprache (x243/94): >>... Im Laufe der letzten Woche haben eindeutige Beweise die Tatsache erhärtet, daß derzeit auf dieser unterdrückten Insel (Kuba) mehrere Anlagen für Angriffsraketen errichtet werden. Der Zweck dieser Anlagen kann nur darin bestehen, die Möglichkeit eines Atomschlags gegen die westliche Hemisphäre zu schaffen. ...
Wir werden das Risiko eines weltweiten Atomkriegs nicht voreilig ohne Not eingehen, ... wir werden dieses Risiko aber auch nicht scheuen, falls es zu irgendeinem Zeitpunkt eingegangen werden muß. ...<<
Nach 6 dramatischen Tagen lenkt die UdSSR fast im letzten Moment ein. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow verspricht schließlich, die bereits errichteten nuklearen Ra-

ketenstützpunkte wieder abzubauen.
Das US-Magazin "Newsweek" berichtet damals über die dramatische Phase der Kubakrise (x073/292): >>... "Als ich zum Kommandoposten (des Pentagon = Gebäude im US-Verteidigungsministerium in Arlington/Virginia) hinunterstieg", erinnert sich ein Luftwaffenhauptmann, "hatte ich ein Gefühl wie nie zuvor. Ich fragte mich, ob ich je meine Frau und meine Kinder wiedersehen würde. Ich fühlte, daß wir dem Krieg nahe waren". ...
Unten auf dem Boden des Raumes kontrollierten 7 Offiziere und Sergeanten den Druckknopf zum Kriege – die Leitungen, die das weltweite Überwachungssystem mit dem Präsidenten, dem Verteidigungsminister und den vereinigten Stabschefs verbanden.
Ein Offizier und ein Sergeant trugen Pistolen vom Kaliber 38, gefährlich aussehende Dinger, mit abgeschnittenem, stupsnasigem Lauf und knöchernem Griff – Waffen, die ausschließlich dazu bestimmt waren, jedes Mitglied des Teams zu erschießen, das unter dem seelischen Druck zusammenzubrechen oder den Krieg in einer hysterischen Panik vom Zaune zu brechen drohte. 2 Offiziere trugen Schlüssel mit Plastikschildern um den Hals.
Sollte Präsident Kennedy das Sirenensignal mit Defcon 1 (Verteidigungsfall) geben, dann würden sie die Schlüssel von ihren Hälsen lösen, getrennte Schlösser von einem roten 60 mal 15 cm großen Kasten öffnen, 12,5 Quadratzentimeter große Plastikbeutel herausnehmen, sie öffnen und an alle strategischen Luftstreitkräfte von Alaska bis Guam, von Spanien bis England einen gleichlautenden Befehl erteilen: "Kriegsausbruch!" ("Go to war!")
"Wir kamen ungemütlich nahe daran, die Sirenen zu hören", sagte letzte Woche ein Offizier, der in jenen Tagen im Kriegssaal saß.
"Wenn Chruschtschow den falschen Zug gemacht hätte und eine seiner Mittelstreckenraketen auf unser Land gefeuert hätte, würden die strategischen Luftstreitkräfte sofort losgeschlagen haben."
Die Meldeschirme im Kriegssaal zeigten in jener Woche, daß 90 B-52-Bomber, beladen mit 25- bis 50-Megatonnen-Bomben, ununterbrochen über dem Atlantik kreisten und auf den Angriffsbefehl warteten. Auf dem Boden standen weitere beladene B-52, 800 leichte B-47 und 70 modernste B-58 Hustlers startklar. 8 Polaris U-Boote im Nordatlantik hatten ihre 128 Raketen auf Rußland gerichtet. Im Mittelmeer und im Gelben Meer standen an Deck der Flugzeugträger der 6. und 7. Flotte nukleare Bomber bereit. Und in den USA standen 102 Atlas, 54 Titan und 12 Minuteman (interkontinentale Raketen) auf ihren Startrampen.
Dann zuckte Chruschtschow zurück. Die Männer im Kriegssaal atmeten tief durch: die Welt konnte eine Weile weiterleben. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Blockade Kubas (x068/322-323): >>... Im Sommer 1962 beschlossen Chruschtschow und Castro russische Raketen auf Kuba zu stationieren. Nun hatten zwar bisher die USA schon viele solche Basen im Ausland installiert, noch nie aber die Russen. Als verstärkte Aufklärungsflüge über Kuba im Herbst den Bau von Boden-Luft-Raketenbasen einwandfrei erwiesen, entschloß sich Kennedy schnell, die Raketen so oder so verschwinden zu lassen. Fieberhaft suchte das Weiße Haus nach einer Lösung und entschied sich für eine Seeblockade, um sowohl weitere Lieferungen zu verhindern als auch den Abzug bereits gelieferter Raketen zu erzwingen.
Am 22. Oktober brandmarkte Kennedy in einer Fernsehansprache an die Weltöffentlichkeit die Schaffung einer "nuklearen Schlagkraft gegen die westliche Hemisphäre". Er verlangte mit aller Entschiedenheit die Beseitigung der Bedrohung, den Abbau der Rampen, appellierte an Ministerpräsident Chruschtschow, "diesen Weg zur Weltherrschaft aufzugeben", und verhängte eine "Quarantäne" (ein milderer Ausdruck für Blockade, die eigentlich schon als Kriegshandlung gilt) für alle Waffenlieferungen nach Kuba.
Es war die gefährlichste politische Krise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die ganze

Welt befand sich in Erregung, man stand am Rand eines amerikanisch-sowjetischen Krieges.
Bertrand Russell, der Philosoph und Nobelpreisträger für Literatur (1950), nannte Kennedy "ruchloser als Hitler" und drahtete ihm: "Wir wollen keinen Massenmord. ... Stellen Sie diesen Wahnsinn ein". Chruschtschow bat er um weitere Entspannungsbemühungen und telegraphierte ihm: "Wir setzen unsere größte Hoffnung in ihre fortgesetzte Nachsicht"!
Der Kreml, durch die schnelle Entdeckung der Raketenbasen offensichtlich überrascht, gab seinen Willen zu einer friedlichen Regelung deutlich zu erkennen. Die in Kuba zunächst befindlichen sowjetischen Schiffe ändern ihren Kurs und drehen ab. Chruschtschow schreibt einlenkend an Kennedy. Dieser begrüßt postwendend "die Bekundung Ihres Wunsches, eine rasche Lösung zu suchen".
Chruschtschow macht zwei Angebote zum Abbau der Raketenbasen, entweder keine (amerikanische) Landung auf Kuba oder Entfernung der amerikanischen Raketenbasen in der Türkei. Kennedy entscheidet sich für das erste. Er verzichtet auf eine Invasion und bietet die Beendigung der Quarantäne an. Chruschtschow antwortet, daß die Waffen, "die Sie als offensiv bezeichnen", abgebaut und in die Sowjetunion zurückgebracht werden. Kennedy stimmt dieser Rückzug begreiflicherweise sehr zufrieden. Es ist der 28. Oktober ...<<

21.11.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (47/1962) berichtet am 21. November 1962 über das "befreite" Österreich: >>**50 Jahre fehlen**
Die Bürgerschaft eines demokratischen Staates wächst hier mit derselben Vorbildung heran", grollte der Wiener "Express", "die ein Buschneger beim ersten Betreten einer europäischen Großstadt besitzt."
Dieses harte Urteil galt der Art, in der die Schulen der neutralen Alpenrepublik der unbewältigten Vergangenheit ihres Staates ausweichen: Die letzten 50 Jahre österreichischer Geschichte werden schamhaft totgeschwiegen.
Für mindestens 70 von 100 Abiturienten, die beim Eintritt ins österreichische Bundesheer den Eid auf die Republik schwören, endet - trotz der jüngst beschlossenen Schulreform - das historische Wissen mit dem Sturz der Habsburger Monarchie.
Über die nachfolgenden Ereignisse, die politischen Leidenschaften, die Österreich nach 1918 zu einem Staat wider Willen machten und in die Kettenreaktion Bürgerkrieg-Faschismus-Nationalsozialismus stießen, breiten die Lehrkräfte mildes Schweigen.
Ergebnis solcher Behutsamkeit ist eine nationale Unbildung, deren erschreckendes Ausmaß eine Umfrage des Wiener "Kurier" enthüllte: Die Zeitung befragte 30 Realgymnasiasten einer Wiener Abiturklasse nach dem "bedeutendsten Ereignis aus der österreichischen Geschichte des Jahres 1934".
Sieben der Befragten nannten richtig die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch nationalsozialistische Putschisten, einer entsann sich des Bürgerkrieges zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.
Die übrigen 22 Primaner tappten hilflos durch das Quiz. Einer schlug den Brand des Justizpalastes vor (1927), ein anderer wähnte, die Uno sei damals in den Völkerbund aufgenommen worden, neun hatten keinerlei Ahnung, ließen sich aber leicht überreden, 1934 als das Jahr der Abtrennung Südtirols (1919) zu betrachten.
So viel Unwissen veranlaßte Österreichs Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, "energisch an die Einhaltung des Lehrplanes zu erinnern, der einen gegenwartsbezogenen Überblick über den Verlauf der allgemeinen Geschichte vorschreibt".
Das Ministerium mahnte die säumigen Lehrer, künftig den korrekten Abschluß des historischen Unterrichts anzustreben.
Dem Einwand der Lehrkräfte, der aktuelle Geschichtsunterricht scheitere an "zuviel Stoff für zuwenig Zeit", begegnete der Minister mit der Parole "'Habt Mut zu Lücken". Er nehme,

meinte Drimmel, kleinere Wissensmängel bei den Punischen Kriegen gerne in Kauf, wenn statt dessen das Wissen über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts vermehrt werde.
Doch Drimmels Ermunterungen nutzten wenig. Wiens Landesschulinspektor Dr. Ernst Mayer, der - selbst Historiker - die Durchführung des Erlasses kontrollieren sollte, resigniert achselzuckend: "Ich habe auch seither keine höhere Jahreszahl als 1918 gehört."
Das ist freilich nicht allein die Schuld der Lehrkräfte an Österreichs höheren Schulen. Das Dilemma beginnt bereits mit der fragmentarischen Ausbildung der Pädagogen. Ahnungslos betraten sie einst als Abiturienten die Universität, und ahnungslos passierten sie Jahre später auch die Lehramtsprüfung.
Denn: Erst seit 1957 kann der angehende Historiker an der Wiener Hochschule - freiwillig - die Zeitgeschichte ab 1918 studieren. Vorher gab es dafür keinen Lehrstuhl.
Dazu Landesschulinspektor Mayer: In Wien hinken die Vorlesungen der Historischen Fakultät traditionsgemäß 30 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Wenn dann noch 20 Jahre seit dem Ende seines Studiums vergangen sind, hat der Geschichtslehrer ein Wissensvakuum von 50 Jahren."
Den Schulmännern macht obendrein die mangelnde innere Distanz zu den (selbst erlebten) Ereignissen der Zeitgeschichte zu schaffen. "Man muß verstehen", erläuterte Minister Drimmel, "daß jeder Historiker selbst am eigenen Leib die Narben der Vergangenheit trägt und fürchtet, sie aufzureißen."
An diese kaum vernarbten Wunden wagt auch kein österreichisches Geschichtslehrbuch zu rühren. Der offizielle historische Lehrbehelf für die Abschlußklasse hat zwar sechs Autoren, aber keine Meinung. Das Büchlein entstand während der Besatzungszeit, als jedes Schulbuch einer Kommission der Besatzer vorzulegen war. Nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 unterblieb eine Neufassung, da man sich bis heute nicht auf ein proporzgerechtes schwarzrotes Autoren-Duo einigen konnte. So wird weiterhin nach einem Provisorium gelehrt und gelernt, das die Ereignisse der letzten 50 Jahre in wenigen unverbindlichen Sätzen zusammenfaßt, so etwa
- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von 1927: "Trotz dem Eingreifen besonnener Arbeiterführer konnten Übergriffe nicht verhindert werden. (Brand des Justizpalastes, 15. Juli 1927). Die Regierung Seipel ließ unter Opfern die Ruhe durch den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte wiederherstellen."
- Juliputsch von 1934: "Bei einem gewaltsamen Versuch der Nationalsozialisten, die Macht an sich zu reißen, wurde Bundeskanzler Dollfuß in seinem Amt ermordet."
- Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938: "Obwohl Bundespräsident Miklas nach längerer Weigerung den Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart zum Kanzler ernannte, besetzten dennoch die deutschen Truppen das ganze Land (Okkupation)."
Mit solch dürftigen Formulierungen werden die Unglücksjahre der Ersten Republik beschrieben. Der junge Österreicher erfährt aus seinem Geschichtsbuch nichts über die schwerbewaffneten Parteigarden, mit denen sich in den Jahren von 1927 bis 1934 die christlichsoziale Regierung und die sozialdemokratische Opposition zeitweise in offenem Bürgerkrieg bekämpften.
Über die Entwicklung, die zu dem dramatischen Versuch der österreichischen Gefolgsleute Hitlers führte, schon im Juli 1934 mit Gewalt die Angliederung an das Reich zu erzwingen, hört er ebensowenig wie über die Ereignisse des Anschluß-Jahres 1938.
Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation. ...<<

02.12.1962

DDR: Walter Ulbricht erklärt am 2. Dezember 1962 während einer SED-Konferenz in Cott-

bus (x300/177): >>... Wir waren schon 1945 für eine konsequente Politik des Friedens, der Demokratie und der Einheit ganz Deutschlands ... obwohl wir nicht annahmen, daß die KPD unter diesen Bedingungen eine Mehrheit in Gesamtdeutschland bekommen hätte.
Damals waren wir eingestellt auf 10, 20, 30 Jahre. Wir haben uns bereit erklärt, das Risiko einzugehen, das selbstverständlich, mit einem so komplizierten Kampf unter den Bedingungen einer amerikanisch-britisch-französischen Besatzung in Westdeutschland verbunden war.<<

12.12.1962

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow erläutert am 12. Dezember 1962 in einer Rede vor dem Obersten Sowjet die These vom "Papiertiger" (x128/78): >>... Es ist natürlich richtig, daß sich die Natur des Imperialismus nicht verändert hat, und dennoch ist der Imperialismus heute schon nicht mehr das, was er früher war, als er ungeteilt über die Welt herrschte.
Wenn er heute ein "Papiertiger" ist, so wissen diejenigen, die so sprechen, daß dieser "Papiertiger" Atomzähne hat. Er ist in der Lage, diese Zähne zu gebrauchen, und man darf sich ihm gegenüber nicht leichtsinnig verhalten.
Es ist in den Beziehungen zu den imperialistischen Ländern möglich, gegenseitige Kompromisse einzugehen, andererseits muß man über alle Mittel verfügen, um die Aggressoren zu zerschmettern, wenn sie einen Krieg entfesseln sollten.<<

1962

BRD: Der deutsche Journalist Diether Stolze (1929-1990) schreibt im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.
Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.
Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 230 Milliarden Mark (im Jahr 1961).
Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.
Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.
In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.
Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg (1938: 10,5 Millionen Wohnungen).
So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frank-

reich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.
... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.
Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.
Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<
In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.
Im Jahre 1962 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x076/272-273, x069/208-209): >>Auf der Konferenz von Potsdam (Juli/August 1945) ... siegte die russische Auffassung von der deutschen Ostgrenze. Das Gebiet östlich der Oder und Neiße wurde nicht als Besatzungszone anerkannt, - wie die Westmächte ursprünglich gewollt hatten -, sondern unter polnische und das nördliche Ostpreußen unter russische Verwaltung gestellt. Die endgültige Regelung der Grenzen wurde einem später zu schließenden Friedensvertrag vorbehalten. ...
Die Westmächte hatten damit also ihre Zustimmung dazu gegeben, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße "vollendete Tatsachen" geschaffen wurden. Die Bestimmung, daß der endgültige Verlauf der Grenze erst in einem späteren Friedensvertrag festgelegt werden sollte, war ein "papierener Vorbehalt".
Die Vertreibung der Deutschen erfolgte auch nicht in menschlicher Weise; vielmehr sind etwa 2 Millionen Deutsche aus diesen Gebieten in den Jahren 1945 bis 1947 umgekommen. ...
Die Beschlüsse der Konferenz von Potsdam bestimmen in ihren Inhalten wie in ihren Folgen die Entwicklung Deutschlands bis heute. Die Konferenz hat tiefer in das Leben unseres Landes eingegriffen als der Versailler Vertrag; ihre letzten Folgen sind heute nicht absehbar.
Die Grenzziehung im Osten und die Austreibung von 8,8 Millionen Deutschen schuf das Flüchtlingsproblem und trübt bis heute das deutsch-polnische Verhältnis so stark, daß eine Klärung der deutschen Beziehungen zu Polen bisher nicht stattgefunden hat.
Die Übereinkunft der 3 Mächte, daß die Gebiete bis zu einer endgültigen Grenzziehung in einem Friedensvertrag lediglich unter polnischer bzw. russischer Verwaltung stehen sollten, bestimmt heute den Standpunkt der deutschen Regierung. Doch wird die deutsche Forderung auf eine Neufestlegung der Grenze gegen Polen von den Alliierten nicht unterstützt.
Die Austreibung von fast 3 Millionen Sudetendeutschen aus ihrer seit 1.000 Jahren von Deutschen bewohnten Heimat belastet bis heute das deutsch-tschechische Verhältnis. ...<<
>>... Die Angelsachsen versprechen, beim künftigen Friedensvertrag der Sowjetunion Königsberg und halb Ostpreußen zuzuerkennen. Sie nehmen auch hin, daß Stalin in der Zwischenzeit die deutschen Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße den Polen zur Verwaltung gegeben hat, behalten jedoch die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze der Friedenskonferenz vor.
Damals befinden sich noch Millionen Deutsche östlich der Oder-Neiße-Linie. Trotz der Atlantik-Charta beschließt die Konferenz, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei

und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß. Sie stimmen darin überein, daß alle Umsiedlungen, die stattfinden, in ordnungsgemäßer und menschlicher Weise vor sich gehen sollen".
Die genannten Staaten halten sich in keiner Weise an diese Beschlüsse. Die Austreibungen werden in der rücksichtslosesten Weise fortgesetzt. Im heutigen polnischen Machtbereich leben vielleicht noch 700.000 Deutsche (gegen 10,6 Millionen im Jahre 1938). ... Das Auslandsdeutschtum jenseits der alten Reichsgrenzen ist weitgehend vernichtet; von 2,1 Millionen Deutschen fehlt jede Spur.<<

Frankreich: Im Verlauf eines Militärprozesses berichtet ein Hauptmann im Jahre 1962 über die französischen Verhörmethoden in Algerien (x075/199): >>Ich erkläre unter Eid, daß Godot, ebenso wie etwa hundert andere Offiziere, damals den Befehl erhalten hat, die Folter anzuwenden, um Informationen zu bekommen. ...
Fragen Sie mich nicht, wer den Befehl gegeben hat. Aber ich weiß, was für einen Schlag dies dem Befehlsempfänger versetzt hat. ...
Warum hätten sie sich dem Befehl widersetzen sollen? Man hatte ihnen doch einen Zweck mit transzendenter Zielsetzung angegeben, man hatte es ihnen als einen Kreuzzug präsentiert. Man hatte ihnen gesagt, der Zweck heilige die Mittel und der Sieg Frankreichs hinge davon ab.
Aber diese Rechtfertigung ist nichtig, wenn das Ziel nicht erreicht wird. Man hat das Gefühl entehrt worden zu sein, und diese Entehrung aus der Vergangenheit kommt wieder hoch. ...<<

Iran: Ein Erdbeben im Elbrus-Gebirge fordert im Jahre 1962 etwa 12.000 Todesopfer (x175/-60).

1963

> In unserer Jugend schuften wir wie Sklaven, um etwas zu erreichen, wovon wir im Alter sorglos leben könnten; und wenn wir alt sind, sehen wir, daß es zu spät ist, so zu leben.
> *Alexander Pope (1688-1744, englischer Dichter)*

14.01.1963

Frankreich: Staatspräsident Charles de Gaulle erklärt am 14. Januar 1963 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x148/173-174): >>... (1961) stellte Großbritannien seinen Antrag um Aufnahme in den Gemeinsamen Markt. Es tat das, nachdem es sich vorher geweigert hatte, an der Gemeinschaft teilzunehmen, als diese sich noch im Aufbau befand, und nachdem es mit sechs anderen Staaten eine Freihandelszone geschaffen und schließlich – man darf das wohl sagen, denn es sei nur an die langwierigen Verhandlungen erinnert, die diesbezüglich geführt wurden – Druck auf die Sechs ausgeübt hatte, um zu verhindern, daß die Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes zur Durchführung gelangten.
Dann erst ersuchte Großbritannien, in den Gemeinsamen Markt aufgenommen zu werden, jedoch nach seinen eigenen Bedingungen.
Das stellt ohne jeden Zweifel für jedes der sechs Länder und auch für Großbritannien sehr weitreichende Probleme. Großbritannien ist ein Inselstaat, ausgerichtet auf die See. Es ist durch seinen Handel, seine Märkte und seine Versorgung an die verschiedenen, oftmals weit entlegenen Länder gebunden. Es ist in erster Linie ein Industrie- und Handelsstaat, der nur wenig Landwirtschaft betreibt. Er besitzt in all seinem Tun Gewohnheiten und Traditionen, die sehr ausgeprägt und eigener Art sind.
Kurzum, das Wesen, die Struktur und die Umstände, die Großbritannien eigen sind, unterscheiden es weitgehend von den kontinentalen Staaten. Was soll man nun unternehmen, um Großbritannien mit seinen eigenen Lebens-, Produktions- und Handelstraditionen in den Gemeinsamen Markt einzugliedern, so wie dieser nun einmal geschaffen wurde und wie er funktioniert?

Die Art der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Großbritanniens zum Beispiel – Einfuhr sehr billiger Lebensmittel aus Nord- und Südamerika und den ehemaligen Dominions bei gleichzeitiger beträchtlicher Subventionierung der englischen Landwirtschaft -, diese Art ist natürlich unvereinbar mit dem System, das die Sechs ganz natürlich für sich geschaffen haben. ...
Ich frage nochmals, wie kann man Großbritannien, so wie es ist, in dieses System einfügen? Man hat manchmal annehmen können, daß unsere britischen Freunde sich mit ihrem Antrag auf Beitritt zum Gemeinsamen Markt so weit umstellen würden, daß sie sich alle Bedingungen auferlegen würden, die von den Sechs schon akzeptiert wurden und praktiziert werden.
Aber die große Frage ist und bleibt, ob Großbritannien sich gegenwärtig wie der Kontinent, und genauso wie dieser, in den Rahmen eines wahrhaft gemeinsamen Zolltarifs einfügen kann, ob es auf die Vorzugszölle gegenüber dem Commonwealth verzichten und aufhören kann, zu fordern, daß seine Landwirtschaft bevorzugt werden muß, ferner, ob es die Verpflichtungen für nichtig erklären kann, die es mit Ländern eingegangen ist, die seiner Freihandelszone angehören. Auf diese Frage allein kommt es an.
Man kann nicht sagen, daß sie gegenwärtig gelöst sind. Wird sie je gelöst werden? Großbritannien allein vermag darauf eine Antwort zu geben.
Die Frage ist um so berechtigter, als nach Großbritannien auch andere Staaten, die mit ihm in der Freihandelszone verbunden sind, aus den gleichen Gründen gern dem Gemeinsamen Markt beizutreten wünschen oder möchten. ...
Es ist vorauszusehen, daß der Zusammenhalt all dieser sehr zahlreichen und verschiedenartigen Mitglieder jenen Problemen nicht lange gewachsen wäre, und schließlich würde es dann zu einem Koloß von atlantischer Gemeinschaft kommen in amerikanischer Abhängigkeit und unter amerikanischer Führung, der die Europa-Gemeinschaft aufsagen würde.
Das ist eine Hypothese (Folgerung), die in den Augen gewisser Leute durchaus richtig sein mag, aber es ist nicht das, was Frankreich gewollt hat und will, nämlich eine ausgesprochen europäische Konstruktion.<<

28.01.1963

Frankreich: Die französische Regierung verweigert am 28. Januar 1963 weitere Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft (x128/-283).

28.02.1963

USA: Präsident John F. Kennedy erklärt am 28. Februar 1963 vor dem US-Kongreß (x272/-272-273): >>... "Unsere Verfassung ist farbenblind", schrieb der Bundesrichter Harlan vor der Jahrhundertwende, "sie kennt und duldet keine Klassen unter den Bürgern."
Doch die Praxis im Lande entspricht nicht immer den Grundsätzen der Verfassung, ... und die schädlichen kostspieligen und ungerechten Folgen der Rassentrennung und Diskriminierung zeigen sich in allen Bereichen unseres Lebens. ...
Das Negerkind, das heute in Amerika geboren wird – gleich, wo es zur Welt kommt -, hat nur halb soviel Chancen, die höhere Schule abzuschließen, wie ein weißes Kind, das am gleichen Ort und am gleichen Tag geboren wird; nur ein Drittel der Chancen, die Universität zu absolvieren, nur ein Drittel der Chancen, einen freien Beruf zu ergreifen, doch das zweifache Risiko, arbeitslos zu werden, eine um 7 Jahre geringere Lebenserwartung und die Aussicht, nur halb soviel zu verdienen.
Kein Amerikaner kann das Bild voll entschuldigen, erklären oder verteidigen, daß diese Statistiken ergeben.
Rassendiskriminierung hemmt unser Wirtschaftswachstum, denn sie verhindert, daß wir unsere Arbeitskraft maximal entfalten und nutzen. Sie beeinträchtigt unsere Führerrolle in der Welt, denn sie widerlegt bei uns zu Hause die Botschaft, die wir im Ausland verkünden.

Rassendiskriminierung verdirbt die Atmosphäre einer geeinten, klassenlosen Gesellschaft, in der unsere Nation zur Größe aufstieg. Sie erhöht die Wohlfahrtslasten, die Kriminalität, vor allem aber ist sie unrecht.<<

13.03.1963

BRD: Der Rat der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) kommentiert am 13. März 1963 die NS-Verjährungsfrage (x129/168-169): >>Unsere Gerichte werden große Mühe haben, nach so langer Zeit die Tatbestände noch genau zu erheben und das Maß der Verantwortlichkeit der Angeklagten richtig zu bestimmen. In jedem einzelnen Fall werden sie mit zu bedenken haben, welch mächtigen Einfluß der damalige Terror von Partei und Staat, eine raffinierte Propaganda und suggestive Befehle auf jahrelang planmäßig eingeschläferte oder ungeschulte und irregeleitete Gewissen wie auch die Versuchlichkeit unkontrollierter Machtstellungen ausgeübt haben.

Unabdingbar aber muß an der persönlichen Verantwortlichkeit jedes mit Befehlsgewalt über andere ausgestatteten Menschen festgehalten werden. In den Grenzen, in denen menschliche Rechtsprechung möglich ist, muß in jeder Gemeinschaft um ihrer selbst willen das Unrecht als verwerflich gekennzeichnet und bestraft werden.

An einen Akt der Begnadigung kann der Staat erst denken, wenn zuvor dem Recht Genüge getan ist. ...

Es ist nicht die Aufgabe der Gerichte, mit diesen Verfahren so etwas wie die Reinigung unseres ganzen Volkes zu vollziehen; sie können nur einzelne Verbrecher zur Verantwortung ziehen und aburteilen. Aber es ist ihr hohes Amt, die in der Vergangenheit zerstörte Gebundenheit an das Recht in unserem Volke wiederherzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Wiedergenesung unseres Volkes zu leisten. ...<<

Polen: Nach der Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland berichtet "Trybuna Ludu" am 13. März 1963 (x155/-97): >>... Voraussetzung solcher Beziehungen war die Anerkennung der Endgültigkeit und der Unveränderlichkeit der bestehenden Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik.<<

11.04.1963

Vatikan: Papst Johannes XXIII. bekräftigt am 11. April 1963 das Heimatrecht aller Menschen (x155/121): >>... (Wir) betrachten ... mit großem Schmerz das Los derer, die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Viele und unglaubliche Leiden begleiten ständig die große in unserer Zeit wahrlich ungezählte Menge der Flüchtlinge. - Deshalb ist es angezeigt, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß solche Flüchtlinge mit der Würde einer Person ausgestattet sind und daß ihnen die Rechte einer Person zuerkannt werden müssen.<<

12.05.1963

USA: Der deutsche Journalist Thilo Koch (1920-2006) berichtet am 12. Mai 1963 über Rassenschranken in Atlanta, Georgia (299/185): >>... Der Chefarzt eines Negerkrankenhauses, indem auch Weiße aufgenommen werden, wenn sie das wünschen, nimmt an einer wissenschaftlichen Tagung teil; beim gemeinsamen Mittagessen wird er nicht bedient, weil das Hotel ... die Rassentrennung aufrechthält. Unter Protest verläßt der schwarze Arzt, der überdies zufällig eine nahezu weiße Hautfarbe hat, die Tagung.<<

23.05.1963

UdSSR: Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärt am 23. Mai 1963 in Moskau (x299/178): >>... Der Sieg der Revolution auf Kuba, daß nur 90 Meilen von dem größten Herd des Imperialismus entfernt ist, hat ein übriges Mal die Richtigkeit des unumstößlichen Prinzips des Marxismus-Leninismus bestätigt, daß die Imperialisten sich selbst unweigerlich ihr Grab schaufeln und ihre eigenen Totengräber hervorbringen. ...

Die kubanische Revolution konnte nur ausharren, weil sich in der Welt heute ein neues Kräfteverhältnis zugunsten der für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker heraus-

gebildet hat.<<

07.06.1963

USA: Der deutsche Journalist Thilo Koch (1920-2006) berichtet am 7. Juni 1963 über die Rassenschranken in den Südstaaten (x299/185): >>... In vielen Südstaaten ist es noch immer eine an das politische Stimmrecht geknüpfte Voraussetzung, daß der Wähler ... nachweisen (muß), daß er lesen und schreiben kann. Aber oftmals wird der Negerbevölkerung bereits das Erlernen der einfachsten Erziehungsgrundlagen erschwert oder sogar unmöglich gemacht. ...

Auf dem Universitätsgelände von Oxford im Staate Mississippi ... kam es im Herbst vergangenen Jahres zu den bisher schlimmsten Ausschreitungen, die eine amerikanische Universität gesehen hat, (als Bundestruppen die Zulassung des Negerstudenten James Meredith zum Studium erzwangen).

Meredith hat sogar vor einigen Tagen ... mit zwei Weißen zusammen am Tisch gesessen und gegessen. Die polizeiliche Bewachung ... konnte sich in einer gewissen Distanz halten.<<

19.06.1963

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (25/1963) berichtet am 19. Juni 1963: >>**DRESDEN: Sodom in Sachsen**

Sieben Tage und acht Nächte lang stand die Stadt in Flammen. Ihre Menschen wurden verbrannt, erschlagen, vergiftet. Die berstenden Mauern begruben 135.000 Tote, 75.000 mehr als in Hiroshima.

Es war, wie es Mose im 19. Kapitel seines Ersten Buches beschreibt: "Da ließ der Herr Schwefel und Feuer regnen. ... vom Himmel herab und kehrte die Städte um und die ganze Gegend und ... was auf dem Lande gewachsen war."

Das Sodom lag in Sachsen. Den Part des alttestamentlichen Jehova spielte die Royal Air Force (RAF). In der Nacht zum Aschermittwoch, am 14. Februar 1945, warf sie 2.978 Tonnen Spreng- und Brandbomben auf Dresden.

Achtzehn Jahre nach dem Brand hat der britische Historiker und Journalist David Irving die "Anatomie dieser Tragödie" vorgelegt. Irving - Spezialität: der alliierte Bombenkrieg gegen Hitlers Großdeutschland - durchforschte britische Militärarchive, die Protokolle des Unterhauses, die Memoiren der englischen Luftwaffen-Gewaltigen und fuhr schließlich nach Dresden.

Das Ergebnis seiner Ermittlungen: Die Zerstörung Dresdens war ein sinnloser Terrorakt. Eine militärische Notwendigkeit für den Angriff bestand nicht: Dresden war weder ein Verkehrsknotenpunkt für Truppenverschiebungen noch ein Industriezentrum, in dem etwa kriegswichtige Waffen oder Geräte hergestellt wurden (David Irving: "The Destruction of Dresden").

Im Gegenteil: Die Deutschen waren von der Wertlosigkeit Dresdens als Bombenziel, der RAF so überzeugt, daß sie auf alle Vorkehrungsmaßnahmen verzichtet hatten.

Der ohnehin geringe Schutz der Stadt durch Flak entfiel zum Zeitpunkt des Angriffs völlig, da die Kanonen zur Panzerbekämpfung an die Ostfront transportiert worden waren.

Das "jungfräuliche Ziel" {Irving) war indessen überfüllt von Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die sich just Dresden als Ziel ihrer Flucht ausgesucht hatten, weil sie sich in Sachsens Hauptstadt vor Bombenangriffen der Alliierten sicher wähnten. Flüchtlinge, - meist Frauen und Kinder, da die Männer bis zum Schluß in der oberschlesischen Schwerindustrie arbeiten mußten - stellten denn auch das Hauptkontingent der Opfer.

Angesichts der katastrophalen Folgen des Angriffs für die Zivilbevölkerung bezeichnete der englische Historiker Sir Harold Nicolson die Zerstörung Dresdens als "ein Unternehmen, das unserer Geschichte nicht würdig war". Und im links-liberalen "New Statesman" schrieb der Labour-Abgeordnete Richard Crossman, während des Krieges stellvertretender Leiter der Abteilung "Psychologische Kriegführung" im alliierten Hauptquartier: "Die Zerstörung Dresdens ... war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Schuldigen hätten vor die Nürnberger

Gerichte gestellt werden sollen, wenn dieses Gericht nicht zu einem Racheinstrument der Alliierten pervertiert wäre."
Die Schuldigen freilich sind achtzehn Jahre später kaum noch auszumachen. Irving: "Die Schande liegt irgendwo in England." Mit anderen Worten: Auch ihm ist es nicht gelungen, die Schuldfrage einwandfrei zu klären.
Nach Kriegsende hatten sich der ehemalige britische Premierminister Sir Winston Churchill, sein Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair und der Oberbefehlshaber der Bomberkommandos Sir Arthur Harris sowie dessen Stellvertreter, Sir Robert Saundby, energisch gegen den Verdacht der Urheberschaft des Angriffs auf Dresden gewehrt.
Sir Winston in seinen Memoiren: "Ich erklärte, daß die Bomber sich doch mehr auf militärische Ziele konzentrieren sollten."
Sir Archibald ließ im Unterhaus erklären ""Wir verschwenden keine Zeit auf reine Terror-Angriffe."
Sir Arthur ("Bomber-Harris") schweigt. Verbittert emigrierte der Luftwaffen-Veteran 1946 nach Südafrika. Die englische Regierung hatte ihn nicht in die offizielle Kriegsehrenliste aufgenommen. Sir Robert aber erinnert sich in seinem Vorwort zu Irvings Buch: "Der Befehl kam aus dem Luftfahrtministerium."
Tatsächlich gab es eher politische als militärische Gründe für die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt Sechs Wochen nachdem der deutsche Feldmarschall von Rundstedt in seiner Ardennen-Offensive die Westalliierten in Belgien zeitweilig zurückgedrängt hatte und wenige Tage vor Beginn der Jalta-Konferenz, auf der sich Stalin, Roosevelt und Churchill über die Aufteilung des Deutschen Reiches nach dessen Eroberung einigen wollten, war es der Roten Armee am 25. Januar 1945 gelungen, die Oder zu überqueren.
Churchill fürchtete um die westliche Verhandlungsposition. Seinem Luftfahrtminister Sinclair gab er Order, die RAF solle demonstrativ eine deutsche Stadt nahe der Ostfront angreifen. Es müsse deutlich gemacht werden, daß die sowjetischen Erfolge auch der aktiven Waffenbruderschaft der Westalliierten zu danken seien.
Sir Archibald erwiderte: Die erfolgreichen RAF-Angriffe auf deutsche Brennstofflager sollten tunlichst nicht unterbrochen werden. Außerdem wies der Minister seinen Premier darauf hin, daß die englischen Flieger bei Angriffen auf ostdeutsche Städte mehrere hundert Kilometer feindliches Gebiet überfliegen müßten.
Sir Winston tobte. Und Sir Archibald (Crossmann: "Er war nie für viel Zivilcourage bekannt") erließ Order, sich mit den Amerikanern über eine Bombardierung des Flüchtlingszentrums Dresden abzustimmen.
Die Wetterbedingungen für den langen Flug über Feindesland waren freilich ungünstig. Erst nach Beendigung der Jalta-Konferenz am 11. Februar würde, wie die Meteorologen der Bomberkommandos voraussagten, ein Angriff auf Dresden möglich sein. Damit aber hatte der Angriff sein politisches Ziel verpaßt, die Russen in Jalta mit der Schlagkraft der alliierten Luftwaffe zu beeindrucken.
Gleichwohl wurde der Befehl nicht storniert. Am 12. Februar schließlich meldeten die Wetterfrösche der RAF, am folgenden Tag würden die atmosphärischen Bedingungen einen Angriff auf Dresden ermöglichen. In Moskau informierte der amerikanische Militärattaché, Generalmajor Hill, die Sowjets von der Absicht der Anglo-Amerikaner, die Güterbahnhöfe Dresdens zu bombardieren. Die Russen, zu deren Operationsgebiet Dresden gehörte, zeigten sich gleichgültig.
Mittlerweile hatte Luftwaffenchef Harris seine Angriffspläne fertiggestellt. Die Attacke sollte in drei Wellen ablaufen. Die Rettungsarbeiten nach dem ersten Angriff würden durch den zweiten unmöglich gemacht werden. Überdies würde die Zerstörung der Telephon- und Telegraphenleitungen Dresdens durch den ersten Angriff jeden Versuch, die Stadt vor dem zwei-

ten Angriff zu warnen, vereiteln. Ein dritter Angriff durch die Amerikaner sollte schließlich das Chaos vervollständigen.
Um 17.30 Uhr am 13. Februar starteten die ersten Einheiten der Zielbomber, deren Aufgabe es war, die zu bombardierende Fläche durch Zielwürfe abzustecken. Eine halbe Stunde später erhob sich die erste Welle - 244 Bomber vom Typ Lancaster - in die Luft.
Sie erreichte Dresden am 13. Februar, abends um 10 Uhr 10 Minuten und 30 Sekunden. Sie überflog eine nicht gewarnte Stadt. Denn der deutsche Luftwarndienst war überzeugt, daß Dresden als Angriffsziel wertlos sei. Nur die Bevölkerung von Leipzig war gewarnt worden, als die Flugzeuge immer tiefer nach Deutschland einflogen.
Von einer deutschen Luftwaffe konnte zu diesem Zeitpunkt des Krieges schon keine Rede mehr sein. Ein bei Dresden stationierter Nachtjagdverband erhielt den Startbefehl viel zu spät. Während sich die deutschen Jäger vom Typ Me 110 in die Höhe der englischen Maschinen kurbelten, fielen bereits die ersten Bomben.
Alles verlief "mit grauenvoller Präzision" (Irving). Der Zielbomber zum Kontrollflugzeug: "Die Bomben scheinen jetzt richtig zu fallen." Das Kontrollflugzeug zum Zielbomber: "Ja. Es sieht recht gut aus." Elf Minuten später, um 10.21 Uhr, funkten die Bomber ihren Heimatstationen: "Ziel erfolgreich angegriffen."
Die zweite Welle - 529 Lancaster erreichte Dresden um 1 Uhr 23 Minuten am 14. Februar. Für den Anflug benötigten die Maschinen keine Ortungsgeräte: Flammen wiesen ihnen bereits aus 70 Kilometer Entfernung den Weg.
Entsetzt beobachtete der Chefbomber den Feuersturm in der Stadt, den ein frischer Südwestwind noch begünstigte. Die Flammen behinderten freilich auch die Sicht auf das Zielgebiet. So steckte die zweite Gruppe ein zweites Zielgebiet ab. "Es war das erste Mal", erinnert sich ein britischer Flieger, "daß mir die Deutschen leid taten." Und ein jüdischer Pilot fügte hinzu: "Ich fühlte zum erstenmal Mitleid mit der Bevölkerung."
Sogar das britische Luftfahrtministerium war von dem Ausmaß der Zerstörung überrascht. Es erklärte in einem Kommuniqué, die Flammen seien nach dem zweiten Angriff über 300 Kilometer weit sichtbar gewesen. Die Engländer hatten über der Stadt 650.000 Brandbomben abgeworfen.
Am Morgen des 14. Februar folgte ein dritter Angriff, ausgeführt von der amerikanischen Luftwaffe. Mustang-Jäger schossen auf Flüchtlinge, die sich aus der brennenden Stadt zu retten suchten, auf Kraftwagen und sogar auf die ausgebrochenen Tiere des Dresdner Zirkus Sarrasani.
Freilich: Die Briten und Amerikaner wurden ihres Erfolges nicht froh. Was Zeitungen aus neutralen Ländern über die Wirkung der drei Angriffswellen berichteten, wurde in der englischen Presse nachgedruckt. Der Bischof von Chichester, Bell, und der Labour-Abgeordnete Stokes protestierten öffentlich.
Luftwaffenminister Sir Archibald Sinclair ging zum Gegenangriff über. Er ließ im Unterhaus auf eine Frage des Abgeordneten Stokes antworten: "Es ehrt das Ehrenwerte Mitglied dieses Hauses nicht, wenn es hierher kommt und uns einreden will, eine Menge Luftmarschälle und Piloten säßen irgendwo und überlegten, wie sie möglichst viele deutsche Frauen und Kinder töten können."
Abermals wurde Dresden von den Westalliierten zum wichtigsten Verkehrsknotenpunkt, Industriezentrum und sogar zum Standort des deutschen Hauptquartiers befördert. Und ebenso rasch wurde die - falsche - Meldung verbreitet, der Angriff auf Dresden sei auf Bitten der Sowjets geflogen worden. Dabei hatte der Dresdner Bahnhof so wenig Schaden erlitten, daß drei Tage später der normale Verkehr wieder aufgenommen werden konnte.
Die deutsche Führung nutzte den Angriff in ihrer Weise. In deutschen Rundfunksendungen für Großbritannien zählte der amerikanisch-irische Kollaborateur William Joyce ("Lord Haw-

Haw") die Kunstschätze auf, die in Dresden zerstört wurden.
Dagegen die englische BBC: "In Dresden gibt's kein Porzellan mehr." …<<

26.06.1963

West-Berlin: Der nordamerikanische Präsident John F. Kennedy besucht am 26. Juni 1963 während seiner Deutschlandreise auch West-Berlin.
Vor mehr als 300.000 Menschen bekräftigt Kennedy die US-Sicherheitsgarantien für Berlin ("Auch Ich bin ein Berliner! ...").
US-Präsident John F. Kennedy erklärt während seines 7stündigen Besuches in West-Berlin (x092/1.013): >>... Die Wahrheit verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge schauen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, und daß wir uns weigern, nur in Schlagwörtern zu denken.
Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, wie sie tatsächlich sind, ... nicht wie sie nach unseren Wünschen sein sollten. ...
Der stolzeste Satz den man heute in der freien Welt sagen kann, heißt: Ich bin ein Berliner. ...
Deshalb bin ich als freier Mensch stolz darauf, sagen zu dürfen:
Auch ich bin ein Berliner!<<

08.07.1963

BRD: Die BdV-Bundesversammlung kritisiert am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99-100): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.
Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik.
Die Bundesverwaltung warnt die deutsche Öffentlichkeit, gedankenlos einem Verhalten zuzusehen, das eine den deutschen Lebensinteressen entgegengesetzte Politik propagiert und auf eine Nebenregierung hinausläuft.
Die Bundesverwaltung bekennt sich zum Recht auf Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit heißt aber nicht Meinungsmonopol. Der Anspruch auf ungeschmälerte und unverfälschte Gegenäußerung muß auch gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten.
Die Bundesverwaltung legt den verantwortlichen Landesregierungen nahe, Staatsverträge und die Satzungen dieser Anstalten daraufhin zu überprüfen, ob die Respektierung des Grundgesetzes durch sie gewährleistet wird.<<

15.07.1963

BRD: Egon Bahr (SPD-Politiker) spricht am 15. Juli 1963 während seiner "Tutzinger Rede" erstmals von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

01.09.1963

China: Ein Regierungssprecher der Volksrepublik China erklärt am 1. September 1963 (x299/180): >>... Die Atombombe ist ein Papiertiger. ... Genosse Mao Tse-tung hat (1946) mit dieser marxistisch-leninistischen These rechtzeitig das atomare Erpressungskomplott der USA-Imperialisten aufgezeigt und das chinesische und die anderen revolutionären Völker dagegen bewaffnet.
In den siebzehn Jahren seitdem haben die Völker mit ihren Revolutionskriegen gegen die Angriffe und Versklavungsversuche der Imperialisten und ihrer Lakaien einen Sieg nach dem

anderen davongetragen. ...
Die USA-Imperialisten können durch Einsatz von Kernwaffen den revolutionären Kampf der Völker nicht verhindern, weil sie sich sonst politisch völlig isolieren; militärisch wird der Einsatz von Kernwaffen durch deren ungeheure Zerstörungskraft beschränkt, so daß in Bürger- und nationalen Unabhängigkeitskriegen, die durch den verworrenen Verlauf der Fronten und Nahkämpfe gekennzeichnet sind, der Einsatz von massenmörderischen Kernwaffen beiden kriegführenden Seiten Verluste zufügen würde.
Kennedy gestand in seiner Rede vom 16.12.1959 ein, daß die USA ihre Kernwaffen "nicht in einem Krieg an der Peripherie von der Art eines 'Buschfeuers' einsetzen könne. Sie wurden weder in Korea noch in Indochina, Ungarn, im Suez-Krieg, im Libanon, auf Quemoy (zu Taiwan gehörende Insel), in Tibet oder Laos angewandt.
Kurz gesagt, man kann die Kommunisten damit nicht hindern, den Rand des Territoriums und die Macht der Freien Welt anzunagen, bis die Sicherheit unseres Landes stetig und Stück um Stück abgebröckelt ist."
Es ist daher klar, daß die revolutionären Völker in ihren Revolutionen siegen können, wenn sie sich bloß nicht von der nuklearen Erpressung der Imperialisten schrecken lassen und in ihrem gerechten Kampf ausharren.<<

26.09.1963

BRD: Die Zeitung "Kieler Nachrichten" berichtet am 26. September 1963 über die Folgen von bisherigen Kernwaffenversuchen (x299/176): >>... In den Knochen gewisser in Schweden und Kanada lebender Rentiere ist das Drei- bis Vierfache der für den Menschen tödlichen Dosis von Strontium 90 und Caesium festgestellt worden. ...
Studien über die Auswirkungen von Atombombenexplosionen auf die Tierwelt haben ergeben, daß die Flechten, von denen sich Rentiere ernähren, besonders mit radioaktivem Material angereichert werden. Menschen, die das Fleisch von Rentieren verspeisen, könnten auf diese Weise ebenfalls eine tödliche Dosis aufnehmen.<<

04.10.1963

China: Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtet am 4. Oktober 1963 über die chinesische Propaganda zur Entwicklungshilfe in Afrika (x191/204): >>... Wir können euch, den Afrikanern, nicht soviel Geld geben wie die weißen Teufel, die sich an euch und an uns bereichert haben und nun euch kaufen und auf diesem Wege neu kolonisieren wollen.
Was wir euch geben können, ist unsere brüderliche Solidarität und das Beispiel eines Volkes, das sich aus eigener Kraft entwickelt und zur modernen Großmacht aufsteigt.<<

11.10.1963

BRD: Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärt am 11. Oktober 1963 vorzeitig seinen Rücktritt.

16.10.1963

BRD: Ludwig Erhard (CDU) wird am 16. Oktober 1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt.

22.11.1963

USA: US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) stirbt am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas.
Der Tod des sehr beliebten US-Präsidenten erschüttert damals die Welt. In Berlin und in vielen anderen Metropolen finden weltweit spontane Trauerkundgebungen statt.
Nachfolger des ermordeten US-Präsidenten Kennedy wird Vizepräsident Lyndon B. Johnson (1908-1973).
Lyndon B. Johnson wird wenige Stunden später als 36. Präsident der USA vereidigt. Johnson erklärt, Kennedys Politik fortzusetzen.
Der vermutliche Attentäter Lee Oswald (1939-1963) wird 2 Tage später trotz Polizeibewachung durch den Nachtbarbesitzer Jack Ruby (1911-1967) erschossen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Ermordung Kennedys (x068/328-330): >>... Noch heute möchten viele, dass der Mörder Kennedys auf eigene Faust gehandelt habe, dass er nichts anderes gewesen sei, so erst noch unlängst eine große deutsche Wochenzeitung, als "ein ganz gewöhnlicher Spinner". Aber es spricht vieles dafür, und die meisten Menschen sind inzwischen davon überzeugt, daß Oswald Agent in fremdem Auftrag, daß der Mord nicht die Tat eines einzelnen war, so wenig wie Oswalds Ermordung nur die von Jack Ruby, sondern daß dahinter jeweils mehrere standen, daß alles auf ein Komplott zurückgeht.
Das FBI hat aber gerade diesen dringenden Verdacht kein einziges Mal geäußert. Im Gegenteil, es hat ihn immer wieder zu entkräften versucht. Ja, Widersprüche und Fehlangaben durch FBI und Polizei sind so auffallend, daß die Vermutung naheliegt, sie verheimlichen etwas.
Schon vor Jahrzehnten wurde von L. L. Matthias ebenso eindringlich wie einleuchtend gezeigt, daß dieses Attentat unmöglich ein Einzelgänger begangen haben könne, ein Sonderling. "Es muß ein politisches Komplott gewesen sein, zu dem sehr machtvolle Persönlichkeiten gehört haben; es wäre sonst in dem aufweisbaren Umfang, mit der Polizei von Dallas und dem FBI im Vorspann, nicht möglich gewesen. ...
Historiker werden vielleicht zu einer späteren Zeit die Möglichkeit haben, festzustellen, daß das Verhängnis am 10. Oktober zu rollen begonnen hatte. Es war der Tag des Showdown, der Kraftprobe von Marienborn. Kennedy siegte am 10. Oktober. Dreiundvierzig Tage später, am 22. November, siegten seine Feinde."
Ist es aber Zufall, dass man am seltensten unter den Feinden des Präsidenten gerade jenen Kreis nannte, der weitaus der mächtigste war: das Big Business?
Natürlich ist Kennedy kein Gegner des Großkapitals gewesen. Er hatte schon im Wahlkampf 1960 die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums als "das vordringliche innenpolitische Problem" erklärt, ja betont, die Wirtschaft müsse jährlich um 5 % wachsen; wußte er doch, nur zu gut, daß er mit ihr "im selben Boot" saß. Freilich, die mächtige Stahlindustrie hatte er in die Knie gezwungen, den Kampf um den Stahlpreis gewonnen. Und war auch Barry Goldwaters Behauptung, Kennedy versuche "zu sozialisieren", lächerlich, sein Interesse an Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Sozialversicherung war bekannt.
Er sprach auch von der Armut Amerikas, und zwar als erster Präsident der USA, von der Größe dieser Armut. Ebenso verabscheute man seine gelegentliche Arroganz gegenüber der Geschäftswelt, für seinen Vater lauter "Schufte", für ihn selbst "tatsächlich eine üble Bande". Nun, ein Multidollarmillionär konnte da vielleicht etwas naßforscher auftreten. Ein wenig erinnert er, nicht nur in diesem Zusammenhang an F. D. Roosevelt, dessen Innenpolitik er bewundert hat. Aber war Kennedy nicht etwas zu kritisch? Zu hochmütig auch?
Seine Gegner rächten sich durch einen inszenierten Preissturz an der Börse: der größte Kursfall an einem Tag seit dem Börsenkrach von 1929. Nach der Attacke gegen U.S. Steel wollte man so der Nation eine bevorstehende Wirtschaftskrise, den "Vertrauensschwund" signalisieren.
Kennedy, kein Zweifel, war am meisten in den Kreisen der Industrie und Großfinanz verhaßt, überall, wo man Abrüstung fürchtete. Man nannte ihn "geschäftsunfreundlich", gar einen "Sozialisten". Und man haßte ihn aus ähnlichen Gründen, wie man Franklin Roosevelt gehaßt hatte. Beide kannten neben der Privatwirtschaft wenigstens am Rande noch sogenannte Staatsinteressen. Beide waren reich und intelligent, während ihre Gegner häufig nur reich gewesen sind. Besonders in den Südstaaten verübelte man Kennedy seine Einstellung zum Rassenproblem. Manche hängten dort Riesenpuppen mit seinem Gesicht und einem Strick um den Hals aus dem Fenster.
Wenige Stunden vor dem Dallas-Attentat brachten die "Dallas Morning News" eine ganzseitige schwarzumrandete Anzeige, die unter der Schlagzeile "Willkommen Mr. Kennedy in Dal-

las" eine Reihe unverschämter Fragen an ihn stellte. Nach der Ermordung veröffentlichte "Life", die meistgelesene Zeitschrift der Welt, einen Nachruf auf Kennedy von 50 Zeilen, darin überdies nur den Eindruck seiner Gebrechlichkeit erweckend; nichts Positives. Und auf dem Titelblatt prangte nicht etwa der tote Präsident, sondern der Nachfolger Lyndon B. Johnson. "Time" verhielt sich nicht viel anders.
Jedenfalls war man, wenn schon keine Last, so doch ein Risiko los, wenn schon keinen Dolch im Herzen, so doch einen Dorn im Fleisch.
Die amerikanischen Präsidenten leben, wie fast alle Politiker der Welt, einschließlich der Päpste, von ihrem Amt. Nicht mehr im Amt, erinnert man sich eher früher als später kaum noch an sie. Nur die wenigsten gehen - und bleiben; was übrigens auch noch nichts heißt, außer Schlimmes oft, Schlimmstes. Doch wie auch immer: wer kennt heute noch einen Madison, van Buren, Harrison, wer kennt Tyler und Taylor, Polk und Fillmore, Pierce, Buchanan, Hayes, Garfield, wer Cleveland, Arthur, wer Taft oder Harding?
Wer erinnert sich noch deutlich selbst an Ford und Carter, Präsidenten der letzten zwanzig Jahre? "Mehr als anständiges Vergessen werden mit einer hübschen Pension ist nicht zu erhoffen" (E. Fawcett/T. Thomas).
Vor diesem Schicksal haben die Schüsse von Dallas John F. Kennedy bewahrt.<<
Die Online-Zeitung "Newstopaktuell.wordpress.com" berichtet später (am 14. Oktober 2014) über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy (x1.163): >>**Die Rede die John F. Kennedy das Leben kostete**
Wer uns kennt, weiß sicher, daß wir Politkriminelle gern als das bezeichnen was sie sind: als Schwerverbrecher oder Schwerkriminelle. Nun kann man sich die Frage stellen: War das eigentlich immer so, daß alle Politiker Schwerverbrecher sind, bzw. waren???
Diese Frage können wir leider auf keinen Fall, mit Beweisen unterlegt, schlüssig beantworten.
Es gab jedoch mal einen Politiker, der den Anschein erweckte, daß es auch mal einigermaßen ehrliche Politiker gab (zumindest einen).
Wir schreiben heute über keinen geringeren als John Fitzgerald Kennedy, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika war.
John F. Kennedy war zumindest der letzte Politiker, der sich gegen Volksverrat zur Wehr setzte.
In einer Rede ließ er das im Grunde nur "durch die Blume" erkennen. Allein das kostete ihn bereits sein Leben - oder war es womöglich doch etwas mehr, was John F. das Leben kostete?
Hören Sie nun zunächst die von uns beschriebene Rede des John F. Kennedy aus dem Jahre 1963:
Kaum bekannt ist, daß er am 4. Juni 1963 Executive Order No. 11110 unterschrieben hat. Eine Verordnung, die es der US-Regierung ermöglichte, eigenes, silbergedecktes Geld - die United States Note - herauszugeben, anstatt Zinsen für Federal Reserve Notes zu bezahlen.
Hochkriminelles verzinstes Geldsystem
Genau das war das endgültige Todesurteil für John Fitzgerald Kennedy.
Nach offiziellen Angaben wurde Kennedy am 22. November 1963 "durch die Kugel eines geistig verwirrten Einzeltäters getötet".
Daß dem nicht so war, sondern daß Kennedy gezielt per Auftragsmord beseitigt wurde, steht heute völlig außer jeder Frage.
Wer die Auftragsmörder waren, steht heute ebenso außer jedweder Fragestellung. Siehe: Die schlimmsten Schwerverbrecher der Welt
Unter diesen schlimmsten Schwerverbrechern, die die Menschen dieser Welt jemals gesehen haben, werden Sie die Auftragsmörder finden, die für den Mord an John F. Kennedy verantwortlich sind.

Kennedys Stellvertreter und Nachfolger, Lyndon B. Johnson, hat in seiner ersten Amtshandlung Executive Order No. 11110 ausgesetzt.
Das Staatsgeld wurde umgehend aus dem Verkehr gezogen, und seither hat sich kein US-Präsident mehr in die Machenschaften der hochkriminellen Fed (Federal Reserve) eingemischt.
Nicht nur in den USA gab es schon vergeblichen Widerstand gegen die internationale Plutokratie.
Auch manch ein souveräner Staat, der sich dem globalen Schuldgeldsystem nicht unterordnen, sondern lieber sein eigenes Finanz- und Wirtschaftssystem verwirklichen wollte, ist heute Geschichte - zerstört und mit einer Marionettenregierung versehen "mit Hilfe" der Verbrecherregierungen der USA, die als Handlanger der internationalen Hochfinanz das herrschende, hochkriminelle verzinste und zinsesverzinste Geldsystem, bereits vielen Staaten gewaltsam aufgezwungen haben.
Die jungen, dummen, dafür mißbrauchten Soldaten dürften nicht geahnt haben, welchen Mächten, also welchen Schwerverbrechern sie da tatsächlich dienten.
Wir haben da im Übrigen noch eine Bitte an unsere geschätzten Leserinnen und Leser:
Aus dem Radio, im Fernsehen, in Zeitungen, also aus und in den Lügenmedien hört und liest man so oft: "die Amerikaner … die Russen … die Türken … die Griechen … die Deutschen" ... und so weiter.
Gewöhnen Sie sich bitte nicht an, das in Ihren Sprachschatz zu übernehmen, was die Lügenmedien Ihnen zu suggerieren versuchen.
Es sind nicht "die Amerikaner … die Russen … die Türken … die Griechen … die Deutschen" ... und so weiter, die schlimmste und schwerste Verbrechen begehen. Es sind nicht ganze Bevölkerungen, die das tun.
Es sind immer nur einige wenige Schwerkriminelle aus bereits genannten und andern Ländern, welche Schwerverbrechen begehen. Differenzieren Sie das bitte in Ihrem Kopf, und auch, wenn Sie mit anderen Menschen darüber sprechen.

Verallgemeinerungen sind kein Zufall

Verallgemeinerungen, wie: "die Amerikaner … die Russen … die Türken … die Griechen … die Deutschen" ... und so weiter, werden mit purer Absicht so verbreitet, denn diese Verallgemeinerungen erzeugen Haß von ganzen Völkern dieser Welt, gegen ganze Völker dieser Welt, obwohl in all diesen Völkern dieser Welt die allermeisten Menschen nett und freundlich sind und noch nie jemanden etwas getan haben.
Merken Sie sich bitte für alle Zeiten: Es sind immer nur einige wenige Schwerkriminelle, die schlimmste und schwerste Verbrechen gegen Bevölkerungen begehen. Ganze Völker würden das niemals tun.
Wir bitten sie daher nochmals inständig, das klar zu differenzieren. Wir bitten Sie darum, daß sie niemals wieder "die Amerikaner … die Russen … die Türken … die Griechen … die Deutschen" ... und so weiter sagen oder schreiben, wenn es sich um schwerste Verbrechen gegen Bevölkerungen, gegen die Menschen dieser Welt, und gegen die Menschlichkeit dieser Welt handelt. Es sind immer nur einige wenige Schwerverbrecher. Ganze Völker hatten damit noch nie etwas zu tun.
Sollten Sie das künftig beherzigen, dann danken wir Ihnen dafür nicht nur zutiefst, sondern auch dafür, daß sie persönlich, geistig wieder einmal vehement gewachsen sind.
Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von allein aufrecht.
Was wirklich geschieht, erfährst du nur, wenn du beginnst, dich eigenständig zu bilden. Verstehen heißt, zu ändern was ist.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy

(x342/40-43): >>**Mister X packt aus**

_ *von Jürgen Elsässer*

… **Operation Northwoods**

Unter Präsident John F. Kennedy (ab 1960) begann der Stern von Allen Dulles zu sinken. Eine seiner letzten verdeckten Operationen war die Invasion in der Schweinebucht, mit der im April 1961 die Castro-Regierung auf Kuba gestürzt werden sollte. Dazu wurden exilkubanische Kampfgruppen auf geheimen CIA-Stützpunkten in Florida ausgebildet. Doch nach deren Landung in der alten Heimat konnte sich ihr Brückenkopf nur kurz halten, die Flucht war schmachvoll. Kennedy machte Dulles für das Debakel verantwortlich und löste ihn als CIA-Chef ab.

Die Krisen um Kuba aber setzten sich fort, und Dulles dürfte über seine Militär- und Geheimdienstverbindungen - dazu gleich mehr - weiter in die Kriegsvorbereitungen der USA involviert gewesen sein. Vom Pentagon wurde jedenfalls 1961/62 ein Plan für verdeckte Subversionsaktivitäten gegen die Zuckerinsel ausgearbeitet, die die Handschrift der Black-Ops-Politik von Dulles trugen - und die sich wie ein Vorspiel zu den Terroranschlägen des 11. September lesen: Operation Northwoods.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge in Auftrag.

Operation Northwoods war auf Anforderung von General Edward Lansdale entworfen worden, dem Gründer der US Special Warfare School in Fort Bragg und Strategen des Eingreifens gegen Kuba und Vietnam. Der Plan wurde vom gesamten Oberkommando der Streitkräfte einschließlich dessen Vorsitzenden, General Lyman Lemnitzer, unterstützt und Verteidigungsminister Robert McNamara mit Datum vom 13. März 1962 zugestellt. Lemnitzer war im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter von Allen Dulles gewesen. Damit saßen mit ihm und Lansdale zwei Dulles-Zöglinge an den Schalthebeln der Umsetzung von Operation Northwoods.

Der Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause von 9/11.

Im Northwoods-Handbuch wurden Terroraktivitäten vorgeschlagen, die von US-Agenten ausgeführt, aber den Kubanern in die Schuhe geschoben werden sollten, um einen Kriegsvorwand zu schaffen. "Geheimen und lange unter Verschluß gehaltenen Dokumenten zufolge ... machte und verabschiedete der Vereinigte Generalstab Pläne, die vielleicht die schlimmsten waren, die je von einer US-amerikanischen Regierungsinstanz produziert worden sind.

Im Namen des Antikommunismus schlugen die Militärs einen geheimen und blutigen Terrorkrieg gegen ihr eigenes Land vor, um die amerikanische Öffentlichkeit für den irrwitzigen Krieg zu gewinnen, den sie gegen Kuba führen wollten", resümiert James Bamford in seinem Standardwerk zum US-Überwachungsdienst NSA.

Das alles klingt so unglaublich, daß an dieser Stelle darauf verwiesen werden muß, daß alles durch Originaldokumente der US-Armee belegt ist, die 1997/98 im Zuge des Freedom of Information Act freigegeben wurden. In den Northwoods-Planungen wurde angeregt, daß man "ein paar Plastikbomben in sorgfältig ausgewählten Orten explodieren lassen könnte", daraufhin solle "die Verhaftung kubanischer Agenten" erfolgen und "vorbereitete Dokumente freigegeben werden, die die kubanische Urheberschaft untermauern". Begleitend könnte man "versuchte Entführungen von zivilen Luftverkehrsmaschinen ... als Nadelstiche der kubanischen Regierung erscheinen lassen".

Ein weiterer Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause dessen, was am 11. September 2001 passiert sein könnte. Er sieht den heimlichen Austausch einer zivilen Passagiermaschine durch eine optisch zum Verwechseln ähnliche Drohne vor, deren Abschuß über Kuba dann simuliert wird. Wörtlich heißt es:

"Die Startzeiten des Drohnen-Flugzeuges und des echten Flugzeuges würden so bestimmt, daß ein Luft-Rendezvous südlich von Florida möglich ist. Wenn sich die Flugbahnen kreuzen, wird das Passagierflugzeug seine Flughöhe auf Mindesthöhe absenken und direkt auf einem

Hilfsflugfeld der Luftwaffenbasis Eglin landen, wo Vorkehrungen getroffen wurden, um die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen. Währenddessen wird das Drohnen-Flugzeug der vorgesehenen Flugroute folgen. Sobald sich die Drohne über Kuba befindet, wird sie auf den internationalen Notfallfrequenzen einen "Mayday-Hilferuf" absetzen und darüber informieren, daß sie von einem kubanischen MiG-Flugzeug angegriffen wird. Die Übertragung bricht bei der Sprengung des Flugzeuges ab, die durch ein Funksignal ausgelöst wird."
Operation Northwoods wurde allerdings, im Unterschied zu den Attentatsplänen gegen Fidel Castro unter dem Codenamen Operation Mongoose, von Kennedy nicht genehmigt. Das war der erste wichtige Punkt, an dem sich JFK bei den Dulles-Seilschaften in Militär- und Geheimdienst unbeliebt machte.

Der Mord von Dallas

Der zweite Großkonflikt folgte ein Jahr später, 1962. Nachdem sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba entdeckt worden waren, verhängten die USA eine Seeblockade. Im geheimen Krisenstab trommelte das Oberkommando der Streitkräfte unter Lemnitzer zum Angriff auf die Castro-Republik. 13 Tage lang stand die Welt am atomaren Abgrund. Doch Kennedy überging den Krisenstab und baute eine direkte Kommunikationsverbindung zum sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow auf. Die beiden fanden einen Kompromiß, der nukleare Schlagabtausch wurde in letzter Sekunde verhindert. Die Militärs grollten.
Nach Kennedys Erfolg in der Kubakrise wurde Lemnitzer abgelöst. Der Kalte Krieg hatte seinen Höhepunkt überschritten, als der Präsident auch Ansätze zu einem Disengagement in Vietnam erkennen ließ. Als er im Sommer 1963 gar noch Gesetze vorbereitete, die die Macht der privaten Banken über die Geldpolitik der USA gebrochen hätten, war sein Todesurteil gesprochen. Die Schüsse von Dallas waren der Auftakt zur massiven Ausweitung der US-Militärintervention in Vietnam.
Über das Kennedy-Attentat liegt eine Legion von Untersuchungen vor, die an dieser Stelle nicht referiert werden können. Die Hinweise, daß Geheimdienstkreise in die Bluttat verwikkelt waren, sind jedenfalls erdrückend. Allen Dulles wurde nach dem Attentat in die staatliche Warren-Kommission berufen, die das Verbrechen aufklären sollte. In dieser Funktion favorisierte er von Anfang an die Alleintäterthese und blockierte jede Ermittlung über einen CIA-Hintergrund des Todesschützen Lee Harvey Oswald und über einen möglichen zweiten Mörder.

Dulles-Vertraute bauten die NATO-Geheimarmee Gladio auf.

Der abgelöste General Lemnitzer setzte sich keineswegs zur Ruhe. Er wurde NATO-Oberkommandierender in Europa und traf in Italien auf Dulles‘ alten Kontakt Licio Gelli. Ihr gemeinsames Ziel war die Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der immer stärker werdenden Kommunistischen Partei. Gelli war Lemnitzer beim Aufbau der geheimen NATO-Untergrundarmee Gladio behilflich, die in Italien in den folgenden Jahrzehnten in Putschversuche und Terroranschläge verwickelt war.

Tricky Dicks Seilschaften

Mit der Beseitigung von JFK 1963 ruhten die Hoffnungen der Vietnamkriegs-Gegner auf dessen Bruder Bobby, der 1968 für die Präsidentschaft kandidierte - doch auch er wurde durch ein Attentat ausgeschaltet. Damit war der Weg ins Weiße Haus frei für Richard Nixon, den Kandidaten der Republikaner. Nixon, von Gegnern als "Tricky Dick" geschmäht, kam aus den geheimdienstlichen Schattenstrukturen der fünfziger Jahre. Er wurde 1953 Vizepräsident unter Eisenhower, nachdem er bereits zuvor von Allen Dulles für seinen antikommunistischen Freiheits-Kreuzzug (Crusade for Freedom) rekrutiert worden war, mit dem jener seit 1950 seine weltweiten Geheimdienstoperationen flankierte.
Durch seinen autoritären Politikstil - bekannt wurde vor allem die Watergate Affäre, die Be-

spitzelung oppositioneller Politiker - gelang es Nixon, eine neue Generation skrupelloser Machtpolitiker anzuziehen, zu formen und in Stellung zu bringen - die Gründerväter der Neokonservativen.
An erster Stelle wären Dick Cheney und Donald Rumsfeld zu nennen, die später unter George W. Bush das Amt des Vizepräsidenten beziehungsweise Verteidigungsministers bekleiden sollten. Rumsfeld wurde nach dem Wahlsieg Nixons gleich an die Spitze des Office of Economic Opportunity - eine Art Förderprogramm für sozial Schwache - berufen und kam 1971 als Berater ins Weiße Haus. In beiden Positionen zog er Cheney nach. John Dean, ebenfalls damals Berater von Tricky Dick, meinte nach dem 11. September 2001, daß Rumsfeld viel vom "nixonianischen" Denken mitgenommen hatte, insbesondere was dessen Verständnis von einer selbstherrlichen Exekutive anging.<<

20.12.1963

BRD: In Frankfurt beginnt am 20. Dezember 1963 ein Prozeß gegen 21 ehemalige Wachleute des KZ Auschwitz.

21.12.1963

BRD: Die Zeitung "Gießener Freie Presse" berichtet am 21./22. Dezember 1963 über einen Prozeß wegen der Ermordung einer vierköpfigen jüdischen Familie im November 1939 (x299/124): >>... Am Freitag sind nach siebentägiger Verhandlung vor dem Stuttgarter Schwurgericht die Urteile gesprochen worden.
Der 58 Jahre alte ... wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes an der vierköpfigen jüdischen Familie Haase im November 1939 im besetzten Polen zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. Der 45jährige ... erhielt wegen des gleichen Verbrechens zehn Jahre Zuchthaus.<<

1963

BRD: Die drei SPD-Politiker Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner erklären in einem Telegramm zum Schlesiertreffen 1963 in Köln (x358/10): >>Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: Das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern - niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."<<

Jugoslawien: Der jugoslawischen Politiker und Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995) schreibt im Jahre 1963 über die Schwächen der kommunistischen Planwirtschaft (x149/135): >>Die kommunistische Planwirtschaft birgt eine Anarchie besonderer Art in sich. Obwohl sie geplant ist, ist die kommunistische Wirtschaft wahrscheinlich die verschwenderischste Wirtschaft in der Geschichte der Menschheit. ...
Das Fehlen jeder Art Kritik, ja selbst jeder Art ernstgemeinter Vorschläge führt unweigerlich zur Vergeudung und Stagnation. Gerade wegen dieser politischen und wirtschaftlichen Allmacht können Unternehmungen, bei denen Vermögen verschleudert werden, selbst bei den besten Absichten nicht vermieden werden.
Man kümmert sich aber wenig darum, wieviel solche Unternehmungen die Gesamtwirtschaft kosten. Wieviel kostet das Volk eine vernachlässigte Landwirtschaft?
Wieviel kostet das tote Kapital, das in unergiebigen Industrien angelegt wird? ...
Wieviel kosten unterbezahlte Arbeiter, die systematisch faulenzen?
Wieviel kostet schlechte Qualität in der Produktion?
Diese Kosten können nicht berechnet, sie können nicht einmal geschätzt werden. ...<<

China: Die Parteiführung der Volksrepublik China schreibt im Jahre 1963 an das sowjetische ZK der KPdSU (x149/119): >>... Man darf die friedliche Koexistenz nicht als Hauptinhalt des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bezeichnen, und noch viel weniger darf man

sagen, daß die friedliche Koexistenz der Weg der ganzen Menschheit zum Sozialismus sei. Denn es ist eine Sache, die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.
Es ist völlig unzulässig und auch völlig unmöglich, daß die friedliche Koexistenz auch nur ein Härchen der Gesellschaftsordnung der koexistierenden Staaten krümmen kann.
Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sind eine andere Sache. Diese Kämpfe stellen alle scharfe revolutionäre Kämpfe auf Leben und Tod zur Änderung der Gesellschaftsordnung dar.
Die friedliche Koexistenz kann keinesfalls den revolutionären Kampf der Völker ersetzen.<<

1964

"Du Papi, warum heißt denn der Trabant 601 Trabant 601?"
"Weil ihn 600 bestellt haben und einer kriegt ihn."
Flüsterwitz in der DDR

16.03.1964

USA: US-Verteidigungsminister McNamara schreibt am 16. März 1964 im "Süd-Vietnam-Bericht" für Präsident Johnson (x299/180-181): >>... Wir streben ein unabhängiges, nichtkommunistisches Süd-Vietnam an. Wir verlangen nicht, daß es dem Westen als Stützpunkt diene oder ein Mitglied des westlichen Bündnisses werde. Es muß Vietnam jedoch freistehen, zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit erforderlichenfalls Hilfe von außen anzunehmen. Diese Hilfe sollte möglichst nicht nur in Form von wirtschaftlichen und sozialen Pressionen gegeben werden, sondern auch polizeiliche und militärische Hilfe zur Ausrottung und Bekämpfung aufständischer Elemente umfassen.
Wenn wir dieses Ziel in Süd-Vietnam nicht erreichen, wird voraussichtlich ganz Südostasien unter kommunistische Herrschaft geraten (Vietnam, Laos und Kambodscha), sich mit den Kommunisten arrangieren, um einen wirksamen US- und antikommunistischen Einfluß zu beseitigen (Burma). ... Thailand hielte sich mit unserer Hilfe vielleicht noch einige Zeit, würde aber unter schwerem Druck stehen. Selbst die Philippinen würden ins Wanken geraten und die Bedrohung Indiens im Westen, Australiens und Neuseelands im Süden und Taiwans, Koreas und Japans im Norden würde erheblich wachsen. ...
(Dies zeigt) die Bedeutung, die ein kommunistisches Süd-Vietnam nicht nur für Asien, sondern auch für die übrige Welt hat, wo der Süd-Vietnamkonflikt als Testfall für die Fähigkeit der Vereinigten Staaten gilt, einer Nation in ihrer Abwehr eines "Befreiungskrieges" Hilfe zu leisten.<<

22.03.1964

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen beschließt am 22. März 1964 Grundlagen einer europäischen Friedensordnung (x155/105-106): >>... 2. Die Gefahren der Welt gebieten das Streben nach einem dauerhaften Frieden. ...
3. Frieden und Recht sind untrennbar; sie gemeinsam erst sichern gute Nachbarschaft zwischen Staaten, Völkern und Menschen.
4. Das Ziel eines einigen, auf Freiheit begründeten Europas ist nur auf einer rechtmäßigen, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die Heimat gewährleisteten Ordnung unter den Staaten und Völkern, nicht aber Duldung oder gar Billigung rechtswidriger Gewalt zu erreichen.
5. Auch Freundschaft und Vertrauen zwischen den Staaten erwachsen nur aus gegenseitiger Anerkennung des Rechts, niemals aus Okkupation und Aufrechterhaltung von Massenvertreibungen. ...
7. Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt. An-

nexionswille und Mißachtung der Selbstbestimmung halten es rechtswidrig geteilt. ...
10. Deutschlands Außenpolitik muß für Recht und Gerechtigkeit als politisches Prinzip eintreten, gerade weil sie unter der Last der entsetzlichen Verbrechen einer totalitären Zwischenherrschaft steht. Die anderen Völker sollten nicht vergessen, daß in einer chaotischen Zeit der Gewalt auch an Millionen Deutschen Verbrechen begangen wurden.
11. Es gibt jedoch keine Kollektivschuld, auch keine deutsche. Rechtmäßig darf keine Sühne von einer Gesamtheit und für Deutschland etwa stellvertretend von den Ostdeutschen gefordert werden.
12. Die Folgen von Verbrechen sind im Rahmen des Menschenmöglichen zu beseitigen. Eine Hinnahme des fortbestehenden Unrechts an deutschen Staatsbürgern widerspricht diesem Grundsatz. ...
13. Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren.<<
Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärt am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

28.05.1964

Iran: Der spätere iranische Schiitenführer (Ayatollah) Ruhollah M. Khomeini (1902-1989) erklärt am 28. Mai 1964 (x073/331): >>... Die Welt soll es wissen, daß alle Probleme des iranischen Volkes und aller moslemischen Völker durch Fremde, durch die Amerikaner, verursacht worden sind.
Die islamischen Völker hassen all diese Fremden und Amerikaner ganz besonders. Das Elend der islamischen Völker beruht auf der Einmischung von Fremden in ihre Angelegenheiten. Es sind Fremde, die unsere wertvollen Bodenschätze ausgeplündert haben und immer noch ausplündern. ...
Es ist Amerika, das uns unsere Abgeordneten direkt oder indirekt aufzwingt. Es ist Amerika, das den Islam und den Koran als für seine Interessen schädlich betrachtet und zu beseitigen versucht. ... Es ist Amerika, das unser islamisches Volk wie Untermenschen und schlimmer behandelt.
Das islamische Volk ist verpflichtet, diese Ketten zu sprengen. ... Alle Schichten der Bevölkerung werden aufgefordert, ihre kleinen Querelen untereinander zu überwinden und sich auf dem heiligen Weg zur nationalen Souveränität und Beseitigung aller Unterdrückung zu mobilisieren. ...
Das Ziel aller geistlichen Führer und islamischen Gelehrten ist eins: Und das ist eine absolute Bejahung der heiligen Gesetze des Islams und Korans sowie uneingeschränktes Engagement für die Sache aller Moslems.<<

01.06.1964

Palästina: Der Erste Palästinensische Nationalrat beschließt am 1. Juni 1964 die Gründung der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (x175/577).
Die palästinensische Befreiungsorganisation PLO verkündet damals (x243/254): >>Die bewaffnete Befreiung Palästinas ist eine nationale Pflicht, um die zionistische und imperialistische Invasion vor der großen arabischen Heimat abzuwehren.
Die Teilung Palästinas aus dem Jahre 1947 und die Gründung Israels sind von Grund auf nichtig. Denn sie widersetzen sich dem Willen des palästinensisch-arabischen Volkes und

seinem natürlichen Recht auf seine Heimat; sie widersprechen den Grundsätzen der Vereinten Nationen, vor allem dem Recht auf Selbstbestimmung. ...
Das arabisch-palästinensische Volk ... weist alle Lösungen, die einen Ersatz für die vollständige Befreiung Palästinas darstellen, zurück. ...<<

08.06.1964

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

01.07.1964

BRD: Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1964 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

14.07.1964

China: Die "Pekinger Volkszeitung" berichtet am 14. Juli 1964 über den "Pseudokommunismus Chruschtschows" (x299/158): >>Chruschtschow bezeichnet den Kampf der Arbeiterklasse für den Kommunismus nicht als einen Kampf für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit, sondern als einen Kampf für einen "ordentlichen Teller Gulasch".
Im Kopf Chruschtschows ... (ist) sein Ideal bloß eine bürgerliche Spießergesellschaft. Das Urbild seines "Kommunismus" findet Chruschtschow in den USA. ... Es ist nur ein anderer Name für Kapitalismus.<<

30.07.1964

Vietnam: Im Golf von Tongking werden am 30. Juli 1964 angeblich 2 US-Zerstörer von nordvietnamesischen Kriegsschiffen angegriffen (x175/579).
Nach diesem nie völlig aufgeklärten "Tongking-Zwischenfall" beginnen einige Tage später US-Luftangriffe gegen nordvietnamesische Marinestützpunkte.

07.08.1964

USA: Der US-Kongreß genehmigt am 7. August 1964 die geforderte Truppenverstärkung in Vietnam und ermächtigt US-Präsident Johnson, Vergeltungsaktionen für die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA durchzuführen - eigentlicher Beginn des Vietnamkrieges (x175/579).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Vietnamkrieg (x068/331-336): >>**Vom Vietnamkrieg bis zum Krieg am Golf**
Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südostküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.
Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.
Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er

schanzt jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.
Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.
Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.
Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit. Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen". Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."
So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger).
Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee.
... Politisch war das amerikanische Engagement in Vietnam die unmittelbare Folge des Dulles-Konzepts, wonach in der gespaltenen Welt die USA den jeweils "freien" Teil gegen den kommunistischen zu verteidigen hatten. Dahinter aber stand ihr Führungsanspruch oder, mit Kennedy, "der uns zu Recht gebührende Platz an der Spitze einer weltumfassenden Bewegung", stand das globale Ziel der US-Strategie, wenn schon zunächst nicht Handels-, so doch Handlungsräume zu gewinnen und sie gegen alle sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsordnungen zu verteidigen und, wenn möglich, zu vergrößern.
Im Grunde ist der Vietnamkrieg nichts als ein Paradebeispiel neokolonialistischer Politik. Die US-Präsidenten beschwören dabei mit vielen großen, stets sofort die Welt umrundenden Worten ihren natürlich ganz uneigennützigen Kampf für Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, für die Sicherheit des Westens, die Ehre der Nation, und nicht zuletzt für die Steigerung des Wohlstandes der armen Länder.
In Wirklichkeit brachten sie diesen Bomben, Granaten und Gift, einen unheimlich hinterhältigen, brutal-dreckigen Krieg. Und während dieser Krieg gerade unter dem neuen Präsidenten Johnson stets größere Ausmaße annimmt, lügt er im Wahlkampf gegen den republikanischen Senator Goldwater 1964 das Blaue vom Himmel herunter: "Gewisse Leute wollen den Konflikt ausweiten; sie fordern von uns, daß wir amerikanische Soldaten hinausschicken, damit sie die Arbeit der Asiaten tun ...
Gewisse Leute erklären, daß wir Nordvietnam bombardieren müßten ... Wir werden weder nach Norden noch nach Süden gehen ... Wir werden keine amerikanischen Soldaten Tausende von Kilometern weit fortschicken, damit sie die Arbeit der asiatischen Soldaten tun."
Alles erstunken und erlogen.
Johnson schickte bald Hunderttausende. Und er wußte dies genau. Hatte er doch bereits zu Beginn seiner Regierung eine Eskalierung geplant, ja, in diesem Sinn schon als Kennedys Vi-

zepräsident gewirkt. Auch wurde bereits die Bombardierung Nordvietnams vorbereitet, schon am 1. Februar 1964 der Operationsplan 34 A erstellt, der heimliche Attacken vorsah: größer im Umfang und militärischer. Zur offensichtlichen Provokation des Gegners ging US-Zerstörer "Maddox" auf ein 34 A-Unternehmen. Und im August 1964 gelang im Golf von Tongking dann auch der intendierte Zwischenfall, der ein verstärktes Vorgehen in Vietnam begründen mußte.
Nach Berichten wurden die "Maddox" sowie ein weiterer Zerstörer, die "C. Turner Joy", am 2. August in internationalen Gewässern von nordvietnamesischen Schnellbooten angegriffen. Dabei verschwieg aber die Regierung dem Kongreß die Provokation. Am 4. melden die Schiffe Gefechte nach Washington, das mit Luftangriffen auf Marinebasen in Nordvietnam antwortet. Am 5. August ersucht Johnson den Kongreß dringend um die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution über die Ostasien-Lage.
Ohne jede genauere Prüfung, zu der man verpflichtet war, billigten bereits am Vormittag des 6. August der Senatsausschuß und der Ausschuß für die Streitkräfte mit nur einer Gegenstimme den Antrag des Präsidenten, die sogenannte Tongking Gulf Resolution, "alle notwendigen Schritte einschließlich des Einsatzes der bewaffneten Gewalt" gegen die "Aggression" zu unternehmen. Am 7. August stimmten der Senat mit 88 gegen 2 Stimmen und das Repräsentantenhaus mit 416 gegen null Stimmen zu.
Kein Politiker hatte sich auch nur halbwegs gründlich informiert, jeder der Befürworter, so gut wie alle, dem Präsidenten einen Blankoscheck ausgestellt, der den Bürgerkrieg in Vietnam allmählich immer mehr in einen großen internationalen Krieg verwandelt.
Man vertraute der Zurückhaltung Johnsons um so mehr, als dieser ja gerade in einer Wahlkampagne dem amerikanischen Volk beteuert hatte, es wäre ein Fehler, verstrickten sich die USA in einen größeren Krieg. Konsequent kritisierte er seinen Gegenkandidaten Barry M. Goldwater, der eben diesen Krieg vorschlug. Und er selbst führte ihn! (Und gewann am 3. November die Präsidentschaftswahlen mit 43,1 Millionen gegen Goldwater mit 27,1 Millionen Stimmen.)
Nun aber volle Kraft voraus.
Am 8. Februar 1965 befiehlt Johnson den ersten Luftangriff auf Nord-Vietnam, am 13. Februar die ständige, die systematische Bombardierung, wobei er erklärt: "Was Amerika unternommen hat, wurzelt in dem tiefen, lebendigen Quell der moralischen Pflicht." Denn die ganze Blutrunst wurde von einem unentwegten Schwall widerlicher Phrasen begleitet. Von permanenter Heuchelei. Und stets lief das alles, wie gesagt, rund um den Erdkreis. Und natürlich lief alles auch immer mit Gott. "Gott segne Euch!", rief Johnson gütig, väterlich, besorgt, als er im Februar 1968 Soldaten "auf das Schlachtfeld" schickte ...
War das geheuchelt? Aber nein. So gut, so fromm war er. Hatte er doch schon zu Beginn seiner Vizepräsidentschaft bekannt:
"Wenn wir uns von den Gewaltherrschern dieser Zeit unterscheiden wollen, wir, die wir heute im Dienst der freien Menschen stehen, dürfen wir nie einen Trennstrich ziehen zwischen der Macht, die wir besitzen, und Gott, der tief in unseren Herzen ruht."
Es war der 1. Februar 1961, der Tag, an dem man - Grund zur Ergriffenheit, zum Gottvertrauen genug - die erste Interkontinental-Rakete (ICBM), made in USA, abgefeuert hatte, 4.200 Meilen weit.
Jetzt schrieb man 1965, jetzt hatte man, Gott sei gedankt, schon mehr als 800 Interkontinental-Raketen mit einer Reichweite von 6.300 Meilen und einem knappen halben Stündchen Reisegeschwindigkeit - ein gutes Gefühl, wahrhaftig. Ja, man konnte schon etwas auftrumpfen jetzt, konnte Gott noch mehr vertrauen. Konnte etwa 14.000 Soldaten in die Dominikanische Republik jagen, um eine weitere Regierung des Teufels zu verhindern.
Konnte auch den Teufeln in Vietnam die Zähne zeigen und den Bombenbefehlen vom Februar

etwas Marine-Infanterie folgen lassen.
Gleichwohl, die Lage verschlechtert sich laufend.
Nun, was tut man? Man befiehlt im Juli die Erhöhung der Streitkräfte auf 125.000 Mann. Das verschlingt etwas Geld. So nötigt der Präsident die "Volksvertreter" mit falschen Lagebeurteilungen zum Bewilligen immer weiterer Milliarden zwecks Fortsetzung des Kampfes für Freiheit und Frieden. Und für die Menschenrechte. Der Kongreß genehmigt vorerst einmal 2,4 Milliarden Dollar und sieht freundlicherweise für 1966 12 Milliarden Dollar vor. Nützt's nichts, so nützt's doch dem Geschäft. Je mehr Soldaten man schickt, desto teurer wird die Sache. Und Ende des Jahres 1967 kämpfen bereits 486.000 Amerikaner in Vietnam.
Am 8. Januar 1967 kommt es zu einer 19tägigen Großoffensive der Invasoren im Iron Triangle nordwestlich von Saigon; das gesamte Gebiet wird bis zur Unkenntlichkeit verwüstet. Doch ein Jahr später beginnt die großangelegte, sich monatelang hinziehende Tet-Offensive der Nord-Vietnamesen mit schweren Verlusten für die USA. Noch bevor der Angriff ganz beendet ist, erklärt Präsident Johnson, sich nicht mehr um das Präsidentenamt zu bewerben.
Während all dieser Jahre aber, indes eine riesige Industriemacht, hochmonopolisiert, mit einer aufs modernste ausgerüsteten Militärmaschine ein rüstungsmäßig und waffentechnisch ebenso weit unterlegenes wie moralisch überlegenes, beinah lächerlich kleines Volk vergebens auf die Knie zwingen, vergebens unterjochen will, kämpft man auch noch gegen die Bürger im eigenen Land. ...
Hatte Johnson nach fünf Jahren die Nase voll? Es war aussichtslos für ihn. Nicht so aber für einen, der 1953 schon Vizepräsident, doch noch immer nicht ganz zum Zug gekommen war, um seine Fähigkeiten sozusagen uneingeschränkt in den Dienst der Nation stellen zu können. ...<<

04.09.1964

Asien: Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtet am 4. September 1964 (x191/205): >>... Eines der besten Geschäfte in Asien ist der Vertrieb von Fahrrädern. ...
Warum ist der Bedarf so groß?
Der Eingeborene kauft ein Fahrrad und benutzt es, bis es in Stücke zerfällt. Daß Maschinen aller Art, ob einfach oder kompliziert, saubergehalten, geölt und regelmäßig überprüft werden müssen, will ihm nicht in den Kopf.<<

10.09.1964

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**
... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."
Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

11.09.1964

China: Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtet am 11. September 1964 über Maos Erklärung an die Sowjets im August 1964 (x299/159): >>Die Sowjetunion hat zu viel Platz besetzt.
In Übereinstimmung mit dem Abkommen in Jalta hat die Sowjetunion unter dem Vorwand der Sicherung der Unabhängigkeit der Mongolei in Wirklichkeit dieses Land unter seine Herrschaft gestellt. ... (Es folgt die Aufzählung der russischen Eroberungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg) ...
Etwa vor hundert Jahren wurde das Gebiet östlich des Baikalsees ein Territorium Rußlands. ...
Wir haben unsere Rechnung in dieser Angelegenheit noch nicht präsentiert.<<

September 1964

USA: Im September 1964 wird der sog. "Warren-Bericht" über das Attentat auf US-Präsident

Kennedy veröffentlicht. Dieser umstrittene Bericht der Obersten US-Bundesrichter, der eine Verschwörung ausschließt, wird bis zum heutigen Tag angezweifelt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Warren-Report" (x068/325-327): >> Kennedy - und vielleicht spricht nichts so für ihn - hatte viele Feinde, mächtige Feinde, und Feinde auf der ganzen Welt, die erbittertsten aber wohl in den Vereinigten Staaten.
Wer hat ihn umgebracht?
Die Mutmaßungen darüber, die Spekulationen, Theorien, die Bücher reißen nicht ab; bereits in den sechziger Jahren waren es allein in den USA schon mehr als fünfzig.
Man hat behauptet, die CIA habe ihn gekillt, da er sich mit Fidel Castro versöhnen wollte. Doch man behauptet auch, Castro ließ Kennedy ermorden, weil Kennedy Castro ermorden lassen wollte, gleich nachdem das Abenteuer in der Schweinebucht gescheitert war. Andere führen die Meucheltat auf den Teamster-Gewerkschafts-Boß Jimmy Hoffa zurück, wieder andere auf das FBI, auf die Mafia, die Exilkubaner, die texanischen Ölbarone, auf die Polizei von Dallas, das militärische Establishment, auch auf ein Komplott mehrerer Staatsinstitutionen, der Rechtsradikalismus wird genannt, der sowjetische Geheimdienst, Rassenfanatiker werden beschuldigt, Kommunisten.
Ja, wäre nicht sogar Präsident Johnson, der Nachfolger, motiviert gewesen, wie es die Satire MacBird in Erinnerung an den schottischen König Macbeth suggeriert, der seinen Vorgänger Duncan I. beseitigt hat?
Lyndon B. Johnson, zwei Stunden nach dem Attentat im Präsidentenflugzeug als neuer Präsident vereidigt, setzte eine Woche später eine Sonderkommission unter dem 73jährigen Obersten Bundesrichter Earl Warren zur Klärung der Hintergründe von Kennedys Ermordung ein.
Der Warren-Report - 900 Seiten in der Originalausgabe nebst 26 Anhang-Bänden - wurde unter zeitlichem (wohl auch sonstigem) Druck erstellt und ist bekanntlich alles andere als lükkenlos oder gar stichhaltig, auch wenn ihn die Weltpresse weithin und uneingeschränkt und natürlich auch meist ungeprüft akzeptiert hat.
Dabei war doch schon seltsam, daß Earl Warren (Oberster Bundesrichter) in einer Pressekonferenz noch während der Arbeit seiner Kommission erklärte: "Das Beweismaterial wird vermutlich zu Ihren Lebzeiten nicht veröffentlicht werden und ich meine das ernst. ... Es ist eine Sache der nationalen Sicherheit".
Erinnert dies nicht etwas an den Fall Lincoln, an den so manches doch im Fall Kennedy erinnert? Ließ man nicht damals schon Papiere verschwinden im sogenannten nationalen Interesse?
Die siebenköpfige Warren-Kommission war auch keinesfalls unparteiisch. Nicht nur mit dem Republikaner Gerald R. Ford, dem späteren Präsidenten, sondern auch mit dem Rockefeller-Vertrauten und Weltbankchef McCloy, ja, mit einer so sinistren (unheilvollen) Figur wie dem einstigen CIA-Direktor Allen W. Dulles, den Kennedy von Anfang an hatte feuern wollen, ohne es freilich zu wagen. Schon an dieser Besetzung mag es liegen, daß Bertrand Russell den Bericht, noch ohne ihn zu kennen, als "erbärmlich untauglich", als "schandbares Machwerk" disqualifiziert hat.
Der Warren-Report kommt zu dem Ergebnis, daß Oswald der alleinige Mörder war und von keinerlei Konspiration zwischen ihm und anderen Personen oder Mächtegruppen zur Beseitigung des Präsidenten gesprochen werden könne; was jedoch viel weniger bewiesen als behauptet wird.
Es kommt hinzu, daß die Kommission sehr häufig von Berichten der Dallas-Polizei, der CIA und des FBI abhing, die sämtlich selbst in den Mordfall verstrickt waren, auch in Oswalds Ermordung, die weder das eine noch das andere verhindert, aber alles darauf abgestellt haben, Oswald zum Sündenbock zu machen, obwohl man bis heute nicht einmal ein auch nur halb-

wegs überzeugendes Motiv für ihn vorweisen kann.
Die zuständigen Behörden führten 27.000 Vernehmungen durch, doch der ganze Fall steckt voller Ungeklärtheiten, Mystifikationen, Verdunkelungen. Schon der angebliche oder wirkliche Mörder Lee Harvey Oswald ist eine Figur wie aus einem Superthriller: ein einstiger amerikanischer Marinesoldat mit deutschem Namen, der in die Sowjetunion zieht, in Minsk die Tochter eines KGB-Obersten heiratet, nach zweieinhalb Jahren zurückkehrt, hier eine "Starthilfe des State Department" bekommt, überhaupt laufend aus den USA (mit kleinen Beträgen) finanziert wird, auch als Arbeitsloser dauernd Geld hat, auch ständige Kontakte hat mit dem FBI, auch kurz vor dem Attentat in Dallas FBI-Agenten trifft und wahrscheinlich selbst ein FBI-Agent war.
Daß der angebliche oder wirkliche Mörder, offenbar nur, um ihn für immer verstummen zu lassen, bald darauf selbst ermordet wird, ist nicht im geringsten merkwürdig. Sehr merkwürdig aber, daß ihn die deshalb gewarnte, und zwar gleich dreimal gewarnte Polizei von Dallas nicht besonders geschützt hat. Daß Oswald in einem 30 Stunden langen Verhör trotz Folterungen bis zuletzt beteuert, nicht auf den Präsidenten geschossen zu haben, ist vielleicht nicht so merkwürdig. Aber ist es nicht wirklich merkwürdig, dass keinerlei Aufzeichnungen über das Verhör bestehen?
Natürlich ließ sich die Warren-Kommission Bericht erstatten. Doch ihr 900 Seiten umfassender Report enthält darüber nur sieben magere Seiten, obwohl die langen, pausenlosen Vernehmungen im Beisein nicht weniger Kriminalisten aus Dallas, Leuten des Sicherheitsdienstes, Ermittlungsbeamten des FBI wohl mehr hätten ergeben müssen. ...<<

14.10.1964

BRD: Die "Rhein-Neckar-Zeitung" berichtet am 14. Oktober 1964 (x191/204): >>... Der Generalsekretär des Außenministers von Mali begrüßte in Ostberlin die Mauer.
Wie das SED-Zentralorgan berichtet, sagte Keita: "Wir sind stolz darauf, daß unsere Freunde der DDR trotz aller Provokationen mit viel Geduld und Kaltblütigkeit den Frieden an dieser Stelle sichern."
Seit 1961 erhielt Mali von der Bundesrepublik Kapitalhilfezusagen in Höhe von 25,7 Millionen DM.<<

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow wird am 14. Oktober 1964 gestürzt und muß zurücktreten.
Leonid Breschnew (1906-1982, seit 1964 Staats- und Parteichef) und Alexej Kossygin (1904-1980, seit 1964 Ministerpräsident) übernehmen danach die Führung der sowjetischen Regierung.

26.10.1964

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.
Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...
1. Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.
2. Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 (Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenver-

schleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien) zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.
3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert.
4. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschüler wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.
5. Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen Jugend einzuprägen.
Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland – das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von Oder-Neiße.
6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als subversive (zerstörende) Propaganda zu brandmarken sind. ...
8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

03.11.1964

USA: Lyndon B. Johnson (1908-1973, Parteimitglied der "Demokraten") wird am 3. November 1964 zum 36. Präsidenten der USA gewählt.

27.11.1964

BRD: Willy Brandt erklärt in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

1964

BRD: In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.
Im Jahre 1964 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x059/106-108): >>... Schon im Herbst 1944 flohen viele Deutsche aus Ostpreußen und Schlesien nach Westen. Ihnen folgte seit dem Mai 1945 der Strom der Vertriebenen, denen ein folgenschwerer Beschluß der Sieger die Heimat geraubt hatte.
Im Potsdamer Abkommen steht zu lesen: "Die Aussiedlung soll in geordneter und menschlicher Weise geschehen. ...
Innerhalb eines Jahres wurden 12 Millionen Menschen über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Es war die größte Völkerwanderung der Geschichte. Hinter sich zurück ließen die Vertriebenen ihre Heimat. Sollte sie verloren sein, auf immer verloren?
Massentransport auf Massentransport rollten aus dem Osten heran: Schlesier, Ostpreußen, Pommern, Sudetendeutsche, Deutsche aus Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien.
In aller Eile wurden Barackenlager errichtet, denn es gab in den zerbombten Städten kein Ob-

dach für die Vertriebenen. ... Es fehlte an Betten, es fehlte an Kleidung, es gab weder Hausrat noch Medikamente.<<

USA: US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 Präsident der USA) erklärt im Jahre 1964 die Ziele des Bürgerrechtsgesetzes – Aufhebung der Rassentrennung - (x073/292): >>... Das Ziel dieses Gesetzes ist klar und einfach. Die Freiheit keines Amerikaners wird eingeschränkt, solange er die Rechte anderer respektiert. Keiner unserer Mitbürger erfährt durch dieses Gesetz eine besondere Behandlung. Es bestimmt, daß jene, die vor Gott gleich sind, nun auch an der Wahlurne, in den Klassenzimmern und in den Fabriken sowie in Hotels, Restaurants, Lichtspieltheatern und anderen Plätzen, die der Öffentlichkeit dienen, gleich sind.<<

Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King schreibt im Jahre 1964 in seinem Buch "Warum wir nicht warten können" (x058/199-200): >>... Der Neger kämpft heute nicht um irgendwelche abstrakten, unbestimmten Rechte, sondern um eine konkrete und sofortige Verbesserung seiner Lebensbedingungen.

Was nutzt es ihm, daß er seine Kinder in eine integrierte Gemeinschaftsschule schicken kann, wenn das Einkommen der Familie so gering ist, daß es nicht für den Kauf von Schulkleidern ausreicht?

Was gewinnt er durch die Erlaubnis, in jedes beliebige Wohnviertel ziehen zu dürfen, wenn er sich das nicht leisten kann, weil er arbeitslos ist oder eine schlechtbezahlte Stelle ohne Zukunft hat? ...

Welche Vorteile bringt es dem Neger, wenn er durchsetzt, daß er in Hotels und Restaurants ohne Ansehen seiner Hautfarbe bedient wird, wenn er zu einer finanziellen Knechtschaft gezwungen ist, die es ihm nicht erlaubt, Urlaub zu nehmen oder auch nur seine Frau zum Abendessen auszuführen?

Die Neger sollen nicht nur das Recht haben, von jeder Einrichtung Gebrauch zu machen, die dem Publikum zugänglich ist, sondern sie sind auch auf solche Weise in unser Wirtschaftssystem einzugliedern, daß sie es sich leisten können, dieses Recht praktisch auszuüben. Der Kampf um diese Rechte ist im Grunde ein Kampf um gleiche Voraussetzungen. ...

Es muß also mit den gleichen Chancen auch die praktische, wirklichkeitsnahe Hilfe kommen, die es ihm ermöglicht, diese Chancen wahrzunehmen. Denn es ist ein grausamer Scherz, einem Menschen, der nicht gehen gelernt hat, ein Paar Schuhe zu schenken. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Robert F. Williams (1925-1996, hält Martin Luther Kings gemäßigte Politik für falsch und wirbt deshalb für die "Gegengewalt") fordert 1964 im Pekinger Exil zur bewaffneten Revolution der Afro-Amerikaner auf (x299/185-186): >>... Die alte Methode des Guerillakriegs, der von den Bergen und dem flachen Land aus vorgetragen wurde, bliebe in einem Land wie den Vereinigten Staaten wirkungslos. ...

Die neue Strategie: ... Während tags nur einige Heckenschützen tätig werden, bringt die Nacht den vollen Kriegszustand, organisierten Kampf und unbegrenzten Terror.

Ein derartiger Krieg kann dem herrschenden Gesellschaftssystem in den Vereinigten Staaten in weniger als 90 Tagen ein Ende setzen. ... Eine präzise geplante Großstadtguerilla (ist) die einzige Chance für das Überleben und die Befreiung der Schwarzen in den Vereinigten Staaten.<<

Mel Thom (1938 geboren, ein Gründer der National Indian Youth Council) berichtet im Jahre 1964 über das gespannte Verhältnis zwischen den nordamerikanischen Ureinwohnern und den "weißen Einwanderern" (x056/127): >>Wir sind das einzige Volk, daß der amerikanische Schmelztiegel nicht verschmelzen kann.

Wir sind die einzigen in der amerikanischen Nation, die nicht als Flüchtlinge hierher gekommen sind ... und wenn wir auch wieder und wieder geschlagen wurden, auf Dauer kann man uns nicht besiegen.

Amerika ist eine wurzellose Nation von Einwanderern; ... wir sind die ursprünglichen Amerikaner ...<<

1965

Warum gibt es im real existierenden Sozialismus so viele Witze?
Weil niemand ihn ernst nimmt.
Flüsterwitz in der DDR

27.01.1965

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/1965) schreibt am 27. Januar 1965 über den Bericht "Eichmann-Prozeß in Jerusalem" von Hannah Arendt (1906-1975): >>**Eichmann in Jerusalem**

... Hannah Arendt, vor der Nazi-Herrschaft in Deutschland promoviert, wurde von einer amerikanischen Zeitschrift nach Jerusalem geschickt. Ihr kommentierender Bericht über den Eichmann-Prozeß kam nahezu zwei Jahre nach seinem Erscheinen im "New Yorker" in deutscher Übersetzung heraus.

In einem Fernsehinterview hat Frau Arendt über 1933 gesagt: "Das persönliche Problem war doch nicht etwa, was unsere Feinde taten, sondern was unsere Freunde taten ... das war, als ob sich ein leerer Raum um einen bildete ... Und ich konnte feststellen, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung sozusagen die Regel war. Aber unter den anderen nicht." Und: "Ich war natürlich nicht der Meinung, daß deutsche Juden und deutschjüdische Intellektuelle, wenn sie in einer anderen Situation gewesen wären, ... sich wesentlich anders verhalten hätten".

Das klingt sehr kalt, aber man muß im Versuch, zu verstehen, was in einem Menschen vorgeht, nicht sehr tief dringen, um auf den Schmerz zu treffen über die Schwäche, die Hinfälligkeit der liebenswerten Seiten, wenn ein kalter Wind von den öffentlichen Plätzen zu wehen beginnt. Zuweilen steigert sich Hannah Arendts Affektkontrolle zur hochmütigen Geste.

Nicht wenige der Kritiker des Eichmannbuches halten offenbar die Autorin für eine eitle, originalitätssüchtige Person, was ihnen angesichts des Gegenstandes, den sie behandelt, quälend peinlich erscheint. Liest man die 25 Kritiken des Buches, die in dem Band "Die Kontroverse - Hannah Arendt, Eichmann und die Juden" gesammelt sind, so zeigt die Mehrheit diese irritierte Haltung. Das Buch hat also sein Schicksal gehabt. Es bleibt einem keine Wahl: Man ist zur Parteinahme gezwungen. Ich erkläre mich dafür.

Trotzdem scheint mir die Erregung der jüdischen Kritiker verständlich genug; sie brauchen sich nicht zu schämen, daß sie nach dem Mord an Millionen wehrlosen Menschen ihres Volkes nicht zur Tagesordnung übergehen wollen. Aber wie lange kann der Historiker mit seiner Bestandsaufnahme warten? Wenn wir die schwache Hoffnung einräumen, daß wir aus der Geschichte - hinsichtlich unserer Triebnatur - etwas lernen könnten, muß diese Hoffnung sich an die unentrinnbare Frage nach den Gründen knüpfen.

Das ist kein gefälliges Amt, und Frau Arendt ist vermutlich nicht das, was man eine verbindliche Natur nennt. Das Unheil aber, je uferloser es war, gibt zu wenig von den Antriebskräften, den Widerständen, den lokalen Bedingungen preis, in denen es sich vollzog. Und wer sagt uns, daß es nicht nur ruht, wie die großen Seuchen ruhten bis zum nächsten Ausbruch? Es schreibt sich leicht, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung die Regel war. Wissen wir eigentlich, was da vor sich geht?

Das Entsetzen über die Befähigung des Menschen, seinesgleichen zu Millionen umzubringen, macht uns fassungslos. Daß andere Millionen unbeschwert den Schlaf fanden, als man ihre jüdischen Mitbürger auf den Lastwagen abholte, ist das eigentlich zu verstehen? Warum sind wir nicht zu Tausenden ins Gefängnis gegangen, um die Deportationen zu verhindern?

Kein Gefühl allein kann uns die Fragen beantworten. Nur die beharrliche kritische Selbstbetrachtung. Ich mißtraue einer Geschichtsschreibung, die sich solche Fragen nicht stellt, und

die warten wollte, bis die letzten lebenden Zeugen ihren Schmerz und ihr Wissen ins Grab genommen haben. Wartet sie, dann kann sie die Fragen zwar stellen, aber kaum noch beantworten.
Hannah Arendts Berichterstattung ist mit provozierender Absicht unpathetisch; sie nimmt sich die Freiheit, sich auch in einen Angeklagten einzufühlen, den die Staatsanwälte zum Monstrum aufzubauschen sich bemühten, während doch das Monströse im "Apparat" zu suchen war, der Menschen frißt, als handle es sich dabei um Transportprobleme; der, immun für Witz und Aberwitz, jeden Privatwahn Hitlers, Himmlers, Heydrichs in die Tat umzusetzen gestattete.
Die Einfühlung, welche die Autorin übt, fördert, besser als jedes Pathos, die "Tatsachenwahrheit" zutage. Eichmann war kein Haupttäter, aber er war trotzdem beispielhaft: "Er hat sich niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte."
Diese "schiere Gedankenlosigkeit" und absolute Unfähigkeit, die Dinge einmal von der Seite des anderen zu sehen, hat er während des Prozesses immer wieder gezeigt: eine unheimliche Unfähigkeit zu jeder Form der Dialektik, zum Erfassen von Alternativen und damit zum Erfassen dessen, was Freiheit meint.
Je weiter man den Bericht liest, desto mehr wird dieser Verlust der Fähigkeit, Mitgefühl mit den zu Planziffern gewordenen Juden haben zu können, ein Problem ersten Ranges, für die Menschenkunde. Die Opfer werden gleichzeitig entmenschlicht und entwirklicht.
Nicht irgendwelche sadistischen Urmotive, sondern diese vorstellungslose Achtlosigkeit ließ Eichmann zu einem Verwaltungsmassenmörder werden. Auf jener berüchtigten "Wannseekonferenz" im Jahre 1942, als die "Endlösung" vorangetrieben wurde, begegnet man ihr wieder: Die Generäle zeigten eine "überraschend gute Haltung", das heißt, sie liehen oft den Einsatzkommandos der SS ihre eigenen Soldaten, damit sie bei den Massakern assistierten. Und wie war es mit der deutschen Industrie, die sich in der Nähe von Auschwitz ansiedelte? "Die Arbeitsbedingungen waren so schlecht, daß die Absicht, durch Arbeit zu töten, klar zu erkennen war." Der Kommandant Höß des Konzentrationslagers berichtete von den "besten gesellschaftlichen Beziehungen zu den Vertretern der IG-Farbenwerke".
Wir haben eigentlich wenig Grund, an Eichmanns Selbstverteidigung Kritik zu üben, wenn er sagte, nichts habe "so wirksam zur Beruhigung seines Gewissens beigetragen wie die schlichte Tatsache, daß er weit und breit absolut niemanden entdecken konnte, der wirklich gegen die 'Endlösung' gewesen wäre".
Wie soll man nach solchem Absterben der Mitleidensfähigkeit und nach der administrativen Austilgung durch die Ideologie entmenschlichter Mitmenschen sein lebensnotwendiges Selbstgefühl wiederherstellen? Wir haben es vornehmlich auf zwei Wegen geschafft: durch Ungeschehenmachen - die Trümmer sind durch Neubauten ersetzt, die zumeist überhaupt nicht mehr verraten, was zuvor am gleichen Ort stand; und durch Verleugnung. Das heißt, die peinlichen Erinnerungen werden aus dem Gedächtnis abgeschaltet. Mit anderen Worten: Bewältigung der Vergangenheit könnte nur durch eine Veränderung des Selbstgefühls geschehen.
Da die Autorin sich jede idealisierende Ausschweifung verbietet, kommt an Eichmann das Banal-Durchschnittliche, und kommt an den Verfolgten heraus, daß auch sie Menschen waren, entsetzlich geängstigte und verlassene Menschen, und daß man Menschen erniedrigen kann. Nicht als ob das Aufzeigen der Seiten, welche die idealisierenden oder verteufelnden Klischees nicht sehen wollen, die, Front von Recht und Unrecht verwischen könnte; es gehört zur Anstrengung des Verstehens der Tatsachen. Es ist ein Stück der Naturtreue.
Im Rückblick auf das Inferno, das die europäischen Juden durchgemacht haben, bedarf es der größten Selbstdisziplin der Autorin, um die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes zu sehen, anzuerkennen und als "Tatsachenwahrheit" hinzunehmen. Unter

anderem schneiden in Arendts Buch einige bedeutsame Männer, die ins Klischee uneingeschränkter, quasi schattenloser Humanität geraten sind, schlechter ab, als ihr "Image" es zuläßt. Mir scheint, sie verlieren nichts dabei; sie rücken uns wieder näher, werden wahrscheinlicher.
Hannah Arendt vertritt die These, die Verluste der Juden, hätten sie sich nicht den Anordnungen der von den Nazis eingesetzten Judenräte gefügt, wären möglicherweise bei weitem nicht so hoch gewesen. Denn die Judenräte dienten den Nazis dazu, die verwaltungstechnischen Aufgaben der "Endlösung" zu vollbringen.
Macht man sich von dem verborgen weiterwirkenden Diktat des Rassendenkens frei, so ist es klar, daß die Juden natürlich in erster Linie von preußisch-deutschen und habsburgischen Herrschaftsverhältnissen und nur zu einem geringen Teil von ihrem religiösen Kult bestimmte Menschen waren.
Wieso sollten eigentlich die deutschen Juden weniger obrigkeitsfromm gewesen sein als die übrigen Deutschen? Wieso sollten sie nach langer Emanzipationsphase und Assimilation auf das Hereinbrechen einer Katastrophe (die unter anderem im Seelischen zur "schieren Gedankenlosigkeit" führte) besser gerüstet gewesen sein, als es zum Beispiel die deutschen Parteien oder die christlichen Kirchen und ihre Führer waren?
Wir müssen diese Wirklichkeit in immer neuen Anstrengungen durchdenken, um zu verstehen, zum Beispiel, daß der moderne Verwaltungsstaat die Mittel hat, jede Gruppe der Bevölkerung bis zur äußersten Perversion ihrer eigenen Interessen zu erniedrigen und sich selbst zu entfremden.
Durch die pathetisch fehlgelenkte Anklage des Staatsanwalts Hausner ging vieles, was hätte behandelt werden sollen, unter. Der Jerusalemer Prozeß habe, so meint Frau Arendt, der Welt nicht im wahren Ausmaß "die Totalität des moralischen Zusammenbruches, ... den die Nazis in allen, vor allem auch den höheren Schichten der Gesellschaft ganz Europas verursacht haben - nicht allein in Deutschland -", vor Augen geführt.
Angesichts der lückenlosen Vernichtungsmaschinerie nimmt sich Herrn Hausners Frage an die Zeugen: "Warum habt ihr nicht rebelliert?" wie eine sinnlose und grausame Frage aus. Es liegt nahe zu denken, daß sie der Vernebelung einer anderen, angemesseneren dienen mußte, die, wie Hannah Arendt feststellt, an die jüdischen Führer nicht gestellt wurde: "Warum habt ihr die Mitarbeit an der Zerstörung eures eigenen Volkes und letztlich an eurem eigenen Untergang nicht verweigert?" Und diese Frage ist sehr viel schwerer zu beantworten als die, warum kein jüdischer Volksaufstand, der sich in unserem Lande jedenfalls auf keine Verbündeten hätte stützen können, stattgefunden hat.
Der Prozeß hat dazu noch, meint Hannah Arendt, sorgfältig vermieden, "die nahezu allseitige Verstrickung des deutschen gegenwärtigen öffentlichen Lebens, weit über die Parteimitgliedschaft hinaus, in Geschäfte und Handlungen, die mehr oder weniger direkt mit der Judenausrottung zu tun hatten, auch nur zu berühren".
Und es muß uns immerhin zu denken geben, daß selbst unter den deutschen Widerstandskämpfern seltsame Vorstellungen herrschten. So wollte etwa Goerdeler "die deutschen Juden für ihre Verluste und Mißhandlungen entschädigen", er schlug aber - und dies im Jahre 1942 - eine "Dauerlösung" vor, die sie aus der "unwürdigen Stellung eines mehr oder weniger unerwünschten 'Gastvolkes' in den Ländern Europas erlösen" sollte. Er dachte an einen selbständigen Judenstaat in Kanada oder in Südamerika. Eichmanns Lieblingsidee war ein solcher Staat auf Madagaskar.
"Eichmann in Jerusalem" ist ein überaus unbequemes Buch. Für einen jüngeren Leser, der die Geschichte besser verstehen möchte, in welche die Väter verstrickt waren, scheint es mir ein vorerst unersetzliches Übungsbuch zu sein, ein Leitfaden, wie man es vermeidet, sich zwischen geschichtlichen Suggestionen zu verirren, durch die man Beruhigung, aber wenig Be-

lehrung erfährt.
Hannah Arendt ist in einem von Emotionen besetzten Bereich um die Rekonstruktion der Zusammenhänge bemüht, um der Einsicht willen, die - vielleicht - vernünftigeres Handeln erlauben wird. Sie berichtet nicht nur, was von jener Wirklichkeit zutage kam, in der Eichmann operierte, sondern ebenso von der anderen Wirklichkeit, in welcher der Prozeß stattfand.
Wer nachlesen will, welche Irrtümer der Autorin vorgehalten werden, der lese "Die Kontroverse". Diese Lektüre wird ihm dann zugleich beweisen, wie außerordentlich schwer es ist, der Geschichte Erkenntnis abzugewinnen. Hannah Arendt scheint mir hier ihren Kritikern gegenüber entschieden im Vorsprung, trotz ihrer gelegentlichen kerndeutschen Neigung, niemanden beim Erteilen von Zensuren auszulassen.<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Hannah Arendt (x169/18-22): >>... Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den späten sechziger Jahren rührten nur eine Handvoll Bücher und Filme an das Thema. In den USA wurde nur ein Hochschulseminar zu diesem Gegenstand angeboten. Als Hannah Arendt 1963 *Eichmann in Jerusalem* veröffentlichte, konnte sie sich nur auf zwei wissenschaftliche Untersuchungen in englischer Sprache beziehen - Gerald Reitlingers *Die Endlösung* und Raul Hilbergs *Die Vernichtung der europäischen Juden.* Hilbergs Meisterwerk schaffte es nur knapp, das Licht der Welt zu erblicken.
Sein Doktorvater an der Columbia University, der deutsch-jüdische Sozialtheoretiker Franz Neumann, riet ihm dringend ab, über das Thema zu schreiben ("Das wird Ihre Beerdigung"), und kein Herausgeber eines Universitäts- oder eines Publikumsverlags wollte mit dem vollendeten Manuskript zu tun haben. Als *Die Vernichtung der europäischen Juden* schließlich veröffentlicht wurde, erhielt es nur wenige, zumeist kritische Besprechungen.
Nicht nur die Amerikaner im allgemeinen, sondern auch die jüdischen Intellektuellen schenkten der "Massenvernichtung" der Juden durch die Nazis wenig Beachtung. In einer maßgeblichen Untersuchung von 1957 berichtete der Soziologe Nathan Glazer, daß die Endlösung der Nazis (wie auch der Staat Israel) "bemerkenswert geringe Auswirkungen auf das Seelenleben der amerikanischen Juden hatte".
Bei einem Symposium zum Thema "Judentum und die jüngeren Intellektuellen", das die Zeitschrift *Commentary* 1961 veranstaltete, betonten nur zwei von einunddreißig Rednern ihre Bedeutung. In einer Gesprächsrunde zum Thema "Mein jüdisches Selbstverständnis", zu der die Zeitschrift *Judaism* im Jahr 1961 einundzwanzig gläubige Juden eingeladen hatte, wurde das Thema ebenfalls fast vollständig außer Acht gelassen.
In den Vereinigten Staaten gab es keine Denkmäler oder Gedenkfeiern, um angesichts der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ein Zeichen zu setzen. Im Gegenteil, wichtige jüdische Organisationen widersetzten sich einem solchen Gedenken. Es fragt sich nur, warum?
Der gängigen Erklärung zufolge waren die Juden wegen der Massenvernichtung durch die Nazis traumatisiert, weshalb sie die Erinnerung daran unterdrückten. Doch in Wahrheit gibt es keinen Beleg, der diesen Schluß stützen würde. Zweifellos wollten manche Überlebende damals (und auch in späteren Jahren) nicht über das sprechen, was geschehen war. Viele andere jedoch wünschten sich sehr, darüber zu reden, und wollten, sobald sich eine Gelegenheit ergab, gar nicht mehr damit aufhören. Das Problem lag darin, daß die Amerikaner nicht zuhören wollten.
Der wahre Grund für das öffentliche Schweigen über die Vernichtung durch die Nazis liegt in der konformistischen Politik der Führung der amerikanischen Juden und im politischen Klima im Amerika der Nachkriegszeit. In innen- wie außenpolitischen Angelegenheiten gingen die jüdischen Eliten Amerikas konform mit der offiziellen Politik der USA.
Das machte es leichter, die überlieferten Ziele wie Assimilation und Zugang zur Macht zu

erreichen. Mit Beginn des Kalten Krieges stürzten die Organisationen des jüdischen Mainstream sich in den Kampf. Die jüdischen Eliten Amerikas "vergaßen" die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis, weil Deutschland - seit 1949 Westdeutschland - zu einem entscheidenden Nachkriegsverbündeten der Amerikaner in der Konfrontation der USA mit der UdSSR wurde. Es brachte nichts ein, die Vergangenheit ans Licht zu zerren; tatsächlich wurde dadurch alles komplizierter.
Mit kleineren Vorbehalten (die man rasch fallenließ) stimmten die wichtigsten Organisationen der amerikanischen Juden schnell der Unterstützung eines wiederbewaffneten und kaum entnazifizierten Deutschland durch die USA zu. Weil man befürchtete, daß "jede organisierte Opposition amerikanischer Juden gegen die neue Außenpolitik und gegen den veränderten strategischen Ansatz sie in den Augen der nichtjüdischen Mehrheit isolieren und ihre Nachkriegserrungenschaften im Inland gefährden könnte", predigte das *American Jewish Committee (AJC)* als erste Organisation die Vorzüge dieser Wiedereingliederung.
Der pro-zionistische Jüdische Weltkongreß *(World Jewish Congress, WJC)* und seine amerikanische Dependance ließen ihren Widerstand fallen, nachdem Anfang der fünfziger Jahre mit Deutschland eine Übereinkunft über Entschädigungszahlungen unterzeichnet worden war, während die *Anti-Defamation League (ADL, Anti-Diffamierungsliga)* 1954 als erste wichtige jüdische Organisation eine offizielle Delegation nach Deutschland entsandte. Gemeinsam mit der Bonner Regierung arbeiteten diese Organisationen daran, die unter den Juden verbreitete "antideutsche Welle" einzudämmen.
Noch aus einem anderen Grund war die "Endlösung" für die jüdischen Eliten Amerikas ein Tabu. Politisch links stehende Juden, die gegen das durch den Kalten Krieg bedingte Arrangement mit Deutschland gegen die Sowjetunion waren, hörten nicht auf, darauf herumzureiten. Das Andenken an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wurde deshalb als kommunistische Angelegenheit abgestempelt.
Behaftet mit dem Klischee, das Juden mit Linken gleichsetzt - in der Tat stammte 1948 ein Drittel der Stimmen für den fortschrittlichen Präsidentschaftskandidaten Henry Wallace von jüdischen Wählern -, schreckten die jüdischen Eliten Amerikas nicht davor zurück, jüdische Mitbürger auf dem Altar des Antikommunismus zu opfern.
Indem das AJC und die ADL ihre Unterlagen über angebliche jüdische Umstürzler den Behörden zur Verfügung stellten, beteiligten sie sich aktiv an der Hexenjagd der McCarthy-Ära. Das AJC billigte die Todesurteile gegen die Rosenbergs, während seine Monatszeitschrift *Commentary* in einem Leitartikel erklärte, diese seien nicht wirklich Juden.
Aus Angst, mit der politischen Linken im In- und Ausland in Verbindung gebracht zu werden, lehnten es die konformistischen jüdischen Organisationen ab, mit Nazi-Gegnern aus der deutschen Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten; ebenso lehnten sie den Boykott deutscher Hersteller ab und beteiligten sich nicht an öffentlichen Demonstrationen gegen Ex-Nazis, die durch die USA reisten.
Andererseits mußten bekannte deutsche Dissidenten wie der protestantische Pastor Martin Niemöller, der acht Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis verbracht hatte und sich nun gegen den antikommunistischen Kreuzzug aussprach, beim Besuch der USA Schmähungen der führenden amerikanischen Juden über sich ergehen lassen. …<<

04.02.1965

Frankreich: Staatspräsident de Gaulle erklärt am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

06.02.1965

Vietnam: Die US-Luftwaffe beginnt am 6. Februar 1965 mit massiven Bombenangriffen gegen nordvietnamesische Städte (Beginn des Vietnamkrieges von 1965-1975).

Die verheerenden US-Flächenbombardements fordern in den folgenden Jahren unzählige Opfer unter der Zivilbevölkerung Vietnams.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Luftkrieg in Vietnam (x068/341-342): >>... Vor dem Krieg hatten hohe US-Militärs geprahlt. Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben. Tatsächlich warfen sie ein enormes Vernichtungspotential auf das Land. Die Masse der eingesetzten Bomben und Raketen übertrifft die des Zweiten Weltkriegs um das Dreifache.

Allein auf das kleine Laos haben die USA, bis sie 1973 ihre (militärisch erfolglosen) Bombardements einstellten, über 2 Millionen Tonnen Bomben für 7,2 Milliarden Dollar abgeladen, ein Drittel mehr als im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland.

Dabei bombardierten sie sowohl Laos wie Kambodscha, auch Vietnam selbst, ohne jede Kriegserklärung, unter völliger Mißachtung des Völkerrechts und der "Genfer Konvention". "Für mich hat die Rechtsfrage in dieser Sache keine Bedeutung", sagte der seinerzeitige Botschafter in Saigon, Henry Cabot Lodge. Klar: Rechtsfragen gelten vor allem im Frieden – und auch da meist bloß für kleine Gauner.

Insgesamt wurden im Vietnamkrieg 7,5 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen. Und die meisten Lufteinsätze waren nackter Terror – Flächenbombardements. So sagte General Johnson, der Heeres-Stabschef: "Wir gehen rücksichtslos vor, wie eine Dampfwalze, und bombardieren ausgedehnte Gebiete, nicht auf Grund genauer Nachrichten ausgewählte Ziele".

Die amerikanischen Bomben und Granaten haben unterschiedslos alles zerstört, Schulen und Krankenhäuser, Kirchen und Pagoden, historische Denkmäler und die landschaftliche Schönheit Vietnams.

Dabei operierte man gern, wofür war man fortschrittlich, mit Novitäten (Neuheiten). Vor allem mit Brennbarem. Zum Beispiel mit Phosphor, weißem Phosphor mit hoher Hitzeentwicklung, die einen Menschen bis auf die Knochen verascht. Oder mit Napalm; ein leicht entzündbares, vor dem Einsatz meist mit Benzin gemischtes Pulver, das Temperaturen bis zu 2.000 Grad entwickelte. Zeitweise warf man monatlich 50 Millionen Liter Napalm ab, die 10.000 qkm Land zu einer feuerverheerten Wüste machen konnten. Man verwandte auch Thermintenbomben, die Temperaturen bis zu 3.000 Grad erzeugten.

Allein viele Hunderttausende von Kindern wurden derart getötet, verwundet verbrannt, Gesichter und Körper oft schrecklich vom Feuer zerfressen, für immer entstellt. ...<<

21.02.1965

USA: Der afroamerikanische Bürgerrechtler Malcolm X (1925-1965, eigentlich Malcolm Little) wird am 21. Februar 1965 im New Yorker Stadtteil Harlem durch einen rivalisierenden Schwarzen der islamischen Bewegung "Black Muslims" ermordet.

Malcolm X (bis 1963 Sprecher der 1930 in den USA gegründeten islamischen Bewegung "Black Muslims") vertritt damals eine extrem antiweiße Ideologie (x056/105): >>... Um 15 Millionen von uns als Sklaven (nach Amerika) zu bekommen, ermordete der sogenannte christliche weiße Mann auf der Überfahrt 100 Millionen!

Ich wollte, ich könnte euch den Meeresgrund in jenen Tagen zeigen – die schwarzen Körper, das Blut, die von Stiefeln und Keulen zerschlagenen Knochen! Die schwangeren schwarzen Frauen warf man über Bord, wenn sie zu krank wurden! Man warf sie über Bord zu den Haien, die wußten, daß man im Kielwasser dieser Sklavenschiffe fett wurde.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (10/1965) berichtet später über die letzte Begegnung eines SPIEGEL-Reporters mit Malcolm X: >>**SO LANDEN EINES TAGES ALLE HÜHNER IM TOPF**

... Ich traf Malcolm Little, der sich Malcolm X nannte, zum erstenmal in dem langen, heißen Sommer 1964, als Harlem revoltierte.
Ich wollte den Kopf der Revolte treffen, das Gehirn der Extremisten, den schwärzesten der "Schwarzen Moslems". Aber ich traf einen Abgefallenen, der schon damals wußte, daß er ermordet werden würde.
Schon damals wagte sich Malcolm X kaum noch in sein Büro hinter einer schwarz zugemalten Glastür im Hotel "Theresa", das an Harlems kritischer Kreuzung, 125. Straße und Seventh Avenue, liegt und das aussieht, als stamme es von der Stalin-Allee.
Wir trafen uns in einem sauberen kleinen Coffee-Shop, 22 West, 135. Straße, nicht eben im Zentrum der Gefahr. Malcolm X kam mit zwei Leibwächtern, die kurz zuvor noch Gegenorder gehabt hatten: bekehrte Häscher, so stellte er sie vor, die Elijah Muhammad, der alternde Prophet der Schwarzen Moslems, ursprünglich ausgesandt hatte, den abtrünnigen Diener umzulegen.
"Niemand versteht sich besser auf so etwas als die Schwarzen Moslems", sagte Malcolm X und lächelte böse. "Ich weiß es. Ich habe es ihnen selber beigebracht."
Zu den Schwarzen Moslems war Malcolm X aus dem Gefängnis gekommen
- wohin ihn beizeiten der Marihuanahandel, der Einbruchdiebstahl und seine eigene Unbedachtsamkeit gebracht hatten: Als Kellner in der Jazzkneipe "Small's Paradise" auf der Seventh Avenue hatte er 1943, mit 18 Jahren, ausgerechnet einem Polizeispitzel ein Mädchen vermitteln wollen.
Die Schwarzen Moslems - Mohammedaner aus Protest und Militanz trieben ihm die Flausen aus. Denn die radikale Sekte, deren Zahlenstärke kein Mensch genau angeben kann, frönt nicht bloß einem fanatischen Rassismus gegen die Weißen, von denen sie alle Schwarzen gänzlich separiert wissen möchte, sondern treibt auch die eigenen Rassegenossen mit roher Gewalt zu Zucht und Ordnung an.
Malcolm Little, der verluderte Sohn eines vom Ku-Klux-Klan erschlagenen Baptistenpredigers, wurde ein Schwarzer Moslem, ersetzte seinen "Sklavennamen" durch ein protestgeschwängertes X und durfte fürderhin weder "koksen" noch fremdgehen. Er wäre sonst den "Früchten des Islam" anheimgefallen, der Privatarmee der Schwarzen Moslems, die der Gestapo weder an Brutalität noch an Wachsamkeit nachsteht. Aber Malcolm X parierte. Und nicht nur das.
Aus dem ... Bürschchen von "Small's Paradise" wurde mit den Jahren ein gerissener Demagoge und ein mitreißender Redner. Malcolm X wurde das Sprachrohr Elijah Muhammads, der gehätschelte Buhmann von Presse und Rundfunk und der gesuchteste Gastredner an Amerikas Universitäten nach Barry Goldwater, mit dem ihn das Handikap verband, eine Stimmung zu repräsentieren, nicht aber eine Politik.
Doch er mauserte sich zu schnell. Mit 38 Jahren war er sowohl der Ideologie als auch den Ideologen der Schwarzen Moslems über den Kopf gewachsen. Der Bruch mit Elijah Muhammad, dem Chef, der seine Inspirationen direkt von Allah und seinen Nachfolger aus der eigenen Familie beziehen will, war unvermeidlich geworden.
Und während die beiden Leibwächter brav ihren Milchkaffee schlürften, erzählte mir Malcolm X, wie es zu diesem Bruch gekommen war.
Den Vorwand hatte Elijah Muhammad selber geliefert: Er hatte seinen Propagandisten Ende 1963 von dessen "geistlichem" Amt als Priester der "Moschee Nr. 7, New York City", suspendiert, nachdem Malcolm X die Ermordung Kennedys in einer Rede mit der schadenfrohen Bemerkung kommentiert hatte: "So landen eines Tages alle Hühner im Topf."
Die Erleuchtung zu eigenem Beginnen hingegen überkam den suspendierten Moslem während einer anschließenden Pilgerfahrt nach Mekka.
"Elijah Muhammad hatte uns immer gelehrt, daß die Weißen - als die Verkörperung alles Bö-

sen - gar nicht nach Mekka, in die Stadt Gottes, gehen dürften. Aber als ich dort war, sah ich Menschen mit weißer Haut, blauen Augen und blonden Haaren. Und da schrieb ich nach Hause, daß es doch Weiße in Mekka gebe und daß diese Weißen sich den Schwarzen, Braunen und Gelben gegenüber, die es auch dort gab, wie Brüder benahmen."
Also hatte der Prophet gelogen. Und also glaubte Malcolm X nun nicht mehr an dessen Philosophie der Rassentrennung? "Nein, ich glaube nicht mehr daran. Ich habe meine Meinung völlig geändert, und ich bin Manns genug, es zuzugeben, auch wenn das gefährlich ist."
Malcolm X faßte den Entschluß, seine eigene Bewegung zu gründen: die "Organization of Afro-American Unity", deren Kampf zuvörderst für "die Beteiligung des schwarzen Mannes an allen amerikanischen Errungenschaften" und nicht mehr nur gegen die "weißen Teufel" geführt werden sollte. Das aber bedeutete vor allem Kampf gegen die Schwarzen Moslems.
Doch erst nachdem ich, einigermaßen verblüfft, das Tonbandgerät abgeschaltet hatte, vertraute mir Malcolm X auch den tieferen Grund seiner Befürchtungen an: Elijah Muhammad, Führer der Schwarzen Moslems und Künder ihrer strengen Moral, habe in Wahrheit neun illegitime Kinder - und alle mit seinen Sekretärinnen, gezeugt unter dem Vorwand übersinnlicher Inspiration.
Und seit Elijah wußte, daß Malcolm (dies) wußte - seither war Malcolm X, so glaubte er schon damals, seines Lebens nicht mehr sicher.
Die Schwarzen Moslems hatten die Feindseligkeiten bereits eröffnet. Vor Gericht reklamierten sie das Haus in der 97. Straße, East Elmhurst, Queens, das Malcolm X mit Frau und vier Kindern bewohnte, als Dienstwohnung und klagten auf Räumung.
Am vergangenen Sonntag vor vierzehn Tagen ging dieses Haus in Flammen auf. Malcolm X zog mit seiner Familie ins "Theresa". Aber auch da hielt es ihn nicht. Er zog weiter, hinaus aus Harlem, ins weiße "Hilton". Dort erreichten ihn Anrufe, er möge abhauen, bevor es zu spät sei.
"Ich lebe, als ob ich schon tot wäre", sagte er am Donnerstag vorletzter Woche zu einem Reporter. Am Freitag ... (beantragte) er bei der Stadt New York ... einen Waffenschein; denn er wisse sein Leben bedroht. Am Samstag hatte er zwar keinen Waffenschein, aber eine Pistole. Am Sonntag mußte er, wie jede Woche, im Audubon Ballroom für die Getreuen predigen.
Der Audubon Ballroom ist ein überständiges Etablissement Ecke Broadway und 166. Straße, eine Treppe hoch, mit Klappgestühl auf dem verkratzten Parkett und kleinen, inwendig rotgestrichenen Logen beiderseits der ausgedienten Tanzfläche.
Vor dem goldbronzierten Proszenium der Bühne, auf der inmitten von Gerümpel das Rednerpult steht, sollten auch an diesem Sonntag wieder vier zivil gekleidete Bodyguards alle zehn Minuten mit militärischen Gesten eine ausgewachsene Wachablösung exerzieren.
Sie kamen nicht mehr dazu. Genau in dem Augenblick, da Malcolm X die Bühne betrat, lenkte ein Mann in der linken Hälfte des Auditoriums sie ab. "Hände weg!", schrie der Mann, und alle Beschützer rannten kopfscheu in seine Richtung.
Malcolm X, schon am Rednerpult, rief in den Trubel: "Take it easy ... okay now, take it easy", und begann dann einfach mit seiner Rede: "Brothers and sisters ..."
In diesem Augenblick feuerten die Mörder.
Zwischen achtlos gestapelten Gartenstühlen und einem mißhandelten weißen Flügel, den ein Vorhängeschloß vor unbefugter Musikalität bewahren sollte, brach Malcolm X zusammen.
Erschossener Malcolm X: "Ich lebe, als ob ich schon tot wäre" ...<<

25.03.1965

BRD: Der Bundestag beschließt am 25. März 1965 ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Verjährung" von Straftaten (x051/600-601): >>Verjährung, Ausschluß der Ahndung von Straftaten

nach Ablauf bestimmter Fristen.
Die Verjährung kann aufgrund gesetzlicher Vorschriften ruhen und durch bestimmte Prozeßhandlungen unterbrochen werden (§§ 78 ff. StGB). Bei der Verfolgung von NS-Gewalttaten spielte die Verjährung eine große Rolle: Da der als Gesetz geachtete "Führerwille" einer Ahndung entgegenstand, ruhte sie bis Kriegsende. In der Regel begann der Lauf der Frist am 8.5.45. Mit Ablauf des 8.5.1960 waren mit Ausnahme von Mord (§ 211 StGB) alle Taten verjährt, sofern die Verjährung nicht unterbrochen worden war. Bei Mord wäre die Verjährung nach 20 Jahren am 8.5.65 eingetreten.
Durch das "Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen" vom 25.3.65 wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Frist die Zeit vom 8.5.45 bis zum 31.12.49 (wegen mangelnder Funktionsfähigkeit der deutschen Rechtspflege während dieser Jahre) außer Betracht bleibt.
Am 26.11.68 beschloß die Vollversammlung der UN die Konvention über die Nichtanwendbarkeit der gesetzlichen Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nach der auch eine bereits unterbrochene Verjährung rückwirkend aufzuheben war. Die Bundesrepublik und andere westliche Staaten traten der Konvention nicht bei, da sie dem im nationalen Recht enthaltenen Rückwirkungsverbot entgegenstand. Eine ähnliche, spätere Initiative des Europäischen Parlaments wurde von den Mitgliedstaaten – außer Frankreich – aus denselben Gründen abgelehnt (1974).
Nicht allein unter dem Eindruck der Konvention der UN beschloß der Bundestag am 4.8.69 das 9. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Verjährungsfrist (u.a.) für Mord auf 30 Jahre erweiterte. Vor Ablauf dieser Frist begann im In- und Ausland eine lebhafte Diskussion über die Verjährung von NS-Verbrechen.
Der Bundestag erließ schließlich am 3.7.79 das 16. Strafrechtsänderungsgesetz, mit dem die Verjährung für Mord und für die erst 1955 in das StGB eingeführte Vorschrift des Völkermordes (§ 220a StGB) aufgehoben wurde.<<

17.04.1965

DDR: Walter Ulbricht berichtet am 17. April 1965 in der SED-Zeitung "Neues Deutschland" über den politischen Neuanfang der KPD in Berlin (x296/206 L): >>... Unser Vorteil bestand darin, daß wir gut vorbereitet waren. In unserer Parteiführung war schon zur Zeit als die Sowjettruppen die Weichsel überschritten hatten, eine Kommission gebildet worden zur Ausarbeitung der ersten Maßnahmen, die im Kampf zur Liquidierung des Hitlerfaschismus getroffen werden mußten. Ich war Vorsitzender dieser Kommission. Wir haben alle Details ausgearbeitet, einschließlich der Organisation der Verwaltungen bis zu den Fragen der Organisierung des kulturellen Lebens.<<

April 1965

BRD: Die Landsmannschaft der Oberschlesier fordert im April 1965 die polnische Regierung auf, die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen an Deutschen juristisch zu prüfen und zu ahnden (x021/325).
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die polnische Prüfung und Ahndung der Gewalttaten an den Deutschen im Internierungslager Lamsdorf " (x021/325-326): >>Zwei Monate später ließen sich die Polen zu einer inoffiziellen Antwort herbei. In der Warschauer Zeitschrift "Kierunki" erschien ein Artikel unter der Überschrift "Geschichte und Lüge".
In ihm wurde das Todeslager Lamsdorf als "Sammellager" bezeichnet. Die Lagerhaft für Tausende deutscher Männer, Frauen und Kinder wurde damit begründet, daß die Deutschen Banden unterstützt hätten, die sich in den Wäldern verborgen gehalten hätten.
Mehr noch: Die Massaker an den Deutschen beim Barackenbrand wurde gerechtfertigt: "Die Deutschen haben mit einem Aufruhr reagiert. Sie weigerten sich einfach, das Feuer zu be-

kämpfen, und in dieser Situation, in der um so mehr der berechtigte Verdacht bestand, daß die deutschen Lagerinsassen im Zusammenwirken mit den Banden aus den naheliegenden Wäldern die Baracke angezündet hätten, machten die Lagerposten von der Schußwaffe Gebrauch. Gab es für sie einen anderen Ausweg?
Die Berichte über Lamsdorf, bezeugt von vielen glaubwürdigen Männern und Frauen, werden in diesem polnischen Artikel als "neofaschistische Verleumdung" bezeichnet. ...<<

13.05.1965

Israel: Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen am 13. Mai 1965 diplomatische Beziehungen auf.
Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel führt später zum Abbruch von diplomatischen Beziehungen zwischen arabischen Staaten und der Bundesrepublik.

Mai 1965

BRD: Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schreibt im Mai 1965 über die US-Besatzung in Westdeutschland (x306/15): >>... "Wir wissen wohl, daß die Besatzung wichtig ist, aber mangels einer hinreichenden wissenschaftlichen Literatur über den Gegenstand wissen wir nicht genau, weshalb sie für das heutige Deutschland wichtig ist."<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart (x306/15-18): >>... Daß die Besatzungsgeschichte den weißen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. …
Noch im Februar 1964 wurde dem Verfasser von den Archivaren versichert, daß sie bisher keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. ...
Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorüberlenkte. Es ist die Vorsicht. Diese ist geboten, da ein Mißverständnis den Lichtkegel der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die historischen Studien lenkte. Das kam so:
Bei der Jagd auf den Sündenbock in den ersten Nachkriegsjahren wäre es geradezu ein übermenschlicher Heroismus gewesen, hätte man darauf verzichtet, den Nationalsozialismus dem jeweiligen Hausfeind in die Schuhe zu schieben, um so durch kleine Retouchen alte Rechnungen zu begleichen. Da machten sich denn auch einige Geistesgeschichtler auf den Weg, um Historiker des 19. Jahrhunderts wie Treitschke, Sybel und Ranke posthum zu inkriminieren. Aus der privaten Fehde wurde ein öffentliches Glaubensbekenntnis. Man meint seither, daß die getätigte Politik irgendwie vom Geschichtsbild abhängen müsse, und zieht daraus den praktischen Schluß, daß es einen politischen Effekt habe, wenn man die Historiker einer Meinungskontrolle unterwirft.
Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann.
Die Wurzeln der Besatzungsgeschichte liegen jedoch in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik, nicht aber in der Geschichte jener Gebiete, die unter dem (derzeit geographischen) Namen Deutschland geführt werden.
Daß die Besatzungsgeschichte kaum wesentlich anders verlaufen wäre, wenn es in Deutschland nie eine NSDAP gegeben hätte, ergibt sich schon aus einem Vergleich der amerikanischen Besatzung in Deutschland und Japan. ...
Der entschiedene Widerstand gegen die Erforschung der Besatzungsgeschichte bedient sich gerne des besatzungsapologetischen Arguments, daß Theorie und Praxis der Besatzung "nur" eine Reaktion auf Theorie und Praxis des "Dritten Reichs" gewesen sei.
Doch ist, wie so oft in der Weltgeschichte, die "Reaktion" ungleich wichtiger geworden als das, worauf sie reagierte. Ihr Anlaß ist ausgelöscht, aber die "Reaktion" ist geblieben.
Sie ist mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur alleinbestimmenden Kraft geworden und hat für Deutschland unter anderem die territoriale Verstümmelung, die Teilung des Rumpfgebietes und dessen Anschluß an verschiedene Besatzungskulturen mit sich gebracht.
Führte der nationalsozialistische "Totalitarismus" zur Erfahrung, was es bedeutete, wenn das innerstaatliche politische Machtzentrum in alle Lebensbereiche einzugreifen vermochte, so sollte eigentlich die Nachkriegsgeschichte lehren, daß die zwischenstaatliche Hegemonie sich nicht auf das Gebiet der Außenpolitik beschränken läßt, sondern quer durch Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bis in den Bereich privater Lebensführung hineinwirkt. Der hegemoniale Effekt ist uns auch aus anderen Geschichtsepochen bekannt. Neu ist jedoch, daß er wissenschaftlich eingeplant wurde.
Die Lehre von den Chancen der "Stunde Null" gehört wohl zu den sakrosanktesten aller liberalen Dogmen. Deutschland sei 1945 eine Tabula rasa (Reiner Tisch) gewesen, auf der die unerhörtesten Dinge hätten eingetragen werden können. - Nichts ist falscher.
Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.
Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.
Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

03.06.1965

Polen: Der "Tagesspiegel" berichtet am 3. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Erzbischofs Boleslav Komenek (x064/29): >>... "Das Heimatrecht ist weniger wichtig als das Grundrecht von Einzelmenschen und ganzen Völkern auf Existenz", erklärte der polnische Bischof Komenek von Breslau in der jüngsten Ausgabe der katholischen Zeitschrift "Tygodnik Powszechny".
"Es ist eine allgemein bekannte und bezeichnende Sache, daß die Westgebiete für die deut-

schen Aussiedler oder Flüchtlinge längst aufgehört haben, eine Lebensfrage zu sein. Für Polen werden die Westgebiete niemals aufhören, eine Existenzfrage für 9 Millionen Menschen zu sein", schreibt Komenek.
Bei dieser Feststellung handele es sich keineswegs um eine polnische Analogie (Ähnlichkeit) zum deutschen Drang "Drang nach Osten". "Es handelt sich einfach um Lebensbedingungen für Menschen, für die anderswo ein entsprechender Lebensraum nicht gegeben ist.
Die Opfer, die die Deutschen durch den Verlust der Westgebiete zu tragen haben, müssen in die Reihe jener Entschädigungen einbezogen werden, die ein Staat zu zahlen hat, dessen Verschulden einer der scheußlichsten Kriege ist, die die Ausrottung des polnischen Volkes zum Ziel hatte".
Komenek erklärt, er habe aus der Bundesrepublik, vor allem von jungen Menschen, viele Briefe erhalten, die "einen stillen Verzicht auf den deutschen Besitz der Westgebiete enthalten. ... Einen ähnlichen psychischen Prozeß erleben wir auch in Polen hinsichtlich unserer ehemaligen Ostgebiete" ...<<

08.06.1965

China: Die Zeitung "Peking Rundschau" berichtet am 8. Juni 1965 über den "Vietnam-Krieg" (x299/181-182): >>... Seit die Vereinigten Staaten eine große Anzahl von Truppen zu Angriffen nach Süd-Vietnam geschickt haben, hat das ganze vietnamesische Volk, einschließlich der Bevölkerung im Norden, sich das Recht gesichert, sein Äußerstes zu tun, um die USA-Aggressoren zurückzuschlagen.
Seit die USA-Aggressoren den Norden Vietnams Tag und Nacht bombardieren, existiert die provisorische militärische Demarkationslinie am 17. Breitengrad nicht mehr, und das Volk vom Norden Vietnams hat keinerlei weitere Beschränkungen seinen Landsleuten im Süden zu helfen ... (und) hat sich das chinesische Volk das Recht gesichert, alles in seiner Macht Stehende zu tun, dem vietnamesischen Volk zu helfen. ...<<

28.06.1965

Polen: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Kardinals Stefan Wyszynski anläßlich des 20. Jahrestages der "Heimkehr" der polnischen Westgebiete (x064/29): >>... Wir können mit Autorität feststellen, daß es in unseren Augen und in den Augen der Kirche und des Heiligen Stuhls keine ... Differenzen zwischen (Diözesen in den polnischen "Westgebieten") und den Diözesen in Mittelpolen gibt. Die Vollmachten der Bischöfe sind die gleichen.
Es sind nur noch geringe formale Schwierigkeiten zu beheben, und wir vertrauen darauf, daß dies durch ruhige Geduld und etwas Takt erreicht werden kann. ..."
Wyszynski wies darauf hin, daß die Diözesen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten jenen entsprächen, die im Jahr 1000 auf dem Kongreß von Gnesen auf Anweisung Papst Paul Sylvesters geschaffen worden seien.<<

01.07.1965

USA: Der US-Diplomat George W. Ball (1909-1994) schlägt Präsident Johnson am 1. Juli 1965 eine Kompromißlösung für den "Vietnam-Krieg" vor (x299/182): >>... Der Krieg geht verloren: Die Südvietnamesen verlieren den Krieg gegen den Vietkong. Niemand kann ihnen garantieren, daß wir den Vietkong schlagen oder ihn auch nur zu unseren Bedingungen an den Konferenztisch zwingen können, ganz gleich wie viele Hunderttausende an weißen, ausländischen (US) Soldaten wir auch entsenden mögen.
Niemand hat bisher bewiesen, daß eine weiße Bodentruppe gleich welcher Stärke einen Guerillakrieg gewinnen kann, der zu gleicher Zeit ein Bürgerkrieg unter Asiaten ist und der auf Dschungelterrain inmitten einer Bevölkerung geführt werden muß, die die Zusammenarbeit mit den weißen Truppen (und den Südvietnamesen) ablehnt und damit den Spionageabsichten der anderen Seite große Vorteile bietet. ...

Sollten wir nicht unsere Verpflichtungen in Süd-Vietnam begrenzen und nach einem Ausweg suchen, der auf lange Sicht nur geringe Kosten verursacht?
Die Alternative ist ... beinahe mit Sicherheit ein in die Länge gezogener Krieg, der die amerikanischen Streitkräfte in nicht absehbare Verwicklungen einbezieht, der steigende amerikanische Verluste bringt, der keine Gewißheit eines befriedigenden Abschlusses ... birgt.
Haben wir erst einmal schwere Verluste erlitten, so ist damit ein nahezu nicht umkehrbarer Prozeß eingeleitet. Wir werden so tief in den Konflikt verwickelt werden, daß wir, ohne eine Demütigung unserer nationalen Empfindungen hinzunehmen – von unseren Zielen nicht eher ablassen können, als wir sie erreicht haben.
Von diesen beiden Möglichkeiten ist meiner Meinung nach eine Demütigung wahrscheinlicher als die Erreichung unserer Ziele – auch dann, wenn wir einen entsetzlichen Preis bezahlt haben werden.<<

19.08.1965

BRD: Nach 20 Monaten wird am 19. August 1965 in Frankfurt der "Auschwitz-Prozeß" gegen SS-Angehörige des Lagerpersonals beendet.
Die angeblich zu milden Urteile führen damals zu starken Protesten im In- und Ausland.

05.09.1965

BRD: Vertreter des BdV verkünden am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/-117-118): >>... Deutschland ist unteilbar.
... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.
Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben (dies) in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.
Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort.
Das vereinte, freie, demokratische Deutschland wird in der Gemeinschaft der europäischen Nationen - auch der osteuropäischen Völker - mit aller Kraft für den Frieden Europas und der Welt wirken. ... Partner eines gerechten Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein, dessen Bevölkerung sich seine politische und soziale Ordnung durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in voller Freiheit selbst geben muß. ...<<

19.09.1965

BRD: Während der 5. Bundestagswahl am 19. September 1965 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 47,6 %, SPD = 39,3 %, FDP = 9,5 %, Sonstige = 3,6 %.<<

05.10.1965

China: Die "Pekinger Volkszeitung" berichtet am 5. Oktober 1965 über Chinas Außenpolitik in der "Dritten Welt" (x300/243): >>... Sich auf die Bauern zu verlassen, die Stützpunkte auf dem Lande errichten, die Städte durch die Dörfer einkreisen und schließlich die Städte erobern: das war der Weg zum Sieg, den die chinesische Revolution einschlug. ...
Es muß mit Nachdruck betont werden, daß die Theorie des Genossen Mao Tse-tung über die Errichtung von revolutionären Stützpunkten auf dem Lande von hervorragender, allgemeingültiger und aktueller Bedeutung für die gegenwärtigen revolutionären Kämpfe aller unterdrückten Nationen und Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika gegen den Imperialismus und seine Lakaien ist. ...
Nehmen wir die ganze Welt her. Wenn Nordamerika und Westeuropa als "Städte der Welt" bezeichnet werden können, dann kann man Asien, Afrika und Lateinamerika "die ländlichen Gebiete der Welt" nennen. ...

In einem gewissen Sinne bietet die gegenwärtige Weltrevolution ein Bild der Einkreisung der Städte durch die ländlichen Gebiete. Die ganze Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind. ...
Die Geschichte hat bewiesen und wird weiterhin beweisen, daß die wirksamste Waffe gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien der Volkskrieg ist. ...
Gerade in dem Augenblick, da der US-Imperialismus am stärksten von Panik erfaßt und bei seinen Anstrengungen, mit dem Volkskrieg fertigzuwerden, am hilflosesten ist, kommen die Chruschtschowschen Revisionisten, ihn zu retten. ...<<

14.10.1965

BRD: Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlicht am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x064/24-27, x148/155, x155/120): >>Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), die als kirchliche Gemeinschaft in das politische Spannungsfeld zwischen Ost und West gestellt ist, beobachtet mit wachsender Sorge, daß die Wunden, die der Zweite Weltkrieg im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn geschlagen hat, bis heute 20 Jahre nach seinem Ende, noch kaum angefangen haben zu verheilen.
Ein wesentlicher Grund dafür ist auf deutscher Seite, daß die Besetzung der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie durch Sowjetrußland und Polen und die Vertreibung von Millionen deutscher Menschen aus diesen Gebieten und aus den alten deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei sowie im übrigen Osten und Südosten Europas Probleme aufgeworfen haben, die bisher nicht zureichend gelöst worden sind. ...
Die Kirche ist von dieser Unruhe und Ungewißheit unter den Vertriebenen stark betroffen. Auch in ihren Reihen wird lebhaft, oft mit Erbitterung, in Diskussionen und Erklärungen kirchlicher Gruppen über die theologischen und ethischen Fragen des Vertreibungsproblems und die daraus zu ziehenden politischen Folgerungen gestritten.
Sie hält es daher um ihrer Verantwortung für diese Menschen willen, aber auch im Blick auf den an ihrem Ort aufgetragenen Dienst für den Frieden zwischen den Völkern für ihre Pflicht, diesen Problemen und Wegen zu ihrer Lösung nachzugehen.
Sie kann und will sich damit nicht an die Stelle der zum politischen Handeln Berufenen setzen, aber sie kann hoffen, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Urteilsbildung zu leisten, einige der bestehenden Spannungen zu beseitigen und damit Wege zum politischen Handeln zu ebnen. ...
Jede Betrachtung zur Lage der Vertriebenen und zum künftigen Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn muß damit beginnen, den Umfang der menschlichen Seite der Katastrophe des deutschen Ostens bewußt zu machen.
In Millionen von Einzelschicksalen wiederholte sich mit dem Verlust der Heimat der Verlust beinahe jeglichen äußeren Besitzes und in den meisten Fällen auch der Verlust von nahen Angehörigen.
Millionenfach wiederholte sich mit den Strapazen der Vertreibung und mit dem Kampf um die nackte Selbsterhaltung eine totale Lebenskrise, die auch die seelische, geistige und geistliche Substanz erfaßte.
Den geschichtlichen Hintergrund der Vertreibung und aller Einzelschicksale aber bilden die Vorgänge, durch die ein Viertel des Deutschen Reiches von 1937 unter fremde Verwaltung gestellt worden und der deutsche Siedlungsraum in der Tschechoslowakei sowie in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas verlorengegangen ist.
Damit hat nicht nur das Geschichtsbewußtsein des deutschen Volkes einen empfindlichen Schlag erlitten, es bedeutet auch den Verlust großer kultureller Kraftfelder, von denen eine starke Wirkung auf das deutsche und europäische Geistesleben einschließlich seiner religiösen

und kirchlichen Elemente ausgegangen ist.
Kirchlich gesehen empfindet es der deutsche Protestantismus bis heute als einen tiefgehenden Eingriff in seine Substanz, daß ihm mehrere große Landeskirchen ganz verloren gegangen und die Kirchen von Berlin-Brandenburg, Pommern und Schlesien in ihrem Bestand erheblich geschmälert worden sind. ...
... Die den Deutschen angetanen Unrechtstaten können nicht aus dem Zusammenhang mit der politischen und moralischen Verirrung herausgelöst werden, in die sich das deutsche Volk vom Nationalsozialismus hat führen lassen.
... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und aus anderen Nachbarländern hat die notwendige sittliche und rechtliche Rechtfertigung bisher nicht erfahren.
Die vorläufigen Entscheidungen des Potsdamer Protokolls vom 2. August 1945 zur Gebietshoheit über deutsche Ostprovinzen sind immer noch nicht durch eine völkerrechtliche Dauerregelung abgelöst worden.
Als besonders belastend muß es bezeichnet werden, daß sich 20 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kaum die Möglichkeit abzeichnet, die schwerwiegenden Fragen der Schuld und des Rechtes zwischen den beteiligten Völkern in sachlicher Offenheit zu erörtern.
...
Mit Recht empfinden es die Vertriebenen selbst als eine unzulässige Vereinfachung der Probleme, wenn diese mit der wirtschaftlichen Eingliederung als erledigt angesehen werden. Man muß deshalb Verständnis für den Umfang und die Leidenschaft haben, mit denen die Diskussion um das "Recht auf Heimat", im Sinne der ursprünglichen und angestammten Heimat geführt wird.
Die Vorgänge um die deutschen Ostgebiete und das Vertreibungsschicksal anderer Völker rufen in der Tat nach einer umfassenden internationalen Erörterung der Frage, wie weit künftig durch eine völkerrechtliche und politische Verwirklichung eines neu zu formulierenden Menschenrechtes derartige Massenkatastrophen verhindert werden können. ...
... Je weiter wir uns von den Ereignissen des Kriegsendes entfernen, desto mehr verschieben sich offenbar im Erinnerungsbild vieler die tatsächlichen politischen und geschichtlichen Zusammenhänge zugunsten einer einseitigen Sicht der Dinge. Je stärker die prinzipiellen rechtlichen und sittlichen Gesichtspunkte die Urteilsbildung bestimmen, desto mehr scheinen die tatsächlichen politischen Möglichkeiten und Aufgaben zu verblassen. ...<<
>>... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den jetzt polnisch verwalteten ehemals deutschen Gebieten muß als Unrecht und Verstoß gegen elementare sittliche Gebote bezeichnet werden. Darüber können auch alle Versuche unserer Nachbarvölker nicht hinwegtäuschen, diese Vertreibung politisch, geschichtlich oder sittlich zu rechtfertigen.
Man trifft wohl am ehesten den geschichtlichen Tatbestand, wenn man die Vertreibung und die Gebietsveränderungen als von den Polen in Anspruch genommene Entschädigung für eigene Verluste und Leiden bezeichnet. Aber so wenig diese Verluste und Leiden geleugnet oder vergessen werden dürfen, so wenig kann die eigenmächtig verwirklichte "Entschädigung" den Unrechtscharakter der Vertreibung aufheben. ...
Aus dieser Sicht der Dinge müßte auch die Kirche einer stillschweigenden Sanktionierung der Vertreibung durch Anerkennung in einem Friedensvertrag widersprechen. Es muß möglich sein, daß dabei das Unrecht, das sich beide Seiten gegenseitig angetan haben, nicht übergangen wird. Nur so kann es einen Weg für ein neues Verhältnis zwischen den Völkern geben. ...<<
>>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. ...

Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ... Eine Wiederherstellung des alten Besitzstandes, die in den ersten Jahren nach 1945 noch möglich gewesen wäre, ist 20 Jahre später unmöglich, wenn sie Polen jetzt in seiner Existenz bedrohen würde, die Deutschland nach dem Gesagten zu respektieren hat. ...
Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig: Recht steht gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht.
In solcher Lage wird das Beharren auf gegensätzlichen Rechtsbehauptungen, mit denen jede Partei nur ihre Interessen verfolgt, unfruchtbar, ja zu einer Gefahr für den Frieden zwischen beiden Völkern. ... Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. ...
Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

22.10.1965

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14. Oktober 1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.
Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.
Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.
... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.
Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten.
Der Bund der Vertriebenen begrüßt daher den Schritt des evangelischen Flüchtlingsbischofs Dr. Reinhard Wester (Schleswig), der im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Rechtsempfinden und die Glaubenstreue seiner evangelischen Landsleute von seinem hohen Amt zurückgetreten ist.
Der Bund der Vertriebenen erwartet, daß sich die Generalsynode der EKD von dieser Tendenzschrift einer Minderheit distanziert. ...<<

26.10.1965

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Ludwig Erhard am 26. Oktober 1965 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

27.10.1965

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1965) berichtet am 27. Oktober 1965 über ein Interview mit Wenzel Jaksch (1896-1966, seit 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen, SPD-Bundestagsabgeordneter): >>**Polen aus Schlesien nach Frankreich?**
Mit einer Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn", die vorletzte Woche veröffentlicht wurde, versucht die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) "eine neue Bewegung in die politischen Vorstellungen des deutschen Volkes hineinzubringen und auch den Nachbarn im Osten einen Dialog

auf neuer Ebene anzubieten".
Das Memorandum - von der EKD - "Kammer für öffentliche Verantwortung" - verfaßt und mit Zustimmung des Rates der EKD publiziert, spricht sich unter anderem dafür aus, "in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf".
Bei den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften stieß die Denkschrift auf heftigen Protest. Der Bund der Vertriebenen (BdV) bezeichnete sie in einer ersten Stellungnahme als Mißbrauch der kirchlichen Autorität. Präsident des BdV ist seit dem 1. März 1964 der SPD-Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch, 69. Der Altsozialdemokrat stammt aus dem Sudetenland und lebte von 1939 bis 1949 in britischem Exil. Dort vertrat er die Interessen der Sudetendeutschen bei der tschechoslowakischen Exilregierung.
SPIEGEL: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in der Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" zum Umdenken aufgefordert, weil eines Tages die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze unausweichlich werden könne. Nährt dagegen nicht der Bund der Vertriebenen die Hoffnung, eines Tages werde über die Rückkehr Ostpreußens und Schlesiens zum Reich verhandelt?
JAKSCH: Diese Frage geht das ganze deutsche Volk an und kann auch in einem Dialog zwischen dem Bund der Vertriebenen und der evangelischen Kirche nicht beantwortet werden. Wir gehen von dem völlig unbestrittenen historischen Tatbestand aus, daß die großen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im Potsdamer Abkommen die Frage der deutschen Ostgrenzen ausdrücklich einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten haben. Wir nähren also unter unseren Mitgliedern nicht irgendwelche Illusionen, sondern beziehen, wie alle staatserhaltenden Kräfte der Bundesrepublik, einen eindeutigen Rechtsstandpunkt.
SPIEGEL: Die Unterschriften von Truman, Stalin und Attlee in Potsdam wurden vor 20 Jahren geleistet. Inzwischen hat sich jenseits von Oder und Neiße vieles ereignet, vieles verfestigt. Wie wollen Sie gegen die Macht des Faktischen angehen?
JAKSCH: In Ihrer Frage steckt die Anerkennung des Fait accompli (der vollendeten Tatsache) als einer völkerrechtlich bindenden Macht. Von dieser Philosophie her kann man jeden künftigen Eingriff in die Menschenrechte eines Nachbarvolks begründen und sich nachher auf die normative Kraft des Faktischen berufen.
SPIEGEL: Nun nimmt aber die Denkschrift der evangelischen Kirche gerade darauf Bezug, daß nach 1933 die Gewaltpolitik von deutscher Seite begonnen wurde. Sie spricht davon, daß wir gerade wegen der Leiden des polnischen Volkes im Zweiten Weltkrieg das Lebensrecht dieses Volkes respektieren und ihm Raum zu seiner Entfaltung lassen müßten. Sind Sie anderer Meinung?
JAKSCH: Ich bin zutiefst bestürzt über den Versuch, nachträglich mit Hilfe theologischer Argumente dem deutschen Volk eine Kollektivschuld-Position suggerieren zu wollen. Man darf doch nicht vergessen, daß die Warschauer Regierung nach 1933 Hitler Schützenhilfe geleistet und sich 1938 sogar an der Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt hat.
SPIEGEL: Wollen Sie damit den deutschen Angriff gegen Polen im Jahre 1939 rechtfertigen?
JAKSCH: Aus meinem Bewußtsein ist es nicht auszustreichen, daß deutsche Hitler-Gegner der Kriegspolitik des Nationalsozialismus weit entschiedener Widerstand geleistet haben als die Männer des Appeasements im Westen und die Regierungen in Warschau und Prag. Wer die Blindheit der europäischen Staatsmänner im Westen und im Osten vor dem Angriff auf Polen erlebt hat, so wie ich, der kann sich nur schaudernd und mit Trauer von einer Geschichtsdarstellung abwenden, die nachträglich alle Schuld beim deutschen Volke suchen will.
SPIEGEL: Die Verfasser der Denkschrift der evangelischen Kirche sagen, mit theologischen Argumenten könne man das von den Vertriebenen beanspruchte Heimatrecht nicht begründen.

JAKSCH: Die Verfasser der Denkschrift weichen der Vorfrage aus, ob Massenvertreibungen von ganzen Volksteilen und Volksgruppen durch nachträgliche Ersatzdiskussionen über das Heimatrecht als Mittel der Politik legitimiert werden dürfen.
SPIEGEL: Aber was soll aus den polnischen Menschen werden, die in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße geboren sind und dort Heimat erworben haben? Würden sie wieder vertrieben, wenn eine deutsche Regierung ein künftiges Deutschland in den alten Grenzen durchsetzen könnte?
JAKSCH: Das ist doch eine aus dem Gesamtbild herausgeschnittene Detailproblematik.
SPIEGEL: Nein, das ist die Frage nach dem Schicksal von Millionen polnischer Menschen.
JAKSCH: Sicher, Herr Stalin hat genauso einen Teil Polens eingesteckt, und zwar so, daß man das zu Boden geworfene Polen noch von der anderen Seite her verstümmelte. Wer stellt dieselbe Frage an die Sowjet-Politik, die Sie mir gestellt haben, wenn Sie vom Moralischen her argumentieren? Vom Moralischen her ist das Heimatrecht der Polen in den Gebieten, die die Sowjet-Union annektiert hat, genausogut wie das Heimatrecht der Schlesier und der Pommern im deutschen Teil.
SPIEGEL: In beiden Vertreibungsfällen, sowohl bei den Ostpolen wie bei den Ostdeutschen, ist mittlerweile eine ganze neue Generation herangewachsen. Die jungen "Schlesier" von heute, die jetzt in Westdeutschland leben, haben ihre Heimat ebensowenig gesehen wie die jungen "Ostpolen", die in Schlesien und Ostpreußen leben. Wir fragen uns, ob denn überhaupt diese Millionen in ihre angestammten Heimatgebiete zurückkehren wollen?
JAKSCH: Dieselbe Frage können Sie auch an die Sachsen und Thüringer stellen, die in der Bundesrepublik leben. Mit demselben Argument können Sie jeden moralischen Anspruch auf Wiedervereinigung bestreiten. Denn auch die Nachkommen der Sowjetzonen-Flüchtlinge haben hier nach Ihrer Theorie Heimat gefunden ...
SPIEGEL: Nur, daß in der Sowjetzone Deutsche leben und in Schlesien heute Polen. In der Sowjetzone würde bei Rückkehr der Flüchtlinge niemand vertrieben werden müssen. Noch einmal unsere Frage: Wollen Sie, daß um des Heimatrechts willen eine neue Umsiedlungsaktion beginnt? Wollen Sie Polen nach Osten in seine alten Grenzen zurückverlagern, mit allen Konsequenzen, die das für ganz Europa haben würde?
JAKSCH: Das Heimatrecht ist genauso wichtig für Deutsche wie für Polen, wie für Ungarn, wie für Sowjet-Russen, entweder gibt es eine, internationale Sicherung des Heimatrechts, oder Sie arbeiten mit dem bequemen Argument der normativen Kraft des Faktischen. Damit können Sie jedes Rechtsempfinden der Völker kaputtmachen.
SPIEGEL: Aus dem Echo des Bundes der Vertriebenen auf jeden Versuch, ein neues Gespräch zu führen, hat man den Eindruck, daß starke Kräfte in ihrem Bunde jeden, der solche Fragen überhaupt anschneidet, als eine Art Landesverräter betrachten.
JAKSCH: Das ist natürlich ein großer Irrtum.
SPIEGEL: Das ist eine belegbare Tatsache.
JAKSCH: Nein, ich würde sagen, es ist ein gewollter Irrtum. Das Gespräch mit aufgeschlossenen osteuropäischen Partnern ist ja längst im Gange. Wir erleben einen Umbruch in der Stimmung der osteuropäischen Völker. Sie lösen sich langsam von dem Trauma der Besetzung, vom Denken an die Gestapo-Herrschaft, von all den schrecklichen Dinge, die geschehen sind.
SPIEGEL: Wird nicht dieser Umbruch in Polen durch die Furcht verzögert, daß wir Deutschen eine neue Vertreibung wollen?
JAKSCH: Das sind die Thesen der innenpolitischen Propaganda in Polen. Es wird ununterbrochen diese Detailfrage hochgespielt ...
SPIEGEL: Das ist doch keine Detailfrage.
JAKSCH: Das ist eine Detailfrage. Vom Standpunkt des polnischen Volkes ist es entschei-

dend, ob es in eine dauernde Abhängigkeit von der Sowjet-Union gerät, oder ob es Aussicht hat auf Wiederanschluß an Europa.
SPIEGEL: Aber für den einzelnen betroffenen Polen heißt doch die Existenzfrage, ob er dort leben und arbeiten kann, wo er jetzt lebt und arbeitet, oder ob er zwangsweise wieder ausgesiedelt wird.
JAKSCH: Der Bund der Vertriebenen hat nie von einer zweiten Austreibung gesprochen.
SPIEGEL: Es gilt also nicht mehr das vor einiger Zeit bei Ihnen erörterte Kategorisierungs-Schema, das an Hitlers Volkslisten erinnerte: Die Kongreßpolen müssen bei Rückkehr der Deutschen hinaus, die Ostpolen sollen rücksiedeln, sobald sie können, nur die in Ostdeutschland geborenen Polen dürfen bleiben - was ist aus diesem Plan geworden?
JAKSCH: Ach Gott, es werden von allen möglichen Seiten Zukunftspläne gewälzt, aber wir sprechen ja hier über die offizielle Einstellung des Bundes der Vertriebenen.
SPIEGEL: Wie stellen Sie sich dann aber praktisch die Heimkehr der Deutschen nach Osten vor?
JAKSCH: Vielleicht würde mancher Pole, der heute in Schlesien sitzt, lieber in Nordfrankreich arbeiten und umgekehrt. Die entscheidende Frage ist doch, ob wir wieder in ganz Europa zu einem ungehinderten Kreislauf von Arbeitskraft und Kapital kommen können.
SPIEGEL: Sie wollen also eine Ausdehnung des jetzt in der EWG praktizierten Systems auf Osteuropa ...
JAKSCH: Gewiß.
SPIEGEL: ... wobei natürlich wie auch in der EWG die nationalstaatlichen Grenzen bestehen bleiben würden?
JAKSCH: Sicher, nur eines ist zu beachten: Es ist ein Unterschied, ob ich über Grenzfragen unter dem Aspekt einer Wiederholung nationalstaatlicher Lösungen spreche oder unter dem Aspekt der Zusammenführung von West- und Osteuropa. Es ist ein Unterschied, ob ich die Grenze zwischen Deutschland und Holland betrachte, wo jeden Sonntag 20.000 Deutsche nach Venlo fahren, oder ob ich mir die Stacheldrähte ansehe, die sogar Ostblockstaaten untereinander trennen.
SPIEGEL: Warum sollen denn nicht jeden Sonntag 20.000 Deutsche in das heute polnische Breslau zu Besuch fahren?
JAKSCH: Umgekehrt könnten ja in ein deutsches Breslau auch wieder Polen zu Besuch kommen. Warum gehen diese Überlegungen immer zuungunsten der deutschen Seite aus?
SPIEGEL: Vielleicht, weil wir den Krieg verloren haben.
JAKSCH: Wir haben doch alle nur denkbaren Zusicherungen gegeben, daß sich die traurigen Geschehnisse der Vergangenheit nicht wiederholen dürfen. Am 22. März 1964 erklärte Philipp von Bismarck auf der Tagung der ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn: "Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeit ausschließen. Das gilt in den von der Sowjet - Union und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren."
SPIEGEL: Das ist eine sehr vieldeutige These. Was sie wert ist, hängt von den Zuständen ab, die dann in diesen Gebieten herrschen würden; ob man zurückbleibenden Polen das Leben nicht derart sauer machen würde, daß sie lieber freiwillig davonlaufen.
JAKSCH: Aber bitte, das hat doch alles zwei Seiten. Auf der anderen Seite muß man sich das Schicksal der Deutschen in den heutigen Ostgebieten ansehen.
SPIEGEL: Auge um Auge, Zahn um Zahn?
JAKSCH: Nein, eben nicht. Im Gegenteil, endlich einmal Vernunft und Menschlichkeit.
SPIEGEL: Ganz in diesem Sinne: Wird die Denkschrift der evangelischen Kirche im Bund

der Vertriebenen verteilt und zur Diskussion gestellt, oder wird das Thema wieder von vornherein zum Tabu erklärt?
JAKSCH: Zunächst einmal muß der volle Wortlaut dieser Denkschrift vorliegen, von der auszugsweise sehr bedenkliche Partien veröffentlicht wurden. Die Denkschrift als Ganzes wird geprüft werden, ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Preisgabe der Rechte von Menschen, über die hier geredet wird ...
SPIEGEL: ... und offenbar ohne das von der Kirche erstrebte Umdenken ...
JAKSCH: ... die Vertriebenen werden sich auf keinen Fall außerhalb ihres eigenen Volkes stellen lassen, und zwar in der Rolle eines Spekulationsobjekts von Kräften, die wir im religiösen Bereich respektieren, aber im weltlichen Bereich nicht für ausschließlich legitimiert halten.
SPIEGEL: Das Umdenken wird also nicht kommen - werden Sie aber wenigstens über die Kirchenthesen nachdenken?
JAKSCH: Wer zu den Menschenrechten steht, so wie wir; der braucht nicht umzudenken. ...<<

12.11.1965

BRD: Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck (1913-2006) kritisiert am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39,41): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.
Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.
Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt.
Der völkerrechtliche Teil der Denkschrift (Kapitel 4) beginnt damit, den deutschen Standpunkt dadurch verdächtig zu machen, daß er auf das falsche Gleis des "Rechts auf Heimat" geschoben wird. Dabei haben die Alliierten sowohl durch die Abmachung untereinander als auch durch ihre Erklärung vom 5.6.1945 eine Annexion ausdrücklich abgelehnt und "Deutschland in den Grenzen von 1937" bestehen lassen. Die Denkschrift aber unterläßt diesen entscheidend wichtigen Hinweis. Sie sucht dies zu verschleiern, indem sie sagt, "Polen bedürfe noch einer endgültigen Legitimierung".
Es geht aber nicht um Zessionsansprüche Deutschlands, sondern um den Status der Ostgebiete als Teil unseres Staatsgebietes, der sich völkerrechtlich - was die Denkschrift bestätigt - bisher nicht geändert hat. ...
Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<
>>... Die Denkschrift aber verschweigt die Charta (der Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950) und nennt das Ausbleiben einer Radikalisierung lediglich einen "bemerkenswerten Zug der deutschen Nachkriegsgeschichte". Es ist den Verfassern der Denkschrift entgangen, daß von der "Charta der Heimatvertriebenen" bis zu den Entschließungen des Kongresses der ost-

deutschen Landesvertretungen am 22. März 1964 ein Weg gegangen wurde, den nüchterne Tatsachenbeurteilung kennzeichnet.
Mit Hilfe bedeutsamer Völkerrechtslehrer waren die rechtlichen Grundlagen der Situation geklärt worden. Sie wurden zusammengefaßt in dem Satz der am 22. März 1964 gefaßten Entschließung:
"Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt."
Der Kongreß setzte sich auch mit dem schwierigsten aller Probleme der Vertreibung, nämlich der Wiederbesiedlung der fremdverwalteten deutschen Gebiete, auseinander und bot praktische politische Lösungsmöglichkeiten an. In der Erklärung heißt es dazu:
"Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren." ...
Die Denkschrift ignoriert die weltpolitischen Zusammenhänge in verblüffender Weise. Von der entscheidenden Rolle der Sowjetunion ist überhaupt nicht die Rede. ...
Ob die Kammer die Verantwortung dafür tragen kann, daß sie den politischen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete empfiehlt, mag offen bleiben. Daß der Rat der EKD die Verantwortung hatte, einen solchen massiven Eingriff in die deutsche Außenpolitik zu verhindern, scheint eindeutig.
Mit der Herausgabe dieser Denkschrift hat man den vorhandenen Bemühungen um einen realistischen Weg zur Begründung eines allseits annehmbaren Friedens zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn keinen guten Dienst erwiesen.<<

18.11.1965

Polen: Der polnische Episkopat lädt die deutschen Bischöfe am 18. November 1965 nach Tschenstochau ein (x056/54, x064/48): >>... Jene Preußen (brachten) alles Deutsche in polnischen Landen in allgemeinen Verruf. Sie sind in der geschichtlichen Entwicklung repräsentiert durch folgende Namen: ... Friedrich der sogenannte Große, Bismarck und schließlich Hitler ... Und trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Geschichte ... versuchen wir zu vergessen. ... Wir ... gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. ...<<
>>... Seid uns wegen dieser Aufzählung dessen, was im letzten Abschnitt unserer 1.000 Jahre geschehen ist, liebe deutsche Brüder, nicht gram! Es soll weniger eine Anklage als vielmehr eine eigene Rechtfertigung sein! ...
In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.
Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium (Tausendjahr-Feier) feiern. Wir laden sie herzlichst nach Polen ein.<<

05.12.1965

BRD: Die deutschen katholischen Bischöfe antworten am 5. Dezember 1965 den polnischen Bischöfen (x064/48-49): >>... Furchtbares ist von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volk angetan worden. Wir wissen, daß wir die Folgen des Krieges tragen müssen, die auch für unser Land schwer sind. Wir verstehen, daß die Zeit der deutschen Besatzung eine brennende Wunde hinterlassen hat, die auch bei gutem Willen nur schwer heilt. ...
Eine Aufrechnung von Schuld - darin sind wir einer Meinung - kann nicht weiterhelfen. ... So bitten auch wir, zu vergessen, ja, wir bitten zu verzeihen. ...

Millionen von Polen mußten aus dem Osten in die ihnen zugewiesenen Gebiete übersiedeln. Wir wissen wohl, was darum für das heutige Polen diese Gebiete bedeuten. Aber auch Millionen Deutsche mußten ihre Heimat verlassen, in der ihre Väter und Vorfahren lebten. ...<<

1965

Vatikan: Das 2. Vatikanische Konzil beklagt im Jahre 1965 den jahrhundertealten christlichen Antisemitismus (x268/37-38): >>Obgleich die jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern auf den Tod Christi gedrungen haben, kann man dennoch die Ereignisse seines Leidens weder allen damals lebenden Juden ohne Unterschied noch den heutigen Juden zur Last legen. ...

Im Bewußtsein des Erbes, das sie mit den Juden gemeinsam hat, beklagt die Kirche, die alle Verfolgungen gegen irgendwelche Menschen verwirft, nicht aus politischen Gründen, sondern aus Antrieb der religiösen Liebe des Evangeliums alle Haßausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben. ...<<

USA: US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 der 36. Präsident der USA) erklärt im Jahre 1965 während einer Rede in Baltimore (x300/250): >>... Warum sind wir in Südvietnam?

Wir sind dort, weil wir ein Versprechen zu halten haben. Seit 1954 hat jeder amerikanische Präsident dem südvietnamesischen Volk Unterstützung angeboten. Wir haben aufbauen und verteidigen geholfen. So haben wir über viele Jahre hinweg als Nation uns verpflichtet, Südvietnam bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit zu helfen. Und ich gedenke unser gegebenes Versprechen zu halten.

Dieses Versprechen zu brechen – und dieses kleine und tapfere Volk seinem Feind preiszugeben – und damit dem Terror, der darauf folgen muß – das wäre ein unverzeihliches Unrecht.

Wir sind ferner in Südvietnam, um die Ordnung der Welt zu stärken. Auf der ganzen Erde – von Berlin bis Thailand – sind Menschen, deren Wohlergehen zum Teil auf dem Vertrauen beruht, daß sie auf uns zählen können, wenn sie angegriffen werden.

Vietnam seinem Schicksal zu überlassen, würde das Vertrauen in den Wert amerikanischer Versprechen erschüttern. Die Folge davon würde vermehrte Unruhe und Unsicherheit oder gar Krieg sein.<<

Die US-Organisation "Black Muslims" fordert im Jahre 1965 einen eigenen Staat (x243/103): >>... Da wir nicht in Frieden und Gleichheit mit (den Weißen) zusammenleben können, nachdem wir ihnen 400 Jahre lang unseren Schweiß und unser Blut gegeben haben und dafür die schlimmste Behandlung empfangen haben, die Menschen je erfahren haben, glauben wir, daß unsere Leistungen für dieses Land und die Leiden, die uns das weiße Amerika auferlegt hat, unsere Forderung nach vollständiger Trennung in einem eigenen Territorium oder Staat rechtfertigen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Rassenunruhen in den USA (x068/335-336): >>... Mit Polizei und Geheimdienst, mit der National Guard, mit Tausenden von Fallschirmjägern kämpft man blutig die Unruhen und Aufstände der Schwarzen nieder. So werden bei Rassenkrawallen im August 1965 in Los Angeles 35 Menschen getötet, 4.000 festgenommen, für 40 Millionen Dollar Schäden angerichtet; im Juli 1967 in Newark/New Jersey 26 Menschen massakriert, 1.500 verletzt; im gleichen Monat noch in Detroit 40 Menschen umgebracht, 2.000 verletzt, etwa 5.000 verlieren durch Brand und Gewalttätigkeiten ihre Wohnung. Im nächsten Jahr wird am 4. April der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Martin Luther King in Memphis/Tennessee ermordet, worauf in den Farbigenvierteln von 125 Städten schwere Tumulte ausbrechen. ...<<

Der polnische Emigrant Jerzy Kosinski veröffentlicht im Jahre 1965 in New York den auto-

biographischen Bericht "The Painted Bird" über seine vermeintlichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "The Painted Bird" (x169/63-64): >>... Der erste große Holocaust-Schwindel war "The Painted Bird" des polnischen Emigranten Jerzy Kosinski. Wie Kosinski erklärte, hatte er das Buch "in Englisch geschrieben", damit "ich leidenschaftslos schreiben konnte, frei von den emotionalen Assoziationen, die die Muttersprache immer enthält".
In Wahrheit sind alle Teile, die möglicherweise von ihm selbst geschrieben worden sind - eine ungelöste Frage -, in polnischer Sprache verfaßt. Das Buch wurde als Kosinskis autobiographischer Bericht seiner Wanderungen als einsames Kind im ländlichen Polen während des Zweiten Weltkriegs ausgegeben.
In Wahrheit lebte Kosinski während des gesamten Krieges bei seinen Eltern. Hauptmotiv des Buches sind die sadistischen sexuellen Quälereien, die die polnische Bauernschaft beging. Leser, die das Buch vor seiner Veröffentlichung kennengelernt hatten, machten sich darüber lustig; es sei "Gewaltpornographie" und "das Ergebnis eines von sadomasochistischer Gewalt besessenen Geistes".
Tatsächlich beschwor Kosinski fast alle von ihm erzählten Episoden aus dem Nichts herauf. Das Buch schildert die polnischen Bauern, mit denen er zusammenlebte, als ausgeprägt antisemitisch. "Schlagt die Juden", johlen sie. "Schlagt die Bastarde!"
In Wirklichkeit wurde die Familie Kosinskis von polnischen Bauern aufgenommen, obwohl diese genau wußten, daß es sich um Juden handelte, und auch die schrecklichen Folgen kannten, die sie zu erwarten hatten, wenn man sie erwischte.
In der Zeitschrift "The New York Times Book Review" lobte Elie Wiesel "The Painted Bird" als "eine der besten" Anklagen der Nazizeit, "geschrieben mit tiefer Aufrichtigkeit und Empfindsamkeit".
Später schwärmte Cynthia Ozick, sie habe Kosinskis Authentizität als "jüdischer Überlebender und Zeuge des Holocaust ... sofort" erkannt.
Lange nachdem Kosinski als vollendeter literarischer Hochstapler entlarvt worden war, überhäufte Wiesel dessen "bemerkenswertes Gesamtwerk" noch immer mit Lobreden.
"The Painted Bird" wurde zu einem grundlegenden Text DES HOLOCAUST. Es war ein Bestseller und gewann Preise, wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und war Unterrichtstext in Highschools und Colleges. Kosinski, der die Holocaust-Rundtour mitmachte, nannte sich selbst einen "Elie Wiesel zum Billigtarif". (Jene, die sich Wiesels Vortragshonorar nicht leisten konnten - "Schweigen" ist nicht billig -, wandten sich an ihn.)
Als er schließlich von einem Enthüllungsmagazin entlarvt worden war, wurde Kosinski von der "New York Times", die behauptete, er sei einer kommunistischen Verschwörung zum Opfer gefallen, weiterhin tapfer verteidigt. ...<<
Nord-Vietnam: Die Regierung Nordvietnams fordert im Jahre 1965 (x243/96): >>1. Anerkennung der grundlegenden Rechte des vietnamesischen Volkes: Frieden, Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität. Gemäß dem Genfer Abkommen muß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Truppen, ihr Militärpersonal und ihre Waffen aller Art aus Südvietnam abziehen ... (und) alle Kriegshandlungen gegen Nordvietnam beenden. ...
2. Die beiden Zonen dürfen kein Militärbündnis mit fremden Ländern eingehen. Sie dürfen in ihrem Gebiet keine ausländischen Militärstützpunkte und Truppen und kein ausländisches Militärpersonal dulden.
3. Die inneren Angelegenheiten Südvietnams müssen vom südvietnamesischen Volk selbst in Übereinstimmung mit dem Programm der Südvietnamesischen Befreiungsfront und ohne jede ausländische Einmischung geregelt werden.

4. Die friedliche Wiedervereinigung Vietnams muß von der Bevölkerung der beiden Zonen ohne jede Einmischung des Auslands vollzogen werden. ...<<

1966

Dumme und Gescheite unterscheiden sich dadurch, daß der Dumme immer dieselben Fehler macht und der Gescheite immer neue. *Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)*

10.01.1966

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/1966) berichtet am 10. Januar 1966: >>**Drei Minuten pro Opfer**

Eine katholische Zeitung pries den Menschenraub. "Die Israelis gingen ihren Henker Eichmann von dort holen, wo er war, und brachten ihn vor das Gericht ihres Volkes", erinnerte das Brüsseler Blatt "La Libre Belgique" seine Leser. "Aber uns Belgiern", bedauerte die Zeitung, "hat es ja schon oft an Entschlußkraft gefehlt."

Der Mann, den "Libre Belgique" gern heimholen möchte, ist Robert Jan Verbelen, 54, Ex-Sturmbannführer der flämischen SS. 1947 hatte ihn ein belgisches Gericht in Abwesenheit wegen 10lfachen Mordes zum Tode verurteilt. Ende 1965 sprach ihn ein Wiener Gericht frei:

Belgiens Außenminister Spaak zitierte Österreichs Botschafterin Johanna Monschein zu sich, um ihr die "Überraschung und Erregung" Belgiens auszudrücken. Der belgische Botschafter Colot protestierte bei der Wiener Regierung. Nach einer Sondersitzung drückte das gesamte belgische Kabinett seine "Mißbilligung" über den Verbelen-Freispruch aus.

In Antwerpen zerbarsten die Fensterscheiben des österreichischen Konsulats unter den Steinwürfen von Demonstranten. Der österreichischen Botschaft in Brüssel und der österreichischen Vertretung bei der EWG wurden Sprengstoffanschläge angedroht. In Wien gingen Widerstandskämpfer auf die Straße. Brüssels "Le Soir" befand, die österreichische Justiz habe sich "in den Augen der zivilisierten Welt entehrt". Und die "Haagsche Courant" erklärte Österreich zum "Paradies für Kriegsverbrecher".

Nur in den ersten Nachkriegsjahren hatten eigens eingesetzte "Volksgerichte" österreichische Kriegsverbrecher zu schweren Strafen verurteilt. Aber schon damals wurde der Wiener Gestapochef Dr. Otmar Trnka, der seinen Namen unter Hitler zu "Trenka" aufgenordet hatte, nur mit 18 Monaten Kerker bestraft. Als die Widerstandsbewegung protestierte, bekam er in einem zweiten Prozeß fünf Jahre, brauchte aber nur zwei Drittel abzusitzen.

Nach dem Abschluß des Staatsvertrags ließen die Sowjets über hundert österreichische Kriegsverbrecher unter der Auflage heimkehren, daß ihnen in Österreich der Prozeß gemacht werde. Fast alle Heimkehrer wurden jedoch begnadigt, ordentliche Verfahren nur gegen drei eröffnet:

- Leopold Mitas, Schutzpolizei-Kommandeur im Getto Borislaw (Ukraine), wurde zu Lebenslänglich verurteilt - aber schon nach zwei Jahren begnadigt.
- Mitas-Gehilfe Heinrich Poll bekam 20 Jahre, wurde aber nach einem Jahr freigelassen.
- Mitas-Gehilfe Gabriel erhielt Lebenslänglich; in seinem Prozeß waren Mitas und Poll zur Überraschung der Öffentlichkeit bereits wieder als freie Männer im Zeugenstand erschienen, und offenbar führte der anschließende Proteststurm von NS-Gegnern zu dem harten Urteil.

Ende der fünfziger Jahre lösten deutsche NS-Prozesse Ermittlungen gegen etwa tausend Österreicher aus, weitere Verfahren folgten dem Eichmann-Prozeß.

Aber die Ermittlungen kamen kaum voran, nur wenige aufgespürte Kriegsverbrecher wurden inhaftiert. Gottfried Meir, Kompanieführer in der Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", von Italienern zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weil unter seinem Kommando am Lago Maggiore eine jüdische Familie erschossen und in einer Zentralheizung verbrannt worden war, ist Schuldirektor in Kärnten. Sieben Deutsche, die am Lago Maggiore Juden mordeten, sind in

der Bundesrepublik inhaftiert. Dreißig zum Teil einflußreiche Angehörige des Auschwitz-Wachpersonals, darunter drei Lagerärzte, leben im glücklichen Österreich ungestört.
Und wenn es zu Prozessen kam, so urteilten oft Geschworene mit eigener Vergangenheit über Untaten aus der NS-Zeit. Österreichs Eichmann-Jäger Simon Wiesenthal:
"Es gibt heute kaum eine einzige österreichische Familie, die in der engsten Verwandtschaft oder Freundschaft nicht mindestens einen Nazi hatte."
Und: "In Österreich wird nur eingeseift, aber nie rasiert."
Denn Österreichs regierende Koalitionsparteien - die konservative Volkspartei und die Sozialisten - hatten mit Rücksicht auf die große Zahl ehemaliger Hitler-Anhänger unter den Wählern frühzeitig ihren Frieden mit den Nationalsozialisten gemacht.
Die meisten Nazi-Richter und Staatsanwälte blieben im Dienst oder wurden bald wieder eingestellt (SPIEGEL 44/1965). Geschworene bei NS-Prozessen werden nicht nach ihrer NS-Vergangenheit befragt. Als aber in einem Kriegsverbrecherprozeß ein Geschworener mosaischen Glaubens auftauchte, wurde er wegen Befangenheit abgelehnt. So kam es in Österreich zu folgenden Urteilen:
Richard Hochrainer, bei seiner Verhaftung Gemeinderat der rechten "Freiheitlichen Partei" im salzburgischen St. Michael, wurde 1961 wegen eines nach Kriegsende begangenen Mordes an neun jüdischen Zwangsarbeitern zu sieben Jahren Kerker verurteilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen.
Franz Murer, einst Judenreferent im Gebietskommissariat Wilna (Beiname: "Henker von Wilna"), wurde von einem Grazer Geschworenengericht 1963 freigesprochen, obwohl im Wilnaer Getto von 80.000 Juden nur wenige hundert überlebt hatten. Der freigesprochene Hochrainer holte den freigesprochenen Kameraden Murer, der es zum Obmann der Bezirkslandwirtschaftskammer Liezen (Steiermark) gebracht hatte, mit Mercedes und Blumen vom Gericht ab.
Das Wiener Oberste Gericht gab zwar später einem Einspruch des Staatsanwalts statt, doch soll gegen Murer nur wegen eines einzigen Mordfalls noch einmal verhandelt werden.
1964 stand Eichmanns Transportleiter Franz Novak vor Gericht. Er hatte Transporte mit 1,7 Millionen Juden für die Endlösung zusammengestellt - und dies gestanden. Das Urteil lautete auf acht Jahre Gefängnis wegen "öffentlicher Gewalttätigkeit". Simon Wiesenthal: "Drei Minuten pro Opfer." Der Staatsanwalt legte gegen das milde Strafmaß Berufung ein, die Wiener Generalprokuratur annullierte sie. Hingegen gab der Oberste Gerichtshof einer Nichtigkeitsbeschwerde des Verurteilten statt.
Zweieinhalb Jahre bekam Anfang 1965 Dr. Erich Rajakowitsch, als SS-Obersturmführer einst Freund Adolf Eichmanns und zeitweilig Leiter des Judenreferats in den besetzten Niederlanden. Er hatte Deportationsbefehle für holländische Juden unterschrieben. Seinem Urteil lag der Paragraph 87 des österreichischen Strafgesetzbuches zugrunde, der "boshafte Sachbeschädigung und absichtliche Gefährdung von Menschenleben" ahndet.
Da Rajakowitsch zwei Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte, konnte er Ende Dezember 1965 bereits als Zuschauer zum Verbelen-Prozeß kommen.
Der Belgier Robert Jan Verbelen war 1940 der flämischen SS und der unter NS-Fittichen gegründeten flämisch-nationalistischen Vereinigung "De Vlag" ("Die Fahne") beigetreten. Motto des Vereins: "Bedingungslose Treue zum Nationalsozialismus, zum Germanischen Reich und zum Führer Adolf Hitler."
Als belgische Partisanen 1943 mit Überfällen auf Wehrmachtsangehörige und Kollaborateure begannen, organisierte Sturmbannführer Verbelen unter flämischen SS-Männern Terror- und Mordkommandos. Über Verbelens Vergeltungsmethoden berichtete der New Yorker "Aufbau": "Sind Sie Rechtsanwalt?" fragte Verbelen einen Verhafteten. Der bestätigte es durch Kopfnicken. "Also Intelligenzbestie, erschießen!" Ein anderer war Arbeiter. "Bolschewisten-

schwein, erschießen!" Ein Opfer war Wallone. "Flamenmörder, erschießen!"
Als der flüchtige Verbelen 1947 von einem Brabanter Gericht zum Tode verurteilt wurde, arbeitete er unter dem Decknamen "Herbert" als Agent der amerikanischen Spionageabwehr CIC in Österreich. Verbelen: "Ich habe 3.322 Agentenberichte über die Sowjet-Spionage in Österreich unterschrieben."
Nach dem Abzug der Amerikaner nahm Österreichs Staatspolizei den Agenten in ihre Dienste. Zur Belohnung erhielt er 1959 unter seinem wahren Namen die österreichische Staatsbürgerschaft und, wie er sich rühmt, mehrere Belobigungen der österreichischen Innenminister Helmer und Afritsch.
Als die internationale Widerstandsunion 1962 einen gewissen "Jean Marais" zu identifizieren suchte, der in neonazistischen Organen Artikel geschrieben hatte, entdeckte sie, daß Jean Marais Jan Verbelen war. Der Flame wurde verhaftet, als neuer Bürger Österreichs aber nicht an Belgien ausgeliefert.
Als nach dreieinhalbjähriger Untersuchungshaft am 29. November der Prozeß begann, erklärte sich Verbelen in einer vielstündigen Eröffnungsrede für "nicht schuldig". Er beteuerte, er habe "als Offizier und als Flame stets nur meine Pflicht getan".
Peinliche Pannen störten den Prozeßverlauf. Die erste Dolmetscherin für Französisch war, wie sich nach etlichen fruchtlosen Verständigungsversuchen herausstellte, schwerhörig. Die erste Dolmetscherin für Flämisch entpuppte sich als einstige Sekretärin des in Nürnberg als, Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilten NS-Reichskommissars für die Niederlande, Seyß-Inquart. Ein Ex-Jesuitenpater aus Belgien stimmte im Zeugenstand plötzlich flämische Kampflieder an.
Verbelen-Verteidiger Dr. Erich Führer, der einst Anwalt des nationalsozialistischen Dollfuß-Mörders Planetta und später NS-Mitglied und SA-Funktionär war, brachte als Plädoyer eine seiner in Wien berühmten "Führerreden".
Über sieben Stunden lang verglich er Verbelens Taten mit Partisanenkämpfen in Jugoslawien, Korea und Vietnam, erinnerte an den Freispruch der Südtirol-Dynamiter in Graz und rief den Geschworenen zu: "Was für die (noch im Amt befindlichen) österreichischen (Nazi-)Richter recht ist, muß für Verbelen billig sein."
Die Geschworenen billigten dem SS-Freiwilligen Befehlsnotstand zu. Er wurde freigesprochen und konnte, von seiner jubelnden Lebensgefährtin Thusnelda Bankhofer abgeholt, in die gemeinsame Gemeindewohnung nach Wien-Döbling zurückkehren. ...<<

08.02.1966

USA: Die US-Regierung erläutert am 8. Februar 1966 während der sog. "Honolulu-Deklaration" ihre Ziele in Vietnam (x243/96): >>... Die Vereinigten Staaten wollen keine Stützpunkte. Sie streben nicht nach kolonialer Macht. Sie wollen weder ein Bündnis noch eine Bindung aufzwingen.
Sie wollen nur der Aggression begegnen und für dieses Ziel treten sie entschlossen ein. Ihre Bemühungen zielen lediglich darauf ab, einem Volk und einer Regierung zu helfen, die entschlossen sind, sich selbst zu helfen. ...<<

Süd-Vietnam: Die Regierung Südvietnams berichtet am 8. Februar 1966 in der sog. "Honolulu-Deklaration" über ihre Ziele (x243/97): >>... Wir müssen die Vietcong und alle jene besiegen, die mit ihnen illegal auf unserem Boden kämpfen. Wir sind das Opfer einer Aggression, die von Hanoi geleitet und unterstützt wird. Diese Aggression, der sogenannte Befreiungskrieg – ist Teil des kommunistischen Plans für die Eroberung ganz Südostasiens. Die Niederschlagung dieser Aggression ist von lebenswichtiger Bedeutung für die Zukunft unseren südvietnamesischen Volkes.<<

15.02.1966

Polen: Der polnische Episkopat widerruft am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die

deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben hat. ...
Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief (wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten) als göttliche Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.
Andererseits wird Polen seit Jahren von deutschen Linken gegen das Vertreibungszentrum aufgestachelt, sei es von Markus Meckel und Wolfgang Thierse (je SPD) oder von Claudia Roth (Die Grünen). Hinzu kommt, daß naive Deutsche aller Parteien in eine Art Versöhnungsfalle getappt sind. Um sich das Wohlwollen Warschaus zu erkaufen, sind sie bereit, fast jeden Preis zu zahlen: Geld, Menschenrechte, historische Wahrheit.
Zum Thema Menschenrechte mußte Frau Steinbach konstatieren: "Wenn ich mir dann von Grünen-Politikern wie Claudia Roth anhören muß, die bereit sind, eigenhändig Kröten über die Straße zu tragen und deren Leben zu retten, aber erbarmungslos über das Schicksal von Millionen vergewaltigter Frauen und Vertreibungsopfer hinwegzusehen, dann ist das unerträglich. ...<<

Februar 1966

BRD: BdV-Präsident Wenzel Jaksch (1896-1966) erklärt im Februar 1966 während einer Kundgebung in Bonn (x155/122-123): >>... Unser Volk muß endlich den Weg der Mitte finden. Der Geist der Selbstüberhebung, der uns 12 Jahre beherrschte, ist furchtbar zu Fall gekommen. Doch der Geist der Selbstverneinung unserer nationalen Interessen, wie ihn eine lautstarke Minderheit vertritt, ist nicht minder verhängnisvoll. Man kann die Jugend Deutschlands nicht abwechselnd von einem Extrem ins andere jagen.
... Auch das deutsche Land im Osten ist und bleibt Eigentum aller Deutschen. Dieses Viertel des historischen Deutschlands in einer Kurzschlußhandlung aufzugeben, hieße einen tiefen Zwiespalt im freien Teil Deutschlands aufzureißen.
Wir dürfen nicht mithelfen, daß ein großes Volk in der Mitte Europas in den Abgrund totaler Rechtlosigkeit gestürzt wird. Das wäre der Tod der deutschen Demokratie. Auch die Hoffnung auf ein geeintes Europa wäre dahin, wenn wir zuließen, daß in der europäischen Völkerfamilie dauernd mit zweierlei Maß gemessen wird.
... Die Prahlerei mit unseren wirtschaftlichen Erfolgen schafft uns Neider in der Welt. Wir können nicht auf Dauer ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg sein. Mit Selbstanklagen und Gebietsverzicht sühnen wir vergangenes Unrecht nicht. Dies würde zu einer Lähmung der konstruktiven Kräfte unseres Volkes führen.
... Kein vernünftiger Mensch kann mit dem Blick auf eine gefahrenreiche Zukunft behaupten, daß die Deutschen die einzigen Sünder in einer Welt der Gerechten sind.
... Wir sind Opfer einer maßlosen Vergeltung geworden. Daraus leiten wir das Recht ab, unsere Stimme gegen einseitige Schuldbehauptungen zu erheben, die unser ganzes Volk noch auf lange Zeit hinaus qualifizieren sollen. Mehr Gerechtigkeit tut not im eigenen Volke. Dafür ist die Lage des heimatvertriebenen Landvolkes beredtes Zeugnis.
Jeder billig Denkende weiß, daß angesichts der heutigen Bodenpreise die bisherige Hauptentschädigung nur einen Bruchteil der wirtschaftlichen Vertreibungsverluste darstellt. Unser Ziel

ist eine gerechte Lastenverteilung unter den Lebenden, nicht ein Lastenausgleich für die Toten. Darum fordern wir eine 19. Novelle, welche die Reserven des Lastenausgleichsfonds langfristig verplant. Angesichts der allseits befürworteten neuen Vermögensbildung ist es ein gerechtes Verlangen, daß die Vermögensverluste der Ost- und Mitteldeutschen wenigstens in erträglichen Grenzen gehalten werden. ...
Den Predigern der Verneinung unserer menschlichen und nationalen Rechte setzen wir das Ziel einer Völkerversöhnung auf dem Boden der Menschenrechte entgegen. ...<<

07.03.1966

Frankreich: Staatspräsident Charles de Gaulle schreibt am 7. März 1966 an US-Präsident Lyndon B. Johnson (x148/174): >>... Frankreich ist der Ansicht, daß die seit 1949 in Europa, in Asien und anderwärts vollzogenen oder im Gang befindlichen Änderungen ebenso wie die Entwicklung seiner eigenen Situation und seiner Streitkräfte ... nicht mehr die Maßnahmen militärischer Natur rechtfertigen, die nach dem Abschluß der Allianz entweder gemeinsam in Form multilateraler Abmachungen oder durch Sonderabkommen zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung getroffen wurden.
Aus diesem Grunde beabsichtigt Frankreich, auf seinem Gebiet die volle Ausübung seiner Souveränität, die gegenwärtig durch die ständige Anwesenheit von verbündeten Militärelementen oder durch die zur Gewohnheit gewordene Benutzung seines Luftraum beeinträchtigt ist, zurückzugewinnen, seine Teilnahme an den integrierten Kommandos zu beenden und der NATO keine Streitkräfte mehr zur Verfügung zu stellen.<<

21.03.1966

BRD: Konrad Adenauer (von 1949-1963 erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland) schreibt am 21. März 1966 (x095/10): >>... Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Eines Tages wird auch Sowjet-Rußland einsehen, daß diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist.
Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.<<

09.05.1966

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Mai 1966: >>**Atomstrom in der DDR**
... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg (bei Rheinsberg) in Betrieb. ...<<

15.05.1966

BRD: Die BdV-Bundesversammlung erklärt am 15. Mai 1966 (x155/124): >>... Unser Heimatrecht ist Bestandteil der unveräußerlichen Menschenrechte. Die Respektierung friedlich erworbener Seßhaftigkeit bei zwischenstaatlichen Regelungen ist das Herzstück der europäischen Zivilisation.
Die Verletzung des Menschrechts war ein Schritt zur Weltanarchie. Darum werden wir nicht aufhören, die Vertreibungsbeschlüsse von Jalta und Potsdam anzufechten, bis Heimatrecht und Selbstbestimmung aller Europäer in einer gesamteuropäischen Friedensregelung verwirklicht sind.
Unter Aufrechterhaltung unseres Heimatanspruchs fordern wir eine gerechte Lastenverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. ...<<
Die BdV-Bundesversammlung kritisiert am 15. Mai 1966 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck.
Keine ausländische Macht hat das Recht, Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen vorwegzunehmen, die selbst nach dem Wortlaut der Potsdamer Protokolle der drei Sieger-

mächte einer Friedenskonferenz vorbehalten sind. ...<<

01.06.1966

BRD: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärt am 1. Juni 1966 in seiner Rede während des SPD-Bundesparteitages in Dortmund (x155/127): >>... Eine Friedensregelung, wenn sie eines Tages kommt, wird Opfer verlangen. Diese Opfer werden in der Welt verstanden werden als der international-rechtliche Preis für den von Hitler begonnenen und verlorenen Krieg. ...
Manche Leute tun auch so, als hätten wir die Gebiete östlich der Oder-Neiße. In diesem Sinne 'haben' wir ja nicht einmal das, was zwischen Oder und Neiße liegt.
Manche Leute tun auch so, als hätten sich die befreundeten Staaten durch mehr als Rechtsvorbehalte engagiert, einige bekanntlich nicht einmal dadurch. ...
Keiner tut gut daran, mehr zu versprechen, als er geben kann.<<

28.06.1966

China: Die Zeitung "Pekinger-Rundschau " berichtet am 28. Juni 1966 über die vollständige Umbildung des chinesischen Erziehungssystems (x067/246): >>Das ZK der KP Chinas und der Vorsitzende Mao Tse-tung haben immer wieder die Notwendigkeit einer gründlichen Umbildung des alten bürgerlichen Erziehungssystems, einschließlich des Systems bei den Aufnahmeprüfungen, hervorgehoben.
Das System bei den Aufnahmeprüfungen ist unserer Sache des Sozialismus äußerst schädlich, da in diesem System nicht der proletarischen, sondern der bürgerlichen Politik und den Zensuren der Vorrang eingeräumt wird.
Das System verstößt in grober Weise gegen die Klassenlinie der Partei, da unter diesem System vielen hervorragenden Söhnen und Töchtern von Arbeitern, armen Bauern und von den Unterschichten der Mittelbauern, von revolutionären Kadern, revolutionären Soldaten und Offizieren und gefallenen Revolutionären die Türe vor der Nase zugeschlagen und der Bourgeoisie Tür und Tor geöffnet wurde, um ihre eigenen Nachkommen auszubilden.
Dieses System ist ein großes Hindernis für die Revolutionierung des Denkens der Jugend und ermutigt sie, durch die bürgerliche Methode "Den eigenen Weg zu gehen", zu bürgerlichen Spezialisten zu werden und individuellen Ruhm, Reichtum und eine persönliche Stellung zu erlangen.<<

09.07.1966

BRD: Die deutschen Vertriebenenverbände stören angeblich die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie werden deshalb von den westdeutschen Massenmedien verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.
Das BdV-Präsidium kritisiert am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtspropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung.
Das Präsidium erblickt in den von einzelnen Massenmedien immer hemmungsloser wiederholten Angriffen gegen die Vertriebenenverbände, gegen die Pflege des ostdeutschen Kulturgutes und die heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften einen Teilaspekt der Gesamtoffensive gegen die erklärte Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der politischen Parteien. ...
Demgegenüber wurde begrüßt, daß sich der niedersächsische Minister, Frau Meyer-Sevenich, vor der westdeutschen Öffentlichkeit energisch gegen die systematische Verletzung der Gefühle der Vertriebenen gewandt hat. ...<<

16.07.1966

Österreich: Die Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtet am 16. Juli 1966 (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter

dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.
Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen.
Ihnen muß das ganze deutsche Volk und muß die ganze freie Welt dafür danken, daß sie sich 1945 nicht der Anarchie hingaben, was für den Kommunismus eine schwere Enttäuschung bedeutete. Aber in Bonn dankt man ihnen dies, wie es den Anschein hat, schlecht. ...
Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.
Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

08.08.1966

China: Das Zentralkomitee der chinesischen Kommunistischen Partei berichtet am 8. August 1966 (x299/157): >>Eine große Anzahl revolutionärer junger Leute, die vorher völlig unbekannt waren, sind zu mutigen ... Bahnbrechern geworden. ... Durch die Medien der Wandzeichnungen mit großen Schriftzeichen und die großen Debatten diskutieren sie Dinge aus, entlarven und kritisieren sie gründlich. ...
In der großen proletarischen Kulturrevolution liegt die einzige Methode für die Massen, sich zu befreien. ... Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet auf ihre Initiative! ...
Habt keine Angst vor der Unordnung! ... Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen revolutionären Bewegung sind jene innerhalb der Partei, die an der Macht sind und den kapitalistischen Weg gehen. ...
Die Massen sind berechtigt, die Mitglieder der ... Komitees und die Delegierten jederzeit zu kritisieren. Wenn sich die Mitglieder und Delegierten als unfähig erweisen, können sie nach Erörterung durch die Massen durch Wahl ersetzt oder abberufen werden. ...<<

23.08.1966

China: Die maoistischen Roten Garden verkünden am 23. August 1966 in Peking ihr Programm zur "Kulturrevolution" (x073/308-309, x243/229): >>... 1. Jeder Bürger soll manuelle Arbeit verrichten.
2. In allen Kinos, Theatern, Buchhandlungen, Omnibussen usw. müssen Bilder Mao Tse-tungs aufgehängt werden.
3. Überall müssen Zitate Mao Tse-tungs an Stelle der bisherigen Neonreklamen angebracht werden.
4. Die alten Gewohnheiten müssen verschwinden.
5. Eine eventuelle Opposition muß rücksichtslos beseitigt werden.
6. Luxusrestaurants und Taxis haben zu verschwinden.
7. Die privaten finanziellen Gewinne sowie die Mieten müssen dem Staat abgegeben werden.
8. Die Politik hat vor allem den Vorrang ...
9. In allen Straßen sollen Lautsprecher aufgestellt werden, um der Bevölkerung Verhaltensmaßregeln zu vermitteln.
10. Die Lehre Mao Tse-tungs muß schon im Kindergarten verbreitet werden.
11. Die Intellektuellen sollen in Dörfern arbeiten.
12. Die Bankzinsen müssen abgeschafft werden.
16. Die Mahlzeiten sollen gemeinsam eingenommen werden, und es soll zu den Sitten der ersten Volkskommunen im Jahre 1958 zurückgekehrt werden.
14. Auf Parfüms, Schmuckstücke, Kosmetik und nichtproletarische Kleidungsstücke und Schuhe muß verzichtet werden.

15. Die Erste Klasse bei den Eisenbahnen und luxuriöse Autos müssen verschwinden.
16. Die Verbreitung von Photographien von sogenannten hübschen Mädchen soll eingestellt werden.
17. Die Namen von Straßen und Monumenten müssen geändert werden.
18. Die alte Malerei, die nicht politische Themen zum Gegenstand hat, muß verschwinden, ...<<
>>... 23. Bücher, die nicht das Denken Mao Tse-tungs wiedergeben, müssen verbrannt werden. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Maos Kulturrevolution (x192/462): >>... Die Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, eine Sammlung von Zitaten, die sich in der Übersetzung eher wie Platitüden anhörten, sollten zu den großen revolutionären Texten zählen.
Leider übertraf die chinesische Revolution das stalinistische Vorbild beinahe noch an Despotie und Ineffizienz: Millionen Menschen starben während der Kollektivierung der Landwirtschaft (1958/59), die als "großer Sprung nach vorn" bezeichnet wurde; die Kulturrevolution in den sechziger Jahren forderte weitere Millionen Todesopfer. ...<<

22.10.1966

Frankreich: Die Präsidenten des BdV und der französische Repatriierten-Organisation ANFANOMA erklären am 22. Oktober 1966 in Paris (x155/129-130): >>Mehr als 60 Millionen Menschen haben in unserer Zeit das Schicksal der Flucht und Vertreibung erlitten. Im Gefolge totalitärer Ideologien geht eine Welle des Rassismus und der Gewalt über die Erde. Rassenverfolgungen, Heimatraub, Ausplünderung und Massendeportationen sind neue Waffen der Unmenschlichkeit geworden.
Ein neuer Aufstand des Gewissens muß das Recht des einfachen Menschen auf seine friedlich erworbene Seßhaftigkeit verteidigen. Im Dienste dieser Aufgabe sind die Vertreter von Millionen vertriebener Europäer, Deutsche und Franzosen, in brüderlicher Gesinnung in Paris zusammengetreten, um ihre Stimme gegen das schreckliche Phänomen des kollektiven Heimatraubes zu erheben. Sie verzichten feierlich auf Rache und Vergeltung an denjenigen, von denen sie Entrechtung, Gewalt und Terror erfahren haben.
... Bis in die jüngste Vergangenheit wurde geflüchteten Bevölkerungen die Rückkehr in ihre alten Wohnsitze und die Teilnahme an den Segnungen des Friedens gestattet. In den Friedensschlüssen zwischen westeuropäischen Völkern ist den Siegern niemals das Recht auf Deportation ganzer Volksteile zugestanden worden. Nach den Bestimmungen der Haager Konvention unterlag selbst während des Krieges in besetzten Gebieten das Privateigentum der Zivilbevölkerung und die Ehre der Familie dem Schutz des internationalen Rechts.
Diese Schutzwälle der Menschlichkeit sind auf Höhe des 20. Jahrhunderts geborsten. Mit dem Völkerbund, der eine Schöpfung des europäischen Idealismus war, sank auch das Prinzip des Minderheitenschutzes ins Grab. Der Pakt zwischen Hitler und Stalin öffnete die Schleusen der Versklavung der osteuropäischen Völker.
Nach dem letzten Kriege blieb mehr als 100 Millionen Europäern im sowjetischen Machtbereich die Freiheit vorenthalten.
Den Massendeportationen aus Ostpolen und aus dem baltischen Ländern folgte die Ausrottung von über fünf Millionen jüdischer Männer, Frauen und Kinder und schließlich die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, dem Sudetenland und den Donaustaaten.
Mit der Zustimmung zu diesen Maßnahmen gaben kurzsichtige westliche Staatsmänner die Rechte europäischer Minderheiten in Afrika und Asien preis. Es fehlte nicht an Warnungen weitblickender Zeitgenossen, die erkannten, daß die jungen Völker Afrikas und Asiens das gleiche Prinzip der Volksdeportationen übernehmen würden.

Die Vertreibung von Europäern in Europa folgte die Europäer-Vertreibung aus Afrika und Asien und die Verfolgung politischer und religiöser Minderheiten in diesen Gebieten. Was dabei an kollektiver Enteignung, an Verletzung der Menschenwürde und an Grausamkeiten geschah, darf nicht mit dem Schlagwort Entkolonialisierung zugedeckt werden. Rache gegen Wehrlose führt zum Amoklauf der Gewalt.
Wenn der Stärkere den Schwächeren ungestraft von seinen Daseinsgrundlagen verdrängen darf, dann geht die Menschheit dunklen Zeiten entgegen. ...<<

27.10.1966

BRD: Nach einer Mehrheitsentscheidung verläßt die FDP am 27. Oktober 1966 vorzeitig die Bonner Regierungskoalition.

25.11.1966

BRD: Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg (Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte) stellt am 25. November 1966 eine Anfrage, ob die Bundesregierung beabsichtigt, eine Dokumentation der Vertreibungsverbrechen zusammenzustellen und die Strafverfolgung von Tätern zu prüfen.

27.11.1966

BRD: Wenzel Jaksch (1896-1966, seit 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen) kommt am 27. November 1966 in Wiesbaden bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

30.11.1966

BRD: Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) tritt am 30. November 1966 zurück.

01.12.1966

BRD: Kurt G. Kiesinger (CDU) wird am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt und bildet eine große Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Vizekanzler und Außenminister wird Willy Brandt (SPD).

02.12.1966

BRD: Das BdV-Präsidium erklärt am 2. Dezember 1966 während der Trauerrede für den BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch (x155/131-132): >>... Ein Mann wie Jaksch wird uns allen, zumal in einer Zeit zunehmender Unsicherheit und Bedrängnis, fehlen. ...
Wer resigniert oder in seiner Aktivität nachläßt, vollzieht das Programm des Gegners, macht es der kommunistischen Diktatur leicht, Deutschland weiterhin geteilt zu halten und aus dem Unrecht ein neues Recht, das der Gewaltherren über die Ohnmächtigen, zu formen. Jeder ist aufgerufen, weiterhin mit Hand anzulegen und darüber hinaus die Reihen der Patrioten zu mehren und zu stärken. ...<<

1966

BRD: Das SBZ-Archiv berichtet im Jahre 1966 über die Aussage eines geflohenen NVA-Angehörigen (x243/208): >>Der Anfang 1966 geflüchtete 21jährige Peter H., zuletzt Gefreiter in der 1. Kompanie des 42. Grenzregiments des "Kommandos Grenze" der NVA, bestätigte, ... daß Anfang Dezember 1965 dieser erweiterte Schießbefehl (Dienstvorschrift 30/10 der NVA) den Grenzsoldaten ... nur verlesen wurde.
Danach muß auf Flüchtlinge ohne Anruf und Warnschuß gezielt geschossen werden, wenn sie sich der Grenze auf etwa 100 Meter genähert haben. ...<<

Polen: Der Pole Bronislaw Pasierb schreibt im Jahre 1966 in seiner Doktorarbeit "Wanderungen der deutschen Bevölkerung aus Niederschlesien in den Jahren 1944 bis 1947" (x024/127-128): >>Die schnelle, kompromißlose Art der Aussiedlung, die das Heer praktizierte, wurde beispielhaft für das Vorgehen einiger Zentren der Zivilverwaltung ...
Alle, die sich mit der Aussiedlung befaßten, waren in einem Punkt einig, nämlich daß die Deutschen schnell und wirksam ausgesiedelt werden müßten ... Daher hoffte man auf das Heer. Das auch besonders deswegen, weil die deutsche Bevölkerung aus einer Reihe von Grenzkreisen, die für die Wehrsiedlung bestimmt waren, zuallererst entfernt werden sollten.

Das Heer übernahm diese Aktion und sah sie als eine Kampfaufgabe an, der große politische Bedeutung zukommt (Befehl des I. Korps vom 22. Juni 1945).
Der Aussiedlungsbefehl (Nr. 12 der Führung der 12. Division vom 23. Juni 1945) war kurz und entschieden. Die Art und Weise, wie die deutsche Bevölkerung enteignet werden sollte, wurde nicht näher umrissen. Die Form der Ausführung wurde den Führern der Unterabteilungen überlassen.
Die Ergebnisse der Enteignung und Aussiedlung der Deutschen durch das Heer waren imponierend. Die wirtschaftlichen Folgen waren dagegen geradezu tragisch. Die Organisatoren der Aktion dachten nicht daran, industrielle Unternehmen zu sichern, deutsche Spezialisten zurückzubehalten. Sie berücksichtigten auch nicht die mit der bevorstehenden Ernte verbundenen Notwendigkeiten. ...<<
USA: US-Außenminister Dean Rusk (1909-1994) erläutert im Jahre 1966 die nordamerikanische Weltpolitik (x243/98): >>Das zentrale Anliegen unserer Außenpolitik ist es – in vertrauten Worten ausgedrückt -, "die Segnungen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu erhalten".
Wir wissen, daß wir diese Segnungen in der klein gewordenen Welt von heute nicht in nationaler Isolierung bewahren können, oder durch politische Programme und Abwehrmaßnahmen, die sich auf den nordamerikanischen Kontinent, die westliche Hemisphäre, die Gebiete um den Atlantik oder andere begrenzte Gebiete beschränken. Wir müssen uns um die Welt als Ganzes kümmern – und um die Menschheit als Ganzes. ...<<
Bolivien: Ernesto Guevara Serna (1928-1967, genannt "Che Guevara", argentinischer Arzt und Politiker), der seit 1966 in Bolivien als Guerillaführer gegen die bolivianischen Regierungstruppen kämpft, berichtet über die USA (x149/129): >>Die Nordamerikaner haben ihre Herrschaft fast bis zum höchsten Grade ausgebaut und können nur noch wenig mehr erreichen. Jede Veränderung der Lage würde ihre Vorherrschaft beeinträchtigen.
Die Linie ihres Vorgehens beschränkt sich gegenwärtig auf die Anwendung brutaler Gewalt, um jede Befreiungsbewegung, gleich welcher Art, zu unterdrücken. ...
Unsere gesamte Aktion ist ein Aufruf zum Kriege gegen den Imperialismus, ein Appell zur Einheit der Völker gegen den großen Feind des Menschengeschlechts: die USA. ...<<
China: Aufgrund der gescheiterten Kollektivierungspolitik finden ab 1966 in China erbitterte Macht- und Richtungskämpfe statt.
Während dieser "Kulturrevolution" (1966-76) setzt Mao Zedong die "Roten Garden" rücksichtslos gegen seine politischen Gegner ein (systematischer Terror und Säuberungsaktionen). Die maoistische Linie setzt sich schließlich durch.
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer der maoistischen "Kulturrevolution" (x075/233): >>... Von 1965 an fordert die Kulturrevolution ... millionenfache Opfer. Während Intellektuelle in Paris oder Westberlin sich auf den "Maoismus" berufen, führt Mao in China die Unterdrückung an, die Vernichtung der Kulturträger, der Intellektuellen, der Gebildeten: Die bevorzugte Maßnahme besteht darin, sie zur Umerziehung durch die Bauern massenhaft aufs Land zu schicken. Während dieser Revolution wird viel getötet; und es wird noch mehr gedemütigt und entwürdigt. ...<<

1967

> Es ist besser zu schweigen und als Idiot verdächtigt zu werden, als zu reden und dadurch den Beweis anzutreten.
> *Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)*

31.01.1967
BRD: Die Bundesregierung beschließt am 31. Januar 1967 die Wiederaufnahme diplomati-

scher Beziehungen mit Rumänien (Aufgabe der "Hallstein-Doktrin") und vereinbart mit der CSR, Handelsvertretungen zu errichten.

08.02.1967

USA: US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 der 36. Präsident der USA) bietet dem vietnamesischen Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1954 Präsident von Nord-Vietnam) am 8. Februar 1967 Friedensverhandlungen an (x058/420): >>Wir haben in den vergangenen Jahren auf den verschiedensten Wegen und über eine Reihe von Kanälen versucht, Ihnen und Ihren Mitarbeitern unseren Wunsch nach einer friedlichen Regelung zu übermitteln. Diese Bemühungen haben aus welchen Gründen auch immer zu keinem Ergebnis geführt. ...

In den vergangenen 2 Wochen sind mir öffentliche Erklärungen von Vertretern ihrer Regierung zur Kenntnis gebracht worden, in denen angedeutet wird, daß Sie zur Aufnahme direkter bilateraler Gespräche mit Vertretern der amerikanischen Regierung bereit wären, vorausgesetzt, daß wir "bedingungslos" und für immer unsere Bombenangriffe auf ihr Land sowie alle gegen es gerichteten Aktionen einstellten. ...

Ich bin bereit, eine Einstellung der Bombenangriffe auf ihr Land und die Beendigung einer weiteren Verstärkung der amerikanischen Truppen in Südvietnam anzuordnen, sobald ich die Gewähr erhalte, daß die Infiltration nach Südvietnam auf dem Land- und auf dem Seeweg aufgehört hat.

Diese Maßnahmen der Zurückhaltung auf beiden Seiten würden uns, so glaube ich, die Möglichkeit zu ernsthaften und nichtöffentlichen Besprechungen geben, die zu einem baldigen Frieden führen können. ...<<

09.02.1967

USA: Die "New York Times" berichtet am 9. Februar 1967 (x068/351): >>Es ist weitgehend bewiesen, daß Bücher immer mehr als Propagandamittel verwandt werden, daß einflußreiche Leute Bücher zensieren, die sie für gefährlich halten oder die ihnen unangenehm sind, und daß sie, ohne es zuzugeben, die Abfassung von Büchern in Auftrag geben und überwachen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die ideologischen Aufgaben der CIA (x068/351-352): >>... Zu den Aufgaben der CIA gehört sogar die ideologische Bearbeitung, die Überwachung der Propaganda, die Kontrolle der Massenmedien etc. Dabei dient ihr zur zeitweisen Tarnung eine weitere Bundesbehörde, die eigens zur Verbreitung von "US-Gedankengut" in der Welt geschaffen wurde, die United States Information Agency (USIA).

Die Methoden sind vielfältig. Das reicht vom weltweiten Propagieren ganz bestimmter Bücher unter dem Einsatz von Millionen Dollar - Intelligenz ist käuflich, wie fast alles - bis zur Manipulation von Studenten, Finanzierung von "Studienreisen" für Professoren, Intellektuelle und nackter Bestechung von Journalisten und Autoren, die ihre Namen unter äußerst fragwürdig fabrizierte und zensierte Werke setzen. ...

Auch die Universitäten werden einbezogen, erhalten Gelder von der CIA, erst recht natürlich von der Regierung; manche Hochschulen sind sogar durch Lobbies in Washington vertreten. Auch so manche Beförderung von Wissenschaftlern, so manche Karriere von Redakteuren hängt damit zusammen. "Der CIA, die Ford-Stiftung und andere Institutionen", so Jason Epstein 1967, "haben einen ganzen Apparat Intellektueller geschaffen und finanziert, die aufgrund ihrer orthodoxen Stellung im Kalten Krieg ausgesucht wurden".<<

15.02.1967

Nord-Vietnam: Ho Chi Minh beantwortet am 15. Februar 1967 das Schreiben des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson vom 8.02.1967 (x058/421): >>...Vietnam liegt Tausende von Meilen von den USA entfernt. Das vietnamesische Volk hat den USA niemals irgendwelches Leid zugefügt.

Im Gegensatz zu den von Ihren Vertretern auf der Genfer Konferenz von 1954 gegebenen Versicherungen hat die US-Regierung jedoch unaufhörlich in Vietnam interveniert; hat sie den Aggressionskrieg in Südvietnam vom Zaune gebrochen und intensiviert mit der Absicht, die Teilung Vietnams zu verlängern und Südvietnam zu einer Neokolonie und einem militärischen Stützpunkt der USA zu machen.
Über 2 Jahre lang hat die US-Regierung nunmehr mit ihren Luft- und Seestreitkräften den Krieg ... (nach) Vietnam, ein unabhängiges und souveränes Land, hineingetragen. Die US-Regierung hat Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit begangen.
In Südvietnam haben eine halbe Million amerikanischer Soldaten und Satellitentruppen zu den unmenschlichsten Waffen und den barbarischsten Methoden der Kriegführung gegriffen, wie z.B. betäubende Chemikalien und Gase, um unsere Landsleute abzuschlachten, Ernten zu vernichten und Dörfer dem Erdboden gleichzumachen. Über Nordvietnam haben Tausende von US-Flugzeugen Hunderttausende Tonnen Bomben abgeworfen. ...
Die US-Regierung ist für die äußerst ernste Situation in Vietnam voll verantwortlich. Der amerikanische Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk ist eine Herausforderung an die Länder des sozialistischen Lagers, eine Bedrohung der nationalen Unabhängigkeitsbewegung und eine ernste Gefährdung des Friedens in Asien und in der Welt.
Das vietnamesische Volk ... ist ohne Furcht vor Opfern und Leiden zur Fortsetzung seines Widerstandes entschlossen, bis es wahre Unabhängigkeit und Freiheit und einen wirklichen Frieden erreicht hat.<<

03.04.1967

BRD: Erich Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages) erklärt am 3. April 1967 während eines FDP-Parteitages (x155/135): >>Natürlich wissen wir, daß Osteuropa die Oder-Neiße-Linie als endgültig ansieht. Wir wissen auch, was Staatspräsident de Gaulle seit 1958 geschrieben hat. Wir wissen auch, wie die Dinge in Washington und London beurteilt werden: mehr formell, weniger materiell im Sinne unserer Vorstellungen.
Sind das aber dann nicht Gründe, auch unsererseits wenigstens noch das zu halten, was wir an Rechtspositionen haben, und das bedeutet: wir können nicht Gegenstände , die einer künftigen friedensvertraglichen Regelung vorbehalten sind, vor dem Friedensvertrag aus der Hand geben, wenn wir nicht unsere eigene Verhandlungsposition schuldhaft schwächen wollen. ...<<

16.05.1967

UdSSR: Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008, erhält 1970 den Nobelpreis für Literatur) schreibt am 16. Mai 1967 einen Offenen Brief an den sowjetischen Schriftstellerkongreß (x299/189-190): >>Die von der Verfassung nicht vorgesehene und deshalb illegale, nirgends öffentlich genannte Zensur bedrückt ... unsere Literatur. ...
(Ich bitte), den Verboten und Verfolgungen Aufmerksamkeit zu widmen, die ich selbst erfahren habe:
1. Mein Roman "Im Kreis" ... wurde vor fast zwei Jahren vom Staatssicherheitsdienst beschlagnahmt. ...
2. Zusammen mit meinem Roman wurde mir mein literarisches Archiv weggenommen, das die 15 bis 20 Jahre zurückliegende Vergangenheit umfaßt. ...
3. Schon drei Jahre lang wird gegen mich, der ich den ganzen Krieg über als Kommandeur einer Artillerieeinheit gekämpft habe und mit militärischen Auszeichnungen dekoriert bin, eine verantwortungslose Verleumdungskampagne geführt.
Es heißt, ich hätte eine Zeit als Krimineller gesessen oder mich in Gefangenschaft begeben (ich war nie in Gefangenschaft). ... So erklärt man die elf Jahre, die ich in Lagern und Verbannung verbracht habe, in die ich für meine Kritik an Stalin gekommen war. ...

Vergeblich habe ich versucht, diesen Verleumdungen durch einen Protest ... zu begegnen! ...<<

Juni 1967

Israel: Israel schlägt im Sechstagekrieg (Juni 1967) seine arabischen Nachbarn entscheidend und besetzt im Jahre 1967 das Westjordanland, die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Israels (x192/458): >>... Die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurden zu einer Konstante der Nachkriegszeit.

Mit Waffenhilfe und finanzieller Unterstützung der USA entwickelte sich Israel zu einer wirksam verteidigten Insel des Wohlstands in einem Meer weniger entwickelter und schlecht bewaffneter arabischer Staaten.

Die Situation spitzte sich zu, als Ägypten und Syrien in den sechziger Jahren von der Sowjetunion Waffen- und technische Hilfslieferungen erhielten.

1967 fühlte sich die arabische Welt schließlich stark genug, Israel militärisch herauszufordern. Die Folge war der Sechstagekrieg, der für die Angreifer zum Desaster wurde. Israel schlug seine Gegner vernichtend und eroberte die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen von Ägypten, die syrischen Golanhöhen und das Westjordanland, das vorher Teil Jordaniens gewesen war.

Ein weiterer Angriffsversuch sechs Jahre danach – der Jom-Kippur-Krieg – endete in einer ähnlichen Katastrophe für die Araber. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Sechstagekrieg" im Juni 1967 (x169/23-33): >>... Mit dem arabisch-israelischen Junikrieg von 1967 wurde alles anders. Praktisch allen Berichten zufolge wurde DER HOLOCAUST erst nach diesem Konflikt zu einem festen Bestandteil des jüdischen Lebens in Amerika. Als gängige Erklärung für diesen Wandel gilt, daß Israels extreme Isolation und Verwundbarkeit während des Junikriegs die Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis wachrief.

In Wahrheit wird diese Analyse weder den Gegebenheiten der Machtbalance im Mittleren Osten zu jener Zeit noch der Art der sich entwickelnden Beziehung zwischen den jüdischen Eliten Amerikas und dem Staat Israel gerecht.

So, wie die amerikanischen Mainstream-Organisationen der Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis in den Jahren nach dem Krieg herunterspielten, blieb auch ihre Haltung gegenüber Israel mit der Politik der USA im Gleichschritt. Seit den frühesten Anfängen hegten die jüdischen Eliten Amerikas grundlegende Bedenken gegen einen jüdischen Staat.

An erster Stelle stand ihre Angst, er würde dem Vorwurf einer "doppelten Loyalität" Glaubwürdigkeit verleihen. Schon vor der Gründung des Staates Israel brachten Führer der amerikanischen Juden die Besorgnis zum Ausdruck, seine weitgehend osteuropäische, linksgerichtete Führungsriege würde sich dem Lager der Sowjets anschließen.

Auch wenn sie am Ende die von den Zionisten angeführte Kampagne für die Staatsgründung zu ihrer eigenen Sache machten, achteten die Organisationen der amerikanischen Juden genau auf die Signale aus Washington und paßten sich ihnen an.

Tatsächlich unterstützte das AJC die Gründung Israels vor allem aus der Angst heraus, es könne für die Juden zu einem innenpolitischen Rückschlag führen, wenn die in Europa verschleppten Juden nicht rasch angesiedelt würden. Obwohl Israel sich bald nach der Staatsgründung dem Westen anschloß, behielten viele Israelis eine starke Zuneigung zur Sowjetunion; die Führer der amerikanischen Juden hielten Israel, wie vorauszusehen gewesen war, auf Abstand.

Von seiner Gründung im Jahre 1948 bis zum Junikrieg von 1967 spielte Israel in der strategischen Planung Amerikas keine entscheidende Rolle. Als die Führung der Juden Palästinas die

Ausrufung des Staates Israel vorbereitete, war Präsident Truman unschlüssig und wog innenpolitische Gesichtspunkte (die jüdischen Wählerstimmen) gegen die Warnungen des Außenministeriums ab (die Unterstützung eines jüdischen Staates würde die arabische Welt auf Distanz gehen lassen). Um die Interessen der USA im Mittleren Osten zu wahren, balancierte die Regierung Eisenhower die Unterstützung für Israel und die arabischen Länder aus, wobei sie jedoch die Araber begünstigte.

Immer wieder aufbrechende Konflikte der Israelis mit den USA über politische Fragen gipfelten in der Suezkrise von 1956, als Israel mit Großbritannien und Frankreich gemeinsame Sache machte, um Gamal Abd el Nasser, den nationalistischen Führer Ägyptens, anzugreifen. Obwohl Israels schneller Sieg und die Annexion der Sinai-Halbinsel die allgemeine Aufmerksamkeit auf sein strategisches Potential lenkten, wurde es von den USA weiterhin nur als einer von mehreren regionalen Interessenschwerpunkten geführt.

Dementsprechend erzwang Präsident Eisenhower den bedingungslosen Abzug Israels von der Sinai-Halbinsel. Während der Krise unterstützten die Führer der amerikanischen Juden für kurze Zeit die Anstrengungen Israels, den Amerikanern Zugeständnisse abzuringen, doch zuletzt, so erinnert sich Arthur Hertzberg, "zogen sie es vor, Israel zu empfehlen, lieber (auf Eisenhower) zu hören, anstatt sich den Wünschen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu widersetzen".

Außer als Objekt gelegentlicher Nächstenliebe verschwand Israel bald nach der Gründung des Staates aus dem Blickfeld des jüdischen Lebens in Amerika. Für die amerikanischen Juden war Israel in der Tat nicht von Bedeutung. In seiner Untersuchung von 1957 berichtete Nathan Glazer, daß Israel "bemerkenswert wenig Auswirkungen auf das Innenleben der amerikanischen Juden hatte".

Die Zahl der Mitglieder in der *Zionist Organization of America* fiel von mehreren Hunderttausend im Jahre 1948 auf mehrere Zehntausend in den sechziger Jahren. Vor dem Juni 1967 machte sich nur einer von 20 amerikanischen Juden die Mühe, Israel zu besuchen.

Bei Eisenhowers Wiederwahl im Jahre 1956, die stattfand, nachdem er unmittelbar zuvor Israel zu seinem demütigenden Rückzug von der Sinai-Halbinsel gezwungen hatte, wuchs die schon beträchtliche Unterstützung der Juden für den Präsidenten weiter an.

Zu Beginn der sechziger Jahre bezog Israel wegen der Eichmann-Entführung sogar Prügel von einem Teil der Meinungsführer der jüdischen Elite, zum Beispiel von Joseph Proskauer, dem früheren Vorsitzenden des AJC, von dem Harvard-Historiker Oskar Handlin und der in jüdischem Besitz befindlichen *Washington Post.* "Die Entführung Eichmanns", meinte Erich Fromm, "ist ein Akt der Gesetzlosigkeit von genau der Art, deren sich auch die Nazis ... schuldig gemacht haben."

Die jüdischen Intellektuellen Amerikas erwiesen sich quer durch das politische Spektrum als besonders gleichgültig gegenüber dem Schicksal Israels. In detaillierten Untersuchungen über die linksliberale jüdische Intellektuellenszene während der sechziger Jahre wird Israel kaum erwähnt.

Unmittelbar vor dem Junikrieg veranstaltete das AJC ein Symposium zur "Jüdischen Identität hier und heute". Lediglich drei der einunddreißig "besten Köpfe der jüdischen Gemeinde" erwähnten Israel überhaupt; zwei von ihnen jedoch nur, um seine Bedeutung abzuwerten. Bezeichnende Ironie: Die einzigen beiden in der Öffentlichkeit stehenden jüdischen Intellektuellen, die vor dem Juni 1967 eine Verbindung zu Israel geknüpft hatten, waren ausgerechnet Hannah Arendt und Noam Chomsky.

... Die USA waren von Israels überwältigender Demonstration der Stärke beeindruckt und gingen dazu über, es sich als strategischen Besitz einzuverleiben. (Schon vor dem Juni-Krieg waren die USA vorsichtig zu Israel umgeschwenkt, als die Regimes von Ägypten und Syrien Mitte der sechziger Jahre einen zunehmend unabhängigeren Kurs einschlugen.) Militärische

und wirtschaftliche Hilfe begann zu fließen, als Israel sich in einen Stellvertreter amerikanischer Macht im Mittleren Osten verwandelte.
Für die jüdischen Eliten Amerikas war Israels Unterordnung unter die Macht der USA ein gefundenes Fressen. Der Zionismus war aus der Prämisse entstanden, daß Assimilation ein Hirngespinst sei, daß Juden immer als potentiell illoyale Fremdlinge angesehen würden. Um diesen Zwiespalt aufzulösen, waren die Zionisten bestrebt, eine Heimat für die Juden zu schaffen.
In der Tat wurde das Problem durch die Gründung Israels zugespitzt, jedenfalls für die Juden in der Diaspora - der Vorwurf der doppelten Loyalität erhielt damit eine institutionalisierte Ausprägung. Paradoxerweise "erleichterte" die Existenz Israels nach 1967 die Assimilation in den Vereinigten Staaten: Jetzt standen Juden an der Front und verteidigten Amerika - eigentlich die "westliche Kultur" - gegen die rückständigen arabischen Horden.
Während Israel vor 1967 das Schreckgespenst einer doppelten Loyalität verkörperte, suggerierte es jetzt eine Super-Loyalität. Schließlich waren es nicht Amerikaner, sondern Israelis, die kämpften und starben, um die Interessen der USA zu schützen. Und anders als die amerikanischen GIs in Vietnam wurden die israelischen Kämpfer nicht von Emporkömmlingen aus der Dritten Welt gedemütigt.
Dementsprechend entdeckten die jüdischen Eliten Amerikas plötzlich Israel. Nach dem Krieg von 1967 konnte Israels militärischer Elan gefeiert werden, weil seine Gewehre in die richtige Richtung zeigten - auf die Feinde Amerikas. Seine militärische Potenz konnte vielleicht sogar den Eintritt in die inneren Zirkel der amerikanischen Macht erleichtern.
Konnten die jüdischen Eliten zuvor nur ein paar Listen mit jüdischen Umstürzlern bieten, so spielten sie jetzt die Rolle der natürlichen Gesprächspartner für Amerikas neuesten strategischen Besitz. Von Nebendarstellern konnten sie plötzlich zu Mitspielern ganz oben auf der Besetzungsliste im Drama des Kalten Krieges avancieren. Israel wurde für die amerikanischen Juden ebenso zum strategischen Besitz wie für die Vereinigten Staaten. ...
Nach dem Juni-Krieg arbeiteten die jüdischen Mainstream-Organisationen Amerikas unablässig daran, die amerikanisch-israelische Allianz zu festigen. Im Fall der ADL schloß das eine weitreichende Überwachungsoperation im Inland mit Verbindungen zum israelischen und südafrikanischen Geheimdienst ein. In der New York Times nahm die Berichterstattung zum Thema Israel nach dem Juni 1967 auffällig zu. ...
Eine beliebte Pose der nach 1967 als Zionisten Wiedergeborenen bestand darin, ihre eigene freimütig geäußerte Unterstützung für ein vermeintlich belagertes Israel gegen die Feigheit der amerikanischen Juden während des Holocaust auszuspielen. In Wahrheit taten sie genau das, was die jüdischen Eliten Amerikas immer getan hatten: Sie marschierten im Gleichschritt mit der Macht in Amerika. ...
... Für die neuen jüdischen "Unterstützer" Israels in Amerika ... (war) ein unabhängiges Israel in Frieden mit seinen Nachbarn wertlos. Nur ein israelisches Sparta, das der amerikanischen Macht verpflichtet war, kam in Frage, denn nur dann konnten die jüdischen Führer in den USA als Sprecher für die imperialistischen Ambitionen Amerikas auftreten.
Wie Noam Chomsky vorgeschlagen hat, sollten diese "Unterstützer Israels" zutreffender als "Unterstützer des moralischen Abstiegs und der endgültigen Zerstörung Israels" bezeichnet werden.
Um ihren strategischen Besitz zu schützen, "erinnerten" die jüdischen Eliten Amerikas sich an DEN HOLOCAUST. Üblicherweise wird berichtet, sie hätten das getan, weil sie zur Zeit des Juni-Kriegs geglaubt hätten, Israel schwebe in tödlicher Gefahr, weshalb sie von Ängsten vor einem zweiten Holocaust ergriffen worden seien. Diese Behauptung hält einer näheren Überprüfung nicht stand. ...
Israel bewies schnell, daß es 1967 weit weniger verwundbar war als in seinem Kampf um die

Unabhängigkeit. Die israelischen und amerikanischen Führer wußten schon vorher, daß Israel in einem Krieg mit den arabischen Staaten leicht die Oberhand behalten würde. Als Israel seine arabischen Nachbarn innerhalb weniger Tage in die Flucht schlug, wurde diese Wahrheit überzeugend offenbar. Novick berichtet: "Anläßlich der Mobilisierung der amerikanischen Juden zugunsten Israels wurde vor dem Krieg erstaunlich wenig auf den Holocaust Bezug genommen."
Erst nach Israels überwältigender Demonstration seiner militärischen Stärke entstand die Holocaust-Industrie und florierte inmitten der größten israelischen Siegesgewißheit. ...<<

01.07.1967

Belgien: Am 1. Juli 1967 entsteht die Europäische Gemeinschaft (EG).
Es handelt sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften:
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).

04.09.1967

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (37/1967) berichtet am 4. September 1967 über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>Die Literatur, so hielt der Sowjetdichter und Parteifeind Solschenizyn im Mai dem Moskauer Schriftstellerkongreß vor, muß das Gewissen der Nation sein. Der Delegierte Ilja Ehrenburg, ein Großer der Sowjetliteratur, hatte sich vor Beginn des Kongresses ins Ausland verdrückt. Er hatte ein schlechtes Gewissen.
30 Romane und über 3.000 Artikel waren unter seinem Namen erschienen. Sein weltweites Prestige rettete ihn immer wieder vor den Nachstellungen Stalins und der Partei. Aber Ehrenburg, Mitglied des Obersten Sowjet und Vizepräsident des Weltfriedensrats, nutzte seinen Namen nicht, um der Nation die Wahrheit zu sagen -- er verharrte in jenem Opportunismus, der ihn hatte alt werden lassen.
Als Gymnasiast schon Bolschewik, schrieb er im Ersten Weltkrieg für das Petrograder Bürgerblatt "Börsen-Berichte". In der Revolution verfaßte er für die Weißgardisten ein "Gebet" der Trauer über das Ende des Heiligen Rußland.
Dann entsann er sich seiner Schülerliebe zu dem inzwischen siegreichen Lenin, der ihn eine "Allerweltsdirne" nannte und seinen Roman "Julio Jurenito" lobte. Ehrenburg ging als Sowjet-Pressekorrespondent nach Paris, Brüssel und Berlin. Seine kritische Meinung über Stalin vergaß er, als die Weltwirtschaftskrise ihm den Westmarkt für seine Bücher nahm -- Ehrenburg kehrte nach Moskau zurück. Er erlebte den physischen und geistigen Tod seiner Freunde in den Säuberungswellen von 1938. Ihm aber gestattete Stalin, wieder nach Paris zu gehen.
Gleich nach dem Tode seines Gönners beklagte Ehrenburg in der Novelle "Tauwetter" Stalins Verbrechen. Er leitete damit eine Ära liberaler Sowjetliteratur ein -- und empfahl sich Chruschtschow. Auf die Frage, warum er zu Stalins Lebzeiten geschwiegen habe, antwortete er: "Aus Angst." Aus Angst schwächte Ehrenburg auch auf Vorhalt der Partei das "Tauwetter" wieder ab.
Der Konformist liebte es, im Pariser Café "Rotonde" seinen Wermut zu trinken, mit Matisse, Malraux, Joyce, Hemingway, Picasso zu sprechen. In seiner Moskauer Wohnung Terkowo-Straße Nr. 8 hingen -- aus Sowjet-Museen verbannte -- moderne Gemälde: "Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit -- ich blieb am Leben."
Denn für ihn gibt es Zeiten, "da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie, sondern einem Lotteriespiel gleicht". Spieler Ehrenburg durchstand das russische Roulette als Rubelmillionär und dreifacher Stalinpreisträger. Der Einsatz freilich, der Charakter, ging verloren.
Deutschlands Nationale lasteten ihm die intellektuelle Urheberschaft an den Greueln der Rotarmisten an ("Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als

rechtmäßige Beute"). Ehrenburg zum SPIEGEL: "Wenn jemand kommt und beweist, wo ich das geschrieben habe, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor der Leiche Hitlers."
Immerhin schrieb er: "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen." Die Rotarmisten drehten "aus den Zeitungsblättern, auf denen seine Artikel standen, keine Zigaretten" (Anna Seghers). Sie lasen auch von Ehrenburgs Abneigung gegen das deutsche Mädchen, "das blonde, lockere, unersättliche Gretchen".
Selbst der "Prawda" war das 1945 zuviel: "Eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Rassenhasses."
Vor einer Leserversammlung in der Moskauer Bezirksbibliothek Nr. 66 enthüllte Ehrenburg am 9. April 1966: Der "Prawda-Angriff" war ein Verständigungs-Versuch des Kreml mit den Deutschen, "und man hatte beschlossen, mich als Opfer darzubringen". Ehrenburg hatte seine Kriegspropaganda stets damit gerechtfertigt, "daß die Mehrheit der Deutschen Hitler unterstützte".
Im Jahr vor seinem Tode erst versuchte der alte Spieler, den Einsatz wiederzugewinnen: "Wenn wir nicht das Gewissen rehabilitieren, dann erweist sich dieser ganze Unsinn mit dem Mond, den Sputniks" als Zirkustrick auf der letzten Etappe der Geschichte der Menschheit.
Da erst klagte er seine Mitspieler wie sich selbst des Falschspiels an und fällte gleich das Urteil: "Man wird erst dann mit dem Erbe unserer fürchterlichen Jahre Schluß machen können, wenn die Leute, die von diesen Jahren erzogen wurden, physisch aus unserer Gesellschaft verschwunden sind. Meine Hoffnung ist bei der Jugend."
Als Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg -- am letzten Donnerstag -- einer Herzattacke erlag, verhandelte das Moskauer Stadtgericht gegen drei aufrührerische Literaten. Sie waren unter 30 Jahre alt. Ehrenburg war 76 geworden.<<

09.09.1967

Ostdeutschland: Im Verlauf eines Staatsbesuches betont der französische Staatspräsident General de Gaulle am 9. September 1967 in der Stadt Hindenburg den polnischen Charakter der ehemals ostdeutschen Städte (x155/136): >>... (Hindenburg sei) die schlesischste aller schlesischen, die polnischste aller polnischen Städte. ... (Danzig bezeichnete de Gaulle als) polnisch, tief und hervorragend polnisch. ...<<

16.09.1967

BRD: BdV-Präsident Rehs (1901-1971) kritisiert am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/-135-136): >>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.
Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.
Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.
Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten.
Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

09.10.1967

Bolivien: Ernesto Guevara Serna (1928-1967, genannt "Che Guevara", argentinischer Arzt und Politiker, nimmt maßgeblich an der revolutionären Umgestaltung Kubas teil, 1959-61 Präsident der kubanischen Nationalbank, 1961-65 Industrieminister Kubas), der seit 1966 in Bolivien als Guerillaführer gegen die bolivianischen Regierungstruppen kämpft und nach einem Gefecht verwundet in Gefangenschaft gerät, wird am 9. Oktober 1967 ohne Gerichtsurteil erschossen.

08.12.1967

Vatikan: Papst Paul VI. erklärt am 8. Dezember 1967 in seinem Aufruf zum "Tag des Friedens" (x064/60): >>... Der Friede kann nicht auf der Unechtheit wortreicher Rhetorik gründen.

Man kann nicht legitimerweise vom Frieden reden, wenn das bewährte Fundament des Friedens nicht anerkannt und geachtet wird: die Gerechtigkeit und die Liebe in den Beziehungen zwischen den Staaten bzw. im Bereich jeder Nation.<<

1967

DDR: Im Geschichtsbuch für die 10. Klasse werden im Jahre 1967 folgende "Berliner Grenzzwischenfälle" genannt (x243/194): >>... Von 1961-63 sei die DDR von Westberlin aus 376mal beschossen worden, von 1961-67 seien 14 Soldaten Opfer "Bonner Provokationen" geworden.<<

BRD: Im Jahre 1967 sind die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhalten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

USA: Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King schreibt im Jahre 1967 über die Mißachtung der Bürgerrechte der Schwarzen (x190/245): >>Laßt uns einen Blick durch die Lupe werfen auf die Größe des Problems der Stellung der Schwarzen im Jahr 1967. ... Von den guten Dingen des Lebens hat er vielleicht die Hälfte der Weißen; von den schlechten (Dingen) hat er das Doppelte. ...

Die Hälfte der Schwarzen lebt unter unerträglichen Wohnbedingungen. ... Das Einkommen der Schwarzen beträgt die Hälfte der Weißen. Es gibt doppelt so viele Arbeitslose. Die Säuglingssterblichkeit ... liegt bei den Schwarzen doppelt so hoch wie bei den Weißen.

In den Grundschulen liegen die Schwarzen ein bis 3 Jahre hinter den Weißen zurück und ihre Schulen erhalten deutlich weniger Geld pro Schüler als die Schulen für Weiße. Die Zahl der Schwarzen, die ein College besuchen, beträgt ein zwanzigstel gegenüber den Weißen, und die Hälfte der unseren besucht schlecht eingerichtete Einrichtungen in den Südstaaten. ...<<